

Unpersönliche Berichte

1950 - 1955

Bd.5

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4543/73	Best. ZJ/429/5
Rep. IV	St.

1950

ruptionskünsten versickern ließ. Im Grunde aber hat sie und Laurel der rötliche Windhauch aus Mao-China zusammengekehrt.

Im benachbarten Indonesien scheut sich Ministerpräsident Dr. Mohamed Hatta (s. SPIEGEL 53/1949 „Panorama“) nicht mehr, den japanischen Zwingherren der Kriegszeit lobende Nachrufe zu halten: „Unser Volk hat nichts gegen Japan. Es lernte den Unterschied gegenüber den holländischen Methoden des Regierens kennen und zog sehr bald die meisten japanischen Beamten den holländischen vor.“

Nicht anders äußert sich sein Staatschef, Dr. Achmed Soekarno. Er bewunderte die Japaner und werde sie nach Kräften unterstützen, bekundete er wenige Stunden, nachdem er den Holländern die unabhängigen Vereinigten Staaten von Indonesien abgetrotzt hatte.

Soekarno und Hatta haben während des Krieges nicht anders gesprochen. Ihre politische Karriere begann unter den Japanern. Als 1945 im Atomnebel von Hiroshima und Nagasaki der japanische Großreich-Traum zusammenbrach, schienen beide dem Quislingsfluch verfallen zu sein. Heute sind sie die Herren des jüngsten Staates der Welt.

WIDERSTAND

Auf weißem Papier

Der Schnellzug nach Prag hatte eine Stunde Verspätung. Gemessen ging General Trebichavsky auf dem Bahnsteig des Preßburger Bahnhofs auf und ab. Als er einen zur Abfahrt bereitstehenden Zug entlangschritt, beugte sich ein unbekannter Mann aus einem Abteufenster. „General, fahren Sie nicht nach Prag!“ flüsterte der Fremde mit heiserer Stimme. „Fahren Sie nicht nach Prag; es wird Ihr Ende sein!“ Dann war der Unbekannte schon wieder verschwunden. Unter dem Abteufenster lag auf dem Boden ein weißes Blatt Papier.

General Trebichavsky erschrak. Er ahnte längst, daß er auf der schwarzen Liste der Prager Kommunisten stand. Er verließ den Bahnhof, eilte zu Preßburger Freunden, zog die Uniform aus und flüchtete einige Stunden später durch Wald und Sumpf nach Oesterreich. Auf dem Prager Bahnhof wartete vergeblich eine Gruppe handfester Arbeitermiliz.

Mit der geflüsterten Warnung und einem weißen Blatt Papier kämpft die „Weiße Legion“ gegen den Kommunismus. Sie

Sicherheitskräfte, im „Rudo Pravo“, dem Zentralorgan der tschechischen KP. Neunzig Prozent der Slowaken sind antikomunistisch, neunzig Prozent der Antikomunisten sind in der Weißen Garde.

Der Spitzel Václav Predak erhielt eines Tages den Auftrag, Dr. Vladimír Hala, einen höheren slowakischen Beamten, zum Schein für eine Spionagetätigkeit zugunsten der USA anzuwerben. Predak sprach bei Hala vor, redete über die bösen Kommunisten und suchte den Regierungsrat in das gestellte Spionagenetz zu locken. Dr. Hala versprach, sich die Sache zu überlegen. Dann zeigte er den Spitzel an.

Wenige Minuten vor dem Eintreffen Predaks war Dr. Hala gewarnt worden. „Ein Lump wird kommen und Sie zur Spionage verleiten wollen“, flüsterte eine unbekannte Stimme im Telefon. „Zeigen Sie ihn sofort an. Es ist Ihre einzige Rettung.“ So rettete sich Dr. Hala — und flüchtete nach Wien.

Die Weiße Legion hat ihr Programm in einem geheimen Manifest niedergelegt. Es umfaßt nur drei Punkte:

1. Schutz des slowakischen Volkes vor dem kommunistischen Terror;
2. Teilnahme am Kampf gegen den Weltkommunismus;



Innerlich gewandelt: Quirino, Hatta, Soekarno, Thakin Nu, Laurel, Songgram

Gleich ihnen herrscht in Burma jener Thakin Nu, den 1942 die Japaner aus dem englischen Gefängnis befreiten und als Außenminister ihrer Schattenregierung einsetzen. Ueber die Grenze kann er dem Alleinherrscher Siam, dem Marschall Luang Pibul Songgram, die Hand reichen. Der griff als Bundesgenosse der Japaner 1941 Französisch-Indochina an und erklärte 1942 den Angelsachsen den Krieg.

Mit Pibul Songgram haben sich England und Amerika am ehesten abgefunden, da unter seiner Führung Siam bisher im allgemeinen asiatischen Aufruhr eine ruhige Insel blieb.

Ueberdies unterstützte er bisher die Engländer im Kampf gegen die Aufständischen in Malaya. Ueber die Presse der zahlenmäßig unbedeutenden kommunistischen Partei waltete er als strenger Zensor. Aber er behinderte die chinesischen Zeitungen nicht, immer offener für Mao Tse-tung Stimmung zu machen. Mit 3 Millionen Chinesen in Siam stammt fast jeder vierte seiner Unterthanen aus dem Lande der Mitte. Niemand in Bangkok zweifelt daran, daß auch Pibul offen Maos Partei ergreifen wird, wenn ihm dies zweckmäßig erscheint.

Noch stehen die Amerikaner der japanischen Götterdämmerung in Südostasien schweigend gegenüber. Sie vermeiden es peinlich, Stellung zu nehmen. Höchstens lassen sie sich zu einem schüchternen Erklärungsversuch herauslocken. Die wiederkehrenden Quislinge hätten sich eben „innerlich gewandelt“. Die beherrschten Südasiaten merken: Die Wandlung ist nur innerlich.

kämpft ohne Pistolen und Handgranaten, sie wendet keine Gewalt an. Aber täglich beweist die heimliche slowakische Truppe ihre Existenz.

Wenn die Flüchtlingskarawanen aus Ungarn und Böhmen in die Slowakei kommen und weiter in endlosen Konvois über die Grenzen nach dem Westen geschmuggelt werden, dann stellt die Weiße Legion die Führer.

Wenn kürzlich der frühere tschechische Fußball-Nationaltrainer Dautik mit Frau und Kindern aus dem Konzentrationslager Ilava befreit und noch in der gleichen Nacht nach Oesterreich gebracht werden konnte, dann waren weiße Legionäre seine Befreier. Vor dem Tor des KZ Ilava hinterlegten sie nur ihr Kampfeszeichen: ein weißes Blatt Papier.

Die Weiße Legion ist überall. Ein KZ-Häftling unternimmt nachts einen Fluchtversuch und wird dabei durch einen Schuß verletzt. Ein slowakischer Bauer findet und versteckt ihn: Weiße Legion. Ein Chauffeur fährt den Verletzten heimlich in die nächste Stadt: Weiße Legion. Ein Arzt operiert ihn: Weiße Legion. Er wird in einem der großen Geleitzüge der Menschlichkeit nach dem Westen gebracht: Weiße Legion.

Kein weißer Legionär kennt den anderen. Die Legionäre verbergen sich unter der Maske jedermanns. Unter der Maske des Wissenschaftlers und des Bürgermeisters, des kleinen schrulligen Beamten und selbst des KZ-Aufsehers.

Die Weiße Legion gespenstert in den höchsten kommunistischen Ämtern, in der

3. Teilnahme an den Bemühungen, den europäischen Nationalismus zu überwinden.

Mit dem dritten Punkt fing die Legion in den Tagen des Kriegsendes 1945 an. Als die Tschechen in Böhmen und Mähren und vor allem in Prag Treibjagd auf deutsche Zivilisten machten, stießen in der Slowakei die Deutschen meist nur auf stumme Ablehnung. Man wies sie aus, aber man mordete nicht. Wenn dennoch ein Slowake an einem Deutschen blutige Rache nehmen wollte, kam es oft genug vor, daß ihm ein Legionärsbruder in den Arm fiel.

Wenn wieder ein Slowake oder Tscheche den rettenden Hafen Wien erreicht hat, wartet er auf den ersten hellen Tag mit klarer Sicht. Dann steigt er auf den Leopoldsbau. Von dort sieht er im Osten die Grenzen seiner Heimat: einen fernen, bläulichen Strich, in dem Himmel und Erde ineinander verfließen. Er hebt die Hand: „Ich schwöre, wiederzukommen. Ich schwöre, meine Heimat zu rächen.“

Dann nimmt er einen Stein und trägt ihn zu den vielen, die gleich hinter der Burg liegen und dort schon von Hunderten von Flüchtlingen niedergelegt wurden. „Rachemauer“ nennen die Flüchtlinge diese Steinmauer.

Die moderne Sage will wissen, daß sich die Rache erfüllt, wenn der Steine so viele sind, daß sie die Höhe der Burgmauer erreichen.

Die Wiener Kommunisten kennen die Sage. Sie lächeln darüber. Aber von Zeit zu Zeit wandern auch sie auf den Leopoldsbau und räumen die Steine weg.

DAS SPIEL IST AUS — ARTHUR NEBE

Glanz und Elend der deutschen Kriminalpolizei

15. Fortsetzung

Ihren Anfang nahmen diese Eingriffe des Heydrich in die Justiz mit Gerichtsausschreibungen, in denen die oft aufgetauchten Straftaten der Angeklagten nach Ansicht Heydrichs in keinem Verhältnis zur verhängten Strafe standen. Wenn er so eine Notiz las, rief er Nebe unter wüsten Ausbrüchen gegen die „lendenlähmende Gerichtsbarkeit“ an und verlangte die sofortige Vorlage von Aktenauszügen, Lebensläufen und Lichtbildern des Verurteilten.

Dann, eines Tages, waren die Betroffenen „auf der Flucht“ erschossen. Der Reichsjustizminister tobte zwar, aber nur intern, und Heydrich, der sich wenig daraus machte, hatte die Zustimmung des „Reichsführers“.

Nebe, dessen Natur sich gegen solche Gewaltakte sträubte, tat sich dennoch nicht selten Gewalt an, indem er aus eigener Initiative irgendwelche Verbrechen zur „Sonderbehandlung“ meldete. Besonders tat er das, wenn er bei anderen Anlässen in „Ungnade“ gefallen war. Das war ihm schrecklich: In Ungnade zu fallen.

Aber er war auch ein weicher und mitleidiger Mensch. Und so ist er der formalen Gerechtigkeit in den Arm gefallen, auch und erst recht zugunsten von Leuten, die er nicht kannte, mit denen er aber Mitleid hatte.

Ich klage nicht an

Irgendwo in Sachsen hatte eine Mutter ein Kind geboren, dem der eine Oberschenkel fehlte. Knie- und Hüftgelenke waren zusammengewachsen. Das unglückliche kleine Geschöpf kam von der ersten Lebensstunde an nur zur Ruhe, wenn die Ärzte ihm ein Beruhigungsmittel verabfolgten.

Aber mit den Wochen zeigte das Kind immer deutlichere Anzeichen der Schmerzen, und die Mediziner standen vor der Wahl, ihnen zuzuschauen oder das Kind an Rauschgift zu gewöhnen. Die Frau kämpfte um ihr Kind. Sie konsultierte andere Ärzte, fuhr in die umliegenden Kliniken, bis sie merkte, daß nicht zu helfen war.

So vergingen drei Monate. Tag und Nacht, unterbrochen von Erschöpfungszuständen, schrie das Kind. Die Mutter erlebte die Schmerzen, an denen das Kind offensichtlich litt, vielfach. Dann machte sie ein Ende durch Gas. Gemeinsam mit ihrem unglücklichen Kind, an dem sie hing, wollte sie ein für beide unerträgliches Leben beenden.

Es kam anders. Hausbewohner merkten den Gasgeruch, drangen in die Wohnung ein und fanden ein totes Kind und eine bewußtlose Mutter. Damit war das Unglück der Frau zur Mordsache, zur Todesermittlungssache wenigstens, geworden.

Nebe las das bei der Reichszentrale eingegangene Fernschreiben mit innerer Bewegung. „Was wird mit der Frau geschehen?“ — „Objektiv bleibt es trotz allem Totschlag, subjektiv wird man ihr entgegenkommen.“

Nebe überlegte. „Die Kripo soll den Fall nicht an die Staatsanwaltschaft, sondern an uns abgeben. Der Frau darf nichts passieren. Eine Beamtin der weiblichen Kripo soll sie solange betreuen, bis sie den Schock überwunden hat und kein Selbstmordverdacht mehr besteht. Regelmäßig

erbitte ich Bericht über das Ergehen der Frau.“

Später erstattete er Heydrich und Himmeler Bericht. Beide billigten sein Vorgehen (siehe der Liebenauer-Film „Ich klage an“) und ermächtigten ihn ausdrücklich für ähnliche Fälle. Tötung Lebensunfähiger lag in ihrer Linie. Aber auch mit dem Justizministerium besprach sich Nebe. Auch hier erhielt Nebe Zusagen, die allerdings nicht immer gehalten werden sollten. Denn es kamen zahlreiche Vorgänge der fahrlässigen Tötung gegen Mütter, die durch Kriegseinsatz nicht in der Lage waren, der üblichen Sorgfalts- und Aufsichtspflicht nachzukommen. Da fiel ein Kind aus dem Fenster, derweil die Mutter schlief, oder ein anderes verbrühte sich tödlich im Waschfaß. Die Strafen waren gering, oft mit Bewährungsfrist, aber sie waren da.

Nebe ließ weitere gleiche Fälle in der Folge mit dem zuständigen Staatsanwalt besprechen. Sagte der die Einstellung der Verfahren zu, bekam er die Akte. Andernfalls blieb sie bei der Kripo liegen.



In Ungnade zu fallen...
Nebe (mit Schwerin-Krosigk)

Der eklatanteste Fall ereignete sich erst in der Kriegsmittel. Eine schwer leidende, unheilbar kranke ältere Frau hatte in Uebereinstimmung mit der berufstätigen Tochter beschlossen, in den Tod zu gehen. „Aber du mußt leben bleiben, hörst du“, sagte sie der Tochter.

Dann geschah es. Mit dem Rasiermesser hatte sich die Kranke die Pulsadern geöffnet. Aber sie stöhnte vor Schmerz. Das Blut raubte der Tochter, die zwischen Beten und Ohnmacht dabeistand, die Besinnung. Plötzlich hatte sie das Rasiermesser in der Hand und den Hals der Mutter mit einem einzigen, tiefen Schnitt bis zur Wirbelsäule durchtrennt. Dann rannte sie zur Polizei.

„Die bestialische Art, in der die Tochter die Mutter getötet hat, ist zu offensichtlich, als daß man Mitleid haben dürfte“, argumentierte der Staatsanwalt. Nicht so

Nebe. „Als ob es auf die äußere Form ankäme. Hätte das Mädel ihr Gift verabreicht, würde der Fall dann anders liegen?“

Um diesen Fall bemühte er sich persönlich. Das Vorleben der „Mörderin“ ließ er genauestens erforschen. Und die Akten dann als „Geheimsache“ am Werderschen Markt ablegen. Auch in diesem Falle kümmerte sich eine Beamtin um die Täterin, bis sie moralisch wieder auf eigenen Füßen stand.

Seit 1939 bekam Nebe ständig öfter mit Partei und Wehrmacht zu tun. Die Korruptionsaffären größten Stils häuften sich. Rüstungsabtriebe, die gar nicht bestanden, erhielten Millionenaufträge. Der Oberst Bernhard Spieß vom Heeresbeschaffungamt und seine Geliebte, deren Geschäft in SA-Dolchen plötzlich eingegangen war, kauften sich aus Vorschüssen kleine Quetschen, die sie durch laufende Aufträge zu einem gewichtigen Betrieb entwickelten.

Für ein geschenktes Auto oder ein „Darlehen“ sahen manche Leute darüber hinweg, daß in Akkordarbeit serienweise schadhafte Munition hergestellt wurde, die zu zünftigen Rohrkrepieren führten. Panzerwerke wurden mit Hohlräumen gebaut und dem Staat Riesensummen für Arbeiten und Material in Rechnung gestellt, die nie geleistet oder geliefert waren.

Wappenhans fragte...

Diesen Riesensummen bot der damalige Kriminalkommissar Karl Schulz, Nebes Betrugssreferent, langsam aber sicher die Stirn. Noch im Frühjahr 1940 unterstanden ihm kaum 10 Beamte, die sich in Karteiarbeiten austobten. Denn die Heiratsschwindler, Scheck- und Wechselbetrüger, die Geldfälscher, die Schwindler auf dem Grundstücksmarkt, hatten durch den Krieg ja keinerlei Beschränkung erfahren.

Schulz war in jenen Tagen der bei Nebe meist gesehene Referent. Schon gegen Ende des Jahres hatte sich sein Referat zum größten des ganzen Amtes entwickelt, gegen Ende des Krieges war es zur eigenen Gruppe „W“ (Wirtschaftsdelikte) geworden. Für die Korruption innerhalb der Wehrmachtsteile und der Partei gab es jetzt eigene Referate, deren Leiter und Beamte oft einen schweren Gang taten, ähnlich dem des Dr. Martin Luther in Worms.

Den schwersten Gang tat, der ängstliche Nebe, der sich dadurch half, daß er als SS-Führer keine Kenntnis von den Dingen hatte, die er als Kriminaldirektor angeordnet hatte. Der SS-Führer Waldemar Wappenhans, wie Nebe Generalleutnant der Polizei, fragte Nebe 1941, als er im Reichssicherheits-Hauptamt eingeschult wurde, wie Nebe sich Uebergriffen von SA und SS gegenüber verhalte. Man müsse dies von Fall zu Fall begutachten, war die Antwort des Schlauch.

Das Begutachten hatte ein Ende, wenn die Prinz-Albrecht-Straße winkte. Dann verschwanden auch Schulz'sche Vorgänge „zuständigkeitshalber“ bei der Stapo auf Nimmerwiedersehen. So, wenn Goebbels, Ribbentrop, Heidegger oder gar Göring verwickelt waren.

Selbst Mordsachen waren nicht tabu gegen Parteieinflüsse. Zwiespältig war

dann die jeweilige Einstellung in der Prinz-Albrecht-Straße

An einem Frühjahrstag 1940, Anruf Müller bei Nebe Reichsleiter Schatzmeister Schwarz habe über einen merkwürdigen Todesermittlungsvorgang aus Innsbruck berichtet, über den in der Bevölkerung die tollsten Gerüchte im Umlauf seien. Heydrich habe befohlen, Nebe solle den Fall bearbeiten. Eventuell notwendige Vernehmungen des Gauleiters Hofer oder seines Gauhauptmannes, des SS-Standartenführers Koch (nicht identisch mit Buchenwald-Koch), müßten aber von ihm, Müller, persönlich durchgeführt werden.

Anstatt des abwesenden Lobbes mußte der Kriminalkommissar Dr. Wehner reisen. Man gab ihm einen alten P.G. mit, den Kriminalrat Starke, der darüber zu wachen hatte, daß die Nebesche Kripo nicht zuviel Parteidomäne-Porzellan zerbrach. Das System der Politikommissare für rein kriminalpolizeiliche Arbeit wurde damit erprobt.

Der Referent des Gauleiters

In Innsbruck war die Öffentlichkeit, lange nach den Gerüchten, durch eine kurze Pressenotiz unterrichtet worden: Franziska K. habe Selbstmord durch Erschießen verübt.

Aus den spärlichen Akten und, deutlicher, aus den mündlichen Berichten der Innsbrucker Kripobeamten erfuhr der Berliner Kriminalist den Tatbestand: Vor einigen Wochen war die Kripo, lange nach Mitternacht, von dem SS-Standartenführer Koch aus der Wohnung des Regierungsrates und SS-Sturmführers Dr. Jung alarmiert worden, sie solle sofort ihre Beamten schicken. Ein Mädchen habe sich, zweifellos aus Eifersucht, mit der Pistole des Regierungsrates erschossen.

Der Innsbrucker Kripochef, österreichischer Regierungs- und Kriminalrat, Nicht-Uniformträger und daher von vornherein in schwacher Position, fuhr selbst in die Wohnung des Dr. Jung. Dr. Jung war der Referent des Gauleiters.

Die Wohnung wurde von dem sichtlich unter Alkohol stehenden Standartenführer geöffnet. Hinter ihm präsentierte sich, im Bademantel und ansonsten nackt, der Regierungsrat. Im Bett lag, vollständig entkleidet und mit einer Steppdecke bis zum Halse zugedeckt, Franziska Kinz, Enkelin des Generalarztes a. D. der k. u. k. Armee und Verwandte der Filmschauspielerin, jung und hübsch, im Leben elegant bis mondän, in diesem Augenblick aber tot.

In Höhe des rechten Schlüsselbeines, über der Steppdecke, war das kleine, im Umkreis schwärzlich verfärbte Loch zu sehen, das die Pistolenkugel verursacht hatte, bevor sie durch die Brust des jungen Mädchens bis zu linken, hinteren Hüftseite gedrungen war.

Franziska warf den Schneeball

Ein seltsamer Selbstmord. Die Erfahrung lehrt, daß Menschen, die sich erschießen wollen, den Körperteil, auf den sie die Waffe aufzusetzen gedenken, frei machen und nicht erst bedecken. Wenn dieser Faustregel auch keine Beweiskraft zukam, so hatte doch hier die Kugel einen Lauf genommen, der eine so anomale Pistolenhaltung der Selbstmörderin vorausgesetzt haben würde, daß für die Annahme eines Selbstmordes so wenig und so viel sprach, wie für eine gewaltsame Tötung.

Dazu die Begleitumstände: Dieser Nacht war eine offizielle Feier auf Berglokal „Seegrube“ vorangegangen, an der die hübsche Franziska sich wie früher mit



So war's im III. Reich. Joel (l.), Meißner, Sepp Dietrich

dem Gauleiter im Schnee gebalgt hatte. Danach trank sie in der Hiehl-Bar mit Dr. Koch und Dr. Jung, ihrem erklärten, aber verlobten Liebbling, weiter. Die rechte Laune wollte nicht kommen. Franziska schien dem Regierungsrat zu aufdringlich geworden zu sein.

So verließen Dr. Jung und das Mädchen das Lokal. Erst einige Zeit später hörte Dr. Koch wieder von dem Paar, als nämlich Dr. Jung bei ihm anrief und mitteilte, Franziska habe sich soeben in seiner Wohnung erschossen. Da rief der Gauhauptmann seinen Gauleiter an und erhielt Befehl, sich sofort um seinen Referenten persönlich zu kümmern. So betrat Koch als erster den Tatort und unterrichtete von dort aus erneut den Gauleiter.

„Veranlassen Sie, was erforderlich ist“, hatte Dr. Koch zu den Kriminalisten gesagt und sich dann entfernt. Dr. Jung ließ sich bewegen, sich anzukleiden, und ging mit.

„Warum, um Gottes Willen, haben Sie denn Dr. Jung gehen lassen?“ fragte der Berliner Kommissar den Innsbrucker Kol-

legen. „Konnte ich ihn hindern, nachdem der Gauleiter sich persönlich eingeschaltet hatte?“

Folgerichtig hatte sich damals der Fall Kinz weiterentwickelt: Hausbewohner wurden vernommen, eine Durchsuchung durchgeführt und am kommenden Tage die gerichtsarztliche Leichenöffnung vorgenommen. In dem Gutachten hieß es, im Falle Franziska Kinz besonders vorsichtig und schon auf die nächtliche Version abgestimmt, daß „nichts gegen die Annahme eines Selbstmordes“ spreche.

Dann mußte der örtliche Kripoleiter zum Gauleiter, um Bericht zu erstatten. „Ich muß Dr. Jung noch zur Sache vernehmen.“ „Er steht Ihnen selbstverständlich zur Verfügung. Ich habe ihn in ein Hotel geschickt, wo er sich zur Verfügung zu halten hat. Aber lassen Sie mir erst einmal Ihre Akten hier. Sie können sie nachher wieder abholen lassen.“

Als die Akten zurück waren, wurde Dr. Jung „vernommen“. Er erzählte, Franziska habe ihm nachgestellt, seit sie sehr freiwillig zur Gauleitung „dienstverpflich-

tet" worden sei. Er habe Skitouren mit ihr unternommen, auch mit ihr übernachtet, aber er habe sie nicht darüber im unklaren gelassen, daß er verlobt sei und sie nicht heiraten werde. Als er sich dann von dem Mädchen habe absetzen wollen, habe sie ihm Szenen gemacht.

Um dem aus dem Wege zu gehen, sei es immer wieder zwischen ihnen zum Verkehr gekommen. In der Nacht ihres Todes habe Franziska sich ihm aufgedrängt, er habe sie mit in die Wohnung genommen, wo sie sich gemeinsam zu Bett begeben hätten. Plötzlich sei er von einem Schuß wach geworden und habe feststellen müssen, daß sich Franziska, während er selbst längst geschlafen haben müsse, neben ihm liegend mit seiner eigenen Pistole erschossen habe.

Der Berliner Kommissar Dr. Wehner ging zunächst zur Dr. Jung'schen Wohnung. Ihm kam es spanisch vor, daß die Hausbewohner nicht auf die nächtlichen Vor-

dem Obduktionsprotokoll ergibt, spricht nicht gegen diese Annahme. — „Nein, sicher nicht. Aber er spricht auch ebenso wenig gegen die Annahme einer Tötung von fremder Hand.“

Der Professor brauchte nicht nachzudenken. „Keineswegs. Es kam hier nur auf die subjektiven Umstände an. Aber die zu klären und zu beurteilen war nicht Sache des Institutes. Wir hatten nur zu werten, was man uns in dieser Hinsicht vortrug“).

Der Polit-Kommissar Starke konnte sich den Argumenten des Nebeschen Beamten nicht verschließen. Die ersten Nachermittlungen machten es nötig, den ganzen Fall neu aufzurollen. Dr. Jung stand nicht mehr zur Verfügung. Der Gauleiter hatte seinem Referenten „die Erlaubnis erteilt“, sich zu den Soldaten zu begeben.

Wehner berichtete Nebe. „Ob Mord vorliegt, kann ich natürlich nicht sagen. Die objektiven Feststellungen lassen jedenfalls

ner mit zum Gauleiter Hofer. „Der Gruppenführer Heydrich will, daß ich den Gauleiter selbst zur Sache höre, aber ich halte es für richtig, wenn Sie selbst ihn nach den für Ihr Ermittlungsverfahren erforderlichen Dingen hören.“ Es gab keinen Anlaß für die Kripo, auf die Stapo zu schimpfen.

Die Konversation bei Hofer, einem imponierenden Nachfahren des alten Andreas Hofer, begann mit „Kamerad Hofer“. Dann leitete Müller geschickt auf den Sachverhalt Jung-Kinz. Der Gauleiter beharrte darauf, daß man seinen Referenten für den Selbstmord des Mädchens nicht verantwortlich machen könne. „Ueber moralische Schuld haben wir hier nicht zu rechten.“

Wehner: „Verzeihung, Gauleiter, aber zunächst erstrecken sich die neuerlichen Ermittlungen auf das unsachgemäß durchgeführte erste Verfahren.“ — „Dafür ist Ihre Polizei verantwortlich.“ — „Nach dem Akteninhalt, in Verbindung mit der mündlichen Unterrichtung durch die örtliche Kriminalpolizei, kann der Eindruck entstehen, als hätten Sie, Gauleiter, Einfluß auf das erste Ermittlungsverfahren genommen.“

In das geöffnete Hemd

Hofer ging hoch und wandte sich an Müller: „Ist dieser Mann überhaupt Parteigenosse? — Ich muß mir energisch verbiten, mir dergleichen anzuhören.“ Verbindlich und gewandt nahm Müller der Unterhaltung die Schärfe. Dabei trat er dem Kriminalkommissar auf die Füße. „Verstehen Sie recht, Kamerad Hofer, aber es scheint mir besser, wir erörtern die Dinge jetzt und unmittelbar bei Ihnen, bevor der Gruppenführer dem Reichsführer berichtet.“

Halb besänftigt, halb geängstigt, wandte sich Hofer an den Kommissar: „Ich bin gespannt, was Sie noch für Fragen auf dem Herzen haben.“ Wehner: „Ich wäre Ihnen dankbar, Gauleiter, wenn Sie mir sagen wollten, ob Dr. Jung und wann er durch Sie Akteneinsicht in den Ermittlungsvorgang erhalten hat.“ Hofer überlegte, ob er antworten sollte. Dann wandte er sich an Müller: „Selbstverständlich habe ich den Fall mit meinem Beamten besprochen.“

Danach gingen Müller und Dr. Wehner zu Gauhauptmann Koch. Auf dem Wege dorthin sagte der Stapo-Chef: „Die Nebeschen Männer sind ungefähr alle gleich. Alle Achtung vor ihrem Können, aber sie benehmen sich wie amtsüchtige Gäule.“ Fragezeichen des Kommissars H. S. Müller: „Ihr Kripoteute habt eben keinen politischen Verstand.“

Die Befragung von Koch verlief erfreulicher. Er gab bereitwilligst Auskunft. Da es sich um keine Vernehmung handeln sollte, durfte sich der Kommissar keine Notizen machen. Aber auch Müller schien überzeugt, daß hier vieles nicht stimmen konnte. Ueber die gesellschaftliche Bevorzugung, die die Gauangestellte Franziska Kinz bei den hohen Beteiligten genossen hatte, wurde nicht gesprochen. Ein Bild aus den Akten der örtlichen Stapo-Leitung zeigte den hellbegeisterten Gauleiter, als ihm Franziska unter augenscheinlichen Beifallsstürmen anderer Gäste einen Schneeball in das geöffnete Hemd bugsierte. (Die nächtliche Photographie, die den Gauleiter just in dem Augenblick zeigte, als er seine Notdurft vor dem Kirchenportal verrichtete, stand nicht zur Debatte.)

Die Wehnerschen Ermittlungen in Innsbruck führten zur Festnahme Dr. Jung's. Aber er mußte in der Prinz-Albrecht-Straße vernommen werden. Halbtägig verlangte Müller Bericht unter Vorlage der Vernehmungsniederschriften. Nebe war



Der Gerechtigkeit...
Reichsjustizminister Gürtner



in den Arm gefallen
Nachfolger Thierack

gänge aufmerksam geworden sein sollten. Er ging selbst in die Nachbarwohnungen, während ein Beamter in dem Tatzimmer seine Pistole abschloß. Anschließend besuchte Wehner das gerichtsmedizinische Institut.

Die damals sichergestellte Steppdecke mit dem Einschußloch war nicht mehr vorhanden, auch nicht die Oberhaut, die man damals mit dem Einschußloch der Leiche entnommen und asserviert hatte. „Der Fall war doch, wie aus der Presse hervorging, geklärt. Warum sollten wir die Asservate noch länger aufheben?“

Der Professor hatte recht. Diese Beweismittel waren nur von Wert, solange mit neuen und eingehenden gerichtsmedizinischen oder anderen Untersuchungen gerechnet werden konnte. Das war aber nicht mehr der Fall, sobald die „Justizpressestelle mitgeteilt“ hatte, oder eine andere offizielle Stelle.

War der Schluß auf Selbstmord, gerichtsmedizinisch gesehen, denn seinerzeit zwingend? Der Professor hob die Schultern. „Was heißt zwingend? Uns wurde das „kriminalpolizeiliche Ermittlungsergebnis“ vorgetragen und wir wurden gefragt, was wir dazu zu sagen hätten. Sie wissen selbst, der Befund, der sich aus

kein hohes Maß für die Annahme eines Selbstmordes übrig. Niemand begibt sich doch auf das Gebiet der Artistik, wenn er sich tötet.“

„Die Motive, wie sie Dr. Jung früher angegeben hat, lassen den Selbstmord jedoch nicht ausgeschlossen erscheinen. Aber seine Darstellung ist einseitig gegeben. Augenscheinlich hat er sogar die Akten gesehen, bevor er vernommen werden konnte. Die ganze Sache ist zum mindesten oberflächlich.“ — „Und was gedenken Sie zu tun?“ — „Ich muß jetzt mit dem Gauleiter zur Sache sprechen und Dr. Koch vernehmen. Aber das hat sich doch Brigadeführer Müller selbst vorbehalten.“ Nebe: „Gut, ich werde mit ihm sprechen.“ Am nächsten Tage kam der Gestapo-Chef selbst nach Innsbruck.

Der Nebesche Mordspezialist sah und sprach den gewaltigen Mann von der Prinz-Albrecht-Straße in Innsbruck zum ersten Male. Müller hörte sich das Ermittlungsergebnis ruhig an. „Natürlich, so wie die das machen, geht das nicht. Stecken doch sicherlich irgendwelche Privataffären dahinter.“ Dann nahm er Weh-

*) Im Fall der Kinderärztin Marianne Six war 1946 ein abschließendes Obduktionsprotokoll von der Staatsanwaltschaft nicht einmal angefordert worden.

damit ausgeschaltet. Was ihm sein Kommissar im RKPA mitteilte, war nicht mehr als private Unternehmung.

„Nur wenn er Ihnen ein Geständnis ablegt, können wir Jung als Mörder behandeln. Sonst nicht.“ Das hatte Müller zu Beginn der Vernehmungen gesagt. Als er dann hörte, daß der unter Mordverdacht stehende Regierungsrat tatsächlich Akteneinsicht in den damals noch nicht abgeschlossenen Vorgang hatte, rief er bei Heydrich an. Der stellte zur Erwägung, ob man zur verschärften Vernehmung greifen wolle. „Aber nur, wenn sichergestellt ist, daß er dann ein Geständnis ablegt.“

Wehner lehnte ab. „Wir brauchen uns doch nur zu überlegen, Brigadeführer, wie wir in der gleichen Lage wie Jung jetzt handeln würden. Würden Sie denn ein Geständnis ablegen? Oder gar sich ein solches durch Prügel abpressen lassen? Und wenn es schief geht, was wird die Partei dann sagen?“

Zum Abschluß der Jungschen Vernehmung mußte der Mordkommissar zu Heydrich. „Sie haben da also einen sogenannten Indizienbeweis gegen Dr. Jung. Was, glauben Sie, würde das Gericht tun, wenn wir die Akten dorthin übergeben?“ Wehner: „Zweifelloos wird die Staatsanwaltschaft Anklage erheben. Aber ob das Gericht zu einer Verurteilung kommen wird, kann niemand voraussagen. Es bleibt immerhin nur die Wahl zwischen Freispruch und Verurteilung wegen Mordes.“

Heydrich überlegte nur kurz. Dann fällt er einen späterhin fast üblichen salomonischen Entscheid: „Dann mag der liebe Gott sein Urteil sprechen. Ich werde Jung an eine gefährdete Front schicken. Lassen Sie die Akten bei Brigadeführer Müller.“

Allenfalls ein schlichter Mörder

Daß Heydrich den Dr. Jung hatte prügeln lassen wollen, war nicht im Sinne des Prügelerlasses, der als Geheime Reichssache an Sicherheitspolizei, SD und Stapo herausgegangen war, und zwar in der Neufassung von 1942 so:

Betrifft: Verschärfte Vernehmung.

1. Verschärfte Vernehmung darf nur angewendet werden, wenn auf Grund des Vorermittlungsergebnisses festgestellt ist, daß der Häftling über wichtige staats- oder reichsfeindliche Sachverhalte, Verbindungen oder Planungen Auskunft geben kann, seine Kenntnis aber nicht preisgeben will und im Ermittlungswege nicht feststellbar sind.
2. Die verschärfte Vernehmung darf unter dieser Voraussetzung nur angewendet werden gegen Kommunisten, Marxisten, Bibelforscher, Saboteure, Terroristen, Angehörige der Widerstandsbewegungen, Fallschirmjäger, Asoziale, politische oder sowjetrusische Arbeitsverweigerer oder Bummelanten. In allen übrigen Fällen bedarf es grundsätzlich meiner vorherigen Genehmigung.
3. Zur Herbeiführung von Geständnissen über eigene Straftaten darf die verschärfte Vernehmung nicht angewendet werden. Ebenso darf dieses Mittel nicht angewendet werden gegenüber Personen, die zeitweilig von der Justiz zwecks weiterer Ermittlungen überstellt worden sind. Ausnahmefälle bedürfen ebenfalls meiner vorherigen Genehmigung.
4. Die Verschärfung kann je nach der Sachlage u. a. bestehen in:
einfachste Verpflegung (Wasser und Brot),
hartes Lager,
Dunkelzelle,
Schlafentzug,
Ermüdungsübungen,
aber auch in der Verabreichung von

Stockhieben (bei mehr als 20 Stockhieben muß ein Arzt zugezogen werden).

L. V. gez. Müller.

Daß die Staatspolizei im Dritten Reich prügeln und prügeln durfte, ist bekannt. Daß die Justizverwaltung der Minister Gürtner (gestorben 1941) und Thierack (Selbstmord im Interniertenlager) das Prügeln sanktionierte, ist weniger bekannt.

Am 4. Juni 1937 trafen sich in Berlin: Der Ministerialdirektor Dr. Cohnke, die Oberstaatsanwälte van Haake und Dr. Joel, sämtlich Reichsjustiz-Ministerium, der Ministerialrat Dr. Best von der Stapo als Stellvertreter Heydrichs, der Oberregierungsrat Müller als Amtschef IV, Geheimen Staatspolizeiamt, die Generalstaatsanwälte Dr. Jung, Berlin, Dr. Semmler, Hamm, und der Oberstaatsanwalt Dr. Stelmer, Düsseldorf, der zur Unterrichtung seines Generalstaatsanwalts ein ausführliches Protokoll ausfertigte.



Kirchturn-Diktatur
Hildebrandt, Gauleiter

Der Oberstaatsanwalt van Haake erklärte damals, von der höchsten Staatsführung seien verschärfte Vernehmungen für erforderlich und unerlässlich anerkannt worden, es sei also widerwärtig, die ausführenden Beamten wegen Amtsverbrechens zu verfolgen.

Die Staatsanwälte hätten andererseits aber nicht die Möglichkeit, nach freiem Ermessen von Verfahren Abstand zu nehmen. Die Verfahren konnten lediglich „materiell eingestellt“ werden, wegen „Mangels der Rechtswidrigkeit“.

Es wurden also gemeinsame Richtlinien herausgearbeitet:

Wer sollte geprügelt werden?

Hoch- und Landes-Verräter. Die Stapo wollte darüber hinaus auch noch Bibelforscher, Saboteure und Sprengstoffverfälscher vernehmen. 175er sollten dagegen nicht geprügelt werden. Ausländer „grundsätzlich“ ebenfalls nicht (1937).

Wie sollte geprügelt werden?

Bis zu 25 Stockhieben auf das Gesäß mit dem „Einheitsstock“, vom zehnten Stockhieb an nicht ohne Arzt.

Wer sollte die Prügel befehlen?

„Grundsätzlich“ nur das Gestapo Berlin. örtliche Stapostellen sollten Genehmigung in Berlin einholen.

Wer sollte prügeln?

Ein besonderer, von den Stapo-Stellen auszuwählender Beamter.

Immerhin kam in der Besprechung „die einhellige Auffassung (auch bei den Vertretern der Gestapo) zum Ausdruck, daß die bisherige Art der Anwendung verschärfte Vernehmungen nicht mehr durchgeführt werden darf“.

So war's im Dritten Reich. Rechtsbeugungen wurden als materielles Recht deklariert, um die Rechts-Maschinerie in Gang zu halten. Denn, daß Vereinbarungen dieser Art die Stapo von üblen Taten fernhielten, das glaubten die Oberstaatsanwälte Joel und von Haake ehrlich nicht.

Heydrich wollte ja auch den Dr. Jung prügeln lassen, der kein Staatsfeind, kein Hoch- und Landes-Verräter, kein Bibelforscher und kein Saboteur war, sondern allenfalls ein schlichter Mörder.

Für Nebes Kapitalverbrechenszentrale war der Fall Franziska Kitz der erste einer Serie, in den sich die Partei zugunsten der Täter eingemischt hat, obwohl ein krimineller Mord Gegenstand der kriminalpolizeilichen Ermittlungen war. Nebe zeigte wenig Lust, das, wie in den Korruptionfällen, zur Gewohnheit werden zu lassen.

Dabei unterschätzte er die Macht der Gauleiter keineswegs, die auch über 1. und, weniger über Heydrich als später über Kaltenbrunner hinweg, die Einstellung von Verfahren durch den Justizminister selbst erreichen mochten. „Geben Sie so vorsichtig wie nur eben möglich zu Werke“, war in solchen Fällen seine ständige Mahnung an Kriminalkommissar Wehner. Die gleichen Worte gab er Wehner mit, als dieser sich nach Schwerin bei ihm abmeldete.

Früher Nachtwächter

Unter Gauleiter Friedrich Hildebrandts, des früheren Nachtwächters, Kirchturn-diktatur waren im Sommer 1942 die Ermittlungen einer Mordsache auf merkwürdige Weise plötzlich versandet. Die Schweriner Kripo tat sich sehr schwer. Augenscheinlich war diesmal die Justiz der Gegner, obwohl der unbestechliche Oberstaatsanwalt Bensch solcher Vermutung im Wege stand.

Immerhin war es weder den Schweriner Kriminalisten noch der Wehnerschen Reichszentrale in Berlin möglich, die Akten des Falles Ulm herauszubekommen. Erst als Wehner ein unfreudliches Fernschreiben, unterzeichnet mit „Der Reichsführer der SS und Chef der Deutschen Polizei, im Auftrage Nebe“ direkt an Hildebrandts Generalstaatsanwaltschaft geschickt hatte, waren die Akten von einem Kriminalbeamten nach Berlin gebracht worden.

In Lobbes Kriminalgruppe hatte man schnell heraus, daß der Braten stank. Karlchen Schulz mit seinen Korruptionserfahrungen tippte auf das Gauleiter-Palais. Aus den Akten war das aber keineswegs ersichtlich.

Die Mordsache Ulm hatte eine Vorgeschichte. Sie fing an 1940, im Untersuchungsgefängnis Potsdam, wo der anscheinend nur mittelmäßig begabte Gauner Ulm einsaß und seiner Aburteilung wegen einer ansehnlichen Zahl verübter Betrügereien entgegenseh. Dieses Ereignis abzuwarten, hatte Ulm wegen der immer härteren Strafen keine Neigung. Er beschloß auszubüchsen.



Der SS-Staat unter Heinrich Himmler

Mit kleinen Geschenken aus geschmuggelten Paketen hatte er das Zutrauen einiger Gefängnisbeamter gewonnen, die ihn während ihrer Nachtwachen bald zum dritten Mann beim Skat erwählten. In der Folge wurde es Ulm leicht, sich auch Geld zu beschaffen. Damit wurde der Schnaps bezahlt, den einer der getreuen Wächter zu beschaffen hatte. Und eines Tages, rechtzeitig vor der Hauptverhandlung, war Ulm verschwunden. Die Wächter lagen betrunken am Boden.

Ulm bekam Gelegenheit zu zeigen, was wirklich in ihm steckte. Er betrog in Tausenden, verkaufte Grundstücke, die ihm nicht gehörten, fälschte Urkunden, mit denen er Geld machte, gründete zwischen- durch auch einmal eine kurzlebige Ehe und den inzwischen verschärften Kriegswirtschaftsbestimmungen so erfolgreich zu Leibe, daß er ein reicher Mann wurde. Unter dem Namen Ulm aber blieb er verschwunden.

In ganz Norddeutschland fahndete die Kriminalpolizei einheitlich nach dem Ausbrecher. Eine ganze Reihe von örtlichen Kriminalpolizeien suchten zu bekanntgewordenen Verbrechen die dazugehörigen Täter. Daß Ulm in vielen Fällen immer der gleiche Ulm war, konnten sie nicht wissen. Im Justizministerium in Berlin führte man derweil über ihn, wie über alle Ausbrecher, eine Sonderakte.

Eines Tages hatte der bevorstehende Verkauf einer Hühnerfarm in Mecklenburg das Interesse der Kriminalpolizei wachgerufen. Der findige Kriminalbeamte, dem Ulm nicht unbekannt war, erkannte in dem gewandten Geschäftsmann den Potsdamer Ausreißer. Dem gelang zwar nochmals eine kurze Flucht, gleichen Abends aber saß er wieder im Schweriner Untersuchungsgefängnis. Wenn Ulm Pech hatte, saß er in seiner Todeszelle.

Eine zweite Flucht des Verbrechers aus dem Gefängnis unter allen Umständen zu verhindern, hatte Beusch bereits alles getan, was denkbar war: Belehrung und Verwarnung der Gefängnisbeamten, unregelmäßige Zellenverlegung, unvermittelte Bäder, während deren Zelle und Kleider des Häftlings durchsucht wurden, unverhoffte persönliche Nachkontrollen und was es dergleichen Fürsorglichkeiten seitens eines Staatsanwalts mehr gibt.

Daß Ulm Kenntnis der ministeriellen Anordnung hatte, ihn alsbald nach Abschluß der laufenden Ermittlungen bis zur Hauptverhandlung im Dreieberger Zuchthaus unterzubringen, steht nicht zu vermuten. Ihm schwante ohnehin Böses. Er war nicht einmal Pg., geschweige denn „Alter Kämpfer“, und hatte auch nicht einmal die entsprechenden Dokumente.

Seine Zellen, die er nacheinander zu bewohnen gezwungen war, lagen stets im obersten Stock. Tagsüber konnte er tief unten die beinahe drei Meter hohe Gefängnismauer sehen, die glatt wie Glas emporragte und auf ihrer Oberkante mit spitzen Scherben bewehrt war. Nacht für Nacht aber lag das Licht eines starken Scheinwerfers auf seinem Fenster. Er hatte nicht einmal ein abgebranntes Streichholz zur Verfügung, geschweige denn etwas, mit dem man die soliden Eisengitter vor den Fenstern hätte anheben können.

Sein Essen erhielt er von einem Kalfaktor, der stets durch einen Beamten beaufsichtigt war. Und mit dem war auch nicht das kleinste Wörtchen zu sprechen. Mehr als ein „Halts Maul!“ bekam er nicht zu hören. Es war eine böse Geschichte.

Der einzige Mensch, der Ulm in diesen bösen Tagen wohlwollte, war sein Verteidiger, der Rechtsanwalt, Notar und

Präsident der Mecklenburgischen Anwaltskammer, Dr. Ernst Baltzer. Warum Ulm gerade diesen Anwalt wählte, hat er niemandem mehr erzählen können.

Präsident Dr. Baltzer zeichnete sich nicht durch überragende Fähigkeiten, wohl aber durch seine Verbindung zum allmächtigen Gauleiter Hildebrandt aus. Denn er war dessen Gaurechtsamtsleiter. Ulm hatte mit ihm ein Sonderhonorar vereinbart.

Der hohe Parteifunktionär hatte den korrekten Oberstaatsanwalt Beusch, der auch Vorsteher des Untersuchungsgefängnisses war, nicht selten in Gewissenskonflikte gebracht. Baltzer, seines Einflusses bei dem Gauleiter in bezug auf die Besetzung der Stellen auch im Justizapparat bewußt, machte sich nichts aus den Bestimmungen, die für die Anwälte im Verkehr mit ihren Klienten im Untersuchungsgefängnis gelten.

Gerade bei Ulm aber konnte und wollte Beusch nicht darüber hinwegsehen. Ulm wurde also noch häufiger gebadet, noch häufiger von Zelle zu Zelle verlegt und unmittelbar im Anschluß an die Beendigung des Vorverfahrens ins Zuchthaus nach Dreieberg gebracht.

Auch diese Ortsveränderung war Ulm nicht bekannt, als zwei Gefängnisbeamte in seine Zelle traten und ihn zum Umkleiden führten, wobei er seine bis dahin sauberlich aufbewahrte Wäsche und seine peinlichst durchsuchten Kleider bekam. Dann wurde er gefesselt.

Aber den beiden kraftstrotzenden Schupos, die den Verbrecher abholten, um ihn mit der Bahn über Bad Kleinen nach Dreieberg zu bringen, schien die Fessel der Justiz noch nicht sicher genug. Sie schlossen Ulm in die „Berliner Acht“, jenes ausgeklügelte Metall, das jedes Handgelenk besonders umspannt und bei dem Versuch, sich des Fremdkörpers zu entledigen, automatisch um so fester schließt.

Die letzte Reise des Verbrechers Ulm konnte beginnen. Sie wurde zur letzten Reise der beiden Schupos.

Ulm in die Schließkette

Der Bußmehlgang nach Bad Kleinen war überfüllt. Was sollte auf dem kurzen Stück Weg schon passieren. „Machen Sie keine Dummheiten, Ulm, diese Dinger hier sind verdammt scharf geladen.“ Der Beamte zeigt auf seine und seines Kameraden Armeepistole. Vor dem Umsteigen nimmt er Ulm in die Schließkette.

Aber der Verbrecher macht keine Anstalten zur Flucht. Schon hat die Dreiergruppe die Bahnfahrt hinter sich, Ulm sieht die dicken Zuchthausmauern vor sich liegen. Da macht er eine kleine blitzschnelle Bewegung des Bückens und im gleichen Augenblick bellen die heißen Schüsse einer kleinkalibrigen Pistole durch die Landschaft.

Der eine Schupo greift zum Herzen, dreht sich halb um seine eigene Achse und fällt tot zu Boden. Sein Kamerad fühlt, wie ein breiter Blutstrom seine Kleider durchnässt. Trotzdem versucht er, den plötzlich ungefesselt weglauenden Ulm einzuholen. Dann zieht er seine Pistole, bleibt stehen und schießt. Aber sein Stand ist nicht mehr sicher genug. Er sinkt zu Boden.

Der über Wiesen und Acker um sein Leben laufende Ulm erhält ein lehrreiches Kapitel über die Solidarität von Zuchthausinsassen. Sie hatten, auf Außenarbeit, den Vorgang beobachtet, nahmen gemeinsam mit ihren Wärttern die Verfolgung Ulms auf und fingen ihn ein.

(Fortsetzung folgt.)
Copyright 1949 by DER SPIEGEL

DAS SPIEL IST AUS — ARTHUR NEBE

Glanz und Elend der deutschen Kriminalpolizei

27. Fortsetzung

Ehefrau Lisel Nebe, die am 21., 22. und 23. Juli je einmal kurz mit ihrem Gatten telefoniert hatte, wurde jetzt gründlicher vernommen. Einer gelinden Haussuchung durch Kripo-Beamte folgte eine schärfere durch die Stapo, und im September kam Frau Nebe in Sippenhaft.

Sie wurde durch mehrere Lager geschleppt, unter anderem durch Dachau, sie war mit anderen prominenten Sippenhaft-Frauen zusammen, mit Frau und Schwiegertochter des Feldmarschalls Paulus, mit den Frauen der Generale Lattmann und Lenski vom Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und anderen.

Am 12. April 1945 überreichte man ihr ein Papier des Oberreichsanwalts mit der Nachricht vom Tode ihres Mannes. „Die Veröffentlichung einer Todesanzeige ist unzulässig.“

Die ganzen acht Monate über war sie von Zeit zu Zeit immer mal wieder verhört worden. Sie gestand nichts, aber sie konnte auch nichts gestehen, denn sie wußte nichts über das Verschwinden ihres Mannes. Die Haussuchungen bei ihr in Joachimsthal hatten sich ähnlich ergebnislos herausgestellt.

Immerhin hatte sich dort eine Tabaks-Dose englischer Herkunft mit englischer Widmung gefunden. „Wie kam das Zigaretten-Etui vom Secret Service in Ihre Hand?“ wurde Frau Nebe gefragt. Sie erzählte die Geschichte von Sir Percy Sillitoe, dem Gangster-Schreck von Glasgow. Von ihm stammte die Schnupftabaksdose, die „snuff-box“.

Die herzlichen Beziehungen des Kripo-Chefs zu seinen ausländischen Kollegen noch weit bis in den Krieg hinein hatten nun freilich für die Stapo etwas Unerklärliches. Die einzelnen Mitglieder der

Internationalen Kriminal-Polizeilichen Kommission hielten untereinander Freundschaft, unbeeinflusst von den politischen und kriegerischen Winden.

Wenn Dr. Harry Söderman aus Stockholm, „D.Sc.“, Chef-Direktor des schwedischen Kriminal-technischen Instituts, Referent bei der IKPK, während des Krieges in England oder Schottland war, stieß er bald auf die Frage: „What about Nebe?“

Der SPIEGEL hat Dr. Söderman um nähere Auskünfte gebeten, Söderman schrieb zurück, da er nicht wisse, wie der SPIEGEL den Fall auffasse, finde er es nicht möglich, näheres über die Sache auszusagen. „Wenn Sie mir aber die Artikel senden, werde ich vielleicht meine Ansicht ändern.“

Das geschah. Dr. Söderman änderte gleichwohl seine Ansicht nicht. Doch ist der Grund seines Schweigens leicht einzusehen, wenn man sieht, was der Chef des schwedischen KTI in seinem November 45 erschienenen Buch „Skandinavisk Mellanspel“ über Nebe schreibt:

„Er (Nebe) haßte Himmler, Heydrich und die Gestapo wie die Pest. Wenn wir gelegentlich unter vier Augen zusammensaßen, pflegte er offen über seine Ansichten über den Nazismus zu sprechen. Hier sitze ich, umgeben von Rowdies und Lärmeln, sagte er, ich, der ich einmal so dumm war zu glauben, daß ich an der Rettung Deutschlands beteiligt sei.“

„Frühling 1942 machte ich eine Reise nach der Schweiz und dem sogenannten freien Frankreich, teils um meinen Freund Werner Müller, Polizeichef des Kantons Bern, Mitglied der Internationalen Kriminalkommission und während des Krieges Oberst und Chef des Nachrichtendienstes des Schweizer Generalstabes, zu besuchen, teils um die Verhältnisse in Frankreich zu studieren. Ich hielt mich einige Tage in



... wollte Berlin zernieren
Helldorff mit der Büchse

Berlin auf und traf bei dieser Gelegenheit Nebe.

„Trotz der Erfolge, die damals noch die deutschen Waffen begleiteten, war er sehr pessimistisch. Er kam damals gerade aus Moskau! Sozusagen vor den Toren Moskaus hatte er mit einem großen Stab von Polizisten mehrere Monate im Biwak zugebracht. Hitler hatte ihn zum Polizeichef bei der Eroberung Moskaus ausersehen! Nebe war voller sarkastischer Bemerkungen und sprach von dem Mißvergnügen gegen das Regime, das sich bei vielen breit machte.“

„Als ich im Herbst 1942 das zweite Mal während des Krieges in Deutschland war, war er noch offener. Es ist selbstverständlich, daß ich mit offenen Ohren auf das hörte, was er mir von dem Mißvergnügen in Deutschland zu erzählen hatte. Nebes Ansicht war bereits damals, daß der Zusammenbruch Deutschlands unmittelbar bevorstehe. Besonders machte sich der Oelmangel bemerkbar. Er berichtete z. B., daß zahlreiche SS-Flugstaffeln (? Red.) aus Mangel an Brennstoff nicht aufsteigen könnten. Als er bemerkte, daß ich in vollem Umfange seine Ansicht

Der Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof
O J 10/45 g.Rs.

Berlin W.9, den 12. März 1945
Bellarmistraße 13
(2) Postleitzahl Potsdam

An
Frau Elise N e b e geb. Schaeffer
durch den Befehlshaber der Sicherheitspolizei
Amt IV 1 A b
in B e r l i n
Heinestraße 13
zu Händen von Herrn
Oberregierungsrat Litsenberger
oder Vertreter im Amt

Der ehemalige 4-Gruppenführer und Generalleutnant d. Polizei
Arthur N e b e ist wegen Hoch- und Landesverrats vom Volks-
gerichtshof des Großdeutschen Reiches zum Tode verurteilt worden.
Das Urteil ist am 3. März 1945 vollstreckt worden.
Die Veröffentlichung einer Todesanzeige ist unzulässig.

In Auftrage
[Signature]

Todesanzeige unzulässig: Nachricht für Frau Lisel

Missionar wie ich dürfe sich nicht so leicht von Rührung übermannen lassen."

Einige Tage später wagte der falsche Kameruner den Sprung vor das große Publikum. Im Studio 10 lief der Film „Himmelszauberer“, der ein heiligmäßiges Pflanzverleben schildert. Kinodirektor Margadant hatte nichts dagegen, daß Monsignore Ballet im Anschluß an die Vorführung zum Publikum sprach. Auch hier Rührung und Beifall.

Zum Schluß seiner Rede kam der hohe Herr auf den eigentlichen Zweck seiner Rede zu sprechen. Mit hinreißenden Worten wußte er von der Not der armen Aussätzigen seines Bistums zu berichten. 337 Fränkl brachte die Kollekte.

Die wurden auf einer Genfer Bank deponiert, dann aber — auf Weisung des Bischofs — nach Frankreich überwiesen. Das kam allerdings erst später herau.

Monsieur Margadant konnte sich einer Fotografie des Würdenträgers erfreuen. Mit Widmung und Unterschrift: Léon Ballet, Titularbischof von Tiberias, Apostolischer Vikar.

Inzwischen hatten der Pfarrer von Sacré Coeur und seine Vikare Verdacht geschöpft. Ueber den liturgischen Fallstricken des Aschermittwoch-Gottesdienstes strauchelte der Pseudo-Bischof. Diskret, äußerst diskret wurde recherchiert.

Üblicherweise nehmen in Gent durchreisende Geistliche im Hospiz Sankt Bonifaz Quartier. Msgr. Ballet hatte es vorgezogen, als „möbliertes Herr" bei Madame Delpiano, Boulevard Georges-Favon Nr. 10, zu logieren. Nebenbei, in der Konditorei Chevillat, pflegte er zu frühstücken. Wenn man den Bischof fragte, warum er nicht in Sankt Bonifaz wohne, erwiderte er: „Ich habe Besuche zu machen, Kranke aufzusuchen, bin viel eingeladen und muß oft spät nachts heimkommen. Das würde in Sankt Bonifaz stören."

Nachdem nun aber einmal ein gewisser Verdacht aufgetaucht war, unterzog man das bischöfliche Eigentum einer eingehenden Prüfung. Im Gebetbuch fanden sich gewagte Bilder, die mit dem frommen Beruf eines Geistlichen — mochte er auch aus dem heißesten Erdteil kommen — nur schwer in Einklang zu bringen waren. Gendarmerie-Kommissar Panosetti allerdings verließ das Heim der Madame Delpiano unverrichteterdinge: die Papiere des lila Untermieters waren offenbar in Ordnung. Monsignore schimpfte unheimlich hinter dem Polizeisten her.

Erfolgreicher war das Mißtrauen der kirchlichen Amtsbrüder. Aber als feststand, daß es einen Bischof namens Ballet in der Personalliste des Vatikans nicht gibt, war der schon verschwunden. Den Genfer Gesetzeshütern blieb nur übrig, seine letzten Worte zu notieren. Sie lauteten: „Ich werde in Annecy die Messe lesen." Annecy liegt in Frankreich.

In französischer Untersuchungshaft stellte sich bald heraus, was den Genfer Gläubigen von Sacré Coeur noch nachträglich Schreckensschau über den Rücken jagt: Prälat Ballet, nun wieder Léon Page, ist ein ausgekochter internationaler Gauner mit Mädchenhandelspraxis. Mädchen, die sich „Missionaren" anvertrauten, wurden von Brüssel nach Afrika geschickt.

Der falsche Bischof war schon vor Monaten in vollem Ornat in Rom aufgetreten, hatte in Frankreich für die armen Aussätzigen von Kamerun gesammelt und in Notre Dame in Paris gepredigt.

Als er — in Räuberzivil — im französischen Städtchen Bourg-en-Bresse schließlich verhaftet wurde, fand man in seinen zerschissenen Hosen das violette Käppchen, das Brusttuch und dem goldenen Bischofsring.



Vergleichen Sie **DIESE** Stellen vor und nach einer mehrwöchigen Kaloderma-Pflege

Unsere Kaloderma-Präparate gewebe erhält seine jugendliche Spannsind auf Grund der Ergebnisse letzter kraft wieder, der Teint wird frisch biologisch-kosmetischer Forschung auf- und rosig und die Haut geschmeidig gebaut. Nach relativ kurzem Gebrauch und elastisch. Ob Sie vorbeugen oder werden Sie feststellen, wie sie Ihrer Haut Spannkraft, Geschmeidigkeit und Frische wiedergeben. Vergrößerte Poren verschwinden, das Haut-

KALODERMA

REINIGUNGS CREME

AKTIV CREME

GESICHTSWASSER

TAGES CREME

bestehenden Hautmängeln abhelfen wollen - in jedem Fall müssen Sie diese intensiv-wirksamen modernen Haut-Pflegemittel versuchen.

KALODERMA-SEIFE

hat als klassische Gesichtsseife internationalen Ruf. Sie enthält hautpflegende Aufbaustoffe, die die Wirkung unserer kosmetischen Präparate noch unterstützen. Ihr herrlicher Duft - der Inbegriff echter Gepflegtheit - wird Sie begeistern.

F. WOLFF & SOHN G.M.B.H. KARLSRUHE IN BADEN

Frischatmen
erquickt erst recht mit

VIVIL
NATÜRLICHES PFEFFERMINZ

* z. B. ein paar Minuten in frischer Luft bewußt, ganz tief, ruhig und regelmäßig atmen, um für die Stunden der Entspannung munter zu bleiben.

ten über das Regime teilte, öffnete er sein Herz vollkommen.

„Zu Hause in seiner Villa in Wannsee schaffte er die Gelegenheit für einige Zusammenkünfte mit dem Grafen Helldorf, dem Polizeipräsidenten von Berlin, und dort diskutierten wir sehr offen die Möglichkeiten für einen Sturz des Regimes. Merkwürdigerweise sahen bereits damals sowohl Nebe als auch Helldorf Deutschland als reif für einen Zusammenbruch an. Eine Luftlandung hinter den deutschen Linien im Herzen Deutschlands würde nach ihrer Ansicht in einigen Tagen einen Zusammenbruch herbeiführen, sofern man es schaffen könnte, einige SS-Panzerverbände auszuschalten, die man aus Furcht vor der innerpolitischen Situation daheim behalten hätte und die zur Hauptsache in Pasewalk und Weimar stationiert seien.

„Neben sollte in diesem Fall durch die deutsche bürgerliche Kriminalpolizei sämtliche führenden Nazisten verhaftet werden; das hätte in einer Nacht gemacht werden können. Ich werde eigenhändig Hitler und Himmler verhaften“, sagte Nebe, und seine Augen leuchteten vor Haß. Helldorf seinerseits wollte Berlin zernieren und die bürgerliche Ordnungspolizei alle Brennpunkte besetzen lassen.“

Es ist einigermaßen spaßig, sich Arthur Nebe vorzustellen, wie er seinen Führer und seinen Reichsführer verhaftet, und was in dieser Erzählung aus dem Moskauer Blutkommando geworden ist: Arthur Nebe als Polizeipräsident von Moskau, das war nicht schlecht erfunden.

Diese Nebe'schen Uebertreibungen, bei denen Freund Söderman immerhin einiges falsch verstanden haben mag, zeigen zwei Eigenschaften Nebes: Die Freude am Angeben und das Bestreben, sich noch zu Lebzeiten der derzeitigen Machthaber Freunde in der jenseitigen Welt zu machen, damit er auch vom Ausland her rückversichert war. Keine noch so zweifelsfreie Gesinnung Nebes kann darüber hinwegtäuschen, daß er bis zu seiner Flucht doppelseitig gefahren ist, mit Rückversicherung nach beiden Seiten.

Diese jahrelange Doppelglosigkeit endete am Montag, 24. Juli 1944. Drei Tage hatte der ängstliche Verschwörer zwischen Hangen und Bangen verbracht. Freund Lobbes war nicht da. Der war ausgerechnet am 20. Juli unter irgendeinem dienstlichen Vorwand nach Prag gefahren. Als er am Montagabend ins Amt zurückkam, traf er Nebe nicht mehr an.

Vormittags, 13 Uhr, war Helldorf in Nebes Dienstzimmer verhaftet worden. Kaltenbrunner und Müller befürchteten, bei einer Verhaftung im Polizeipräsidium werde die Präsidialwache sich vor ihren Chef stellen.

Nebe bekam also den Auftrag, Helldorf sofort zu sich ins Amt zu bitten, um mit ihm eine Zuständigkeitsfrage zu besprechen, über die Himmler ganz plötzlich und kurzfristig einen schriftlichen Bericht angefordert hatte.

Dem Helldorf mußte auffallen, daß Nebe ihn zu sich bat, denn im allgemeinen ging Nebe natürlich zu dem Grafen, wenn er etwas mit ihm zu besprechen hatte. Andererseits konnte Helldorf glauben, Nebe habe ihn nur unter irgendeinem Vorwand bestellt und wolle ihm etwas Vertrauliches mitteilen. Daß beide noch in ihrem Amt saßen, hätte ihnen ja selbst eigentlich komisch vorkommen müssen.

Helldorf fuhr also ins RKPA, wie immer begleitet von seinem Fahrer Weirich und einem Belfahrer. Als die Beamten des Berliner Kripochefs Dr. Schete in Nebes Zimmer stürzten und „Hände hoch“ riefen, nahm anfänglich auch Nebe die Hände hoch. Helldorf sagte ironisch: „Was

Weltatlas 1950

Der HANSA-WELTATLAS, wegen seines ausgezeichneten Kartenmaterials und der umfangreichen Nachweise und Statistiken wirtschaftlicher, geographischer und geschichtlicher Art bekannt, enthält in seiner neuen, sechsten erschienenen Auflage eine ganze Anzahl neuer, höchst aktueller Karten, wie:

Ferner Osten, Sibirien sowie farbige Skizzen über die Pflanzenwelt und Bodenschätze aller Länder der Erde und dazu ein Ortsregister, aus dem z. B. auch hervorgeht, daß Belgrad (Jugoslawien) auf Karte 47 und Belgrad (Konstantinopel) auf Karte 51 aufzufinden ist.

Das Zeitgeschehen stellt uns häufig Fragen, bei denen wir ob unserer Geographiekenntnisse leicht unsicher werden, besonders wenn

Das Wissen um die politische Neugestaltung

dabei von Bedeutung ist. Ein neues kartographisches Nachschlagewerk zu besitzen, ist eigentlich jedermanns sehnlichster Wunsch!

Wir möchten uns alle mehr oder weniger wieder neu orientieren. Und Hand aufs Herz: Wer wünscht nicht auch seinen Kriegspfadern nochmals nachspüren zu können? — Schon nach 8 Tagen können auch Sie wieder ein gewichtiges Wörtchen mitreden, denn der HANSA-WELTATLAS bietet Sicherheit in vielen Lebenslagen!

Sie erhalten den HANSA-WELTATLAS unter spesenfreier Nachnahme von DM 12,50, oder, wenn Ihnen das so bequemer ist, gegen Monatsraten von DM 4,50. Die erste Rate wird in diesem Falle bei Lieferung nachgenommen. Der neue Buchdienst GmbH., (15a) Stuttgart 1, Postfach 5 025.

Wer will im Frühjahr ein neues Fahrrad kaufen?



Lieferung wieder ab Fabrik. Schreiben Sie uns, wir machen Ihnen einen Vorschlag, der Ihnen unbedingt gefällt. Katalog mit Preis-ausschreiben kostenlos. Es winken über

20000 DM Preise

E. & P. STRICKER, Fahrradfabrik
Brackwede-Bielefeld 96

Rasier Dich
ohne Qual
mit



Punktal



Wer
weit draußen
wohnt...

und keine Gelegenheit hat, am Kiosk den
SPIEGEL zu kaufen, kann ihn bei
seinem Postamt abonnieren. Bezugspreis monatlich DM 4,09.

wollt Ihr denn, ich wehre mich ja gar nicht."

Aber wenn schon Adjutant Engelmann den Eindruck hatte, Nebe habe von der geplanten Verhaftung Helldorfs gewußt, so behaupteten der SS-Oberführer Piffraeder, der spätere Chef der Suchkommission, und der SS-Oberführer Panzinger, der spätere Chef der Kripo, Nebe habe die Rolle des Judas von Kaltenbrunner und Müller bereitwillig übernommen. Beide stehen nicht mehr zur Verfügung. Panzinger hat sich erschossen, Piffraeder kam in Linz durch Bomben um.

Helldorf seinerseits hat Nebe mit Sicherheit nicht belastet, bis am 14. August durch Lobbes die Bereitstellung der Kripo für den 15. Juli herauskam.

Ob Nebe nun den Judas gemacht hat oder nicht, jedenfalls war ihm die Festnahme Helldorfs heftig in die Glieder gefahren. Voller Ängste fährt er zu Kaltenbrunners Mittagstisch.

Der erste, der ihm dort in den Weg läuft, ist sein Freund Heinrich Müller. „Na, Arthur, der nächste, den ich einsperren lasse, das wirst Du sein“, scherzt Müller. Nebe ist so konsterniert, daß er draußen vor der Prinz-Albrecht-Straße seinen Wagen mit der Nummer Pol 10 nicht finden kann, obwohl er genau davor steht. (Die Schutzpolizei hatte ungerade, die Sicherheitspolizei die geraden Nummern: Daluge Pol 1, Kaltenbrunner Pol 2, Müller Pol 8 usw.).

Mühevoll ringt Nebe um Beherrschung, als er in sein Amt zurückfährt. Seinem Vetter, dem Kriminalkommissar Lüder gegenüber gibt er sich keine Mühe mehr, als er am Nachmittag mit ihm zusammentrifft. „Der Müller ist mir auf der Spur. Ich werde bald in Richtung Norden fahren. Hoffentlich sehen wir uns bald wieder.“

Am Abend fährt er zum „Büro Hoffmann“, zu den beiden Strüncks. „Es ist alles aus, wir müssen fliehen, sofort, keine Sekunde ist mehr Zeit“, hastet er die Strüncks an.

Elisabeth und Theodor Strünc k packen kleines Marschgepäck zusammen und steigen in Nebes Mercedes „Pol 10“. Kreuz und quer steuert Nebe den Wagen durch die Straßen, wie ein Irrsinniger, wie ein Betrunkener. Er achtet keine Schilder, keine Signallampen. Der Anblick eines Schupos macht ihn vollends verrückt.

Die Insassen des Wagens laufen bei dieser irrsinnigen Fahrerei Gefahr, mitten in Berlin an einem Haus oder an einem Baum zu zerschellen. Mindestens muß jeder Verkehrspolizist aufmerksam werden, den Wagen zum Stoppen bringen und den Fahrer festnehmen.

Elisabeth Strünc erkennt die Gefahr, die der nervenzerrüttete Nebe für alle darstellt. Sie übernimmt das Steuer des Wagens. Die Fahrt geht zu Gisevius.

Sowohl Gisevius als auch Strüncks hatten damals die Absicht, illegal in die Schweiz hinüberzuwechseln und Nebe ebenso illegal mitzunehmen. Aber Nebe selbst, ohnehin ängstlich und jetzt mit den Nerven gänzlich zu Ende, vereitelte diese einzig wahre Rettungsmöglichkeit. Er rechnete damit, daß bereits Vorwarnung gegen ihn gegeben sei und daß spätestens am nächsten Morgen Haftbefehl gegen ihn erlassen würde.

Wenn es freilich wahr ist, daß er den Grafen Helldorf in die Falle gelockt hat, dann mußte sein schlechtes Gewissen ihm diese Furcht eingeben. Ein Racheakt des Grafen Helldorf war dann durchaus möglich. Nebe wies also den Gedanken, noch im Auto zur Grenze vorzudringen, heftig zurück.

Noch nicht einmal einen falschen Paß hatte der Chef aller Kriminalisten in Deutschland, mit dem er über die Grenze hätte gehen können. Lobbes meint, er habe nicht mit einem Fehlschlag des Attentats gerechnet, dem Gisevius dagegen ist dies Versäumnis Nebes heute noch unerklärlich.

Den Polizeiausweis auf den Namen Dr. Schwarz zeigte Nebe seinen Fluchtgenossen. Aber er maß diesem Papier keine Bedeutung bei, da er unterstellte, man habe die Anfertigung des Ausweises polizeilich registriert.

Die Ausstellung eines falschen Passes, so meint Gisevius, habe nicht ohne mehrere Mitwisser vorstatten gehen können. Dieser Umstand sei dem hervorragenden



Kaltblütiger Fluchtpartner
Hans-Bernd Gisevius

Kriminalisten zuwider gewesen. So habe er zum Beispiel, auch stets Gisevius ein falsches Papier verweigert. „Den Grund nehme ich ihm nicht so übel“, sagt Gisevius heute. „Wäre ich nämlich jemals mit einem solchen Papier hochgegangen, dann hätten die Spuren unweigerlich auf Nebe geführt.“

Abgesehen von dem Mißtrauen des Kriminalisten sei Nebe durch seinen (perilös-verstärkten) Fatalismus in entscheidenden Augenblicken entscheidend gehemmt gewesen. Andererseits minderte das Bewußtsein, daß „doch alles schief gehe“, nicht seine Ängstlichkeit.

Man fährt also an jenem Montagabend, 24. Juli, nicht in die Schweiz.

Gisevius ist der kaltblütigste Fluchtpartner. Er versucht, Organisation in die wirren Gedanken zu bringen. Die Psychose „Raus aus Berlin um jeden Preis“ liegt

ihm nicht. Er dirigiert Elisabeth Strünc nach Zehlendorf, zum Teltower Damm 224.

Der Kreispfarrer Dr. Haas Böhm ist Gisevius seit 1933 bekannt. Während Nebe und die Strüncks in der Nähe mit dem Wagen warten, führt ihn Frau Böhm in das pfarrliche Amtszimmer. „Da ist ein Herr, der dich sprechen will. Er macht einen etwas merkwürdigen Eindruck.“

Dr. Böhm erkennt den sichtlich nervösen Gisevius sofort. Er habe nur wenig Zeit, befinde sich auf der Flucht, erklärt der lange Konspirator ohne Umschweife. Die Festnahme Helldorfs erwähnt er und läßt keinen Zweifel, daß alles mit dem 20. Juli zu tun hat.

Einzelheiten teilt Gisevius jedoch nicht mit. Er will den Pfarrer, den die Stapo bereits früher wegen „Teilnahme an verbotenen Übungen der Bekennenden Kirche“ für vier Monate ins Gefängnis gebracht hat, nicht mit unnötigem und gefährlichem Wissen belasten. Drei Wochen war der beinahe amputierte Weltkriegsteilnehmer, EK I., PG von 33 bis 38, im Jahre 38 wegen „Kollektenankündigung und einer Kanzelaussprechung über Kirchenaustritte“ in „Schutzhäft“. Nur eine Nacht unterschleichen will Gisevius mit seinen draußen wartenden Begleitern bei Dr. Böhm, der abgelegen am Stadtrand Berlins wohnt.

Der Pfarrer lehnt ab, die Gefahr ist ihm zu groß. Dr. Böhm verweist Gisevius an seinen Amtsbruder Dr. Harder in Fehrbellin. Vielleicht kann der den Flüchtenden eine Unterkunft gewähren oder beschaffen.

Gisevius wird wunschgemäß eine zeitlang allein im Amtszimmer gelassen, damit er telefonieren kann. Dann kommt Nebes Wagen. Dr. Böhm kennt weder die Strüncks noch den Gruppenführer, der darin sitzt. Die Fahrt geht nach Fehrbellin.

In der Feldbergstraße 43 wohnt dort der Pfarrer Dr. Günther Harder, auch er Mitglied der Bekennenden Kirche, auch er sieben Monate im Gefängnis „wegen Vergehens gegen die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“. Auch er drei Monate in Schutzhäft, auch er wegen Verstoßes gegen die Kollekten-Ordnung. Aber im Gegensatz zu Dr. Böhm war er niemals in der Partei, sondern lediglich in der NSV.

Es ist später Abend, als Gisevius mit Elisabeth Strünc bei dem Geistlichen eintritt. Theodor Strünc und Nebe warten wieder im Wagen. Sie alle kennen Dr. Harder nicht, sie haben nur die Empfehlung Dr. Böhms.

Nach werden sie nicht verfolgt, begründet Gisevius seine Bitte um Unterschlupf für eine Nacht, aber die Befürchtung, im Zusammenhang mit dem 20. Juli gesucht zu werden, sei akut.

Dr. Harder lehnt ab, will zunächst auch nicht weiterhelfen. Gisevius und Frau Strünc dringen in ihn. Da rät der Pfarrer, in die Gegend nördlich Neuruppin zu fahren, verweist an den Pfarrer August Reinicke in Menz.

Der Weg bei Nacht nach Menz ist für den Ortsunkundigen schwer zu finden. Harder holt eine Karte, beschreibt die Straßen, die zu fahren sind, überläßt Gisevius die Karte. Gibt ihm als Ausweis ein von Pfarrer Reinicke geliehenes Buch, damit der erkennt, daß die Flüchtigen von ihm, von Dr. Harder, geschickt sind.

Trotz beschriebenen Weg, trotz Karte finden die Flüchtigen, hinter denen noch niemand her ist, den Weg nicht. Sie müssen im Freien übernachten.

In der Frühe des 25. Juli liegt das Pfarrhaus in Menz noch in tiefer Ruhe, als das Pfarrerehepaar von Gisevius und Elisabeth Strünc aus dem Schläfe geklin-

gelt wird Gisevius weist sich mit dem Harderschen Buch als von dem Fehrbelliner Kollegen geschickt aus. Erzählt, daß am Dorfbrand im Wagen noch zwei Herren warten und man am Vorabend nicht mehr kommen konnte, weil sie sich verfahren hätten.

Pfarrer August Reinicke war ebenfalls Mitglied der Bekenntenden Kirche, aber lediglich wegen verbotener Kanzelabkündigung im Jahre 1935 einen Tag in Schutzhaft gewesen. Die Unterhaltung mit dem Pfarrer von Menz ist für Gisevius nicht ganz einfach.

Er selbst gibt heute noch an, er sei seit 1939 aktiv für die Bekenntende Kirche tätig gewesen und „mit den meisten ihrer führenden Mitglieder, besonders mit Niemöller, engstens freundschaftlich verbunden“. Auch dem Pfarrer Reinicke gegenüber bringt er das Gespräch auf die Bekenntende Kirche. Aber dem Pfarrer fällt auf, daß er mit den Fragen der Bekenntenden Kirche wenig vertraut ist. Die Flüchtlinge bitten um Obdach für ein paar Tage, aber der Pfarrer ist stutzig geworden.

Gisevius und Elisabeth Strüncik dringen in Reinicke, ihnen und den draußen Wartenden wenigstens eine kurze Rast im Pfarrhause zu gönnen, damit sie einige kurze Stunden schlafen können. Der Geistliche gewährt die bescheiden gewordene Bitte.

Gisevius holt Nebe und Strüncik. Der Wagen fährt auf den Pfarrhof. Aber hier kann er nicht bleiben, da er gesehen werden kann. Die Flüchtlinge halten Kriegsrat ab, während sie das Frühstück verzehren.

Der Wagen muß weg. Gisevius und Nebe bringen das Gepäck ins Pfarrhaus. Der Mercedes ist überflüssig geworden, da Nebe versäumt hat, Reservewohnen zu tanken. Pfarrer Reinicke kann keines beschaffen. Gisevius und Nebe fahren in Richtung Fürstenberg und stellen ihn so ab, daß auf einen Selbstmord Nebes geschlossen werden kann.

Bis zum Nachmittag genießen die Flüchtlinge die Ruhe, zu der ihnen Pfarrer Reinicke verhelfte. Zu mehr vermag er sich angesichts der damit verbundenen Gefahren nicht zu entschließen.

Der Pfarrer argwöhnt, seine Gäste gehörten zu den Leuten des 20. Juli. Strüncik beruhigt ihn: An ihren Händen klebe kein Blut.

Die Männer auf einem Gut oder bei kleinen Bauern als Arbeiter unterzubringen, sieht Reinicke keine Möglichkeit. Er denkt an die Sicherheit seiner Pfarrkinder.

Am Nachmittag verbrennt Gisevius in der Waschküche Nebes Uniform und Schweizer Zeitungen. Seine Schaffstiefel überläßt Nebe dem Pfarrer zur beliebigen Verwendung.

Die vier beschließen, wieder zu Pastor Dr. Harder nach Fehrbellin zurückzufahren, da ja Dr. Harder versprochen hatte, sich nach einer Bleibe für die Flüchtlinge umzusehen. Nebe und Gisevius wandern allein zur Station Groß-Woltersdorf, in Menz soll das Ehepaar Strüncik zusteigen.

Nebe hat Sorge, von Himmlers Leibarzt Dr. Kersten gesehen zu werden, dessen Gut Hartzwalde in der Nähe von Menz liegt. Das hatte Nebe von Pfarrer Reinicke erfahren. „Welche Wagenklasse pflegt Dr. Kersten zu benutzen?“ hatte sich Nebe erkundigt. Der Pfarrer wußte es nicht.

Als Pfarrer Dr. Harder am Abend des 25. Juli von Neuruppin nach Fehrbellin zurückkehrt, findet er in seinem Hause wieder Gisevius und Elisabeth Strüncik, dazu Nebe und Theodor Strüncik. Gisevius berichtet von Erlebnissen der vergangenen Nacht und bei Pfarrer Reinicke. Sie sind alle vier übermüdet, und Dr. Harder gibt diesmal nach. Er gewährt ihnen für die Nacht zum 26. Juli Quartier.

schon 2
Rheila
mehrmals täglich



Lindern und lösen bei
Husten und Heiserkeit

In Apotheken und Drogerien

Bad Nenndorf
das ausgezeichnete Heilbad bei Hannover
empfiehlt sein neuzzeitliches
HOTEL GROSSES BADEHAUS
Bäder im Haus
Telefon: Bad Nenndorf 54

Chef-Redakteur

für eine westdeutsche überparteiliche Wochenzeitung gesucht. Voraussetzung: Angehöriger der Mittlgeneration ohne politische Neigung und Bindung zu einer bestehenden deutschen Partei. Möglichst mit Auslandserfahrungen. Bewerbung mit Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften, Referenzen und einem Probeaufsatz von nicht mehr als einer Seite Din A 4 über ein selbstgewähltes aktuelles politisches Thema an:
55204 Annoncen-Expedition Carl Lang
Köln-Nippes, Postfach.



Die SPIEGEL-Klemmrücken-Halbjahresmappe

Geschmackvolle Ausführung mit verstärkter Rückenfeder, Kunstlederrücken und Leinendeckenbezug.

EINZELPREIS DM 5.90
einschließlich Porto gegen Vorkasse auf unser Postscheckkonto Hannover, Kto.-Nr. 1078, oder Nachnahme.

Zum Einbinden in fester Buchform sind außerdem solide

Halbjahres-Einbanddecken

mit verstärktem Leinenrücken, handgestrichenem Künstlerpapier und Goldprägung lieferbar.

EINZELPREIS DM 2.75
einschließlich Porto gegen Vorkasse auf unser Postscheckkonto Hannover, Kto.-Nr. 1078, oder Nachnahme.

SPIEGEL-Leser, die ihre gesammelten Hefte in Buchform aufbewahren möchten, bevorzugen die Einbanddecken. Die Klemmrücken-Mappe dagegen erlaubt die Auswechslung resp. Entnahme der einzelnen Hefte.

Personen- und Sachregister 1949
wird auf Wunsch beigelegt

Bestellungen erbeten an

SPIEGEL-VERLAG HANNOVER · GOSERIEDE 5/6
POSTSHECK-KONTO HANNOVER NR. 1078



Elisabeth Strüch schläft in einer Bodenkammer, die Männer schlafen auf Matratzen im Wohnzimmer. Die Unterhaltung dreht sich um die Vorgänge des 20. Juli. Die Tat gegen Hitler findet nicht die Billigung aller Anwesenden, aber „sie zeigt doch befriedigenderweise die Existenz eines anderen Deutschlands“.

Am 26. Juli früh fährt Pfarrer Harder in den Nachbarort Lentzke, um die vier als „Bombenflüchtlinge“ unterzubringen. Als er gegen Mittag erfolglos zurückkehrt, erklären die Flüchtigen, sie wollten mit dem 12-Uhr-Zug nach Berlin zurückfahren.

In Berlin ruft Nebe Dr. Olbertz an und trifft sich mit ihm. Strüchs gehen in ihre Kellerwohnung zurück. Am 28. Juli, gegen 17 Uhr, klingelt es an der Gartentür des Viktor Schulz in Dahlem, Brünnerstraße 46 A.

Nebe stürzt herein: „Tag, Viktor, jetzt bin ich da. Du weißt schon was los ist. Sag schnell, ob ich bei dir bleiben kann. An der Straßenecke steht Olbertz mit seinem Wagen. Gisevius ist auch drin.“

Schulz schaltet schnell: „Du kannst auf jeden Fall hierbleiben. Bei Gisevius weiß ich nicht, wo ich ihn unterbringen soll.“ Nebe rast zum Wagen zurück, schnappt sich Aktentasche und Koffer und kommt wieder. Von da an trennen sich Nebes Wege von denen der beiden Strüchs, die bald verhaftet werden, und von denen des Hans Bernd Gisevius, der noch ein halbes Jahr brauchen wird, um mit einem falschen Paß aus Berlin via Paris in die Schweiz zu entweichen.

Während Nebe Schulz von den Erlebnissen der letzten Tage erzählt, springt er bei jedem vorbeifahrenden Auto hoch und greift nach seiner Pistole, die er vor sich auf den Tisch gelegt hat: „Lebend erwischen die mich nicht.“

Nebe schläft in der Nacht zum 27. Juli im Ruinenkeller eines zerstörten Schulz'schen Hauses in der Kaiserstraße. Für den nächsten Morgen verabreden sie sich in der Archivstraße, in des Rüstungsdirektors zweiter Wohnung. Schulz macht Nebe den Vorschlag, er wolle intim mit seinem Dahlemer Nachbarn, dem KZ-Verantwortlichen SS-Obergruppenführer Pohl, über Nebe sprechen. Nebe will davon nichts wissen. Statt dessen erörtert er Möglichkeiten, nach Schweden, oder, über Strüchs Stützpunkt im Schwarzwald, in die Schweiz zu fliehen.

Die folgende Nacht verbringt Nebe in der Archivstraße 8, wo die Kinderschwester Krüger mit Schulzens Kindern wohnt. Am Abend des 28. Juli verabschiedet sich Nebe vor der Tür des Schulz'schen Hauses so laut, daß es alle hören können: „Ich fahre jetzt zu meiner Frau nach Oranienburg.“

Am Gartentor sagt er leise zu Viktor Schulz: „Du mußt dich um Lisa und das Kind kümmern, wenn mir was passiert. Denn lebend erwischen die mich nicht.“

Am 29. Juli meldet Olbertz Nebes Auftauchen an Werner, als er mit Sicherheit weiß, daß Nebe Schulz wieder verlassen hat.

Als Olbertz und Schulz im Verlaufe der Wende, die Nebes Verschwinden durch Lobbes genommen hat, festgenommen sind, erzählen sie mehr, als sie vorher Werner erzählt haben. Aber sie erzählen längst nicht alles.

Viktor Schulz ist der beweglichere, klügere. Er jongliert mit Tatsachen, Möglichkeiten, Ausflüchten. Er erzählt nach langem Zögern, daß er am 27. und 28. Juli bei Dr. Olbertz die Nachricht einer Dame für Nebe abholen sollte, aber nicht, daß dies am 27. durch ihn selbst und am 28. durch die Kinderschwester Lotte Krüger geschah.

Er erzählt auch nicht, daß die Dame, von der beide Male die Nachricht kommt,



An Ihren Händen...
Elisabeth und

die Kriminalkommissarin Heide Gobbin ist und daß in der zweiten Nachricht der Beginn der Fahndungen nach Nebe mitgeteilt wird. Das war am 28. Juli. Vier Tage Fluchtmöglichkeit waren ungenutzt verstrichen.

Von dem Augenblick an, in dem Nebe das Schulz'sche Haus in der Archivstraße verläßt, kann Schulz nichts mehr über Nebe aussagen, weil er nichts weiß. Er



klebe kein Blut
Theodor Strüch

konnte vermuten, daß Nebe zu der Dame gegangen war, von der er die Nachrichten empfangen hatte, zu Heide Gobbin aus der Detmolder Straße 16. Aber auch diese Vermutung behielt Viktor Schulz für sich.

Olbertz verstummte bald nach seiner Festnahme für immer. Er zog den Tod irgendeiner Aussage vor.

Heide Gobbin, Generalstochter, ist Kriminalkommissarin bei der weiblichen Kriminalpolizei in Berlin, eine Frau Mitte 40, klein, korpulent, blond, eine rührige, eifrige Beamtin. Sie kennt Arthur Nebe noch aus der Zeit, wo er selbst kleiner Kriminalkommissar war.

Heide Gobbin hat Arthur geliebt, geliebt bis zur Schwärmerie. Arthur Nebe hat Heide Gobbin vielleicht auch geliebt. Aber die Liebe dauerte nur kurze Zeit. Es ist schon viele Jahre her.

Geblichen bei Heide Gobbin, die nur eine Nacht mit dem cheuntauglichen Siegfried Römer, dem Vorsitzenden der Fachschaft der Schriftschaffenden, verheiratet war, ist die Liebe zu Arthur Nebe. Geblichen bei dem zum deutschen Kripochef avancierten Kriminalkommissar ist nur noch die Freundschaft des Mannes der zu gutherzig oder auch zu schwach ist, mit einer lästigen Erinnerung Schluß zu machen.

Heide Gobbin ist eine Cousine des Generals Erich Fellgiebel, der die Nachrichtenzentrale des Führerhauptquartiers zu sperren versuchte, obwohl er mit angesehen hatte, daß Hitler nichts passiert war. Heide hat auch sonst allerlei verwandtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen zu Männern, die sich später als aktive oder passive Putschisten herausstellten.

Heide Gobbin ist nicht mehr allzu häufig im RKPA am Werderschen Markt, aber wenn, blockiert sie den Chef stundenlang. Die Chef in der weiblichen Kripo, Regierungsrätin Friederike Wiking, und Nebe-Vertreter Paul Werner wissen nicht, was die Berliner Kriminalkommissarin dienstlich mit Nebe zu besprechen hätte. In der Adjutantur aber wissen die Beamten, daß eine „alte Liebe“ beim Chef ist.

Am 28. Juli sucht Arthur Nebe, als er sich von seinem Freund Viktor Schulz verabschiedet hat, bei Heide Gobbin Hilfe. Er muß aus Berlin verschwinden, irgendwohin, wo seine Spur sich verwischen kann. Selbst die Freunde Schulz und Olbertz dürfen den Ort nicht erfahren. Die beiden haben schon genug aufs Spiel gesetzt.

Heide Gobbin ist lange genug im Betrieb der Sicherheitspolizei, um zu wissen, daß sie eine tödliche Gefahr auf sich nimmt, wenn sie Arthur Nebe bei sich herbergt. Aber Heide Gobbin liebt Arthur noch immer.

Dazu ist Heide Gobbin altes SPD-Mitglied, und wenn auch keine aktive Widerstandskämpferin wie Elisabeth Strüch, so doch eine entschiedene Gegnerin des Regimes. In bezug auf Arthur Nebe braucht es dieser Gegnerschaft nicht, sie nimmt ihn auf.

Arthur Nebe weiß so gut wie Heide Gobbin, daß er bei der Kriminalkommissarin nicht lange bleiben kann. Er sucht auch nur ihre Hilfe zu weiterer Flucht.

Heide Gobbin nimmt unter einem Kennwort von einem neutralen Telefon aus die Verbindung mit dem Kaufmann Walter Frick in der Tempelherrenstraße auf. Sie kennt Frick nicht persönlich, aber sie weiß von Arthur Nebe, daß man sich auf ihn verlassen kann.

Walter Frick, Jahrgang 1895, ausgezeichnete Offizier des 1. Weltkrieges und späterer Freikorpskämpfer, geriet 1931 mit seinem ererbten China-Ex- und Importgeschäft in Konkurs, wurde 1930 Partei- und NSKK-Mitglied, erreichte schon bald den Rang eines Obersturmbannführers,

PERSONALIEN



Charlotte Schubert, wegen 52 Betrügen, und Urkundenfälschungen, begangen zwischen dem 25. Mai und 25. August 1949, von der Großen Strafkammer des Landgerichts Bamberg angeklagt, verlor die Nerven, als sie in der Verhandlungspause photographiert wurde. „Sie verderben mir ja die ganze Zukunft“, schrie sie aus Angst, daß ihr Bild bekannt würde. Dreifach war sie schon vorbestraft, als sie 1943 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. 1945 befreite sie sich, tauchte unter verschiedenen Namen unter, wurde 1948 vom Schöffengericht München zu kurzer Gefängnisstrafe verurteilt da sie ihr Vorleben verschwiegen. In jeder Stadt erkundigte sie sich nach dem Krankenhaus oder der Bank und sagte dem Portier, daß ein Paket für einen Dr. Schiller abgegeben würde. Dann ließ sie in einem Wäsche- oder Zigarrengeschäft eine Auswahlendung zu Dr. Schiller schicken, die sie abholte und auf dem schwarzen Markt verkaufte. Während der Verhandlung erklärte Frau Schubert, sie wolle sich bessern. Das Gericht schloß sich der Meinung des Anklagevertreters an, sie sei eine Meisterin der Heuchelei, und verurteilte sie als Gewohnheitsverbrecherin zu sechs Jahren Zuchthaus und Ehrverlust.

Francis Otto Matthiessen, Professor für amerikanische Literatur an der Harvard-Universität, beging Selbstmord, indem er sich aus dem zwölften Stock eines Bostoner Hotels stürzte. Matthiessen wurde vor einiger Zeit kommunistischer Tätigkeit beschuldigt. In seinem Hotelzimmer hinterließ er einen Brief, in dem er seine Sorge um die Zustände in der Welt ausdrückte. Aber als guter Christ und Sozialist glaube er an einen internationalen Frieden.

Peter Alastair Ward, dritter Sohn des dritten Earl of Dudley, gilt als neuester Kandidat auf Herz und Hand der englischen Prinzessin Margaret Rose. Sein Vater ist Großindustrieller und Bankmann. Von ihm wird der 24jährige Sohn Peter nicht den Titel, aber viel Geld erben. Die in Gesellschaftsklatsch erfahrene Zeitung „Sunday Pictorial“ behauptet, Peter und die Prinzessin hätten kürzlich inoffiziell und unverbindlich Verlobung gefeiert, als der elegante „21-Club“ auf einen Abend für alle Gäste gesperrt war. Nur die Prinzessin und ihre Freunde und Freundinnen wurden zugelassen. Die einzige Sondererlaubnis wurde für die amerikanische Filmschauspielerin Ava Gardner gemacht. Nachts um zwei Uhr fuhr Peter Ward die Prinzessin in seinem Auto zum Schloß zurück. „Vorher tanzten sie in der träumerischen Art eines Paares“, berichtet der wachsame „Sunday Pictorial“, „das mehr aneinander als am Tanz interessiert ist“.

Dr. Karl Birkmann, Direktor des Nürnberger Tiergartens, wurde fristlos aus seinem Amt entlassen und verhaftet. Der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Otto Ziehl nahm Birkmanns Verhalten gegenüber einer jungen Angestellten zum Anlaß. Birkmann ist seit einem halben Jahr Schwiegersohn des Oberbürgermeisters.

Hans Habes „Münchener Illustrierte“ Nr. 8 fragte im aktuellen Kreuzworträtsel unter zwei, senkrecht, nach einem „Journalisten der Gegenwart“. Die Auflösung: Habe.

Hans Bodenstab, der sich eines Attentatsversuches auf Bundespräsident Heuss in Hannover bezichtigte, wird zur Ueberprüfung seines Geisteszustandes in eine Heilanstalt überwiesen. Bodenstab wurde im Dezember 1949 in Darmstadt verhaftet, weil er behauptet hatte, sein Attentatsplan auf Professor Heuss am 30. November sei nur durch Zufall gescheitert.

Josef Weidinger, Oesterreichs Schwergewichts-Boxmeister, hat sich die schlechten Kritiken über seinen Kampf gegen den Franzosen Stefan Olek zu Herzen genommen. Seit einiger Zeit arbeitet er als Landarbeiter auf einem Gut in der Nähe von Paris. Er hofft, durch körperliche Arbeit wieder in seine alte Form zu kommen.



Libeth Adenauer, des Bundeskanzlers jüngster Sproß, hauchte zur standesamtlichen Trauung mit Dr. Wehrhahn ihr Ja. So verknüpft sie ihren schwarz-goldenen Familienfaden, der nun von den Kölner Domspitzen bis zum Godesberger US-Hochsitz Deichmannsau reicht. Er zwirbelt sich durch die Hände zweier Urgroßväter. Dr. Wehrhahns Urahn ist ein Ahne des Kölner Kardinals Dr. Josef Frings. Libeth Adenauers Mutter, geborene Zinser, war eine Kusine zweiten Grades von Mrs. McClay; mit einem gemeinsamen Urgroßvater in Grünberg (Hessen).

Serge Paolini, ein Leser der italienischen Zeitschrift „Oggi“, wurde in Italien ein vielbesprochener Mann, nachdem er der Zeitschrift den Vorschlag machte, wie man ohne große Unkosten die Armen des Landes bekleiden könne. „Es genügt“, schrieb Paolini, „eine Sammlung von Schwarzhenden durchzuführen, die Millionen Italiener noch in ihren Schränken versteckt halten. Die Hemden werden noch in gutem Zustand sein, denn man trug sie nur zu feierlichen Anlässen.“ Paolini schätzt, daß auf diese Weise drei Millionen Schwarzhenden zutage gefördert werden können.

Jaroslav Drobný und **Vladimir Cerník**, die beiden aus der Tschechoslowakei emigrierten Tennisspieler, sind seit dem 1. April ägyptische Staatsangehörige. Als offizielle Vertreter Ägyptens werden sie am Osterturnier in Monte Carlo teilnehmen. Ursprünglich wollte Drobný Australier werden. Eine Stelle als Verkäufer in einem Sportartikelgeschäft hatte er schon angetreten. Er hätte aber fünf Jahre bis zur Erlangung der australischen Staatsangehörigkeit warten müssen.

1. Westbury Circus
Wynberg/Cape, South Africa

den 18.1.1950

Bericht von einer Vortrags-Reise
von Freya Gräfin Moltke

Es ist wohl angemessen, wenn einer eine Reise getan hat, etwas zu erzählen. Nun habe ich auf der Reise selbst so viel erzählen müssen, daß Herz, Kopf und Mund ruhe-bedürftig und träge sind und mir alles, was ich erzählen könnte, nicht wichtig genug erscheint. Aber ich will mich besinnen und sehen, was dabei heraus kommt.

Man hatte mich nach U.S.A. geholt, damit ich dort über "Deutschland von heute" Vorträge halten sollte. Die Einnahmen sollten einem amerikanischen und englischen Komitee gemeinsam zufließen, die sich für die Unterstützung der Hinterbliebenen des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus einsetzen und sich besonders bemühen möchten, dem Nachwuchs aus diesem Kreis beizustehen. Meine Reise hatte das englische Komitee bevorschußt. Als ich nun Anfang Oktober in New York ankam, stellte sich heraus, daß nur 3 Vorträge für mich festgemacht worden waren. Der Agent hatte sich auch von vorne herein geweigert, mich zu propagieren, weil er sich wenig Erfolg versprach, und hatte es nur getan, als man ihm die Unkosten garantiert hatte. Die 3 Vorträge, die er mir verschafft hatte, waren erstklassig, aber lagen ganz am Ende meines geplanten Aufenthaltes. Da stand ich nun! Die Herren des Komitees meinten es alle durchaus gut mit mir, waren aber alle mit ihrem eigenem Leben und ihrer eigenen Tätigkeit voll beschäftigt. Außerdem ist es ein kleines und unbedeutendes Komitee, wenn es auch einige sehr angesehene Mitglieder hat.

Ich wurde ermuntert, mir selbst noch mehr Vorträge zu verschaffen, private Amerikaner und besonders Deutsch-Amerikaner an der Sache zu interessieren und überhaupt zu sehen, was sich machen ließe. Ich hatte das Gefühl, daß U.S.A. riesig groß und ich winzig klein wäre. Bei allem, was ich unternahm, hatte ich immer wieder die Hoffnung, daß dieses mir nun sehr viel weiter helfen würde, aber wie es immer ist, so war es auch hier: vieles mußte getan werden, was schließlich unwichtig oder unnütz erschien, und der Erfolg kam von einer ganz anderen Seite und nicht, wie ein Geburtstags-Geschenk, sondern aus vielen kleinen Bemühungen unmerklich zusammen getragen. Er scheint mir auch heute noch sehr gering, aber ich war erstaunt, als ich auf dem Rückflug nach Afrika in meinem Kalender zusammen zählte, wie oft ich gesprochen hatte. Da waren es doch mehr als 23 verschiedene Gelegenheiten. Als ich abfuhr, hatte ich das Gefühl, nun könnte ich langsam wirklich in Fahrt kommen, denn es baut doch alles auf persönlichen Kontakten auf, die erst einmal gemacht werden müssen.

Hier sitze ich nun und überlege mir, was denn für meine Freunde berichtenswert ist und sehe vor mir die Gefahr, das zu tun, was ich den Amerikanern, den Deutschen gegenüber, so strengstens untersagt habe: immer zu verallgemeinern. Wenn man das in Amerika tut, so macht man es ganz falsch und nimmt dem Erdteil seinen größten Reiz. Sein Reichtum besteht nämlich nicht nur in Dollars und in Schätzen der Natur, sondern in solch einer Fülle verschiedenartiger Menschen, daß man alles, aber auch alles finden kann, was das Herz begehrt. Und doch scheint mir, ist den Amerikanern die Herzlichkeit, Offenheit, Natürlichkeit und die Gleichheit vor dem Dollar gemeinsam. Wahrscheinlich kommt das daher, daß sie so viel mehr Platz haben, wie die armen Europäer. Und sie sind nicht, wie die Weißen in Südafrika, wo der Raum ja auch großzügig verteilt ist, bedrängt von einem so großen Problem und einer geheimen, nicht anerkannten Furcht; der Ueberzahl der Eingeborenen.

Ich kam nach U.S.A. mit dem Dünkel des Europäers und mit dem wenigen, was ich von und über die Amerikaner wußte, und ließ das alles vor der bezwingenden herzlichen und Natürlichkeit der Amerikaner fahren. Keinen Geist und viel Herz besitzen sie, und da auch heute noch jeder mit

II.

Glück und viel Arbeit und Tüchtigkeit viel Erfolg haben kann, so gehen sie mit Optimismus an alles heran, auch an ihren Mitmenschen. Da gehört auch die amerikanische Gleichheit hin. Sie beruht darauf, daß morgen einer sein kann, was ein anderer heute schon ist. Daher besteht kein prinzipieller Unterschied zwischen dem Schuhputzer und dem Bankdirektor. Zu viele Bankdirektoren sind Schuhputzer gewesen.

Sehr weit herum gekommen bin ich nicht, obwohl die Reihe der Städte schon ganz ansehnlich klingt, ist es nichts vor der Größe der Vereinigten Staaten. Immerhin bin ich im sogenannten Middle West gewesen, - St. Louis, Missouri, Chicago, Detroit, Cleveland, Ohio, Buffalo. Die meiste Zeit war ich in New York und das ist eine Sache für sich. Von meiner Sache aus gesehen, das schwierigste Pflaster. Bei aller Freundlichkeit und aller Hilfsbereitschaft ist die Konkurrenz überall groß; es wird hart und scharf gearbeitet und den wenigsten fällt der Erfolg leicht in den Schoß. Im Westen - Californien und den riesigen Staaten auf dem Wege dorthin bin ich nicht gewesen. Wäre die Reise besser vorbereitet gewesen, hätte ich das ohne weiteres machen können. Um es aber selbst noch zu organisieren hatte ich nicht genug Anlaufzeit. Ich mußte bei der Kürze der Zeit eigentlich gleich loslegen, um es zu etwas zu bringen.

Daß die Amerikaner gerne Vorträge hören, ist überall bekannt. Es ist auch so. Sie hören sehr interessiert zu; sie wollen sich gerne fesseln lassen, sie fragen viel kluge und dumme Fragen. Nicht was man sagt, ist wichtig, sondern wie man es sagt und wer es sagt. Wenn der Sprecher ihnen gefällt, hat er schon gewonnen und sie nehmen mehr den Gesamt-Eindruck, als Einzel-Argumente nach Hause. Sie sind bereit, sich alles anzuhören, da sie ja jedem seine Freiheit zuerkennen. Außerdem wollen sie alle gerne lernen, - sich bilden. Darin sind sie geradezu naiv. Es ist richtig, daß die Mehrzahl der Zuhörer Frauen sind. Es ist mir nicht möglich gewesen, hinter die Stellung der Frau in den Vereinigten Staaten zu kommen. Ihre Position und ihre Macht ist groß, ihr Einfluß wächst noch; ich habe mir viel davon erzählen lassen, aber ich habe kein wirkliches Bild. Sicher ist, daß die Frauen unermüdlich öffentlich tätig sind. In unendlichen kleineren und größeren Aktivitäten wirken sie, und es läßt sich eine gewisse Ruhelosigkeit unter ihnen verspüren, die - so fürchte ich - ihre wichtigste Stellung, die, der Ruhepunkt in der Familie zu sein, untergräbt. Das Verhältnis zwischen Vater und Sohn gleicht mehr dem, zwischen zwei Brüdern. Wie es bei der Mutter ist, weiß ich nicht, aber es scheint doch so, als ob der Schlüssel zu den Vereinigten Staaten, mehr als bei anderen Ländern, bei den Frauen liegt.

Daß ich Deutsche war, habe ich nicht als Behinderung empfunden. Daß ich von vorne herein in die Gruppe der konservativen militaristischen Junker einklassiert wurde, hat es mir erschwert, da zu sprechen, wo ich hätte sprechen sollen, - vor liberalen Universitäten. Und da möchte ich immernoch hin. Das durchschnittliche Publikum weiß sehr wenig von Deutschland und garnichts von den Hauptproblemen der Nachkriegs-Zeit und ist überrascht. New York steht stark unter jüdischem Einfluß und ist daher einschließlich seiner beiden großen Zeitungen schwer zugänglich für deutsche Gesichtspunkte, und ich habe hinterher manche bittere und skeptische Frage zu hören bekommen. Aber, wie gesagt, sie hören zu und sie lassen gelten.

New York und Chicago, die beiden größten Städte, die ich sah, sind beide grundverschieden. Sie schimpfen beide aufeinander und ob-

III.

gleich New York viel schöner und faszinierender und am Abend geradezu atemberaubend ist und seine Brücken prachtvoll, so hat mir doch der Zyklus am Michigan See noch besser gefallen. Was in New York in die Höhe strebt, liegt in Chicago da, wie ein gewaltiger Klotz. Aber wie immer, geben die Menschen den Ausschlag und die Leute in middle west, die sich für die wahren Amerikaner halten, sind wärmer und - nachdem sie ihren Isolationismus einmal endgültig über Bord geworfen haben - aufgeschlossener und normaler, als die New Yorker.

Ich kann auch beruhigend versichern, daß "time" nicht überall in U.S.A. "money" ist. Es geht da viel gemütlicher zu, als man glaubt. Wenn es auch überall höchst comfortable ist, so muß man manchmal lange warten, und mit einem warten die Amerikaner geduldig und zufrieden. Der Eindruck von Wärme, der einem in U.S.A. empfängt, wird verstärkt durch die vielen aus Holz gebauten Häuser. Die Stein-Häuser sind auf dem Land und in den kleinen Städten, die überall sehr ähnlich sind, in der Minderheit. Den Vorrang haben die weiß gestrichenen Holz-Häuser mit den grünen Läden, die ohne Zäune, Hecken oder Gitter zwischen den Bäumen stehen. Die Bäume sind prächtig und die Auto-Straßen auch, die sich hindurch winden und auf denen es dauernd saust. Es gibt viel zu viele Autos in U.S.A. und die Menschen werden bald vergessen, daß sie Beine haben, wenn sie immerfort Autos oder Lifts oder auf Roll-Treppen fahren. Es gibt kaum Wege, zum Gehen und das ist, was man am meisten an dem Land aussetzen muß.

Die beste und modernste Architektur geht in ganz kleine Privathäuser - auch reiche Leute bauen dort keine großen Häuser mehr - oder in Fabrik-Anlagen und öffentliche Bauten.

Ich bin geneigt, zu sagen, es gäbe viel Europäer in U.S.A. und das lobend hervor zu heben. Sie kommen als Europäer, aber in der nächsten Generation sind sie Amerikaner.

Alles Unfreundliche, was man über U.S.A. gehört hat, stimmt, aber hinzu kommt genau so viel Positives, von dem man noch nichts gehört hat, und daß man nicht vergessen sollte, wenn man sich klar macht, wie wichtig heute U.S.A. auf der Welt ist. Auch das amerikanische Volk ist sich klar über diese Tatsache, und viele von ihnen gehen mit viel Ernst dran, sich dieser großen Aufgabe gerecht zu erweisen.

Januar 1951.

Visit Freya von Moltke to the United States Oct. - Dec. 1949.
under the Auspices of the 'American Committee to Aid Survivors
of the German Resistance.'

The 'American Committee to Aid Survivors of the German Resistance' and the British "20th of July 1944 Memorial Fund" jointly decided to ask me to come from South Africa to the United States for 2 - 3 months to lecture on German present-day problems after having travelled in Germany for a time to get new informations. My travelling expenses were to be advanced by the British Committee and to be repaid from the income accruing from lecturing. Additional income was to be halved between the American and the British Committee. From 9.8.49 to 24.9.49 I travelled through South-, West-, North-Germany and to Berlin. In arrived in New York 3.10.49. The first conversation was the agent, Mr. H. Truman, who had tried to arrange lectures revealed that only three speaking engagements had been secured. It seemed not very likely that much more would turn up.

There were three roads to follow:

1. To go on trying to get speaking engagements preferably paid ones but unpaid ones too, as the lecturing in itself was considered desirable.
2. To interest individual Americans for the offspring of Germans who resisted Nationalsozialism. To try and get assistance and funds from them.

To work towards getting scholarships for young Germans with the resistance background.

1. Speaking Engagements.

All efforts to get more speaking engagements were handicaped by lack of time, as all lectures for the following few months had been booked long ago and there were few vacancies.

I spoke at the following institutions, forums and orivate houses :

- 14.10: WED Wireless Station, New York, with Mr. Cristopher Emmet.
- 21.10: Carl Schurz Memorial Foundation, Philadelphia,
- 1.11: The School of Advanced International Studies, Washington.
- 2.11: University of Maryland, Foreign Language Department.
- 6.11: Methodist Church, Yorktown, Heights, N.Y.
- 13.11: Men's Faculty Club, Columbia University, New York
- 16.11: Women's Club Williston L.I.
- 17.11: Quadrennial National Meeting E.&H. Church / Methodist Church Women's Guild, Cleveland, Ohio,
- 19.11: at Mr. W.V. von Moltke's Apartment.
- 20.11: St. Stephan's Church, Buffalo
- 21.11: Columbia University, Mc.Millan Theatre, New York
- 24.11: Television, St. Louis Mo.
- 25.11: Tea Party arranged to meet interested people in St. Louis Mo.
- 30.11: The Women's Guild of the 1 st Presbyterian Church, Evanston Ill.
- 30.11: 1 st Congregational Church, Oak Park Ill.

2.)

- 1.12: Roosevelt College Chicago
- 3.12: at Mr. and Mrs. L.B. Parkin's house.
- 5.12: Town Hall New York
- 6.12: at Mr. and Mrs. Allan Dalles' house
- 8.12: Television with Mr. Clifton Utley, Chicago
- 9.12: Council on Foreign Relation, Chicago.

Contributions and honoraries went to the Hon. Treasurer .

2. Assistance and Funds.

It was hard to get people to give money. Even those who were interested in this group of Germans - and they are a very limited number - were reluctant to give money. Most German Americans who want to assist Germany are not specially interested in that German group. I was told so explicitly several times. There are others who would realize that it was in their line to assist just this German group, but I have not met enough of those.

General Lucius D. Clay is interested in the cause and willing to give his name and assistance if needed.

Mrs. F.D. Roosevelt was sympathetic to the cause and wrote vaguely approvingly about it in her column.

The 'Carl Schurz Memorial Foundation' was very reluctant to take on a scholarship as suggested for general lack of funds. But I am almost certain, that - presented with an actual case, they would respond.

The 'New York States -Herald' was interested and helpful. Two appeals were published in the paper. Dr. Oberndorf promised a share of their Christmas Collection 'Für die deutsche Jugend' to the Committee.

The Lutheran Church, Missouri Synod, through Dr. L. Meyer gave 1000 dollars to be used:

'in Germany for indigent students'. The Evangelical and Reformed Church through 'Commission on World Service', Eden Publishing House St. Louis, Mo. gave 1 000 dollars to be used 'in U.S.A. for German Students out of the Resistance group.'

Mr. Fritz Oppenheimer established the contact with General Clay and other people, will join the Committee and has given 50 dollars to the cause.

To individual Americans it appealed most when they were asked to aid towards bringing German students of the resistance group to U.S.A. for a year in the course of their education.

A scholarship at Chicago University was given by Mrs. Clare Swift, Chicago.

Mr. Paul von Gontard, St. Louis, Mo. in principle is prepared to be responsible for a student, but must be interested in an individual case.

Mr. Kade (Seak & Kade, Wolfington 940 . contact made through Mr. Oppenheimer) is willing to help in an individual case.

Prof. Bergsträsser, Chicago University, is trying to collect money for German scholarships and wants to direct them preferably to students out of the resistance group.

Mr. William H. Regnery, 2141 South Jefferson Street, Chicago 16, is considering to direct some of the funds so far used for material relief to the education of those young Germans. He wants to discuss the question with Mr. P. Scheffer and Mr. Böker and Prof. Bergsträsser before committing himself.

A list of contribution by individual Americans can be obtained from the Hon. Treasurer.

Several people were willing to take German students into their homes while at college.

3.)

Many more can easily be found. The following came forward with offers:

Dr. Oswald Goetz, Art Institute, Chicago
 Mrs. Kalenberg, c.o. Mr. L.C. Scheffeyne,
 450 Mercan Road Merian Pa.
 Mrs. Harold Stewart, RRI Burlington Ky, Skig-
 field Farm
 Mrs. Thomas L. Kane, 734 Beacom Lang, Merian Pa.
 Mrs. Lillian Brauer, 1534 Pitner Avenue,
 Evanston Ill.

3. Scholarships

Mr. Hollister, Director of the Institute of International Education, 2. West. 45th Street, New York, expressed his readiness to assist in placing students for the Committee which will make it very much less expensive and will make the funds go much further.

Prof. Hans Simons. The New York Modern School for Social Research is prepared to assist in placing individual applicants at college. Mrs. Siplay, President of the Woman's Guild, Evangelical and Reformed Church, is also willing to assist in placing individual cases.

This private or semi-private assistance toward bringing students to U.S.A. will probably not be needed at present, as Miss Hubbard (Institute of International Education, who has been in charge of the German American student exchange for about 20 years and knows everything about it) told me, that the State Department is planning a big scheme under which to bring students from Germany to colleges in U.S.A. Students of the German group the Committee is interested in an apply to the State Department Education centres in Germany. After the first screening and judging of the applicants in Germany a second decision is made at the Institute which was to asked by the State Department to cooperate. Miss Hubbard promised to favour applicants coming from our group of young Germans, if the applicants conforms with the general rules of the State Departments student scheme. The Committee can be fairly certain that any student out of the resistance group in Germany who wishes to spend a year in U.S.A. has a good chance of being elected under the Government scheme while it lasts.

I have written to gräfin Hardenberg for suggestions to fill Mrs. Swift's scholarship and I have written a letter to the students in this German group encouraging them to come forward with applications.

gez. Freya Grfn. Moltke

20. Juli



«Mein Vater war immer kritisch eingestellt»

bekannt uns der junge Sohn von General Fritz Lindemann, der nach dem gescheiterten Umsturzversuch vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. «Meinen Weihnachtsurlaub 1943 verbrachte ich zu Hause bei meinen Eltern, und schon damals herrschte eine recht nervöse Stimmung» — berichtete uns der Sohn Lindemann weiter und zeichnete gleichzeitig das Lebensbild eines jungen, aus einer Offiziersfamilie stammenden Deutschen, der als 18-jähriger Freiwilliger eingezogen wurde und den ganzen Krieg an der Front mitgemacht hatte. «Wie stellt ihr denn euch eine Änderung vor?» fragte ich meinen Vater, und er antwortete mir: «Seid beruhigt, es ist etwas im Gange.» Nach dem Attentat wurde ich, nach dem nationalsozialistischen Gesetz der Sippenhaftung, verhaftet und in ein Konzentrationslager nach Deutschland geführt — das war mein Glück, denn sonst wäre ich vielleicht noch heute in russischer Gefangenschaft. Wie ich mir meine Zukunft vorstelle? — Das Medizinstudium habe ich aufgegeben, es hat einfach zu viele, und ich möchte nun ins Kaufmännische gehen, wo ich als Hamburger vielleicht noch am meisten Aussichten habe.»

Freisler: «Haben Sie darüber hinaus dem nächsten Vorgesetzten darüber Meldung erstattet?»

Stieff: «Nein.»

Freisler: «Haben Sie es unserem Führer zur Meldung gebracht?»

Stieff: «Nein, das habe ich nicht getan.»

Freisler: «Sie haben erklärt, Sie seien der Meinung, es gäbe Lagen, wo so etwas eine historische Pflicht der Generalstabsoffiziere sei. Haben Sie das vor der Polizei erklärt?»

Stieff: «Ich habe diese Erklärung in meiner schriftlichen Darlegung der inneren Motive abgegeben.»

Freisler: «Gut! Es ist richtig, daß Sie mich, wenn ich mich irre, korrigieren. Sie haben das nämlich nicht vor der Polizei gesagt, sondern Sie haben das in einer handschriftlich geschriebenen eigenen Erklärung über Ihre Motive gesagt.»

Stieff: «Ueber meine inneren Motive.»

Freisler: «Motive pflegen innere zu sein. Meine Herren Richterkameraden! Genügt Ihnen, daß der Angeklagte sagt, er sei der Meinung, daß das eine historische Aufgabe deutscher Generalstabsoffiziere ist, um das Urteil über dieses sein Motiv zu fällen? Meinen Richterkameraden genügt und uns genügt, daß jemand wagt, zu erklären, was er auch denken möge, es könne eine Lage geben, wo es historische Pflicht deutscher Generalstabsoffiziere sei, sich an einem Attentat an dem obersten Befehlshaber der Wehrmacht, auf den einmaligen obersten Befehlshaber, unseren Führer, zu beteiligen. Hier gibt es nur eins: Gehorchen, siegen, sterben können. Kein Rechts und Links. Wir wollen darüber nichts weiter hören.»

«Gehorchen, siegen, sterben können» — eine verlogene Phrase im Munde dieses brutalen Richters, der mit seiner geschliffenen Dialektik die Angeklagten an der empfindlichsten Stelle traf. Denn sie alle hatten sich ja nur unter Verleugnung ihrer eigenen Erziehung zu der Erkenntnis einer historischen Pflicht, zu einem erhöhten Verantwortungsbewußtsein durchgerungen, das sie zu Handlungen und Erwägungen aufforderte, die im Grunde ihrer eingetragenen soldatischen Gehorsamspflicht widersprachen. Treffend wurde einmal die Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung als «anhaltendes Ringen um die Seele der deutschen Generale» charakterisiert. Es waren immer nur kleine, meist getrennt operierende und unter stetem Terror der Gestapo stehende Kreise, welche die innere Abwehr organisierten und einen gewaltsamen Umsturz planten.

Zu einer Volksbewegung ist die deutsche Résistance nie geworden

Weil die zivilen und militärischen Exponenten des Widerstandes die wahre Mentalität der breiten Masse kannten, die ganz auf die Devise: «Gehorchen, sie-

gen, sterben können» ausgerichtet war, konnten sie auch gar nie mit einem spontanen Mitgehen des ganzen Volkes rechnen. Ein Rechenschaftsbericht für die Hinterbliebenen der Verschworenen des 20. Juli deutet jene fatale Situation an: «Das war während dieser ganzen Jahre das Dilemma, aus dem es keinen Ausweg gab: entweder man erzwang die Gegenrevolution in einem Zeitpunkt, in dem der Umsturz kaum Resonanz und jedenfalls keine breittragende Schicht fand und darum zum Scheitern verurteilt war, oder man wartete, bis auch dem letzten Blinden die Augen aufgingen, was vermutlich erst in einem Zeitpunkt zu erwarten war, in dem in Deutschland vieles vernichtet und wenig mehr zu retten war. Die Sorge vor der ungeheuren Wirkung des unbesiegt toten Hitler in der Rolle eines Märtyrers war so stark, daß man sich für die zweite Alternative entschloß.» Und die letzte makabre Schlußfolgerung aus diesem «Dilemma ohne Ausweg» lautete: «Vielleicht konnte und durfte diesem Volk der letzte Akt, das endgültige Chaos, nicht erspart bleiben, damit ihm nicht nur die Augen geöffnet, sondern auch die Seele aufgetan würde...»

Eine drastische Diskrepanz zwischen dem enormen Aufwand und dem geringen sichtbaren Ergebnis kennzeichnet die Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung, die eine ununterbrochene Folge verpaßter Gelegenheiten war. Schon im Jahre 1940 hatte der damalige deutsche Generalstabschef Halder in einem Brief an den Leipziger Bürgermeister Gerdler, den Fabian v. Schlabrendorff in seinem packenden Erlebnisbericht «Das Herz der deutschen Widerstandsbewegung» nennt, erklärt: «Das Heer wird seine Pflicht gegenüber dem Vaterland auch gegen die Regierung Hitlers tun, wenn die Lage es verlangt.» Es bleibt dem Außenstehenden unverständlich, daß die theoretische Erkenntnis sich so langsam und unter so vielen inneren Hemmungen in praktische Taten umsetzte, und daß die vielen Besprechungen, Korrespondenzen, Pläne und Absichten nicht eine erfolgreiche und durchschlagende Aktion herbeiführten. Als sich schließlich die beteiligten Kreise zur gewaltsamen Beseitigung des Führers entschlossen, «um wenigstens die deutsche Ehre vor der Geschichte zu retten», da scheiterten auch diese mit deutscher Gründlichkeit ausgeheckten Attentatsversuche. Unfaßbare Ironie des Schicksals: Alle Vorbereitungen zum

«Die Gestapo kam uns nie auf die Spur»

Wohl keine Frau war so aktiv in die Verschwörung gegen Hitler eingeweiht wie die Gattin des nach den Ereignissen des 20. Juli hingerichteten Versicherungsdirektors Theodor Strübeck. In ihrer Berliner Wohnung fanden viele geheime Besprechungen statt, und als sie nach der Hinrichtung ihres Gatten vor dem nationalsozialistischen Tribunal stand, da versuchten die Richter in 58 Verhören, sie zu einem umfassenden Geständnis zu zwingen. Aber Frau Strübeck schwieg so lange als der Prozeß überhaupt dauern konnte, denn nach dem 58. Verhör hatte auch ihren Peinigern die Stunde geschlagen, und sie wurde befreit. Heute ist sie Versicherungsagentin und widmet sich auch dem deutschen Hilfswerk für die Hinterbliebenen des 20. Juli, das schon vielen Witwen und Kindern der Widerstandskämpfer wertvolle Hilfe zuteilkommen ließ.

Die Initialzündung war in Gang gesetzt, aber die Bombe explodierte nicht. Technisches Versagen: Infolge der Betätigung der Zündvorrichtung war die Flasche mit der ätzenden Flüssigkeit ordnungsgemäß zerbrochen. Die Flüssigkeit hatte den Draht zersetzt, der Schlagholzen war nach vorne geschlagen, aber das Zündhütchen hatte sich nicht entzündet...

So nahm das Schicksal seinen Lauf, und am Ende stand das Chaos, was in der schon erwähnten düstersten Prognose von den Einsichtigsten als wohl einzige Möglichkeit gehandelt wurde: «Vielleicht konnte und durfte diesem Volk der letzte Akt, das endgültige Chaos nicht erspart bleiben, damit ihm nicht nur die Augen geöffnet, sondern auch die Seele aufgetan würde.» Unfaßbar ist nur, daß auch das bittere Ende immer noch so viele unbekehrt läßt und daß die Absichten und Taten der Männer des 20. Juli nicht überall richtig eingeschätzt, oft ignoriert, mißgedeutet oder gar als Verrat gebrandmarkt werden. In dieser Perspektive beansprucht das Thema des 20. Juli bleibende Aktualität, und es ist sicher angebracht, daß auch einmal einige Verwandte und Hinterbliebenen von Männern des 20. Juli, die wir während unserer Deutschlandreise aufgesucht haben, zum Worte kommen. Sie sind alle Träger von historischen Namen, weil ihre Väter oder Gatten wenigstens den Versuch unternahmen, den unheilvollen Gang der Geschichte aufzuhalten.

P. M.



«Mein Mann hat mich absichtlich nicht eingeweiht»

Generalmajor Hans Oster stand an einer Schlüsselstellung des deutschen Nachrichtendienstes, den er benützte, um die Opposition gegen Hitler auf jede Weise zu fördern. Eine Doppelrolle, die für ihn eine unvorstellbare Nervenbelastung bedeutete, um so mehr, als er, wie uns seine Frau (links) in ihrem Hamburger Heim versicherte, seine Familie kaum über seine getarnten Funktionen unterrichtete. Ein Neffe des von den Nazis erhängten Generals, Dieter Oster (Mitte), kehrte erst kürzlich aus russischer Gefangenschaft zurück. Jahrelang hat er nun in einem sowjetischen Bergwerk und in einem Industriezentrum gearbeitet. Ueber die Einstellung des jüngeren Offizierskorps an der Front befragt, hatte er eine klare Antwort: «Es war gut, daß wir über die Umsturzpläne nicht unterrichtet waren, der soziale Konflikt wäre zu groß gewesen.» Die Tochter Gertrud Oster (rechts) wirkte während des Krieges als Operationschwester und arbeitet heute auf einer Bank, um ihrer Mutter finanziell beizustehen. (Spezialaufnahmen von B. E. Lindroos, Zürich)

ersten Attentatsversuch

auf Hitler am 13. März 1943 waren planmäßig erfolgt. Es war gelungen, eine Bombe mit Zeitzündung in das Flugzeug zu bringen, in dem Hitler von Warschau nach Deutschland zurückflog. Hitlers Schicksal schien besiegelt.



«Der deutsche Offizier ist der ungeeignetste Revolutionär»

«Dr. Marion Gräfin Dönhoff» — so lautet die Anschrift vor dem Eingang zur Redaktion der bekannten Hamburger Wochenzeitschrift «Die Zeit». Gräfin Dönhoff ist die Cousine von Graf Heinrich von Lehndorff, der als einer der ersten vom Volksgerichtshof verurteilt und hingerichtet worden war. Da das deutsche Hauptquartier auf dem Areal des Lehndorffschen Familiengutes in Ostpreußen installiert war, konnte Graf Lehndorff den Gang der Ereignisse aus nächster Nähe verfolgen und wichtige Verbindungen zwischen militärischen und zivilen Stellen herstellen. Gräfin Dönhoff, die in Basel zum Doktor promoviert, während des Krieges die Güter

ihres Vaters verwaltete und heute als politische Redaktorin wirkt, beurteilt die deutsche Widerstandsbewegung von einem grundsätzlichen, geistigen Standort aus und hat ihre persönlichen Gedanken auch in einer Denkschrift für die Hinterbliebenen der Verschwörer des 20. Juli niedergelegt. Nach ihrer Ansicht ist der deutsche Offizier «besonders ungeeignet, gegen die herrschende Autorität Revolution zu machen. Der geleistete Eid gegenüber dem Oberbefehlshaber der Armee wirkte sich hemmend aus. Es ist aber meine Überzeugung, daß wir bei wirklicher Unterstützung durch das Ausland mehr erreicht hätten.»



«Der Vater hat immer alles eisern für sich behalten»

Als immer mehr Bomben über Berlin fielen, schickte Generaloberst Ludwig Beck seine Tochter, Frau Gertrud Neubaur-Beck und ihr Töchterchen Elka Maria nach einem kleinen Dorf im Allgäu, wo sie dann den Tod ihres Gatten erfuhr und nach dem mißglückten Attentatsversuch «als Sippenhäftling» in ein Gefängnis von München überführt wurde. Da Frau Neubaur-Beck ihrem Vater in Berlin den Haushalt geführt hatte, war sie oft mit Gleichgesinnten zusammengetroffen. «Aber der eigentliche Zweck der geheimen Zusammenkünfte war mir nicht bekannt, da Vater eisern alles für sich behielt», erklärte sie uns. Generaloberst Beck, vormals Chef des deutschen Generalstabs, war schon im Jahre 1938 aus Protest gegen das Regime zurückgetreten und galt allgemein als Haupt der Widerstandsbewegung. Er beging Selbstmord.

Das Geheimnis

der Wirkung von Air-fresh liegt vor allem bei jener Substanz, welche von allen Pflanzen aufgespeichert wird und die jedes grüne Blatt gewissermaßen zu einer winzigen «Reinigungsanstalt» werden läßt.

Viele Jahre forschten die Chemiker,

um dazu noch für alle möglichen Gerüche die nötigen Gegenstoffe in Air-fresh zu sammeln. Heute ist es eine Mischung von 125 Ingredienzien, welche uns erlaubt, mit der kleinen grünen Flasche selbst jene Gerüche zu bekämpfen, die sogar bei langem Lüften nicht ganz verschwinden. Die verblühende Wirkung gegen Rauchgerüche (kalter Rauch), Küchengerüche, Ausdünstungen etc. haben Air-fresh in vielen tausend Schweizer Familien und Firmen zur Selbstverständlichkeit gemacht. Es ist für Menschen, Tiere und Pflanzen absolut unschädlich.

Die Anwendung

Ist für normale Räume äußerst einfach. Wichtig ist die Platzierung der Flasche über Augenhöhe und nicht zu nahe bei sich selbst, und die Stellung des Dochtes entsprechend der Stärke des Geruchs. Wenn der Eigengeruch von Air-fresh hervortritt, ist der Docht zuviel ausgezogen. Je nach Temperatur und Luftfeuchtigkeit reicht eine Flasche bis zu 700 Stunden. Bei Zentralheizung oder sonst trok-

kener Luft, ist zusätzliche Luftbefeuchtung (Verdunster) wichtig. Für Großräume konstruiert die AG. für technische Neuheiten in Binningen bei Basel spezielle Apparate und gibt genaue Auskunft.

Der Docht muß frisch sein.

Ein Nachfüllen der Flasche ist nicht ratsam, da die bei der Originalflasche garantierte einwandfreie Wirkung nur mit frischem Docht erzielt werden kann. Wer sparen will, verwende die große Flasche (dreifacher Inhalt, nur doppelter Preis), ziehe den Docht sehr wenig aus und schließe die Flasche bei Nichtgebrauch.

Kosten durch Ersparnis an Heizmaterial mehr als ausgeglichen

Die Kosten betragen pro Flasche nur wenig mehr als einen halben Rappen pro Anwendungsstunde, welcher minimaler Betrag durch Heizersparnisse mehr als ausgeglichen wird, fällt doch, dank Air-fresh, das allzulange «Auslüften» von Rauch und Gerüchen weg! Das Produkt hat sich auch in der Schweiz bereits auf breiter Basis bewährt, wie Tausende von begeltesten Urteilen beweisen.

Einige Urteile:

Air-fresh vertreibt alle unangenehmen Gerüche und reinigt die Luft — Rauch, Küchengerüche, Abort- und Badezimmergeruch, muffiger Geruch von Zimmern, Air-fresh wirkt Wunder. Es nimmt auch den unangenehmen Geruch von Wirtschafft aus Kleidern.

St., Hausfrau.



Ich probiere es auch im Direktionszimmer aus, wo streng geraucht wird. Die Antwort des Direktors: «die Flasche kommt mir nütze zum Bureau us!» ...

G.

... Zwiebeln, Limburger, Oeldampf ... Air-fresh ist einzigartig. Rotkraut, Sauerkraut, Weißkraut, Blumenkohl, Röslikohl ... dasselbe Resultat beim Eindringen unangenehmer Gerüche von außen (wie Düngergeruch von der Wiese).

H. W.

Air-fresh ist sehr sparsam im Gebrauch, da ich die Flasche nach 2—3 Stunden schon wieder schließen kann, und vor allem im Winter sehr notwendig.

Wir haben eine Nichte, die an Fußschweiß leidet. Ich ließ die Flasche etwa drei Stunden im Zimmer stehen, und zu meiner Freude gab es ganz überraschend angenehmen Geruch und frische Luft.

A., Hausfrau.

... Küchengerüche; Rauch, herührend vom Ofen, wenn die Sonne aufs Kamin scheint ... Air-fresh ist auch sehr angenehm im Schlafzimmer. Trotz geschlossenem Fenster während der Nacht war am Morgen kein Gefühl von «verbrauchter Luft» zu empfinden.

W., Korrespondent.

Bin angenehm überrascht über das Air-fresh ... sollte in jedem Haushalt fehlen und ist daher überall zu empfehlen.

B.

Sämtliche Personen (Raucher), denen ich die Flasche zum Ausprobieren gegeben habe, haben bereits eine Flasche gekauft, da sie sie nicht mehr missen wollen. Nach meiner Meinung die beste Reklame. Selbst die sehr unangenehmen Gerüche von Salmiak, Zaponlacke verschwinden nach geraumer Zeit.

L., Commis.

... Hauptsächlich hervorragend im Zimmer, wo geraucht wird. Auch in der Küche ist Air-fresh ideal! Da ich selbst Raucherin bin, habe ich alles Mögliche probiert; sogar Wasser in einer Schüssel über Nacht aufgestellt und nasse Tücher aufgehängt, aber nie mit solchem Erfolg, wie mit Air-fresh.

Z., Hausfrau.

... möchte ich speziell die angenehme Einwirkung von Air-fresh auf die Luft beim Bügeln von getragenen Kleidern hervorheben. Air-fresh dürfte vielseitige Verwendung beschieden sein.

R., Bureauistin.

Weitere Urteile, sowie die Originale obiger Auszüge können bei Doetsch, Grether & Co. AG., Basel 2, eingesehen werden.



Bekanntlich hat die UNO nach eingehender Prüfung die Verwendung des Produkts für ihren Neubau vorgesehen.

Der widerliche Fischgeruch breitet sich nicht aus



Kein unangenehmer Küchengeruch mehr...



nie mehr wird kalter Rauchgeruch Ihre Wohn- oder



Arbeitsräume verpesten...

Mit «air-fresh»

keine schlechten Gerüche mehr in Ihrem Haus...

Nichts zu zerstäuben, nichts zu verbrennen, kein Geruch nach Chemikalien. Man hat lediglich die Air-fresh-Flasche geöffnet aufzustellen und den Verdunster herauszuziehen ... und die Luft ist gut.

Normalflasche Fr. 3.90, Großflasche Fr. 7.90, inkl. Wust, in Apotheken und Drogerien



Doetsch, Grether & Cie. AG. Basel.



Begegnungen mit Nachkommen deutscher Widerstandskämpfer

Die Witwe von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ausgeführt hatte, lebt heute mit ihren fünf Kindern in einem Dorf der rauhen Alb in Süddeutschland. «Ich habe mir fest vorgenommen, meinen Kindern trotz der be-

scheidenen Witwen- und Waisenrente eine gute Erziehung zu geben. Glücklicherweise ist noch einiges Land in meinem Besitz geblieben — erklärte uns die junge und trotz ihres schweren Schicksals mutig auf eine bessere Zukunft hoffende Frau. Ihre Haltung entspricht ganz dem Beispiel ihres Gatten, der am 20. Juli eine Tat ausgeführt hatte, zu der er aus innerem Verantwortungsgefühl und aus seiner tiefen religiösen Überzeugung heraus gedrängt wurde. Er wurde von den Nationalsozialisten erschossen. (Aufnahme dpa.)

«Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht gez. von Witzleben, Generalfeldmarschall» — mit dieser Unterschrift bekannte sich Erwin v. Witzleben schon im Sommer 1943 zu einem Befehl, der nach erfolgreichem Staatsstreich die sofortige Übernahme der Regierungsgewalt durch die Wehrmacht vorsah, ein Dokument, das mit der Feststellung begann: «Der Führer Adolf Hitler ist tot.» Am 7. und 8. August 1944 stand v. Witzleben als einer der Hauptangeklagten vor dem Volksgerichtshof. Nachdem der Vorsitzende Freisler die Bewahrung Hitlers am 20. Juli als «Gottesurteil» verurteilt hatte, diffamierte er — nach dem Wortlaut des Gerichtsprotokolls — «das erbärmliche, ich sage nicht weibliche, weil sich eine Frau nicht so benimmt, aber sagen wir einmal weibliche Verhalten» des angeklagten Feldmarschalls. Nach einem summarischen Verfahren lautete das Urteil auf Hinrichtung durch den Strang. Freisler endete bald darauf während eines Bombardementes von Berlin. Ein von der brennenden Decke des Volksgerichtshofes herunterstürzender Balken schlug ihm den Schädel ein.



Das Attentat der Todgeweihten» — unter diesem Motto veröffentlicht gegenwärtig eine Hamburger Zeitung einige Auszüge aus den Prozeßakten des 20. Juli. — Die während den Verhandlungen stenographierten Protokolle enthüllen die zynische Taktik, mit der Dr. Freisler, der Vorsitzende des nationalsozialistischen Tribunals, die vor dem Volksgerichtshof stehenden Verschwörer gegen Hitler moralisch vernichtete, indem er sie jeweils zu Beginn des Verhörs zu «Verrätern» stempelte, die «ihren Soldateneid gegenüber dem Oberbefehlshaber der Armee» schändlich gebrochen hätten. Eine Platte, die übrigens schon heute wieder — wenig mehr als fünf Jahre nach der einzigen sichtbaren Widerstandsaktion gegen den braunen Terror — in gewissen Kreisen neu aufgelegt wird, hat doch beispielsweise der Bundestags-Abgeordnete Hedler in seiner berüchtigten Neumünster-Rede die Widerstandskämpfer des 20. Juli öffentlich Verräter genannt. Hedler ist inzwischen vom deutschen Bundestag in aller Form desavouiert worden. War Hedlers Äußerung eine vereinzelte Entgleisung, oder ist sie als Symptom dafür zu werten, daß sich die Ansicht über jene historische Aktion gewandelt hat? Man sollte sich bei der Beurteilung der gegenwärtig vorherrschenden deutschen Mentalität vor Verallgemeinerungen hüten und jedenfalls nicht auf Grund von «Umfragen bei einigen Personen» Schlußfolgerungen ziehen. In vielen Gesprächen mit Verwandten und Nachfahren der «Offiziere gegen Hitler» hat

der Berichtersteller die Erfahrung gemacht, daß sich nur wenige über die Ereignisse des 20. Juli eine eigene Meinung gebildet haben. Aber wo keine Meinungsbildung besteht, kann auch leicht durch unverantwortliche Redner eine Ansicht provoziert werden, die bewußt die Tatsachen in ein anderes Licht stellt, wohl im Bestreben, doch eine «Dolchstoßlegende» zu schaffen, deren Bildung die führenden Männer der deutschen Widerstandsbewegung verhindern wollten. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es allerdings höchst notwendig, daß die Prozeßprotokolle des 20. Juli der deutschen Öffentlichkeit in ihrem vollen Wortlaut bekannt gegeben werden, um jedermann (der sich noch immer kein persönliches Urteil bilden will oder kann) aufzuklären über die Methode, nach der die nationalsozialistischen Henker — nur wenige Monate vor ihrem eigenen «bitteren Ende» — mit ihren Gegnern umzugehen pflegten.

Dies dokumentiert etwa folgende Stelle aus dem Verhandlungsprotokoll im Prozeß gegen General Stieff, einen Hauptbeteiligten des Attentates gegen Hitler. Freisler, der »Robespierre des Dritten Reiches« fragte einleitend den durch lange Folterungen präparierten Angeklagten, ob er zugebe, von dem beabsichtigten Attentat gegen den Führer Kenntnis gehabt zu haben, was Stieff mit einem klaren »Ja« beantwortete. Darauf entwickelte sich das nachstehende Einnahmeverfahren: Freisler: »Haben Sie das Ihrem Vorgesetzten gemeldet?«

Stieff: «Ich habe über dieses Gespräch mit General Heußinger, dem stellvertretenden Chef des Generalstabs, gesprochen.»

Eine ungewöhnliche Tagescrème...

ANNE FRENCH



Die so beliebte, englische Familie der Anne French-Schönheitsprodukte hat soeben einen allgemein bewunderten Zuwachs bekommen: Eine nach neuesten Gesichtspunkten zusammengesetzte Vanishing-Cream. Es ist eine aussergewöhnlich feine und reine Matteredème, auf der Puder wundervoll haftet. Sie gibt der Haut jene matte Frische, die sie so jugendlich wirken lässt. Anne French Vanishing Cream ist auch ein ausgezeichnetes Pflegemittel für die Hände, das sie fein, weich und geschmeidig erhält.

Tube Fr. 2.20

...für blütenfrischen Teint



ANNE FRENCH VANISHING CREAM

5, Old Bond Street, London W1 / Datsch, Grether & Cie. AG.

Der Weg zu einem schönen Heim führt über Simmen!



Das geschweifte Doppelbett in Nussbaumholz, bestehend aus zwei sorgfältig zusammengefügt Einzelbetten.



Fensterplatz der Dame in elegantem Schlafzimmer mit Chintz-Stoffen. Möbel aus hellem Ahorn.



Dreiteiliger Kleiderschrank mit Spiegelfront aus dem Schlafzimmer der Dame.

Simmen

BRUGG, Telefon 4 17 11 / ZÜRICH, Uraniast. 40, Telefon 25 69 90
LAUSANNE, Rue de Bourg 47, Tel. 2 89 92





Hönner

Witzleben

Hase

Die Männer des 20. Juli vor dem nationalsozialistischen Mordtribunal, dem „Volksgerichtshof“
General Hönner, Generalfeldmarschall von Witzleben und General von Hase saßen als Hauptangeklagte am 7. und 8. August 1944 auf der Anklagebank. Nachdem der Vorsitzende des Volksgerichtshofes, Freisler, die Bewahrung Hitlers am 20. Juli als „Gottesurteil“ verherrlicht hatte, diffamierte er in noch nie dagewesener Weise das Verhalten und die Motive der Angeklagten. Nach einem summarischen Verfahren lautete das vorher schon festgelegte Urteil auf Hinrichtung durch den Strang.

Aufnahme dpa

Die Erben des 20. Juli

Gespräche mit den Angehörigen der deutschen Widerstandskämpfer



„Der deutsche Offizier ist der ungeeignetste Revolutionär“

Gräfin Dönhoff ist die Cousine von Graf Heinrich von Lehnendorff, der als einer der ersten vom Volksgerichtshof verurteilt und hingerichtet worden ist. Da das deutsche Hauptquartier auf dem Areal des Lehnendorffschen Familiengutes in Ostpreußen installiert war, konnte Graf Lehnendorff den Gang der Ereignisse aus nächster Nähe verfolgen und wichtige Verbindungen zwischen militärischen und zivilen Stellen herstellen. Gräfin Dönhoff, die während des Krieges die Güter ihres Vaters verwaltete und heute als politische Redakteurin wirkt, hat ihre persönlichen Gedanken über die deutsche Widerstandsbewegung in einer Denkschrift für die Hinterbliebenen der Verschwörer des 20. Juli niedergelegt. Nach ihrer Ansicht ist der deutsche Offizier „besonders ungeeignet, gegen die herrschende Autorität Revolution zu machen. Der geleistete Eid gegenüber dem Oberbefehlshaber der Armee wirkte sich hemmend aus. Es ist aber meine Überzeugung, daß wir bei wirkamerer Unterstützung durch das Ausland mehr erreicht hätten.“

Die während der Verhandlungen gegen die Männer des 20. Juli stenographierten Protokolle enthüllen die zynische Taktik, mit der Dr. Freisler, der Vorsitzende des nationalsozialistischen Tribunals, die vor dem Volksgerichtshof stehenden Verschwörer gegen Hitler moralisch vernichtete, indem er sie jeweils zu Beginn des Verhörs zu „Verrätern“ stempelte, die „ihren Sol-

dateneid gegenüber dem Oberbefehlshaber der Armee“ schändlich gebrochen hätten. Eine Platte, die übrigens schon heute wieder — fünfeinhalb Jahre nach der Widerstandsaktion gegen den braunen Terror — in gewissen Kreisen neu aufgelegt wird, hat doch spielsweise der Bundestagsabgeordnete Hedler in seiner berühmten Neumünster-Rede die Widerstandskämpfer des 20. Juli öffentlich Verräter genannt. War Hedlers Äußerung eine vereinzelte Entgleisung, oder ist sie als Symptom dafür zu werten, daß sich die Ansicht über jene historische Aktion gewandelt hat?



„Vater hat immer alles eisern für sich behalten“

Als immer mehr Bomben über Berlin fielen, schickte Generaloberst Ludwig Beck seine Tochter, Frau Gertrud Neubaur-Beck, und ihr Töchterchen Elka Maria nach einem kleinen Dorf im Allgäu, wo sie dann den Tod ihres Vaters erfuhr und nach dem mißglückten Attentatsversuch „als Sippenhäftling“ in ein Gefängnis von München übergeführt wurde. Da Frau Neubaur-Beck ihrem Vater in Berlin den Haushalt geführt hatte, war sie oft mit Gleichgesinnten zusammengetroffen. „Aber der eigentliche Zweck der geheimen Zusammenkünfte war mir nicht bekannt, da Vater eisern alles für sich behielt“, erklärte sie uns. Generaloberst Beck, vormals Chef des deutschen Generalstabs, galt allgemein als Haupt der Widerstandsbewegung. Er beging Selbstmord.

In vielen Gesprächen mit Verwandten und Nachfahren der „Offiziere gegen Hitler“ hat der Berichterstatter die Erfahrung gemacht, daß sich nur wenige über die Ereignisse des 20. Juli eine eigene Meinung gebildet haben. Aber wo keine Meinungsbildung besteht, kann auch leicht durch unverantwortliche Redner eine Ansicht provoziert werden, die bewußt die Tatsachen in ein anderes Licht stellt, im Bestreben, eine „Dolchstoßlegende“ zu schaffen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es höchst notwendig, daß die Prozeßprotokolle des 20. Juli der Öffentlichkeit in ihrem vollen Wortlaut bekanntgegeben werden, um



„Die Gestapo kam uns nie auf die Spur“

Wohl keine Frau war so aktiv in die Verschwörung gegen Hitler eingeweiht wie die Gattin des nach den Ereignissen des 20. Juli hingerichteten Versicherungsdirektors Theodor Strünek. In ihrer Berliner Wohnung fanden viele geheime Besprechungen statt, und als sie nach der Hinrichtung ihres Gatten vor dem nationalsozialistischen Tribunal stand, da versuchten die Richter in 58 Verhören sie zu einem umfassenden Geständnis zu zwingen. Aber Frau Strünek schwieg. Nach dem 58. Verhör hatte auch ihren Feigern die Stunde geschlagen, und sie wurde befreit. Heute ist sie Versicherungsagentin und widmet sich dem deutschen Hilfswerk für die Hinterbliebenen des 20. Juli, das schon vielen Witwen und Kindern der Widerstandskämpfer wertvolle Hilfe zuteil werden ließ.



Der Henker des Dritten Reiches:

Freisler, der Vorsitzende des Volksgerichtshofes, endete bald nach dem Prozeß gegen die Männer des 20. Juli während eines Bombenangriffes auf Berlin. Ein von der brennenden Decke des Volksgerichtshofes herunterstürzender Balken schlug ihm den Schädel ein. Aufnahme dpa

jedermann, der sich noch immer kein persönliches Urteil bilden will oder kann, aufzuklären über die Methode, nach der die nationalsozialistischen



„Meine einzige Aufgabe besteht in der Erziehung meiner fünf Kinder“

Die Witwe von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ausgeführt hatte, lebt heute mit ihren fünf Kindern in einem Dorf der Rauhen Alb in Süddeutschland. „Ich habe mir fest vorgenommen, meinen Kindern trotz der bescheidenen Witwen- und Waisenrente eine gute Erziehung zu geben. Glücklicherweise ist noch einiges Land in meinem Besitz geblieben“ — erklärte uns die junge und trotz ihres schweren Schicksals mutig auf eine bessere Zukunft hoffende Frau. Ihre Haltung entspricht ganz dem Beispiel ihres Gatten, der am 20. Juli eine Tat ausgeführt hatte, zu der er aus innerem Verantwortungsgefühl und aus seiner tiefen religiösen Überzeugung heraus gedrängt wurde. Er wurde von den Nationalsozialisten erschossen. Aufnahme dpa



Seine warnende Stimme wurde zum Schweigen gebracht: Friedrich Werner Graf von der Schulenburg hatte als Botschafter in Moskau eindringlich vor einem Angriff gegen die Sowjetunion gewarnt. Aber Hitler beachtete seine warnende Stimme nicht: er hörte immer nur, was er hören wollte. Von der Schulenburg stand in der Reihe der Widerstandskämpfer des 20. Juli und wurde nach seiner Verurteilung vor dem Volksgerichtshof am 10. 11. 1944 hingerichtet. Aufnahme dpa

Henker — nur wenige Monate vor ihrem eigenen Ende — mit ihren Gegnern umzugehen pflegten.

Dies dokumentiert etwa folgende Stelle aus dem Verhandlungsprotokoll im Prozeß gegen General Stieff, einen Hauptbeteiligten des Attentats gegen Hitler. Freisler, der „Henker des Dritten Reiches“, fragte einleitend den durch lange Folterungen präparierten Angeklagten, ob er zugebe, von dem beabsichtigten Attentat gegen den „Führer“ Kenntnis gehabt zu haben, was Stieff mit einem klaren „Jawohl“ beantwortete. Darauf entwickelte sich das nachstehende Einnahmeverfahren:

Freisler: „Haben Sie das Ihrem Vorgesetzten gemeldet?“

Stieff: „Ich habe über dieses

Gespräch mit General Heußinger, dem stellvertretenden Chef des Generalstabs, gesprochen.“

Freisler: „Haben Sie darüber hinaus dem nächsten Vorgesetzten Meldung erstattet?“

Stieff: „Nein.“

Freisler: „Haben Sie es unserem Führer zur Meldung gebracht?“

Stieff: „Nein, das habe ich nicht getan.“

Freisler: „Sie haben erklärt, Sie seien der Meinung, es gäbe Lagen, wo so etwas eine historische Pflicht der Generalstabsoffiziere sei. Haben Sie das vor der Polizei erklärt?“

Stieff: „Ich habe diese Erklärung in meiner schriftlichen Darlegung der inneren Motive abgegeben.“

(Fortsetzung auf Seite 39)



„Mein Mann hat mich absichtlich nicht eingeweiht“

Generalmajor Hans Oster stand an einer Schlüsselstellung des deutschen Nachrichtendienstes, den er benutzte, um die Opposition gegen Hitler auf jede Weise zu fördern. Eine Doppelrolle, die für ihn eine unvorstellbare Nervenbelastung bedeutete, um so mehr, als er, wie uns seine Frau (Mitte) in ihrem Hamburger Heim versicherte, seine Familie kaum über seine getarnten Funktionen unterrichtete. Ein Neffe des von den Nazis erhängten Generals, Dieter Oster (links) kehrte erst kürzlich aus russischer Gefangenschaft zurück. Jahrelang hat er in einem sowjetischen Bergwerk und in einem Industriezentrum gearbeitet. Über die Einstellung des jüngeren Offizierskorps an der Front befragt, hatte er eine klare Antwort: „Es war gut, daß wir über die Umsturzpläne nicht unterrichtet waren, der seelische Konflikt wäre zu groß gewesen.“ Die Tochter Gertrud Oster (rechts) wirkte während des Krieges als Operationschwester und arbeitet heute auf einer Bank, um ihrer Mutter finanziell beizustehen.

Spezialaufnahmen von B. C. Andrews, Zürich

Ihre Männer starben von Henkershand ...

... heute leben viele Witwen der Widerstandskämpfer vom 20. Juli in Not / Von Ursula v. Kardorff

Dieser Bericht schildert das Schicksal jener Frauen, deren Männer Hitler im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 hinrichten ließ. Obwohl man annehmen sollte, daß diesen Witwen ein Ehrenplatz in der Reihe der vom Nationalsozialismus verfolgten Menschen eingeräumt werden müßte, hat unsere Berichterstatterin, die dem Ergehen dieser über ganz Deutschland verstreuten Frauen nachspürte, festgestellt, daß sie mit wenigen Ausnahmen in dürrigsten Verhältnissen leben und ohne Unterstützung des Staates hart um ihre Existenz kämpfen müssen. Wir glauben, daß die Witwen der ermordeten Widerstandskämpfer trotz der vielen Entschädigung Heischenden ein besseres Los verdient hätten.

München (SZ)

Im Berliner Gefängnis, Lehrterstraße, saßen Ende 1944 viele Männer vom 20. Juli. Was ihre Frauen in dieser Zeit leisteten — man hatte viele zunächst mitverhaftet, dann aber ohne Verhör wieder entlassen —, wie sie bis in die obersten Gestapostellen in die untersten Bunker vordrangen, zäh, mutig, bohrend und listig den vergeblichen Kampf aufnahmen —, das mag einer späteren Chronik vorbehalten bleiben. Die Fliegerin Melitta Stauffenberg machte Versuchsflüge über den Konzentrationslagern, um die Verlegungen festzustellen — bis sie tödlich abstürzte. Eine kleine Schar, in der die Generalfrau und die Kommunistin, die Intellektuellen, die Arbeiterin, die Gutsbesitzerin und die Gewerkschafterin an einer „Front“ standen — nie wieder danach gab es eine solche Einheit.

Vorher waren es die Jahre geheimer Mitwisserschaft, dann das Ringen um das Leben der Männer, die Erhaltung der Familie, die wachsende Gefahr der Bomben, der Gestapo, der näherrückenden Russen, die zermürbende Ungewißheit, ob das Urteil gefällt — und vollstreckt — worden war. Schließlich die tödliche Gewißheit. Dann der Existenzkampf im zerteilten, überfüllten, unsicheren, hungernen Land, der Verlust des letzten geretteten Geldes durch die Währungsreform. Heute müssen sie sich — ähnlich den Millionen Witwen der Gefallenen — mühsam durchschlagen. Die meisten führten außerordentlich glückliche Ehen, viele haben fünf und mehr Kinder. Die wenigsten bekommen eine ausreichende Rente, 120–150 Mark sind das übliche.

Manche vegetieren nur von der Fürsorge. Da ist der Fall: Ellen Delbrück (Widerstandskämpferin, Bonhöffer), ihr Mann wurde von den Russen nicht nur befreit, sondern auch gleich wieder verhaftet. Er starb nach einem halben Jahr im Lager Lieberose. Juristische Haarspalterei verweigert nun der Witwe und den Kindern eine Unterstützung, da er ja nicht unter den Nazis hingerichtet wurde.

Lange kümmerte sich — außer der VVN und dem Amt für Wiedergutmachung (in Bayern verschaffte Generalanwalt Auerbach zum Beispiel Frau v. Hassell eine Rente) — niemand um die Hinterbliebenen. Erst Mitte 1946 konstituierte sich das „Hilfswerk 20. Juli 1944“ unter Führung einiger Überlebender aus allen Parteien. Es nahm sich etwa 350 Familien an und stiftet mit Hilfe der Caritas, des evangelischen

Hilfswerks, der englischen Organisation „20. July Memorial Fund“ und des amerikanischen Komitees „to aid the survivors of the German resistance“ zunächst einige Gelder. Außerordentlich tatkräftig halfen dabei Erich Warburg und Herr und Frau Prof. Kuhn. In der Schweiz war es Dr. A. v. Erlach, dem es unter großen persönlichen Opfern gelang, 120 Kinder für je drei Monate bei verschiedenen Familien in der Schweiz unterzubringen.

Nach der Währungsreform wurde die Not noch größer. Die Geschäftsführung des „Hilfswerks 20. Juli“ muß bei Industrie und privaten Spendern das Geld von Fall zu Fall erbetteln.

Wie soll eine Frau mit mehreren Kindern mit 240 Mark Rente auskommen? Gräfin Charlotte Schulenburg hätte eine Stelle als Lehrerin in einem Landschulheim bekommen können, die sie jedoch ihrer sechs Kinder wegen nicht annehmen konnte. Die erste Frau des hingerichteten Hauptmanns Gehre, die härtesten



Eine Familie, der der Henker den Vater entriß: Die Gräfin von Schulenburg mit ihren sechs Kindern. Photo: Privat

Widerstandskampf miterlebte, muß von Wohlfahrtsunterstützung leben. Ein studierender Sohn lebt mit Frau und zwei kleinen Kindern zusammen in einer Stube bei München. Die Witwe des Generals v. Rabenau, der, als er von Hitler entlassen wurde, sein Theologieexamen machte (er wurde noch am 12. April 1945 umgebracht), lebt mit einer verwitweten Tochter und deren drei kleinen Kindern unter kümmerlichsten Verhältnissen in einem Dorf bei Lüneburg und kann nicht fortziehen, weil sie das Geld für eine Wohnungseinrichtung nicht aufbringen kann. Die Frau des Vorstands-

mitglieds des ehemaligen Handlungs-Gehilfenverbandes Max Habermann, die drei Söhne im Krieg verlor, versucht unter größten Schwierigkeiten ein Papiergeschäft in Berlin zu halten. Frau Wagner, Witwe des hingerichteten Generalquartiermeisters, ernährt sich durch Geigenstunden in München, für eine Kur zur Ausheilung eines Darmleidens aus der KZ-Zeit fehlt das Geld. Die Witwe des Rechtsanwalts Wirmer lebt mit zwei Töchtern, die in Ausbildung sind, von 150 Mark Rente, sie versucht vergeblich, sich mit einem Hutladen durchzuschlagen. Die Witwen der Generale von Ziehlberg und Hoepner, die heute in Berlin leben, können von ihrer kümmerlichen Rente kaum existieren. Frau von Hahn gibt Schneiderstunden in der Ostzone. Frau v. Hagen fährt in Oldenburg Holz für die Bauern und versucht sich mit zwei Töchtern auf einem unrentablen Hof von 40 Morgen durchzubringen. Frau Else Klamroth mußte ihre altbekannte Samenfirma in Braunschweig aufgeben. Frau Alice Kiesling kocht als Mansell in Schleswig-Holstein täglich für 50 Personen, eine Arbeit, die ihr, trotz großer Tüchtigkeit, physisch zu schwer fällt. Sie bekommt überhaupt keine Rente, da sie aus der Ostzone kam. Frau v. Kleist-Schmenzin lebt mit mehreren Kindern von einer winzigen Rente, ihr Besitz wurde polnisch. Frau v. der Lanen hat zwar noch ein Haus in Potsdam, aber davon kann man in der russischen Garnisonstadt nicht leben. Gräfin Lynar lebt in zw. Kammern ihres eigenen Schlosses im S. Wald, drei Söhne schlagen sich als Werkstudenten durch, zwei sind noch Schüler. Die Männer all dieser Frauen wurden hingerichtet.

Manche können sich selbst helfen

Besonders erschwerend wirkt sich die unzureichende Versorgung in den einzelnen Zonen und Ländern aus. So zahlt die französische Zone gute Pensionen, die russische überhaupt keine. Bessere Wohnungsmöglichkeiten können nicht ausgenutzt werden, weil Hessen nicht an Bayern auszahlt oder umgekehrt.

Manche Frauen allerdings, die schon früher beruflich tätig waren, können sich selbst weiterhelfen. Frau Reichwein verdient mit Heilgymnastik, Frau v. Hofacker-Kachne hat eine Pension mit Mittagstisch in Tübingen, Frau Letterhaus, Witwe des Führers der katholischen Arbeitervereine, hat einen Buchladen im Hunsrück aufgemacht, Frau Plank, Schwiegertochter des Gelehrten, ist Aerztin in Köln, sie machte ihr Examen kurz nach der Hinrichtung ihres Mannes. Die beiden Witwen Stauffenberg und Frau v. Heaften bekommen in der französischen Zone eine ausreichende Pension. Frau v. Troitz zu Solz arbeitet sozial in Berlin bei Pfarrer Poelchau, der als Zuchthauspfarrer von Tegel vielen Widerstandskämpfern geholfen hat. Gräfin Freya Moltke (Kreisau) kam durch Ministerpräsident Smuts, der mit ihrem Mann befreundet war, nach Südafrika, sie hielt Vortragsreisen in den USA, möchte aber mit beiden Söhnen wieder nach Deutschland zurück. Gräfin Marianne York ist angesehene Richterin in Berlin. Die Witwe des Generalstäblers v. Voß, eine Tochter General Stülpnagels, machte ihr Dolmetscherexamen, Frau Fellgiebel, die bis jetzt als Dolmetscherin beim Roten Kreuz arbeitete, sucht eine neue Stellung. Frau Hanna Kiep ist Abteilungsleiterin beim Roten Kreuz in München, Frau Goerdeler lebt auf einem winzigen Hof in Württemberg, eine Tochter war zum Austausch in Amerika, eine hat kürzlich geheiratet. Die Witwe des Legationsrats Brückmeier ist Hausgehilfin in England, Frau Canaris lebt in Spanien, Frau Langbehn in Buenos Aires. Einige Frauen, deren Männer Minister waren oder Angestellte bei großen Firmen, werden gut unterstützt, fünf Waisenkindern des Gewerkschaftsführers Hermann Maaß werden von einer großen Lokomotivfirma erhalten. Frau Annedore Leber ist bekannt als Herausgeberin des Berliner „Telegraf“.

Dies aber sind die Ausnahmen. Die meisten Frauen der Männer, von denen Churchill in einer Parlamentsrede 1940 sagte, daß sie „ohne Hilfe von innen und außen kämpfen, einzig getrieben durch die Unruhe ihres Gewissens“ — leben unter schwierigsten Verhältnissen.

Der Vorhang vor dem 20. Juli

Zu dem Buch „Die deutsche Opposition gegen Hitler“ von Hans Rothfels

Bo. „Als die Alliierten (im Sommer 1944) begannen, ihre Triumphe zu ernten, hatten die Deutschen neue Schwierigkeiten in ihrem eigenen Land. Einige unzufriedene Junker benutzten die Gelegenheit eines geheimen Treffens in Hitlers Hauptquartier, die Ermordung des Führers mittels einer Bombe zu versuchen. Viele Angehörige seines Stabes wurden getötet, Hitler selbst schwer verletzt. Die militärischen Führer des Komplotts wurden festgenommen und schließlich aufgehängt. Unter ihnen befanden sich zwei Feldmarschälle und einige mißvergütete Nazis.“ Diese wenigen Zeilen sind das einzige, was die tausendseitige „Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ des Amerikaners Dr. Francis Trevelyan Miller über den 20. Juli und über die deutsche Widerstandsbewegung zu berichten weiß. Die uns vorliegende Ausgabe stammt aus dem Jahre 1948, also aus einer Zeit, in der den Alliierten seit langem alle Quellen zur Verfügung standen. Sie ist eingeleitet mit Vorworten von Präsident Roosevelt, Eisenhower, MacArthur, General Arnold, den Admiralen King und Nimitz, den damaligen Kriegs- und Marineministern Stimson und Forrestal und dem britischen Botschafter Lord Halifax. In einer Vorbemerkung nennt der Verlag das Werk „vollständig, maßgebend und endgültig“.

Wie erklärt es sich, daß ein so repräsentatives Werk mit einem solchen Anspruch die deutsche Opposition gegen Hitler, die — nach antiken Quellen des Dritten Reiches — allein am 20. Juli und in den Monaten danach fünftausend Blutopfer brachte, von den zwölftausend politischen Todesurteilen bis zum Jahre 1938 gar nicht zu reden, mit diesen wenigen in jedem Wort falschen und gehässigen Sätzen abtut? Nicht zuletzt auf diese Frage — warum nämlich die Alliierten die deutsche Widerstandsbewegung im Kriege und auch noch lange danach offiziell totgeschwiegen haben — gibt ein Buch Antwort, das wohl das sachlichste, überlegenste und beste ist, das bisher über diesen Gegenstand geschrieben worden ist. (Hans Rothfels, „Die deutsche Opposition gegen Hitler“, Scherpe-Verlag, Krefeld.) Der Chicagoer Professor hat das Buch im Juni 1948 in Amerika veröffentlicht und legt es nun, von ihm selbst „übertragen“, nicht übersetzt, dem deutschen Leser vor.

Zuerst totgeschwiegen

Er wollte mit ihm vor allem eine Bresche in jene oberflächliche und stellenweise verächtliche Betrachtungsweise schlagen, die das angeführte Buchzitat so überzeugend beweist. Immerhin sind derartige Einstellungen schon Fortschritte gegenüber der Taktik des absoluten Totschweigens, die im Kriege und auch noch danach verfolgt wurde. Rothfels berichtet, daß „höchste Stellen in Washington“ es im Anfang des Jahres 1945 einem amerikanischen Korrespondenten untersagten, „irgendwelche Nachrichten über eine spezifische Opposition“ gegen Hitler herauszugeben. Noch einhalb Jahre später, am 20. Juli 1946, wurden allen Rundfunksendern der amerikanischen Zone Deutschlands verboten, eine Gedenkfeier zu senden. Diese Haltung ist heute lange nicht mehr so schroff, doch im Kriege spielte sie eine entscheidende Rolle. Die Verschwörer wußten von einem bestimmten Zeitpunkt an, daß ihre Pläne den Alliierten „die größte Verlegenheit“ (nach einem Wort von Roosevelt) bereiten; die Alliierten wünschten nicht, die Tatsache einer deutschen Opposition gegen Hitler zur Kenntnis zu nehmen. Eine solche Opposition paßte nicht in ihr Konzept, sie gefährdete die große Allianz und die Propagandathese der Gleichsetzung von „Deutschen“ und „Nazis“ und hätte gegebenenfalls dazu gezwungen, die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation zu überprüfen. Eben das wollte man nicht.

Als am 20. Juli 1944 die Stauffenbergsche Bombe ganz Deutschland in seinen Grundfesten erschütterte, sprach Winston Churchill herablassend von den „Ausrottungskämpfen unter den Würdenträgern“. Die „New York Times“ schrieb, daß die Einzelheiten des Attentates „eher an die Atmosphäre der finsternen Verbrecherwelt erinnern als an die, welche man normalerweise in dem Offizierkorps eines Kulturstaates erwarten würde.“ Die britische „Times“ gar entrüstete sich darüber, daß höchste Offiziere es unternehmen könnten, ihr Staatsoberhaupt mit einer Bombe, „der typischen Waffe der Verbrecherwelt“, zu töten, und die „New York Herald Tribune“ schrieb: „Amerikaner werden im allgemeinen nicht bedauern, daß die Bombe Hitler verschont hat, auf daß er seine Generale erledige... Mögen die Generale den Korporal töten oder umgekehrt, am liebsten beide.“

Auf religiösem Grund

Rothfels muß daher viel Raum aufwenden, um seinen amerikanischen Lesern klarzumachen, daß der 20. Juli keine Erfindung hinterhältiger deutscher Militärs war, die sich selbst oder den sagenhaften Generalstab für einen dritten Weltkrieg aufbewahren wollten. Die deutsche Widerstandsbewegung war in ihrem innersten Grunde eine „zivile“ Erscheinung, und ihre mächtigsten Triebkräfte waren ethische und religiöse Überzeugungen. Das Motiv der moralischen und politischen Empörung war allen, aus welchem politischen Lager sie auch kommen mochten, gemeinsam. Zu dieser Erhebung des „Menschlichen gegen das Unmenschliche“ haben sich sonst gegensätzliche Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchen und Intellektuellen zusammengefunden. Diese Männer waren einsam; gerade das macht ihre Größe aus. Nachdem am 17. Juli 1942 Anthony Eden für die Mitteilungen des Bischofs von Chichester über den Umfang und die Pläne der deutschen Opposition kein Ohr gehabt hatte und sie zu den

Akten legte, wußten die Männer des Widerstandes, daß sie von den Alliierten nichts zu hoffen hatten. Damals sprach der General von Tresckow das Wort: „Das Attentat auf Hitler muß erfolgen um jeden Preis. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem der Staatsstreich versucht werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.“

Die Propaganda des Dritten Reiches tat den 20. Juli als eine Verschwörung einer

„verschwindend kleinen, adligen Offiziersclique“ ab. Wie wir gesehen haben, sekundierten die großen alliierten Blätter dem Doktor Goebbels nach Kräften. Rothfels weist demgegenüber den zivilen Charakter der Widerstandsbewegung nach. Selbstverständlich spielte die Armer eine entscheidende Rolle; etwa seit dem Jahre 1937 hatten die Verschwörer erkannt, daß es eine unbewaffnete Opposition im Dritten Reich nicht geben konnte. Barrikadenkämpfe und diskrete Beamtenverschwörungen waren nicht die geeigneten Mittel gegen den Mythos Hitler und die sehr unmythische, dafür zu allem bereite SS Heinrich Himmlers.

Das Dilemma der Soldaten

In diesem Zusammenhang sagt Rothfels etwas, was jeden deutschen Soldaten eindringen muß, der immer noch nicht mit sich ins reine kommen kann — und das brauchen nicht die Schlechtesten zu sein: Daß die Wehrmacht sich aus der Politik heraushielt, entsprach nur scheinbar der preußischen soldatischen Tradition, denn in Wirklichkeit bedeutete diese politische Zurückhaltung die Duldung von Mord und Verbrechen, etwas, was der adligen Tradition von „noblesse oblige“ und der ritterlichen Pflicht, den Schwachen zu schützen, unbedingt widersprach. Diese Logik haben sich damals nur wenige klargemacht, so auch der Oberst Graf Stauffenberg, nicht nur im Geiste, auch von Abstammung ein Nachfahre Gneisenaus. Nun geht Rothfels nicht so sehr mit jenen ins Gericht, die sich in ihrer Pflichtenkollision klar und deutlich gegen den Staatsstreich ausgesprochen hatten — so erzählt man von Manstein, er sei mit dem hohen zivilen Besucher, der ihn für die Widerstandsbewegung gewinnen wollte, in die vorderste Linie gefahren, habe ihm die sowjetischen Stellungen gezeigt und etwa gesagt: „Sehen Sie, das ist für mich der Feind. Erst den, dann können wir weitersehen“ —, sondern mit jenen, die mit dem Putsch hebelgelten und sich doch nie ganz entschließen konnten, jenen Generalen, von denen „der eine handeln will, wenn er Befehle erhält, der andere aber befehlen will, wenn gehandelt ist.“

Doch zurück zum „zivilen“ Charakter der Opposition. Das Buch macht erschreckend deutlich, welche Fülle dem 20. Juli zum Opfer gefallen ist. Es ist eine beklemmende Vorstellung, sich auszumalen, Goerdeler, Popitz, Leuschner, Mierzbach, Leber und der Graf Moltke hätten in Bonn an der Verfassung mitarbeiten können. Sie sähe anders aus, moderner, einfacher, überzeugender. Goerdeler, der der Selbstverwaltung einen entscheidenden Raum geben wollte, die Persönlichkeitswahl einführen und die Qualifikation zum Reichstagsabgeordneten von einer fünfjährigen Bewährung in der örtlichen Selbstverwaltung abhängig machen wollte, den Vorstellungen von Gewerbefreiheit und Freihandel anhing, für ein ständiges Oberhaus eintrat, war im ganzen konservativer, auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung be-

dacht, ja, er erwog sogar eine monarchische Spitze, für die ihm sowohl der Bayer Rupprecht als auch der Kronprinz Wilhelm — Der Vorhang — Politik Frk — Metzger heim oder dessen Sohn, der Prinz Louis Ferdinand, geeignet erschienen.

Nicht nur Verschwörer, auch Planer

Die monarchischen Ideen Goerdelers hat der „Kreisauer Kreis“ zu Fall gebracht, der alles zu vermeiden wünschte, was dem neuen Staatsgebilde einen konservativen oder gar reaktionären Charakter gegeben hätte. Der Kreis um den Grafen Moltke hielt auch den Nationalstaat für überlebt. Für ihn lag die Zukunft bei Übernationalen, föderalen Lösungen. Ueberhaupt waren die Männer des Kreisauer Kreises nach der Ansicht von Rothfels weniger Verschwörer als Planer. Sie wollten auf wirtschaftlichem Gebiet die Auflösung monopolistischer Kartelle und Konzerne, einen „geordneten Leistungswettbewerb“, die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und eine offensichtlich sehr weitgehende „Mitbestimmung“. Eine Reichsreform sollte neue, wirtschaftlich ausgeglichene Länder schaffen; in ihnen sollten nur die Stadt- und Kreistage direkt gewählt werden, während die Land- und Reichstage aus indirekten Wahlen hervorgehen sollten. In einem jedoch waren sich alle einig: in der Wiederherstellung des Menschenbildes und der Menschenwürde.

Es hat nicht sollen sein. Rothfels sieht die Gründe für das Mißlingen darin, daß das preußisch-deutsche Militär für Verschwörungen ungeübt sei. Die Schwankenden standen den Entschlossenen im Wege, und schließlich gab es mehr als einen, der in der Frage, ob Hitler oder der Osten gefährlicher sei, bei sich selber keine klare Antwort fand. Ihm standen die kämpfenden Kameraden vor Augen, hinter deren Rücken vielleicht der Bürgerkrieg getobt hätte. Wer hier nicht leichtfertig und nicht nur vom heutigen Standpunkt aus urteilen will, wird sich vor einem Dilemma sehen, das ihn vielleicht sein Leben lang nicht verlassen wird. Um so größere Achtung gebührt jenen, die aus edlen Motiven sich über sich selbst erhoben haben und die ein gleichmütiges Schicksal scheitern ließ.

War der 20. Juli ein „Sabotageakt“?

Von Prof. Dr. Gerhard Ritter, Freiburg

Mit keinem ihrer Schlagworte hat die Goebbels-propaganda einen solchen Dauererfolg erzielt wie mit dem von der „kleinen Verräterclique“ des 20. Juli. Zuerst hat sie damit vor dem deutschen Volk die Tatsache verdunkelt, daß nicht ein paar Dutzend Offiziere und Politiker, sondern Hunderte von führenden Köpfen des politischen und geistigen Lebens in Deutschland an dem Komplott irgendwie mitbeteiligt waren und daß es kaum noch einen höheren Wehrmachtsstab gab, in dem nicht mindestens die Notwendigkeit begriffen wurde, den aussichtslos gewordenen Krieg schleunigst zu beenden. Ganz zu schweigen von den Tausenden, die als indirekt Mitbeteiligte oder Sympathisierende nach dem 20. Juli in aller Stille in Haft gerieten. Ihre Zahl wuchs so rasch an, daß die Gestapo schließlich wichtige Persönlichkeiten trotz unzuverlässiger „Belastung“ gar nicht mehr zu verhaften wagte, um den Skandal nicht noch mehr zu vergrößern.

Später hat das Ausland, die amerikanische „Morgenthau-Presse“ zuerst, die Goebbels-Parole aufgegriffen, aber gleichzeitig auf den Kopf gestellt. Man sprach jetzt von ehrgeizigen Militaristen, die an ihrem Generalsposten klebten und die nicht begreifen wollten, was die Glocke geschlagen hatte: Deutschlands bedingungslose Kapitulation. Als Echo hörte man deutsche Stimmen der Neumalweisen, die sich befürchten, die Tat des 20. Juli zu bagatellisieren: als aussichtslosen Putsch politischer Dilettanten, monarchistischer Sozialreaktionäre, deren Sieg nur eine neue Form der Diktatur für Deutschland gebracht hätte. Zu alledem kommt noch das Gerücht jener unentwegten Nationalisten, die sich immer noch nicht entschließen können, den totalen Mißerfolg der Hilterschen Kriegführung zugeben. Ihnen sind die Männer des 20. Juli einfach „Saboteure“ des Sieges. Ihre Wührheit soll die Versorgung der Front mit dem nötigen Nachschub schwer gehemmt, ihr Defaitismus den „Siegeswillen“ der Generale gelähmt, ihr Attentat die Gesundheit und Entscheidungsfähigkeit des „Führers“ schwer erschüttert und dadurch seine späteren Mißerfolge verschuldet haben.

Es wird eine der dringendsten Aufgaben des Jetzt von der Bundesregierung geplanten „deutschen Instituts für die Erforschung der nationalsozialistischen Zeit“ sein, dieser Bildung einer neuen „Dolchstoßlegende“ durch aktenmäßige Gegenbeweise entgegenzutreten. Eine besonders große Rolle dürften dabei die Prozessequellen des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof spielen, aus denen sich ganz eindeutig ergibt, daß die militärischen Zentralstellen des Heimatsheeres, in denen die Verschwörung ihren eigenen Sitz hatte, nicht nur keinerlei Sabotage gefürchtet, sondern im Gegenteil gerade im Juni-Juli 1944 besonders große Anstrengungen gemacht haben, um drohende Katastrophen von der einen oder anderen Front abzufangen und so nach gelungem Abschluß des militärischen Chaos zu verhindern.

Klaglos war es der eigentliche Sinn des Stauffbergerschen Attentats, Deutschland vor dem totalen Zusammenbruch, insbesondere vor der Erlösung durch die Roten Armeen zu bewahren. Es hat nicht an Stimmen des Auslandes (Hit und auch nicht an deutschen Nachbarn der Propaganda), die Goerdeler und seine Mitverschworenen eben deshalb Illusionäre, Militaristen und Nationalisten schalten, weil sie überhaupt noch den Versuch wagten, dem rollenden Rad des Schicksals in die Speichen zu greifen, ist es als „verdiente Vergeltung“ für Hitlers Untaten über Deutschland sich hinwegzusetzen. An dem entschlossenen Willen zu solchem Widerstand kann in der Tat kein Zweifel sein, nur daß er zugleich noch von einem anderen Motiv mitangetrieben wurde: von tiefer stiller Empörung über dieses Schandregiment, das Deutschlands Namen für alle Zeiten befleckte. Ihre Tat sollte, wie General von Tresckow im Juli 1944 seinen Freunden schrieb, selbst dann, wenn sie außenpolitisch erfolglos bliebe, „vor der Welt und vor der Geschichte beweisen“, daß Deutschland dies Regiment nicht länger zu ertragen bereit war.

Keiner dieser Männer, die um solcher Ziele willen ihr Leben in einem grausamen Tod hingaben, hätte sich jemals träumen lassen, daß es Deutsche geben könnte, die ihn deshalb zu schmähen wagten. Wer sie wenigstens teilweise gekannt hat, wird nicht anders als mit tiefer Trauer des schlechthin unersetzlichen Verlustes gedenken, den Deutschlands politische Führungsschicht durch ihren Tod erlitt. „Trösten Sie sich damit, daß sie unter die besten Ehrenmänner und edelsten Charakterköpfe Deutschlands kommen“, sagte mir der Direktor unseres Freiburger Gerichtsgefängnisses (selber ein wahrer Ehrenmann) in einer mir unvergeßlichen, geheimen Unterredung in jener Nacht, in der ich in die Berliner Kerker des „Volksgerichtshofes“ überführt werden sollte. Er hatte zweifellos recht.

Nun ist für das politische Urteil gewiß nicht der gute Wille allein maßgebend, sondern ebenso sehr die politische Einsicht und das Vermögen zur Tat. Waren die Verschwörer des 20. Juli „Reaktionäre“ oder waren sie blinde Fanatiker und Illusionäre? Sicherlich war es ihre Tragik, daß keiner von ihnen jene wilde Dämonie des echten Revolutionärs besaß, die der Hitlers gewachsen gewesen wäre. Innenpolitisch gab es erhebliche Gegensätze zwischen ihnen, vor allem zwischen einer „Rechten“ und einer „Linken“ — Gegensätze, die niemals völlig ausgeglichen worden sind. Vom konservativen Monarchismus eines Popitz oder auch Goerdeler bis zum radikalen

Sozialismus der Leber und Reichwein war die Spanne recht weit.

Da es sich fast durchweg um starke Persönlichkeiten handelte, fehlte es auch an persönlichen Spannungen und Antipathien nicht. Aber man soll das alles in seiner praktischen Bedeutung doch auch nicht überschätzen. Wer die mancherlei Pläne dieser Männer für den Neuaufbau Deutschlands überprüft, gewinnt bald den Eindruck, daß der Wille zu einer echten, alle Klassen- und Standesunterschiede überbrückenden (nicht bloß überdeckenden) „Volksgemeinschaft“ auf allen Seiten lebendig war. Als wirklichen Volkssaal, der sich auf die breite Masse der Arbeiterschaft in Stadt und Land gründete, gedachte auch Goerdeler das neue Deutschland zu organisieren, in enger Führung mit den Gewerkschaften, deren Neubelebung eines seiner Hauptanliegen war. Und umgekehrt: als 1943 einmal die Möglichkeit eines monarchistischen Staatsreiches erwogen wurde, bei dem ein jüngerer Mitglied des Hohenzollernhauses aktiv hervortreten sollte, fand der Plan sowohl bei ehemaligen Führern der christlichen wie auch der „freien“ Gewerkschaften eine überraschend weitgehende Bereitschaft zur Unterstützung. Übrigens war dabei keine Rede von einem bloßen „Staatsstreich von oben“ oder von einfacher Restauration der alten Monarchie, sondern immer nur von einer Abschüttelung Hitlers mit Hilfe monarchistischer Elemente der Armee, die dann die Möglichkeit schaffen sollte zu einer freien Volksentscheidung über die endgültige Staatsform. Wer die damals aufgestellten und immer wieder durchdiskutierten Verfassungsentwürfe im einzelnen kennt, findet darin überraschend vieles, das ihn an die politischen Versuche von heute erinnert. Die großen Probleme der rechten Vereinigung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, von Einheit des Ganzen und Vielgestaltigkeit der Glieder, von dauerhafter Regierungsform und wirksamer Kontrolle der Staatsgewalt sind darin mit großem Ernst und reicher Erfahrung angepackt.

Aber waren die Verschwörer nicht Utopisten, wenn sie trotz der Parole von Casablanca noch immer glaubten, der „bedingungslosen Kapitulation“ entgegen und womöglich mit den Westmächten ein Abkommen treffen zu können, das Deutschland befähigte, die bolschewistischen Heere bis zu einem halbwegs erträglichen Friedensschluß vom deutschen Boden fernzuhalten? Ohne Frage haben sie die enge Gebundenheit des Westens, gerade auch Amerikas, an den russischen Alliierten bei weitem unterschätzt. Sie glaubten an die Macht des nackten Staatsinteresses, das auch den Westmächten zu gebieten

schien. Deutschlands Überflutung durch den Bolschewismus nicht zuzulassen und verkannten die Macht der Leidenschaften demokratisierter Völker, aber auch der moralischen Bindungen, die den Erwägungen reiner Staatsraison im Wege standen. Aber war nicht ein wahrer Versuch, bis zu letzten Augenblick alle besetzten Länder Europas festzuhalten, statt die verbliebenen Kräfte auf die Hauptfronten zu konzentrieren, nicht noch weit mehr utopisch? Zweifelloser war im Sommer 1944 der allerletzte Augenblick gekommen, ja, eigentlich schon überschritten, in dem es (ähnlich wie am 8. August 1918) soldatische Pflicht wurde, einen aussichtslos gewordenen Krieg schleunigst zu beenden, weil jeder Versuch seiner Fortsetzung zu Selbstzerstörung führte, also zum Verbrechen am eigenen Volk wurde.

Übrigens glaubten Goerdeler und seine Freunde konkreten Anlaß zu ihren Hoffnungen zu haben. Sie wußten seit Herbst 1943 aus direkter Quelle, daß Churchill schwere Sorgen vor einem russischen Totalerfolg hatte und schlossen aus den

ihnen zugegangenen Meldungen, daß er mit sich reden lassen würde, sobald nur erst eine neue, verhandlungsfähige Regierung gebildet wäre. Natürlich hing alles zuletzt davon ab, daß diese Regierung noch irgendwelche Machtmittel in der Hand behielt und nicht bereits die totale Katastrophe eingetreten war. Im Juli 1944 war immerhin Frankreich noch nicht aufgegeben, stand der Russe noch nicht auf deutschem Boden, Sicherlich: wäre das Attentat und die Bildung einer neuen Regierung gelungen, so hätte diese Regierung schwere außenpolitische Enttäuschungen erlebt. Aber es fällt schwer zu glauben, daß diese Flut von Haß und Verachtung über uns herein- gebrochen wäre, wie 1945, wenn wir uns selbst von dem Tyrannen befreit hätten. Deutschlands schönste Städte wären im Augenblick des Friedensschlusses noch kein Trümmerfeld gewesen, und es ist ganz unwahrscheinlich, daß der Elsterne Vorhang und die Oder-Neiße-Linie dieselbe Bedeutung gewonnen hätten wie jetzt. Denn beides wurde erst im Februar 1945 in Yalta festgelegt. So ist die Tat des 20. Juli wahrlich kein Sabotageakt gewesen, sondern ein letzter, freilich verzweifelter Rettungsversuch. Wir haben allen Anlaß, das Andenken der Männer, die ihr Leben dafür einsetzten, in höchsten Ehren zu halten.

Copyright 1950 by „Badisches Tagblatt“

Die Genossenschaften neuen Typus

So wird im Osten die Kolchoswirtschaft vorbereitet

FEO BERLIN — In Mecklenburg findet in Güstrow vor dem Volksgericht ein Genossenschafts-Prozess statt, einer jener Schauprozesse, wie sie die östlichen Machthaber aus propagandistischen Gründen leben. Aus dem Anlaß bringen wir die folgenden auf zuverlässigen östlichen Informationen beruhenden Ausführungen über das Problem, um das es hierbei geht.

In der Sowjetzone werden die ursprünglichen Raiffeisen-Genossenschaften Schritt für Schritt umgebaut in Genossenschaften neuen Typus. Die alten Raiffeisen-Genossenschaften waren Personalvereinigungen mit der Aufgabe, ihre Mitglieder zu fördern; die daraus gebildeten kommunikativen Genossenschaften haben das Ziel, einen höheren Nutzeffekt aus den Genossenschaften herauszuholen, wie der einzelne ihn nicht erreichen könnte. Sie gingen über zur Gemeinschaftsbewirtschaftung der Genossen. Das ist noch kein Kolchos, aber die Vorstufe dazu. Der Bauer erhält eine Rente nach der Größe des von ihm eingebrachten Landes und außerdem eine Vergütung für die persönlich geleistete Arbeit.

Mit Hilfe der Genossenschaften wurde der private Handel auf dem Lande vollständig ausgeschaltet, über die Genossenschaften wurde die Ernte erfaßt und die Düngemittelbeschaffung organisiert. Der Name Raiffeisen wurde abgeschafft

und zugleich der „Raiffeisen-Ideologie“ der Kampf angesagt, die alten Genossenschaften werden jetzt „Junkergenossenschaften“ genannt. Bereits seit 1948 wurden die Großgenossenschaften systematisch zerschlagen; die ursprünglichen Landeshauptgenossenschaften wurden aufgeteilt in Kreis- und Dorfgemeinschaften, deren Netz immer enger wurde. Das Bestreben geht dahin, für je 1000—1200 ha Land eine Genossenschaft zu gründen. Das ist eine direkte Vorbereitung des Kolchos und gegen diese Entwicklung kämpfen die Bauern, die ihr Land behalten wollen, einen hoffnungslosen Kampf.

Jetzt wird den alten Genossenschaftsfachleuten vorgeworfen, sie übten Sabotage, seien Agenten des Westens und versuchten, Werte nach dem Westen zu verschieben. Darum geht es in dem Güstrower Prozeß. Sechs leitende Mecklenburgische Genossenschaftsdirektoren sind seit November verhaftet. Das Material, das gegen sie vorgebracht wurde, ist, so versichert unser östlicher Gewährsmann, an den Haaren herbeigezogen, es würde nach seiner Überzeugung unter normalen Verhältnissen niemals zu einer Verurteilung ausreichen.

Kriegsfolgelasten

Der Artikel 120 des Grundgesetzes trägt dem Gedanken Rechnung, daß es eine gemeinsame Angelegenheit des deutschen Volkes ist, die Kriegsfolgelasten zu tragen. Mit der Übertragung dieser Lasten wird eine weitgehende Änderung hinsichtlich der bisher von den Ländern zu tragenden Lasten herbeigeführt, die auch bei der Behandlung der Südweststaats-Frage eine Rolle spielen wird. Die Belastung der Länder ändert sich nämlich dadurch gerade auf den Gebieten, auf denen sie besonders unsystematisch und ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Länder verteilt war. Die Übertragung der Lasten auf den Bund läßt es auch geboten erscheinen, nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen des Grundgesetzes eine einheitliche gesetzliche Regelung der in Frage stehenden Gebiete durchzuführen. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits im Gang.

Unabhängig von der allgemeinen Bedeutung des Art. 120 GG bedarf es aber nach diesem Artikel eines Gesetzes, das die Abgrenzung und den Übergang der Lasten auf den Bund regelt. Diese Aufgabe erfüllt der Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung der Besatzungslasten, sonstigen Kriegsfolgelasten und von Steuern und Monopolerträgen auf den Bund, — das sogenannte Überleitungsgesetz. Der Entwurf liegt dem Bundestag vor.

Dansch sollen mit Wirkung vom 1. April 1950 auf den Bund übergehen:

die Aufwendungen für die Besatzungslasten, für die Kriegsfolgelasten, für die Umsiedlung Heimatvertriebener und für die Auswanderung von Kriegsfolgehelfern, für verdrängte Angehörige des öffentlichen Dienstes und die Unterhaltsbeiträge für ehemalige berufsmäßige Wehrmachtangehörige 15 v. H., für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene etc. 15 v. H., für Arbeitslosenfürsorge, soweit sie nicht auf die Grundförderungsbeiträge der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge entfallen, 10 v. H.

An diesen Aufwendungen des Bundes haben die Länder anteilmäßig zu zahlen: für Besatzungslasten 10 v. H., für die Kriegsfolgehelfer 25 v. H., für die Umsiedlung Heimatvertriebener etc. 15 v. H., für verdrängte Angehörige des öffentlichen Dienstes und die Unterhaltsbeiträge für ehemalige berufsmäßige Wehrmachtangehörige 15 v. H., für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene etc. 15 v. H., für Arbeitslosenfürsorge, soweit sie nicht auf die Grundförderungsbeiträge der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge entfallen, 10 v. H.

Dafür gehen auf den Bund über: die Umsatzsteuer, die der konkurrierenden Gesetzgebung unterworfenen Verbrauchssteuern — mit Ausnahme der Biersteuer, — die Beförderungsteuer, die einmaligen Zweckdienenden Vermögensabgaben, der Ertrag der Monopole. Die besondere Regelung für die Soforthilfenabgabe bleibt hiervon unberührt.

Während der Bund durch dieses Gesetz Kosten-träger wird, bleiben die Landesregierungen und ebenso die Sozialversicherungsträger für die Verwaltung zuständig. Sie erhalten vom Bund Betriebsmittelzuweisungen.

Pressekonferenz bei Gerhart Eisler

FEO BERLIN — In Abständen ladet Prof. Gerhart Eisler, der Leiter des „Amtes für Information“ der Ostregierung, die Berliner westlichen in- und ausländischen Korrespondenten zu einer Pressekonferenz. Die Einladung erfolgt kurzfristig vorher telefonisch und es wird niemals der Anlaß zu dieser Pressesprechung vorher bekannt gegeben.

Nach Betreten des Hauses am früheren Wilhelm- und jetzigen Thälmann-Platz, in dem einst Goebbels seine früheren Pressekonferenzen abhielt, muß man sich legitimieren und sich zuerst unten an der Anmeldung und dann nochmals oben am Saaleingang in eine Liste eintragen. Es herrscht ein leichtes Fludrum des Geheimnisvollen. Vier Mikrophone sind bereit, eins auf dem Tisch des Vorsitzenden, ein zweites am Rednerpult und mit zwei weiteren stehen zwei junge Rundfunkreporter bereit; sie haben später, wenn Fragen gestellt werden, die Aufgabe, zum Platz des Fragestellers zu eilen und ihm das Mikrophone hinzuhalten, damit keines seiner Worte verloren geht.

An langen Tischen sitzen etwa hundert Journalisten. Prof. Eisler erscheint in Begleitung von vier Herren, nimmt mit diesen an dem quer stehenden Tisch an der Stirnseite des Saales Platz und beginnt sogleich zu sprechen. Beinahe jeder Satz ist ein massiver Angriff gegen den Westen. „Zu gleicher Zeit morden amerikanische Flugzeuge die friedliche Bevölkerung Koreas... Die amerikanischen Imperialisten haben sich vor der ganzen Welt mit einer furchtbaren Blutschuld gegen das koreanische Volk beladen.“ Die Verlesung von zwei Korrespondentenberichten aus Korea schließt er mit dem Satz: „Das ist das bestialische Gesicht des amerikanischen Imperialismus.“

Weiter spricht er von der angeblichen „tiefsten Besorgnis“ der Bevölkerung Westberlins und Westdeutschlands. „Denn das, was die Amerikaner heute mit dem koreanischen Volk machen, versuchen sie morgen mit uns; denn darauf gehen sie aus. Sie wollen Deutschland in den Krieg treiben.“ Er behauptet, die Amerikaner seien bestrebt, deutsche Offiziere und junge Menschen für ihre militärischen Zwecke zu gewinnen, verleihe ein ein ehemaliger deutscher Luftwaffenoffizier gerichteten angebliches „Einberufungsschreiben“ einer amerikanischen Dienststelle und sagt dann dazu: „Die Frage ist, ob sich in Westdeutschland und Westberlin Leute finden, die sich von den Amerikanern ausbilden lassen, um die Rolle von Wachhunden für die amerikanischen Imperialisten zu spielen.“

Jetzt kommt die Überraschung. Eisler stellt den ehem. Generalleutnant V. Müller vor, der seinerzeit an der Ostfront die 4. Armee befehligte. Dieser tritt zum Rednerpult und dementiert die aus

Bonn verbreiteten Meldungen der Westpresse, daß er kürzlich in Westdeutschland gewesen sei. „Ich bin nie in Westdeutschland gewesen.“ Weiter versichert er, er sei auch nicht Stabschef der Volkspolizei, aus dieser sei er schon vor Jahr und Tag ausgeschieden, jetzt sei er nur noch stellv. Vorsitzender der National-Demokratischen Partei. Er vermutet einen Zusammenhang zwischen der erwähnten westlichen Falschmeldung und seinem Mitte Juni an ehemalige Offiziere in Westdeutschland gerichteten Brief. Dieser habe ins Schwarze getroffen und vielen im Westen geholfen, zu erkennen, um was es gehe und daß es Möglichkeiten gebe, für den Frieden einzutreten.

Müller wirft dann die Fragen auf: „Warum hetzten heute die Amerikaner genau so niederträchtig wie Hitler gegen die Sowjetunion, warum wird von den Amerikanern eine Kriegspsychose geschürt, um dem deutschen Volk eine Bedrohung von einer Seite vorzureden, wo sie gar nicht vorhanden ist?“ Er vergleicht unsere heutige Situation mit der Zeit, als Hitler den Krieg vorbereitete, Korea sei ein Parallellfall zu Spanien und Formosa zur Tschechoslowakei, meint er und spricht von Schaffung einer Angriffsbasis für einen neuen Krieg. Das Ziel der Amerikaner sei das gleiche, wie damals das von Hitler, nämlich die Sowjetunion zu vernichten. Eisler kann mit dieser Leistung seiner Propagandafabrik zufrieden sein. Goebbels hätte das auch nicht besser gekonnt. — Damit ist die Tagesordnung der Pressekonferenz erschöpft, es entspinnt sich nun noch ein Frage- und Antwort-Spiel zwischen westlichen Pressevertretern und Eisler, das diesem Gelegenheit gibt, seine ungewöhnliche Schlagfertigkeit zu beweisen und erneut gehässige Bemerkungen gegen den Westen zu machen.

Auf die Frage eines amerikanischen Korrespondenten, warum sein Amt an westliche Journalisten keine telefonische Auskunft erteilt, erwidert Eisler: „Man kann mit Vertretern der Westpresse nur in Gegenwart von fünf Zeugen sprechen... Sie lügen, daß es zum Himmel stinkt. Wie konnten Sie als erfahrene Journalisten auf jede Bonner Meldung hereinfallen... Ich betrachte sie immer noch als Brüder, wenn auch als unangenehm irrende Brüder.“ Einem englischen Journalisten sagt er: „Sie stehen als unfreier Mann in englischen Diensten.“

Von den Amerikanern sagt Eisler im weiteren Verlauf der Fragenbeantwortung: „Was hat diese ganze Bande noch in Berlin zu suchen?“ Und auf die Frage, ob auf nordkoreanischer Seite deutsche Militärschwerkräfte seien, antwortet er: „Das ist ein aufgelegter Schwindel. Die Amerikaner wollen nicht eingestehen, daß sie von einem V... mit gelber Putzfarbe Prügel bekommen... und die gönnen wir ihnen!“

Fewa



wäscht
wunderbar



reinigt
müheles



Fewa

War der 20. Juli ein „Sabotageakt“?

Von Professor Dr. Dr. Gerhard Rutter (Freiburg)

Mit keinem ihrer Schlagworte hat die Goebbelspropaganda einen solchen Dauererfolg erzielt wie mit dem von der „kleinen Verräterclique“ des 20. Juli. Zuerst hat sie damit vor dem deutschen Volk die Tatsache verdunkelt, daß nicht ein paar Dutzend Offiziere und Politiker, sondern Hunderte von führenden Köpfen des politischen und geistigen Lebens in Deutschland an dem Komplott irgendwie mitbeteiligt waren und daß es kaum noch einen höheren Wehrmachtstab gab, in dem nicht mindestens die Notwendigkeit begriffen wurde, den aussichtslos gewordenen Krieg schleunigst zu beenden. Später hat das Ausland, die amerikanische „Morgenthau-Presse“ zuerst, die Parole aufgegriffen, aber gleichzeitig auf den Kopf gestellt. Man sprach jetzt von ehrgeizigen Militaristen, die an ihrem Generalsposten klebten und die nicht begreifen wollten, was die Glocke geschlagen hatte: Deutschlands bedingungslose Kapitulation. Als Echo hörte man deutsche Stimmen der Neunmalweisen, die sich beeiferten, die Tat des 20. Juli zu bagatelisieren: als aussichtslosen Putsch politischer Dilettanten, monarchistischer Sozialreaktionäre, deren Sieg nur eine neue Form der Diktatur für Deutschland gebracht hätte. Zu alledem kommt noch das Gerücht jener unentwegten Nationalisten, die sich immer noch nicht entschließen können, den totalen Mißerfolg der Hitlerschen Kriegsführung zuzugeben. Ihnen sind die Männer des 20. Juli einfach „Saboteure“ des Sieges. Es wird eine der dringendsten Aufgaben des jetzt von der Bundesregierung geplanten „Deutschen Instituts für die Erforschung der nationalsozialistischen Zeit“ sein, dieser Bildung einer neuen „Dolchstoßlegende“ durch aktenmäßige Gegenbeweise entgegenzutreten.

Fraglos war es der eigentliche Sinn des Stauffenbergischen Attentats, Deutschland vor dem totalen Zusammenbruch, insbesondere vor der Ueberflutung durch die Roten Armeen zu bewahren. Es hat nicht an Stimmen des Auslandes gefehlt (und auch nicht an deutschen Nachbetern dieser Propaganda), die Gerdeler und seine Mitverschworenen eben deshalb Illusionäre, Militaristen und Nationalisten schalteten, weil sie überhaupt noch den Versuch wagten, dem rollenden Rad des Schicksals in die Speichen zu greifen, statt es als „verdiente Vergeltung“ für Hitlers Untaten über Deutschland sich hinwälzen zu lassen. An dem entschlossenen Willen zu solchem Widerstand kann in der Tat kein Zweifel sein, nur daß er zugleich noch von einem anderen Motiv mitangetrieben wurde: von tiefer sittlicher Empörung über dieses Schandregiment, das Deutschlands Namen für alle Zeiten befleckte. Ihre Tat sollte, wie General von Treskow im Juli 1944 seinen Freunden schrieb, selbst dann, wenn sie außenpolitisch erfolglos bliebe, „für der Welt und vor der Geschichte bezeugen“, daß Deutschland dies Regiment nicht länger zu ertragen bereit war.

Nun ist für das politische Urteil gewiß nicht der gute Wille allein maßgebend, sondern ebenso sehr die politische Einsicht und das Vermögen zur Tat. Waren die Verschwörer des 20. Juli „Reaktionäre“? Oder waren sie blinde Fanatiker und Illusionäre? Sicherlich war es ihre Tragik, daß keiner von ihnen jene wilde Dämonie des echten Revolutionärs besaß, die der Hitlers gewachsen gewesen wäre. Innenpolitisch gab es erhebliche Gegensätze zwischen ihnen, vor allem zwischen einer „Rechten“ und einer „Linken“ — Gegensätze, die niemals völlig ausgeglichen worden sind. Vom konservativen Monarchismus eines Popitz oder auch Gerdeler bis zum radikalen Sozialismus der Leber und Reichwein war die Spanne recht weit.

Da es sich fast durchweg um starke Persönlichkeiten handelte, fehlte es auch an persönlichen Spannungen und Antipathien nicht. Aber man soll das alles in seiner praktischen Bedeutung doch nicht überschätzen. Wer die mancherlei Pläne dieser Männer für den Neuaufbau Deutschlands überprüft, gewinnt bald den Eindruck, daß der Wille zu einer echten, alle Klassengegensätze überbrückenden (nicht bloß überdeckenden) „Volksgemeinschaft“ auf allen Seiten lebendig war. Als wirklichen Volksstaat, der sich auf die breite Masse der Arbeiterschaft in Stadt und Land gründete, gedachte auch Gerdeler das neue Deutschland zu organisieren, in enger Fühlung mit den Gewerkschaften, deren Neubelebung eines seiner Hauptanliegen war. Und umgekehrt: als 1943 einmal die Möglichkeit eines monarchistischen Staatsstreiches erwogen wurde, bei dem ein jüngerer Mitglied des Hohenzollernhauses aktiv hervortreten sollte, fand der Plan sowohl bei den ehemaligen Führern der christlichen wie auch der „freien“ Gewerkschaften eine überraschend weitgehende Bereitschaft zur Unterstützung. Uebrigens war dabei keine Rede von einem bloßen „Staatsstreich von oben“ oder von einfacher Restauration der alten Monarchie, sondern immer nur von einer Abschüttelung Hitlers mit Hilfe monarchistischer Elemente der Armee, die dann die Möglichkeit schaffen sollte zu einer freien Volksentscheidung über die endgültige Staatsform. Wer die damals aufgestellten und immer wieder diskutierten Verfassungspläne im einzelnen kennt, findet darin überraschend vieles, das ihn an die politischen Versuche von heute erinnert. Die großen Probleme der rechten Vereinigung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, von Einheit des Ganzen und Vieltätigkeit der Glieder, von dauerhafter Regierungsbildung und wirksamer Kontrolle der Staatsgewalt sind darin mit großem Ernst und reicher Erfahrung angepackt.

Waren die Verschwörer nicht Utopisten, wenn sie trotz der Parole von Casablanca noch immer glaubten, der „bedingungslosen Kapitulation“ entgegen und womöglich mit den Westmächten ein Abkommen treffen zu können, das Deutsch-

Der



TA

MUENCHEN
des der I
(BHF) in S
eine Lande
konstituiert
Student He

KASSEL
rufsoldaten
Besatzungs
schlossen si
vertriebenen

HANNOVER
dersachsen
fraktion in
wandelt we
Parteilosung
Zeit bestche
noyer. Brau
verbunden.

DUESSELDORF
und Grundbe
zum Lastens
und vor ein
ausgleichs“.

Lastenausgle
net werden.
Krieg erlitt
Altersvorsor
sie von der

BONN. Ab
tagsausschu
genenfragen
rung den E
bisher noch n
des Bundesar
born, wurde
der Entwurf
lementsferien

BONN. Zw
ECA-Mission
Sprechungen über das Investitionsprogramm 1950/51 statt.

land befähigte, die bolschewistischen Heere bis zu einem halbwegs erträglichen Friedensschluß vom deutschen Boden fernzuhalten? Ohne Frage haben sie die enge Gebundenheit des Westens, gerade auch Amerikas, an den russischen Alliierten bei weitem unterschätzt. Sie glaubten an die Macht des nackten Staatsinteresses, das auch den Westmächten zu gebieten schien, Deutschlands Ueberflutung durch den Bolschewismus nicht zuzulassen und verkanteten die Macht der Leidenschaften demokratisierter Völker, aber auch der moralischen Bindungen, die den Erwägungen reiner Staatsraison im Wege standen.

Uebrigens glaubten Gerdeler und seine Freunde konkreten Anlaß zu ihren Hoffnungen zu haben. Sie wußten seit Herbst 1943 aus direkter Quelle, daß Churchill schwere Sorgen vor einem russischen Totalstieg hatte, und schlossen aus den ihnen zugegangenen Meldungen, daß er mit sich reden lassen würde, sobald nur erst eine neue, verhandlungsfähige Regierung gebildet wäre. Natürlich hing das alles zuletzt davon ab, daß diese Regierung noch irgendwelche Machtmittel in der Hand

behält und nicht bereits die totale Katastrophe eingetreten war. Im Juli 1944 war immerhin Frankreich noch nicht aufgegeben, stand der Russe noch nicht auf deutschem Boden. Sicherlich: wäre das Attentat und die Bildung einer neuen Regierung gelungen, so hätte diese Regierung schwere außenpolitische Enttäuschungen erlebt. Aber es fällt schwer zu glauben, daß diese Flut von Verachtung über uns hereingebrochen wäre, wie 1945, wenn wir uns selbst von dem Tyrannen befreit hätten.

Deutschlands schönste Städte wären im Augenblick des Friedensschlusses noch kein Trümmerfeld gewesen, und es ist ganz unwahrscheinlich, daß der Eiserner Vorhang und die Oder-Neiße-Linie dieselbe Bedeutung gewonnen hätten wie jetzt. Denn beides wurde erst im Februar 1945 in Jalta festgelegt.

So ist die Tat des 20. Juli wahrlich kein Sabotageakt gewesen, sondern ein letzter, freilich verzweifelter Rettungsversuch. Wir haben allen Anlaß, das Andenken der Männer, die ihr Leben dafür einsetzten, in höchsten Ehren zu halten.

Copyright 1950 by „elite“

genannten Hauptentschädigung scheiden damit alle Werte wie Möbel, Wäsche, Teppiche, Silber und Gemälde aus. Ist es einem Geschädigten gelungen, sich nur den notwendigsten Hausrat wie Bett, Schrank und Tisch wiederzuerwerben, so ist sein Anspruch auf jede Hausraterstattung erloschen.

Ein gerechter Lastenausgleich ist nach der im Vertriebenenministerium vertretenen Ansicht nur möglich bei einem gewissen Eingriff in die Vermögenssubstanz der Abgabepflichtigen, der allerdings seine Grenze in der Erhaltung der Lebensfähigkeit eines wirtschaftlichen Betriebes finden mußte.

Schwarzwälder Post

Herausgeber und Verleger: Dr. Hermann Eisesenberger.
Druck „Schwarzwälder Bote“ KG, Oberndorf a. N.
Verantwortliche Redaktion: Chef vom Dienst und
Allgemeines: W. Angenstein (L. P.); Außenpolitik:
Dr. H. Pöhlner; Innenpolitik: S. Alf; Wirtschaft:
Dr. M. Falter (P. Z); Kulturpolitik: W. Pohl (N);
Melodie der Heimat: E. Frueh (K); Unterhaltung:
Dr. H. Vetter (T. O. R. 3. Ro); Sport: G. Wolf (C);
Lokales: A. Kopp (R. 1. Ho); Radiische Seiten:
K. Goergen. — Die Buchstaben hinter den Namen
bezeichnen die verschiedenen Bezirkeausgaben.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Mit Namen gekennzeichnete Artikel stellen die Meinung des Autors, nicht unbedingt die der Redaktion dar.

20. Juli



«Mein Vater war immer kritisch eingestellt»

bekannt uns der junge Sohn von General Fritz Lindemann, der nach dem gescheiterten Umsturzversuch vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. «Meinen Weihnachtsurlaub 1943 verbrachte ich zu Hause bei meinen Eltern, und schon damals herrschte eine recht nervöse Stimmung» — berichtete uns der Sohn Lindemann weiter und zeichnete gleichzeitig das Lebensbild eines jungen, aus einer Offiziersfamilie stammenden Deutschen, der als 18-jähriger Freiwilliger eingezogen wurde und den ganzen Krieg an der Front mitgemacht hatte. «Wie stellt ihr denn euch eine Änderung vor?» fragte ich meinen Vater, und er antwortete mir: «Seid beruhigt, es ist etwas im Gange.» Nach dem Attentat wurde ich, nach dem nationalsozialistischen Gesetz der Sippenhaftung, verhaftet und in ein Konzentrationslager nach Deutschland geführt — das war mein Glück, denn sonst wäre ich vielleicht noch heute in russischer Gefangenschaft. Wie ich mir meine Zukunft vorstelle! — Das Medizinstudium habe ich aufgegeben, es hat einfach zu viele, und ich möchte nun ins Kaufmännische gehen, wo ich als Hamburger vielleicht noch am meisten Aussichten habe.»

Freisler: «Haben Sie darüber hinaus dem nächsten Vorgesetzten darüber Meldung erstattet?» Stieff: «Nein.»

Freisler: «Haben Sie es unserem Führer zur Meldung gebracht?»

Stieff: «Nein, das habe ich nicht getan.»

Freisler: «Sie haben erklärt, Sie seien der Meinung, es gäbe Lagen, wo so etwas eine historische Pflicht der Generalstabsoffiziere sei. Haben Sie das vor der Polizei erklärt?»

Stieff: «Ich habe diese Erklärung in meiner schriftlichen Darlegung der inneren Motive abgegeben.»

Freisler: «Gut! Es ist richtig, daß Sie mich, wenn ich mich irre, korrigieren. Sie haben das nämlich nicht vor der Polizei gesagt, sondern Sie haben das in einer handschriftlich geschriebenen eigenen Erklärung über Ihre Motive gesagt.»

Stieff: «Ueber meine inneren Motive.»

Freisler: «Motive pflegen innere zu sein. Meine Herren Richter! Genügt Ihnen, daß der Angeklagte sagt, er sei der Meinung, daß das eine historische Aufgabe deutscher Generalstabsoffiziere ist, um das Urteil über dieses sein Motiv zu fällen? Meinen Richterkameraden genügt und uns genügt, daß jemand wagt, zu erklären, was er auch denken möge, es könne eine Lage geben, wo es historische Pflicht deutscher Generalstabsoffiziere sei, sich an einem Attentat an dem obersten Befehlshaber der Wehrmacht, auf den einmaligen obersten Befehlshaber, unseren Führer, zu beteiligen. Hier gibt es nur eins: Gehorchen, siegen, sterben können. Kein Rechts und Links. Wir wollen darüber nichts weiter hören.»

«Gehorchen, siegen, sterben können» — eine verlogene Phrase im Munde dieses brutalen Richters, der mit seiner geschliffenen Dialektik die Angeklagten an der empfindlichsten Stelle traf. Denn sie alle hatten sich ja nur unter Verleugnung ihrer eigenen Erziehung zu der Erkenntnis einer «historischen Pflicht», zu einem erhöhten Verantwortungsbewußtsein durchgerungen, das sie zu Handlungen und Erwägungen aufforderte, die im Grunde ihrer eingefleischten soldatischen Gehorsamspflicht widersprachen. Treffend wurde einmal die Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung als «anhaltendes Ringen um die Seele der deutschen Generäle» charakterisiert. Es waren immer nur kleine, meist getrennt operierende und unter stetem Terror der Gestapo stehende Kreise, welche die innere Abwehr organisierten und einen gewaltsamen Umsturz planten.

Zu einer Volksbewegung ist die deutsche Résistance nie geworden

Weil die zivilen und militärischen Exponenten des Widerstandes die wahre Mentalität der breiten Masse kannten, die ganz auf die Devise: «Gehorchen, sie-



«Mein Mann hat mich absichtlich nicht eingeweiht»

Generalmajor Hans Oster stand an einer Schlüsselstellung des deutschen Nachrichtendienstes, den er benutzte, um die Opposition gegen Hitler auf jede Weise zu fördern. Eine Doppelrolle, die für ihn eine unvorstellbare Nervenbelastung bedeutete, um so mehr, als er, wie uns seine Frau (links) in ihrem Hamburger Heim versicherte, seine Familie kaum über seine getarnten Funktionen unterrichtete. Ein Naffe des von den Nazis erhängten Generals, Dieter Oster (Mitte), kehrte erst kürzlich aus russischer Gefangenschaft zurück. Jahrelang hat er nun in einem sowjetischen Bergwerk und in einem Industriezentrum gearbeitet. Ueber die Einstellung des jüngeren Offizierskorps an der Front befragt, hatte er eine klare Antwort: «Es war gut, daß wir über die Umsturzpläne nicht unterrichtet waren, der seelische Konflikt wäre zu groß gewesen.» Die Tochter Gertrud Oster (rechts) wirkte während des Krieges als Operationschwester und arbeitet heute auf einer Bank, um ihrer Mutter finanziell beizustehen.

(Spezialaufnahmen von B. E. Lindroos, Zürich)

gen, sterben können» ausgerichtet war, konnten sie auch gar nie mit einem spontanen Mitgehen des ganzen Volkes rechnen. Ein Rechenschaftsbericht für die Hinterbliebenen der Verschworenen des 20. Juli deutet jene fatale Situation an: «Das war während dieser ganzen Jahre das Dilemma, aus dem es keinen Ausweg gab: entweder man erzwang die Gegenrevolution in einem Zeitpunkt, in dem der Umsturz kaum Resonanz und jedenfalls keine breittragende Schicht fand und darum zum Scheitern verurteilt war, oder man wartete, bis auch dem letzten Blinden die Augen aufgingen, was vermutlich erst in einem Zeitpunkt zu erwarten war, in dem in Deutschland vieles vernichtet und wenig mehr zu retten war. Die Sorge vor der ungeheuren Wirkung des unbesiegt toten Hitler in der Rolle eines Märtyrers war so stark, daß man sich für die zweite Alternative entschloß.» Und die letzte makabre Schlußfolgerung aus diesem «Dilemma ohne Ausweg» lautete: «Vielleicht konnte und durfte diesem Volk der letzte Akt, das endgültige Chaos, nicht erspart bleiben, damit ihm nicht nur die Augen geöffnet, sondern auch die Seele aufgetan würde...»

Eine drastische Diskrepanz zwischen dem enormen Aufwand und dem geringen sichtbaren Ergebnis kennzeichnet die Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung, die eine ununterbrochene Folge verpaßter Gelegenheiten war. Schon im Jahre 1940 hatte der damalige deutsche Generalstabschef Halder in einem Brief an den Leipziger Bürgermeister (Gördele, den Fabian v. Schlabrendorff in seinem packenden Erlebnisbericht «das Herz der deutschen Widerstandsbewegung» nennt, erklärt: «Das Heer wird seine Pflicht gegenüber dem Vaterland auch gegen die Regierung Hitlers tun, wenn die Lage es verlangt.» Es bleibt dem Außenstehenden unverständlich, daß die theoretische Erkenntnis sich so langsam und unter so vielen inneren Hemmungen in praktische Taten umsetzte, und daß die vielen Besprechungen, Korrespondenzen, Pläne und Absichten nicht eine erfolgreiche und durchschlagende Aktion herbeiführten. Als sich schließlich die beteiligten Kreise zur gewaltsamen Beseitigung des Führers entschlossen, «um wenigstens die deutsche Ehre vor der Geschichte zu retten», da scheiterten auch diese mit deutscher Gründlichkeit ausgeheckten Attentatsversuche. Unfaßbare Ironie des Schicksals: Alle Vorbereitungen zum

ersten Attentatsversuch

am Hitler am 13. März 1941 waren planmäßig erfolgt. Es war gelungen, eine Bombe mit Zeitzündung in das Flugzeug zu bringen, in dem Hitler von Smolensk nach Deutschland zurückflog. Hitlers Schicksal schien besiegelt.

«Die Gestapo kam uns nie auf die Spur»

Wohl keine Frau war so aktiv in die Verschwörung gegen Hitler eingeweiht wie die Gattin des nach den Ereignissen des 20. Juli hingerichteten Versicherungsdirektors Theodor Strünek. In ihrer Berliner Wohnung fanden viele geheime Besprechungen statt, und als sie nach der Hinrichtung ihres Gatten vor dem nationalsozialistischen Tribunal stand, da versuchten die Richter in 58 Verhören, sie zu einem umfassenden Geständnis zu zwingen. Aber Frau Strünek schwieg so lange als der Prozeß überhaupt dauern konnte, denn nach dem 58. Verhör hatte auch ihren Peinigern die Stunde geschlagen, und sie wurde befreit. Heute ist sie Versicherungsagentin und widmet sich auch dem deutschen Hilfswerk für die Hinterbliebenen des 20. Juli, das schon vielen Witwen und Kindern der Widerstandskämpfer wertvolle Hilfe zuteilkommen ließ.



Die Initialzündung war in Gang gesetzt, aber die Bombe explodierte nicht. Technisches Versagen: Infolge der Betätigung der Zündvorrichtung war die Flasche mit der ätzenden Flüssigkeit ordnungsgemäß zerbrochen. Die Flüssigkeit hatte den Draht zersetzt, der Schlagbolzen war nach vorne geschlagen, aber das Zündhütchen hatte sich nicht entzündet...

So nahm das Schicksal seinen Lauf, und am Ende stand das Chaos, was in der schon erwähnten düstersten Prognose von den Einsichtigsten als wohl einzige Möglichkeit gahnt wurde: «Vielleicht konnte und durfte diesem Volk der letzte Akt, das endgültige Chaos nicht erspart bleiben, damit ihm nicht nur die Augen geöffnet, sondern auch die Seele aufgetan würde.» Unfaßbar ist nur, daß auch das bittere Ende immer noch so viele unbekehrt läßt und daß die Absichten und Taten der Männer des 20. Juli nicht überall richtig eingeschätzt, oft ignoriert, mißgedeutet oder gar als Verrat gebrandmarkt werden. In dieser Perspektive beansprucht das Thema des 20. Juli bleibende Aktualität, und es ist sicher angebracht, daß auch einmal einige Verwandte und Hinterbliebenen von Männern des 20. Juli, die während unserer Deutschlandreise aufgesucht haben, zum Worte kommen. Sie sind alle Träger von historischen Namen, weil ihre Väter oder Gatten wenigstens den Versuch unternahmen, den unheilvollen Gang der Geschichte aufzuhalten. P. M.



«Der deutsche Offizier ist der ungeeignetste Revolutionär»

«Dr. Marion Gräfin Dönhoff» — so lautet die Anschrift vor dem Eingang zur Redaktion der bekannten Hamburger Wochenzeitschrift «Die Zeit». Gräfin Dönhoff ist die Cousine von Graf Heinrich von Lehndorff, der als einer der ersten vom Volksgerichtshof verurteilt und hingerichtet worden war. Da das deutsche Hauptquartier auf dem Areal des Lehndorffschen Familiengutes in Ostpreußen installiert war, konnte Graf Lehndorff den Gang der Ereignisse aus nächster Nähe verfolgen und wichtige Verbindungen zwischen militärischen und zivilen Stellen herstellen. Gräfin Dönhoff, die in Basel zum Doktor promovierte, während des Krieges die Güter

ihres Vaters verwaltete und heute als politische Redaktorin wirkt, beurteilt die deutsche Widerstandsbewegung von einem grundsätzlichen, geistigen Standort aus und hat ihre persönlichen Gedanken auch in einer Denkschrift für die Hinterbliebenen der Verschwörer des 20. Juli niedergelegt. Nach ihrer Ansicht ist der deutsche Offizier «besonders ungeeignet, gegen die herrschende Autorität Revolution zu machen. Der geleistete Eid gegenüber dem Oberbefehlshaber der Armee wirkte sich hemmend aus. Es ist aber meine Ueberzeugung, daß wir bei wirklicher Unterstützung durch das Ausland mehr erreicht hätten.»

«Der Vater hat immer alles eisern für sich behalten»

Als immer mehr Bomben über Berlin fielen, schickte Generaloberst Ludwig Beck seine Tochter, Frau Gertrud Neubaur-Beck und ihr Töchterchen Elka Maria nach einem kleinen Dorf im Allgäu, wo sie dann den Tod ihres Gatten erfuhr und nach dem mißglückten Attentatsversuch «als Sippenhäftling» in ein Gefängnis von München überführt wurde. Da Frau Neubaur-Beck ihrem Vater in Berlin den Haushalt geführt hatte, war sie oft mit Gleichgesinnten zusammengetroffen. «Aber der eigentliche Zweck der geheimen Zusammenkünfte war mir nicht bekannt, da Vater alles für sich behielt», erklärte sie uns. Generaloberst Beck, vormals Chef des deutschen Generalstabs, war schon im Jahre 1938 aus Protest gegen das Regime zurückgetreten und galt allgemein als Haupt der Widerstandsbewegung. Er beging Selbstmord.

Das Geheimnis

der Wirkung von Air-fresh liegt vor allem bei jener Substanz, welche von allen Pflanzen aufgespeichert wird und die jedes grüne Blatt gewissermaßen zu einer winzigen «Reinigungsanstalt» werden läßt.

Viele Jahre forschten die Chemiker,

um dazu noch für alle möglichen Gerüche die nötigen Gegenstoffe in Air-fresh zu sammeln. Heute ist es eine Mischung von 125 Ingredienzen, welche uns erlaubt, mit der kleinen grünen Flasche selbst jene Gerüche zu bekämpfen, die sogar bei langem Lüften nicht ganz verschwinden. Die verblüffende Wirkung gegen Rauchgerüche (kalter Rauch), Küchengerüche, Ausdünstungen etc. haben Air-fresh in vielen tausend Schweizer Familien und Firmen zur Selbstverständlichkeit gemacht. Es ist für Menschen, Tiere und Pflanzen absolut unschädlich.

Die Anwendung

Ist für normale Räume äußerst einfach. Wichtig ist die Placierung der Flasche über Augenhöhe und nicht zu nahe bei sich selbst, und die Stellung des Dochtes entsprechend der Stärke des Geruchs. Wenn der Eigengeruch von Air-fresh hervortritt, ist der Docht zuviel ausgezogen. Je nach Temperatur und Luftfeuchtigkeit reicht eine Flasche bis zu 700 Stunden. Bei Zentralheizung oder sonst trok-

kener Luft, ist zusätzliche Luftbefeuchtung (Verdunster) wichtig. Für Großräume konstruiert die AG. für technische Neuheiten in Binningen bei Basel spezielle Apparate und gibt genaue Auskunft.

Der Docht muß frisch sein.

Ein Nachfüllen der Flasche ist nicht ratsam, da die bei der Originalflasche garantierte einwandfreie Wirkung nur mit frischem Docht erzielt werden kann. Wer sparen will, verwende die große Flasche (dreifacher Inhalt, nur doppelter Preis), ziehe den Docht sehr wenig aus und schließe die Flasche bei Nichtgebrauch.

Kosten durch Ersparnis an Heizmaterial mehr als ausgeglichen

Die Kosten betragen pro Flasche nur wenig mehr als einen halben Rappen pro Anwendungsstunde, welcher minimaler Betrag durch Heizersparnisse mehr als ausgeglichen wird, fällt doch, dank Air-fresh, das allzulange «Auslüften» von Rauch und Gerüchen weg! Das Produkt hat sich auch in der Schweiz bereits auf breiter Basis bewährt, wie Tausende von beglaubigten Urteilen beweisen.

Einige Urteile:

Air-fresh vertreibt alle unangenehmen Gerüche und reinigt die Luft — Rauch, Küchengerüche, Abort- und Badezimmergeruch, muffiger Geruch von Zimmern, Air-fresh wirkt Wunder. Es nimmt auch den unangenehmen Geruch von Wirtschaft aus Kleidern.

St., Hausfrau.



Ich probiere es auch im Direktionszimmer aus, wo streng geraucht wird. Die Antwort des Direktors: «die Flasche kommt mir nimmer zum Bureau us!»...

G.

... Zwiebeln, Limburger, Oeldampf... Air-fresh ist einzigartig. Rotkraut, Sauerkraut, Weißkraut, Blumenkohl, Röselskohl... dasselbe Resultat beim Beseitigen unangenehmer Gerüche von außen (wie Düngergeruch von der Wiese).

H. W.

Air-fresh ist sehr sparsam im Gebrauch, da ich die Flasche nach 2—3 Stunden schon wieder schließen kann, und vor allem im Winter sehr notwendig.

Wir haben eine Nichte, die an Fußschweiß leidet. Ich ließ die Flasche etwa drei Stunden im Zimmer stehen, und zu meiner Freude gab es ganz überraschend angenehmen Geruch und frische Luft.

A., Hausfrau.

...Küchengerüche; Rauch, herrührend vom Ofen, wenn die Sonne aufs Kamin scheint... Air-fresh ist auch sehr angenehm im Schlafzimmer. Trotz geschlossenem Fenster während der Nacht war am Morgen kein Gefühl von «verbrauchter Luft» zu empfinden.

W., Korrespondent.

Bin angenehm überrascht über das Air-fresh... sollte in keinem Haushalt fehlen und ist daher überall zu empfehlen.

B.

Sämtliche Personen (Raucher), denen ich die Flasche zum Ausprobieren gegeben habe, haben bereits eine Flasche gekauft, da sie sie nicht mehr missen wollen. Nach meiner Meinung die beste Reklame. Selbst die sehr unangenehmen Gerüche von Salmiak, Zaponlacke verschwanden nach geraumer Zeit.

L., Commis.

...Hauptsächlich hervorragend im Zimmer, wo geraucht wird. Auch in der Küche ist Air-fresh ideal! Da ich selbst Raucherin bin, habe ich alles Mögliche probiert; sogar Wasser in einer Schüssel über Nacht aufgestellt und nasse Tücher aufgehängt, aber nie mit solchem Erfolg, wie mit Air-fresh.

Z., Hausfrau.

...möchte ich speziell die angenehme Einwirkung von Air-fresh auf die Luft beim Bügeln von getragenen Kleidern hervorheben. Air-fresh dürfte vielseitige Verwendung beschieden sein.

R., Bureaulistin.

Weitere Urteile, sowie die Originalen obiger Auszüge können bei Doetsch, Grether & Co. AG., Basel 2, eingesehen werden.



Bekanntlich hat die UNO nach eingehender Prüfung die Verwendung des Produkts für ihren Neubau vorgesehen.

Doetsch, Grether & Cie. AG. Basel.

Der widerliche
Fischgeruch
breitet sich
nicht aus



Kein unangenehmer
Küchengeruch mehr...



nie mehr wird
kalter Rauchgeruch
Ihre Wohn- oder
Arbeitsräume verpesten...



Mit «air-fresh»

keine schlechten
Gerüche mehr
in Ihrem Haus...



Nichts zu zerstäuben, nichts zu verbrennen, kein Geruch nach Chemikalien. Man hat lediglich die Air-fresh-Flasche geöffnet aufzustellen und den Verdunster herauszuziehen... und die Luft ist gut.

Normal flasche Fr. 3.90, Groß flasche Fr. 7.90, inkl. Wust, in Apotheken und Drogerien

5 1/2 Jahre nach dem Attentat vom



Begegnungen mit Nachkommen deutscher Widerstandskämpfer

«Meine einzige Aufgabe besteht in der Erziehung meiner fünf Kinder»

Die Witwe von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ausgeführt hatte, lebt heute mit ihren fünf Kindern in einem Dorf der rauhen Alb in Süddeutschland. «Ich habe mir fest vorgenommen, meinen Kindern trotz der be-

scheidenen Witwen- und Waisenrente eine gute Erziehung zu geben. Glücklicherweise ist noch einiges Land in meinem Besitz geblieben» — erklärte uns die junge und trotz ihres schweren Schicksals mutig auf eine bessere Zukunft hoffende Frau. Ihre Haltung entspricht ganz dem Beispiel ihres Gatten, der am 20. Juli eine Tat ausgeführt hatte, zu der er aus innerem Verantwortungsgefühl und aus seiner tiefen religiösen Überzeugung heraus gedrängt wurde. Er wurde von den Nationalsozialisten erschossen. (Aufnahme dpa.)

Von Witzleben vor dem Volksgerichtshof

«Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht gez. von Witzleben, Generalfeldmarschall» — mit dieser Unterschrift bekannte sich Erwin v. Witzleben schon im Sommer 1943 zu einem Befehl, der nach erfolgreichem Staatsstreich die sofortige Übernahme der Regierungsgewalt durch die Wehrmacht vorsah, ein Dokument, das mit der Feststellung begann: «Der Führer Adolf Hitler ist tot.» Am 7. und 8. August 1944 stand v. Witzleben als einer der Hauptangeklagten vor dem Volksgerichtshof. Nachdem der Vorsitzende Freisler die Bewahrung Hitlers am 20. Juli als «Gottesurteil» verherrlicht hatte, diffamierte er — nach dem Wortlaut des Gerichtsprotokolls — «das erbärmliche, ich sage nicht weibliche, weil sich eine Frau nicht so benimmt, aber sagen wir einmal weibische Verhalten» des angeklagten Feldmarschalls. Nach einem summarischen Verfahren lautete das Urteil auf Hinrichtung durch den Strang. Freisler endete bald darauf während eines Bombardementes von Berlin. Ein von der brennenden Decke des Volksgerichtshofes herunterstürzender Balkenschlug ihm den Schädel ein.



Das Attentat der Todgeweihten — unter diesem Motto veröffentlicht gegenwärtig eine Hamburger Zeitung einige Auszüge aus den Prozeßakten des 20. Juli. — Die während den Verhandlungen stenographierten Protokolle enthüllen die zynische Taktik, mit der Dr. Freisler, der Vorsitzende des nationalsozialistischen Tribunals, die vor dem Volksgerichtshof stehenden Verschwörer gegen Hitler moralisch vernichtete, indem er sie jeweils zu Beginn des Verhörs zu «Verrätern» stempelte, die «ihren Soldateneid gegenüber dem Oberbefehlshaber der Armee» schändlich gebrochen hätten. Eine Platte, die übrigens schon heute wieder — wenig mehr als fünf Jahre nach der einzigen sichtbaren Widerstandsaktion gegen den braunen Terror — in gewissen Kreisen neu aufgelegt wird, hat doch beispielsweise der Bundestags-Abgeordnete Hedler in seiner berühmten Neumünster-Rede die Widerstandskämpfer des 20. Juli öffentlich Verräter genannt. Hedler ist inzwischen vom deutschen Bundestag in aller Form desavouiert worden. War Hedlers Äußerung eine vereinzelte Entgleisung, oder ist sie als Symptom dafür zu werten, daß sich die Ansicht über jene historische Aktion gewandelt hat? Man sollte sich bei der Beurteilung der gegenwärtig vorherrschenden deutschen Mentalität vor Verallgemeinerungen hüten und jedenfalls nicht auf Grund von «Umfragen bei einigen Personen» Schlußfolgerungen ziehen. In vielen Gesprächen mit Verwandten und Nachfahren der «Offiziere gegen Hitler» hat

der Berichterstatter die Erfahrung gemacht, daß sich nur wenige über die Ereignisse des 20. Juli eine eigene Meinung gebildet haben. Aber wo keine Meinungsbildung besteht, kann auch leicht durch unverantwortliche Redner eine Ansicht provoziert werden, die bewußt die Tatsachen in ein anderes Licht stellt, wohl im Bestreben, doch eine «Dolchstoßlegende» zu schaffen, deren Bildung die führenden Männer der deutschen Widerstandsbewegung verhindern wollten. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es allerdings höchst notwendig, daß die Prozeßprotokolle des 20. Juli der deutschen Öffentlichkeit in ihrem vollen Wortlaut bekannt gegeben werden, um jedermann (der sich noch immer kein persönliches Urteil bilden will oder kann) aufzuklären über die Methode, nach der die nationalsozialistischen Henker — nur wenige Monate vor ihrem eigenen «bitteren Ende» — mit ihren Gegnern umzugehen pflegten.

Dies dokumentiert etwa folgende Stelle aus dem Verhandlungsprotokoll im Prozeß gegen General Stieff, einen Hauptbeteiligten des Attentates gegen Hitler. Freisler, der «Robespierre des Dritten Reiches» fragte einleitend den durch lange Folterungen präparierten Angeklagten, ob er zugebe, von dem beabsichtigten Attentat gegen den Führer Kenntnis gehabt zu haben, was Stieff mit einem klaren «Ja wohl» beantwortete. Darauf entwickelte sich das nachstehende Einnahmeverfahren:

Freisler: «Haben Sie das Ihrem Vorgesetzten gemeldet?»

Stieff: «Ich habe über dieses Gespräch mit General Heußinger, dem stellvertretenden Chef des Generalstabs, gesprochen.»

Eine ungewöhnliche Tagescrème...

ANNE FRENCH



Die so beliebte, englische Familie der Anne French-Schönheitsprodukte hat soeben einen allgemein bewunderten Zuwachs bekommen: Eine nach neuesten Gesichtspunkten zusammengesetzte Vanishing-Cream. Es ist eine aussergewöhnlich feine und reine Matterème, auf der Puder wundervoll haftet. Sie gibt der Haut jene matte Frische, die sie so jugendlich wirken lässt. Anne French Vanishing Cream ist auch ein ausgezeichnetes Pflegemittel für die Hände, das sie fein, weich und geschmeidig erhält.

Tube Fr. 2.20

...für blütenfrischen Teint



ANNE FRENCH VANISHING CREAM

5, Old Bond Street, London W1 / Deutsch, Grether & Cie. AG.

Der Weg zu einem schönen Heim führt über Simmen!



Das geschweifte Doppelbett in Nußbaumholz, bestehend aus zwei sorgfältig zusammengefügt Einzelbetten.



Fensterplatz der Dame in elegantem Schlafzimmer mit Chintz-Stoffen. Möbel aus hellem Aborn.



Dreiteiliger Kleiderschrank mit Spiegelfront aus dem Schlafzimmer der Dame.

Simmen

BRUGG, Telephon 4 17 11 / ZÜRICH, Uraniast. 40, Telephon 25 69 90
LAUSANNE, Rue de Bourg 47, Tél. 2 89 92



2500 Personen in der SRP-Versammlung

Wann - Zeitung Ruhiger Verlauf — Keine Aussprache

Wann Die öffentliche Versammlung der Sozialistischen Reichspartei am Montag in der Niedersachshalle warzeichnete einen Massenbesuch; für 1800 Sitzplätze war gesorgt worden, aber Hunderte mußten noch stehen. Die Stirnseite des Saales trug die Fahne der Partei, den schwarzen Adler auf rotem Tuch. Im Auftrage der SRP spielte das Verdener Trompeten-Orchester unter der Leitung von Obermusikmeister Gustav Horn vor Beginn der Versammlung Märsche, die mit Beifall aufgenommen wurden.

Als örtlicher Leiter der Partei eröffnete Herr Brauer die Versammlung mit einem Gedenken an die Gefallenen.

Als erster Redner nahm der Bezirksvorsitzender Franz Kewer aus Stade, ein ostpreussischer Flüchtling, das Wort. Eingangs sagte er, daß die Kampfansage der SPD und der KPD die Sozialistische Reichspartei kühl lasse. Dann unterzog er

die Beschlüsse von Potsdam

einer schonungslosen Kritik; man habe damals einen dauernden und gerechten Frieden proklamiert und jetzt brenne Korea. Deutschland solle wieder bewaffnet werden. Die Potsdamer Konferenz der sogen. Siegermächte habe namenloses Unglück über die Welt gebracht. Der Redner glossierte scharf Churchill, die Nürnberger Urteile, die Demontage. Zweimal sei Deutschland erbarmungslos betrogen worden, in Versailles und in Potsdam; die letztere Konferenz habe die Verhöhrung aller Menschenrechte im Gefolge gehabt. Und jetzt sollen wir für die Westmächte produzieren; ein „Niemals“ setzen wir diesen Forderungen entgegen. In humorvoller Weise beschäftigte sich der Redner mit der zu schaffenden europäischen Armee, wozu Luxemburg nur die Musik stelle. 1945 hätte Dönitz allein, wenn er die Waffen bekommen hätte, die Russen in die asiatischen Sümpfe zurückgetrieben (tosender Beifall).

Der Lastenausgleich

soll den einen alles nehmen und den andern nichts geben (erneuter brausender Beifall). Wir wollen kein Kanonenfutter für die Siegermächte liefern. Unsere Parole ist: Einigkeit und Recht und Freiheit! (Anhaltender Beifall.)

Dann trat Generalmajor a. D. Ernst Otto Remer, stürmisch begrüßt, an das Rednerpult. In temperamentvollen Ausführungen beleuchtete dieser Redner die Zeitverhältnisse. Es fehle

überall an einer vernünftigen Ordnung;

Unklarheiten auf allen Gebieten

seien als Folgen der Konferenzen der Siegermächte zurückgeblieben. Man habe den Eindruck, daß der Russe die Unklarheiten heraufbeschwor, um überall sein bolschewistisches Gift einzuträufeln zu können. Nordkorea unterhöhlte seit Jahren Südkorea, um es so leichter in seine Fänge bringen zu können. Es ist nicht unmöglich, daß der Russe noch weitere Kriegsschauplätze durch eine Satelliten schafft, um die Kräfte Amerikas zu schwächen. Dr. Adenauer scheint mir der beste Anwalt für französische Sicherheit zu sein (starker Beifall). Stellen wir die ersten Divisionen in der Bundesrepublik auf, dann wird Rußland bis zum Atlantik durchstoßen. Wir dürfen den Aufbau des Festungsringes nicht mitmachen; sondern müssen vielmehr diesen Ring abbauen. Uns darf jetzt nur

der Wille zur Freiheit

zur Selbständigkeit leiten; wir wollen gleichberechtigt, Heir auf der eigenen Domäne sein, nur so können wir verhindern, daß wir nicht ein Welt-Kriegsschauplatz werden (brausender Beifall). Der Redner glossierte dann die Petersberger Abkommen und machte den Gewerkschaften den Vorwurf, daß sie in der Demontage die Interessen der Arbeiter nicht vertreten hätten. Sie hätten sagen müssen bei dem Aufmarsch von Panzern in Watenstedt-Salzgitter: „So lange ihr Kanonenrohre auf deutsche Arbeiter richtet, sehen wir uns anferstande, Befehle auszuführen!“ (Beifall).

Die Liberalisierung bringt die deutsche Landwirtschaft zur extensiven Wirtschaft. Der Tag unseres Eintrittes in den Europarat war der schwärzeste Tag deutscher Geschichte; er vollzog die Trennung Deutschlands in Ost und West völlig, und untermauerte die Vormachtstellung Frankreichs. Der Atlantikpakt ist nur ein USA-Militärbündnis gegen Sowjetrußland. Uns interessiert nur unsere eigene Sicherheit; der Westen Europas ist uns vollständig gleichgültig (Beifall). Wir würden nur für ein Deutschland in seinen alten historischen Grenzen kämpfen (brausender Beifall) und nicht für die Magnitlinie. Es wird kein Europa ohne ein starkes Deutschland geben; fällt Deutschland den Bolschewisten zum Opfer, fallen 24 Stunden später auch Frankreich und Italien dem Kommunismus in die Hände. Der

(Fortsetzung auf Seite 5)

2500 Personen in der SRP-Versammlung

Fortsetzung von Seite 3

Sozialismus bedeutet für uns nichts mehr und nichts weniger als die Einordnung in die Gemeinschaft; Gemeinnutz geht vor Eigennutz, das gilt auch heute noch (Beifall). Wir sammeln uns unter dem Reichsadler; unser Kampf führen wir, um Deutschland und Europa zu sichern.

Minutenlanges Beifall folgte den Ausführungen. Dann wurde zur Aussprache aufgerufen; dazu meldete sich aber nur der Musiker Müller, der in allen Versammlungen in der Diskussion das Wort nimmt. Heute geriet er ganz aus der Fassung, er warf mit Worten, wie „Lügner“, „Schuft“, um sich, so daß er vom Rednerpodium heruntergeholt wurde, ohne zur Sache überhaupt gesprochen zu haben.

Der 20. Juli 1944

In seinem Schlußwort nahm Herr Remer auf Wunsch Stellung zu dem 20. Juli und seiner Anteilnahme. Eingangs sagte er, daß er nicht vor der Versammlung stehen würde, wenn er an dem genannten Tage nicht seine Pflicht als deutscher Soldat getan hätte. Vielfach sei er im Laufe der Zeit verleumdeter worden; von der Geschichtsschreibung hoffe er, daß ihm Gerechtigkeit widerfahren würde. Es sei nicht wahr, daß er am 20. Juli zum Generalmajor befördert worden sei; er habe sich vielmehr wieder zum Fronteinsatz gemeldet und eine Division geführt. Die Brillanten zum Ritterkreuz habe er abgelehnt, auch ein ihm in Aussicht gestelltes Rittergut, da er nur seine Pflicht getan habe. Der Putsch sei am 20. Juli schon mißlungen gewesen, weil er schlecht vorbereitet und noch schlechter durchge-

führt worden war. Dadurch, daß er in dem kleinen Sektor Berlin seinem Soldateneid folgte, sei Tausenden von Landsknechten ihr Leben erhalten. Sieben Attentate seien insgesamt auf Hitler verübt worden, aber niemand habe seinen Eidbruch durch die Illingabe seines eigenen Lebens krönen wollen. „Ich glaube an

die Heiligkeit des Eides

auch für die Zukunft (stürmischer Beifall). Am 20. Juli stand außerdem die Ostfront in schwerstem Abwehrkampf; in der Normandie waren die Engländer und Amerikaner noch nicht gelandet, der Russe hätte damals höchstwahrscheinlich schon die deutsche Frage in seinem Sinne gelöst, wenn die deutsche Ostfront am 20. Juli zusammengebrochen wäre. Ich war damals bereit, auch bis 5 Minuten nach 12 Uhr zu kämpfen (tosender Beifall). Wenn wir jetzt für die

Wiederherstellung des Reiches

kämpfen, dann sind wir uns selbst treu geblieben!“ (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Die Versammlung klang mit dem gemeinsamen Gesang des ersten Verses des Deutschlandliedes aus.

Die große Versammlung ist in ihrem ganzen Verlauf durch keinen einzigen Zwischenfall gestört worden; umfangreiche Sicherungen für einen störungsfreien Verlauf hatte die Polizei getroffen. Nur ganz vereinzelt gab es einige schwache Zwischenrufe. Der Versammlungsleiter dankte für die Disziplin, die die Versammelten bewahrten, und damit schloß die Veranstaltung der SRP.

Theodor Steltzer
L ü b e c k
Hindenburgplatz 6

Lübeck, den 20.7.1950

Der 20. Juli und seine Vorgeschichte

Der 20. Juli 1944 hat eine lange Vorgeschichte. Im Grunde begannen schon nach der nationalsozialistischen Machtübernahme Gespräche zwischen Menschen, die die Gefahren der Lage erkannt hatten. Ihre Befürchtungen gingen nicht von irgendwelchen persönlichen Interessen oder politischen Ressentiments aus, sondern waren von der echten Sorge erfüllt, daß die Gewaltdiktatur Hitlers zu einer Vernichtung jeder menschlichen Freiheit und einer Zerstörung der für ein völkliches Zusammenleben erforderlichen Vertrauensbasis führen mußte und nur in einer Katastrophe enden konnte. Wir hatten der Masse der Bevölkerung gegenüber den Vorteil, daß wir außen- und innenpolitisch genügend Beweismaterial hatten, um die Skrupellosigkeit der Hitlerschen Politik zu durchschauen, von der breitere Kreise nichts ahnten. Die weiteren Ereignisse schlossen es dann vollends aus, unser Volk über diese Dinge sachlich zu informieren. In diesem Tatbestand lag bereits eine Hauptursache für die Schwierigkeiten einer oppositionellen Arbeit. Ich glaube im übrigen fest, daß die Mehrheit unseres Volkes die Hitlersche Politik abgelehnt und dieser Ablehnung auch Ausdruck gegeben hätte, wenn ihm der wahre Sachverhalt bewußt gewesen wäre.

Der Opposition machten aber weitere Gründe eine organisierte Arbeit unmöglich. Zunächst muß auf die Schwierigkeiten hingewiesen werden, die in dem formalen Charakter unserer damaligen politischen Ordnung der Weimarer Verfassung lagen. Die damaligen Politiker verstanden unter Demokratie in erster Linie eine Reihe theoretischer Prinzipien, die man durch eine Verfassung einführen konnte. Man glaubte ernsthaft, daß sich ein Staat auf dem formalen Prinzip der absoluten Mehrheit aufbauen ließe. Man erkannte noch nicht, daß Demokratie nur in der tätigen und verantwortlichen Mitarbeit des ganzen Volkes verwirklicht werden kann. Im Grunde hatte deshalb unser Volk ein richtiges Gefühl, wenn es die damaligen Ordnungen als ein aufgestülptes System empfand. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die oppositionellen Kreise von

dem gleichen Geist des Denkens in Systemen und Prinzipien beherrscht wurden und dadurch auch ihrerseits die Arbeit für eine lebendige Demokratie erschwert und diskreditiert haben.

Es war nicht schwer für Hitler die Schwäche dieser Situation auszunutzen, die ihm den Weg der formalen Legalität geradezu anbot. Soweit ich erinnere, gelang es ihm eine Stimmenmehrheit von 1% zu gewinnen, die ihm genigte, um sich für die Durchführung seiner Pläne auf die Zustimmung des Volkes zu berufen. Das Volk aber glaubte an die Legalität dieses Weges, weil ihm durch Aufklärung und Propaganda klar gemacht war, daß in dem Mehrheitsprinzip die Summe und das Wesen demokratischer Weisheit bestände. Tatsächlich kann bei dem Vorgehen Hitlers natürlich von Legalität nicht die Rede sein. Er wünschte eine formale Legalität, um die legale Opposition und die Voraussetzungen einer legalen Opposition wie Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit zu beseitigen. Es kann aber nicht bezweifelt werden, daß ihm die Verfassung für den Start den Nimbus einer scheinbaren Legalität gegeben hat. Vielleicht werden manche von Ihnen sich noch erinnern, welche Rolle in der damaligen Propaganda die angebliche legale Machtergreifung Hitlers gespielt hat. Leider hatten die Weimarer Parteien vor lauter Prinzipien und Parteipolitik versäumt, wirk-same Rechtsinstitutionen zum Schutz der Legalität zu schaffen, sowie Reichswehr und Polizei auf deren Sicherung zu verpflichten.

Noch ein weiterer Umstand trug dazu bei, um Hitler die Machtübernahme zu erleichtern und Möglichkeiten für einen Ansatz der Opposition zu verhindern. Fast unbemerkt hatte seit langem eine Entwicklung eingesetzt, deren Ursache war, daß der Mensch die technische Entwicklung nicht mehr geistig und politisch zu bewältigen vermochte. Fast unbemerkt waren große unpersönliche Machtapparaturen entstanden, die außerhalb der Kontrolle der formalen Demokratie standen. Sie ermöglichten erst das Entstehen einer totalen Diktatur, die den Menschen zum Objekt herabwürdigte und sich selbst zum Maßstab aller Dinge machte.

Wir besaßen in Deutschland keine Gegenkräfte. Die Staatsführung hat die Lage nicht rechtzeitig erkannt und versäumt, das Volk zur echten Mitverantwortung in öffentlichen Angelegenheiten heranzuziehen. Dabei besaßen wir in Selbstverwaltung und Genossenschaften viele vorgeformte Ansatzmöglichkeiten, an die man nur anzuknüpfen

brauchte. Aber von den verantwortlichen deutschen Staatsmännern der Vergangenheit hat nur der Freiherr vom Stein den Menschen und die Volkswirklichkeit gesehen. Nach ihm ließ man alle Ansatzmöglichkeiten zugunsten einer autoritär geführten Verwaltung verkümmern. Und auch der Weimarer formalen Demokratie ist es nicht gelungen, diese Entwicklung zu durchbrechen und wieder den Zugang zum eigentlichen Volk zu gewinnen. So ist es gekommen, daß wir Deutschen keine innere Anteilnahme oder gar Freude an unseren öffentlichen Einrichtungen aufbringen und ein Interesse für die Sicherung eines Staates gewinnen konnten, der im Grunde nur ein Verwaltungsapparat war. Gleichgültig, resigniert oder angewidert zog sich der einzelne Mensch auf die eigenen persönlichen Angelegenheiten zurück. So kam es auch, daß die bis 1933 herrschenden Regierungs- und Führungsschichten ihre Positionen und Apparaturen kampflos Hitler übergaben und ihm dadurch erst die Diktatur ermöglichten. Ich glaube, daß es wichtig ist, diese Zusammenhänge zu sehen, denn es ist sonst nicht zu verstehen, daß mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus die Gefahren der Lage augenscheinlich noch nicht überwunden sind. Wir könnten sonst zu dem verhängnisvollen Glauben kommen, daß erneut eine formale Demokratie genügen könnte, die Situation zu meistern. Es ist nicht die Ideologie des Nationalsozialismus, mit der wir heute zu kämpfen haben. Dieser war schon seit 1933 nur die uninteressante Etikette für den sich durch ihn und hinter ihm erhebenden Moloch des totalen Staates, die auch heute noch nicht überwunden sind ist.

Es muß aber noch auf ein Drittes hingewiesen werden. Auch in den Reihen der Opposition fehlte damals eine klare Erkenntnis dessen, um das es letztlin ging. Wohl sah sie die Bedrohung und die herannahende Katastrophe, die eigentlichen Hintergründe des unheimlichen Geschehens, in das wir alle verstrickt wurden, ließen sich noch nicht genauer erkennen. Es gelang der Opposition deshalb auch nicht, eine überzeugende, geistige Gegenposition zu gewinnen. Das ist kein Vorwurf, denn ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß auch den Westmächten die volle Größe der totalitären Gefahr erst in den Jahren nach dem Kriege bewußt geworden ist. Gewiß war man sich in der Opposition einig, daß in jedem Falle ein Rechtsstaat wieder aufgerichtet werden müßte. Aber man sah diesen Staat doch vielfach unter Gesichtspunkten der Vergangenheit. Auch wurde die Lage zu einfach beurteilt, wenn man glaubte,

daß bereits eine Wiederherstellung der Ordnung eine Lösung sein könnte. Für eine Dauerlösung hätte weder eine Militärdiktatur der Wehrmacht, noch eine politische Diktatur der Gewerkschaften ausgereicht. Man wollte auch Demokratie. Ich erinnere nur an den berühmten Artikel von Samhaber über die chilenische Revolution in der Fechel'schen "Deutschen Rundschau", die auch dem Generaloberst von Fritsch auf den Schreibtisch gelegt wurde. Hier war ausgeführt, daß nicht eine Militärdiktatur, sondern nur die Übertragung der politischen Aufgaben auf eine gewählte Volksvertretung weiterführen konnte. Die Vorstellungen über den Aufbau dieser Demokratien waren ebenfalls noch sehr formal und ähnelten Auffassungen, wie sie auch heute noch unter Parteipolitikern aller Richtungen vorkommen sollen. Jedenfalls fehlte der Opposition eine tragende Idee, mit der sie das Volk hätte entzünden können. Im Grunde lebt man von der vagen Hoffnung, daß die Wehrmacht in letzter Stunde noch den Entschluß fassen würde, legale Regierungsverhältnisse wiederherzustellen.

Unsere Erfahrungen zeigen, daß ein organisierter aktivistischer Widerstand im Rahmen eines totalitären Systems unmöglich ist. Das müssen wir auch allen sagen, die uns das Ausbleiben dieses Widerstandes als eine Schuld anrechnen. Möchten ihnen, die diesen Vorwurf erheben, die Erfahrungen erspart bleiben, die wir und andere Völker durchgemacht haben und noch durchmachen. Im übrigen haben gerade die großen Prestige-Erfolge, welche das Ausland Hitler ermöglichte, unbestreitbar zu einer Steigerung der inneren Verwirrung und zu einer Schwächung der Opposition beigetragen.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges trat eine neue Lage ein, die die Stellung der Opposition weiter erschwerte. Hatten die Jahre 1933 - 1939 zu der resignierenden Feststellung geführt, daß das Hitlersystem nur durch sich selbst oder von außen gestürzt werden könne, so war jetzt allen Kennern der Lage klar, daß wir in die Endphase der Hitlersdiktatur eingetreten waren. Wie sollte sich die Opposition dazu stellen? Wir konnten weder einen Sieg Hitlers noch eine Niederlage Deutschlands, sondern nur einen Frieden wünschen, der eine neue Ära in der Zusammenarbeit der Völker einleitete. Wir wußten, daß die Gefahr eines Gewaltfriedens durch einen Zusammenbruch der Front nur erhöht würde. Es war und daher klar, daß sich unsere Arbeit unter keinen Umständen nachteilig auf die Front auswirken dürfte, in der wir selbst und unsere Söhne in einer tragischen, aussichtslosen Pflichterfüllung standen.

Schon deshalb wurde der Weg einer Kriegssabotage stets abgelehnt. Es ist Unsinn, wenn behauptet wird, das sie von militärischer Seite betrieben wurde. Nicht einmal die Frage ihrer möglichen Anwendung ist jemals erörtert. Soweit ich beurteilen kann, haben sich von deutscher Seite nur die Kommunisten dieses Kampfmittels bedient.

Trotz der Einmütigkeit in dieser Frage entwickelten sich in der Opposition zwei verschiedene Auffassungen. Eine aktivistische Gruppe war der Meinung, daß alles geschehen müsse, um den Krieg mit seinen ungeheuren Menschenopfern zu beendigen. Sie erhoffte, hierdurch auch einen besseren Frieden zu erreichen und glaubte an die Möglichkeit einer neuen Regierung um mit der Ordnung der inneren Verhältnisse Deutschlands fertig zu werden. Sie trafen auch deshalb Vorbereitungen, für die Bildung einer solchen Regierung. Zu dieser Gruppe gehörte der Kreis um Beck und Witzleben, später auch Olbricht und Stauffenberg, der Kreis Goerdeler und der Kreis um Leuschner.

Eine zweite Gruppe, die von der Mehrheit des Kreisauer Kreises repräsentiert wurde, hatte volles Verständnis für die Motive der Aktivisten, hielt aber deren Pläne nicht für richtig und durchführbar. In erster Linie befürchteten wir eine negative Auswirkung auf die Front, die die Lage nur noch verschlechtert hätte. Wir glaubten auch nicht an die Erfolge einer neu gebildeten Regierung. Infolge der Verwirrung der Gemüter und der Unorientiertheit in Deutschland über die wirkliche Lage war nicht damit zu rechnen, daß ein Staatsstreich auf Verständnis in breiteren Kreisen treffen würde, zumal die Propaganda der Gegner alles getan hatte, um ein Durchhalten bis zum Ende als einzig mögliche Haltung erscheinen zu lassen. Nach dieser Richtung hat sich die Erklärung über die Nichtanwendung der Atlantic Charter und die schroffe Forderung nach bedingungsloser Kapitulation besonders nachteilig ausgewirkt. Endlich bestanden auch Zweifel, ob der aktivistisch revolutionäre Weg grundsätzlich gesehen richtig vertretbar war. Wir kamen jedenfalls zu dem Resultat, daß keine Möglichkeit mehr bestände, um dem Rad des Schicksals in die Speichen zu greifen. Und wir beschränkten deshalb unsere Vorarbeiten auf die Zeit nach dem von uns vorausgesehenen Zusammenbruch. Zu diesem Zweck setzten sich Männer aller politischen Richtungen zusammen, um ein politisches Programm auszuarbeiten, das in den zu erwartenden

Wirren und Auseinandersetzungen eine günstige Stütze sein könnte. Das Programm ist in den Kreissauer Protokollen enthalten, die inzwischen an verschiedenen Stellen veröffentlicht sind.

Sie wissen, daß die Beurteilung der militärischen Lage durch Rommel und die Gefahr einer Verhaftung Stauffenbergs dann zum Handeln der aktivistischen Gruppe am 20.7.44 führte. Damit ist ein Faktum geschaffen, das der geschichtlichen Vergangenheit angehört, und ich meine, daß wir das endgültige Urteil über den 20.7. deshalb auch der Geschichte überlassen sollten. Dieses gilt auch für die handelnden Personen. Eines steht allerdings schon jetzt fest: Diese Männer und Frauen wollen nichts für sich und dachten nur an Deutschland. Und diese Gesinnung trennt sie innerlich von allen, die jetzt aus ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit zur Opposition Kapital schlagen und persönliche Vorteile beanspruchen möchten.

Aber selbst wenn die Geschichte einmal urteilen sollte, daß es sich bei dem 20. Juli nur um einen aussichtslosen Putsch gehandelt habe, sollten wir uns vor der idealen Gesinnung, den schweren, inneren Konflikten und dem Opfertod der beteiligten Persönlichkeiten in Ehrfurcht neigen.

Allerdings scheint mir keineswegs sicher zu sein, daß die Geschichte so urteilen wird. Wir wissen alle, wie schwierig die Haltung der deutschen Menschen in der nationalsozialistischen Zeit zu beurteilen ist. Niemand kann im Grunde mit seiner eigenen Haltung zufrieden sein. Die Zeit war zu verworren, um damals schon durchschaut werden zu können. Gerade deshalb sollten wir das Urteil über Vergangenes der Geschichte überlassen, weil wir noch nicht genügend Abstand haben. Die Männer und Frauen, die sich aus wirklicher innerster Gewissensnot für Widerstand und Opposition entschlossen haben, werden sicherlich keinen Anspruch hierauf begründen wollen. Ebenso wenig besteht aber eine Berechtigung, über sie generell negative Wertungen auszusprechen. Das Gleiche gilt für alle deutschen Menschen, die sich in der Verwirrenheit der Zeit nicht mehr zurechtfinden konnten und sich, aus der heutigen Perspektive gesehen, politisch falsch entschieden haben. Auch sie haben einen Anspruch, nicht pauschal verurteilt zu werden, zumal sie häufig, wenn auch in anderer Weise, auch in den schwersten inneren Konflikten gestanden haben. Wir müssen

Wir müssen endlich mit der Splitterrichterei über Vergangenes Schluß machen. Verbrechen, ehrenrührige Handlungen und Unmenschlichkeiten sollen bestraft werden, alle anderen aber sind berufen, ohne Qualifikation und Diskriminierung an den deutschen Zukunftsaufgaben zusammenzuarbeiten. Es ist höchste Zeit, daß wir uns dazu zusammenfinden.

Vielleicht wird später einmal dann deutlich werden, wieviel anonymes Märtyrertum es in Deutschland gegeben hat und wie groß die Zahl derer gewesen ist, die unter der furchtbaren Belastung einem Ideal die Treue gehalten haben, sei es ~~in~~ ⁱⁿ ihrem religiösen Glauben oder ~~der~~ ^{der} Freiheit, sei es dem Recht oder der Barmherzigkeit und Menschlichkeit.

Darum sage ich erneut, daß wir das Vergangene nicht zu einem weiteren Zankapfel werden lassen dürfen. Unsere Aufgabe ist es, den Blick vorwärts zu richten und gemeinsam für eine Zukunft zu arbeiten, für die jene hoffentlich nicht vergeblich gelitten haben. Meine Hörer und Hörerinnen, ich habe versucht, Ihnen einen knappen Überblick über die Entwicklung zu geben, die zum 20. Juli führte. Gestatten Sie mir, daß ich auf diesem Hintergrund noch kurz einige Linien in die Zukunft ziehe, denn wir erleben, daß mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus die Gefahr noch nicht beseitigt ist. Hinter ihm hat sich inzwischen als der eigentliche Feind der Leviathan des totalen Staates erhoben, der Würde, Freiheit und Verantwortlichkeit des Menschen einem unpersönlichen Kollektiv opfern will. Auf dem Hintergrund dieser Gefahr müssen wir unsere gegenwärtige Situation neu durchdenken.

Der totale Staat ist das folgerichtige Ergebnis einer geistigen Fehlentwicklung, die den Menschen verraten hat. Der Mensch der Neuzeit ist nicht mehr das Geschöpf Gottes, das zur Freiheit und Mitverantwortung berufen ist, wenn es auch der Ordnungen bedarf. In den politischen und wirtschaftlichen Denksystemen ist das Individuum an die Stelle des lebendigen Menschen ~~getreten~~ getreten, eine Konstruktion, ein theoretisches Nichts, ein Schema, eine Unwirklichkeit. Und für die Regierungen wurde der Mensch ein Objekt ihrer Apparaturen, für die Wirtschaft ein Lohnempfänger und für die Parteien eine Nummer in der Wählermasse. Wie können wir uns da wundern, wenn der seiner Würde als Person beraubte Mensch in das Kollektiv flüchtet.

Es wäre leichtfertig, wenn wir annehmen, daß die totalitäre Bedrohung nur im Osten liegt. Majorisierung von Minderheiten, Fraktionszwang, autoritäre Verwaltungsform, Ausschaltung des Volkes von echter Mitverantwortung, Unterwerfung unter ideologische Prinzipien, Mißbrauch von Macht und Propaganda - alles dieses sind Anschläge auf den freien Menschen. Auch unsere Demokratie hat den freien Menschen noch nicht entdeckt und den ihm zukommenden Raum gegeben. Ihre theoretischen Prinzipien schweben noch immer im luftleeren Raum. Demokratie ist aber weder ein System noch ein Bündel von Prinzipien, sondern im Grunde nur eine Verhaltensweise von Mensch zu Mensch, ein Ernstnehmen des anderen, wer es auch sei.

Und hier möchte ich wieder den Bogen zu früheren Ausführungen schlagen. Mag über die Handlungen der Männer und Frauen des 20. Juli und der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur einmal die Geschichte urteilen. In einem werden sie uns immer ein Vorbild sein können, nämlich in ihrer persönlichen Haltung zueinander, die ich vorher als das Wesen einer lebendigen Demokratie bezeichnete. Es waren Männer der verschiedensten politischen Herkunft. Sie wollten keine Elite sein, um ein angeblich unpolitisches und unmündiges Volk zu führen, sondern sie wollten den Menschen und glaubten, daß auch der einfache Mensch zu einem verantwortlichen und gleichberechtigten Mitträger des politischen Geschehens berufen werden muss. Erst wenn wir diese Form der Zusammenarbeit in unserem Volke verwirklicht haben, zwischen Regierenden und Regierten, zwischen den verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Gruppen, zwischen den Parteileitungen und ihren Wählern, in den Kommunen und im kleinsten Bereich, erst dann können wir sagen, daß wir die totalitäre Gefahr für den Menschen überwunden haben.

- 1 -

Deutscher Widerstand

Zum Gedächtnis des 20. Juli 1944

von
Gerhard Ritter

Die "résistance", der Widerstand gegen Hitlers Gewaltherrschaft, ist der Stolz aller Patrioten in den vom deutschen Heer im Krieg besetzten Ländern. Den Deutschen wirft man nichts härter vor, als daß sie ihrerseits einen solchen Widerstand nicht geleistet hätten. "Man weiß hinreichend", versichert ein kürzlich erschienenenes französisches Buch über die deutschen Verschwörer, dass "es nichts gewesen ist" mit der angeblichen deutschen résistance. "Keiner der Verschwörer hat wirklich den Glauben gehabt, der den Willen gibt zum Draufgehen". Das deutsche Volk war viel zu servil, zu sehr gewöhnt an den Gleichtritt und zu schwerfällig, um eine richtige Verschwörung zustande zu bringen.

Sollte man nicht meinen, dass solchen Anklagen gegenüber die Verschwörer des 20. Juli als lebendiger Gegenbeweis angerufen würden, dass sie also im deutschen Volk die grösste Popularität genossen? Um "vor der Welt und vor der Geschichte" zu beweisen, dass Deutschland keinen Hitler ertrüge, erklärte General v. Treskow, der Freund Stauffenbergs, im Juli 1944 das Attentat selbst dann für notwendig, wenn es ausserlich erfolglos bleiben sollte. War das kein gläubiger Wille zur Tat?

Aber es ist merkwürdig, mit welcher Unsicherheit und Zweisplätigkeit man heute auch in Deutschland vom "deutschen Widerstand" zu reden pflegt. Natürlich: allzuvielen Unberufene haben sich als "Widerstandskämpfer" nachträglich aufgespielt und dadurch die ganze Opposition in Verruf gebracht. Natürlich: allzuvielen sprechen nach, was ihnen eine teils sehr mangelhaft unterrichtete, teils im Sinn des berüchtigten "Morgenthauplans" orientierte ausländische Propaganda vorgeredet hat. Aber entscheidend ist doch wohl ein Drittes: der natürliche Unterschied zwischen einer Opposition gegen die eigene Staatsführung mitten in einem Lebenskampf der ganzen Nation und dem Befreiungskampf eines von Landfremden unterworfenen Volkes. Die Norweger, Holländer, Belgier, Franzosen feiern ihre Verschwörer gegen Hitlers Herrschaft als Freiheitshelden; in Deutschland ist man weithin geneigt, von "Saboteuren" des Sieges zu sprechen.

Eben darin wirkt in erstänlichem und erschreckendem Umfang noch immer die alte Nazipropaganda nach. Sobald der Krieg begonnen hatte, sprach s.Zt. Goebbels davon, daß wir nun alle in einem Schiff sässen, aus dem keiner aussteigen könne. Eben dies war ja so wohl berechnet! Eigentlich war es von Anfang an das teuflische Kunstmittel der Hitlerpartei, das deutsche Volk in betonten Gegensatz, zuletzt in offene Feindschaft zu aller Welt zu bringen, um damit die vielberufene "Volksgemeinschaft" unter nationalsozialistischer Führung einfach zu erzwingen. Glaubt man, die kleine Gruppe der Putschisten des 20. Juli und die vielen Hunderte von Männern des öffentlichen Lebens, die irgendwie hinter ihnen standen, als Mitverschworene oder Einverständene, wären keine Deutschen gewesen? Kann man immer noch nicht begreifen, dass es einen wahren und einen echten Patriotismus auch ausserhalb der braunen Marschkolonnen gab - ja, dass die wahre Vaterlandsliebe gerade darin bestand, das Hitler-

tum mit allen seinen Kräften zu bekämpfen?

Es ist ein wahres Unglück, dass durch die Gestalt des Ingenieurs Oderbruch in dem bekannten Drama von Zuckmayer "Des Teufels General" in so vielen Köpfen die Vorstellung geweckt wurde, die Verschwörer des 20. Juli hätten Waffensabotage getrieben. Andere reden von planmässiger Behinderung des Nachschubs an die Front. Aber weder für das eine noch für das andere ist jemals auch nur der geringste Tatsachenbeweis versucht worden. Auch die Prozesakten des Volksgerichtshofes bringen keinerlei Belastungen dieser Art. Im Gegenteil: wenn sie der Öffentlichkeit erst einmal vorliegen, wird sich aus ihnen einwandfrei zeigen lassen, dass die Verschwörer in den Berliner militärischen Zentralstellen gerade Ende Juni und Anfang Juli 1944 besondere Anstrengungen machten, um drohende Katastrophen an der einen oder anderen Front abzufangen und so nach gelungenem Putsch das militärische Chaos zu verhindern. Sie trieben nichts weniger als Desperadopolitik. Nach dem Urteil eines militärischen Sachverständigen (Graf Kielmannsegg) war ihr Putsch echt generalstabsmässig, ja fast zu gründlich vorbereitet; sein rasches Scheitern hatte ganz andere Gründe als mangelhafte Organisation. Der Nachschub an die Front ist dadurch keinen Augenblick behindert oder verlangsamt worden - das wäre auch technisch garnicht möglich gewesen in Stäben, deren Mitglieder nur zum kleinsten Teil zum Komplott gehörten. Aber es war ^{auch} nie die Absicht; denn nicht darauf kam es den Verschwörern an, Deutschlands Waffensieg zu verhindern, sondern seine völlige Katastrophe.

Gewiss: Deutschlands "Sieg" war auch Hitlers Sieg, und als solcher von jedem wahren, einsichtigen Patrioten zu fürchten. Keiner, der es mit klaren Sinnen und unverwirrten sittlichen Instinkten miterlebt hat, wird je die namenlose Seelenqual vergessen, in die er dadurch gestürzt wurde, dass er das Vaterland in höchster Not sah, und doch den Erfolg des Tyrannen nur fürchten konnte. Aber Hitlers Niederlage war auch die Niederlage Deutschlands, und was das bedeuten würde, darüber konnte niemals irgend ein Zweifel sein. So hat es gar kein anderes Ziel der Verschwörer gegeben als dies: durch rechtzeitige Ausschaltung oder Beseitigung Hitlers die deutsche Katastrophe zu verhindern. Diesem Ziel hatte schon die Bemühungen der Generale und Politiker gedient, die im Herbst 1938 Hitlers Kriegspläne gegen Böhmen durchkreuzen und die plötzlich drohende Kriegsgefahr durch seine Festsetzung beseitigen wollten; später wollte man die Ausdehnung des Krieges auf die Westfront und damit seine Erweiterung zum Weltkrieg mit ähnlichen Mitteln verhindern. Seit 1943 war von "Siegen" für jeden nüchtern Denkenden überhaupt keine Rede mehr; keine "Wunderwaffe" konnte mehr unser Schicksal wenden. Jedes neue Zeugnis, das wir aus dem Munde der damals maßgebenden militärischen Führer, und zwar auf beiden Seiten, hören, bestätigt das nur noch mehr. Was etwa an Versäumnissen im rechtzeitigen und konsequenten Ausbau der neuen Waffen festzustellen ist, geht am allerwenigsten auf das Konto der Verschwörer; sehr häufig war Hitlers Eigensinn oder das Versagen Görings darans schuld. Bald nach Stalingrad war eine ganz ähnliche Lage entstanden, wie sie Ludendorff am 8. August 1918 erlebte. Von diesem Augenblick an war es militärische Pflicht, dasselbe zu tun, was Ludendorff damals getan hatte: schleunigst von der Diplomatie den Abbruch eines aussichtslos gewordenen Kampfes zu fordern; denn es ist nicht heldisch, sondern verbrecherisch, auch nur ein einziges Menschenleben unnütz zu opfern.

Aber wer hatte in Deutschland damals noch Aussicht, im La-

ger unserer Gegner überhaupt noch Gehör zu finden? Hitler und seine Umgebung ganz gewiss nicht. Im Januar 1943 wurde das durch die Parole von Casablanca von der "bedingungslosen Kapitulation" noch ausdrücklich bestätigt. Es war aber ohnedies klar. "Daß mit Verbrechern und Narren kein Staatsmann dieser Welt verhandeln kann, weil er nicht leichtfertig das Geschick seines Volkes Narrenhänden anvertrauen kann, ist doch selbstverständlich", schrieb Goerdeler im Juni 1943 an Generalfeldmarschall Kluge. Er selbst und seine Freunde hatten die persönliche Verbindung mit führenden Staatsmännern des Westens, die sie schon vor 1939 angeknüpft hatten, auch im Kriege nie ganz verloren. Wenn sie jetzt, in der verzweifeltsten Notlage des Vaterlandes, daraus für Deutschland Nutzen zu ziehen versuchten, so war das formell zwar Landesverrat, tatsächlich aber ein patriotischer Rettungsversuch unter Einsatz von Leben und Ehre. Es gibt in solchen Lagen eine sittliche Pflicht, die höher steht als jeder staatliche Gesetz.

Tatsächlich war das ganze Komplott auf der Hoffnung aufgebaut, durch einen rechtzeitigen inneren Umsturz die Möglichkeit zu einem Waffenstillstand mit den Westmächten zu schaffen, ehe alles verloren war. An eine solche Möglichkeit zu glauben, hatten die Verschwörer doppelten Grund. Noch im Herbst 1943 erhielten sie Nachrichten aus England, die deutlich erkennen ließen, dass Churchill mit schwerer Sorge an die spätere Rolle des bolschewistischen Rußland im "befreiten Europa" dachte und dass er die Opposition zu ermutigen wünschte, recht bald eine verhandlungsfähige ~~Russen~~ neue Regierung zu bilden; mit ihr würde sich dann reden lassen. Friedensvorschläge, die man schon früher nach England hatte gelangen lassen, waren keineswegs ablehnend beantwortet worden; sie liefen im wesentlichen auf eine Bewahrung der deutschen Grenzen von 1933 hinaus, aber im Rahmen einer Europa-Union und eines Weltstaatenbundes, für den Goerdeler schon damals eigene, heute sehr aktuell anmutende Vorschläge entwickelte. Noch im Juni 1944 konnte die Verbindung ins Ausland erneuert werden. Aber auch abgesehen von ihnen und abgesehen von allen zweifelhaften Nachrichten aus England: war es nicht für die Westmächte ein Gebot der klaren Staatsvernunft, dass sie jede Möglichkeit eines Waffenstillstands ergriffen, ehe Mitteleuropa von den roten Armeen überflutet war? An diese ebenso einfache wie einleuchtende Erwägung haben sich Goerdeler und seine Freunde bis zuletzt geklammert. Ihre größte Sorge war nur immer, daß der Zusammenbruch sich vollenden könne, besonders an der Ostfront, ehe der innere Umsturz vollbracht war. Dann aber war alles zu spät. Es ist sinnlos, ihnen irgendwelche "Sabotage des Sieges" zuzutrauen; denn der Sinn ihrer ganzen Verschwörung hing daran, daß sie im Moment des Umsturzes noch militärische Pränder genug in der Hand behielten, um überhaupt noch verhandeln zu können; sie mussten alles daran setzen, eine Katastrophe abzuwenden, um überhaupt noch Politik machen zu können, statt bloß den Portier für die Sieger zu spielen.

Ohne Zweifel haben sie sich über die enge Bindung besonders der amerikanischen Politik an die russische getäuscht. Keiner von ihnen hätte wohl Roosevelt eine so blinde Gefolgschaft gegenüber Stalin und so grosse Illusionen über dessen Machtpolitik zugetraut, wie sie sich nachher in Yalta offenbarten; auch die Schwäche der englischen Machtstellung, die Churchills Handeln lähmte, haben sie noch nicht durchschaut. Sie haben also die Wirksamkeit ruhiger Staatsvernunft in der Politik moderner demokratischer Großmächte (anstelle der Leidenschaften und Vorurteile) offenbar überschätzt. Wäre ihr Umsturzversuch gelungen, so hätten sie sicher noch schwere aussenpolitische Enttäuschungen erlebt. Dennoch kann man sich kaum vorstellen, daß die

dieselbe Flut von Haß und Verachtung über uns hinweggeströmt wäre, wie wir sie nach 1945 erlebten, hätten wir uns selbst von dem Tyrannen befreit - ähnlich wie die Italiener unter Badoglio. Der Krieg wäre spätestens August 1944 zu Ende gewesen. Damals standen die Russen noch nicht auf deutschem Boden, war von der Oder-Neiße-Linie überhaupt noch keine Rede, (die tauchte erst im Februar 1945 in Yalta auf!) und war der Großteil deutscher Städte noch nicht in Schutt und Asche gesunken. Ob dem Attentat, wenn es glückte, wirklich ein echter Bürgerkrieg gefolgt wäre, erscheint mir keineswegs so sicher, wie es gewöhnlich behauptet wird. Die Begeisterung, mit der die Truppe am 20. Juli in Paris und andernorts an die Verhaftung hoher SS-Führer ging und die meist kampflose Ergebung dieser Männer spricht jedenfalls nicht dafür. Wie dem aber auch sein mag: da der äussere Krieg längst verloren war - und es gab keinen höheren Stab, in dem man das seit Frühjahr 1944 nicht wußte - konnte es sich nur noch um letzte Zuckungen handeln, an deren Ausgang von vorn herein kein Zweifel bestand. Weit Schlimmeres hat Deutschland im letzten Kriegswinter erdulden müssen.

Die Rede vom "Dolchstoß" war schon 1918 das Schlagwort der Gedankenlosen. Nationalistische Eitelkeit, die keine echte Niederlage zugeben kann, hat überall und zu allen Zeiten nach "Verrätern" gesucht - nicht nur bei uns. Die "Dolchstoßlegende" von 1918 konnte sich wenigstens darauf berufen, daß der Zusammenbruch der "inneren Front" die Wirkungen der äusseren Niederlage noch verschlimmert hat. Wer heute das Schlagwort der Goebbels-Propaganda von der "kleinen Verräterclique" wiederholt, kann sich auf nichts als auf seine Vorurteile berufen. Gewiß: bei weitem nicht jede Form der Opposition hat sittlichen Rang, auch nicht unter einer gesetzlosen Willkürherrschaft. Es gab auch im Hitlerreich wirklich Landes- und Hochverräter genug, die nichts als schändeste Selbstsucht oder blinder Fanatismus trieb; denn an "asozialen Elementen" hat es zu keiner Zeit gefehlt. Aber es gibt noch eine höhere Form der Vaterlandsliebe als blinde "Führergefolgschaft". Es gibt sogar noch eine höhere Form sittlicher Verpflichtung des Menschen als die gegenüber dem Staat. Nur wer aus dem klaren Bewußtsein solcher sittlichen Verpflichtung zum Verschwörer wurde und dafür sein Leben aufs Spiel setzte, nur der hat das Recht, sich zur "deutschen Widerstandsbewegung" zu rechnen.

War der 20. Juli ein "Sabotageakt?"

Von Professor Dr. Gerhard Ritter, Freiburg.

Mit keinem ihrer Schlagworte hat die Goebbels-Propaganda einen solchen Dauer-Erfolg erzielt wie mit dem von der "kleinen Verräter-Clique" des 20. Juli. Zuerst hat sie damit vor dem deutschen Volk die Tatsache verdunkelt, daß nicht ein paar Dutzend Offiziere und Politiker, sondern Hunderte von führenden Köpfen des politischen und geistigen Lebens in Deutschland an dem Komplott irgendwie mitbeteiligt waren und daß es kaum noch einen höheren Wehrmachts-Stab gab, in dem nicht mindestens die Notwendigkeit begriffen wurde, den aussichtslos gewordenen Krieg schleunigst zu beenden. Ganz zu schweigen von den Tausenden, die als indirekt Mitbeteiligte oder Sympathisierend nach dem 20. Juli in aller Stille in Haft gerieten. Ihre Zahl wuchs so rasch an, daß die Gestapo schließlich wichtige Persönlichkeiten trotz unzweifelhafter "Belastung" gar nicht mehr zu verhaften wagte, um den Skandal nicht noch mehr zu vergrößern.

Später hat das Ausland, die amerikanische "Morgenthau-Presse" zuerst, die Goebbels-Parole aufgegriffen, aber gleichzeitig auf den Kopf gestellt. Man sprach jetzt von ehrgeizigen Militaristen, die an ihrem Generals-Posten klebten und die nicht begreifen wollten, was die Glocke geschlagen hatte: Deutschlands bedingungslose Kapitulation. Als Echo hörte man deutsche Stimmen der Neunmalkweisen, die sich beeiferten, die Tat des 20. Juli zu bagatellisieren: als aussichtslosen Putsch politischer Dilettanten, monarchistischer Sozial-Reaktionäre, deren Sieg nur eine neue Form der Diktatur für Deutschland gebracht hätte. Zu alledem kommt noch das Gerede jener unentwegten Nationalisten, die sich immer noch nicht entschließen können, den totalen Mißerfolg der Hitlerschen Kriegsführung zuzugeben. Ihnen sind die Männer des 20. Juli einfach "Saboteure" des Sieges. Ihre Wühlarbeit soll die Versorgung der Front mit dem nötigen Nachschub schwer gehemmt, ihr Defaitismus den "Siegeswillen" der Generale gelähmt, ihr attentat die Gesundheit und Entschlossenheit des "Führers" schwer erschüttert und dadurch seine späteren Mißerfolge verschuldet haben.

Es wird eine der dringenden Aufgaben des jetzt von der Bundes-Regierung geplanten "deutschen Instituts für die Erforschung der nationalsozialistischen Zeit" sein, dieser Bildung einer neuen "Dolchstoß-Legende" durch aktenmäßige Gegen-Beweise entgegen zu treten. Eine besonders große Rolle dürften dabei die Prozess-Akten des 20. Juli vor dem Volks-Gerichtshof spielen, aus denen sich ganz eindeutig ergibt, daß die militärischen Zentral-Stellen des Heerwesens, in denen die Verschwörung ihren eigenen Sitz hatte, nicht nur keinerlei Sabotage getrieben, sondern im Gegenteil gerade im Juni-Juli 1944 besonders große Anstrengungen gemacht haben, um drohende Katastrophen von der einen oder anderen Front abzufangen und so nach gelungenem Putsch das militärische Chaos zu verhindern.

Fraglos war es der eigentlich Sinn des Stauffenberg'schen Attentats, Deutschland vor dem totalen Zusammenbruch, insbesondere vor der Überflutung durch die Roten Armeen zu bewahren. Es hat nicht an Stimmen des Auslandes ge-

II.

fehlt (und auch nicht an deutschen Nachbeterern dieser Propaganda) die Goerdeler und seine Mitverschworenen eben deshalb Illusionäre, Militaristen und Nationalisten schalten, weil sie überhaupt noch den Versuch wagten, dem rollenden Wagen des Schicksals in die Speichen zu greifen, statt es als "verdiente Vergeltung" für Hitlers Untaten über Deutschland sich hinwälzen zu lassen. An dem entschlossenen Willen zu solchem Widerstand kann in der Tat kein Zweifel sein. Nur daß er zugleich noch von einem anderen Motiv mitangetrieben wurde: von tiefer sittlicher Empörung über dieses Schand-Regiment, das Deutschlands Namen für alle Zeiten befleckte. Ihre Tat sollte, wie General v. Tresckow im Juli 1944 seinen Freunden schrieb, selbst dann, wenn sie außenpolitisch erfolglos bliebe, "vor der Welt und der Geschichte beweisen" daß Deutschland dies Regim Regiment nicht länger zu ertragen bereit war.

Keiner dieser Männer, die um solcher Ziele willen, ihr Leben in einem grausamen Tod hingeben, hätte sich jemals träumen lassen, daß es Deutsche geben könnte, die ihn eben deshalb zu schmähen wagten. Wer sie wenigstens teilweise gekannt hat, wird nicht anders als mit tiefer Trauer des schlechthin unersetzlichen Verlustes gedenken, den Deutschlands politische Führerschicht durch ihren Tod erlitt. "Trösten Sie sich damit Sie unter die besten Ehrenmänner und edelsten Charakterköpfe Deutschlands kommen", sagte mir der Direktor unseres Freiburger Gerichts-Gefängnisses (selber ein wahrer Ehrenmann) in einer mir unvergeßlichen geheimen Unterredeung in jener Nacht, in der ich in die Berliner Kerker des "Volks-Gerichtshofes" überführt werden sollte. Er hatte zweifellos recht.

Nun ist für das politische Urteil gewiß nicht der gute Wille allein maßgebend, sondern ebenso sehr die politische Einsicht und das Vermögen zur Tat. Waren die Verschwörer des 20. Juli "Reaktionäre"? oder waren sie blinde Fanatiker und Illusionäre? Sicherlich war es ihre Tragik, daß keiner von ihnen jene wilde Dämonie des echten Revolutionärs besaß, die der Hilterb gewachsen gewesen wäre. Innenpolitisch gab es erhebliche Gegensätze zwischen ihnen, vor allem zwischen einer "Rechten" und einer "Linken" - Gegensätze, die niemals völlig ausgeglichen worden sind. Vom konservativen Monarchismus eines Popitz oder auch Goerdeler bis zum radikalen Sozialismus der Leber und Reichwein war die Spanne recht weit.

Da es sich fast durchweg um starke Persönlichkeiten handelte, fehlte es auch an persönlichen Spannungen und Antipathien nicht. Aber man soll das alles in seiner praktischen Bedeutung doch auch nicht überschätzen. Wer die mancherlei Pläne dieser Männer für den Neuaufbau Deutschlands überprüft, gewinnt bald den Eindruck, daß der Wille zu einer echten, alle Klassen-Gegensätze überbrückendenden (nicht bloß überdeckenden) "Volksgemeinschaft" auf allen Seiten lebendig war. Als wirklichen Volksstaat, der sich auf die breite Masse der Arbeiterschaft in Stadt und Land gründete, gedachte auch Goerdeler das neue Deutschland zu organisieren, in enger Fühlung mit den Gewerkschaften, deren Neubelebung eines seiner Hauptanliegen war. Und umgekehrt, als 1943 einmal die Möglichkeit eines monarchistischen Staatsstreiches erwogen wurde, bei dem ein jünge-

III.

res Mitglied des Hohenzollern-Hauses aktiv hervortreten sollte, fand der Plan sowohl bei ehemaligen Führern der christlichen wie auch der "freien" Gewerkschaften eine überraschend weitgehende Bereitschaft zur Unterstützung. Uebrigends war dabei keine Rede von einem bloßen "Staatsstreich von oben" oder von einfacher Restauration der alten Monarchie, sondern immer nur von einer Abschüttelung Hitlers mit Hilfe monarchistischer Elemente der Armee, die dann die Möglichkeit schaffen sollte zu einer freien Volksentscheidung über die endgültige Staatsform. Wer die damals aufgestellten und immer wieder durchdiskutierten Verfassungs-Pläne im einzelnen kennt, findet darin überraschend vieles, das ihn an die politischen Versuche von heute erinnert. Die großen Probleme der rechten Vereinigung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, von Einheit des Ganzen und Vielgestaltigkeit der Glieder, von dauerhafter Regierungs-Bildung und wirksamer Kontrolle der Staats-Gewalt sind darin mit großem Ernst und reicher Erfahrung angepackt.

Aber waren die Verschwörer nicht Utopisten, wenn sie trotz der Parole von Casablanca noch immer glaubten, der "bedingungslosen Kapitulation" entgegen und womöglich mit den Westmächten ein Abkommen treffen zu können, das Deutschland befähigte, die bolschewistischen Heere bis zu einem halbwegs erträglichen Friedensschluß vom deutschen Boden fernzuhalten? Ohne Frage haben sie die enge Gebundenheit des Westens, gerade auch Amerikas, an den russischen Alliierten bei weitem unterschätzt. Sie glaubten an die Macht des nackten Staatsinteresses, das auch den Westmächten zu gebieten schien. Deutschlands Ueberflutung durch den Bolschewismus nicht zuzulassen und verkannten die Macht der Leidenschaften demokratisierter Völker, aber auch der moralischen Bindungen, die den Erwägungen reiner Staatsraison im Wege standen. Aber war Hitler's wahnsinniger Versuch, bis zum letzten Augenblick alle besetzten Länder Europa's festzuhalten, statt die verbliebenen Kräfte auf die Hauptfronten zu konzentrieren, nicht noch mehr utopisch? Zweifellos war im Sommer 1944 der allerletzte Augenblick gekommen, ja, eigentlich schon überschritten, in dem es (ähnlich wie am 8. August 1918) soldatische Pflicht wurde, einen aussichtslos gewordenen Krieg schleunigst zu beenden, weil jeder Versuch seiner Fortsetzung zu Selbstzerstörung führte, also zum Verbrechen am eigenen Volk wurde.

Uebrigends glaubten Goerdeler und seine Freunde konkreten Anlaß zu ihren Hoffnungen zu haben. Sie wußten seit Herbst 1943 aus direkter Quelle, daß Churchill schwere Sorgen vor einem russischen Totalsieg hatte und schlossen aus den ihnen zugegangenen Meldungen, daß er mit sich reden lassen würde, sobald nur erst eine neue, verhandlungsfähige Regierung gebildet wäre. Natürlich hing alles zuletzt davon ab, daß diese Regierung noch irgendwelche Machtmittel in der Hand behielt und nicht bereits die totale Katastrophe eingetreten war. Im Juli 1944 war immerhin Frankreich noch nicht aufgegeben, stand der Russe noch nicht auf deutschem Boden. Sicherlich: wäre das Attentat und die Bildung einer neuen Regierung gelungen, so hätte diese Regierung schwere außenpolitische Enttäuschungen erlebt. Aber es fällt

IV.

schwer zu glauben, daß diese Flut von Haß und Verachtung über uns herein gebrochen wäre, wie 1945, wenn wir uns selbst von dem Tyrannen befreit hätten. Deutschlands schönste Städte wären im Augenblick des Friedesschlusses noch kein Trümmerfeld gewesen, und es ist ganz unwahrscheinlich, daß der Eiserne Vorhang und die Oder-Neiße-Linie dieselbe Bedeutung gewonnen hätten, wie jetzt. Denn beides wurde erst im Februar 1945 in Yalta festgelegt.

So ist die Tat des 20. Juli wahrlich kein Sabotage-Akt gewesen, sondern ein letzter, freilich verzweifelter Rettungs-Versuch. Wir haben allen Anlaß, das Andenken der Männer, die ihr Leben dafür einsetzten, in höchsten Ehren Ehren zu halten.

(Erschienen 1950 im Juli in etwa 10 Zeitungen.)

Von Friedrich Georgi.

Wir geben der nachfolgenden Zuschrift auf den Artikel »Die Ehre des deutschen Soldaten« von Anton Schöpke (vgl. Tagesspiegel Nr. 1634) trotz ihres teilweise persönlichen Charakters Raum, weil wir glauben, dass bei den behandelten Thesen dem Subjektiven eine berechtigte Rolle zukommt. Red. d. Tagesspiegel.

Als ehemaliger Generalstabsoffizier und zugleich als Mitglied der militärischen Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus fühle ich mich berechtigt und verpflichtet, zu dem Artikel Schöpkes Stellung zu nehmen. Ich stimme mit dem Verfasser darin überein, dass die Bruderschaft deutscher Offiziere kaum das richtige Gremium sein dürfte, um zur Frage der Ehre des deutschen Soldaten das Wort zu ergreifen. Aber die Gesankengänge, die der Verfasser in Zusammenhang mit dem Begriff der Kollektiv-ehre der deutschen Armee ausdrückt, entehren ihrerseits ebenfalls der Logik und bedürfen einer Berichtigung. Nicht die Armee hatte die Möglichkeit, den Aufstieg des Nationalsozialismus zu verhindern, sondern die Weimarer Republik hatte nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht, das zu tun. Die Soldaten des 100 000-Mann Heeres haben mit Sicherheit nicht zu den fast 80% der deutschen Wähler gehört, die Anfang 1933 den Nationalsozialismus durch ihre Stimme zur Macht gebracht haben, weil sie überhaupt nicht wahlberechtigt waren. Von einer Schule der Armee würde man in diesem Zusammenhang nur sprechen können, wenn sie der Anweisung der Regierung, den Nationalsozialismus zu beseitigen nicht Folge geleistet hätte. Diese Anweisung wurde aber niemals gegeben. Erst als die politischen Parteien ihre Unfähigkeit, das deutsche Volk von Nat. Sozialismus zu befreien, bewiesen hatten, wurden sich die verantwortlichen Stellen der Notwendigkeit bewusst, als Träger der bewaffneten Macht, die nunmehr allein dazu in der Lage war, auf eigene Faust den Sturz dieses Systems herbeizuführen. Der Sturz einer Diktatur erfordert jahrelange planmäßige Vorbereitung, und das Mislingen des 20. Juli beweist Grund zu der Befürchtung, dass moderne Diktaturen überhaupt von innen heraus allein nicht gestürzt werden können. Von aussen ist der deutschen Widerstandsbewegung ja nicht die geringste Hilfe gewährt worden, und nirgendes in der modernen Geschichte konnte bisher der Beweis für die Möglichkeit der Beseitigung einer Diktatur allein von innen heraus erbracht werden. Gewiss leistet der Armee der Vorwurf nicht erspart, dass sie sich gegen die Ermordung Schleichers und die Beseitigung Fritschs nicht gewaltsam aufgelehnt hat. Aber diese Ereignisse bilden den Ausgangspunkt der militärischen Widerstandsbewegung, die in den Aufstand des 20. Juli 1944 den einzigen wirkungsvollen und aussichtsreichen deutschen Versuch unternommen hat, das nationalsozialistische System aus deutscher Kraft zu beseitigen. Träger der milit. Widerstandsbewegung waren die Generalität und der deutsche Generalstab. Die führenden Männer des deutschen Generalstabes haben jahrelang am Sturz dieses Terrorsystems gearbeitet und dabei den Tod gefunden.

Ich will deshalb aus der Fülle der Namen einige nennen, weil ich den Eindruck habe, dass auch die Öffentlichkeit immer noch nicht in genügendem Umfang darüber informiert ist: Generalleutnant Beck (Chef des deutschen Generalstabes bis zu seinem erzwungenen Rücktritt, als er sich weigerte, in die Tschechei einzumarschieren), General Olbricht (Chef des Allgemeinen Heeresamtes bis zu seiner Ermordung am Abend des 20. Juli 44), General Wagner (Generalquartiermeister des Heeres), General Fellgiebel (Chef des Wehrmacht-Nachrichtendienstes), General Stieff (Chef der Organisationsabt.), Admiral Canaris (Chef der Abwehr), Graf Stauffenberg (Chef des Befehlshabers des Ersatzheeres), von Tresckow (Chef des Stabes einer Armee), Herz von Quirnhain (Chef des Stabes des Allgemeinen Heeresamtes), Generalfeldmarschall von Witzleben, Generalleutnant Haepner, General Lindemann, General von Stülpnagel und so weiter. Über 700 Generale, Generalstabsoffiziere und sonstige Offiziere wurden allein nach dem 20.7.44 von den Nationalsozialisten umgebracht. Angesichts dieser Zahlen und Namen sollte man nicht von einzelnen sprechen, sondern von dem Opfer der führenden Männer des deutschen Generalstabes. Die Tragik der Widerstandsbewegung lag darin, dass ihren führenden Männern in der Breite und Tiefe der wesentliche Träger der Revolution fehlte, das Volk. Wie es nicht gerechtfertigt wäre, die deutsche Wehrmacht in ihrer Gesamtheit

Gesamtheit

von den gegen sie erhobenen Vorwürfen freizusprechen, so ist es auch nicht gerechtfertigt, den deutschen Generalstab als Ganzes zu verurteilen. Der unterirdische Kampf gegen eine diktatorische Staatsgewalt ist schwer und entsagungsvoll. Gewiss hätte jeder dazu die Pflicht gehabt, aber man sollte sich nicht vernaschen, die andern zu sehr zu tadeln. Heute ist es leicht zu sagen, der Eid - einen Verbrecher unter Zwang geschwören - bindet nicht. Aber erst mussten die Besten unseres Volkes so handeln, um ein Beispiel zu geben. Heute ist es leicht zu sagen, der Mord an einem Verbrecher ist kein Mord. Denn als war dieser Verbrecher aber das Staatsoberhaupt, und nicht jeder mag sich zutrauen, vor seinem Gott aus dem Zwange seines Gewissens heraus einen Mord, selbst an einen Verbrecher zu verantworten. Nur wer in zahllosen schwersten Gewissenskämpfen mit diesen Fragen gerungen hat und sich aus der anonymen Masse heraus zum Kampf gegen dieses System aufgerafft hat, sollte heute das Wort zur Frage der Ehre des deutschen Soldaten ergreifen. Wir wissen noch zu gut, dass Hitler keinen Personenkreis so abgrundtief gehasst hat wie den deutschen Generalstab, und dass die "roten Kernen" für ihn ein "rotes Tuch" waren.

Aus dem Geist des Generalstabes sollten die Kennenleute, wenn es wirklich einmal sein muss, unsere Verteidigung nach innen und aussen in einem geeinten Europa mit übernehmen. Hier liegt die große Aufgabe der Bundesregierung, der Parteien, der Presse, der Öffentlichkeit, die richtige Auswahl zu treffen. Wir wollen keine Militaristen wieder bewaffnen, sondern nur Männer, die aus sittlichen Verantwortungsbewusstsein heraus, und unter der steten Mahnung eines wachen Gewissens das Unvermeidliche tun.

Aus dem Berliner Tagesspiegel. Herbst 1937.

Hunderttausende Deutsche litten in Widerstandsbewegung gegen Hitler. Die Kinder der Opfer leiden weiter

Neuere Veröffentlichungen zeigen, wie sehr bisher in der Außenwelt der Widerstand unterschätzt wurde, den das Hitler-System im deutschen Volk fand. Die Zahl der Aktivisten mußte aus Sicherheitsgründen möglichst niedrig gehalten werden. Jede Neuaufnahme vergrößerte die Gefahr für alle. So lieferte ein Agent der Gestapo, der sich in das Vertrauen der Frau von Thadden einschlich, den früheren Generalkonsul in New York Dr. Klep aus Messer. Hinter dieser Gruppe standen aber Hunderttausende, deren Hilfe und Sympathie für die Aufrechterhaltung der Organisation unentbehrlich war.

Einen Anhaltspunkt geben Feststellungen des Zentralkomitees der Opfer des Faschismus. Danach haben sich allein in Hamburg 12.163 Männer und Frauen als politische Gefangene der Hitlerzeit gemeldet, die in 23 Konzentrationslagern, 9 Jugendgefängnissen, 15 Militärgefängnissen und 227 gewöhnlichen Zuchthäusern und Strafanstalten gesessen hatten. 458 Personen wurden hingerichtet oder ermordet. Wie gesagt: es handelt sich nur um Hamburger Fälle. Die Gesamtzahl der erweislichen Opfer der Verfolgung unter der deut-

schen Bevölkerung geht in die Hunderttausende, die Todesopfer der Widerstandsbewegung überstieg die der amerikanischen Armee bei der Befreiung Europas.

In der Öffentlichkeit sind vor allem die früheren Persönlichkeiten bekannt geworden, die den Henkern Hitlers zum Opfer fielen: Generäle, Adlige, hohe Beamte. Sie traten in den Vordergrund, weil sie unter der Herrschaft des totalen Terrors immer noch eine gewisse Bewegungsfreiheit besaßen. Zahlenmäßig aber überwogen unter den Opfern des Regimes Arbeiter, Bauern und Angestellte, die zwei Drittel der Gesamtzahl der Verfolgten bildeten, 8% waren Kaufleute, 2,4% Intellektuelle, 1% Geistliche, 13,5% Angehörige der bewaffneten Macht, 9,5% waren ohne Beruf.

Man darf auch nicht die Tatsache, daß Hitler zuerst die Jugend gewann, überschätzen. Besonders in Hamburg standen Studenten im Vordergrund des Widerstands. Am eindrucksvollsten ist die Tatsache, daß nicht weniger als ein Viertel der Studierenden den Beitritt zu der Nationalsozialistischen Studentenschaft ablehnten, obwohl die Zugehörigkeit zu dieser Organisation die Voraussetzung für berufliche Betätigung war. Im Heer war der Abscheu vor den Himmelergeraden so groß, daß es wiederholt Zusammenstöße gab. Andererseits erwies sich der Kadavergehorsam und der Mangel an Zivilkurasche unter den hohen Offizieren als so stark, daß General Kurt von Hammerstein-Equord, der bis zu seinem Tod 1942 an der Antinazibewegung teilnahm, erklärte, seine Erfahrungen hätten ihn zum Antimilitaristen gemacht.

Über die Leiden, die den Opfern der Gestapo zugefügt wurden, ist viel veröffentlicht worden. Trotzdem ist nicht genug bekannt über die Folterungen und die raffinierten Inquisitionsverfahren in den Kerkern Hitlers. Wenn alle anderen Mittel versagten, wurden die Kinder der Opfer geraubt und mißhandelt. So schreibt die Witwe eines der Gemordeten an einen amerikanischen Freund:

„Meine Kinder hatten Furchtbare auszustehen. Mein ältester Sohn wurde in Ketten durch Berlin geschleppt und wochenlang unter Starklicht im Gefängnis gehalten, weil er sich weigerte, einer Nazi-Organisation

eines Staates nach westlicher Art, scheint sich der Erfüllung zu nähern, denn in einem Monat werden die Westdeutschen eine Bundesregierung erwählen.

Der Schriftsteller Bernd Gisevius, einer der wenigen Verschwörer gegen Hitler, die am Leben geblieben sind, setzt Hoffnung auf die Entwicklung in Westdeutschland. Er meinte in einem Interview, das was Goerdeler gewollt habe, sei fast dasselbe, was die westlichen Verbündeten für das neue Deutschland wünschten. Allerdings galten die Wünsche Goerdelers ganz Deutschland, denn er ahnte nicht, daß durch die Besetzung das Land in zwei Teile gespalten würde.

Auf einem Gut in Württemberg-Baden lebt noch die Frau des Oberbürgermeisters Goerdeler, der den ursprünglichen Plan zur Verschwörung faßte.

Und in Bayern bei ihren Eltern lebt auch noch Frau von Stauffenberg, die Gattin des Mannes, der die Bombe in Hitlers Zimmer legte. Die bayerische Regierung hat ihr vor kurzem eine Pension ausgesetzt.

Prof. Dr.

Tod den Tyrannen!

Eine Widerstandsbewegung in der Roten Armee

um Verständnis und Freundschaft, es propagiert das einheitliche Deutschland ohne Furcht und Sorge, es hat offenbar mehr Selbstvertrauen. Dieses ist teilweise sicher begründet dadurch, daß die den Staatsapparat beherrschende Bürokratie weiß, daß sie auf Tod und Gedeih mit der russischen Besatzungsmacht befreundet sein muß und ist. Zu einem anderen Teil aber entspringt diese Sicherheit wohl dem Gefühl, daß dort unter Entbehrungen und mit Schwierigkeiten ein wirtschaftsplanmäßiges System, das mehr und mehr den privaten Profitunternehmer ausschaltet und sich daher krisenfrei wähnt, auf die Dauer der sichere Zustand, herrscht.

Die Arbeitslosigkeit des Westens ist im Osten unbekannt, wenn es auch dem einzelnen Arbeiter noch wesentlich schlechter geht. Es sind dort viel weniger Vertriebene aus den polonisierten deutschen Provinzen, aber die, die dort sind, hat man als „Neubauern“ auf den aufgeteilten, den Junkern enteigneten Gütern angesiedelt und gerade sie dem neuen System günstig oder doch neutral gestimmt. Der Westen lebt von einem Tag zum anderen — eher mit banger Sorge vor dem morgigen — Tage. Der Osten lebt von der Hoffnung auf den einmal verwirklichten Sozialismus, zu dem er sich aus eigener Kraft großzuziehen wird. Der Westen fürchtet die Konkurrenz mit den Besatzungsmächten und deren kleinen Alliierten. Der Osten vertraut auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht und deren kleinen Satelliten.

Das zweite Problem stellt sich ganz deutlich bei Gesprächen in Berlin: Die westlichen Vertreter und die östlichen Vertreter sprechen beide deutsch, aber sie sprechen keine gemeinsame Sprache. Nicht nur die Worte „Demokratie“, „Freiheit“, „Russen“, „Amerikaner“ haben einen anderen Inhalt und eine andere Bedeutung. Wo die Bedeutung dieselbe ist, da treten andere Worte dafür ein: zum Beispiel bei der Ausbeutung der Arbeiter. Was der Westen bei sich Gewerbe- und Arbeitsfreiheit nennt, das nennt er im Osten Ausbeutung. Was der Östler im Westen Ausbeutung nennt, das nennt er im Osten die „neue Arbeitsmoral“. Was für den Östler im Westen Ueberstunde heißt, das heißt im Osten „freiwillige Mehrarbeit“, wird aus besonderen Anlässen von den Arbeitern aus lauter Begeisterung selbst gefordert — und dafür auch nicht besser, sondern garnicht bezahlt. Dabei ist der Arbeiter im Osten schlechter ernährt als der Arbeiter im Westen — aber er ist nicht von der Arbeitslosigkeit bedroht. Was der Östler im Westen „schwarzen Markt“ nennt, das ist bei ihm auch verstaatlicht und dient als Kauf-Anreiz für Sonderleistung bei der Arbeit, sei sie nun manuelle oder geistige. Wenn aber entweder die Worte gleich und deren Inhalt ungleich ist, oder wenn die Begriffe dieselben, die Worte dafür aber ganz andere sind, dann gibt es kaum noch eine Verständigungsmöglichkeit, und dann wird die Elbe zum Scheidestrom der deutschen Verständigung, ebenso wie sie zum Scheidestrom der Welt geworden ist.

Diese Sprachseicheidung wurde auch deutlich auf der Tagung, auf der ich Gast sein durfte. Was wir Kultur nennen, das nennen sie westliche Dekadenz — und was sie Kultur nennen, das nennen wir Propaganda. Was wir kritische Beobachter nennen, das nennen sie Klassenfeinde oder westliche Spione (das Wort Spion ist auf beiden Seiten etwa dasselbe). Was wir Agenten oder fellow-traveller nennen, das nennen sie die wahren Freunde der deutschen Einheit. Was wir Generale nennen, das unterscheiden sie nach Uniformen, das sind Teufel in brauner Schale, wenn die Uniform amerikanischen Schnitt hat, das sind Engel in brauner Kleidung, wenn die Uniform russischen Schnitt hat. Was sie bei uns Agentur der Besatzungsmacht nennen, das ist bei ihnen echte Liebe zu den Befreierten. Was wir Unterwürfigkeit nennen, das ist bei ihnen die Autonomie der demokratischen Republik. Was wir fortschrittlich nennen, etwa Mitbestimmung und Kontrolle durch die Ar-

Stockholmer Blätter brachten vor einiger Zeit sensationelle Meldungen über die Aufdeckung einer gegen Stalin gerichteten Militärverschwörung im Leningrader Militärbezirk. Nach den in Helsinki und Stockholm eingetroffenen Berichten wurden 200 Offiziere der Roten Armee verhaftet, dazu auch eine Reihe Beamte der Geheimpolizei und führende Mitglieder der kommunistischen Partei. Das Ziel der Verschwörung war angeblich die Errichtung einer großrussischen, nichtföderativen Republik mit der Hauptstadt Leningrad. Als Verschwörer-Chef wurde der Militärkommandant von Leningrad, Sowjetmarschall Leonid Goworow genannt.

Selbstverständlich ging Moskau mit keinem einzigen Wort auf die Stockholmer Sensationsnachrichten ein. Inzwischen wurden in Leningrad jedoch eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die die Richtigkeit der nach Schweden durchgesickerten Meldungen bestätigen. So geht aus einer in der lokalen Leningrader Parteizeitung veröffentlichten Grußadresse hervor, daß Marschall Goworow nicht mehr auf seinem Posten als Kommandant des Leningrader Militärbezirks ist. Ob er festgenommen wurde oder in letzter Minute nach dem mißglückten Putsch untertauchen konnte, ist noch nicht bekannt. Im gesamten Leningrader Militärbezirk wurden nach der Niederschlagung der Verschwörung weitgehende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die Truppe durfte vorübergehend die Kasernen nicht verlassen. Schiffe, die sonst regelmäßig den Leningrader Hafen anliefen, wurden nach Libau, Windau und anderen baltischen Häfen umgeleitet.

Auch die kürzlich beschlossene Wiedereinführung der Todesstrafe in Rußland wird mit den Vorgängen in Leningrad in Verbindung gebracht. Alle bisher bekanntgewordenen Begleitumstände des „Falles Goworow“ lassen darauf schließen, daß sich hinter den Kulissen des Eisernen Vorhangs eine neue Auseinandersetzung zwischen den bewußt von der Politik ferngehaltenen Generälen der Roten Armee und den Politikern des Moskauer Politbüros anbahnt — ähnlich wie im Jahre 1937. Damals fielen 364 hohe Offiziere, darunter die Sowjetmarschälle Tuchatschewski und Jegorow, der Säuberung durch die Kreml-Politiker zum Opfer.

Starke Organisation auf deutschem Boden

Aus Kreisen, die der sowjetischen Kontrollkommission in Berlin-Karlshorst nahestehen, wird bekannt, daß Goworow eine führende Stellung in dieser militärischen Widerstandsbewegung eingenommen hat. Die Allrussische Widerstandsgruppe in der Roten Armee habe auch eine starke Organisation in den auf deutschem Boden stehenden sowjetischen Besatzungstreitkräften aufgezogen. Die Moskau-treuen Elemente der Besatzungsarmee haben die Aktivität der Deutschland-Gruppe schon verschiedentlich in unangenehmster Weise zu spüren bekommen.

Ihr Gesellenstück lieferten die Empörer mit einem Bombenattentat auf einer Geheimbesprechung hoher Offiziere der russischen Deutschland-Hauptquartiers, die im September 1949 in Potsdam abgehalten wurde. Die explodierende Bombe tötete sechs Offiziere und verletzte zwanzig weitere schwer. Da der Täter nur aus der Armee und vermutlich sogar nur aus Offizierskreisen stammen konnte, kam zu den Recherchen eigens General Merkuloff, Chef der Deutschland-Abteilung des Moskauer MVD, im Sonderflugzeug nach Deutschland. Ueber 3000 Angehörige der Sowjetarmee in Potsdam mußten Haussuchungen über sich ergehen lassen. Das Ergebnis war mager. Erst nach langen Nachforschungen wurden drei Leutnants festgenommen, die irgendwie mit dem Attentat in Zusammenhang standen, ohne daß man indessen einen von ihnen als Täter identifizieren konnte. Noch am Abend der Verhaftung der drei Offiziere wurde bei der MVD in einem anonymen Anruf die Freilassung der Beschuldigten verlangt, andernfalls man zu Gegenmaßnahmen greifen

werde. Als die drei Leutnants trotz dieser Drohung nicht freigelassen wurden, explodierten zwei Tage später die Eisenbahnbrücken bei Forst über die Neiße und bei Frankfurt über die Oder.

Auf das Konto der Widerstandsmänner in der Roten Armee gehen auch eine Reihe weiterer Sprengstoff-Anschläge, die das sowjetische Deutschland-Hauptquartier in Schrecken und Unruhe versetzt haben, weil sie nur in den seltensten Fällen aufgeklärt werden konnten.

„Stalins Leben in Wohlstand bedeutet Armut“

Das Kennwort für die militärische Widerstandsbewegung allrussischer Kreise in Deutschland sind die kyrillischen Buchstaben „N.T.S.“ geworden. „N.T.S.“ sind die Anfangsbuchstaben der Lesung, die auf allen Propaganda-Flugblättern der russischen Maquis wiederkehrt. Sie lautet in Uebersetzung: „Tod den Tyrannen!“ In einem dieser Flugblätter, die immer wieder auf unerklärliche Weise in großen Mengen in den russischen Deutschland-Garnisonen auftauchen, heißt es unter einem Bild, das einen künstlich vom Politbüro aufgeblasenen Stalin zeigt: „Vier Jahre leben wir schon außerhalb unserer Heimat im besiegten Deutschland. Wir haben viel gesehen,

und wir haben viel gelernt. Jeder von uns denkt mit Schrecken an die Rückkehr in die Sowjetunion. Denn wir wissen: Stalins Leben im Wohlstand bedeutet Armut. Und Stalins Freiheit heißt blutiger Terror mit 15 Millionen Gefangenen in den Todeslagern. Wir haben genug davon. Darum: Tod den Tyrannen!“

Mit Bomben und Flugblättern, mehr noch aber mit dem Mittel des passiven Widerstandes führen die NTS-Männer ihren Kampf. Ihre Organisationsformen sind den Forderungen äußerster Sicherheit angepaßt. Die „NTS“ kennt keine Namen. Sie kennt nur Buchstaben, Kennziffern und Chiffregruppen, die kurzfristig wechseln. Nur so ist es bisher möglich gewesen, daß die mit allen terroristischen Mitteln geführten Untersuchungen der MVD kaum zu einem greifbaren Ergebnis geführt haben. Das ist andererseits aber auch das Verdienst von NTS-Offizieren, die nach außen hin als linientreue Offiziere bis in die höchsten Stellungen der russischen Kommandostäbe sitzen. Von ihnen kamen meist rechtzeitig Warnungen an die Organisation, so daß die MVD bei ihren Aktionen immer wieder ins Leere stieß. Es heißt sogar, daß NTS-Mitglieder bis in die Reihen der MVD selbst infiltriert sind.

Das „Tod den Tyrannen!“ ist darum schon zu einem wahren Schreckgespenst für die Moskauer Machthaber geworden. Man wird von der Tätigkeit dieser Widerstandsbewegung nicht von einem Tag auf den anderen einen revolutionären Umschwung jenseits des Eisernen Vorhangs erwarten dürfen. Dazu sitzt das System noch zu fest im Sattel. Aber die „NTS“ ist doch ein Faktor geworden, mit dem Moskau ernsthaft rechnen muß.

Wie sich die Bilder gleichen!

Friede — nur ein Schlagwort

Friede herrscht nach den jüngst vernommenen Worten des SED-Pressesprechers Albert Norden allein dort, wo die „Rote Armee die Werktätigen schützt“. Die Werktätigen allerdings und besonders ihre Frauen, die die Rote Armee aus nächster Nähe erleben, sind gänzlich anderer Ansicht, dennoch hat Norden nicht gänzlich Unrecht, denn dort, wo die Rote Armee herrscht, ist Friedhofsruhe, ist der Wille zum Fortschritt zu Grabe getragen, gibt es keinerlei Freiheit und keine andere Meinung als die staatlich vorgeschriebene. Dort ist der Barbarismus dunkler Vorzeiten aufstanden und einige Parteidiktatoren herrschen über Leib und Leben von Millionen. Dort gibt es kein Aufbegehren gegen die Gewalt; es herrschen Terror und Parteilinie. Verschleppungen, Konzentrationslager und Galgen harren auf jeden, der gegen diesen Frieden aufmuckt.

Während die Wähler der demokratischen Parteien im vorläufig vom Stalinismus noch nicht eroberten Resteuropa in der Abwehr dieses Friedhofsfriedens, im Aufbau Europas und in der Beseitigung der Kriegsgründe ihre Aufgabe sehen, versucht ein kleines Häufchen von KP-Beamten nach Weisungen ihrer Vorgesetzten im Politbürobüro den Westen in den gleichen Abgrund zu stoßen. Mut gehört dazu nicht; die Fehler gewisser Besatzungsmächte erleichtern ihnen vieles. Im übrigen darf man im Westen vieles unternehmen, was den Sturz der Demokratie herbeiführen könnte. Den Feinden der Freiheit sind beinahe alle Freiheiten und Frechheiten erlaubt, aus Gründen falschverstandener Toleranz.

Weil aber die Welt nach Frieden schreit, wählen die Stalinisten die Vokabel „Frieden“, die sich aus ihrem Munde gar eigenartig anhört, zu ihrem Schlagwort, und sie meinen

damit innerlich die Schwächung des Widerstandes gegen den Stalinismus. Sie zogen einen Friedensrummel auf, der, gespeist mit Geldern aus dunklen Quellen, für jeden ehrlichen Menschen ein Schlag ins Gesicht ist. Wortführend in ihm sind die wohlbekannten Schwesterorganisationen der kommunistischen Parteien, von der VVN über den Kulturbund bis zur FIAPP. Frauenverbände sorgen für die notwendige Rührseligkeit; aber die Kinder jener Frauen marschieren, wie seinerzeit unter Hitler in HJ und BDM, im Gleichschritt in den Kadern der FDJ. Sie tragen Uniformen, Fahnen flattern ihnen voran und Fanfaren lärmern bei diesen sogenannten Friedensmärschen. Noch ist es diesseits des eisernen Vorhangs allerdings nicht so weit, daß „Volkspolizei“-Kompanien nach preußischem Exerzierreglement paradiere und Gewehre präsentieren wie neulich bei der Amtseinführung des Sowjetobersten Wilhelm Pieck zum Präsidenten der Ostzone. . . . Dennoch: von solchen Friedensmärschen war es schon immer lediglich ein kurzer Schritt in den Krieg, in den Bürger- oder Weltkrieg. Schon einmal wurden aus Pimpfen Soldaten, aus Soldaten Grabhügel mit Millionen weißer Holzkreuze, aus blühenden Städten grausige Ruinenfelder, aus Frauen, die ihren marschierenden Söhnen stolz zuwinkten, weinende Kriegermütter.

Man gibt vor, für den Frieden zu kämpfen und bedient sich kriegerischer Methoden; da gibt es Friedensbrigaden, Friedensmärsche, Friedensfahnen und eine Friedensfront. Die jüngsten Friedenskämpfer, ob Jungen oder Mädchen, tragen Uniformen, und an ihren Koppeln baumeln Fahrtenmesser und morgen vielleicht Handgranaten. Wie sich die Bilder gleichen. Nur die Farbe der Uniformen wechselt.

Günther Elbin

Sinn und Bedeutung des 20. Juli 1944

von Hermann Freiherr v. Lüninck

In der Nacht vom 20. zum 21. Juli 1944 meldete der deutsche Rundfunk, daß „eine ganz kleine Clique feudaler Reaktionäre, wegen Unfähigkeit abgesetzte Offiziere und ehrgeiziger Politiker“ den Versuch gemacht hätten, die nationalsozialistische Regierung zu stürzen und den Führer durch eine Bombe zu ermorden. In den folgenden Wochen wurde mit allen Mitteln der Goebbels'schen Propaganda über Rundfunk und Presse diese These von der „ganz kleinen Clique“ und ihren „ehrgeizigen und selbstsüchtigen Motiven“ weiter vertreten und hat sich in breiten Volksschichten festgesetzt. Wenn selbst heute noch in manchen Kreisen des Auslandes die Vorstellung besteht, die Widerstandskämpfer seien Abenteurer und Desperados gewesen, oder wenn sie im Inlande als blinde Fanatiker, als Ehrgeizlinge und Verräter bezeichnet werden, die der kämpfenden Front leichtfertig in den Rücken fielen, so bilden diese Auffassungen noch eine Auswirkung der Goebbels'schen Propaganda.

Eine wissenschaftlich einwandfreie, kritische und umfassende Darstellung der deutschen Widerstandsbewegung liegt bisher nicht vor. Sie ist äußerst schwierig, weil das Wesen der Widerstandsbewegung als einer Verschwörung es notwendig machte, daß nur ganz wenige Persönlichkeiten Gesamtsicht und Gesamtüberblick besaßen, weil diese wenigen Personen sämtlich den Tod gefunden haben und weil darüber hinaus auch die große Mehrzahl der auf Teilgebieten aktiv eingesetzten Widerstandskämpfer Opfer des Umsturzversuches, sowie der Straf- und Racheaktion Hitlers, Goebbels und Freislers geworden sind, weil endlich wahrheitsgemäße schriftliche Aufzeichnungen während der Umsturzvorbereitung sich von selbst verboten und weil in den Verhandlungen des Volksgerichtshofes weder Ankläger noch Angeklagte, noch das Gericht die objektive Wahrheit zu sagen und zu ermitteln bemüht waren. Es bedarf noch vielseitiger Einzeltorschung, bis eine umfassende wahrheitsgetreue Darstellung der aktiven Widerstandsbewegung und ihrer Einzelvorgänge geboten werden kann.

Völlig klar und erkennbar jedoch ist der Geist, welcher diese aktive Widerstandsbewegung besellte, ist der Charakter ihrer Träger und die Quelle, aus der sie die Kraft zu einem fast unter jedem Gesichtspunkt hoffnungslosen Unternehmen schöpften.

Die politischen Anschauungen der Beteiligten gingen verhältnismäßig weit auseinander: Von der streng-christlich-konservativen Rechten bis weit in die Reihen der christlichen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie hinein. Einig aber waren sie in dem leidenschaftlichen Willen, der Wahrheit und dem Rechte zu dienen und dem Unrecht, das von einer verbrecherischen Führung im Namen des deutschen Volkes verübt wurde, Einhalt zu gebieten.

Dieser kämpferische Wille für das Recht war Kennzeichen und Triebfeder der Widerstandsbewegung. Vor ihm traten alle Erwägungen des persönlichen Interesses und sogar der politischen Klugheit weit zurück.

Ganz allein diese Grundeinstellung überwand schließlich auch das geschichtlich schwerste Hindernis des aktiven Einsatzes der Widerstandsbewegung: Die auf alle direkten und indirekten Anfragen und Bitten von den verantwortlichen Organen der Westmächte konsequent und eindeutig gegebene Erklä-

Archiv

nung: Auch nach dem Sturze Hitlers wird einer erfolgreichen deutschen Umstürzbewegung keinerlei irgendwie leichtere Friedensbedingung gegenüber der Forderung der bedingungslosen Kapitulation („unconditionally surrender“) in Aussicht gestellt; ebensowenig irgendwelche Zusicherung des Schutzes gegenüber der furchtbaren persönlichen und völkischen Gefahr einer Ueberflutung Ost- und Mitteleuropas durch die bolschewistischen Horden Asiens.

Es ist völlig einleuchtend, welch schwere seelische Belastung, welch furchtbare Gewissenskämpfe diese Haltung der Westmächte in der Brust der von heißer Vaterlandsliebe und höchstem Ehrempfinden erfüllten Träger der Widerstandsbewegung verursachten: Grauenhafte Not von Volk und Vaterland — vielleicht nur um wenigstens geringer als wenn Hitler den hoffnungslosen Krieg bis zum bitteren Ende fortsetzen konnte — schwerste Belastung der persönlichen Ehre in den Augen des eigenen Volkes lagen als Folge auch einer siegreichen Umstürzbewegung vor den klar sehenden Augen ihrer Träger.

Wenn trotz dieser ungeheuren seelischen Belastung, deren ganze Schwere nur der ermessen kann, der in jenen Monaten in persönlichem Gespräch Zeuge der Gewissenskämpfe der führenden Männer der Widerstandsbewegung war, wenn trotz allem am aktiven Versuch gewaltsamer Aenderung der Führung von Volk und Reich festgehalten wurde, so war dafür allein die Tatsache maßgebend, daß um der Ehre des deutschen Volkes willen der unerträgliche Zustand beendet werden mußte, daß schier Tag für Tag in fast allen Ländern Europas im Namen des deutschen Volkes Unrecht auf Unrecht, Verbrechen auf Verbrechen und Grauel auf Grauel gehäuft wurde. Namentlich bei Generaloberst Beck, der mehr und mehr Seele und Kopf der ganzen Bewegung war und der ein ebenso großer Soldat wie edler und gerechter Mann war, stand diese Erwägung völlig im Vordergrund und verdrängte alle Hemmungen der persönlichen Gefahr für Leben und Ehre und der geringen Erfolgsaussicht. Nicht minder bestimmte die gleiche Erwägung die Entscheidungen der anderen führenden Widerstandskämpfer, eines Goerdeler, Witzleben, Stauffenberg, Popitz, Tresckow. Von General von Tresckow bezeugt sein Adjutant, von Schlabbrendorff, ausdrückliche folgende Äußerung, die den Geist dieses Kreises zutreffend wiedergibt:

„Das Attentat auf Hitler muß erfolgen, um jeden Preis. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem der Staatsstreich versucht werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.“

Während die Haltung der Westmächte gegenüber der deutschen aktiven Widerstandsbewegung eine schwere moralische Belastung der angelsächsischen Führer vor Gott, vor der Geschichte und vor dem Abendland darstellt, darf das deutsche Volk stolz darauf sein, daß in seinen Reihen eine verhältnismäßig sehr große Zahl führender Vertreter bester Volkskreise sich fanden, die unter schwersten politischen Voraussetzungen den Kampf für das Recht allen anderen Erwägungen vorangestellt haben, Männer aus allen Stämmen, Ständen und Parteien des deutschen Volkes: Eine große Anzahl hervorragender militärischer Führer — Generaloberst Beck, Generalfeldmarschall von Witzleben, Generaloberst Freiherr von Hammerstein, General von Tresckow usw. —; zahlreiche politische Führer der verschiedenen Richtungen und Parteien — Dr. Goerdeler,

Dr. Popitz, Dr. Hermes, Leuschner, v. Hassel u. a. —; hervorragende Arbeiterführer, besonders der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, aber auch der freien Gewerkschaften — Groß, Letterhaus, Leuninger, Leuschner, Jakob Kaiser u. a. —; viele bekannte Universitätsprofessoren und Anwälte, Geistliche der beiden christlichen Bekenntnisse. Auffallend stark war die aktive Anteilnahme des deutschen Adels: Zahlreiche Namen, die in der deutschen Geschichte guten Klang haben — Graf Stauffenberg, Graf Bernstorff, Frhr. v. Boeselager, Graf Dohna, Frhr. v. Guttenberg, Frhr. v. Hammerstein, Graf Hardenberg, v. Kleist *) Frhr. v. Leonrod, Frhr. v. Lüninck, Graf Matuschka, Frhr. v. Plettenberg, Graf v. d. Schulenburg, v. Thadden, v. Trotti zu Solz, Graf York von Wartenburg, von Witzleben, um nur einige Namen zu nennen — waren auch an den Vorbereitungen des 20. Juli beteiligt und haben die Ehre ihres Volkes und ihres Namens mit Blut besiegelt.

Dieser ganze große Kreis, verschieden nach sozialer Stellung, Herkunft und politischen Anschauungen, war einig im Kampfe für das Recht und in rückhaltloser Einsatzbereitschaft in diesem Kampfe.

Nie ist schamloser gelogen worden, als von der nationalsozialistischen Presse, wenn sie den Männern des 20. Juli persönlichen Ehrgeiz, Machtstreben, Eitelkeit u. ä. nachsagte. Jeder von ihnen wußte, daß die Erfolgsaussicht des Unternehmens gering war, daß die persönliche Todesgefahr überaus groß war und daß die militärische und politische Lage auch nach einem erfolgreichen Umsturz denkbarst schwierig und für die Träger der Bewegung unter jedem Gesichtspunkt höchst undankbar sein mußte.

Aber kaum geringer ist die Unwahrhaftigkeit, wenn die Presse der Siegerstaaten nach dem deutschen Zusammenbruch vielfach behauptet hat, es hätten sich in Deutschland keine Männer gefunden, die sich gegen das Unrecht und die Gewalttaten der nationalsozialistischen Regierung zur Wehr gesetzt haben. Tatsächlich umfaßte die Bewegung, die zum 20. Juli 1944 führte, mehr als 1000 führende militärische und politische Persönlichkeiten.

Ich beklage die Opfer des 20. Juli 1944 nicht, so nahe mir auch manche durch Bande des Blutes, der Freundschaft und Kameradschaft verbunden waren. Selten ist in der Weltgeschichte von einer großen Gemeinschaft aus so edlen Motiven, aus so lauterer Gesinnung, aus so völliger Selbstlosigkeit, aus so reiner christlicher Opferbereitschaft, aus so edler Vaterlandsliebe für die große Sache des Rechtes gekämpft und gestorben worden, wie von den Männern des 20. Juli 1944.

Turmhoch stehen diese Männer über ihren deutschen Feinden, die sie nach dem 20. Juli im Volkgerichtshof, im Rundfunk und in der Presse mit Gift und Galle begeistert und besudelt haben, ganz zu schweigen von jenen Untermenschen der Gestapo, die von ihnen mit allen Mitteln moderner Tortur, teils Geständnisse, teils unwahre Selbstbeschuldigungen erpreßt haben. — Turmhoch stehen sie aber auch über so manchen Vertretern unserer siegreichen Feinde, welche nach dem deutschen Zusammenbruch die heldenhafte und reine Opferbereitschaft dieser Männer nicht sehen und nicht anerkennen wollten und doch selbst durch ihre politisch-wirtschaftliche Selbstsucht und durch mancherlei Rechtsbruch und Gewalttat sich mit ähnlicher Schuld beladen haben, wie ihre

*) Wir veröffentlichen in der nächsten Nummer eine Würdigung von Ewald v. Kleist-Schmenzin von Prof. Dr. Arthur Wegner, Münster.

nationalsozialistischen Gegner es getan hatten. — Turmhoch stehen sie endlich auch über dem platten Nützlichkeitsstandpunkt so mancher deutschen Volksgenossen, die während der nationalsozialistischen Herrschaft sich sorgsam und ängstlich im Hintergrunde hielten, nach dem Sturz des 3. Reiches aber in Liebedienerei gegenüber den ausländischen Machthabern, in Denunziantentum und Postenjägerei selbst die Erbärmlichkeit vieler Nationalsozialisten noch in den Schatten stellten, dafür aber den Männern des 20. Juli ebenso fremd gegenüberstanden, wie sie dem 6jährigen Heldenkampf unserer Frontsoldaten mit Undankbarkeit und Verständnislosigkeit begegneten.

Wer da weiß, wie stolz die Männer des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof gestanden haben und für Wahrheit und Recht eingetreten sind, wie sie zur Richtstätte gegangen sind mit frohem stolzem Bekenntnis ihres Christentums und ihres Deutschtums, wer jemals die Augen dieser Männer gesehen hat, wenn sie aus dem Gefängnis der Gestapo zum Gerichtshof in der Bellevue-Straße oder zum Galgen im Gefängnis in Plötzensee geführt wurden, der weiß, daß sie als bewußte Opfer für das Recht und für die deutsche Ehre in den Tod gegangen sind, der weiß auch, daß ihr Tod, ihr edles reines Blut den deutschen Namen rein gewaschen hat von so manchem Unrecht und so mancher Schandtat vergangener Machthaber, der weiß endlich, daß das deutsche Volk und namentlich die Hinterbliebenen dieser edlen Opfer ihren Namen und ihre Erinnerung nicht in Trauer bewahren sollen, sondern so wie jene Männer selbst ihr Andenken gewahrt wissen wollten:

Tapfer und stolz!

Der „Stahlhelm“ dort, wo er hingehört

Wir erinnern uns noch der zwiespältigen Empfindungen, als im Herbst 1939 nach Abschluß des Polenfeldzugs erzählt wurde, ein Divisionskommandeur habe auf Hitlers bewundernde Frage, wie seine Truppe so Ungeheures habe leisten können, knapp geantwortet: „Pommerischer Adel und Stahlhelmgelast!“. Auf der einen Seite buchte man mit Befriedigung, daß hier der überhebliche Diktator, der alles Wertvolle erst mit sich selber beginnen sah, erinnert wurde: „Bilde dir ja nicht ein, daß diese Taten durch deine Vorarbeit und Erziehung möglich geworden seien; was du dir zuschreibst, ist auf ganz anderem Boden gewachsen!“. Auf der andern Seite war hier, fast noch mit einem Unterton von Stolz, der tragische Tatbestand festgelegt, daß der Erzverderber seine Erfolge zum guten Teil gerade den Kräften verdankte, die zu seiner Bekämpfung berufen waren, daß er seine Vaterlandszerstörung auf Opfer aufbauen konnte, die eigentlich dem Vaterland vermeint waren. Dieser bittere Sachverhalt mußte, wenn man ihn ohne gleichzeitigen Ausdruck des Schmerzes und der Empörung hervorhob, die geschichtliche Rolle jener Kräfte vollends verfälschen helfen.

Die Verdunkelung ihrer Rolle hatte begonnen, als aus dem kurzfristigen Bündnis der Deutschnationalen, des Stahlhelms und der Nationalsozialisten gegen den Youngplan ein fortgesetztes parlamentarisches Zusammenwirken gegen die Rettungsversuche Brünnings für den Weimarer Staat geworden war. Schuld daran trug in erster Linie Brüning, der lieber das Verfassungsrecht beugte als mit Hugenberg gegen die Sozialdemokratie zusammenging und der seine Polizeiverbote niemals auf den Nationalsozialismus beschränkt, sondern im-

Der 20. Juli – Besinnung und Auftrag

Dr. Eugen Gerstenmaier, Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen und Bundestagsabgeordneter, ist einer der Überlebenden aus den Gruppen, die am 20. Juli 1944 das deutsche Schicksal zu wenden versuchten. Er äußert hier Gedanken, die er zum Jahrestag des Ereignisses auch im Süddeutschen Rundfunk vorträgt.

Unter den Salven der Hinrichtungskommandos und ihren fanatischen Heilrufen auf den „Führer“ brach am Abend des 20. Juli 1944 im Hof des Oberkommandos der Wehrmacht in der Bendlerstraße zu Berlin der einzige groß angelegte Versuch zusammen, Deutschland in letzter Stunde vor Hitler zu retten. Seit jenem Tage bis heute ist der Vorhang nicht ganz zurückgezogen, der über den Ereignissen liegt, die dem deutschen Volk von der damaligen Nachkriegsregierung nur zögernd und bruchstückhaft ein ehrloses Unternehmen einer ehrgeizigen Offiziersclique zur Kenntnis gebracht wurden. Die Hauptzeugen schweigen, denn sie sind tot. Der Tatbestand selbst ist vielfältiger Deutung unterworfen. Aber er ist in sich selbst einfach und klar.

Am 20. Juli 1944 richteten hohe Vertreter der deutschen Wehrmacht die Waffen gegen das Staatsoberhaupt und damit gegen ihren eigenen obersten Befehlshaber. Ein in der Geschichte anderer Länder nicht allzu seltener Vorgang vollzog sich zum ersten Male in Deutschland. Und das war, ja das ist bis heute für viele unserer Mitbürger ein unerhörtes Ereignis. Die Prozesse vor dem Volksgerichtshof, die der Tat des 20. Juli folgten, haben bündig bewiesen, daß die Tat des Obersten im Generalstab Graf Klaus von Stauffenberg und seiner nächsten Kameraden nicht nur eine Aktion deutscher Soldaten war, sondern daß sie nur der erste notwendige Akt in einem Unternehmen sein sollte, das von vielen deutschen Männern und Frauen aus allen Schichten und Ständen heiß ersehnt wurde, das seit Jahr und Tag kühn und umsichtig vorbereitet worden war und das — als es schließlich ausgelöst wurde — scheiterte — nicht nur Millionen um die letzte Hoffnung auf die Rettung Deutschlands brachte, sondern auch Generalsstäbler und Arbeiterführer, Staatspolitiker und Kirchenmänner in den Kerkern und in einem bitteren Tod brüderlich vereinte.

Der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 hat auf allen seinen Stufen, in jedem Abschnitt seiner Vorbereitungen und im Willen und Bewußtsein aller seiner Teilnehmer immer nur ein Thema gehabt. Dies Thema hieß: Rettung Deutschlands. Zweifelloß gab und gibt es Leute, denen dieses Thema nicht sonderlich sympathisch war und ist. Damit mag es zusammen-

hängen, daß sich der Staatsstreich im Ausland nur langsam und sehr zurückhaltend zustimmende Beurteilung erwerben konnte. Soweit dies die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands betrifft, können wir diese Einstellung verstehen. Denn um der alliierten Kriegsziele willen wurde der 20. Juli weder geplant noch gewagt. Er wurde auch nicht gewagt, um dieser oder jener staatspolitischen Doktrin willen. Er wurde geplant und gewagt einzig und allein zur Rettung Deutschlands, zur Rettung seines Blutes und seines Bodens, zur Rettung seiner Freiheit und zur Rettung seiner letzten Würde vor dem Urteil der Weltgeschichte. Der Versuch mochte scheitern — die Aussichten standen immer 1:2 gegen das Gelingen —, aber er mußte gewagt werden. Denn es war dieser Versuch die letzte Möglichkeit, das Herzblut Deutschlands an die Befreiung von ruchloser Tyrannei zu setzen, damit auch der Versuch, Millionen von Erniedrigten und Beleidigten aus vielen europäischen Völkern der schrecklichen Gewalt der Würger und Schänder von Buchenwald und Auschwitz zu entreißen, eben der Würger, die Deutschlands Namen mit Schande beladen hatten. Dieser Versuch mußte auf jedes Risiko hin gemacht werden. Es galt zugleich, das Reich vor dem Zusammenbruch zu bewahren, der Millionen um Heimat und Leben bringen würde.

Dieser dankwürdige Versuch ist am 20. Juli 1944 unternommen worden. Er ist gescheitert. Das Deutsche Reich ist dahin. Es hat wenig Sinn, heute die Gründe zu untersuchen, die zum Scheitern führten. Es sind gewiß nicht nur technisch-taktische Zufälligkeiten oder militärisch-revolutionäre Halbheiten. Es sieht so aus, daß nicht nur der Tat selbst, sondern auch ihrem Mißlingen ein tiefer geschichtlicher Sinn innewohnt. Ihm haben sie alle gedient, die in verschiedener Weise, aber mit ganzem und redlichem Herzen für die Ehre, für das Recht und die Freiheit der Deutschen gekämpft haben und still am Galgen von Plötzensee oder mit dem letzten Gruß an Deutschland auf den Lippen unter den Salven in der Bendlerstraße gestorben sind. Es ist unmöglich, sie alle zu nennen. In dankbarer Trauer aber werden große Teile unseres Volkes am sechsten Jahrestag des 20. Juli der toten Freunde und Kameraden gedenken, die mit Beck und Stauffenberg, mit Goerdeler und Lenschner, mit Maltke und Mierendorff gelebt, gekämpft und gelitten haben. Und sie werden an diesem Tage die Witwen und Eltern, die Söhne und Töchter dieser Männer grüßen, denen gleich den Toten die Freiheit und das Recht allezeit mehr gelten mögen als das Leben.

Für das deutsche Volk aber ist jede Wieder-

kehr des 20. Juli ein erneuter Anlaß zur Besinnung in dreifacher Hinsicht. Erstens sollten wir erkennen, daß sich in den letzten fünfzehn Jahren unter uns und zwischen uns ein Wandel unseres sittlichen und nationalen Bewußtseins vollzogen hat, der nicht überschätzt und niemals rückläufig werden darf. Stärker als die geheiligten Anschauungen der zivilen und militärischen Tradition, ja auch des militärischen Ethos und Gehorsams sind Gottes Gebote und Ordnungen. Jeder von uns ist aufgerufen, sein Denken und Handeln, aber auch Befehle und Weisungen, die er gibt oder entgegennimmt, am Maßstab des unwandelbaren Rechtes zu messen und danach zu tun! Zweitens: niemand von uns sollte über die Massengräber des letzten Krieges und die Leidenstätten der Lager und Gefängnisse hinweg der ideenlosen Restauration vergangener Tage und ihrer gesellschaftlichen Ideologien und politischen Doktrinen zufallen. Der Adel Preußens und die Elite der deutschen Arbeiterbewegung starben Seite an Seite. Sollten wir fortan nicht — viel mehr als wir es tun — brüderlich miteinander leben?

Und schließlich: nicht in Haß oder Feindschaft, sondern in nachdenklicher Trauer fragen wir, die wir dem Henker entronnen sind, heute so manchen ausländischen Staatsmann: was hat die Politik des unconditional surrender, der bedingungslosen Kapitulation, den Siegern und den Besiegten eigentlich eingebracht? Uns die Verurteilung des Rettungsversuchs zum Mißerfolg, den Siegern und den Besiegten aber das drohende Gewölk eines neuen Krieges, das nach einem halben Jahrzehnt schon wieder am Horizont der Welt steht! Mußte das sein? Wäre es nicht besser gewesen — ja, wäre es nicht heute noch besser —, trotz allem, was Deutschland zu vertreten hat, um den Frieden der Welt nicht gegen die Deutschen oder an ihnen vorbei, sondern mit ihnen zusammen zu ringen, d. h. uns die Einheit und die Freiheit wiederzugeben und uns als Gleichberechtigte in die Gemeinschaft der Völker der Welt einzeln zu lassen?

Wie es aber auch die anderen sehen und halten mögen: das Thema, das einzige Thema des 20. Juli, ist heute noch aktuell. Ja, es ist neu gestellt, denn zur Rettung Deutschlands, zur Rettung der Freiheit, zur Rettung der Heimat sind wir nach wie vor aufgerufen. Wir alle, gleichgültig, wo wir einst standen — wenn wir nur jetzt guten Willens sind. Möge Gott es uns gewähren, daß nicht das Siegel der verlorenen Kohorten und der Unverstand ausländischer Staatsmänner das Letzte über jener deutschen Tat für die Freiheit und für das Recht bleibe, sondern das Lied der Nation noch zu unseren Lebzeiten in einem geeinten Europa ertöne.

Die Bekenntnisse eines Briefträgers

Von Erich Dombrowski

Jede Zeit legt ihren Rechenschaftsbericht vor. Das besorgen, nach einigem Abstände, die Geschichtsforscher. Ehe aber die Politik zur Geschichte gefriert, ehe die größeren Zusammenhänge erkannt werden können, melden sich gewöhnlich, etwas vorschnell, die unmittelbar daran Beteiligten zu Wort: die Tenöre und die Primadonnen der Politik, die Dirigenten und die Solisten des Orchesters. Die Verfasser von Erinnerungen bevölkern nach großen politischen Ereignissen den dichten Bücherwald. Der Historiker genießt sie mit Vorsicht. Bei seiner kritischen Sichtung des Materials muß er das Ich des Autors von der Welt, die es um sich Karussell fahren läßt, wohl unterscheiden, nicht zuletzt durch Vergleich, um zu einem klaren Urteil zu kommen über das, was wirklich war. Wenn gar gewesene Politiker oder Staatsmänner, Diplomaten oder Generäle, nach einem Zusammenbruch ihres Systems, auf der öffentlichen Anklagebank der Geschichte sitzen, ist doppelte Vorsicht am Platze. Denn dann machen sie oft von dem Vorrecht des Beschuldigten Gebrauch, die Taten der anderen zu entschleiern, ihre eigenen aber zu verschleiern. Zu den vielen Memoiren-Schreibern, die jetzt, da alles vorbei ist, Kopf an Kopf, auftauchen, sozusagen aus der Tiefe heraufquellend, hat sich Otto Meißner, der Staatssekretär des Präsidialkabinetts, gesellt. Eine seltsame Erscheinung. Breit, schwer, quadratisch gleich einem Büroschrank, mit einer Hornbrille auf der Fassade. Heute siebzig Jahre alt. Ein geborener Elsässer. Seine eigentliche Heimat aber wurde Preußen. Der Süden, der ihm im Herzen leuchtete, und der Norden Deutschlands, der ihm im Gehirn steckte, vermochten in ihm nie zu einem rechten Ausgleich zu kommen. Dieses seelische Grenzgangertum wurde sein Verhängnis, bestimmte seinen Charakter, und unter den Kompromissen die er mit sich und der Umwelt fortwähr zu schließen hatte, zerbrach er. Nur, daß er es vor sich und den andern nicht zugeben wollte. In einer demokratischen Atmosphäre war er aufgewachsen, war dann zu den Preußen gegangen, hatte als aktiver Offizier den ersten Weltkrieg mitgemacht, war in den Dienst des Auswärtigen Amtes übergetreten und fand sich, demokratisch umspült, bald danach als Chef im Büro des Reichspräsidenten Ebert wieder. Als Hindenburg sein Amt antrat, blieb er sitzen und erinnerte sich wieder mehr seiner verhältnismäßig kurzen militärischen Vergangenheit. Als Hitler endlich in das Palais des Reichspräsidenten einzog, verharnte er wiederum auf seinem Posten, schaltete sich um und schaltete sich gleich und machte alles, Schritt für Schritt, bis zum bitteren Ende tapfer mit. Er war bei allen nur dabei gewesen. Er hatte immer nur in der zweiten Reihe gestanden. Er war ein korrekter Beamter gewesen, der nur ausführte, was sein Vorgesetzter ihm auftrug. Er hatte sich zu einer fleischgewordenen Sachlichkeit, durch dick und dünn, heraufgelebt. Vier Jahre lang war er dann in alliierten Lagern in Haft gewesen und wurde schließlich von dem amerikanischen Militärgericht als nichtschuldig freigesprochen.

In den langen Jahren der Internierung schrieb er seine Erinnerungen, die jetzt bei Hoffmann und Campe in Hamburg, den Nachfahren der Verleger Heinrich Heines, erschienen sind. Mit peinlicher Sauberkeit und bestechender Klarheit hat er einen Spiegel der Geschichte von 1918 bis 1945 gegeben, jener schicksalsschweren Epoche Deutschlands, in der er scheinbar nur hinter dem Schreibtisch in seinem Büro gesessen hat. Wohl fehlt es nicht an Werturteilen, zustimmenden und ablehnenden, aber sie bewegen sich, vorsichtig formuliert, immer nur am Rande des Geschehens, das er als Chronist wiederzugeben versucht. Um sein eigenes Ich schleicht er vorsichtig herum. So, als ob er weder innerlich noch äußerlich daran beteiligt gewesen wäre. Trotz alledem muß der objektive Kritiker anerkennen, daß sich unter den heutigen Verflechtungen über das Werden und Vergehen der ersten deutschen Republik nur wenige befinden, die ein so übersichtliches, oft spannendes Bild in gedrängter Sprache von dem geben, was jetzt hinter uns liegt. Es ist ein ergreifendes Lehrbuch für uns, Seite auf Seite, zeigt, wie eine aus Trümmern geborene Demokratie zerschellen muß, wenn Revanchegeist und Kurzsichtigkeit, drinnen und draußen, sich, wenn auch unbewußt, in die Hände arbeiten und so die Grundlagen eines Aufbaus erschüttern, bis der ganze Bau zusammenbricht.

Aus der Fülle des Materials, das Meißner, sorgfältig geordnet, zusammenträgt, springt einiges heraus, das noch nicht bekannt ist und das heute, nachträglich, manche Situation erhellt. Als Wilhelm II. im November 1918 die Armee verließ und in Holland eine Zu-

flucht suchte, hatte ein Generalstabsoffizier an der Front mit schrillum Hohn ausgerufen: „Seine Majestät der Kaiser und König haben gnädigst geruht zu desertieren.“ Dieses Wort gab damals die Stimmung des Heeres über den kaiserlichen Schritt wieder. Maßgebende Politiker der Rechten traten im Frühjahr an den Feldmarschall von Hindenburg und einige andere Generäle mit der Bitte heran, durch eine gemeinsame Äußerung dieser abträglichen Kritik an dem kaiserlichen Entschluß entgegenzutreten. Insbesondere sollten sie hervorheben, daß sie den Monarchen zu diesem entsagungsvollen Schritt veranlaßt hätten und hierfür als seine Ratgeber die Verantwortung trügen. Meißner fährt fort: „Aus Unterhaltungen mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg erfuhr ich später, daß diese Erklärung mehr aus Vasallentreue und zur persönlichen Ehrenrettung des Kaisers als zur Feststellung der geschichtlichen Tatsachen abgegeben worden ist. In Wirklichkeit haben weder Hindenburg noch einer der beiden anderen Generäle dem Kaiser eine Flucht ins Ausland empfohlen.“ Ein anderes. Zehn, elf Jahre später. Im Reichstage regierte damals die Große Koalition, die sich von der Deutschen Volkspartei über das Zentrum und die Demokraten bis zu den Sozialisten erstreckte. Trotz allen Stürmen der Not hatte dieses Zusammengehen der Mitte das Staateschiff durch die zahlreichen Klippen gesteuert. Als dann aber, im Zeichen der Wirtschaftskrise, die Stimmen der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten von Wahl zu Wahl wuchsen, wichen die Deutsche Volkspartei, nach dem Tode Stresemanns, aus Besorgnis um ihren Parteibestand, nach der rechten und die Sozialdemokraten, aus Furcht vor einer Ueberflügelung durch die Kommunisten, nach der linken Seite aus. Was blieb, war ein parlamentarischer lebensunfähiger Torso. Der Reichspräsident mußte, da keine Regierungsmehrheit zustande gebracht werden konnte, die Führung der Politik selbst in die Hand nehmen und mußte, nacheinander, drei Präsidialkabinette bestellen. Auf Brüning folgte Papen, und Papen wurde abgelöst von Schleicher. Und dann kam Hitler. Von 1925 bis 1930 hatte es keine Ausnahmeverordnung gegeben. Dann aber ging es los. Bis zum April 1931 wurden neben neunzehn formellen Gesetzen zwei Notverordnungen erlassen. Von April bis Dezember desselben Jahres kam überhaupt kein einziges normales Gesetz mehr zustande. Dagegen waren vierzig Notverordnungen erforderlich. Im Jahre 1932 erschienen nur fünf Gesetze, aber neunundvierzig Ausnahmeverordnungen. Der Reichstag hatte sich durch seine Arbeitsunfähigkeit selbst ausgeschaltet. 1930 gab es noch vierundneunzig Sitzungen. 1931 nur noch einundvierzig und 1932 lediglich dreizehn. Die Parteien waren impotent geworden. Die Geschismisse gingen über sie hinweg.

Hitler: das ist ein Kapitel für sich. Kein Wort darüber, wie Meißner, der ihn eben noch, allerdings im Auftrage Hindenburgs, schroff abgelehnt hatte, dann doch den Weg zu ihm fand und die ganzen Jahre getreu an seiner Seite blieb. Das ist die größte psychologische Lücke. Wie so oft, wenn sein Charakter Sprünge macht, wird man versucht, an seine eigene Schulzeit zu denken. Wenn es brenzlich wurde, erhob man den Finger und sagte schüchtern: „Herr Lehrer, ich muß mal raus!“ Also, er ist da, und er bleibt da, die ganzen zwölf Jahre, macht alles mit, an der Quelle sitzend, aus der alles Unheil kam, beschränkt sich auf seine Büroarbeit und bearbeitet, wie er in dem Nürnberger Prozeß gegen die Wilhelmstraße aussagte, in der Hauptsache Gnadengesuche. Nüchtern. Realistisch. Korrekt. Diszipliniert bis zur Entpersönlichung. Kultiviert nur nach innen. Er will sich allerdings, wie er später vor dem Gericht bekundet, für Juden und Insassen der Konzentrationslager und für verschleppte Personen aus den besetzten Gebieten (vorsichtig, wie die Lage es erfordert) eingesetzt haben. Als Adam den Sündenfall im Paradies begangen hatte, verbarg er sich. Und als der Herr kam und ihn suchte, rief er: „Adam, wo bist Du?“ Das möchten auch wir immer wieder in diesem Buche fragen. Er selbst, der hinter den Kulissen über zwei Jahrzehnte einen überaus einflußreichen, wenn auch indirekten, persönlichen Einfluß auf die Spitze des Staates ausgeübt hat, zugeben weniger auf Hitler, schweigt sich darüber in und zwischen den Zeilen in sieben Sprachen aus, um ein Wort Schleiermachers zu gebrauchen. Er versteckt sich hinter den andern und versteckt sich hinter seinem eigenen Ich. Er macht sich selbst zum Bürokraten, zum Registrator, zum Briefträger. So sollen seine Erinnerungen erscheinen als die Bekenntnisse eines Briefträgers, der allerdings die meisten Briefe selbst geschrieben, aber von einem anderen, von der höchsten Staatsstelle hatte unterschreiben lassen.

Grt. Hindenburg-Neuhardenberg
Norden-Hardenberg (20b)



Foto: Archiv

Anseinerandersehung über die Geschichtsschreibung

Gerhard Ritter, Angriff und Verteidigung

Der „Rheinische Merkur“ hat vor einigen Wochen einen Artikel gegen den Freiburger Universitätsprofessor für Geschichtswissenschaft, Georg Ritter, veröffentlicht. Dabei wurde das Verhalten Gerhard Ritters in der nationalsozialistischen Zeit kritisiert. Gerhard Ritter hat uns nunmehr gebeten, seine Darstellungen von ihm zu veröffentlichen, damit

die Leser des kritischen Artikels auch Gelegenheit haben, ihn selber zu hören. Wir kommen dieser Bitte nach, halten es aber für richtig, zunächst den Artikel von Dr. Roegel aus dem „Rheinischen Merkur“ zu veröffentlichen. Wir fügen daran anschließend den Artikel von Gerhard und überlassen es unseren Lesern, sich selber ein Urteil zu bilden.

Gerhard Ritter und die Geschichtsrevision

Der Artikel von Dr. Otto B. Roegel aus dem „Rheinischen Merkur“

Der deutsche Nationalismus beginnt, aus seinem konjunkturbedingten Totstell-Reflex zu erwachen. Wie weit die Dinge da und dort gediehen sind, zeigt ein Vorgang, der sich von der deutschen Öffentlichkeit leider so gut wie unbemerkt in den letzten Monaten abspielte. Das Münchener „Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit“ (über dessen Aufgaben und Einrichtung der „Rheinische Merkur“ vom 29. Juli und vom 12. August 1950 berichtet hatte), ist in eine einschneidende Organisationskrise geraten, weil in der Frage der definitiven Bestellung eines Generalsekretärs keine Lösung gefunden werden konnte. Und warum nicht? Der Freiburger Historiker Professor Gerhard Ritter, der heinahe zum Vorsitzenden des „Wissenschaftlichen Beirats“ des Instituts gewählt worden wäre, stellt als Vertreter überhöhten nationalstaatlichen Denkens ein bisher nicht besetztes Hindernis für die Aufnahme der eigentlichen Arbeit des Instituts im Sinne der Gründung dar.

Professor Ritter war — dies sei vorweggenommen — kein Nationalsozialist und wegen Beziehungen zu Kreisen des „20. Juli“ sogar eingesperrt. Sein Name ist in der letzten Zeit vor allem in der Diskussion über die politische und ethische Beurteilung Bismarcks wieder häufiger genannt worden. Aber gerade seine Stellung in dieser Diskussion zeigt überdeutlich, daß man — um es banal zu sagen — kein Nationalsozialist gewesen zu sein braucht, um ein hoffnungsloser Nationalist zu sein.

Der Hamburger Historiker J. A. v. Rantzau erhebt in einem vielbeachteten Aufsatz „Individualitätsprinzip, Staatsverherrlichung und deutsche Geschichtsschreibung“ („Die Sammlung“, Zeitschrift für Kultur und Erziehung, Mai 1950) die Frage, warum die deutsche Historiographie ihren einstigen weltweiten Ruf eingebüßt habe. Er gibt selbst die Antwort: „Woran sollte dies anders liegen als an der Verengung des historischen Horizonts und der Monotonie der Themenstellung, die durch die Festlegung auf die etatistische Tradition, durch ihre Absperrung von jeder lebendigen Philosophie und von jeder weitgreifenden politischen und sozialen Konzeption das Schicksal der deutschen Historiographie geworden ist?“

Wenn er dann an früheren und neuesten Arbeiten Ritters exemplifiziert, wie zäh hier an dem Idealbild des alten Obrigkeitsstaats und seiner etatistischen Konzeption festgehalten, wie unbelehrt die Apologie der kleindeutschen Lösung von 1870 fortgesetzt, wie die in der Stein-Biographie von 1931 schon formulierte Ablehnung naturrechtlichen und föderalistischen Denkens als „staatsfremder Ideologie“ im Grunde beibehalten wird — dann kann man Rantzau nur zustimmen zu der

Feststellung, daß zwar „Ritters Schriften nach 1945 in wesentlichen Punkten eine veränderte Haltung zeigen, ohne daß aber die grundsätzliche Stellung apologetischer Verteidigung des deutschen Nationalstaates dabei verlassen wird“.

Kann vollends die sachliche und gerechte Beurteilung des Dritten Reichs von einem Mann erwartet werden, der im Jahre 1937 einen akademischen Vortrag drucken ließ unter dem Titel „Der Oberrhein in der deutschen Geschichte“ (Freiburger Universitätsreden, Heft 25), in dem diese Sätze stehen:

„Was alles ist seit jenem 1. Juli 1930 geschehen, das uns das Herz von neuen Hoffnungen schwellen ließ! ... Zuletzt noch die Zurücknahme unbeschränkter deutscher Staatshoheit über die deutschen Ströme durch die Erklärung unseres Führers — alles hat sich gewandelt, was ehemals das Herz im Blick auf den Rhein mit Sorge bedrückte. Eine neue Zeit ist für Deutschland angebrochen...“ — „Je vollkommener die Verschmelzung von Staat und Nation gelingt, die den eigentlichen Inhalt des politischen Geschehens unserer Tage und das höchste Ziel unserer heutigen Staatsführung bildet, um so größer ist unsere Hoffnung, auch in Zukunft Freiheit, Macht und Ansehen Deutschlands zu behaupten, ja immer mehr zu steigern trotz aller Gefahren, die uns von außen umringen. Ein wirklich geeintes und mit seinem nationalen Staat innerlich verbundenes Volk braucht nicht zu fürchten, daß jemals die trüben Bilder deutscher Ohnmacht und Schmach am Rhein wiederkehren, von denen ich heute so viel erzählen mußte. Der jähe Aufstieg aus tiefster Erniedrigung, den wir am Ende dieser langen Geschichte miterleben durften, wird dann der Auftakt sein zu einer neuen, größeren und schöneren Zeit.“

Angesichts solcher Auslassungen aus einer Zeit, da der verbrecherische Charakter des von Ritter so enthusiastisch gepriesenen und als Erfüllung der deutschen Geschichte verherrlichten Systems hinlänglich bekannt sein konnte, fragt man sich, was man mehr bewundern soll: die Langmut der Zulassungsbehörde, die Gerhard Ritter 1945 in Amt und Würden beließ, oder die Naivität Ritters, der sich ausgerechnet in die Geschichtsschreibung des Dritten Reichs einzuschalten bemüht. Auch aus seinem Vortrag „Zur politischen Psychologie des modernen Frankreich“ (1943 gedruckt in Freiburg bei A. H. Blumer) ließen sich derartige Passagen herausstellen, die von nationaler Ueberheblichkeit und von Mißverständnissen über die wirkliche französische Psychologie geradezu triefen. Nicht ohne Grund verzichtet Ritter darauf, diese beiden Erzeug-

nisse in der Liste seiner Werke aufzuführen, die der Neuauflage von „Utopie und Machtstaat“ beigegeben ist...

Was soll man im übrigen davon halten, wenn Gerhard Ritter im Jahre 1950 (vergleiche „Merkur“, deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 28, S. 663) in der Apologie für sein Bismarckbild in wenig verschleierte Form eine pauschale, durch keine Einschränkung verunzierte Anerkennung der Hiltenschen Politik gegenüber dem Südosten bis zum März 1938 ausspricht? Sollte Professor Ritter nie etwas von der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß im Auftrage Hitlers, niemals etwas von der Wahlarbeit der illegalen Nazis in ganz Oesterreich, nie etwas von den außenpolitischen Wirkungen der Rassenpolitik, nie etwas von der Hetze gegen Polen und Tschechen gehört haben?

Zu diesen Bedenken gegen Ritters unverändert nationalistisch-obrigkeitsstaatliches Denken kommen noch Gesichtspunkte anderer Art hinzu, die es als geradezu unbegreiflich erscheinen lassen, daß der „Verband der Historiker Deutschlands“ sich ausgerechnet Ritter zum Ersten Vorsitzenden erwählt hat — und offenbar trotzdem hofft, mit ihm an der Spitze wieder international zugelassen zu werden. Erstaunlich ist auch die Instinktfolge-

keit, mit der die deutschen Historiker zu einem Zeitpunkt, der eine gründliche Revision des Geschichtsbildes fordert, einen Mann zu ihrem Repräsentanten wählen, der geradezu eine Garantie dafür bietet, daß aus dieser Revision nichts wird...

Dagegen ist es keineswegs erstaunlich, wenn sich eine nicht geringe Anzahl besonders der jüngeren Historiker dem monopolistischen Anspruch dieses Verbandes (und seinen personalpolitischen Terrorisierungsversuchen) zu entziehen sucht; und es ist ebensowenig erstaunlich, wenn die ausländischen Historiker unter diesen Umständen die deutsche Parallelorganisation mit Mißtrauen betrachten und nicht sehr geneigt sind, sie als Repräsentation der deutschen Geschichtsschreibung zu akzeptieren.

In seiner 1946 erschienenen Schrift „Geschichte als Bildungsmacht“ schreibt Ritter sehr zutreffend, daß es vordringlich wichtig sei, „die Einordnung des Geschehens (von 1933 bis 1945) in den Gesamtzusammenhang deutscher und europäisch-universalen Geschichte“ vorzunehmen. Dies ist ja auch die Aufgabe des „Instituts zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit“, das in dem Münchener Professor Karl Buchheim bereits einen ausgezeichneten Historiker für die Leitung der „Historisch-Politischen Abteilung“ gewonnen hat. Es wäre geradezu grotesk, wollte man einem Mann wie Ritter maßgeblichen Einfluß auf ein solches Institut einräumen, bemüht er sich doch seit fünf Jahren, diesen Zusammenhang im Sinne wechselseitiger Entlastung aus der Welt zu disputieren.

Es ist nicht eigentlich ein Thema über das ich sprechen möchte. Seine Fülle zu erschöpfen ist in der kurzen Zeit wohl unmöglich. Dieses Thema lautete dann, -bitte erschrecken Sie nicht, - "Die deutsche Widerstandsbewegung gegen Hitler."

Was wissen wir von einer deutschen Widerstandsbewegung? Gab es überhaupt eine deutsche Opposition, die diese Bezeichnung verdient hatte? Sicherlich waren das alles nur sogenannte "rassisch Verfolgte, -ertappte Schwarzhörner ausländischer Sender, -kommunistische Rädelsführer", oder bestenfalls eine Gruppe ehrgeiziger, eitler und skrupelloser Militaristen, die ein verbrecherisches Attentat versuchten.

Nein, wir wissen nicht viel und können vielleicht auch nicht viel wissen. Viele ungerechte Vorurteile müssen i Wege stehen, um in einer objektiven Betrachtung eine Meinung zu bilden. Objektive Betrachtung besteht freilich nicht darin einen skelettartigen Tatsachenbericht mit Jahreszahlen am geistigen Auge vorbeiziehen zu lassen, -nein, das Für und Wider der Gedanken, der Hintergründe und Tendenzen eben dessen, was hinter allem Geschehen steht - auch das wie man vielleicht sehen wird, -muß man scharf ins Auge fassen.

Wenn Sie sich an die Nürnberger Prozesse erinnern, so wird Ihnen vielleicht aufgefallen sein, daß der Hauptanklager Jackson in seiner Fragestellung wiederholt das Bestehen einer Widerstandsbewegung hervorhob. Mit etwas Berechtigung wird man heute einwenden: Worin hat sich dieser Widerstand denn gezeigt, und wo wurde er wirksam? Widerstand ist ein Begriff im politischen Lexikon unserer Zeit, der durch zunehmende Popularität nicht an Klarheit gewinnt, und es wäre nicht nutzlos zu klären, was eigentlich dieses Wort seinem Sinn nach und in seinen Folgerungen bedeutet. "Widerstand" ist nicht mit dem Faschismus herauf gekommen, sondern besitzt seine Geschichte. Er wacht nicht, sondern handelt immer; er ist keine "Bewegung", aber immer in Bewegung, gleichsam ein physikalischer Vorgang, der durch "ruck und Gegendruck hervorgerufen wird. "Widerstand" richtet sich nicht prinzipiell gegen das Böse, so wenig wie er grundsätzlich Gutes repräsentiert. Er richtet sich - und damit gehört das Attribut "illegal" notwendig zu seiner Bestimmung gegen ein Gesetz, einen Rechtsanspruch, ein System. Nicht eine Idee ist Ausgangspunkt, sondern der Druck, der Widerdruck erzeugt, als Idee und Bindung.

Zwei wesentliche (Erscheinungsform) Unterscheidungen werden bei den Erscheinungsformen des Widerstandes offenkundig: 1. die des unbewaffneten und des bewaffneten Widerstandes, -geistig moralisch - auf der einen und das, was man gemeinhin "Partisanen-

nen" nennt, auf der anderen Seite. Auch eine möglichst objektive Betrachtung wird schwerlich umhin können, diese Dinge als ein Ganzes zu sehen, um es konkret zu sagen: Der Weg vom Flugblatt und der konspirativen Aussprache über das Attentat zur Sabotage und zum Maquis ist ein konsequenter, oder besser: überhaupt kein Weg, sondern ein taktisches Nebeneinander. Es wird nahezu unmöglich sein, Beweggründe und letztliche Auswirkungen zu trennen. Sittliche Grundhaltung mag Jemandem verbieten, selbst die Waffe zu erheben, aber eben er schützt und beherbergt Jemanden; und dieser schießt dann.

Die andere Unterscheidung ist die zwischen dem Widerstand eines angegriffenen Volkes und dem Widerstand gegen die, eigene, regierende Gewalt, der fast immer den Vorwurf des Hochverrats mit allen seinen Konsequenzen auf sich nehmen muß.

Der deutsche Widerstand war illegal. Man sollte versuchen, die Unzahl Ausdrücke, die den illegalen Widerstand bezeichnen zu ordnen. Man mag sich das Bild einer Pyramide vorstellen, deren Spitze die bewaffnete Tat und deren Basis Hilfe und Duldung ist. Die Spitze der aktiven Phanatiker stützt sich auf Konspiratoren, Helfer, geistiger Anreger Schicht um Schicht ab, bis zum tragenden Boden, von keinem Polizeiorgan zu packender, in feindseliger Passivität verharrender Masse. (Hoffeld in der Zeitschrift "Merkur")

Wie erklärt es sich, daß so wenig über die Tatsachen allgemein bekannt ist. Man wird staunen, welche großen Hindernisse sich auf dem Wege zur Wahrheit türmen, die das Geschehen und die tieferen Zusammenhänge nicht bekannt werden lassen. 1947 war es, - jedenfalls im Ausland - eine weitverbreitete These, daß es niemals eine irgendwie nennenswerte Opposition gegen Hitler gegeben habe. Man hegte die Überzeugung, daß die Deutschen als politische Nation von allen anderen Völkern verschieden seien, daß sie sich der tyrannischen Herrschaft von Verbrechern freiwillig angeschlossen oder feige unterworfen und vor grauenhaften Verbrechen, die durch Deutsche begangen wurden bewußt die Augen geschlossen hatten. Opposition begann erst, so glaubte man, als die "preussischen Generale" sich der Niederlage gegenüber sahen und nun den Versuch machten, ihr eigenes Leben zu retten, oder - - den Generalstab für einen dritten Weltkrieg aufzubewahren. - Diese Fehldeutung läßt sich teilweise durch objektive Schwierigkeiten erklären, die der Wahrheit im Wege standen. Eine Bewegung, die sich einem terroristischen und weitgehend totalitären System widersetzt, arbeitet unter Bedingungen, die für Jeden der nicht selbst in einem solchen "Polizeistaat" gelebt hat, unvorstellbar sind. Die Menschen in der Ostzone werden das heute sehr

gut nachfühlen und bestätigen können. Einen oppositionellen Standpunkt einzunehmen, geschweige denn öffentlich zu vertreten, verlangte nicht nur eine Art von persönlichem Heldentum, sondern bedeutete zugleich die ernsteste Gefährdung für Familie und Freunde. Deutschland war ein "besetztes Land" freilich unter anderen Bedingungen als die Länder, die später diesem Schicksal zum Opfer fallen sollten. Die deutsche Widerstandsbewegung war von keinem Glorienschein des heroischen Kampfes gegen fremde Eroberer und die von außen auferlegte Gewaltherrschaft, umgeben. Im Gegensatz, um die deutsche Opposition herrschte tötliche Stille, die eine ungeheure Anzahl Deutscher wie auch die Öffentlichkeit des Auslandes getauscht haben mag. Seit Beginn des Krieges wurden die Gefahren noch akuter: jede Art der Opposition setzte sich dem Vorwurf des Landesverrats aus. Gegner des Regimes mußten sich gezwungenermaßen von patriotischen Erwägungen - wenigstens denen herkömmlicher Art - lossagen. Dazu kamen die Wirkungen der Bombenangriffe, die Gerechte und Ungerechte gleichermaßen trafen. Das konnte leicht dazu führen, bestehende Widerstandszellen zu zerstören und Teilnahmslosigkeit zu verbreiten. Es gab es denn viele Gründe für ein Bild ungestörter Ruhe. Die deutsche Nachrichtenabteilung im OKW, in deren Dienst sich einige der tätigsten Mitglieder der Opposition befanden, knüpfte den verhüllenden Schleier absichtlich so fest wie möglich.

Aber nicht nur objektive Faktoren trugen zur Fehldeutung bei, die im Ausland so verbreitet war. Das hängt zum Teil mit Eigenheiten durchaus menschlicher Art zusammen: mit Gleichgültigkeit oder offensichtlicher Parteilichkeit. Es war z.B. überall in der Welt bekannt, daß seit Anfang 1933 eine Verfolgungswelle über Deutschland dahin gegangen war und, daß diejenigen, von denen die energischste Gegnerschaft erwartet werden konnte, in sog. Schutzhaft genommen worden waren, oder ins Ausland hatten fliehen müssen. Aber solange die Insassen von Konzentrationslagern lediglich Deutsche waren, wurde den dort begangenen Greueln im Ausland wenig Beachtung geschenkt. Hitlers Bewunderer, um nicht zu sagen Anhänger waren weit über die deutschen Grenzen hinaus verstreut. Aber 1945 brach ein Sturm der Entrüstung über die "deutsche Bestialität" los, als die unerhörten Greueltaten in den befreiten Lagern ans Licht kamen.

Eine zutreffende Würdigung der Tatsachen deutschen Widerstands machte man unmöglich: durch Jahre hin ist die Wahrheit in diesen Dingen der Öffentlichkeit bewußt vorenthalten oder nur in entstellter Form zugänglich gemacht worden. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß Politiker und Diplomaten in England wie in

Amerika über Struktur und Ziele der deutschen Oppositionsbewegung unterrichtet waren.

Man kann sehr wohl begreifen, daß dieser Einblick in die Wirklichkeit, und daß die Tatsachen, auf die diese Kenntnis sich gründete als Geheimnisse ersten Ranges geschützt wurden, solange der Krieg noch nicht entschieden und Hitlers Stellung noch unerschüttert zu sein schien. Es ist entschieden weniger leicht einzusehen, warum der offizielle Funkpruch von Washington am Abend des 20. Juli 1944 Hitlers Lüge von der "kleinen Clique ehrgeiziger Offiziere" wiederholte, oder sogar noch überbot. Auch nach dem Ende der Feindseligkeiten wurde die gleiche propagnadistische Linie aufrecht erhalten, und in Ausläufern besteht sie noch heute fort. - Als eines der vielen Beispiele mag Folgendes gelten: Anfang 1945 wurde einem amerikanischen Korrespondenten, der die Wirklichkeit aufzuspüren begann, untersagt, "irgendwelche Nachrichten über eine spezifische Opposition" gegen Hitler herauszugeben und dieses Verbot kam "von höchsten Stellen in Washington". Als der Frankfurter Rundfunk eine Gedächtnisfeier zum 2. Jahrestage des Attentats auf Hitler plante, wurde allen Sendern in der amerikanischen Zone verboten den "Putsch" zu erwähnen.

Die schweigende Opposition wurde erstmalig wirksam bei den Judenverfolgungen in Form von kirchlicher Hilfe und dem vorbildlichen Beistand der Quaker. Der Dekan von St. Hedwig, Monsignore Bernhard Lichtenberg ließ für Juden und Insassen von Konzentrationslagern beten. Auch gegen die "Gnadentötung" von Geisteskranken legte er Protest ein. Seiner Verhaftung starb er auf dem Wege nach Dachau. im November 1943. Juden wurden versteckt gehalten, und über die Grenzen gebracht. In Berlin versteckte man 5 000 Juden. Es gab mehrere unbekannte Gruppen, die grundsätzliche Entschlossenheit zeigten, der Menschlichkeit zu dienen und die Mühsal der Beladenen nach Kräften zu mildern.

Den Intellektuellen und den Kirchen fiel es spezifisch zu menschliche Unantastbarkeit und geistigen Widerstand zu bewahren. Die Frage ist, wie weit sie dieser Aufgabe genügt haben? In Antwort darauf ist keine Gruppe heftiger getadelt worden, als die der Professoren, Journalisten, Schriftsteller und Künstler. Und wenn es wahr ist, daß sie zu einem bestimmten Grade das Gewissen eines Volkes repräsentieren, so kann in der Tat kein Maßstab streng genug sein. Die Gleichschaltung des akademischen Lebens ging mit einer beschämenden Hast vor sich und kam oft der tatsächlichen Erzwingung, an der es nicht gefehlt haben würde, nur unnötigen Verweigungen zuvor. Trotzdem bildete sich aus den Ausnahmen eine moralische Verstar-

kung der Front derer die aktiven Widerstand leisteten. Besonders törichte Äußerungen der Parteipresse konnte man dann in bürgerlichen Zeitungen lesen, z.B. daß die Japaner gelbe Arier, -oder, daß Tomaten die nordischen Früchte des Südens seien. - Erinnerung sei auch an das "Hochland", die "Weißen Blätter" und die "Deutsche Rundschau", deren Herausgeber Rudolph Fechel war, auch ein Angehöriger der aktiven Widerstandsbewegung. Im April 1942 wurde er in ein Konzentrationslager gebracht, nachdem einer seiner Artikel da Mißgeschick hatte, vom britischen Rundfunk in London nach Deutschland gesendet zu werden. Ernst Wiechert ist ja hinreichend durch seine Werke und die darin ausgedrückte Einstellung bekannt. In einer "Ansprache an die deutsche Jugend", die er 1935 in der Münchner Universität hielt, beschwor er seine Zuhörer..... "nicht zu schweigen, wenn das Gewissen zu reden befiehlt, weil nichts und nichts das Mark eines Mannes so zerfrisst, wie die Feigheit." Er büßte für seine Haltung in Buchenwald.

Ebenso gingen von den Kirchen Energien aus, die der politischen Opposition eine breitere und grundsätzlichere Basis gaben. Auch hier war es nicht leicht, Zögern und die "Eigung zum Kompromiß zu überkommen. Der unüberbrückbare Widerspruch im Prinzipiellen war nicht von allem Anfang an klar. Nur Sekten wie die Quäker, die Mennoniten oder die ernstesten Bibelforscher blieben von Schwankungen verschont. Sie haben unausgesetzt passiven Widerstand geleistet, aber ihre Zahl war gering. Was die katholische Kirche betrifft, so versuchte der Vatikan zunächst, durch den Abschluß eines Konkordats (20. Juli 1933) gewisse Dämme gegen die Ansprüche des totalitären Systems und gegen die Ausbreitung des Neuenidentums zu errichten. - Der deutsche Protestantismus war genehm durch die Tradition einer positiven Beziehung zwischen Kirche und Staat (Landeskirchentum). Der überwiegend lutherische Teil beruhte auf einer Lehre, die mehr Nachdruck auf die Übersinnliche, als auf die sichtbare Welt legte, die mehr interessiert war an Seelsorge als an der christlichen Gestaltung gesellschaftlichen Lebens. Diese Auffassung und die Betonung des biblischen Gebotes "dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist" - waren ein Hindernis im Wege direkter Aktion. Aber schließlich brach der grundsätzliche Widerstreit der Prinzipien auf, für die Kreuz und Hakenkreuz die Symbole waren. Die Angriffe der Kirchen richteten sich gegen das Nazisystem in seinen wesenhaften Zügen: der Totalitätsanspruch mit seiner vollständigen Mißachtung der Heiligkeit persönlichen Lebens und seiner Verpottung elementarer Rechtsbegriffe, die rassendogmatische Umdeutung des christlichen Glaubens, Vergöttlichung Hitlers

Vernarrlichkeit

und der Blutgemeinschaft des auserwählten, deutschen Volkes.-

Protestantische Vertreter Deutschlands erklärten sich aber im Herbst 1945 bei einem Treffen in Stuttgart der Unterlassung schuldig dem Nationalsozialismus und wirksamer Widerstand geleistet zu haben. Sie übernahmen für die Kirche einen Teil der Kriegsschuld, in dem Sinne, daß kein rechtzeitiger Versuch gemacht worden war, die Regierung zu stürzen. - Nachdem dann der Gestapostaat gründlich durchorganisiert worden war, blieb den Kirchen nur noch die Möglichkeit des passiven Widerstandes. - Dr. Eugen Gerstenmaier hatte es bereits damals erkannt: er erklärte, daß geistige Opposition gegen den Nazismus nicht genug sei, sondern daß der Nazismus beseitigt werden müßte, wenn das Christentum in Deutschland Bestand haben sollte. - Vor dem Kriege bemühte er sich anzukämpfen gegen die Hemmungen und Befürchtungen vieler protestantischer Geistlicher, die nicht "Verrat am Staat" verüben wollten. Nach Kriegsausbruch organisierte er Hilfsaktionen für Kriegsgefangene und Sklavenarbeiter. Nach seiner Befreiung durch die Amerikaner in Bayreuth gründete er das evangelische Hilfswerk.

Nur im Rahmen einer grundsätzlichen Erörterung der Widerstandsbewegung wäre es möglich die einzelnen Verschwörergruppen zu schildern. Ich beschränke mich deshalb auf eine kurze Erwähnung

Der sog. Kreisauer Kreis gab der Opposition die eigentlich geistig politische Grundlage. Er umfaßte Männer aller religiösen Konfessionen, aller Weltanschauungen, aller Berufsschichten und politischen Anschauungen. Männer der Linken, und Vertreter der äußersten Rechten, Atheisten und Kirchenführer lernten sich gegenseitig schätzen. Sie alle scharten sich um die geborene Führernatur des Grafen Moltke, auf dessen Landgut Kreisau man sich auch traf. -

Grafen Moltke, auf dessen Landgut Kreisau man sich auch traf. - In vollendeter Harmonie arbeiteten diese Männer an Plänen und Programmen für die Regierung nach Hitler. Es war bezeichnend, daß im Januar 1945 Graf Moltke zusammen mit Pater Delp, dem Jesuiten aus München, Eugen Gerstenmaier und Stelzer (führende Lutheraner) und dem Sozialdemokraten Theo Haubach vor Freisler zur Verhandlung erschienen.

Ebenso wichtig war für die Opposition der Kreis der Abwehr im OKW. Als geheimer Nachrichtendienst war er das geeignetste Organ die oppositionellen Kreise mit Informationen zu versehen. Canaris, der Leiter der Abwehr, und Generalmajor Oster waren hier die wichtigsten Männer, ihnen war es auch möglich Männer der Verschwörung, wenn es notwendig war, mit falschen Papieren zu versehen

Es ist müßig zu fragen, zu welchem Zeitpunkt der aktive, politische Widerstand gegen Hitler tatsächlich begonnen hat. Jedenfalls war der 20. Juli der Höhepunkt einer Serie von Komplotten und Verschwörungen die vor dem Kriege begonnen hatten. J, man muß bedenken manche der frühen Erscheinungsformen des Widerstandes waren nur die Fortsetzungen der Kämpfe, die der Machtergreifung vorangegangen waren. Der Attentatsversuch war kein isolierter, spontaner Putsch, sondern Teil einer vorbereiteten, letzten und verzweifelten Anstrengung die Nazityrannis zu vernichten.

Es gab neben den Untergrundzellen der Arbeiterschaft und der Linksparteien lockere, sich allmählich formende Gruppen von Menschen die in ihrem Gewissen aufgerüttelt waren. Am bedeutsamsten waren die sich langsam herauskristallisierenden, aktiven Kerne des Widerstandes in staatlichen Schlüsselstellungen, wie im Auswärtigen Amt, der Verwaltung und Armee.

Als Preiskommissar hatte sich Goerdeler der Finanzpolitik Schachts widersetzt, weil sie praktisch das Aufrüstungsprogramm Hitlers fördere. Schacht selbst, über dessen intellektuelle Fähigkeit so wenig Zweifel besteht wie über seine Wendigkeit, ging wohl spätestens 1936 zur Opposition über. - 1937 stimmten alle Widerstandskreise überein, es gäbe keine andere Möglichkeit mehr die Ketten der Gestapo u. der SS zu sprengen, als durch die Waffenträger der Nation. Man begann von der Generalität zu sprechen. - Der Goerdeler - Kreis bestand hauptsächlich nur aus Männern, die Pläne entwarfen. Ein Komplott aber muß auch ausgeführt werden. Im Polizeistaat Hitlers war dies ohne die Hilfe der Militärs nicht denkbar.

Der Generalstabschef, Generaloberst Beck, erkannte Hitlers kriegstreibende Absichten. In einem Memorandum begründete er seine Ansichten, drang aber nicht durch und reichte daraufhin sein Entlassungsgesuch ein. Als bedeutendster Kopf des deutschen Generalstabs war es selbstverständlich, daß er die eigentlich führende Rolle der Opposition spielte. Sein Nachfolger wurde General Franz Halder. Beck, Der Kommandeur des Wehrkreises Berlin, Generalfeldmarschall von Witzleben und der Kommandeur des Wehrkreises Potsdam, General Graf Brockdorf, hatten Maßnahmen vorbereitet, mit Hilfe der Militärs Hitler gefangen zu nehmen und als Kriegstreiber vor Gericht zu stellen. Außerdem hatte sich der Berliner Polizeipräsident Graf Helldorf der Verschwörung angeschlossen. Auch wurde in Thüringen eine Panzerdivision unter General Höppner zusammen gezogen, die einen etwaigen Einsatzversuch Berlins von Seiten der Münchner Leibstandarte auffangen sollte. Man wartete nur auf einen Rückschlag in Hitlers Politik. So, wie das Terrorsystem verankert war.

le. H. H.

8 7a 8
- 7a -

konnte man ihn nicht in der Innenpolitik erwarten, höchstens war
die Wende

ausenpolitisch zu erwarten. Würden die Westmächte selbst vor der Kriegserklärung nicht zurückschrecken, dann war der Augenblick zum Handeln gekommen. Schließlich waren wohl auch alle notwendigen Bedingungen für einen erfolgreichen militärischen Staatsstreich erfüllt, nämlich:

1. Entschlossene Führung mit klar umrissener Verantwortung.
2. Das deutsche Volk war aus Furcht vor einem Krieg bereit Hitler gegen den Frieden einzutauschen.
3. Der richtige Zeitpunkt war gekommen: Hitlers Befehl zum Angriff gegen die Tschechoslowakei sollte das Signal sein.

Es würde ungerecht sein zu sagen, daß die Pläne vom technischen Gesichtspunkt aus mangelhaft waren, oder, daß nicht genug Kraft zur Verfügung standen, um den Futsch durchzuführen. Die Schwäche des Planes lag viel mehr in der Annahme, die westlichen Demokratien würden sich Hitlers Vorgehen gegen die Tschechoslowakei widersetzen und dadurch die drohende Gefahr eines allgemeinen Krieges sichtbar machen. Man muß jedoch hinzufügen, daß alles nur Erdenkbare getan wurde, um zum mindesten England zu einer solchen Haltung zu bewegen.

Goerdeler, der über die militärischen Pläne unterrichtet war, begab sich im Jahre 1937 und noch einmal im Sommer 1938 nach London, um seine englischen Freunde zu warnen und um entschiedenen Widerstand gegen Hitler zu befürworten.

Schon im August waren von Staatssekretär von Weizsäcker geheime Mitteilungen nach London gesandt worden, um Chamberlain und den britischen Außenminister Lord Halifax von der Existenz der Opposition zu unterrichten und ein "Bündnis der Friedensfreunde" anzuregen. Mit dem Herannahen des kritischen Termins, d.h. der Eröffnung des Nürnberger Parteitages (5. Sept.) tat von Weizsäcker, im Einvernehmen mit Beck, einen noch ungewöhnlicheren Schritt. Eine Cousine Erich Kordts wurde mit einer Botschaft, deren Wortlaut sie auswendig gelernt hatte, an seinen Bruder Theo, der damals Geschäftsträger in London war, gesandt. In der Nacht des 7. September betrat er Downing street 10 durch den Garteneingang. Er legte Lord Halifax eine von Staatssekretär von Weizsäcker formulierte Erklärung vor, die ausdrücklich im Namen "politischer und militärischer Kreise in Berlin", die mit allen Mitteln einen Krieg verhindern wollen abgegeben wurde. Die Erklärung betonte die Notwendigkeit einer unambivalenten Stellungnahme der britischen Regierung gegen Hitlers Kriegstreiberei. Es hieß: "Lasse man seiner Gewaltpolitik freie Bahn, so werde der Weg für eine Rückkehr zu den Begriffen von Anstand und Ehre unter europäischen Nationen endgültig versperrt".

Auch die Möglichkeit eines Putsches wurde erwähnt, falls eine offene britische Erklärung die Wirkung verfehle. Winston Churchill wurde von diesen höchst freimütigen Eröffnungen unterrichtet.

Hitler wurde nach dem Nürnberger Parteitag am 14. oder 15. September in Berlin erwartet und die Verschwörer glaubten, dann den Vogel in seinem Lager zu haben. Die Befehle für eine Aktion die am Morgen des 29. Septembers beginnen sollte, waren vorbereitet. Komplikationen entstanden, als Hitler beschloß nach Berchtesgaden zu gehen, ehe er nach Berlin zurückkehrte. Am 14. September gab Chamberlain bekannt, daß er Hitler in Berchtesgaden besuchen würde. Die Verschwörer waren von Zweifeln gepackt. General Beck bestand darauf, daß die Lage sich im Wesentlichen nicht geändert habe. Aber die meisten Anderen suchten einen einfachen Ausweg, indem sie behaupteten, die Hauptbasis, auf der die Handlung beruhen sollte, nämlich, daß Hitler einen europäischen Krieg vom Zaune brach, existiere nicht mehr. Aber, als Dr. Paul Schmidt, Hitlers Dolmetscher, die Verschwörer informierte, daß Hitler vorhabe, Chamberlain unannehmbare Bedingungen anzubieten, waren sie wieder beruhigt. Also war der Krieg doch noch wahrscheinlich. Daraufhin wurde beschlossen, daß Hitlers Rückkehr nach Berlin das Auftaktsignal für den Putsch sein sollte.

Am 28. September ging Witzleben um die Mittagszeit zu Halder, um die Befehle zur Auslösung des Putsches entgegen zu nehmen. Mittlen in diese entscheidende Unterhaltung kam die Nachricht, daß der britische Premierminister und der französische Premier am folgenden Tage zu Hitler kamen. Daraufhin nahm Halder die Befehle zurück; denn nun schien die Basis für die Aktion verloren zu sein. Chamberlain und Daladier hatten die Einladung zur Zusammenkunft in München angenommen.

Goerdelers Brief : Gisevius S. 76.

Als im Dezember 1938 der Angriff auf die Tschechoslowakei sich anzudeuten begann, versicherte Halder erneut seine Bereitschaft Hitler zu verhaften, wenn der Krieg erklärt werde. Doch Prag wurde kampflos besetzt.

Während es unter diesen Umständen zu einer entscheidungsuchenden Akt der Opposition nicht kam, gingen einzelne Elemente des Widerstandes sehr weit in ihren, namentlich nach England gerichteten, Bemühungen. Nicht nur Goerdeler, auch Fechel, Schlabrendorff, Trott und Haspel warnten.

Die Brüder Kordt haben durch den in dieser Hinsicht so vergesslichen Baron Vansittard die englische Regierung von der V

Verfinsterung des politischen Horizonts laufend in Kenntnis gesetzt und insbesondere sie rechtzeitig von dem bevorstehenden Abschluß zwischen Hitler und der Sowjetunion gewarnt. Die Mitteilungen waren von Herrn von Weizsäcker veranlaßt, der in einem englisch - russischen Bündnis die einzig noch erreichbare Friedensgarantie sah. Die Antwort Vansittards war: "Beruhigen Sie sich, diesmal werden wir bestimmt den Vertrag mit den Sowjets schließen."

Hitlers Selbstvertrauen

Mit Herannahen des 1. September stiegen die Hoffnungen der Verschwörer. Halder wollte die entscheidenden Befehle geben und sorgte dafür, daß er 24 Stunden vor der Kriegserklärung benachrichtigt würde. Dieser Zeitraum war nach seiner Berechnung ausreichend, um Hitler zu verhaften und die SS zu entwaffnen.

Am 24. August 1939 gab Hitler den Befehl für den Angriff auf Polen - ohne Halder vorher zu benachrichtigen! Doch 3 Stunden später nahm er den Befehl wieder zurück.

Am 1. September befahl er den Einmarsch in Polen. Die Generale wurden 12 und nicht 24 Stunden vorher gewarnt. Der Putsch fand nicht statt. Halder erklärte, er sei nun bis zum ersten Rückschlag nach Kriegsausbruch verschoben.

General von Hammerstein, den man nicht erst auffordern mußte gegen Hitler zu handeln, wurde kurz vor dem Einmarsch in Polen reaktiviert und es wurde ihm eine deutsche Armee am Rhein unterstellt. Es gelang ihm, den Führer zu einem Besuch in seinem Hauptquartier zu bewegen und er war entschlossen, Hitler sofort nach seinem Eintreffen fest zu nehmen. Falsch an von Schlabrendorff konnte den Engländern noch bevor sie ihre Botschaft am 3. September 1939 verließen, diesen Entschluß bekanntgeben. Hitler aber sagte seinen versprochenen Besuch ab, und entließ kurz darauf Hammerstein wieder.

Obwohl die Haltung der meisten Militärs zweideutig blieb, obwohl es Beck nicht gelang, Halder zum Handeln zu bewegen, waren die Verschwörer dennoch überzeugt, daß ihre Gelegenheit verspielt sein werde, wenn Hitlers Angriff im Westen einmal erfolge. Inzwischen versuchte Hassel - wieder ohne Erfolg - durch seine Verbindung beim Vatikan anzufragen, ob die Alliierten, falls die Beseitigung Hitlers und der Partei innere Unruhen hervorriefe, von einem Angriff auf Deutschland absehen würden. Eine solche Versicherung war notwendig, um der Behauptung der Generale ein erfolgreicher Putsch führe zur Revolution, und eine Revolution könne nur dem Feinde die Tore öffnen, zu widerlegen.

Dulles, S. 76.

Nun kommt die Zeit, während derer die Haltung der Generalität so gewesen sein mag, wie sie Hassel in seinem Tagebuch einmal schilderte: "Diese Generale scheinen zu verlangen, daß die Hitlerregierung ihnen persönlich befiehlt, die persönlich zu stürzen."

Nach dem Angriff auf Norwegen versuchte Beck über den in die Schweiz emigrierten früheren deutschen Kanzler Joseph Wirth Informationen zu erhalten, was die Absichten der Westmächte im Falle eines erfolgreichen Militärputsches gegen Hitler seien. Diese trafen ein, als die Offensive im Westen gerade begonnen hatte und waren sehr unbefriedigend.

Anfang 1941 wurde General Henning von Treskow, einer der aktivsten Verschwörer, zum Stab der Heeresgruppe Mitte, die dann bald an der russischen Front Verwendung finden sollte, beordert. Schlabrendorff wurde sein Adjutant. Treskow sah neue Möglichkeiten für einen Militärputsch. Goerdeler unternahm die beschwerliche Reise nach Smolensk zu Kluge, der von Hitler bestochen worden war und auf den man deshalb einen moralischen Druck ausüben konnte, um Besprechungen für die Vorbereitungen des Putsches, der in Weherrsamverweigerung bestehen sollte, zu treffen. Na

Nachdem die Generalität bei Gelegenheiten wie der Stalingrad-Affaire versagt hatten, sah auch Beck in einem Attentat den einzigen Ausweg. Treskow, Schlabrendorff und ihre Gruppe erklärten sich bereit, es auszuführen.

Schließlich am 13. März 1943 war es gelungen Hitler zu einem Besuch im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte bewegt zu haben.

Während eines Abendessens bat Treskow einen von Hitlers Adjutanten 2 Flaschen Kognak für General Stief, ein Mitglied der Verschwörung ins Führerhauptquartier in Berlin mitzunehmen. Der Adjutant war einverstanden, und Schlabrendorff verstaute das Paket mit der Bombe in Hitlers Flugzeug.

Nach 2 Stunden wurde gemeldet, daß Hitler heil eingetroffen sei.

Sich der Verzweiflung hinzugeben, war keine Zeit. Wurde das Paket mit dem Explosivstoff entdeckt, würden alle Antnazi an der Ostfront gehängt werden.

Schlabrendorff flog sofort ins Führerhauptquartier. Er kam gerade noch zurecht, und das Paket wurde ihm ausgehandigt. Als er es in dieser Nacht in seinem Sonderabteil im Zug nach Berlin öffnete, fand er, daß die Bombe richtig ausgelöst war, daß das Flaschchen mit der Saure zerbrochen war, daß die Saure den Draht zerfressen hatte, und, daß der Schlagbolzen auch vorgeschneilt war. Aber die Ladung war nicht explodiert.

Das Versagen des Attentatsversuchs führte bei vielen Verschw

rern zu der Überzeugung, daß der Krieg verloren sei und, daß keine Regierung etwas Besseres, als die bedingungslose Kapitulation erreichen könne; ein Putsch würde im In- und Ausland lediglich als ein Versuch ehrgeiziger Generale, die die Macht an sich reißen zu wollen, gedeutet werden und Hitler würde dadurch in den Augen der Deutschen zum Märtyrer. Letzteres sei schlimmer als die totale Niederlage. Aber Treskow und seine Gruppe waren anderer Meinung, Hitler mußte beseitigt werden, um der Welt zu beweisen, daß Deutsche Antina zu bereit sind, in Leben im Aufstand gegen Hitler zu wagen.

Als Oberst Graf von Stauffenberg später, im Laufe des Jahres 1943 zu dem inneren Kreis der Verschwörung stieß, verstimte die Debatte über das Attentat. Die militärische Lage hatte sich so verschlechtert, daß selbst immer mehr junge Offiziere zu der Überzeugung kamen, Hitler müsse ermordet werden. Der Staatsstreich Badoglio gab ihnen neue Hoffnungen.

Am 26. Dezember 1943 brachte Stauffenberg, der in eine Stellung innerhalb des Ersatzheeres hineinmanövriert worden war, die es ihm ermöglichte, an Hitlers Lagebesprechungen teil zu nehmen, eine Bombe ins Führerhauptquartier. Aber die Konferenz wurde im letzten Moment aus ungeklärten Gründen abgeblasen.

Im Januar 1944 heckte die Treskowgruppe noch einmal einen genialen Plan aus. Eine neue Uniform sollte Hitler vorgeführt werden. Treskow fand 3 junge deutsche Offiziere, die bereit waren, freiwillig diese Uniform vorzuführen, und in ihrem Tornister den Explosivstoff zu tragen, der Hitler und sie selber in die Luft sprengen sollte. Einer wollte sich sogar im Einverständnis mit seinem Vater opfern. Aber ein Luftangriff kam dazwischen und die Vorführung wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

Nun wurde es immer schwerer an Hitler heranzukommen. Ehe man sich aber dem letzten Verzweiflungsakt des deutschen Widerstandes zuwendet, sollte noch einiger Versuche gedacht werden, die gemacht wurden, um mit dem Ausland Beziehungen anzuknüpfen.

Trotz der schroff abweisenden Haltung der ausländischen Diplomaten, ließ die deutsche Opposition nicht nach in ihren Anstrengungen. Einige Beispiele sollen genügen.

Beziehungen zum Vatikan und durch den Vatikan wurden zu den westlichen Ländern, hauptsächlich durch den Münchner Anwalt Dr. Joseph Müller, unterhalten, der zum Kreis der Abwehr gehörte, und zugleich als Abgesandter des Kardinals Faulhaber tätig war. Andere Mitglieder der katholischen Opposition und auch des auswärtigen Amtes benutzten Dr. Grünung als Verbindung. Im Mai 1943 liefen Verhandlungen über den schwedischen Bankier Wallenberg, einen Bekan-

-13 -

ten Goerdelers. Wie alle bisherigen Versuche endeten, so auch der letzte: der protestantische Geistliche Bonhöfer versuchte bei einer Zusammenkunft in Stockholm mit dem Bischof von Chichester noch einmal eine Grundlage für eine gewisse Zusammenarbeit zu schaffen.

Die Gasablancaformel der bedingungslosen Übergabe wurde aber schließlich mit einer anderen "bedingungslosen" Haltung beantwortet, - der des Angriffs auf ein Regime der Schande, einerlei ob dessen Sturz einen erträglichen an Stelle eines unerträglichen Friedens versprach. Er versprach tatsächlich nichts.....außer einer Abkürzung des Krieges, die Unzähligen das Leben retten mochte.

Hitler war von Berchtesgaden wieder an die Ostfront in sein Hauptquartier gekommen.

Der Tag war heiß. Heute (am 20. Juli 1944) wurde die übliche Besprechung von einem der Betonluftschutzbunker in eine leichte Holzbaracke verlegt. In Stauffenbergs Aktentasche befand sich die Sprengladung. Nach seinem Vortrag setzte er sie neben Hitler unter den Tisch. Es war vereinbart, daß ein telefonischer Anruf ihm Gelegenheit geben sollte, den Raum unauffällig verlassen zu können. Bevor Stauffenberg ans Telefon hinaus ging, löste er mit einem Fußtritt die Bombe aus. Nach der Explosion flog er nach Berlin.

Zu diesem Zeitpunkt geschah der große Fehler: General Fellgiebel, der wichtigste Vertreter der Verschwörung im Hauptquartier, unterließ es die Nachrichtenzentrale zu zerstören.

Sein Versagen machte es Hitlers Stab möglich die Verbindung mit der Außenwelt aufrecht zu erhalten und, was noch wichtiger war, Nachrichten darüber zu erlangen, was in Berlin vorging.

General Beck, seine wesentlichen, militärischen Mitverschworenen, und einige ihrer zivilen Ratgeber, hatten sich in Olbrichts Büro im OKW in Berlin versammelt, um das Signal aus Ostpreußen abzuwarten. Mit zunehmender Unruhe harrierten sie General Fellgiebels Anruf, der ihnen melden sollte, daß Hitler tot sei. Aber der Anruf blieb aus. Die Spannung wurde unerträglich. Um 3 Uhr nachmittags erfuhren sie, daß jeden Moment ein Communiqué aus dem Führerhauptquartier erwartet wurde. Was hatte das zu bedeuten? Außerdem kam eine Meldung, daß eine Explosion stattgefunden habe, bei der eine Reihe von Offizieren schwer verwundet worden seien. 15³⁰ Uhr gab Stauffenberg kurz nach seiner Landung durchs Telefon: "Hitler ist tot".

Die Verschwörer, General Olbricht, General Merz von Quirnheim gingen sofort zu General Fromm, dem Oberbefehlshaber des Ersatzheeres, und teilten ihm mit, daß der Führer tot sei und verlangten die geplante Mobilisierung des Heimatheeres. Fromm ließ

sich aber nicht überzeugen. Er erreichte zu der Verschwörer Schrecken tatsächlich das Führerhauptquartier. Offenbar war es schief gegangen. Die Nachrichtenzentrale funktionierte. Keitel teilte Fromm mit, der Führer sei nur leicht verwundet und wolle wissen, wo Stauffenberg sei. Fromm berief sich nun plötzlich auf seinen Eid. Olbricht versuchte ihn zu überreden, daß seine Pflicht dem Vaterlande gegenüber wichtiger sei, als seine Treue zum Führer. Dann erschien Stauffenberg. Folgendes Gespräch ist uns erhalten:
Gisevius, S. 375.

Bald merkten die Verschwörer, daß ihre Befehle nicht in der gewünschten Form ausgeführt wurden. Keitel erteilte Gegenbefehle und Hitler lebte ja. Die Truppen, die Berlin besetzen sollten blieben aus. Major Remer, einer von den lauen, wurde schließlich von Goebbels umgestimmt, und führte plötzlich seine Truppen gegen die Putzschisten, zu denen er erst gehört hatte. Fromm wurde befreit und sah Hitler gegenüber seine einzige Rehabilitierungsmöglichkeit darin, daß er gegen die Verschwörer vorging. Die Mitwisserschaft war aber für Hitler bereits ausreichend, um diesen Feigling an den Galgen zu hängen. Folgende Scene schildert das Ende:
Gisevius, S. 415.

Man kann über die Tat des 20. Juli, - als politisches Unternehmen sehr kritisch urteilen. Nicht vergessen sollte man, daß sie die letzte Chance für Deutschland bot, die Oder - Weisse - Linie zu vermeiden. Goerdeler hoffte wenigstens, einen Teil unserer schönsten Städte und Kulturschatze vor der Zerstörung zu bewahren. Das Elend von Millionen Vertriebenen, der Verlust der Einheit Deutschlands und der wirtschaftliche Zusammenbruch waren wohl noch zu vermeiden gewesen.

Alle die Menschen, die an dem 20. Juli teilgenommen haben trachteten heißen Herzens nach der Wiederherstellung des Rechts unter ihrem Volke, wie auch in der Welt. Aber sie mußten in den Streit mit dem Bösen und Niedrigen eintreten, und taten: Sie würden nicht daraus hervorgehen mit unbefleckter Hand, trotz der christlichen Überzeugung, den Tyrannennord für unerlaubt zu halten, entschlossen sie sich zu der befreienden Tat, die wir nicht als eine schlechthin gute Tat bezeichnen möchten. Aber sie zogen sich nicht in ihre "innere Auffassung" zurück. Sie folgten der Stimme ihres Gewissens, und brachten ihr Handeln mit ihrem Gewissen in Einklang.

Es besteht kein Grund, die politischen Fähigkeiten und den Weitblick der Männer wie Goerdeler, anzuzweifeln. Einige Satze aus dem Entwurf seiner geplanten Regierungserklärung, die er am

Rundfunk halten wollte, sprechen dafür:
Goerdelerrede.

Goerdeler verlied dem tragenden Gedanken der Tat in seinem Abschiedsbrief aus der Todeszelle Ausdruck: "Die Welt aber bitte ich, unser Märtyrerschicksal als Buße anzunehmen für das deutsche Volk".

1951

LEITZ - Trennblatt Nr. 520

Zum Selbstausschneiden von Registertasten

Min. Rat E. Wirmer
Bonn
Ärgeländer Str. 105

Bonn, den 19. Februar 1981

Herrn Bundesminister Dr. Lehr
Bonn, Rheindorfer Str. 198

Sehr verehrter Herr Minister.

.....

Durch den Erlass eines Allg. Wiedergutmachungs-Gesetzes für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes wird zwar der größte Teil der Geschädigten des 20. Juli und ihre Hinterbliebenen erfaßt werden. Für die nicht erfaßten Mitglieder des Kreises des 20. Juli könnte natürlich ferner ein Sonder-Gesetz erlassen werden. Eine solche gesetzliche Regelung kann aber niemals etwas anderes vorsehen als verhältnismäßig niedrige, gleichmäßige Entschädigungen oder Renten für alle durch den National-Sozialismus Geschädigten. Eine Erhöhung solcher für alle sog. politisch Verfolgten zugewilligten Renten oder Entschädigungen für einen solchen Personenkreis stößt, wenn sie in gesetzlicher Form vorgenommen wird, sicher auf unübersteigbare Hindernisse. Das ist es aber gerade, was mir für den Kreis des 20. Juli vorschwebt. Aus der Masse der Widerstandskämpfer gegen Hitler ragen unzweifelhaft die Männer des 20. Juli weiter hervor. Sie haben unbedingter und mutiger gegen das frühere System gekämpft als der große Kreis der übrigen, die doch sehr häufig nur gegen Einzel-Erscheinungen auftraten oder passiv ohne eigene Aktivität, wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei oder Weltanschauung oder mißliebigen Organisation verfolgt wurden. Im Kreise des 20. Juli fanden sich die Menschen zusammen, die den verbrecherischen und die Freiheit des gesitigen Menschen zerstörenden Charakter des Hitler-Systems erkannten und aus unbedingter Opposition zudem bereit waren, ihr Leben zu seiner Beseitigung einzusetzen. Der 20. Juli 1944 ist außerdem die einzige Aktion, die der ganzen Welt zeigte, daß das damalige System auch im eigenen Volk starke Gegner hatte, daß also das Deutsche Volk und Hitler nicht gleich zu setzen war. Angesichts dieser Sachlage ist es nach meiner Meinung eine Ehrenpflicht der Bundesrepublik, über die allgemeine Entschädigungs-Regelung hinaus durch eine Sonder-Aktion für die Nachkommen der Männer des 20. Juli etwas Zusätzliches zu tun. Nach meiner Meinung wäre eine solche offizielle Anerkennung gerade gegenüber neuen autoritären Tendenzen heute sehr nötig.

Ich halte es nun für unmöglich, dem Kreis des 20. Juli in einem weiteren Sonder-Gesetz eine besondere Entschädigung zu bewilligen. Eine solche Maßnahme würde zur Folge haben, daß sich eine Unzahl von Personen um diese zusätzliche Entschädigung bemühen würde, die eine Beziehung zum 20. Juli überhaupt nicht haben oder sie auch maßlos übertreiben. Behördliche Stellen, die über derartige Anträge zu entscheiden hätten, würde man mit einer solchen Fülle von Gesuchen zudecken daß eine baldige Entscheidung unmöglich wäre. Behördliche Stellen wären, nach meiner Meinung, auch beim besten Willen nicht in der Lage zu entscheiden, wer zum eigentlichen engeren Kreis des 20. Juli gehört oder wer nur von den Auswirkungen dieses Ereignisses gestreift wurde, ohne daran selbst teil zu haben.

Darum ist mein Gedanke, neben der allgemeinen Wiedergutmachungs-Regelung im Haushalt des Bundes einen verhältnismäßig sehr kleinen Be-

II.

trag für einige Jahre auszuwerfen, der wahrscheinlich die Höhe von DM 50 000.- jährlich nicht zu überschreiten brauchte. Dieser Betrag sollte der Stiftung "Hilfswerk 20. Juli 1944" zur Verfügung gestellt werden mit der Auflage, mit dieser Summe den Angehörigen der Männer des 20. Juli entweder einen völlig sorgenfreien Lebens-Abend zu verschaffen oder damit die Grundlage für eine neue Existenz zu ermöglichen. Vor allem liegt mir am Herzen die Erziehung und Ausbildung der Kinder. In sehr vielen Fällen ist es den Witwen und Waisen nicht möglich, sich eine Berufs-Ausbildung zu verschaffen, die sie ohne weiteres bekommen hätten, wenn der Vater nicht nach dem 20. Juli ermordet worden wäre.

Die Stiftung "Hilfswerk 20. Juli 1944" gibt die Gewähr, daß die tatsächlichen Notfälle heraus gegriffen und behoben werden. Es ist eine sehr individuelle Hilfe möglich, die bei einem staatlich geregelten Verfahren meistens mißlingt. Durch die Entsendung von einem oder zwei Beamten, die nach Möglichkeit selbst eine Verbindung zum 20. Juli haben, in das Kuratorium der Stiftung hätte der Bund eine Kontrolle für die ordnungs-gemäße Verwaltung der Mittel.

Ich glaube, mit dieser sehr billigen Methode, die praktisch gut funktionieren wird, würde der Bund wieder gutmachen, was in der vergangenen Zeit in vielen Fällen gerade gegenüber den Angehörigen des 20. Juli gefehlt wurde.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener

gez. Wirmer

An das Innenministerium
Bonn
z. Hd. Herrn Ministerialrat Dr. Anders

Geschäftsstelle der
Stiftung: "Hilfswerk
20. Juli 1944"

Betrifft die Frage, wer von unsern Schützlingen weiterhin und wie hoch versorgt werden müßte, wenn das neue Bundesgesetz zur Wiedergutmachung nat. soz. Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes in Kraft getreten ist.

Es handelt sich um:

39 Witwen, 131 Kinder, 4 einzel-lebende Personen

Die Summe von 50 000 M. würde keineswegs genügen, wenn man diese Familien ungefähr mit denen gleichstellen will, deren Angehörige im öffentlichen Dienst gestanden haben. Unseres Erachtens wäre es angemessen, wenn der Stiftung so viel Geld zur Verfügung gestellt würde, daß die Witwen Durchweg die Pension eines Oberregierungsrates bekommen könnten und jedes Kind monatlich 100 M. - Die alleinstehenden Personen müßten gleichfalls monatlich 100 M. bekommen.

Hochachtungsvoll

gez. Renate Grf. Hardenberg

(Geschäftsführerin)

Gerhart Herrmann Mostar berichtet über den Braunschweiger Prozeß:

„Weichensteller“ Remer und der 20. Juli

Es war einmal ein Weichensteller, ein ganz gewöhnlicher Weichensteller. Zu dem sagte eines Tages der Oberweichensteller: „Der Bahnhofsvorsteher ist verunglückt und tot, und der neue Vorsteher will, daß wir den Schnellzug auf ein anderes Geleise leiten und zum Halten bringen, denn wenn er im alten Geleise weiterfährt, gibt es eine Katastrophe. Deshalb befehle ich dir, deine Weiche heute anders zu stellen.“ Der Weichensteller wollte schon gehorchen, wie er es gewohnt war, da sagte sein Unterweichensteller: „Ich weiß nicht, die Sache gefällt mir nicht. Steh doch mal nach, ob der Vorsteher wirklich tot ist.“ Das tat der Weichensteller denn auch und fand, daß der Vorsteher zwar verletzt worden war, aber lebte. Daraufhin stellte er seine Weiche wie immer und half den Oberweichensteller verhaften. Der Zug raste im alten Geleise vorbei, und der dankbare Vorsteher erhob den Weichensteller zuerst zum Oberweichensteller und dann zum Oberstweichensteller und zuletzt zum Generalweichensteller.

Da kam die Katastrophe

Dann aber kam die Nachricht, daß die Zugkatastrophe wirklich eingetreten war. Und es war die größte Katastrophe aller Zeiten geworden. Der Vorsteher sprengte sich mit seinem ganzen Bahnhof in die Luft; der Weichensteller indes ging hin und wurde Maurer; denn erstens gab es auf lange hinaus keine Weiche mehr zu stellen, und zweitens wurde er in den Gedanken seiner Tage und in den Träumen seiner Nächte mit der quälenden Frage nicht fertig, ob er recht gehandelt hatte, und deshalb beschloß er, nie wieder Weichen zu stellen, weil die Ent-

scheidung, vor die ihn das Schicksal gestellt hatte, für einen gewöhnlichen Weichensteller zu schwierig gewesen war.

Wenn, ja wenn er sich nur so verhalten hätte — dann säße Otto Ernst Remer, der Mann, der den Zug weiterrassen ließ, in dem das ganze deutsche Volk saß, heute nicht zu Hannover in Straftaft, und dann stünde er heute nicht vor der Strafkammer zu Braunschweig in einem der kompliziertesten Prozesse der Nachkriegszeit, dessen umfängliche Materie sich nur im Gleichnis knapp und einfach darstellen läßt, wie wir es hier versuchen. Nun aber war der Weichensteller in seinem Denken und Träumen zu ganz anderen Schlüssen gekommen. Erstens, so fand er, hätten die Oberweichensteller den Vorsteher keinesfalls angreifen dürfen, auch wenn sie wußten, daß er den Zug werde ins Verderben sausen lassen — denn Dienstleid sei Dienstleid und verpflichte zum Gehorsam um jeden Preis. Zweitens hätten sie damals noch gar nicht wissen können, daß die Katastrophe eintreten würde. Drittens hätte sie gar nicht eintreten müssen, und viertens wäre sie auch ohne ihn eingetreten, weil der Zug gar nicht mehr zum Halten zu bringen war. Daß alle diese Gründe einander widersprechen und daß immer einer die drei anderen ausschließt, bemerkte er dabei gar nicht; und was schlimmer ist: seine Anhänger bemerkten es auch nicht.

Er aber fand Anhänger

Und er fand Anhänger. Der größte Teil des großen Zuhörerraums ist von ihnen gefüllt, und man würde sie auch erkennen, wenn sie sich nicht durch viel Beifallsärm bemerkbar machten.

Sie können alle nicht vergessen, wie schön und bequem der Zug war, in dem sie einst gute Plätze hatten, und er hat sie aufgesammelt unter den vielen, die nun mühselig neben den Geleisen her stapfen. Es sind gar nicht so wenige, die ihm da anhängen: in Niedersachsen wählte jeder zehnte Remer, und sie jubelten ihm zu, wenn er Männer des 20. Juli als Landesverräter bezeichnete, als vom Ausland bezahlte Landesverräter sogar. Wenn er von der Heiligkeit des Soldateneides sprach, und wenn er versprach, in einer etwa kommenden gleichen Situation genau so zu handeln wie damals. Und sie hören nun mit verbissener Genugtuung, wie die Verteidiger, deren einer durch den Zusammenbruch eine hohe Zivilstellung verlor und deren

Gomorra“, schreibt einer von ihnen in seinem letzten Brief, „soliten um eines Gerechten willen gerettet werden. Vielleicht wird das deutsche Volk um unseretwillen gerettet.“

Seltene Verteidigung

So stehen sie heute einer Verteidigung gegenüber, die das Dritte Reich reinzuwaschen sucht, indem es sie beschmutzt. Es ist traurig, es bleibt traurig — bis die Sachverständigen zu Wort kommen: die Theologen; die Historiker; der Vertreter des Offiziersstandes. Es sind Sachverständige der Staatsanwaltschaft, die dem Gericht eine gründliche Behandlung des ganzen Problems aufzuzwingen haben, weil sie sich mit einer Verurteilung wegen einer bloßen Formalbeleidigung nicht begnügen, weil sie beweisen wollen, daß hier keine Dunkelmänner, die leichtfertig handelten, beleidigt wurden, sondern Ehrenmänner in einem tragischen Konflikt.

Die Männer der Kirchen

Die Theologen, die beiden Protestanten sowohl wie der katholische, sprechen mit tiefem Ernst. Ihre Kirchen können nie und nimmer zum Tyrannenmord aufordern, aber sie achten in einmaliger und auswegloser Situation die Gewissensentscheidung des Gott und seinem Volk verpflichteten einzelnen, der Gott und sein Volk und die Menschheit nur durch Tyrannenmord retten kann. Sie sprechen die Männer des 20. Juli nicht nur frei, sondern sie anerkennen ihr tragisches Heldentum. Als auch hier die Verteidigung mit blaublichem Zornesausbruch, mit rhetorischem Aufwand ein Kreuzverhör versucht, da erweist sich, daß Kniffe und Piffe hier wirkungslos, geistlos und sinnlos sind.

Historiker und Offizier

Mit gleichem tiefem, aber kühl-sachlichem Ernst spricht der Militärhistoriker, der das Kriegstagebuch der Wehrmachtführung schrieb. Er schildert die Lage am 20. Juli, beginnend mit dem finnischen Kriegsschauplatz und dann „im Uhrzeigersinn“ weitergehend. Als der Uhrzeiger seinen Kreis vollendet hatte, war es fünf Minuten nach zwölf. Was noch folgte, war sinnloses, verbrecherisches Opfer.

Und es spricht ein Offizier. Damals sagt er, verstand der Mann an der Front die Männer des 20. Juli nicht — weil er nicht wußte, was sie wußten. Heute kann er sie verstehen, weiß auch, daß jene Offiziere recht taten, als sie sinnloses Weitermorden verhindern wollten, und von Herrn Remer, dem das Schicksal so eine bittere und für ihn viel zu große Entscheidung auferlegte, hätte er hinfert Schweigen erwartet.

Einmal schweigt er

Nun: Während die Sachverständigen sprechen, schweigt Herr Remer geradezu demonstrativ, wendet sich gleichgültig ab und liest irgend etwas. Denn da spricht der Geist, den er, der Parteiloffizier, zu verachten gedreht wurde. Aber sonst will und wird er nicht schweigen. Er kann nicht vergessen, daß er es bis zum Generalweichensteller brachte, und er will wieder Weichen stellen. Er will sie genau so stellen wie damals.

Wie damals würde der Zug verunglücken. Darin sitzen aber würden auch seine Anhänger von heute: jeder zehnte von uns.

Der Peiser Bulle

An der Ansteuerung von Pillau, dort, wo das Fließen, die Peise, mündet, liegt eine Boje, die „Bulle“ genannt wird. Eines Tages ließ die Hafenverwaltung von Pillau die Boje frisch anstreichen. Der Malermeister schrieb eine Rechnung:

Den Peiser Bullen zweimal mit roter Ölfarbe angestrichen 65 Mk.

Nun gibt es aber in Berlin eine Oberrechnungskammer. Nach zwei Jahren kam die Rechnung an die Hafenverwaltung zurück mit folgendem Ansprechen:

U. u. R.

Hafenverwaltung Pillau

mit der Bitte, hierher mitteilen zu wollen:

1. zu welchem Zweck sie einen Bullen hält,
2. warum dieser Bulle zweimal rot angestrichen wurde,
3. ob nicht ein Anstrich genügt hätte.

(Aus „Spinnen und Knoten“ von Peter Ernst Elffe, Hara-Verlag Wilhelmshaven)

anderer sogar ein hoher Parteiljurist war, die als Zeugen erschienenen Kämpfer und Opfer des 20. Juli ungerührt vom hilflos lächelnden Vorsitzenden ausfragen und anfahren, als seien es nicht Zeugen, sondern Angeklagte, die nicht Verteidigern des Jahres 1952, sondern Staatsanwälten des Volksgerichtshofes zu antworten haben. Man scheut nicht davor zurück, eben den Staatsanwalt, der bei Freifläßer die Blutrurteile gegen die Offiziere des 20. Juli beantragte, als Zeugen für die wahren Motive dieser Männer zu benennen. — er kam soeben aus Landsberg in die Freiheit. Es riecht am ersten Verhandlungsvormittag aus der erlebten Vergangenheit und der erträumten Zukunft her nach Blut.

Und es geht ein verächtliches Lächeln über die Fanatikergesichter im Zuschauerraum, wenn die noch lebenden Männer von damals oder die Frauen und Söhne der Hingerichteten über die Motive der Verschwörer. Über ihre Ziele und ihr Vorgehen berichten. Sie haben einen schweren Stand. Sehr fromme, sehr konservative, sehr nationale Generale und Intellektuelle waren es, die da an ein Attentat gingen, das sie selbst verabscheuten und nur wagten, weil es ihnen als die einzige Rettung für ihr Volk erschien, und auch dann glaubten wagen zu müssen, wer für sie selbst der Erfolg zweifelhaft war. „Sodom und

Vorwiegend heiter ...



„Aussichtslos! Ich glaube, hier sind überhaupt keine Fische!“

Zeichnung: Vikar

Bobby

„Der Bollmann ist jetzt Mitinhaber einer größeren Firma. Es soll sich um eine Reederei handeln.“ — „Ach, auf Klatsch und Redereien gebe ich nichts!“

Zeichnung: Mrawek



Opa: Das Schlachtfest

Zeichnung: Will Halle

Im Saal ohne Stühle sprach Herr Remer

Versammlung der Sozialen Reichspartei im Schützenhaus Westercelle

Ein ungewöhnlich großes Pollzelaufgebot sicherte am Mittwochabend die Zugangsstraßen, das Gebäude und den Saal des Schützenhauses in Westercelle, wo die Soziale Reichspartei eine Versammlung mit Dr. Doris und Generalmajor a. D. Remer angekündigt hatte. Dr. Doris war am Erscheinen verhindert. Herr Remer sprach über die außen- und innenpolitische Situation Deutschlands. Besonderes Kennzeichen des Versammlungsraumes: er war ohne Stühle. Stehend mußten die zahlreich erschienenen den Ausführungen des Redners folgen. Am Schluß wurde das Deutschlandlied gesungen.

Wer Sensationen in Form von Radauszenen erwartet hatte, wurde enttäuscht. Selten ist eine Versammlung so diszipliniert verlaufen, wie diese. Berufs- oder Amateurkraweeler waren nicht erschienen oder kamen nicht zum Zuge. Ein einziger Zwischenruf drang bis an das Ohr des Redners, als er von der Notwendigkeit disziplinierter Ordnung für Deutschland sprach. Da rief jemand: „Stillgestanden!“ Remer, mit einem Blick auf diesen Saal ohne Stühle entgegnete: „Hoffentlich können Sie noch!“

Die Versammlung wurde eröffnet von dem Leiter des Bezirks Lüneburg der SRP. Er kritisierte das Verhalten der Stadt Celle, die keinen städtischen Versammlungsraum zur Verfügung gestellt und ihre Ablehnung begründet hätte mit dem Bemerkten, städtische Räume könnten nur solchen Parteien überlassen werden, die auch im Rat der Stadt vertreten wären. Die SRP sehe darin keinen Beweis demokratischer Haltung, zumal, da außerdem auf private Saalbesitzer ein Druck ausgeübt worden wäre, ihre Räume ebenfalls nicht zur Verfügung zu stellen. So habe man die Versammlung in eine Gemeinde am Stadtrand verlegen müssen. Dr. Doris könne infolge anderweitiger Verpflichtungen leider nicht kommen.

Herr Remer, mit starkem Beifall begrüßt, kritisierte zunächst die Tatsache, daß deutschen Frauen und Männern in Ausübung ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit auf behördliche Anordnung ein Saal ohne Stühle zugemutet würde. Er wandte sich dann den Vorwürfen zu, die gegen ihn in jüngster Zeit erhoben worden

zu treten. Gemeinnutz geht vor Eigennutz, dieser Grundsatz solle gültig sein, vor allem in Verwaltungen. Sie müßten wieder an Einfachheit, Ordnung und Sauberkeit gewöhnt werden. Auf der Strecke von Helmstedt bis Bonn könnte alle vier Kilometer ein Denkmal mit einem Minister errichtet werden, so viele wären es inzwischen schon.

Der Jugend müsse ein Ziel gegeben werden: Ein wieder vereintes Deutsches Reich als die starke und gesunde Mitte Europas.

Die Zeit der autoritären Regime sei vorbei. Seine Partei sei für eine echte Demokratie mit echter Opposition. Ein so gestaltetes Deutschland, das eine Führungsschicht von Kämpfern aus allen Kreisen der Bevölkerung heranziehe, werde am ehesten geeignet sein, der Vermassung des Ostens entgegenzutreten.

Die Deutschen sollten wieder Mut zu sich selbst finden lernen. Ihre Schuld, die unaufhörlich propagiert werde, sei nicht größer als die der anderen. Im Gegenteil! In diesem Zusammenhang erinnerte Herr Remer an die Nürnberger Prozesse und an die Unmenschlichkeiten der Prozesse um Malmedy und in Landsberg.

Scharfe Kritik übte er an denen, die das deutsche Soldatentum verunglimpften. Die

Tatsache, daß gegenwärtig in Celle, unmittelbar hinter dem Denkmal für vier Millionen Gefallene, Zuckmayer aufgeführt werde, betrachte er als einen Verrat am deutschen Soldatentum, das sich für den Bestand des Abendlandes geopfert habe.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen wies er darauf hin, daß gerade Niedersachsen zu einer Keimzelle der stilllichen Erneuerung für ganz Deutschland werden könne.

Die Soziale Reichspartei wolle das Ihre dazu beitragen.

In der Diskussion meldeten sich mehrere Zuhörer zum Wort, niemand von der Opposition.

Im Schlußwort kam Herr Remer auf die Vorgänge am 20. Juli zu sprechen. Auch heute würde er genau so handeln wie damals, und er glaube richtig gehandelt zu haben, weil der Putsch so wieso unzulänglich vorbereitet, durchgeführt und bereits gescheitert war, noch ehe er begann. Hätte er anders gehandelt, dann wäre nicht nur ein Bürgerkrieg ausgebrochen, sondern durch die zusammenbrechende Front im Osten wären die Russen, ohne Evakuierungsmöglichkeiten für die Deutschen ungehindert hereingeflutet. Vier Millionen deutscher Soldaten wären in russische Gefangenschaft geraten. Sie zu seinem Teil mit davor bewahrt zu haben, das rechne er sich zur Ehre an. Ueber die Rolle vieler „sogenannter Widerständler“, darunter auch Generaldirektor Dr. Grimme, werde seine Partei die Öffentlichkeit zu gegebener Zeit noch aufklären.

Mit dem Deutschlandlied wurde die Versammlung geschlossen.

sind. Mit seinem Ausspruch, die Vertreter der Regierung in Bonn hätten sich für den Fall kriegsgerichtlicher Auseinandersetzungen Ausweichquartiere in England für sich und ihre Familien gesichert, habe er lediglich eine AP-Meldung des bekannten amerikanischen Korrespondenten Karl von Wiegand zitiert. Auch den Vorwurf, er fordere zur Mißachtung der Staatsgesetze auf, habe er entkräften können.

Der Redner unternahm dann einen Streifzug durch die Geschichte des deutschen Volkes und kennzeichnete die realen Gegebenheiten an der Tatsache, daß Deutschland das Herzstück Europas darstelle. Es müsse also wieder in die Lage versetzt werden, die Funktionen des Herzens auszuüben. Nach dem Zusammenbruch sei nicht zuletzt durch die Unterlassungen der Besatzungsmächte hier ein Vakuum, ein Raum der organisierten Unordnung, entstanden.

Deutschland habe keine Veranlassung, sich in die periphere Interessenpolitik der Siegermächte im Nahen oder Fernen Osten einzumischen. Sowjetrußland verfolge offensichtlich die Strategie der Abnutzung. Die Amerikaner wären darauf hereingefallen, sie verschleißten ihr Material und ihre menschliche Kampfkraft. Dem Krieg in Korea sage er deshalb kein nahes Ende voraus. Das Zurückweichen der Chinesen bedeute lediglich Zermürbungstaktik. Jetzt habe Amerika Aufrüstung beschlossen, aber sie wäre nach fachmännischer Rechnung kaum vor fünf Jahren vollendet.

Deutschland rate er eine Weder-Noch-Politik an. Es käme für uns weder darauf an, dem „Kreuzfahrer“ Eisenhower neue Divisionen zu stellen, noch den Sowjets Gefolgschaft zu leisten. Die Deutschen wollten nicht Kanonenfutter sein. Diese Feststellung habe nun auch das Ausland machen müssen. Die Remilitarisierung Deutschlands sei deshalb von ihnen längst abgeschrieben. Nur gewisse Politiker in Deutschland redeten noch davon. Er selber glaube, daß die kommende Außenministerkonferenz wahrscheinlich sogar allgemeine freie Wahlen für Gesamtdeutschland ergeben werde.

Es komme darauf an, die deutsche Volkssubstanz zu erhalten und sie nicht in einem Kriege zwischen Ost und West zu verschleifen. Er selbst würde höchstens dann noch einmal Uniform anziehen, wenn 70 amerikanische Divisionen an der Elbe stünden. Dann würde er, der neunmal verwundet worden sei und alle sechs Kriegsjahre, bis auf sein Kommando beim Wachregiment in Berlin, an der Front gestanden habe, gern eine Funktion beim Nachschub übernehmen, um auch einmal „abzustauben“.

Nach einer Schilderung der geschichtlichen Vorgänge, die nach dem ersten Weltkrieg zum Aufblühen des Marxismus und nach dem Versagen der Parteien von Weimar zur Machtergreifung Hitlers, in Parallele zu ähnlichen Erscheinungen in Spanien und Italien geführt hätten, kam er zu der Feststellung, daß er niemals ein „Nazi“ gewesen wäre, sich aber immer noch als nationaler Sozialist fühle. Dies jedoch keinesfalls etwa im Sinne der NSDAP. Von deren Erneuerung könne keine Rede sein.

Es gelte, den Geist des 20. Jahrhunderts in die Tat umzusetzen, das heißt, an die Stelle der liberalistischen Ellenbogenfreiheit für wenige Begünstigte habe die sich und anderen verantwortliche Gemeinschaft, an die Stelle des Ich das Wir

Major Remer ,Kommandeur des Wachbataillon in Berlin, erhielt am 20. Juli 44 von Generalleutnant von Hase, dem damaligen Kommandanten von Berlin, mit seinem Bataillon das Berliner Regierungsviertel abzusperren. - Remer führte wie mit Nachdruck festgestellt werden muss, diesen Befehl aus, obgleich ihm Generalleutnant von Hase erklärt hatte, dass die vollziehende Gewalt vom Heer übernommen worden sei. Remer wusste also, als er die Absperrung durchführte, dass er sich an einem Putsch beteiligte; denn da Hitler für den Fall seines Todes Göring als seinen Nachfolger bestimmt hatte, konnte das Heer nur durch einen Putsch die vollziehende Gewalt an sich bringen. - Heute stellt sich Remer so, als wenn er nicht orientiert gewesen wäre, und hat auch die Stirn in politischen Versammlungen die Ehre der Männer des 20. Juli 44, die in allerletzten Stunde den Versuch machten, das deutsche Volk vor dem Wahnsinn eines Hitlers zu retten, herabzusetzen. - Es erscheint daher notwendig, einem Mythos vorzubeugen, den Remer u. seine Anhänger, um das Verhalten Remers am 20. Juli erfinden. - Remer brachte es am 20. Juli fertig, während er Generalleutnant von Hase im Glauben liess, dass er den Putsch mitmache, durch einen Oberleutnant Dr. Hagen Fühlung mit Goebbels aufzunehmen. - Remer ging inzwischen nach seiner eigenen Darstellung spazieren und war offenbar der Meinung, dass der Putsch vielleicht noch glücken würde. - Als er sich auf Wunsch von Dr. Hagen entschloss zu Goebbels zu fahren, nahm er einen Leutnant u. 20 Mann mit, die ihn in dem Fall, dass Goebbels ihn verhaften lassen würde, herausholen sollten. Es liegt der Beweis vor, dass Remer das Vertrauen Goebbels errang, indem er diesem den Plan Generalleutnant von Hase, Goebbels festzunehmen verriet. - Goebbels wandte sich in seiner theatralischen Art an Remer, u. sagte ihm, dass er auf historischen Boden stehe, er stellte ihm Orden u. Beförderung in Aussicht, wenn er den Putsch niederschlagen würde. Remer liess sich betören. Goebbels stellte dann die Verbindung mit dem Hauptquartier her, so, dass Remer von Hitler persönlich die Befehle für die Niederwerfung des Aufstandes entgegen nehmen konnte. -

Briefe zum Fall Remer

Das politische Auftreten des ehemaligen Generalmajors Remer hat eine Flut von Zuschriften an die „Welt“ ausgelöst, die nur auszugewählte wiedergegeben werden können. Auf die drei Fragen, die der ehemalige Adjutant des Grafen Stauffenberg, Rudolf v. Esparre, an Remer gerichtet hat (siehe auch Nr. 115 der „Welt“ vom 15. August), erhielt die „Welt“ folgendes Schreiben Remers.

1. Ich habe im August 1944 in einem Gutshaus — danach befragt, wie weit konfessionelle Bindungen bei einigen Offizieren des 20. Juli eine Rolle gespielt haben — geantwortet, es sei erwiesen, daß Graf Stauffenberg sich vor dem Attentat mit seinem Beichtvater in Verbindung gesetzt habe. Auch hätte ich gehört, daß aus Kontakten von Teilnehmern des 20. Juli zu Geistlichen Verbindungen nach dem Auslande zustande gekommen seien. Soldaten aber, die aus ihrer religiösen Einstellung heraus das Recht ableiten, hoch- und landesverräterische Ziele zu verfolgen, habe ich unter den damaligen Umständen für das angesehen, als was ich sie bezeichnet habe.

2. Ich bin am Tage vor der Godesberger Tagung in Köln gewesen und habe dort im Hause eines Offiziers meiner früheren Einheit nach Befragung, weshalb ausgerechnet ich dorthin fahre, geäußert: Wenn ich allein durch meinen Namen einer guten nationalen Sache einen Dienst erweisen könne, so tue ich es. Die unzulässige Behauptung, in Deutschland könne man nur auf gewaltsame Weise „Ordnung schaffen“, ist unrichtig. Ich habe mich auch in diesem Zusammenhang gerade über Fehler und Mißstände des sog. Dritten Reiches ausgesprochen.

3. Falsch ist, daß ich geäußert habe, ich sei und bleibe Nationalsozialist. Richtig ist vielmehr, daß ich immer den Standpunkt vertreten habe, man könne nicht an 1933 anknüpfen, sondern müsse die Entwicklung bis 1945 in Rechnung stellen. Es war nicht alles schlecht, was das Dritte Reich hervorgebracht hat.

Alle Gespräche fanden im übrigen in Privathäusern statt, wo Anwesende sich in verwandtschaftlichen und bekannschaflichen Verhältnissen zu meiner Frau befanden. Es ist also wieder so, daß selbst innerhalb dieser Kreise denunziert wird, ein Vorwurf, den man sonst nur dem Dritten Reich machte.

Otto Ernst Remer,
Vereil in Oldenburg, Lohstraße 3

Im Einverständnis mit der Leitung des „Hilfswerkes 20. Juli“ in Nörten-Hardenberg möchte ich feststellen: Wir wären niemals auf die Idee gekommen, uns mit Herrn Remer auseinanderzusetzen, wenn er nicht seinerseits aufgestanden wäre. Die meisten von uns haben ihm sein Verhalten am 20. Juli 1944 verziehen. Wir wußten, daß er damals sehr jung und durch die ungeliebte Schule des Nazismus gegangen war, ohne genügend Urteilsvermögen zu besitzen, um selbständig handeln zu können. Heute aber müßte er olangeschen haben, wie unheilvoll er in das Rad der Geschichte eingriff, als er den Aufstand verhinderte, der unser Schicksal wenn nicht abwenden, so doch aufhalten konnte. Wir finden es außerordentlich taktlos, daß der Mann, durch dessen mittelbare Schuld unsere Väter und Männer an den Galgen kamen, heute in aller Öffentlichkeit Kritik an seinen Opfern übt und sich zum Exponenten einer Weltanschauung macht, deren Aus-

wirkungen noch jahrelang eine gesunde Entwicklung in Deutschland erschweren werden.

Ursula Klamroth, geb. Klamroth,
Hamburg-Blankenese, Wittspark 24

Remers Auftreten ist eine Herausforderung an die Millionen deutscher Frauen, die mit ihren Kindern in den Bombennächten die Rechnung für Herrn Remers „verhinderten Bürgerkrieg“ bezahlen mußten.

Edith Dorn, Bad Pyrmont, Schlaßstr. 2

Ist der General, der seinerzeit doch nur einem gegebenen Befehl folgte und heute als einfacher Mann sein tägliches Brot verdient, weit entrückt den Verhältnissen, in denen er früher lebte, für sein „Verbrechen“ nicht genug gestraft?

Walter Heckmann, Bocholt, Reygerstr. 26

1918 waren es die Gruppen um die späteren Fememörder Schulz, Klapproth und Genossen, heute sind es die Remer und Konsorten, die sich ein nationales Mäntelchen umhängen und als Stoßtrupp für eine kommende „Nationale Front“ a la Harzburg dienen und die nächste Katastrophe vorbereiten.

Dipl.-Volkswirt Zborowski,
Hamburg, Osterstr. 162

Hier liegt eine außen- und innenpolitische Gefahr größten Ausmaßes für die deutsche Politik, die viel größer ist als sie von seiten der KPD droht. Ihre Folge wird sein, daß Deutschland auf Generationen hinaus besetztes Gebiet bleibt angesichts soviel politischen Unverständes — und das freilich und leider mit Recht.

Dr. Bank, Oberregierungsrat,
Hannover, Senat-Bauer-Str. 29

Der Fall Remer bedeutete den Versuch, zwei Auffassungen von der Pflicht gegenüber dem Vaterland auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Herr Remer hat in Godesberg sich zu dieser Notwendigkeit bekannt, und Herr von Schlabrendorff hat in ritterlicher Weise die Hand zur Versöhnung nicht ausgeschlagen. Die ehemaligen Soldaten hätten also gemeinsam an den Wiederaufbau herangehen können. Es ist daher unverantwortlich, wenn Remer jetzt mutwillig dieses Einigungswerk zerschlägt. Er hat seine Aufgabe, die er in Godesberg übernahm und zu der ihn die Erklärung Schlabrendorffs verpflichtete, verraten.

Dr. Gerhard Schults-Wittahn, Generaldirektor,
Bielefeld, Am Wellenkotten 8

Als gebürtiger Neubrandenburger kenne ich die Familie Remer genau. Als die Rote Armee Neubrandenburg eroberte, hatte sich die Familie Remer vorsorglich nach Westen abgesetzt, nicht ohne daß der Herr Generalmajor noch vorher auf dem Marktplatz eine Brandrede hielt, in der er die Bevölkerung zum Widerstand aufhetzte. Der Erfolg war die restlose Zerstörung der Innenstadt.

Willy Reinitzhuber, Berlin-Wilmersdorf,
Nikolsburger Platz, Pension Naumann

Am 16. März 1945 wohnte General Remer in Welkersdorf (Schlesien) der Exekution eines wegen nur vierstündiger Abwesenheit von der Truppe zum Tode verurteilten Wachmeisters bei. Er ließ diese Erschießung unter besonders häßlichen Begleiterscheinungen durchführen und hielt anschließend eine Ansprache, in der er betonte, man müsse ein Exempel statuieren, um dem Führer die Treue zu beweisen. Das hinderte Remer für seine Person allerdings nicht, genau vier

Wochen später, am 19. April 1945 in Spreewitz-Terpen von der ihm unterstellten Truppe zu verschwinden und sich in Sicherheit zu bringen, wie im Düsseldorf „Rhein-Echo“ vom 26. Juli 1949 nachzulesen ist.

Dr. jur. Hans G. Röhl,
Weilrath (Rhld.), Mettmannerstr. 10

Mit aller Deutlichkeit ist das großkotzige, unreife und verantwortungslose Geschwätz des Generalmajors Remer zuzulehnen. Diese Kreise mögen zur Kenntnis nehmen, daß ihre Diktaturlust auf die schärfste Gegnerschaft der ehemaligen Soldaten stoßen, denen die Freiheit des Volkes und die Sicherung der jungen deutschen Republik eine Sache des Horrens geworden ist.

Fritz Beermann, Oberleutnant a. D.,
ehemals Kommandeur Art.-Regt. 340,
Hamburg, Hermann-Löns-Weg 58

Wenn Sie glauben, Sie könnten uns alte Soldaten nochmals in Ihre Netze locken, dann täuschen Sie sich. Wenn Sie marschieren wollen, dann bitte auf die Trümmerstätten. Dort gibt es Arbeit für Jahrzehnte.

Helmut Specht, Bielefeld, Klosterplatz 6

Remer antwortet

Oldenburg (DENA)

Die „Nordwest-Zeitung“ veröffentlicht eine Antwort des ehemaligen Generalmajors Ernst Remer auf den offenen Brief des ehemaligen Majors Achim Oster, den auch die „Abendzeitung“ ab-

„Die Treue ist das Mark der Ehre“

gedruckt hatte. Remer schreibt auf diesen Brief: „Während Sie als ehemaliger Generalstabsoffizier glaubten, Widerstand organisieren zu müssen, kämpfte ich draußen mit meinen tapferen Soldaten an der Front. Während Sie am 20. Juli

„Wir werden weiter marschieren,
bis alles in Scherben fällt“

nichts taten, handelte ich und verhinderte einen Bürgerkrieg. Während Sie nach dem Zusammenbruch die Vorteile eines ‚Opfers des Faschismus‘ genossen, verdiente ich mit meiner Hände Arbeit mein bitteres Brot. Während Sie durch unsachliche giftige Bemerkungen mehr

„Auf eine Million Menschen kommt
es mir nicht an“.
(Napoleon zu Metternich)

zerrissen, als Sie verantworten können, bin ich heute bemüht, über das Trennende der Vergangenheit hinweg bei der Sammlung aller Deutschbewußten mitzuhelfen. Wahrlich, zwei Welten, über

den Zone

die die Geschichte ihr Urteil fällen wird. Ich jedenfalls warte in Ruhe diesen Richterspruch ab.“

Die konservative Rechte

Die Heimat der Deutschen Partei, die sich in der vergangenen Woche im Hinblick auf die hessischen Kommunalwahlen den Bürgern dieses Landes vorstellte und die nach ihren eigenen Angaben auch in Bayern bemerkenswerte Fortschritte macht, liegt im Hannoverschen. Als Niedersächsische Landespartei wurde sie nach dem Zusammenbruch gegründet, von der „Wolfenpartei“ sprechen Heldler der Lüneburger Heide, ihre bisher treuesten Anhänger, noch heute. Inzwischen hat die Deutsche Partei weitere Anhänger in Norddeutschland gewonnen und ist Regierungspartei der Bonner Koalition geworden. Nun will sie sich zu der großen nationalen, konservativen, christlichen Partei der Bundesrepublik, der Rechtspartei, entwickeln. Gegen den Rechtsradikalismus will sie sich ebenso klar abgrenzen, wie sie den Trennungsgestrich zum Marxismus zieht. Sie kommt damit den Stimmten entgegen, die — man erinnert sich — zur deutlicheren Schlichtung unseres parlamentarischen Lebens den Wunsch nach einer solchen Partei aussprachen. Konservatismus in Deutschland trug immer preussische Züge. Daß sich gerade die Deutsche Partei für diese Aufgabe stark fühlt (weil sie anderwärts Ansätze dazu nicht sehe), ist deshalb nicht ohne Reiz. Die Deutung kann nur sein, daß sie ebenso wenig eine Partei des Ueberlebten und des Resonanz sein will, wie sie schon aus ihrem Wesen die Bemerkung ihres Vorsitzenden bestätigt, mit dem reinen Antikomplex lasse sich keine Erneuerung gestalten.

Konservative Tradition schließt im übrigen eine große Verpflichtung ein. Der Appell an die Gefühlswerte, der in Frankfurt nicht zu überhören war, wie auch nicht sein Echo, ist nur eine, wenn auch nicht unwesentliche, Begleiterscheinung. In der Nähe dieser Bezirke sind Nebulose und Phrasenologie leicht, Verwirrung stiftend, angesiedelt. Man wird also abwarten müssen, wie die Deutsche Partei den Grundgedanken ihres Programms vertieft. Sie braucht dazu in ausreichendem Maße kluge und einsichtige Köpfe.

Gelenkter Liberalismus

P. M. Paris, im März

Der neue Ministerpräsident Antoine Pinay ist als Konservativer ein Mann des Wirtschaftsliberalismus. Als er vor der Kammer sein Programm zur Stützung der Franken und zur Gesundung der Finanzlage entwickelte, sprach er von der Notwendigkeit eines Preisstopps. Das machte auch seine Parteifreunde mißtraulich. Von ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen jede Form des Dirigismus abgesehen, die übrigens von der Mehrzahl der anderen bürgerlichen Gruppen geteilt wird, ist die Erinnerung an die Jahre einer schlecht funktionierenden Preisüberwachung bei aller Welt in unauslöschlicher Erinnerung geblieben. Das Wort Preislenkung oder -überwachung genügt, um einen Mann bei der Mehrheit der Kammer in Verfall zu bringen. Man setzte also Pinay sehr zu, über diesen Programmpunkt etwas mehr zu sagen. Da er — es war kurz vor der Abstimmung über seine Investitur als Regierungschef — in diesem Augenblick nicht über Allgemeines hinausgehen wollte, fand er folgende Formel als Antwort: „Wenn das rote Lichtsignal auf den Straßenecken die Fahrzeuge zum Anhalten zwingt, kann niemand behaupten, daß damit die Freiheit des Straßenverkehrs aufgehoben werde. Im Gegenteil, diese weise Einführung der roten und grünen Signale stellt geradezu eine Garantie für die Freiheit des Verkehrs dar! So will auch ich die Preisüberwachung und den Stop handhaben!“ Diese glückliche Formel löste, was bei solchen Investiturbitten selten ist, großen und spontanen Beifall auch bei den Gruppen aus, die für die politische Richtung Pinays wenig Sympathien haben. Die Formel, die den neuen Mann vielleicht kennzeichnet, trug sicher stimmungsmäßig an seinem Erfolg bei. Pinay ist kein Redner, aber dieses Bild war ein Goldfund.

Förderung der Nachbarschaftshilfe

Krefeld, 14. März (dpa). Ellen McCloy, die Gattin des amerikanischen Oberkommissars, sprach sich am Donnerstag in einem Interview mit einem Korrespondenten der Deutschen Presseagentur für eine stärkere Förderung der Nachbarschaftshilfe von Haus zu Haus aus. Die gute Tat einer einzelnen Frau bedeute oft mehr als die Arbeit der großen Organisationen. Die deutsche Frau stecke viel tiefer in der politischen Arbeit als sie schlechthin wisse. Aber die deutschen Frauen müßten politisch noch aktiver werden und ihren Einfluß in Bonn stärker geltend machen.

Zuviel für die Schultern eines Landgerichtes

Nutzen und Schaden des Prozesses gegen Remer / Von Thilo Bode

Braunschweig, im März

Otto Ernst Remer, der es in zehn Jahren unter Adolf Hitler vom Fähnleinführer im pommerschen Infanterieregiment Nr. 4 bis zum Generalmajor gebracht und heute nach den Worten des Staatsanwaltes in unbelohnbarem Trotz bei dem verharret, was am 20. Juli 1944 undurchschaubar und ein verzeihlicher Irrtum war, dieser Mann mit der niedrigen Stirn, dem breiten Mund, dem absteigenden rechten Ohr und, wenn er spricht, mit der Haltung eines Hauptfeldwebels beim Stiefelappell, ist die dritte „große Sache“, die im blitzschnellen Braunschweiger Schwurgerichtssaal verhandelt wird. Eingeweiht wurde der Saal mit dem Verfahren gegen den ehemaligen braunschweigischen Ministerpräsidenten Klegges — Ehre wenn Ehre gebührt. Der zweite große Prozeß war der gegen den gräflichen Frauenmörder Pleil. Jetzt, bei Remer geht es nicht um lebenslängliches Zuchthaus oder um „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, sondern darum, daß der Bundesinnenminister gemeint hat, die Strafkammer eines Landgerichtes sei die richtige Instanz dafür, so ungeheuer komplizierte und vielschichtige historische Vorgänge wie den 20. Juli 1944, mehr noch: die gesamte deutsche Widerstandsbewegung, ihre Motive, ihre Hintergründe und ihre Berechtigung aufzuklären.

Der Saal, in dem das vor sich geht, ist hell getüncht, mit heller moderner Holzfüllung. Die breite Wand, vor der die Richter sitzen, besteht aus buntem Glas, die Stühle sind mit grünem Leder überzogen. Der Saal ist so groß, daß die etwa siebzehn Journalisten, die zwischen dem Zuschauerraum und der Richterbank an besonderen Tischen sitzen, gar nicht weiter auffallen. Der schöne große Raum fordert seinen Preis: Oft legen Richter, Staatsanwälte, Zeugen, Verteidiger oder der Herr im braunen Anzug mit dem roten Schloß auf der Anklagebank die Hand an das Ohr: Die Akustik ist schlecht.

Man versteht sich schlecht

Man versteht sich in diesem Raum ohnehin nicht gut. Den Staatsanwalt, einen Mann, der in Oranienburg gesessen hat, trennt eine Welt von dem Angeklagten. Die Wände zwischen Remer und dem Richter scheinen weit niedriger. Der Richter wieder ist dem Staatsanwalt nicht gerade dankbar. Man kann das verstehen, wenn man bedenkt, welche Aufgabe der Staatsanwalt, der sich am Tage seines Plädoyers als ein Jurist und Verhandlungsstrategie hohen Grades erwiesen hat, dem noch recht jungen Landgerichtsdirektor auferlegt hat, der sich öfters flüsternd mit den beiden offenbar älteren Räten an seiner Seite berät. Die drei Richter drehen gemeinsam das heiße Eisen „Landesverrat“ in ihren Händen herum. Zwei weitere Männer sitzen schweigend dabei: die Schöffen. Wenn sie nicht, sobald sich das Gericht einmal zur Beratung zurückzieht, mit aufstehen und später wieder Platz nehmen würden, käme man nicht auf den Gedanken, daß sie leben.

Dem Prozeß sind viele Vorschußlorbeeren gestiftet worden. Es hieß, daß nun endlich der 20. Juli 1944 geklärt, daß nun endlich „Licht hinter den deutschen Widerstand kommen“ werde. Das war ganz falsch. Ueber den deutschen Widerstand ist man, wenn auch viele Primärquellen fehlen, recht gut unterrichtet, und wer seinen Rothfels, seinen Dulles, seinen Schlabrendorff und seinen Speidel ein wenig kennt, der wird nicht eine einzige Neuigkeit in diesem Gerichtssaal erfahren haben. Wir wollen genau sein: Eine Neuigkeit hat es doch gegeben. Nach den Bekundungen eines Generals Weidemann soll Goebbels am 22. Juli 1944 in einer Ministerbesprechung in Gegenwart von Bormann, Keitel, Frick und anderen gesagt haben, daß nach seiner Ueberzeugung die Männer des 20. Juli Patrioten gewesen seien, die in letzter Stunde einen Verzweiflungsschritt unternommen hätten, weil sie am Endsieg zweifelten. Dieser Punkt, der einzige Beitrag dieses Gerichtes zur Historie, wäre auch von Bedeutung für die Abwehr der rechtsradikalen Propaganda.

Grenzen des Gerichts

Einer von den Nebenklägern, der stille, bescheidene, fast schlichter Sohn des hingerichteten Professors Jessen, der Referendar Uwe Jessen aus Berlin, hat mit zwei Sätzen das Problem des Prozesses deutlich zu machen verstanden: „Remer hat manche Männer aus dem Kreise des 20. Juli als Landesverräter bezeichnet. Im technischen, formalen Sinne mögen sie es sein, aber Herr Remer meint es als sittlichen Vorwurf, und das ist, neben die Wirklichkeit des unsittlichen Staates gehalten, eine Beloidigung.“ Das Verdienst dieser beiden Sätze um das Verfahren ist außerordentlich. Jessen hat damit auf die Grenzen hingewiesen, die ein Gericht überhaupt hat. Wie steht es denn mit der Fähigkeit und der Möglich-

keit des Justizapparates, und wie mit dem Nutzen, über moralische Kategorien, aber auch über politische Meinungen, zu urteilen?

In diesem Prozeß gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine ist, daß Remer wegen Beleidigung der Widerstandskämpfer des 20. Juli verurteilt wird. Ein solches Urteil wird das Gericht nicht der Notwendigkeit entheben, in der Begründung sehr sorgfältig zu untersuchen, ob nicht gewisse Mitglieder der Widerstandsbewegung den Tatbestand des Landesverrats erfüllt haben. Es wird diese Frage möglicherweise beantworten. Auf nichts anderes aber warten die Propagandisten der Sozialistischen Reichspartei. Sie sitzen als Zuhörer im Saal. Wie schön für sie, wenn sie später auf den Dörfern sagen können: „Ein deutsches Gericht in Braunschweig hat ganz klar festgestellt...“ Selbst wenn das Gericht zu einer klaren Verneinung des „technischen Landesverrats“ kommen sollte, läßt sich propagandistisch genügend mit dem anfangen, was hier vor Gericht über die „Rote Kapelle“ gesagt worden ist: Die Tätigkeit ihrer Nachrichtenorganisation war nackt, schäbiger Landesverrat. Als Gegenleistung gab es harte Rubel...

Das Gericht wird sich in seinem Urteil tief vor den Männern des 20. Juli verneigen und ihrer moralischen Integrität, ihren Motiven und ihrer Vaterlandsliebe hohes Lob spenden. Was aber ist damit gewonnen? Wer die guten, klaren Köpfe beispielsweise der Zeugen Bonhoeffer, des Bruders des hingerichteten Pfarrers Bonhoeffer, des Referendars Jessen oder die noble Gräfin York von Wartenburg gesehen hat, der glaubt zu wissen, daß diese Menschen seit jeher klare Meinungen über die Motive ihres Handelns oder der Taten ihrer hingerichteten Väter, Männer und Brüder haben. Ihr Richter ist ihr Gewissen. Es ist daher wahrscheinlich für sie ohne Belang, ob ein Landgericht ihnen Anerkennung zollt oder das unterläßt.

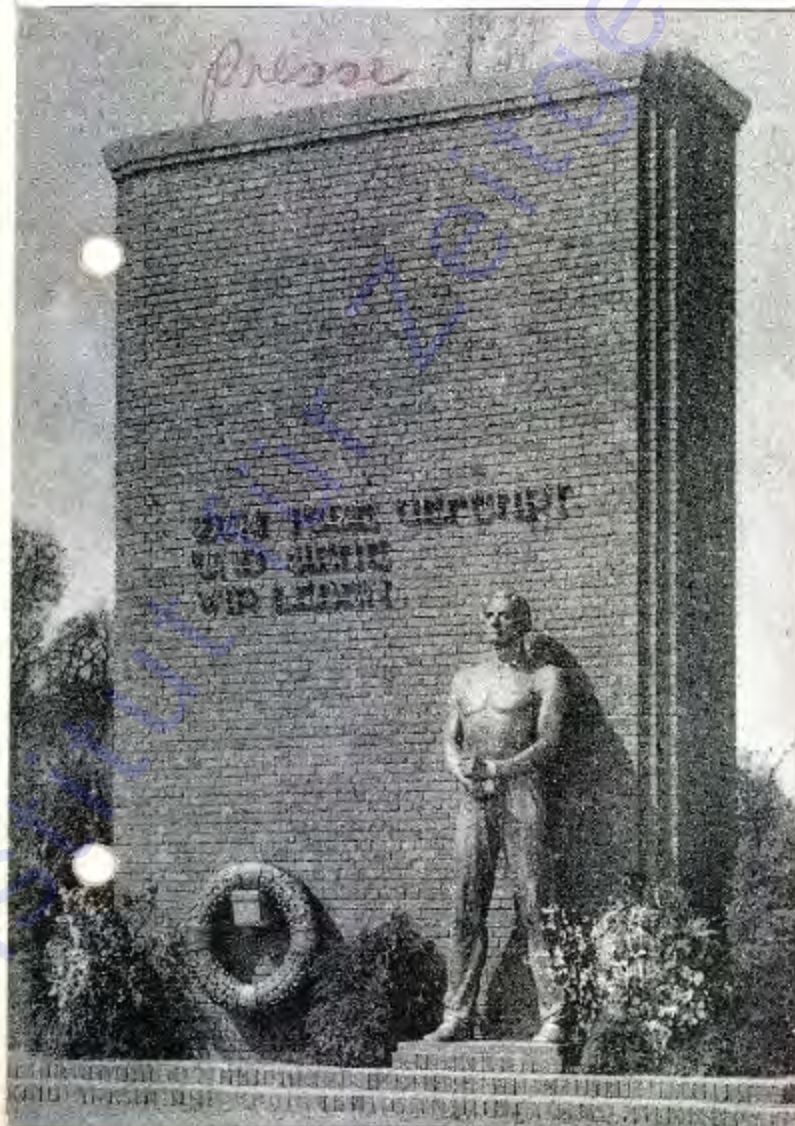
Und wenn nun der Freispruch für den Angeklagten käme? Wie immer würde man vergessen, sich die Urteilsbegründung sehr genau anzusehen, und man würde auch vergessen, daß in einem Rechtsstaat ein Urteil erster Instanz nicht viel besagt. Gerade ein so umstrittenes Urteil, wie es ein Freispruch Remers wäre, würde fast zwangsläufig anderen Gerichtshöfen zur Nachprüfung vorgelegt werden. Aber auch die Einstellung des Verfahrens — die Verteidigung hat sie beantragt, weil die Klageberechtigung derjenigen Widerstandskämpfer, von denen Remer niemals behauptet habe, daß sie Landesverräter seien, bestritten sei — würde Entrüstung hervorrufen.

Das Verfahren hat einige Dinge sehr deutlich gemacht. Zunächst: Man darf die Aufgabe der Historiker nicht auf die Richter abwälzen. Das ist seit Nürnberg in Deutschland in Mode gekommen, und dabei hat doch gerade Nürnberg bewiesen, daß das aus einem einfachen Grunde nicht geht. Es ist ein Unterschied, ob ein Mann, der dabei war, von einem Professor der Geschichte im Klubsessel bedachtsam gefragt wird, oder ob dem gleichen Mann auf einer Anklagebank vom Richter gesagt wird: „Wenn das stimmt, was der Staatsanwalt hier behauptet, sind Sie Ihren Kopf los.“ Das zweite wäre, daß man nicht Landgerichtsdirektoren zumuten sollte, die Versäumnisse des Gesetzgebers auszubaden. Die Ehrenrettung der tapferen Männer des Widerstandes ist eine höchst dringliche Sache, der sich der Bundestag annehmen sollte. Dann können die Gerichte genauer und besser urteilen. Es könnte dann nicht mehr geschehen, daß ein Bundesminister einen Richter in eine solche Gewissensnot bringt, daß der Richter dreimal in offener Verhandlung bekennt, er komme nicht über das Wort des Pfarrers Bonhoeffer hinweg: „Ich bete für die Niederlage meines Vaterlandes.“ Wer will da den ersten Stein werfen?



phot. Grothe

"Zum Tode geführt und siehe wir leben!"
Ehrenmal für die 1800 hingerichteten Politischen auf dem
Krematoriums-Friedhof von Brandenburg



erzählt werden soll.

"Volksgerichtshof"-Kartei gesichtet

Mehr als zehntausend Akten des ehemaligen "Volksgerichts-
hofes" sind jetzt gesichtet worden. Das Material wurde in den
Tümmern der Bellevuestraße, wo der "Volksgerichtshof" seinen
Sitz hatte, gefunden und von Beamten des Hauptamtes
für Sicherheit und Ordnung Da noch weitere Akten in den
Kellern der Bäume vermutet werden, sind Enttarnungs-
arbeiten angeordnet worden. Die erste Bearbeitung hat eine
Kartei ergeben, die die Namen von etwa 50 000 Deutschen

und Ausländern enthält, die alle wegen Hochverrats, Landes-
verrats oder wegen "Wehrkraftzersetzung" verurteilt worden
sind. Unter den verurteilten Akten befinden sich zahlreiche
Tabelleblätter, Folien und Franzosen. Jetzt soll einheitlich
werden, welche Richter, Beisitzer, Staatsanwälte, Polizei- und

Gesamtheute an den Verfahren mitgewirkt haben, und wer
die Denunzianten waren, ferner ihnen der Prozess gemacht
werden kann. Das Originalverdict darf auf Anordnung der
Allerhöchsten Kommandatur nicht ausgehändigt werden. An-
fragende bekommen, soweit es möglich ist, Abschriften. (ADN)

Presse
10.10.1948
29.11.48

Ein Buch im Fluß der Zeit

Fabian von Schlabrendorff: „Offiziere gegen Hitler.“ (Europa-Verlag, Zürich, Wien, Konstanz, 1951, 8 Bildtafeln, 228 Seiten, 11 Schweizer Franken.)

„Keiner steigt zweimal in denselben Fluß.“ Heraklit

Schlabrendorff war mit seinem Buch der erste: Kurz vor Hassels Tagebuch, vor dem ersten Band des Glasevius, ein Jahr vor Pechels Sammelbericht über den deutschen Widerstand ist diese aufregende Geschichte erschienen: über den vielschichtigen Kampf hoher deutscher Offiziere mit sich und ihrem Gewissen, mit ihren Vorgesetzten, gegen Hitler; die Geschichte des Generals von Tresckow, der die Verbindungsfäden hielt von der Opposition an der Front zu Canaris und Oster in der Abwehr, zum immer antreibenden und reisenden Politiker Goerdeler, zum immer klar blickenden und im Ruhestand sich verzehrenden General Beck; die Geschichte vom englischen Sprengstoff, der, weil er nicht zischte, dem deutschen für Attentate vorzuziehen war — warum hat sich eigentlich nie ein Bastler unter den militärischen Technikern dieses Problems angenommen? die Geschichte von den vielen Attentatsplänen, die nicht ausgeführt wurden, weil Hitler seinen Besuch absagte oder verfrüht fortging, oder weil der vorbereitete Explosivstoff unter einem Bombenangriff verpuffte; die Geschichte von den zwei Cognacflaschen, die in Hitlers Flugzeug für den General Stieff mitgegeben wurden und in Wirklichkeit zwei Sprengstoffladungen enthielten — und wie die fiebernd wartenden Offiziere nach zwei Stunden nicht die Nachricht vom Flugzeugunglück, sondern von der normalen Landung Hitlers erhielten, und nun umgekehrt fieberten vor Angst, der falsche Cognac könne in den Händen des ahnungslosen Generals zur Aufdeckung des Komplotts führen.

Ja, das waren Geschichten, von denen kaum ein Deutscher etwas ahnte. Und als Schlabrendorffs „Offiziere gegen Hitler“ 1946 erschienen war, konnten immer noch nur die seltenen Deutschen es lesen, die selbst in die Schweiz zu reisen vermochten oder in der Zeit totalen Abgesperrtseins aus der Schweiz das Buch in die Hände geschmuggelt bekamen. Jetzt erlaubt eine zweite Auflage die Grenzüberschreitung, aber es bleibt abzuwarten, ob sich in den zwischenliegenden fünf Jahren nicht die Gemüter, die damals offen, neugierig, aufnahmebereit waren, unter feinem Gitter von Vorurteilen in eine neue Absperrung begeben haben.

Tränen der Wut

Das wäre schade. Denn außer der Ereignisfolge bis zum 20. Juli und zur Niederlage in der Perspektive der Generalstäbler enthält das Buch viel Stoff zum Nachdenken über das Thema: deutsches Militär. Da ist die Beschreibung der „Auftragstaktik“, die Friedrich der Große erfunden hatte: „Der Vorgesetzte gibt in seinen Befehlen an seine Untergebenen nur das taktische Ziel an. Der Untergebene behält so die Freiheit, den taktischen Weg einzuschlagen, den er für richtig hält. Dieses Moment der Freiheit schaltete Hitler aus.“ Da ist die Beschreibung des Kampfs der Offiziere unter Bock in der Heeresgruppe Mitte gegen die Greuelbefehle Hitlers; Offiziere mit Tränen der Wut in den Augen; Offiziere, die erteilte Befehle umgehen; Offiziere, die Gegenmemoranden schreiben — und der Generalfeldmarschall, der ihnen nachgibt und dann doch die entscheidenden Sätze streicht.

Da ist der interessante Vorgang, wie sich die anfängliche Ueberlegenheit Kluges gegenüber Hitler in eine Unterlegenheit verwandelt: in den militärischen Auseinandersetzungen blieb der General nie eine Antwort schuldig, er sprach rasch und viel, brachte immer neue Einzelheiten vor, machte Hitler mit seiner militärischen Nomenklatur unsicher und wies alle Vorwürfe über mangelnde Leistungen der deutschen Truppe zurück. Die Wendung kam, als Kluge in der Neujahrsnacht 1942 die Billigung weitgehender Rückzugspläne erbat. Hitler berief sich in seiner Weigerung auf politische Gründe, die ein Halten der augenblicklichen Linie ohne Rücksicht auf die militärischen Notwendigkeiten verlangten. „In diesem Augenblick schwieg Kluge und erkannte damit politische, ihm nicht zugängliche Notwendigkeiten als vorherrschend an.“ Im ersten Weltkrieg hatte Ludendorffs Primat der Kriegführung vor der Politik das Verhängnis gebracht; nun hatte der Fluß der Geschichte sich so geändert, daß die Anwendung dieser Lehre, das heißt also die entscheidende Zurückhaltung des Militärs vor dem Primat der Politik, genau wieder das Verhängnis brachte.

In der zweiten Auflage ist gegenüber der

ersten Niederschrift, die ohne Unterlagen entstanden war, manche Änderung vorgenommen worden. Einige Kürzungen mögen aus persönlicher Bescheidenheit vorgenommen worden sein, etwa in der Schilderung des Verhältnisses des Autors zu Tresckow oder in der Beschreibung der Folterung in der Prinz-Albrecht-Straße; doch sollte man den Lesern die vier Grade dieses furchterlichen Vorgangs heute noch weniger ersparen als vor fünf Jahren, als alle dem Entsetzen noch näher waren.

Verschiebung des politischen Gewichts

Neue politische und militärische Einzelheiten sind dazugekommen: die Ueberzeugung des Foreign Office im Sommer 1939, daß es zu einem Pakt zwischen Hitler und Stalin nicht kommen werde — offenbar haben Schlabrendorff und die Gebrüder Kordt gegenseitig von den fast gleichlautenden Warnungen, die sie den Engländern zukommen ließen, nichts gewußt; die militärische Auswertung von Luftaufnahmen, die die Schwächen der Maginotlinie aufwies; die Ueberzeugung Becks, daß die Verschwörer auch im Falle eines Erfolgs nicht um die „unselige bedingungslose Kapitulation der Alliierten“ herumkommen würden. Die politischen Gewichte haben sich verschoben: eine wörtlich zitierte Ausführung des Sozialdemokraten Dährendorf ist gestrichen und nur der Inhalt der Aussage gekürzt wiedergegeben, wogegen Goerdelers Pläne in größerer Ausführlichkeit geschildert werden. Schacht erhält eine Erwähnung, die ihm Widerstand gegen Hitler bezeugt; an Stelle eines Absatzes verbleibt für Glasevius nur noch ein Satz; einige bittere Bemerkungen über die Einstellung Guderians zu den Attentatsmöglichkeiten sind weggefallen; ebenso, daß Manstein seinen Widerstand gegen Tresckow mit dessen negativer Einstellung zum Nationalsozialismus begründete.

Ganz neu eingefügt ist ein längerer Abschnitt über die „Rote Kapelle“, vertreten durch Schulze-Wechsungen, Beppo Römer, Arvid Harnack, Adam Kuckhoff und andere. Er gehört eigentlich nicht in das Buch und ist offenbar nur hereingekollt, um eine Abgrenzung vorzunehmen zwischen „solchen Gruppen und der eigentlichen Widerstandsbewegung“. Die Angehörigen der „Roten Kapelle“ kommen schlecht weg: sie haben Geld genommen; sie haben Nachrichten an Rußland gefunkt; sie haben sich von Moskau lenken las-

sen; sie sind nach Ansicht Schlabrendorffs unter Wahrung aller Rechtsgarantien abgeurteilt worden (und man möchte wissen, ob sich das auch auf die Hinrichtung von Mildred Harnack, die nicht genannt wird, erstreckt). Auf diese Weise wird — und es ist ein Verdienst Schlabrendorffs, daß er es wenigstens auf diese Weise tut — die schwierige Frage des Hoch- und Landesverrats gestellt. Sie rumort in den deutschen Köpfen, ohne öffentlich erörtert zu werden, denn diejenigen, die die Männer des 20. Juli für Verräter halten, fühlen sich doch noch zu belastet, um ihre Auffassung offen kundzutun.

Die Grenze zwischen Verrat und Pflicht

Wann ist die Fühlungnahme mit dem potentiellen oder dem erklärten Feind ethisch gerechtfertigt, wann beginnt der Verrat? Was waren die Unterredungen Dietrich Bonhöffers mit dem Bischof von Chichester, deren Inhalt an das Foreign Office weiterging, was die Unterhaltungen Hassels, Trotts, der Brüder Kordt mit Angehörigen der Feindstaaten, was die Warnungen an Holland von der bevorstehenden Invasion? Erich Kordt hat für das Teilgebiet des Verrats militärischer Geheimnisse einen ersten Versuch gemacht, eine Grenze zu ziehen, und zwar da, wo die Gefahr besteht, Menschenleben zu gefährden: ein neutrales Land konnte vor einer geplanten Invasion gewarnt werden, solange Aussicht bestand, diese daraufhin mit politischen Mitteln abzuwenden; war der Angriffsbefehl gegeben, dann wäre nur eine zusätzliche Zahl deutscher Soldaten in den Tod geschickt worden, ohne die Kriegsausweitung zu verhindern. Schlabrendorff geht weiter: wenn auch strafrechtlich der Tatbestand des Hoch- und Landesverrats erfüllt ist, waren nach ihm pflichtgemäße Handlungen doch ethisch gerechtfertigt, wenn in dem Pflichtenkonflikt die Religion gegen die Nation stand. Damit gibt er einen neuen Ansatz für eine Auseinandersetzung, bei der aber auch in der Schlabrendorffschen Formulierung die eigentliche Grenzziehung noch fehlt. Wie er persönlich urteilt, geht daraus hervor, daß er die hingerichteten Mitglieder der „Roten Kapelle“ in seiner am Schluß angefügten Totentafel nicht erwähnt und daß er aus der Totentafel der ersten Auflage die Mitglieder der sogenannten Gruppe Reichwein, die Kommunisten Jacob und Saefkow (im übrigen aber auch Carlo Mierendorf, den Heeresrichter Sark, den einstigen Gauleiter Wagner und einige andere) ausschließt, Adolf Reichwein aber stehen läßt. So ändert sich der Wert des einzelnen Todes im Fluß von nur fünf Jahren.

—ri

Münchener Illustrierte

DIENEUE

DEUTSCHLAND



**Dolchstoß
in Deutschlands Herz!**

Eine neue Legende ist im Entstehen — ihre Hintermänner
und Hintergründe untersuchte die „Münchener Illustrierte“

Neue Dolchstoßlegende!

Die Männer des 20. Juli, die Widerstandskämpfer Deutschlands, sollen in einer planmäßigen Aktion öffentlich besudelt werden – die „M. J.“ gibt ihnen Raum zur Verteidigung und Anklage

— Von unseren Berichterstattern Carl Hermann Ebbinghaus (Reportage) und Heinz Hering (Photos) —

Eine neue Dolchstoßlegende ist im Entstehen. Sie wird nicht nur durch den „Generalmajor“ von Hitlers Gnaden, Herrn Remer, verbreitet, der die Männer des 20. Juli des Verrats zeilt. Sie äußert sich nicht nur in dem fatalen Buch des ehemaligen Generals Guderian, in dem schamlos behauptet wird, Hitlers Kampf hätte dem geeinten „Europa gegolten“; also hätten die Widerstandskämpfer gegen Europa gekämpft. Ein großer unterirdischer Propagandaapparat ist aufgezogen worden, um die Männer des 20. Juli, um alle Deutschen, die gegen die Verderber ihres Vaterlandes gekämpft oder auch nur empfunden oder gesprochen haben, zu diffamieren, und ihnen zuletzt die Schuld für die deutsche Niederlage zuzuschieben. Sie sollen — in Artikeln, Büchern und Wahlreden — als Landesverräter dargestellt, das Recht zur politischen Betätigung soll ihnen abgesprochen werden.

Was ist der Zweck einer solchen bewußten Geschichtsfälschung, die sich mit bewußter Verleumdung paart? Es hat mit Patriotismus nichts zu tun. Die Erfinder der Dolchstoßlegende nach dem ersten Weltkrieg konnten wenigstens für sich in Anspruch nehmen, daß sie, aus dem Schmerz der Niederlage heraus, irgendwie das Phänomen erklären wollten, Deutschland habe kapituliert, obwohl seine Armeen auf fremdem Boden standen. Um nichts dergleichen geht es heute. Es geht vielmehr darum, daß sich die Unverbesserlichen und Unbelehrbaren auf die Rechnung jener Männer rehabilitieren wollen, die mit dem Einsatz ihres Lebens gegen den Verderber der deutschen Nation gekämpft haben. Sie oder wir, beide konnten nicht recht haben: das sagen sich die Remer und Konsorten, und aus solchen Motiven des Egoismus, der Eitelkeit und des Ehrgeizes lassen sie die neue Dolchstoßlegende entstehen.

Vielleicht wäre es überflüssig, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, vielleicht könnte man sich auf den gesunden Abscheu des deutschen Volkes gegen solche Grabschändungen verlassen. Aber die Sache ist viel komplizierter in einem Augenblick, in dem sich das neue Deutschland erfolgreich bemüht, die letzten Spuren der Kollektivschuldfrage zu verwischen und sich in die Gemeinschaft der freien Völker einzufügen. Das stärkste Argument gegen die ungeheuerliche Anschuldigung, die von den Morgenhaus aller Schattierungen gegen Deutschland erhoben wurde, ist die Tatsache, daß in Hitler-Deutschland mindestens ebenso viel Männer in Konzentrationslagern schmachteten, wie etwa in Frankreich an der Widerstandsbewegung teilnahmen. Die Widerstandskämpfer im Inneren, die gegen Hitler kämpfenden Deutschen im Ausland, vor allem aber die Verschwörer des 20. Juli: sie sind Deutschlands Schlagkarte im guten Kampf um die volle und eindeutige Gleichberechtigung. Dieser beinahe schon gewonnene Kampf wird nun von den Remers und ihren bedeutenderen Hintermännern, von den verschiedenen offenen oder getarnten nationalsozialistischen Gruppen, Gesellschaften und Bruderschaften sabotiert. Kaum aus der Umklammerung der Kollektivschuldanklage befreit, wird Deutschland von diesen Männern und Gruppen in die Kollektivschuld wieder hineinmanövriert. Deshalb ist die neue deutsche Dolchstoßlegende nicht, wie sie es nach dem ersten Weltkrieg war, eine historische Deutung der Kapitulation, sondern nichts weniger als ein Dolchstoß in das Herz des neuen Deutschland.

Wenn die „Münchner Illustrierte“ heute einige Männer interviewt, die an dem Freiheitskampf Deutschlands gegen das Dritte Reich teilnahmen, wenn sie einige Witwen jener Opfer besucht, die auf dem Feld des deutschen Freiheitskampfes gefallen sind, dann geschieht es nicht, um sie gegen die ungeheuerliche Legende zu verteidigen. Ihre Taten und ihre Opfer sprechen für sich. Es geht vielmehr darum, zu verhindern, daß Deutschland, insbesondere aber auch das Ausland, vergessen, daß der zweite Weltkrieg — wie einer dieser Freiheitskämpfer richtig sagt — ein „horizontaler“ Krieg gewesen sei, in dem nicht Nation gegen Nation stand, sondern innerhalb fast jedes Landes die sittliche Erkenntnis gegen das Gesetz des Dschungels. Es geht auch darum, gerade uns selbst daran zu erinnern, daß den ersten Platz unserer Dankbarkeit und unserer Sympathien nicht jene „first ladies“ des Nationalsozialismus einzunehmen haben, die mit ihren Wunden jetzt öffentlich Revue passieren, sondern jene heroischen Frauen, die in schwerster Stunde an der Seite ihrer Männer kämpften und litten. Es geht schließlich darum, der absichtlich heraufbeschworenen Geistesverwirrung, die aus Verbrechern Helden macht und aus Helden Verräter, rechtzeitig Halt zu gebieten.



ENTSCHEIDUNG DES GEWISSEN. Der bayerische Justizminister Dr. Josef Müller, selbst Widerstandskämpfer, weiß, wie alle, die das waren, daß die Widerstandsorganisation keinen „Landesverrat“ betrieb. „Alle unsere Überlegungen“, sagt er, „behielten stets zwei Punkte im Auge: wie weit dürfen wir gehen und wie weit müssen wir gehen. Das Gewissen entschied. Und vom Gewissen kam auch unser Auftrag. Denn Hitler hatte dem Volk die Möglichkeiten genommen, sich selber Gehör zu verschaffen.“



„HITLER DEN DOLCH ZU ENTREISSEN.“ Ilse-Lotte v. Hofacker, die Witwe des am 20. Juli ermordeten Widerstandskämpfers, lebt heute mit ihren Kindern am Starnberger See. Sie sagt: „Jeder Deutsche sollte heute soweit die Vergangenheit beurteilen können, um einzusehen, daß Vaterlandsliebe das Motiv des 20. Juli war. Es war das Ziel der Beteiligten gewesen, Hitler den Dolch zu entreißen, mit dem er täglich durch seine verbrecherisch leichtfertige Kriegführung Deutschland in den Rücken fiel.“



Der ehemalige Major Remer, der, wie er das andere Deutschland am 20. Juli verriet, von Hitler um Generalmajor befördert wurde, sucht heute seine Tat zu beschönigen, indem er die Widerstandskämpfer als Verräter diffamiert. Früher erklärte er noch: „Ich war über die Vollstreckung der Todesurteile sehr erschüttert ...“ Jetzt läßt er die Maske fallen: „Ich hätte die Leute

„Hitler - für Europa“

auch erschossen.“ Auch die sogenannte „Bruderschaft“ (ihr ehemaliger Leiter Franke-Griksch Bild Mitte) und der ehemalige General Guderian dürfen für sich in Anspruch nehmen, eine neue Dolchstoßlegende geschaffen zu haben. Guderian sagt: „Rückschauend galt sein (Hitlers) Kampf Europa.“ Das ist die neue Version: Wer gegen Hitler kämpfte, kämpfte also gegen Europa.



Professor Graf Stauffenberg, Bruder des Attentäters vom 20. Juli, sagt über die Dolchstoßlegende und ihre Propagandisten: „Im Grunde geniert man sich doch, einen Kampf gegen Leute zu führen, die durch und durch schmierig sind.“ Und Frau v. Hassell (Bild Mitte), die Witwe des ermordeten Botschafters, erklärt: „Die Tat des 20. Juli gibt uns heute die Rechtfertigung,

„Die deutsche Rechtfertigung“

beim europäischen Aufbau unsere Stimme zu erheben. Auf den Schultern dieser Toten stehen die Lebenden.“ Ebenso Rechtsanwalt Reiser, der dem Juli-Kreis angehörte: „Die Fronten des Krieges verliefen nicht vertikal, sondern horizontal. Es ging nicht um die Nationalität, sondern darum, ob man in Hitlers Namen oder im Namen sittlicher Gebote kämpfen wollte.“



Frau Leuschner, die Witwe des ehemaligen hessischen Innenministers, sagte: „Für die Männer des 20. Juli meldete sich niemand freiwillig, um an ihrer Stelle zu sterben. Bei Leuten wie Pohl und Ohlendorf scheint das anders zu sein.“ Fabian von Schulenburg (Mitte), der mit dem General von Treskow 1943 einen Attentatsversuch auf Hitler unternahm, erklärte: „Der Kampf

„Die Motive durchschaut“

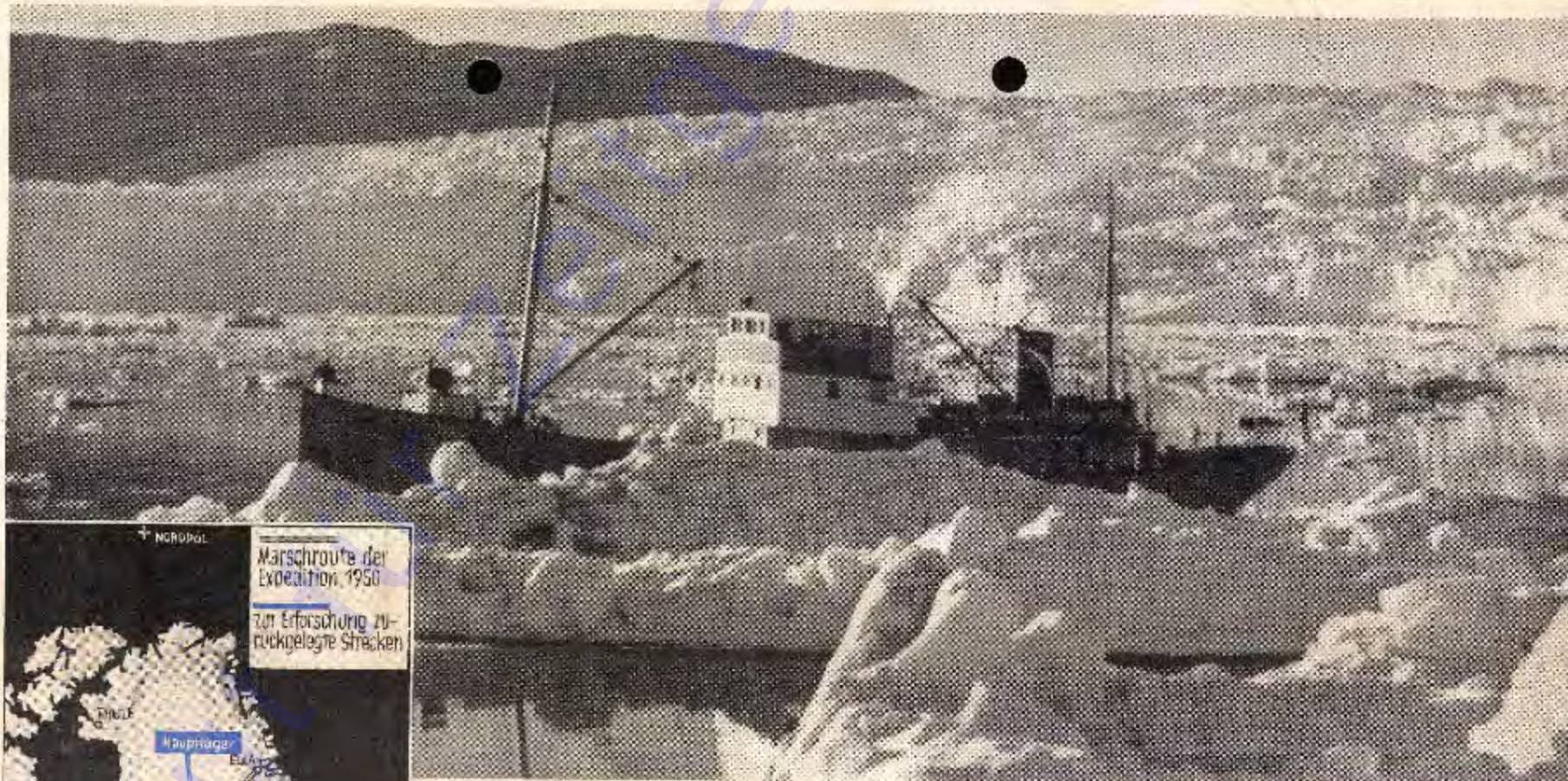
der Widerstandsbewegung war ebensowenig Landesverrat, wie ein Chirurg Körperverletzung begeht, der, um zu heilen, einem Geschwür mit dem Operationsmesser zu Leibe geht.“ Frau Goerdeler, die Witwe des ehemaligen Leipziger Oberbürgermeisters, sagt: „Was kann noch übrigbleiben als Menschenverachtung, wenn man die Absichten solcher Leute wie Remer durchschaut?“



Vom bedeutendsten Vorstoß in das Gebiet des ewigen Eises berichten die Teilnehmer der Paul-Emile-Victor-Expedition, die 43.000 Kilometer in unbekannten Gebieten Grönlands zurücklegte



DIE ARBEIT DER METEOROLOGEN gehört zu den wichtigsten und zu den schwierigsten Aufgaben der französischen Paul-Emile-Victor-Expedition. Die meteorologische Zentralstation (rechts) befindet sich auf einer Höhe von 3000 Meter. Temperaturen von minus 50—60 Grad sind hier keine Seltenheit, es ist kälter als am Nordpol. Mit automatischen Sendegeräten ausgerüstete Meßballons werden auch im Schneesturm gestartet (oben); die Stromkraft im Lager ist so gering, daß bei Funkempfang die Lichter gelöscht werden.



MIT DIESEM NEUEN SCHIFF traten die 35 Männer der französischen Expedition ihre Reise ins Gebiet des ewigen Eises an. Von Norwegen legte die „Force“ 800 Kilometer im Eisgebiet zurück. Vom zentralen Hauptquartier aus durchforschten die Franzosen die unbekannten Gebiete (auf der Karte links blau eingezeichnet). Ihre Nahrung wird mit Fallschirmen abgeworfen.

Die Insel, die

h. Im Streit um den 20. Juli 1944 hat es nicht an Stimmen gefehlt, die den Fahneneid und seine Heiligkeit ins Treffen führten. Wann soll der Soldat aufhören, seinem obersten Vorgesetzten zu gehorchen? Als der Major Remer die Nachricht erhielt, das Staatsoberhaupt lebe noch, musste er nicht nach seiner Auffassung von Recht und Pflicht sein Wachbataillon gegen die Aufrührer führen? Wenn man's so hörte, mochte es leidlich scheinen. Aber Herr Remer hat in der vergangenen Woche selbst den Schleier der frommen Worte von Eid und Recht und Pflicht zerrissen, der wohlthätig um seinen Namen und sein Verhalten gelegt war. Er hat es deutlich ausgesprochen, dass sein innerstes Herz ihn zu Hitler und gegen die Aufständischen getrieben hat. Die sich aber erhoben hatten gegen den Verderber des Reiches, die hat Herr Remer Landesverräter genannt, die vom Ausland bezahlt worden seien.

Der Mann hat niemals begriffen, welche furchtbare Verantwortung er an jenem Sommernachmittag auf seine Schultern genommen hatte. Den letzten verzweifelten Versuch, wenigstens das Schlimmste von Volk und Staat abzuhalten, dem deutschen Namen seine Ehre zurückzugeben, dem Wüten der Mörder in Auschwitz Einhalt zu tun und einen halbwegs glimpflichen Frieden zu bekommen - dieser Versuch ist auch deshalb gescheitert, weil Herr Remer die Forderung der Stunde nicht verstand. Solange er sich später auf seine Pflicht zurückzog, wie er sie auffasste, mochte er freilich hoffen, der schlimmsten moralischen Anklage zu entgehen. Aber anders wird es, wenn er die Erinnerung an die furchtbaren Folgen seines Nichtbegreifens dadurch zu verschweigen hofft, dass er seine Zuflucht zu Verleumdungen nimmt.

Kein freiheitlicher Staat wird es verwehren dürfen und verwehren wollen, von den Unzulänglichkeiten zu sprechen, denen auch die Männer des 20. Juli (wie jeder Mensch) unterworfen waren. Niemandem soll es benommen sein, die Frage zu erheben, ob die Ursache des Scheiterns nicht auch in manchen ihrer Massnahmen lag. Und wer sich schliesslich gedringen fühlt darzulegen, dass dieser Versuch als Ganzes abzulehnen wäre, wird freilich bei uns keine Zustimmung finden, hat aber immer das Recht der freien Meinungsäusserung auf seiner Seite. Aber es ist etwas anderes, sachliche Kritik zu äussern oder wie ein Gassenbube zu schimpfen. Wäre unser Volk und unser Staat "in Form", schon längst wäre der 20. Juli zum nationalen Feiertag erhoben worden - zum Feiertag der Trauer um die vielen Gemeuchelten, aber auch des Stolzes darüber, dass einmal einmal doch in vierzehn Jahren sich todesmutige Männer aus allen Lagern, Parteigenossen und "Nichtbetroffene", Gewerkschaftsführer und Feldmarschälle zusammenfanden, um sich gegen die Tyrannei zu erheben. Von dem Geist dieser Männer hat Herr Remer, wir wissen es, nicht einen Hauch verspürt. Aber soll er darum das Recht haben, die Männer, die wegen seines Versagens den qualvollen Tod am Fleischerhaken erlitten haben, auch noch zu schmähen? Jeder Müllkutscher hat einen Anspruch darauf, seinen Namen vor dem Schmutz der Verleumder geschützt zu sehen. Diese Toten, die für ihr Volk, die für uns alle gestorben sind, sollten dieses Recht nicht haben?

Es geht dabei weniger um Herrn Remer. Wer will, mag einige Entschuldigung für ihn darin finden, dass er glaubt, einem System die Treue wahren zu müssen, das ihm, dessen höchster Ehrgeiz die Tressen des Hauptfeldwebels waren, die Schulterstücke des Offiziers und schliesslich das goldgestickte Eichenlaub des Generals angeheftet hat. Wichtig als Herr Remer scheint uns die Frage zu sein, was gedenkt der Bundestag zu tun, um ein für alle Mal die Beschimpfung von Männern unmöglich zu machen, die für ihr Land gefallen sind - wahrlich auf dem Feld der Ehre gefallen sind? Noch scheint es kein Gesetz zu geben, das die Verleumder der Toten schreckt. Es ehrt den Bundestag, dass er nicht daran gedacht hat, ein Redner könne sich so erniedrigen, wie es Herr Remer getan hat. Aber die Tatsachen beweisen, dass dieses Gesetz notwendig ist. Es muss bald geschaffen werden.

Das Andenken der Männer vom 20. Juli

Eindrucksvolle Kundgebung zu Ehren der Widerstandskämpfer

München (SZ)

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung im überfüllten Hofbräuhaus fanden sich am Sonntagvormittag etwa 1500 Personen ein, zu der die Verfolgtengorganisation „Landesrat für Freiheit und Recht“ und der „Volksbund für Frieden und Freiheit“ aufgerufen hatten. Das Thema „20. Juli 1944 — Helden oder Verräter?“ wurde von Prof. Rupert Angermair von der moraltheologischen Seite, von Graf Schenk von Stauffenberg in historischer Sicht und von Oberst a. D. Wolfgang Müller vom Soldatischen her beleuchtet.

Nach dem Gutachten Prof. Angermairs über die sittliche Haltung der Männer vom 20. Juli ist deren Gewissenseinstellung weniger nach der objektiven Erlaubtheit ihres Handelns, als nach ihrer subjektiven Absicht und Haltung zu beurteilen. So wenig man sich bei ihrer Ablehnung auf das fünfte Gebot berufen könne — denn dieses erlaube die Tötung aus Notwehr — so wenig hätten sie ihren Soldateneid gebrochen; dieser nämlich habe sie primär auf das Gemeinwohl des Volkes verpflichtet, nicht auf den absoluten Gehorsam einem fehlbaren Menschen gegenüber. Als stärkstes Argument führte Angermair an: Jede Regierung bekomme ihre Gewalt vom Volk übertragen; das Volk könne diese Gewalt zurücknehmen, wenn die Führung das Gemeinwohl schädigt und das Volk mißbraucht. Die Tat des 20. Juli sei ein Notwehrakt des ganzen Volkes gewesen, ihre Vollstrecker seien nach Beurteilung ihrer ehrlichen Überzeugung, ihrem Volk zu helfen, keine Verräter, sondern Blutzengen und Helden gewesen.

Ausgehend von der fragwürdigen Figur des Generals Remer, der zunächst auf der Seite der Verschwörer mitmachte, beim Scheitern des Putsches jedoch seinen Kopf durch Verrat an seinen Mitverschworenen rettete, schilderte Graf Alexander Schenk von Stauffenberg, ein Bruder des ermordeten Attentäters, die Geschichte des Widerstandes gegen Hitler von den Anfängen im Jahr 1934 an. Wohl habe sich in den Anfangsjahren des Nationalsozialismus eine Fülle positiver Kräfte dem neuen System zur Verfügung gestellt, doch hätte auch der Wohlmeynendste sich bei den Sturmzeichen des 30. Juni 1934 und spätestens beim Judenpogrom im November 1938 warnen lassen müssen. Nun, da in Niedersachsen Tausende dem doppelten Verräter Remer zujubelten, sei der Punkt gekommen, wo Schweigsamkeit in Feigheit umschlagen müßte. Stauffenberg schilderte den von unzähligen Rückschlägen und Mißerfolgen

gesäumten Weg des Widerstandes gegen Hitler. Der Widerstands-Kreis reichte von katholischen Militärs bis zu radikalen Sozialisten (von General Beck bis Julius Leber), die alle der Terror des Regimes zu einer „Front des Anstandes“ vereinte! In Stauffenbergs Schilderung kam die ganze Tragik der Versuche, das Regime durch die Armee zu beseitigen, zum Vorschein, nämlich die Tatsache, daß die deutsche Widerstandsbewegung durch die Haltung des Auslands isoliert und auf sich allein gestellt war. Am Scheitern des deutschen Widerstandes seien die Westmächte mitschuldig geworden, da sie seinen Kampf mit der Legalisierung des Anschlusses von Österreich und des Münchner Abkommens erschwert hätten.

Oberst a. D. Müller, ehemaliger Chef einer Infanterieabteilung im OKH, betonte, Soldat sei nur der, für den die Ehre über dem Gehorsam stehe. Ein neues deutsches Soldatentum

(Fortsetzung auf Seite 2, Spalte 1)

Pol



müsse an Rommel, Beck und Stauffenberg anknüpfen. Nur so könne der Freiheit gedient und das Ansehen des deutschen Soldatentums im Ausland wieder hergestellt werden. Müller berichtete, daß in Spandau eine Gedenkfeier zum Marsch des 9. November 1923 zur Münchner Feldherrnhalle abgehalten worden sei, und knüpfte daran die Forderung, man müsse den Anfängen wehren und es nicht, wie bereits in Niedersachsen geschehen, zur Entstehung einer neuen Dolchstoßlegende kommen lassen. Zum Abschluß der von Stadtrat Fackler geleiteten Veranstaltung, an der Innenminister Hoegner, Prinz Albrecht von Bayern und Bürgermeister v. Müller teilnahmen, sangen die Anwesenden das Lied vom guten Kameraden.

Zn

Verband für Freiheit und Menschenwürde

NF Frankfurt, 14. März

Persönlichkeiten verschiedener parteipolitischer, konfessioneller und unabhängiger Richtungen unter Ausschluß der Extremisten von rechts und links haben für Hessen, mit Sitz in Frankfurt, eine Organisation gegründet, die sich ausdrücklich von der VVN distanziert. Ihr Name ist „Verband für Freiheit und Menschenwürde — Bund der politisch, religiös oder rassistisch Verfolgten“. Die Gründungsmitglieder erklären sich mit den Zielen des „Bundes der Verfolgten des Naziregimes“ in Nordrhein-Westfalen, dem auch die Hinterbliebenen zahlreicher Opfer des 1. Juli 1944 angehören, des „Landesrates für Freiheit und Recht“ in Bayern und der „Gesellschaft verfolgter Sozialdemokraten“ solidarisch.

Der vorläufige Vorstand besteht aus Dr. Kogon, Landesamtsdirektor Weyand, Ministerialrat Unger, Obermedizinalrat Dr. Burbach, Rechtsanwalt Dr. Matschke, Ministerialdirektor Dr. Oppler, Sozialangestellter Schmidt und Ministerialrat Magen. Die vorläufige Anschrift des Bundes ist: Frankfurt, Schliedenstraße 28, Telefon 56 118.

In einem Aufruf heißt es:

Die VVN ist seit langem kein Verband mehr, er auf der Grundlage demokratischer Toleranz steht. Er wird aus der Ostzone, dem Gebiet einer neuen Gewaltherrschaft, ferngesteuert. Nicht zuletzt aus solchen Erwägungen haben nunmehr auch in Hessen, wie in anderen Ländern der Bundesrepublik, Personen aus dem Kreis derer, die diesen Aufruf unterzeichnet haben, eine Organisation gegründet, die es sich zur Aufgabe macht, gegen Unrecht überall da aufzutreten, wo es verübt wird, und die berechtigten Interessen der Opfer totalitärer Systeme wirksam zu vertreten.

Der „Verband für Freiheit und Menschenwürde — Bund der politisch, religiös oder rassistisch Verfolgten“ nimmt, wie sein Name sagt, nicht nur Verfolgte, sondern auch jene als seine Mitglieder auf, die bewiesen haben, daß ihnen wahre Demokratie eine Lebens- und Herzenssache ist. Die Mitglieder schließen sich zusammen, um jeder Intoleranz, woher immer sie kommen mag, entgegenzutreten und daran mitzuwirken, daß sich in unserem Lande friedlich zusammen leben und zusammen arbeiten läßt.

Den Aufruf haben unter anderem folgende Personen unterzeichnet: Fritz Bartsch, Margarete Buber-Neumann, Karl Gerold, Dr. Werner Hilpert, Otto Klepper, Dr. J. Klibansky, Dr. Eugen Kogon, Dr. Walter Kolb, Fabian von Schlabrendorff, Dr. Hugo Stenzel, Dr. Erwin Stein, Christian Stock, Else Wüst, Zinnkann.

Ion "Frei ist fest"

Bundesregierung distanziert sich vom Soldatenbund

Von unserem Bonner Büro

BONN (StN) — Die Bundesregierung distanzierte sich am Dienstag in einer Erklärung von den politischen Reden verschiedener Sprecher des Verbandes deutscher Soldaten (VdS) und sprach ihr Bedauern über diese ernstliche Erschwerung des Kampfes um das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt aus.

In Bonner Regierungskreisen beobachtet man mit Sorge die zunehmende politische Tätigkeit von Sprechern der Soldatenverbände. Am Dienstag befaßte sich das Kabinett mit dieser Frage. In ihrer offiziellen Verlautbarung stellte die Bundesregierung fest, sie habe die Gründung des Verbandes deutscher Soldaten als einen „Schritt betrachtet, der die Vertretung besonderer Anliegen der ehemaligen deutschen Soldaten mit größerem Erfolg durchführen kann“. Die freiwillige Zusicherung, welche die Vertreter dieses Verbandes gegenüber dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler abgaben, sie wollten Aufbau und Bestand der Bundesrepublik loyal unterstützen, sei der Bundesregierung als eine Bestätigung für die Richtigkeit der eigenen Haltung erschienen.

Jetzt seien jedoch von Sprechern des Soldatenverbandes Äußerungen getan worden, die mit diesen früheren Erklärungen nicht vereinbar seien. Die Bundesregierung bedauere dies und sei der Ansicht, daß die politische Betätigung nicht Aufgabe solcher Verbände ist.

Die Soldaten und der 20. Juli / Von Robert Knauf

Der „Verband deutscher Soldaten“, kaum gegründet, hat überall Diskussionen hervorgerufen und die Gemüter erregt, im Inland und im Ausland. Hier nun geben wir einem Manne das Wort, der unter vielen ehemaligen Soldaten etwas gilt: es ist Dr. Robert Knauf, ein General der Flieger und zuletzt Kommandeur der Luftkriegsakademie Gadow.

Der erste Vorsitzende des neuen „Verbandes deutscher Soldaten“, Generaloberst a. D. Frießner, hat es für richtig gehalten, die deutsche Widerstandsbewegung gegen Hitler zu verurteilen, zumindest die Tat vom 20. Juli. Zunächst eine Formfrage: Hat Frießner nur seine eigene persönliche Auffassung ausgesprochen? Oder hat er die Einstellung des „Verbandes deutscher Soldaten“ zum 20. Juli vor der Öffentlichkeit verbindlich festlegen wollen? Es ist kaum ein Zweifel, daß das letztere beabsichtigt war. Dann aber fragen wir: Woher leitet Frießner die Berechtigung ab, im Namen der rund 300.000 Mitglieder des „Verbandes deutscher Soldaten“ zu sprechen? Es ist uns nicht bekannt, daß eine Umfrage in den zwölf Landes- und 1256 Ortsgruppen stattfand, die den 20. Juli zum Gegenstand gehabt hätte. Wie reimt sich also Frießners Verhalten mit dem Bekenntnis des Soldatenbundes zur Demokratie zusammen? Echtes Demokratieverhalten heißt freie Meinungsbildung von unten nach oben. Und davon eben verspüren wir im Soldatenbund vorerst keinen Hauch.

Ob Frießner wohl ahnte, welchen Schaden er innen- wie außenpolitisch mit seiner Verurteilung des 20. Juli angerichtet hat? Wir wollen zu seinen Gunsten annehmen, daß er es nicht ahnte. Wir wollen ihm vielmehr die gute Absicht unterstellen, daß er mit seiner Erklärung allein die Kluft überbrücken wollte, die noch heute mitten durch unser Volk geht und die Soldaten des zweiten Weltkriegs trennt: hier Widerstand gegen ein als verbrecherisch erkanntes System — dort blindgläubiger Gehorsam bis zum „Erfolg“. Aber indem Frießner den 20. Juli ablehnt, stellt er sich, ob er es will oder nicht, an die Seite jener rechtsradikalen Kreise um Remer, der die Taten des deutschen Widerstands als Landesverrat beschimpft und einer neuen Dolchstoßlegende, einer böseren als nach 1918, Zündstoff gibt.

Es sollte doch heute nur eine klare Richtlinie geben: Ziehen wir entschlossen einen Strich unter die Vergangenheit bis 1945! Wir wollen keinem Soldaten vorwerfen, besonders nicht den jungen Jahrgängen und denen, die an der Front kämpften, daß sie hitlergläubig waren bis zum Zusammenbruch. Wir halten es auch für eine unzulässige Verallgemeinerung, „den“ Generalen vorzuhalten, sie hätten nicht rechtzeitig das deutsche Volk vor Hitler, den Nazis und der Gestapo befreit. Denn so einfach liegen die Dinge nicht.

Man versetze sich einmal in die Lage eines Divisionskommandeurs, der 1000 Kilometer von der Heimat entfernt mit seiner Truppe an der Ostfront lag. Er hatte anderes zu tun, als sich um die Politik zu kümmern und an einer Verschwörung zum Sturz des Systems mitzuarbeiten. Wir wollen nicht einmal mit den älteren Offizieren rechnen, die in den Spitzenstellungen der Wehrmacht standen und denen wohl ein größerer politischer Horizont zuzutrauen war. Obwohl uns die Annahme schwerfällt, daß auch sie damals

von der ganzen Verlogenheit und Rechtslosigkeit, die sie umgab, von den KZ-Lagern etwa, nichts gemerkt haben sollten. Aber heute sollte es keine Entschuldigung mehr für die Gutgläubigkeit von damals geben, weder bei den jungen noch bei den alten Soldaten. Heute sind die Tarnnetze gefallen. Heute liegen für jeden, der sehen will, die politischen und militärischen Fehler offen zutage, mit denen Hitler das deutsche Volk in die Katastrophe trieb, aber auch die Verbrechen, mit denen er Schande über uns brachte, angefangen vom 30. Juni 1934. Offengestanden, wir hatten erwartet, daß der „Verband deutscher Soldaten“ den Mord aufbringen würde, öffentlich von den Verbrechen des „Dritten Reiches“ abzurücken.

Wir müssen verlangen, daß die alten Soldaten des zweiten Weltkriegs, besonders aber diejenigen, die bereit sind, wieder einem Ruf zu den Waffen zu folgen, sich zu einer klaren Einsicht in die Zusammenhänge der zwölf Jahre von 1933 bis 1945 durchringen. Aus dieser Einsicht folge aber auch, daß sie die Tat des 20. Juli anerkennen und in Ehren halten. Es gab keinen anderen Weg, das deutsche Volk vor dem Außersten zu retten als den gewaltsamen Sturz des Diktators. Wie Speer in Nürnberg erklärte, war der Krieg produktionstechnisch im Mai 1944 verloren. Dennoch zog Hitler nicht die Konsequenzen, wie es Ludendorff im Herbst 1918 getan hatte; er leitete keine Waffenstillstandsverhandlungen mit dem Gegner ein. Politisch verloren aber war der Krieg schon an seinem ersten Tage, am 1. September 1939, als Hitler den Einfall nach Polen befahl und damit die gesamte Welt gegen Deutschland aufgebracht hat.

Es berührt eigenartig, daß Frießner glaubt, den 20. Juli als Soldat und Christ ablehnen zu

müssen. Ist Hitler für ihn wirklich immer noch der „Oberste Kriegsherr“, dem man Gehorsam und Fädelstreue schuldig ist, auch wenn er sich zum Obersten Kriegsverbrecher entwickelt? Der Fahneneid des Soldaten ist eine gegenseitige Verpflichtung. Hier war es zuerst, der den Eid gegenüber der Wehrmacht brach. Er ist schuldig an der Ermordung der Generale von Schleicher und Breckow am 30. Juni 1934, an der infamen Behandlung des Oberbefehlshabers des Heeres, General Freiherr von Fritsch Anfang 1938. Ist dies alles vergessen?

Auch der soldatische Gehorsam hat seine Grenzen. Erstens, wenn der Vorgesetzte dem Untergebenen ein Verbrechen befiehlt. Zweitens — und dies ist ein alter Grundsatz des preussischen Soldatentums — wenn ein Befehl gegen die Ehre verstößt. Dieser Grundsatz war sogar in dem Reglement des strengen Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. niedergelegt. Wie verhält es sich mit dieser preussisch-deutschen Soldatenehre, wenn nach dem 20. Juli der „Oberste Kriegsherr“ Hitler die damaligen Kameraden des Generaloberst Frießner durch den Vorsitzenden des Volksgerichtshofs, Herrn Freißler, in übelster Weise beschimpfen, dann durch den Henker erwürgen und sich den qualvollen Tod seiner Opfer im Film vorführen läßt?

Es ist hier nicht der Platz, in eine theologische Auseinandersetzung über die Rechtfertigung des Tyrannenmords einzugehen. Aber Frießner macht es sich zu bequem, wenn er den politischen Mord einfach als „unbistlich“ bezeichnet. Die Männer vom 20. Juli haben sich aus ihrem christlichen Gewissen zu dem Entschluß durchgerungen, Hitler zu beseitigen. Die Verantwortung vor Gott und vor ihrem Volk stand ihnen höher als ihr Leben!

Werl im englischen Wahlkampf

Es gibt zwei Arten von Torschlusspanik, eine mittelbare und eine unmittelbare. Die unmittelbare ist darauf gerichtet, ein bestimmtes Ziel zu erreichen: noch schnell etwas unter Dach und Fach zu bekommen, ehe es zu spät ist. So beispielsweise das alliierte Gesetz zur Beschlagnahme sämtlicher deutscher Vermögen im Ausland, das gerade eben noch beschlossen wurde, ehe man sich auf der Konferenz von Washington über die Formel für die deutsche Partnerschaft in Westeuropa einigte.

Die mittelbare Torschlusspanik geht noch weiter; sie bemüht sich, über die eigene Einflußnahme hinaus etwas zu verhindern, was sonst vielleicht in Zukunft geschehen könnte. Wenn das Beaverbrook-Blatt *Daily Express* kürzlich versuchte, die Frage der in Werl inhaftierten Kriegsverbrecher zu einem Thema des englischen Wahlkampfes zu machen, so kann dies nur bezwecken, die Konservativen auf die bisherige Labour-Politik festzulegen. Denn, welche Partei könnte es wagen, sich öffentlich für deutsche Generale, die von britischen Gerichten als Kriegsverbrecher verurteilt wurden, einzutreten? Und natürlich wird nur von Generalen gesprochen. Daß in Werl sehr viele kleine Leute sitzen, die, ohne es zu bemerken, in den verbrecherischen Mechanis-

mus des totalitären Regimes hineingeraten sind, und deren Schicksal das Herz der Arbeiterregierung eigentlich rühren müßte, das wird nie erwähnt. Niemand spricht von den beiden Arbeitsdienstjungen, die mit achtzehn Jahren gezwungen wurden, an einer Exekution, die die Polizei angeordnet hatte, teilzunehmen und die deshalb zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Und niemand spricht von jenem Fahrer, der eines Tages den Befehl bekam, ein Exekutionskommando zum Tatort zu fahren und der deswegen dann zu zehn Jahren verurteilt wurde, während ein Kamerad, der in einem anderen Falle das Grabschaukel-Kommando anführte, fünfzehn Jahre bekam.

Die bisherige englische Regierung ist den vielfachen Eingaben und Bitten um eine echte Revision nicht nachgekommen, sie hat nichts getan, um die im Sinne des Strafrechts Schuldigen von den im gleichen Sinne Unschuldigen zu scheiden. Sie ist vielmehr unbearbeitbar in der selbstgefälligen Gewißheit, daß ihre Gerichte unfehlbar Recht gesprochen haben. Wer von den für diese Frage Zuständigen aber wäre wohl bereit, dafür zu bürgen, daß diese Prozesse, fänden sie, unbeflucht von der damals begreiflichen allgemeinen Empörung, heute noch einmal statt, wieder zu denselben Urteilsprüchen führen würden? Dff

Walter Dirks

WIDERSTAND, HOCHVERRAT, LANDESVERRAT

Der kurze Kampf, den die Verschwörer und die Verteidiger des Regimes am 20. Juli 1944 in einigen Straßen, Kasernen und Ministerien Berlins gegeneinander führten, ist weder an jenem Tage noch am 8. Mai 1945 zu Ende gekämpft worden. Er geht weiter, und er beginnt sich auszubreiten.

Es geht um die alten Positionen, Ideale und Überzeugungen; es geht um die zukünftige deutsche Politik; es geht um mancherlei materielle Dinge, um Ansprüche und Renten, um Prozesse; es geht vor allem um die Rechtfertigung des eigenen Verhaltens; es geht um die Ehre und um „die Ehre“. Wären nur die wiedergekommenen Nationalsozialisten an diesem Kampf beteiligt, so wäre seine Bedeutung begrenzt. Aber sie, die Angreifer, werben Bundesgenossen: sie sprechen die Nationalisten an; die Nationalen; die Leute, die etwas von anständiger Pflichterfüllung halten; die Leute, für die Gesetz, Gehorsam, Loyalität keine leeren Worte sind; nicht zuletzt alle „Mitläufer“ und alle, die irgendwie ihren Frieden mit dem Regime geschlossen hatten: sie alle werden mitgerechtfertigt, wenn die Remer und die Roeder gerechtfertigt werden. Der Ruf jener Herren kann auf Resonanz rechnen: die meisten von uns sind mehr oder weniger, wenn auch keineswegs mit dem besten Teil ihres Wesens daran interessiert, daß der Nationalsozialismus und sein Krieg als „normal“ angesehen werden.

Die Angreifer argumentieren neuerdings: die eidbrecherischen Attentäter sind der kämpfenden Nation in den Rücken gefallen, und wenn schon ihr Hochverrat vielleicht als Kavaliervergehen gelten könnte, — waren aber nicht komplette Landesverräter unter ihnen? Diese Unterscheidung ist geschickt, sie treibt einen Keil in die Front der Gegner Adolf Hitlers, und manchmal sieht es so aus, als ob sogar Männer des Widerstandes sich auf diese Unterscheidung einließen: sie sind bereits in die Verteidigung gedrängt.

Eine Klärung des ganzen Komplexes Widerstand, Hochverrat, Landesverrat tut dringend not, nicht zuletzt aus den beiden folgenden Erwägungen:

1. Man ist in aller Nüchternheit an der Anerkennung der Legalität der nationalsozialistischen Regierung interessiert: weil sie von 1933 bis 1945 die einzige Regierung des Deutschen Reiches war und also die Rechtskontinuität des Staates an der Anerkennung ihrer Legalität hängt; weil unzählige Maßnahmen jener Regierung Geltung behalten müssen, wenn nicht chaotische Rechtszustände entstehen sollen; weil zum Beispiel die Pensionen der Beamten und insbesondere auch des Wehrmachtspersonals diese Legalität voraussetzen; weil es eine neue und katastrophale Erschütterung des Rechtsgefühls und des berechtigten Selbstgefühls von Millionen wäre, wenn man ihnen sagen müßte, daß alle ihre staatsbürgerlichen Akte zwischen 1933 und 1945 ohne Geltung gewesen seien. Diese notwendige Anerkennung der Legalität der Regierung Adolf Hitler liefert aber andererseits den heutigen Nationalsozialisten den Vorwand, die mutigsten Frauen und Männer der Nation, viele tote und einige lebende, als Hoch- oder Landes-

verräter zu verleumden; sie hat ihnen bereits hin und wieder erlaubt, anständige Männer, die sich im Frühjahr 1945 von dem Wahnsinn „absetzten“ oder gar durch ihren Mut und ihre Geistesgegenwart ganze Dörfer und Städte vor sinnloser Zerstörung bewahrten, wegen Fahnenflucht und Ungehorsam zu belangen; dieselbe Anerkennung der Legalität macht gewissen Leuten Mut, Blutrichter und Denunzianten zu verteidigen, die in jenen Jahren die Legalität als Mordinstrument benutzt haben. Diese Verkehrung der Gerechtigkeit war bisher eine mehr oder weniger theoretische Gefahr, — obwohl wahrhaftig schon genug dergleichen passiert ist; wenn aber die reaktionäre Flut steigt, so werden sich bald mehr Richter finden, die auf der Linie dieser tödlichen Logik operieren werden. Hier scheint ein echtes Dilemma vorzuliegen: wir sind an der Anerkennung der Legalität einer Regierung interessiert, die durch Täuschung und Erpressung an die Macht gekommen ist und sich mit Lüge und Gewalt behauptet hat, bis ihr Zusammenbruch zur Katastrophe des ganzen Volkes wurde, — und wir sind an der Legalität eines Krieges interessiert, der ein Verbrechen war. Und doch hängt unsere Zukunft davon ab, daß dieses Verbrechen als Verbrechen erkannt und durch Einsicht überwunden wird. Dieses Dilemma muß beseitigt werden.

2. Wir sind nicht an erneuter Zwietracht, sondern an der Versöhnung interessiert. Nicht an der Versöhnung mit den Verbrechern, nicht an Kompromissen mit Nationalsozialisten und Nationalisten, wohl aber an der Versöhnung vieler anständiger Menschen, die damals gegen einander standen, weil sie eine verschiedene Vorstellung von ihren Pflichten hatten. Wir sind an der Versöhnung derer interessiert, die damals zweifelnd und oft mit tragischem Bewußtsein ihre Pflicht in der Legalität und Loyalität sahen, manchmal bis zum 8. Mai 1945, und derer, die im Widerstand eine höhere Pflicht erkannt hatten, teils mit gläubiger Sicherheit, teils im tragischen Konflikt der Pflichten. Wer in diesem Bereich nicht zu handeln hatte, kennt den Zwiespalt von damals zum mindesten als Verwirrung der Gefühle: wenn wir den Sieg der Alliierten herbeisehnten, weil er als ein Sieg des Rechtes und als Niederwerfung des Verbrechens erschien, — und wenn wir doch dem deutschen Volk und seinem Staat diese Niederlage nicht zuwünschen konnten. Als dann das rettende Verhängnis eingetreten war, schien die Frage erledigt zu sein: die Tatsachen hatten entschieden. Aber seit einiger Zeit ist diese Frage wieder wach und damit der Zwiespalt und der Zweifel und der Streit. Das ist gefährlich. Deutschland täte gut daran, die Unanständigen und Unbelehrbaren beider Seiten zu isolieren. Aber es braucht die anständigen Leute aus *beiden* Lagern. Darum muß der damals tragische Konflikt heute aufgelöst werden. Wir haben uns der ersten Pflicht der gelebten Geschichte zu erinnern: wenigstens hinterher klüger zu sein als im Augenblick des Geschehens.

Welchen Krieg haben wir geführt?

Die Nationalsozialisten haben ihn als *ihren* Krieg geführt, als die höchste Steigerung ihrer Ideen und ihres Willens, als den Weg ihrer Herrschaft. Da gab es keine Problematik und keine Tragik, sondern nur den Glauben bis zum Zusammenbruch oder sogar über ihn hinaus.

Es gab zweitens „Nationalisten“, die diesen Krieg begeistert mitkämpften,

indem sie die ungeheure Dynamik Adolf Hitlers für die Dynamik der Nation nutzbar machen wollten. Sie nahmen an der „verschworenen Gemeinschaft“ nicht teil, sie zeigten sich gleichgültig gegenüber vielen Zielen des Nationalsozialismus oder sie mißbilligten sie sogar (sie halfen Juden . . .), aber sie sagten Ja zu diesem Krieg: denn sein Sinn war der Sieg, die Macht und die Glorie der deutschen Nation. Auch hier war nicht viel Raum für den Zweifel, soweit er aus dem Gewissen hätte kommen können. Da ihr Glaube absolut war, nahmen sie in Kauf, was ihnen an Adolf Hitler und seinen Methoden nicht gefiel. Wohl aber wurden sie des Zweifels fähig, sobald sich die Mittel „Adolf Hitler“ und „Nationalsozialismus“ als unzureichend erwiesen. Wenn sie die Nation zu zerstören drohten, wenn sie das Volk in die Niederlage führten, so mußte man sich von ihnen trennen, um der Nation willen, ja man mußte sie — in den letzten Stadien des Krieges und der Erkenntnis — geradezu bekämpfen.

Unterscheiden wir von den „Nationalisten“ die „Nationalen“. War für sie die Nation nicht Religionersatz, Glaubensobjekt, einziger oder höchster Sinn des Lebens, so hielten sie doch den Nationalstaat für die höchsterreichbare politische Form, die dem Menschen zugänglich ist, und das deutsche Reich für die absolute Form der Deutschen. Diese Leute konnten den Krieg auf vielerlei Weise bejahen oder verneinen. Da die Nationalen im übrigen Christen oder Humanisten oder Sozialisten oder Liberale, Kultur-Optimisten oder Kultur-Pessimisten sein konnten, waren ihre Meinungen über den Nationalsozialismus und seine nationale Eignung sehr verschieden. Die meisten nicht-nationalistischen Nationalen betrachteten den Krieg 1939 als ein Verbrechen, 1940 bis 1942 als die große Chance der Nation, 1943 als ein fahrlässiges Unternehmen Adolf Hitlers, 1944 und 1945 als eine Katastrophe. Doch haben sehr viele von ihnen ihren nationalen Protest gegen die leichtfertige und verbrecherische Staats- und Kriegsführung des Usurpators in allen Stadien durchgehalten. Hier berühren sich die Gegensätze am nächsten. Nationale konnten, das Herz voller Bitterkeit gegen die Verderber der Nation, gleichwohl sagen: „Aber der Krieg muß gewonnen werden!“ (und noch aus dem ersten Nachkriegshirtenbrief eines deutschen Bischofs konnte man das Bedauern darüber herauslesen, daß der nationale Krieg verloren worden war, — wegen der Verbrechen der Nazi), andere Nationale aber wurden zu Attentätern, zu jenen „Landesverrättern“: sie verhandelten um der geliebten Nation willen mit dem Kriegsgegner.

(Die Offiziere? Reine Berufsfunktionäre hat es unter ihnen kaum gegeben. Zwar betrieben viele von ihnen ihr Geschäft „unpolitisch“ nach den ehrwürdigen und bewährten Regeln und nach dem Sitten- und Ehrenkodex der Zunft, gleichwohl aber hatte das alles ein Fundament von politischen Überzeugungen. Sie waren nicht bei allen dieselben. Die Offiziere verteilten sich auf die genannten drei Gruppen.)

Daneben gab es einige völlig andere Aspekte des Krieges. Es gab Menschen, die diesen Krieg überhaupt nicht mehr als einen Krieg zwischen Nationalstaaten anerkannten.

Für einige von ihnen war er eine Aktion zur Niederwerfung der Aggression und des Verbrechens, eine internationale Polizeiaktion (oder eine Aktion Gottes,

der sich des Feindes bedient, um sein Volk zu züchtigen), der Kampf des Gesetzes und der Ordnung (und der Christian soldiers) gegen die Gesetzlosigkeit, — der Kampf des Lichtes gegen die Finsternis.

Für andere war er ein Klassenkampf: ein Kampf der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten fortschrittlichen Teile der anderen Klassen gegen die faschistische Form und Phase der Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Für wieder andere war er ein Kampf der modernen politischen Integrationen: der faschistischen auf der einen Seite gegen das Bündnis der bolschewistischen und der demokratischen Integrationen.

Diesen drei Auffassungen des Krieges war und ist eines gemeinsam: die wahren Fronten waren für sie nicht gleich mit den Fronten der kriegführenden Staaten. Es gab rechtliche Menschen, Arbeiter, Demokraten und Kommunisten auch in Deutschland. Der Krieg war so oder so ein Bürgerkrieg. Der kriegführende deutsche Staat verpflichtete also diese seine Kritiker nicht: er war nichts als ein Instrument der Friedensbrecher, der Unterdrücker, der Faschisten. (Vereinzelt fand sich bei gleicher Sicht auch die entgegengesetzte Entscheidung: man stand auf der deutschen Seite, nicht weil sie die deutsche Seite war, sondern weil sie die faschistische Seite war. Das galt nicht nur für eine französische, spanische, norwegische, ukrainische Minderheit, sondern wahrscheinlich auch für einige Deutsche.)

Schließlich könnte man noch eine Reihe von Auffassungen zusammenstellen, die sich gleichfalls zu den kriegführenden Staaten kritisch verhielten, ohne aber in jenem Bürgerkrieg Partei zu ergreifen. Etwa: Der Krieg ist ein Bürgerkrieg der europäischen Nationen, ein Paroxysmus, der entweder die Folge haben kann, daß alle daran sterben, oder aber den Sinn, daß daraus Europa entsteht. Oder: Der Krieg ist der Todeskrampf der abendländischen Zivilisation (oder: der Welt-Gottlosigkeit). Und vergessen wir den kleinen Mann nicht, für den der Krieg eine sinnlose Katastrophe war und sonst nichts. (Er *war* eine sinnlose Katastrophe; der kleine Mann hat nur dann Unrecht, wenn er auf den Versuch verzichtet, die Qualität dieser Sinnlosigkeit zu bestimmen.)

Wer hatte recht? Wer hat recht?

Ebendarum geht im Grunde der Streit, auch heute noch. Man kann ihn durchfechten, Meinung gegen Meinung. Wichtig wäre aber auch, den Bereich derjenigen Meinungen abzugrenzen, die wir insgesamt teils als gemeinsam, teils als diskutabel ansehen können, — „wir“, die Deutschen nämlich, die wir uns entschlossen haben, mit einander in Frieden einen gemeinsamen Weg zu suchen, und die wir uns zu diesem Zweck auf die Bundesrepublik eingelassen haben und im Begriffe sind, uns auf Europa einzulassen. Denn unter den aufgezählten Auffassungen gibt es einige, die wir *nicht* gelten lassen können, mögen wir sie auch als private Meinungen (zähneknirschend oder geduldig) tolerieren. Es wäre nützlich, eine Gruppe von Sätzen aufzustellen, in denen „wir“ uns einig sein könnten, und eine zweite Gruppe von Sätzen, die wir als produktive Teile der deutschen öffentlichen Meinung wechselseitig anerkennen könnten. Aus beidem müßte sich sodann eine praktische Folgerung ziehen lassen.

Zuvor noch einige Klärungen.

Es wird nützlich sein, zwischen Legalität und Legitimität zu unterscheiden*, und zwar bedarf es in unserem Falle einer politisch-geschichtlichen (nicht einer rein staatsrechtlichen) Fassung mindestens des zweiten Begriffs. Unter „Legalität“ können wir einen Zustand verstehen, in dem das Gesetz und die Macht zusammenfallen und „anerkannt“ sind, sich allgemeine Geltung verschafft haben. Wer die Frage nach der „Legitimität“ eines solchen legalen Zustandes stellt, mißt ihn an einer Forderung höheren Ranges, — etwa an Grundrechten des Menschen oder an göttlichen Geboten oder an einer bestimmten Deutung des Sinnes der Geschichte oder einer Geschichtsepoche. Von einer solchen Forderung aus kann ein Zustand der Legalität als „illegitim“ erscheinen oder anderseits ein Anspruch oder Zustand, der außerhalb der Legalität steht, als legitim.

Wenden wir die Unterscheidung im Sinne unserer Überlegungen an!

Ob der Nationalsozialismus und der Krieg „legal“ waren oder nicht, — „legitim“ waren sie jedenfalls nicht. Wer sich nicht dazu verstehen kann, den Nationalsozialismus, aber auch den Krieg, den er entfesselt hat, als illegitim zu verwerfen, kann mit „uns“ nichts zu schaffen haben. Das ist keine moralische Proklamation, sondern geltendes Recht: diese Verwerfung läßt sich aus dem Grundgesetz ableiten. Und sie gehört ins Grundgesetz, sie ist eine der geschichtlichen Voraussetzungen unseres Staates.

Aus der Illegitimität des Regimes ergab sich wenn nicht die Pflicht, so doch zum mindesten das Recht auf das, was wir „Widerstand“ nennen. Wenn wir der Illegitimität, selbst falls sie legal sein sollte, nicht widerstehen dürften, so wäre es mit der Verantwortung in der Geschichte zu Ende; denn dann würden die verantwortlichen Menschen in die Rolle gedrängt, passive Opfer oder Nutznießer der Kämpfe zweier fragwürdiger Gewalten zu sein: der illegitimen Legalität und der illegitimen Revolution.

Die Illegitimität des Regimes und seines Krieges war nicht zu jeder Zeit in gleicher Weise und für jeden Menschen erkennbar. Viele sind erst „hinterher“ klug geworden, durch eine persönliche Erfahrung oder viele Erfahrungen, durch Ereignisse wie den 30. Juni 1934 oder die Judenverfolgung oder den Überfall auf Prag oder Polen oder durch die Massentötungen im Osten oder schließlich auch erst durch Stalingrad und was ihm folgte, durch die Katastrophe selbst. Das ist heute ohne Belang: für unser Bewußtsein fängt der Weg in die Zukunft an mit der Absage an das Regime und seinen Krieg. Das können wir nicht klar genug sagen und nicht energisch genug feststellen.

Eine andere Frage ist die nach der Legalität. Hier haben auch besonnene und kluge Deutsche, einschließlich derer, die wenigstens hinterher klug geworden sind, mehrere Auffassungen vertreten.

Viele von ihnen waren sofort der Meinung (oder wurden später der Meinung), daß die „Machtergreifung“ durch ihren Zusammenhang mit dem Staatsstreich Hindenburgs und Papens vom 20. Juli 1932 (dessen Illegalität der Staatsgerichtshof am 25. Oktober 1932 festgestellt hat), sowie durch die terroristische Nötigung

* Mir liegt ein Artikel unseres Mitarbeiters und Freundes Professor Dr. Walter Rest vor, der diese Unterscheidung und ihre praktische Bedeutung ins rechte Licht rückt. Ein Zitat daraus finden unsere Leser im Glossenteil.

zum Ermächtigungsgesetz illegal gewesen sei, oder daß das Regime durch den Bruch der im Ermächtigungsgesetz selbst festgesetzten Bedingungen in die Illegalität geraten sei. Diese Leute haben zum Teil die inneren und äußeren Konsequenzen daraus gezogen: sie erkannten die Regierung Hitler auch im formellen Sinn nicht an. Das muß man als eine ehrenhafte Möglichkeit gelten lassen.

Das Ausland und die meisten Deutschen haben sich dieser Auffassung nicht angeschlossen. Auch die meisten Gegner des Nationalsozialismus hielten das Regime für legal, sei es, daß sie die Machtergreifung für legal hielten, sei es, daß sie die vollendete Tatsache der „nationalen Revolution“ anerkannten. Der Vorgang wiederholte sich beim Kriegsbeginn: sowohl das Ausland als auch die meisten dieser Deutschen betrachteten trotz ihrer Einsicht in den verbrecherischen (und also illegitimen) Charakter dieses Krieges das Deutsche Reich als eine kriegsführende Macht im Sinne des Völkerrechts. Mir scheint, auch diese Auffassung müsse man zunächst einmal mindestens gelten lassen. Gewichtige Gründe, die eingangs angedeutet wurden, sprechen sogar dafür, sie ausdrücklich anzunehmen. Unter dieser Voraussetzung müssen die Rechte, muß aber auch die Ehre derjenigen Staatsbürger, Soldaten und Offiziere geschützt werden, die damals in den normalen Fällen gehorchten, ihre Pflicht taten, Steuern zahlten, Einberufungen folgten, im Kriege kämpften, tapfer kämpften. Ob sie nun die Illegitimität des Regimes nicht erkennen konnten oder jedenfalls nicht erkannt haben, oder ob sie in einem tragischen Zwiespalt meinten, sich für die Legalität entscheiden zu müssen, obwohl sie sie als illegitim durchschauten: ihr Gehorsam muß als mögliche Haltung anerkannt werden. Nur kann ein solcher anständiger Gehorsam vor dem Gesetz oder vor einem gesetzmäßigen Befehl nicht einen gesetzwidrigen oder gar verbrecherischen Gehorsam decken.

So wird man also die Legalität des Regimes und zugleich den „Hochverrat“ anerkennen müssen: die Legalität des Regimes als eine gegebene Tatsache, den Hochverrat als den illegalen, aber legitimen Versuch, jene Tatsache durch eine legitime, durch die richtige Ordnung zu ersetzen. Jede siegreiche Revolution legalisiert nachträglich ihre illegalen Vorstöße: so haben auch wir (recht fragwürdige Mitsieger in der siegreichen Revolution, welche die Macht des Usurpators zerbrach) jenen Hochverrat zu legalisieren: er muß ausdrücklich Rechts- und Ehrenschutz erhalten. Wer die Männer des 20. Juli oder andere Märtyrer und Opfer des Widerstandes beschimpft, greift die Grundlage unseres Gemeinwesens an.

Wir dürfen keine Angst vor dem Widerspruch haben, der sich hier zu enthüllen scheint. Daß damals anständige Gehorsame und anständige Ungehorsame einander gegenüberstanden (— alle anderen lassen wir hier aus dem Spiel —), war kein Widerspruch, sondern ein Gegensatz und als solcher ein Stück Geschichte. So etwas kommt vor. Dieses Stück Geschichte ist vorbei; wenn wir heute die beiden damals unvereinbaren, weil im Kampf gegeneinander stehenden Seiten dieses Gegensatzes gelten lassen und legalisieren, so erzeugen wir damit nicht einen logischen Widerspruch; wir schließen damit vielmehr ein Kapitel der Geschichte ab, damit wir gemeinsam ein neues beginnen können. Es ist steril, die Fronten von 1944 fixieren zu wollen. Wir können das neue Kapitel nur dann gemeinsam beginnen, wenn wir den erledigten Kampf nicht neubeleben, sondern „hinterher“, also klug

geworden, einander anerkennen, soweit wir das heute und angesichts der Zukunft verantworten können. Genau das wollten die Unbelehrbaren hintertreiben.

*

Gilt das auch für die „Landesverräter“?

So wie es neben den unzähligen anständigen Gehorsamen unzählige unanständige, ja verbrecherische Gehorsame gab, so mag es unter den ohnehin wenig zahlreichen Ungehorsamen auch einige wenige Skrupellose, Gewinnsüchtige oder Abenteurer gegeben haben, die aus fragwürdigen Gründen mit dem Kriegsgegner des Deutschen Reiches Kontakt suchten. Mit der Frage, die uns hier bewegt, hat weder der berufsmäßige landesverräterische Spion etwas zu tun, noch der Mann, der einem amerikanischen oder russischen Kommando verrät, wo sich deutsche Soldaten versteckt hatten, die der Kriegsgefangenschaft entgehen wollten. Wir haben es hier vielmehr mit Leuten zu tun, welche in Adolf Hitler den Feind schlechthin erkannten, den Feind sei es der deutschen Nation, sei es übernationaler höherer Wirklichkeiten. Diese Kämpfer *waren* die Verbündeten der Alliierten. Sie mußten es sein, sie durften es sein. Wenn sie Nationalisten oder Nationale waren oder als Offiziere den Ehrenkodex ihres Standes und ihren Eid ernstnahmen, so brachte sie ihr Entschluß, mit dem „Landesfeind“ zusammenzuarbeiten, in eine tragische Lage; wenn sie den übernationalen Charakter dieses Krieges erkannt hatten, so verstand sich die Bundesgenossenschaft von selbst. Viele von uns stehen zu jenem Verhalten, andere lehnen es ab; auch ist der moralische Kodex für diese neue und sehr schwierige Situation nicht so eindeutig entwickelt wie der moralische Kodex der eindeutigen Kriege im Zeitalter der souveränen Fürsten, Staaten und Nationen; man kann über die Grenzen des Gebotenen oft verschiedener Meinung sein; das Mindeste aber, was die Volksgemeinschaft diesen Männern schuldet, ist die Anerkennung der Ehrenhaftigkeit ihrer Motive.

Wir sind hier an dem entscheidenden Punkt. Die Herren, die das Wort „Landesverrat“ im Munde führen, wollen uns und dem ganzen deutschen Volk suggerieren, der letzte Krieg sei ein Krieg wie jeder andere gewesen, ein honetter Krieg zwischen teils honetten und teils weniger honetten Nationen; ihre offenherzigsten Sprecher sind bereits soweit, die Alliierten als die weniger honetten hinzustellen und im übrigen höchstens zu bedauern, daß Adolf Hitler die Judenfrage auf eine so plumpe Weise gelöst habe, — aber viel mehr Eindruck auf unser Publikum machen die Nachgiebigeren unter jenen Herren: sie geben gerne zu, daß die deutsche Sache durch mancherlei Greuel sehr befleckt worden ist, — aber war sie nicht doch die deutsche Sache? Und muß man nicht, so meinen sie, laut oder leise so lange darauf bestehen, den „Landesverrat“ Landesverrat zu nennen, bis es sich durchgesetzt hat, daß jener Krieg die deutsche Sache war? Und *weil* er unser Krieg war, so denken sie weiter, muß er wie jeder honette Krieg fortgesetzt werden: denn wenn für die Nationalen des vorigen Jahrhunderts „der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ war, so ist für die aufgeklärten Nationalisten von heute Politik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, und fortsetzen wollen ihn *die Menschen, die Schichten, die Kliken, die Geister*, die immer und damals das, was sie die deutsche Sache nannten, geführt haben,

und die man ein paar Jahre lang daran hat hindern können. Sie sind maßvoll: den Hochverrat stellen sie noch eine Weile in die Ecke, der Landesverrat tut's viel wirksamer, der Geruch der Schande klebt an ihm, und schon wirkt das Wort, schon rücken selbst die Hochverräter von den Landesverrättern ab.

Dieser Krieg war die deutsche Sache nicht. Wer in klarer Erkenntnis des wahren Sachverhalts und der sicheren Katastrophe versuchte, diesen Krieg mit Hilfe der Kriegsgegner zu stoppen, tat seine Pflicht und mehr als seine Pflicht, auch wenn er damit gegen den Landesverratsparagrafen verstieß. Wer aber hier nicht folgen kann und die Taten jener Männer verwirft, muß um der Zukunft der wahren deutschen Sache willen zum mindesten ihren noblen Willen respektieren und sich gegen ihre Verleumder zu ihnen stellen; denn selbst wenn sie Unrecht gehabt haben sollten gegen die, die damals, weil Krieg war, ganz einfach kämpften, so haben sie doch Recht gegen ihre Verleumder. Diese können sich jetzt nicht mehr auf den Krieg berufen: die tragische Stunde ist vorbei, nun hindert uns nichts mehr, ganz geradlinig das wahre Wohl unseres Volkes zu betreiben. Das aber liegt im Frieden; und um ihn zu erreichen und zu sichern, bedarf es der Versöhnung der anständigen Legalen und der anständigen Illegalen und ihres gemeinsamen Kampfes gegen die nationalistischen Abenteurer.

Und die Ehre? So einfach war die Lage nicht, daß man im Kodex der Überlieferung nachschlagen konnte, welche Taten ehrenhaft waren und welche nicht. Wer treu gedient hat, dem soll niemand die Ehrenhaftigkeit bestreiten können. Aber wenn es einen Ruhm dieser Jahre gibt, dann umschwebt seine Aura die Häupter derer, die widerstanden haben, die um ihres Widerstandes willen gelitten haben, der Geköpften und Gehenkten, auch der „Landesverräter“.

*

Es wäre gut, wenn der Bundestag ein Gesetz beschlösse. Ich versuche es mir vorzustellen: Ein Gesetz, das einige Feststellungen zur Geschichte macht, — ein Gesetz von dem Typus, den wir als Positivisten und Rationalisten vergessen haben, den die Römer kannten, wenn sie etwa beschlossen: *NN de re publica bene meruit*. Das Gesetz stellt jenen objektiven Gegensatz fest: die geschichtliche Tatsache, daß in der Frage der Legalität des Regimes und seines Krieges Meinung gegen Meinung und Tat gegen Tat stand. Es stellt fest, inwiefern und inwieweit das deutsche Volk heute die formale Legalität des Regimes anerkennt und welche Akte, Maßnahmen, Gesetze, Praktiken und Gesinnungen es aus dieser Legalität ausschließt. Es stellt fest, daß das Regime ein Regime des Unrechts war und sein Krieg ein Verbrechen; es erkennt die Akte des Widerstands und des Umsturzes, die sich gegen das Regime und seinen Krieg richteten, als ehrenhaft an und legalisiert sie ausdrücklich.

Es ist Zeit, den anständigen Gehorsamen *und* den anständigen Ungehorsamen Rechts- und Ehrenschutz zu sichern.

Revolutionen als Pflicht und Staatsverbrechen

Grundsätzliches zur Widerstandsbewegung / Von Ministerpräsident a. D. Theodor Steltzer

Wir veröffentlichen nachstehend die Zusammenfassung eines Vortrags, den Theodor Steltzer unter dem Titel „Grundsätzliches zur Widerstandsbewegung“ kürzlich bei Radio Frankfurt hielt. Theodor Steltzer, der als Mitglied des Kreisauer Kreises zu den führenden Männern der deutschen Widerstandsbewegung gehörte, wurde nach dem mißglückten Anschlag auf Hitler im August 1944 verhaftet und im Januar 1945 zum Tode verurteilt. Bevor das Urteil vollstreckt wurde, befreiten ihn die Alliierten am 23. April 1945. Nach Kriegsende trat er zunächst im November 1945 als Oberpräsident an die Spitze der Provinz Schleswig-Holstein und wurde dann im Zuge des Aufbaus einer deutschen Selbstverwaltung am 23. August 1946 zum Ministerpräsidenten des neu geschaffenen Landes Schleswig-Holstein ernannt. Nach dem Walsiedler der SPD im April 1947 trat er von seinem Posten zurück. Ohne uns mit allen Einzelheiten der Ausführungen von Theodor Steltzer zu identifizieren, messen wir seinen Darlegungen eine solche Bedeutung bei, daß wir sie abzüglich der Kürzungen, die lediglich durch den begrenzten Umfang einer Tagesgeschichte bedingt waren, in dieser ausführlichen Zusammenfassung unseren Lesern zugänglich machen.

„Erst bei dem Durchdenken des mir gestellten Themas ist mir ganz zum Bewußtsein gekommen, wie schwierig die Aufgabe ist, Grundsätzliches über die deutsche Widerstandsbewegung zu sagen. Die Möglichkeit einer solchen Betrachtung wäre nur dann gegeben, wenn sich ein uns allen gemeinsamer Standort finden ließe, von dem aus wir die Haltungen der verschiedenen Widerstandsgruppen bewerten können. Sie wissen alle, daß dieser Standort nicht vorhanden ist und daß ungewöhnlich verworrene Meinungen über die Widerstandsbewegung bestehen.

Die Tragik der Situation der nationalsozialistischen Periode lag ja gerade darin, daß der

Mehrheit der deutschen Menschen Maßstäbe verlorengegangen waren, an denen sie ihr Handeln orientieren konnten. Während Beamte, Richter und Offiziere noch in der Illusion lebten, daß ihre Arbeit zum Aufbau geordneter Rechts- und Verwaltungsverhältnisse und eines echten Soldatentums beitragen konnte, waren sie in Wirklichkeit längst auf dem Wege, Funktionen eines totalitären Staatsapparates zu werden. Das Gros der Bevölkerung aber war hilflos und wußte noch weniger, wie man sich zu den Ereignissen stellen sollte, zumal sich in der alten politischen Führungsschicht keine Persönlichkeit fand, die die Entwicklung selbst klar übersah und die Antwort besessen hätte, um zu einer sachlichen Meinungsbildung hinführen zu können.

Wie war ein derartiges Maß an mangelndem Erkenntnisvermögen und fehlendem Widerstandswillen möglich? Man kann hier eine Reihe von Gründen nennen, die sich aber auf einen zentralen Kern zurückführen lassen.

Geistig-politische Bequemlichkeit

Wir Deutschen neigen dazu, die Ordnung an sich zu überschätzen, und zu vergessen, daß diese nur ein formales Prinzip bleibt, wenn sie nicht auf einen echten Wert bezogen wird. Ordnung ist auch in einem totalitären System möglich. Die Überschätzung der Ordnung stammt bei uns aus einem hohen Maß an geistig-politischer Bequemlichkeit. Man will in Ruhe seinen eigenen Angelegenheiten nachgehen und überläßt es gern führenden Persönlichkeiten, für die anderen zu denken und zu handeln. Man widersteht sich auch offenbaren Unrecht nicht, solange es nur die anderen trifft, und versucht nur, um jeden Preis persönlich durchzukommen, auch wenn diese Haltung politische Entwertung und Preisgabe sittlicher Grundsätze mit sich bringt. Jedes echte soziale Verantwortungsgefühl geht verloren, weil ein wirkliches Streben nach lebendiger menschlicher Gemeinschaft nicht besteht.

ist. Diese Voraussetzung fehlte 1933. Und hier liegen Milderungsgründe für die Tatsache, daß sich das deutsche Volk überwältigen ließ, daß sich gütgläubig so viele zur Mitarbeit zur Verfügung stellten und die Wehrmacht so leicht einen Eid auf den neuen Führer ablegte, durch den sie sich später so gebunden fühlte. Tatsächlich stand 1933 nur ein einzelner zentraler Beweismaterial zur Verfügung, um die Skrupellosigkeit der Hitlerischen Politik zu durchschauen, von der die meisten nichts ahnten. Die weiteren Ereignisse schlossen es dann vollends aus, unser Volk über den wahren Stand der Dinge zu informieren. Allerdings hätten diese wahren Ereignisse eine stärkere Bestimmung hervorgerufen müssen als in Wirklichkeit erfolgte. Die Beseitigung der Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit wurde aber hingenommen, weil man damals noch gar kein Gefühl für die Bedeutung dieser Freiheiten hatte. Nicht ohne Einfluß war hierfür der formale Charakter der Weimarer Demokratie. Man glaubte ernsthaft, daß das Wesen der Demokratie auf dem Prinzip der Mehrheit beruhe und unterstützte auf diese Weise die auch in der Gegenwart nicht überwundene Auffassung, daß eine Mehrheit mit Staat und Volk machen dürfe, was sie wolle.

Es war nicht schwer für Hitler, die Schwäche dieser Situation auszunutzen, die ihm den Weg zur Herstellung einer formalen Legalität geradezu anbot. Daß er diese scheinbare Legalität dazu verwendete, jede legale Opposition und die verfassungsmäßig garantierte Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit zu beseitigen, hätte natürlich nachdenklich machen müssen. Daß man sich im Volk mit dieser scheinbaren Legalität beruhigte, muß als ein wirkliches Zeichen mangelnder politischer Reife gewertet werden.

Tatsächlich ist aber bei dem Vorgehen von Hitler von Legalität keine Rede. Die Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz wurde durch illegale Verfassungsverstöße erreicht. Wenn nicht die NSDAP durch die Verhaftung eines Viertels der SPD-Abgeordneten und von 81 KPD-Abgeordneten mit illegalem Gewalt eingegriffen hätte, wäre die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht vorhanden gewesen. Wahrscheinlich hat auch der faktisch herrschende Terror dazu beigetragen, die bürgerlichen Parteien für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes gefügig zu machen.

Am Anfang der nationalsozialistischen Herrschaft standen daher Illegalität und Verfassungsbruch. Von hier aus gesehen, müssen deshalb auch alle weiteren Maßnahmen der Regierung als illegal angesehen werden.

die die Lage nur verschlechtert hätte. Auch schien uns die politische Zielsetzung der aktivistischen Gruppen nicht wirklichkeitsnah zu sein, da sie an der Forderung der bedingungslosen Kapitulation vorbeizogen und die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Neubaus nicht genügend erkannten. Endlich war manchem von uns zweifelhaft, ob der beabsichtigte Weg des Staatsstreiches vertretbar war. Hinzu kam, daß die Propaganda der Gegner alles tat, um ein Durchhalten bis zum Ende als einzig mögliche Haltung erscheinen zu lassen. Nach dieser Richtung hat die Erklärung über die Nichtanwendung der Atlantik-Charta und die schroffe Forderung nach bedingungsloser Kapitulation besonders verheerend gewirkt. Wir kamen jedenfalls zu dem Resultat, daß keine Möglichkeit mehr bestünde, dem Schicksal in die Arme zu fallen und beschränken deshalb unsere Vorarbeiten auf die Zeit nach dem von uns vorausgesehenen Zusammenbruch.

Sie wissen, daß die Beurteilung der militärischen Lage durch Rommel und die Gefahr einer Verhaftung Stauffenbergs dann zum 20. Juli 1944 führten. Dieses Ereignis gehört der Geschichte an, und ich meine, daß wir das einschlägige Urteil über den 20. Juli als Ganzes der Geschichte überlassen sollten. Unser Abstand ist noch nicht groß genug. Das bedeutet aber nicht, daß wir auf eine Wertung auch dort verzichten, wo sie aus unseren heutigen Erkenntnissen schon vorgenommen werden kann. Wir müssen dieses sogar tun, um zu verhindern, daß die Erinnerung des Widerstandsproblems durch schiefere Urteile oder parteipolitischen Mißbrauch zu einem innerpolitischen Zankapfel wird.

Keine Pauschalurteilung

Ich habe bereits hervorgehoben, wie schwer die Haltung der deutschen Menschen in der nationalsozialistischen Zeit zu beurteilen ist. Die Zeit war zu verworren, um damals schon durchschaubar werden zu können. Deshalb muß jede Pauschalurteilung abgelehnt werden und müssen mildernde Umstände für alle gelten, die sich in der Zeit nicht mehr zurechnen lassen und sich politisch falsch entschieden, ermittelte ob es sich um Angehörige der Opposition oder um Mitläufer handelt.

Wer sich aus Unkenntnis der Lage geirrt hat, ist nicht strafwürdig, wenn er nicht Unrecht begangen hat. Man sollte ihn auch dann nicht zur Menschheit ziehen, wenn er auf seinem Irrtum beharrt. Aber man wird sich sagen müssen, daß solche Leute nicht an leitenden Stellen des Widerstandes gehören. Doch ist die Zahl derer, die sich irrten, heute aber führende Positionen einnehmen, groß — sogar erschreckend groß. Das politische Unbehagen in Deutschland beruht vielleicht zu einem nicht geringen Teil auf dieser Tatsache.

Wer nicht einsieht, daß sich in Hitler eine böse Kraft mit illegalen Mitteln gegen das deutsche Volk erhoben hat, kann keine richtige Einstellung zu dem Problem des Neubaus haben, bei denen es in erster Linie auf eine neue ethische und soziale Haltung ankommt. Es berührt immer peinlich, wenn so viele ihre frühere Haltung mit

formalistischen Gesichtspunkten, mit Befehlen übergeordneter Dienststellen oder mit dem Hinweis begründen, daß sie sich nur rein fachlich betätigt hätten. Es gibt keine Fachaufgabe, die nicht im Zusammenhang mit ethischen und sozialen Verpflichtungen steht.

Parallelschneidungen im Hedlerprozeß

Die gleiche innere Unsicherheit erlebten wir auch im Falle des Hedlerprozesses. Ich will hier nicht zu dem Urteil sagen, sondern annehmen, daß es formal korrekt ist. Wenn aber die Richter des Hedlerprozesses erklären, daß es zur Meinungsfreiheit gehöre, die Angehörigen der deutschen Widerstandsbewegung als Landesverräter zu bezeichnen, so muß mit aller Schärfe gesagt werden: Die Motive der Widerstandsbewegung waren letztlich stichtlicher Art und daher der Haltung aller derer überlegen, die aus Unkenntnis, Opportunismus, Angst, Egoismus, Feigheit oder Gleichgültigkeit Mitläufer geworden waren. Natürlich denke ich nicht an Mitglieder der Opposition, die aus ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit zum Widerstand Kapital zu schlagen und persönliche Vorteile zu erreichen versuchten, sondern nur an solche, die sich in schweren inneren Konflikten für Widerstand und Opposition entschieden haben. Diese Männer und Frauen sahen die eigentliche Gefahr nicht in der Abwendung dieser Gefahr, sondern in der Abwendung dieser Gefahr persönlich zu opfern. Deshalb gehört ihnen die Achtung des Volkes. Die Erklärungen der Richter von Neumünster zeigen, daß ihnen das Unterscheidungsvermögen zu einer solchen echten Wertung der Vorgänge fehlt. Leider hat auch die Bundesregierung bei ihrer positiven Wertung des Hedlerurteils die richtige Würdigung dieses Tatbestandes vermissen lassen.

Man könnte viele Beispiele dieses mangelnden Unterscheidungsvermögens anführen, dessen Ursache der mangelnde Mut ist, sich mit dem eigenen Vergangenen redlich auseinanderzusetzen. Wir brauchen diese Auseinandersetzung, weil wir sonst nicht in der Lage sind, das in der Zukunft Erforderliche richtig zu sehen. Doch darf diese Auseinandersetzung nicht in der Form der Haasschelte oder des innerpolitischen Kampfes erfolgen, sondern muß ethische Selbstbestimmung, ein Ringen um die Erkenntnis der Wahrheit sein.

Wir müssen erst noch lernen, wie wir öffentliche Angelegenheiten sachlich behandeln. Ein Beispiel hierfür bietet die Frage der früheren Wehrmachtangehörigen, die sowohl eine rechtliche wie eine politische Frage ist. Durch die Weimarer Verfassung waren den Wehrmachtangehörigen Rechte zugesichert, die zunächst von den Besatzungsmächten außer Kraft gesetzt wurden, weil man anfänglich anscheinend eine allgemeine Diskriminierung der deutschen Wehrmacht beabsichtigte. Zu dieser Diskriminierung ist es nicht gekommen. Die einschränkenden Bestimmungen wurden aufgehoben; aber es ist fünf Jahre lang von deutscher Seite nicht zu einer gesetzlichen Regelung gekommen, die man als recht und billig ansehen kann und auf die ein rechtlicher Anspruch besteht. Die früheren Wehrmachtangehörigen sind in ihrem vollen Recht, wenn sie sich hier benachteiligt fühlen.

Notwendigkeit sittlicher Grundsätze

Es ist verständlich, daß sich auf diesem Boden keine demokratischen Kräfte entwickeln konnten. Demokratie ist nur möglich, wenn sie nicht von Führungsapparaten, sondern von den einzelnen Bürgern getragen wird und wenn eine Bereitschaft zum Mittragen der Verantwortung und zum tätigen Mitwachen besteht. Sie läßt sich nicht auf Passivität und Gedankenlosigkeit aufbauen. Auch der Weimarer Demokratie gelang es nicht, hier eine Änderung herbeizuführen.

ren mußten und daher nur in einer Katastrophe enden konnten.

Es erhob sich daher die Frage, ob und in welcher Form Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime geleistet werden könne und dürfe. Als Möglichkeiten kamen dafür die Mittel der Revolution, des Staatsstreiches, des Boykotts und der passiven Resistenz, der geistigen Vorbereitung einer Aufnahmestellung bei einem Scheitern des Systems an seinen eigenen Fehlern und individuelle Hilfsmaßnahmen für Opfer des Gewaltsystems in Frage.

Unsicherheit und Verwirrung

Um das Bild bei Beginn der nationalsozialistischen Revolution abzurufen, muß aber gesagt werden, das auch in den Reihen der Opposition keine klare Erkenntnis dessen vorhanden war, um was es letztlich ging. Es gab z. B. in ihren Reihen Persönlichkeiten, die die Anfangsereignisse als revolutionäre Übergangserscheinungen ansahen und die Hoffnung auf ein Einwirken in eine legale Linie und zu rechtsstaatlichen Verhältnissen nicht aufgegeben hatten. Wohl sah man die Bedrohung und die Gefahr, die eigentlichen Hintergründe des damaligen Geschehens, in das wir alle verstrickt waren, waren nur wenigen deutlich.

Wer sich aus Unkenntnis der Lage geirrt hat, ist nicht strafwürdig, wenn er nicht Unrecht begangen hat. Man sollte ihn auch dann nicht zur Menschheit ziehen, wenn er auf seinem Irrtum beharrt. Aber man wird sich sagen müssen, daß solche Leute nicht an leitenden Stellen des Widerstandes gehören. Doch ist die Zahl derer, die sich irrten, heute aber führende Positionen einnehmen, groß — sogar erschreckend groß. Das politische Unbehagen in Deutschland beruht vielleicht zu einem nicht geringen Teil auf dieser Tatsache.

Huber, national betrachtet, zur ausschließlichen Sache. Und doch ist ihr Aufbruch ein ereignisreiches Zeugnis für den edelsten Mätyrertod besiegelter Freiheitswillen edelster deutscher Jugend, von dem große Wirkungen auf die ganze Welt ausgegangen sind. Denn er gab Kunde davon, daß das eigentliche Deutschland noch da war. Und ähnliches kann man von dem 20. Juli sagen. Oder man lese die letzten Briefe von Helmut Mohrke und von Alfred Delp. Die sittliche Haltung aller dieser Männer und Frauen ist so beispielhaft, daß man unser Volk und unsere Jugend stärken mit ihr bekennen sollte. Gewiß gehören die Geschichten der damaligen Zeit der Vergangenheit an, und wir sollten sie als solche dem Urteil der Geschichte überlassen. Von dem Vorbild der Mätyrer dieser Zeit können aber wirkende Kräfte auf die Gegenwart und insbesondere auf die Jugend ausgehen, wenn wir die Motive ihrer Opfer erkennen. Es gibt auch manches, das wir auch jetzt noch aus ihrer Arbeit lernen können. Ich denke zum Beispiel an die Methode unserer politischen Arbeit.

Entwicklung im Materiellen verkümmert

„Ich glaube“, fuhr der Vortragende dann fort, „daß der Erzbischof uns hier den Weg zu dem Bewertungsmaßstab zeigt, den wir zu einer Beurteilung des menschlichen Handelns nötig haben. Der Mensch ist unfähig geworden, seine Aufgaben geistig zu bewältigen, weil er seine geistige Entwicklung unter dem Einfluß der stürmischen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Materiellen verkümmern ließ. Er wurde zu einer Figur im Spiel der Apparaturen und Organisationen, die ihn zum großen Teil nicht mehr respektierten, ihn als einzelnen abschreiben und als Massenmenschen nur noch durch Propaganda und Schlagworte für beeinflusbar halten. Das geschah jedoch durch eigene Schuld, weil er sich ganz in eine private Sphäre zurückgezogen hat und seine Mitverantwortung für seinen Nächsten und damit für das öffentliche Leben preisgab. So hat er auch den Glauben an sich selbst verloren und flüchtet in das Kollektiv, um mit seiner Lebensangst fertig zu werden.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß 1933 nach dem Anbruch des Dritten Reiches die moralische Berechtigung zu einer Volksrevolution vorhanden war, wenn wir die damalige Zeit von unseren heutigen Erkenntnissen aus betrachten.

Auf der anderen Seite muß hervorgehoben werden, daß der schwere Entschluß eines Aufstandes oder Widerstandes gegen eine herrschende Staatsgewalt, auch wenn er moralisch berechtigt erscheint, eine verantwortliche Prüfung der Voraussetzungen, Möglichkeiten und des richtigen Weges erfordert. Wenn das Uebel nicht verschlimmert werden soll. Eine dieser Voraussetzungen ist die Gewißheit, daß das verdrängte Volk unter seiner Unfreiheit leidet und selbst eine Änderung der politischen Verhältnisse wünscht, für die es auch Opfer zu bringen bereit

Frage der praktischen politischen Zielsetzung

bestanden verschiedene Auffassungen.

Ausgangspunkt für die Kreise, die in den 20. Juli 1944 verstrickt wurden, war neben der Ablehnung des Nationalsozialismus der Wunsch, den Krieg mit seinen ungeheuren Menschenopfern schneller zu beenden und die Hoffnung, auf diese Weise einen besseren Frieden zu erreichen als es bei einem Kämpfen bis zur bedingungslosen Kapitulation der Fall sein würde. Bei dem beabsichtigten Eingreifen sollte die Wehrmacht die entscheidende Rolle spielen. Es handelte sich um die Vorbereitung einer Revolution, sondern eines Staatsstreiches, bei dem man erwartete, daß ihn die Mehrheit des Volkes billigen würde. Die Wehrmacht würde zunächst die vollziehende Gewalt übernehmen haben, um dann im Einverständnis mit den politischen Gruppen, die an dem Staatsstreich beteiligt waren, eine Regierung zu bilden, die die Aufgabe hatte, wieder geordnete, rechtsstaatliche Verhältnisse herbeizuführen. Zu diesen Gruppen gehörte der Kreis um Beck und Witzleben, später auch um Olbricht und Stauffenberg, der Kreis um Gerdeler und Popitz sowie der Kreis um Leuschner.

Neuerdings hören wir aber auch von anderen Forderungen, die von Seiten der früheren Wehrmachtsoffiziere kommen. Sie gipfeln darin, daß man einen Anspruch auf eine Rehabilitierung habe, ehe man eine Mitarbeit der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere an dem neuen Staat erwarten könne. Es wird betont, daß das Offizierskorps in seiner überwiegenden Mehrheit an der Tradition eines sittlich begründeten Soldatentums festgehalten habe und von hier aus kommt man dann meist zu einer Verurteilung derjenigen Offiziere, die an der Arbeit der Widerstandskreise oder an dem 20. Juli 1944 teilgenommen haben. Derartige Ansichten zeigen, wie notwendig es wäre, daß sich auch die ehemaligen Offiziere ehrlich mit der Vergangenheit auseinandersetzen. Zunächst muß gesagt werden, daß eine moralische Diskriminierung der deutschen Wehrmacht oder der ehemaligen Offiziere weder von antiken deutschen Stellen ausgesprochen noch von deutschen Völkern empfunden wird.

Huber, national betrachtet, zur ausschließlichen Sache. Und doch ist ihr Aufbruch ein ereignisreiches Zeugnis für den edelsten Mätyrertod besiegelter Freiheitswillen edelster deutscher Jugend, von dem große Wirkungen auf die ganze Welt ausgegangen sind. Denn er gab Kunde davon, daß das eigentliche Deutschland noch da war. Und ähnliches kann man von dem 20. Juli sagen. Oder man lese die letzten Briefe von Helmut Mohrke und von Alfred Delp. Die sittliche Haltung aller dieser Männer und Frauen ist so beispielhaft, daß man unser Volk und unsere Jugend stärken mit ihr bekennen sollte. Gewiß gehören die Geschichten der damaligen Zeit der Vergangenheit an, und wir sollten sie als solche dem Urteil der Geschichte überlassen. Von dem Vorbild der Mätyrer dieser Zeit können aber wirkende Kräfte auf die Gegenwart und insbesondere auf die Jugend ausgehen, wenn wir die Motive ihrer Opfer erkennen. Es gibt auch manches, das wir auch jetzt noch aus ihrer Arbeit lernen können. Ich denke zum Beispiel an die Methode unserer politischen Arbeit.

Kriegsausbruch erschwerte die Opposition

Solange der Mensch sich selbst problematisch bleibt, wird es diese Gefahr nicht überwinden. Wir brauchen eine neue Erkenntnis des Menschen von sich selbst, aus der heraus er den Glauben wiedergewinnt, daß er den Unmensen in sich selbst überwinden kann und dazu berufen ist, an der Ordnung der menschlichen Lebensverhältnisse verantwortlich mitzuwirken. Die Frage Sklaverei oder Freiheit, Totalitarismus oder Demokratie wird durch den Einsatz des einzelnen Menschen entschieden, auf den alle öffentlichen Einrichtungen bezogen werden müssen.

Die innere Einstellung zum Menschen ist daher das primäre Kriterium auch für die Politik. Die Weimarer Staatsführung hat dieses, günstigstenfalls theoretisch erkannt, aber keine praktischen Folgerungen daraus gezogen. Sie hat daher dazu beigetragen, daß der Anbruch des Dritten Reiches das deutsche Volk in einem Zustand innerer Hilflosigkeit antrat.

Wir können aber auch in anderen Völkern ähnliche Verhältnisse vorfinden. Die gesellschafts-politische Struktur in der Tschechoslowakei z. B. ähnelt in mancher Hinsicht den geschilderten deutschen Verhältnissen und war mit einer Ursache dafür, daß die bolschewistische Revolution dort auf keinen Widerstand stieß. Man wird sogar sagen können, daß der anthropologische Kern der politischen Problematik auch bei den Westmächten erst jetzt allmählich deutlich wird.

Wenn ich daher nun zu der Situation des Jahres 1933 zurückkehre, so wird man sagen müssen, daß die Aussichten für einen Widerstand gegen den Nationalsozialismus kaum günstiger gewesen sein könnten. Zwar begannen sehr bald Gespräche zwischen Menschen, die die Gefahr der Lagen sahen. Ihre Befürchtungen gingen nicht von persönlichen Interessen oder politischen Ressentiments aus, sondern waren von der echten Sorge erfüllt, daß die Gewalttätigkeiten Hitlers zu einer Vernichtung jeder menschlichen Freiheit und einer Zerstörung der für ein volkstümliches Zusammenleben erforderlichen Vertrauensbasis führen

Die Weimarer Staatsführung hat dieses, günstigstenfalls theoretisch erkannt, aber keine praktischen Folgerungen daraus gezogen. Sie hat daher dazu beigetragen, daß der Anbruch des Dritten Reiches das deutsche Volk in einem Zustand innerer Hilflosigkeit antrat.

Wir können aber auch in anderen Völkern ähnliche Verhältnisse vorfinden. Die gesellschafts-politische Struktur in der Tschechoslowakei z. B. ähnelt in mancher Hinsicht den geschilderten deutschen Verhältnissen und war mit einer Ursache dafür, daß die bolschewistische Revolution dort auf keinen Widerstand stieß. Man wird sogar sagen können, daß der anthropologische Kern der politischen Problematik auch bei den Westmächten erst jetzt allmählich deutlich wird.

Wenn ich daher nun zu der Situation des Jahres 1933 zurückkehre, so wird man sagen müssen, daß die Aussichten für einen Widerstand gegen den Nationalsozialismus kaum günstiger gewesen sein könnten. Zwar begannen sehr bald Gespräche zwischen Menschen, die die Gefahr der Lagen sahen. Ihre Befürchtungen gingen nicht von persönlichen Interessen oder politischen Ressentiments aus, sondern waren von der echten Sorge erfüllt, daß die Gewalttätigkeiten Hitlers zu einer Vernichtung jeder menschlichen Freiheit und einer Zerstörung der für ein volkstümliches Zusammenleben erforderlichen Vertrauensbasis führen

Die Weimarer Staatsführung hat dieses, günstigstenfalls theoretisch erkannt, aber keine praktischen Folgerungen daraus gezogen. Sie hat daher dazu beigetragen, daß der Anbruch des Dritten Reiches das deutsche Volk in einem Zustand innerer Hilflosigkeit antrat.

Wir können aber auch in anderen Völkern ähnliche Verhältnisse vorfinden. Die gesellschafts-politische Struktur in der Tschechoslowakei z. B. ähnelt in mancher Hinsicht den geschilderten deutschen Verhältnissen und war mit einer Ursache dafür, daß die bolschewistische Revolution dort auf keinen Widerstand stieß. Man wird sogar sagen können, daß der anthropologische Kern der politischen Problematik auch bei den Westmächten erst jetzt allmählich deutlich wird.

Wenn ich daher nun zu der Situation des Jahres 1933 zurückkehre, so wird man sagen müssen, daß die Aussichten für einen Widerstand gegen den Nationalsozialismus kaum günstiger gewesen sein könnten. Zwar begannen sehr bald Gespräche zwischen Menschen, die die Gefahr der Lagen sahen. Ihre Befürchtungen gingen nicht von persönlichen Interessen oder politischen Ressentiments aus, sondern waren von der echten Sorge erfüllt, daß die Gewalttätigkeiten Hitlers zu einer Vernichtung jeder menschlichen Freiheit und einer Zerstörung der für ein volkstümliches Zusammenleben erforderlichen Vertrauensbasis führen

Die Weimarer Staatsführung hat dieses, günstigstenfalls theoretisch erkannt, aber keine praktischen Folgerungen daraus gezogen. Sie hat daher dazu beigetragen, daß der Anbruch des Dritten Reiches das deutsche Volk in einem Zustand innerer Hilflosigkeit antrat.

Wir können aber auch in anderen Völkern ähnliche Verhältnisse vorfinden. Die gesellschafts-politische Struktur in der Tschechoslowakei z. B. ähnelt in mancher Hinsicht den geschilderten deutschen Verhältnissen und war mit einer Ursache dafür, daß die bolschewistische Revolution dort auf keinen Widerstand stieß. Man wird sogar sagen können, daß der anthropologische Kern der politischen Problematik auch bei den Westmächten erst jetzt allmählich deutlich wird.

Wenn ich daher nun zu der Situation des Jahres 1933 zurückkehre, so wird man sagen müssen, daß die Aussichten für einen Widerstand gegen den Nationalsozialismus kaum günstiger gewesen sein könnten. Zwar begannen sehr bald Gespräche zwischen Menschen, die die Gefahr der Lagen sahen. Ihre Befürchtungen gingen nicht von persönlichen Interessen oder politischen Ressentiments aus, sondern waren von der echten Sorge erfüllt, daß die Gewalttätigkeiten Hitlers zu einer Vernichtung jeder menschlichen Freiheit und einer Zerstörung der für ein volkstümliches Zusammenleben erforderlichen Vertrauensbasis führen

Die Weimarer Staatsführung hat dieses, günstigstenfalls theoretisch erkannt, aber keine praktischen Folgerungen daraus gezogen. Sie hat daher dazu beigetragen, daß der Anbruch des Dritten Reiches das deutsche Volk in einem Zustand innerer Hilflosigkeit antrat.

Wir können aber auch in anderen Völkern ähnliche Verhältnisse vorfinden. Die gesellschafts-politische Struktur in der Tschechoslowakei z. B. ähnelt in mancher Hinsicht den geschilderten deutschen Verhältnissen und war mit einer Ursache dafür, daß die bolschewistische Revolution dort auf keinen Widerstand stieß. Man wird sogar sagen können, daß der anthropologische Kern der politischen Problematik auch bei den Westmächten erst jetzt allmählich deutlich wird.

Wenn ich daher nun zu der Situation des Jahres 1933 zurückkehre, so wird man sagen müssen, daß die Aussichten für einen Widerstand gegen den Nationalsozialismus kaum günstiger gewesen sein könnten. Zwar begannen sehr bald Gespräche zwischen Menschen, die die Gefahr der Lagen sahen. Ihre Befürchtungen gingen nicht von persönlichen Interessen oder politischen Ressentiments aus, sondern waren von der echten Sorge erfüllt, daß die Gewalttätigkeiten Hitlers zu einer Vernichtung jeder menschlichen Freiheit und einer Zerstörung der für ein volkstümliches Zusammenleben erforderlichen Vertrauensbasis führen

Die Gefahr der Ideologien

Wir sind nicht vom Ideologischen ausgegangen, sondern haben versucht, für die vorliegenden konkreten Aufgaben einen Ausgleich der Meinungen herbeizuführen. Jeder billigte dem anderen den besten Willen zu und nahm dessen Anliegen ernst. So haben sich Christen, Nichtchristen, Konservative, Liberale und Sozialisten zusammengefunden. Das Ergebnis war natürlich keine Lösung, die auf Vollkommenheit Anspruch erheben konnte, sondern ein Kompromiß.

Die weitere Entwicklung hat die Richtigkeit dieser politischen Arbeitsmethode bestätigt. Wir sehen jetzt noch deutlicher als damals, daß man die Wirklichkeit nicht verändern kann, wenn man das Handeln von abstrakten geistigen Prinzipien, Denksystemen oder utopischen Ideologien ableitet. Es kommt vielmehr ungekehrt darauf an, daß man zunächst die Wirklichkeit in ihrer Konkretheit erfährt, die bestimmenden Faktoren feststellt und auf ein bestimmtes Ziel hin sachlich ordnet.

Unsere jetzige Politik handelt aber noch nicht in dieser Weise. Die Parteien versuchen, theoretische Gesamtprogramme aufzustellen, die zum großen Teil noch aus Ideologien stammen. Sie leben in Teilperspektiven und Gruppengedankensystemen, die alle im Kern wohl ein berechtigtes Teilanliegen haben. Indem aber jede dieser Gruppen die alleinige Wahrheit für sich beansprucht, vergeht sie die Wirklichkeit und wird einseitig und intolerant.

Auch der anthropologische Kern der politischen Probleme war uns weitgehend klar geworden. In den Kreisauer Grundsätzen für die Neuordnung vom 9. 8. 1943 hieß es: „Der Ausgangspunkt für die Neuordnung liegt in der verpflichtenden Bestimmung des Menschen über die göttliche Ordnung, die sein inneres und äußeres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern zu machen, kann die Zerstörung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden.“ Die Ordnung ist also von einer Umbenennung der Menschen abhängig.

Und hier möchte ich wieder den Bogen zu meinen früheren Ausführungen schlagen. Ich habe versucht, in gemeinsamem Denken mit Ihnen die Frage nach dem Standort zu beantworten, von dem aus eine bewertende Stellungnahme zu der Haltung der verschiedenen Widerstandsgruppen möglich ist. Mir scheint das entscheidende Kriterium in der Haltung des Staates zur Freiheit seiner Bürger zu liegen. Ein Staat, der diese Freiheit antastet, hat sein Daseinsrecht verliert und muß bekämpft werden. Mag über die Männer und Frauen des 20. Juli und die deutsche Opposition einmal die Geschichte urteilen. In einem werden wir uns immer ein Vorbild sein können, nämlich in ihrer Einstellung zur Freiheit und in ihrer persönlichen Haltung zueinander.“

Die Gefahr der Ideologien

Wir sind nicht vom Ideologischen ausgegangen, sondern haben versucht, für die vorliegenden konkreten Aufgaben einen Ausgleich der Meinungen herbeizuführen. Jeder billigte dem anderen den besten Willen zu und nahm dessen Anliegen ernst. So haben sich Christen, Nichtchristen, Konservative, Liberale und Sozialisten zusammengefunden. Das Ergebnis war natürlich keine Lösung, die auf Vollkommenheit Anspruch erheben konnte, sondern ein Kompromiß.

Die weitere Entwicklung hat die Richtigkeit dieser politischen Arbeitsmethode bestätigt. Wir sehen jetzt noch deutlicher als damals, daß man die Wirklichkeit nicht verändern kann, wenn man das Handeln von abstrakten geistigen Prinzipien, Denksystemen oder utopischen Ideologien ableitet. Es kommt vielmehr ungekehrt darauf an, daß man zunächst die Wirklichkeit in ihrer Konkretheit erfährt, die bestimmenden Faktoren feststellt und auf ein bestimmtes Ziel hin sachlich ordnet.

Unsere jetzige Politik handelt aber noch nicht in dieser Weise. Die Parteien versuchen, theoretische Gesamtprogramme aufzustellen, die zum großen Teil noch aus Ideologien stammen. Sie leben in Teilperspektiven und Gruppengedankensystemen, die alle im Kern wohl ein berechtigtes Teilanliegen haben. Indem aber jede dieser Gruppen die alleinige Wahrheit für sich beansprucht, vergeht sie die Wirklichkeit und wird einseitig und intolerant.

Auch der anthropologische Kern der politischen Probleme war uns weitgehend klar geworden. In den Kreisauer Grundsätzen für die Neuordnung vom 9. 8. 1943 hieß es: „Der Ausgangspunkt für die Neuordnung liegt in der verpflichtenden Bestimmung des Menschen über die göttliche Ordnung, die sein inneres und äußeres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern zu machen, kann die Zerstörung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden.“ Die Ordnung ist also von einer Umbenennung der Menschen abhängig.

Und hier möchte ich wieder den Bogen zu meinen früheren Ausführungen schlagen. Ich habe versucht, in gemeinsamem Denken mit Ihnen die Frage nach dem Standort zu beantworten, von dem aus eine bewertende Stellungnahme zu der Haltung der verschiedenen Widerstandsgruppen möglich ist. Mir scheint das entscheidende Kriterium in der Haltung des Staates zur Freiheit seiner Bürger zu liegen. Ein Staat, der diese Freiheit antastet, hat sein Daseinsrecht verliert und muß bekämpft werden. Mag über die Männer und Frauen des 20. Juli und die deutsche Opposition einmal die Geschichte urteilen. In einem werden wir uns immer ein Vorbild sein können, nämlich in ihrer Einstellung zur Freiheit und in ihrer persönlichen Haltung zueinander.“

Die Gefahr der Ideologien

Wir sind nicht vom Ideologischen ausgegangen, sondern haben versucht, für die vorliegenden konkreten Aufgaben einen Ausgleich der Meinungen herbeizuführen. Jeder billigte dem anderen den besten Willen zu und nahm dessen Anliegen ernst. So haben sich Christen, Nichtchristen, Konservative, Liberale und Sozialisten zusammengefunden. Das Ergebnis war natürlich keine Lösung, die auf Vollkommenheit Anspruch erheben konnte, sondern ein Kompromiß.

Die weitere Entwicklung hat die Richtigkeit dieser politischen Arbeitsmethode bestätigt. Wir sehen jetzt noch deutlicher als damals, daß man die Wirklichkeit nicht verändern kann, wenn man das Handeln von abstrakten geistigen Prinzipien, Denksystemen oder utopischen Ideologien ableitet. Es kommt vielmehr ungekehrt darauf an, daß man zunächst die Wirklichkeit in ihrer Konkretheit erfährt, die bestimmenden Faktoren feststellt und auf ein bestimmtes Ziel hin sachlich ordnet.

Unsere jetzige Politik handelt aber noch nicht in dieser Weise. Die Parteien versuchen, theoretische Gesamtprogramme aufzustellen, die zum großen Teil noch aus Ideologien stammen. Sie leben in Teilperspektiven und Gruppengedankensystemen, die alle im Kern wohl ein berechtigtes Teilanliegen haben. Indem aber jede dieser Gruppen die alleinige Wahrheit für sich beansprucht, vergeht sie die Wirklichkeit und wird einseitig und intolerant.

Auch der anthropologische Kern der politischen Probleme war uns weitgehend klar geworden. In den Kreisauer Grundsätzen für die Neuordnung vom 9. 8. 1943 hieß es: „Der Ausgangspunkt für die Neuordnung liegt in der verpflichtenden Bestimmung des Menschen über die göttliche Ordnung, die sein inneres und äußeres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern zu machen, kann die Zerstörung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden.“ Die Ordnung ist also von einer Umbenennung der Menschen abhängig.

Und hier möchte ich wieder den Bogen zu meinen früheren Ausführungen schlagen. Ich habe versucht, in gemeinsamem Denken mit Ihnen die Frage nach dem Standort zu beantworten, von dem aus eine bewertende Stellungnahme zu der Haltung der verschiedenen Widerstandsgruppen möglich ist. Mir scheint das entscheidende Kriterium in der Haltung des Staates zur Freiheit seiner Bürger zu liegen. Ein Staat, der diese Freiheit antastet, hat sein Daseinsrecht verliert und muß bekämpft werden. Mag über die Männer und Frauen des 20. Juli und die deutsche Opposition einmal die Geschichte urteilen. In einem werden wir uns immer ein Vorbild sein können, nämlich in ihrer Einstellung zur Freiheit und in ihrer persönlichen Haltung zueinander.“

Die Gefahr der Ideologien

Wir sind nicht vom Ideologischen ausgegangen, sondern haben versucht, für die vorliegenden konkreten Aufgaben einen Ausgleich der Meinungen herbeizuführen. Jeder billigte dem anderen den besten Willen zu und nahm dessen Anliegen ernst. So haben sich Christen, Nichtchristen, Konservative, Liberale und Sozialisten zusammengefunden. Das Ergebnis war natürlich keine Lösung, die auf Vollkommenheit Anspruch erheben konnte, sondern ein Kompromiß.

Die weitere Entwicklung hat die Richtigkeit dieser politischen Arbeitsmethode bestätigt. Wir sehen jetzt noch deutlicher als damals, daß man die Wirklichkeit nicht verändern kann, wenn man das Handeln von abstrakten geistigen Prinzipien, Denksystemen oder utopischen Ideologien ableitet. Es kommt vielmehr ungekehrt darauf an, daß man zunächst die Wirklichkeit in ihrer Konkretheit erfährt, die bestimmenden Faktoren feststellt und auf ein bestimmtes Ziel hin sachlich ordnet.

Unsere jetzige Politik handelt aber noch nicht in dieser Weise. Die Parteien versuchen, theoretische Gesamtprogramme aufzustellen, die zum großen Teil noch aus Ideologien stammen. Sie leben in Teilperspektiven und Gruppengedankensystemen, die alle im Kern wohl ein berechtigtes Teilanliegen haben. Indem aber jede dieser Gruppen die alleinige Wahrheit für sich beansprucht, vergeht sie die Wirklichkeit und wird einseitig und intolerant.

Auch der anthropologische Kern der politischen Probleme war uns weitgehend klar geworden. In den Kreisauer Grundsätzen für die Neuordnung vom 9. 8. 1943 hieß es: „Der Ausgangspunkt für die Neuordnung liegt in der verpflichtenden Bestimmung des Menschen über die göttliche Ordnung, die sein inneres und äußeres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern zu machen, kann die Zerstörung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden.“ Die Ordnung ist also von einer Umbenennung der Menschen abhängig.

Und hier möchte ich wieder den Bogen zu meinen früheren Ausführungen schlagen. Ich habe versucht, in gemeinsamem Denken mit Ihnen die Frage nach dem Standort zu beantworten, von dem aus eine bewertende Stellungnahme zu der Haltung der verschiedenen Widerstandsgruppen möglich ist. Mir scheint das entscheidende Kriterium in der Haltung des Staates zur Freiheit seiner Bürger zu liegen. Ein Staat, der diese Freiheit antastet, hat sein Daseinsrecht verliert und muß bekämpft werden. Mag über die Männer und Frauen des 20. Juli und die deutsche Opposition einmal die Geschichte urteilen. In einem werden wir uns immer ein Vorbild sein können, nämlich in ihrer Einstellung zur Freiheit und in ihrer persönlichen Haltung zueinander.“

Die Gefahr der Ideologien

Wir sind nicht vom Ideologischen ausgegangen, sondern haben versucht, für die vorliegenden konkreten Aufgaben einen Ausgleich der Meinungen herbeizuführen. Jeder billigte dem anderen den besten Willen zu und nahm dessen Anliegen ernst. So haben sich Christen, Nichtchristen, Konservative, Liberale und Sozialisten zusammengefunden. Das Ergebnis war natürlich keine Lösung, die auf Vollkommenheit Anspruch erheben konnte, sondern ein Kompromiß.

Die weitere Entwicklung hat die Richtigkeit dieser politischen Arbeitsmethode bestätigt. Wir sehen jetzt noch deutlicher als damals, daß man die Wirklichkeit nicht verändern kann, wenn man das Handeln von abstrakten geistigen Prinzipien, Denksystemen oder utopischen Ideologien ableitet. Es kommt vielmehr ungekehrt darauf an, daß man zunächst die Wirklichkeit in ihrer Konkretheit erfährt, die bestimmenden Faktoren feststellt und auf ein bestimmtes Ziel hin sachlich ordnet.

Unsere jetzige Politik handelt aber noch nicht in dieser Weise. Die Parteien versuchen, theoretische Gesamtprogramme aufzustellen, die zum großen Teil noch aus Ideologien stammen. Sie leben in Teilperspektiven und Gruppengedankensystemen, die alle im Kern wohl ein berechtigtes Teilanliegen haben. Indem aber jede dieser Gruppen die alleinige Wahrheit für sich beansprucht, vergeht sie die Wirklichkeit und wird einseitig und intolerant.

Auch der anthropologische Kern der politischen Probleme war uns weitgehend klar geworden. In den Kreisauer Grundsätzen für die Neuordnung vom 9. 8. 1943 hieß es: „Der Ausgangspunkt für die Neuordnung liegt in der verpflichtenden Bestimmung des Menschen über die göttliche Ordnung, die sein inneres und äußeres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern zu machen, kann die Zerstörung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden.“ Die Ordnung ist also von einer Umbenennung der Menschen abhängig.

Und hier möchte ich wieder den Bogen zu meinen früheren Ausführungen schlagen. Ich habe versucht, in gemeinsamem Denken mit Ihnen die Frage nach dem Standort zu beantworten, von dem aus eine bewertende Stellungnahme zu der Haltung der verschiedenen Widerstandsgruppen möglich ist. Mir scheint das entscheidende Kriterium in der Haltung des Staates zur Freiheit seiner Bürger zu liegen. Ein Staat, der diese Freiheit antastet, hat sein Daseinsrecht verliert und muß bekämpft werden. Mag über die Männer und Frauen des 20. Juli und die deutsche Opposition einmal die Geschichte urteilen. In einem werden wir uns immer ein Vorbild sein können, nämlich in ihrer Einstellung zur Freiheit und in ihrer persönlichen Haltung zueinander.“

DIE NEUE ZEITUNG

ersch. täglich im Gebiet der Deutschen Bundesrepublik u. in Berlin

7. JAHRGANG 24. Januar 1951 NUMMER 20

Redaktion und Vertrieb: Frankfurt am Main, Zell 100, G. H. Z. 100, Tel.: 34 47, 34 48, 34 49. Verlags: Publishing Corporation, 100 Madison Avenue, New York 17, N. Y. U. S. A. Herausgeber: Hans Wallenberg, Chefredakteur: Robert H. Lochner, Chef vom Dienst: Alfred Jacobson.



DIE NEUE ZEITUNG ist die amerikanische Zeitung in Deutschland. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen bezeichnet sind, stellen die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nicht verlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Briefen an die Redaktion wird das Einverständnis zur Veröfentlichung vorausgesetzt, wenn nicht der Einsender anderweitige Wünsche äußert.

Anzeigenverwaltung: Frankfurt/M., Zell 100, G. H. Z. 100, Tel.: 34 47, 34 48, 34 49. Postzeitung: Durch Träger DM 0,45, durch Post DM 0,55.

Rotchinas Ziel

Erinnert man sich daran, daß in den letzten Monaten des vergangenen Jahres alle Botschaften und Vorschläge der Ausschüsse und Kommissionen der Vereinten Nationen, die auf eine Feuerstellung oder einen Waffenstillstand in Korea hinarbeiteten, aus der rotchinesischen Hauptstadt zumeist überhaupt nicht erwidert wurden, so wundert man sich über die Schnelligkeit, mit der Peking dieses Mal Erläuterungen an seinen letzten Plänen übermittelt ließ.

Bei genauer Betrachtung dieser Erläuterungen erkennt man jedoch, daß der rotchinesische Standpunkt im wesentlichen der gleiche geblieben ist, daß wieder ausdrücklich für die Rückberufung der chinesischen „Freiwilligen“ eine Belohnung gefordert wird, nämlich die Aufnahme Rotchinas in die Vereinten Nationen und die Regelung aller Fernost-Probleme nach rotchinesischem Konzept. Dieser Standpunkt wird noch dadurch unterstrichen, daß zunächst ein „begrenzter“ Waffenstillstand geschlossen werden soll, das heißt aber, daß die rotchinesische Regierung nun verhandeln will, wenn sie den Verhandlungspartnern gleichzeitig das Messer auf die Brust setzen kann. In gewisser Hinsicht stellt das neue Angebot, das übrigens in völlig unveränderlicher Form übermittelt wurde — nicht zu Unrecht vergleicht es der Delegierte der Vereinten Nationen mit einer Postkarte —, sogar eine noch härtere Bedingung als das erste. Denn wenn sich Rotchina mit diesem „begrenzten“ Waffenstillstand vorbehaltlich, den Kampf gegen die Vereinten Nationen wiederaufzunehmen, so könnte es sich bei einem Scheitern der Verhandlungen schließlich darauf berufen, daß diese Drohung von vornherein bekannt gewesen sei und seiner weiteren Handlungsweise, der Gewaltanwendung, den Schein der Legalität verliehen.

Es war also alles andere als der aufrichtige Wunsch, den Frieden in Korea wiederherzustellen, der Peking zu einer prompten Reaktion veranlaßt hat; es war nicht der Wunsch, etwas grundlegend Neues zu sagen, sondern überhaupt etwas zu sagen, das auf den ersten Blick Hoffnungen erwecken und die Verurteilung Rotchinas als Aggressor verzögern kann. Das ist zunächst für achtundvierzig Stunden erreicht worden. Aber noch ein anderer Umstand läßt erraten, warum die lange Leitung, die von den Vereinten Nationen bisher nach Rotchina führte, plötzlich um so viel kürzer geworden ist. Die Diskussion um Korea ist nur ein Teil der größeren Auseinandersetzung um die kommunistische Expansionspolitik überhaupt.

Vor wenigen Tagen hat Moskau an Großbritannien und Frankreich neue Noten zu der Frage einer von den Sowjets fälschlich behaupteten Aufstellung einer deutschen Streitmacht gerichtet. Diese Noten sind von den gleichen Elementen gekennzeichnet, die sich auch in der letzten rotchinesischen „Postkarte“ erkennen lassen. Es ist die gleiche Mischung von verhaltenen Drohung und Beteuerung der eigenen Friedfertigkeit, einer Friedfertigkeit, die durch keine Taten bewiesen wird.

Das Echo in London und Paris war dementsprechend. Am Quai d'Orsay wurde festgestellt, daß die letzte Sowjetnote „absolut nichts Neues enthalte“, und ein britischer Sprecher meinte, diese Art des Notenwechsels erinnere „an ein kindliches Spiel, in dem ein Kind immerfort „ja“ und ein anderes „nein“ rufe. Auch die westeuropäische Presse zeigte wenig Neigung, sich im einzelnen mit den längst bekannten Anklagen auseinanderzusetzen.

Die Tatsache, daß die Noten der Westmächte über die Frage der Vierer-Konferenz nahe vorstehen und die Anwesenheit General Dwight D. Eisenhowers in Europa, bestimmten den Zeitpunkt der Sowjetnoten an England und Frankreich. Die Sowjets versuchen unermüdlich, den kollektiven Verteidigungswillen des Westens zu schwächen. Die einmütige Ablehnung dieses neuen Versuchs in Paris und London bedeutet eine weitere Konsolidierung der atlantischen Gemeinschaft — eine Reaktion, die Moskau gewiß nicht erwartet hatte.

Darauf hinzuweisen erscheint angesichts der Tatsache besonders notwendig, daß, wie die heutigen Nachrichten zeigen, Meinungsverschiedenheiten darüber deutlich wurden, ob die Peking-Erläuterung überhaupt in Erwägung gezogen und die Verurteilung Rotchinas weiter verzögert werden kann. Auch die chinesische Postkarte, die aus dem Spiel der kommunistischen Politik gezogen wurde, will den höchsten Trumpf spielen und die Einigkeit der freien Welt erschüttern. Aber es kann auch über die entscheidende Frage des Fernen Ostens kein Mißverständnis in der freien Welt geben: ob Rotchina seine halben und mit zahlreichen Vorbehalten versehenen Versprechen erfüllt, oder ob es seine ganzen Drohungen wahrmacht, in jedem Fall wird darauf eine gemeinsame Antwort gefunden werden müssen, so schwer dies auch zuweilen erscheinen mag.

Die Einwanderung — ein Hauptziel Israels

Alle jüdischen Neuankömmlinge müssen durch das „Tor des Einzugs“ bei Haifa gehen

Von Sonia Tomara

Wir setzen heute die Artikelserie von Sonia Tomara, der bekannten Korrespondentin der „New York Herald Tribune“ über das Land Israel fort, die die „Neue Zeitung“ als einziges Blatt in Deutschland zur Veröffentlichung bringt. In ihrem Bericht aus Haifa schildert Sonia Tomara, wie jüdische Einwanderer aus den verschiedensten Ländern der Welt zu Bürgern von Israel werden.

Haifa, im Januar. — Als ich David Ben-Gurion, den weißhaarigen aber quicklebendigen Ministerpräsidenten von Israel fragte, welches seiner Ansicht nach die Hauptprobleme seien, die seine Regierung zu bewältigen habe, entgegnete er ohne Zögern: „Die Sicherheit des Staates und die Einwanderung.“ Und wenn man zum ersten Male den Boden des Staates Israel betritt, springt einem in der Tat sofort in die Augen, eine ungeheure Aufgabe der stetige Strom von Einwanderern aus allen Ländern der Welt der Regierung dieses Landes stellen muß. Wenn man dann das kleine, unaussprechlich schöne und vom Stempel der biblischen Ereignisse für immer geprägte Land bereist, so tritt die Größe des Problems mit jedem Schritt stärker hervor. Diejenigen, die es unternommen haben, die zerstreuten Kinder dieses Volkes hier zu versammeln, müssen von einer geradezu visionären Schau und vom Mut der Makkabäer getragen worden sein.

Die Aufnahme der Einwanderer beginnt im Lager Shaar Aljiah, was „Tor des Einzugs“ heißt. In diesem Lager, das nur wenige Kilometer vom Hafen von Haifa entfernt liegt, werden alle neu ankommenden Juden registriert und ärztlich untersucht. Sie bleiben in diesem Lager, das aus Zelten und Baracken besteht, normalerweise nur vier bis sechs Tage, falls nicht die weiteren Durchgangslager überfüllt sind. Die Höchstbelegung beträgt etwa 5000 Personen. In Shaar Aljiah wird die Aufgabe, aus Angehörigen verschiedener Länder und, möchte ich noch hinzufügen, gewissermaßen verschiedener Jahrhunderte, ein Volk zu schmieden, sofort deutlich. Die Lagerlisten des Monats August weisen nach, daß in diesen vier Wochen Einwanderer aus 32 Ländern, darunter Afghanistan, Singapur, Venezuela und Hongkong und selbstverständlich aus praktisch allen Ländern Europas, mit Ausnahme der Sowjetunion, eingetroffen sind.

Gewiß, dieses Tor der Einwanderung bietet wenig Annehmlichkeiten, aber schließlich ist ja die ganze Straße, die die „Heimkehrer“ in der alten Heimat nun zu beschreiten haben, steinig. Auf lange Zeit hinaus wird Israel seinen Kindern weder Ruhe noch Luxus bieten können. Sie werden aus der Erinnerung zu den Propheten Hagga Kraft schöpfen müssen, der nach alttestamentarischer Ueberlieferung unter Darius 520 v. Chr. den Antriebe zum Wiederaufbau des Tempels von Jerusalem gab.

Das Lager befindet sich in den Vorbergen des Karmel, auf dem Elias den Herrn anrief, er möge Feuer für seinen Altar herabsenden. Der schmale Küstenstreifen am Fuß der Berge senkt sich zum Mittelmeer hinab. Die Einwanderer werden durch ein bewachtes Tor auf ein mit Stacheldraht umgebenes Gelände geführt, das sie erst wieder verlassen dürfen, wenn ihre Papiere geprüft und ihr Gesundheitszustand festgestellt worden ist. Dabei werden sie aber gut behandelt und erhalten ein ausreichendes Essen; es handelt sich also lediglich um eine notwendige Durchgangsstation, die für die Organisation der Besiedlung unerlässlich ist.

Rumänien verlangt Lösegeld

Max Ansel, der stellvertretende Lagerleiter, führt uns durch die Zeltreihen und spielt gelegentlich den Dolmetscher. Der gebürtige Alexander lebte in Frankreich, wo ihn die Deutschen festnahmen und für zwei Jahre nach Buchenwald schickten. Er führte mich zu einer erst kürzlich eingetroffenen Gruppe rumänischer Juden, von denen die meisten deutsch sprechen. Sie waren am Tage zuvor von 1200 Personen eingetroffen, mit einem Transport von 1200 Personen eingetroffen. Wie sie sagten, ist es nicht einfach, das kommunistische Rumänien zu verlassen. Nur Juden erhalten überhaupt eine Ausreise-

genehmigung, und auch sie dürfen erst dann gehen, wenn das Joint Distribution Committee über die israelische Botschaft in Bukarest eine Art von Lösegeld in Höhe von 45 Dollar pro Person eingezahlt hat. So dient die jüdische Auswanderung zum Ausgleich der rumänischen Währungsflaute. Die zur Erlangung der Ausreisegenehmigung zu erfüllenden Formalitäten nehmen Monate in Anspruch, und die Auswanderer müssen ihren ganzen Besitz zurücklassen. Sie dürfen lediglich persönliches Hab und Gut in einem Gesamtgewicht von 120 Pfund mitnehmen.

Die rumänischen Juden, die ich in den verschiedenen Stadien ihrer Eingliederung in die neue Heimat erlebt habe, haben auf mich den Eindruck guter Siedler gemacht. Sie haben während des Krieges und auch später harte Zeiten mitgemacht. Sie hassen den Kommunismus und haben keine Scheu vor ihrem kommunistischen Heimatland, obwohl sie in Israel „schwarze Arbeit“ wie sie die Handarbeit auf deutsch nennen, leisten müssen, während sie zumeist Ladeninhaber in den kleinen rumänischen Städten waren. Jetzt müssen sie also Steine brechen, Bäume setzen, Bewässerungsgräben ausheben oder aus den Aedern Steine lesen. Ich habe aber keinen getroffen, der sich über sein Los beklagt hätte.

In anderen Zeiten des Lagers stieß ich auf irakische Juden, die per Flugzeug aus Mesopotamien hergekommen waren. Der Transport war für die „Jewish Agency“ einigmaßen kostspielig, da zwischen dem Irak und Israel keine direkte Flugverbindung besteht, so daß die Einwanderer zunächst nach Cypern und von dort nach Lydda in Israel geflogen werden mußten. Auch sie bringen nur wenig mit sich, da sie ihren ganzen Besitz zu niedrigen Sätzen verkaufen müssen, sobald sie sich zur Auswanderung gemeldet haben. Trotzdem liegen 7000 Anträge vor. Viele dieser jüdischen Familien leben schon seit Jahrhunderten in Mesopotamien, und die Eingewöhnung wird für sie nicht leicht sein. Sie unterscheiden sich schon im Äußeren von europäischen oder amerikanischen Juden, genau so wie jeder andere Orientale von einem Abendländer.

Aus Turkestan nach Israel

Noch merkwürdiger wirken die Ankömmlinge aus Turkestan in ihrer zigeunerhaften Aufmachung. Sie sind seit einigen Wochen aus der fernen Nordwestecke Persiens ins Land im. Mr. Ansel erklärt, daß sie eine Sprache sprechen, die kein Mensch versteht. Die meisten Errungenschaften der Zivilisation sind ihnen unbekannt. Aber auch sie haben davon gehört, daß das Tor Israels für sie offensteht, und so sind sie nach Teheran hinuntergezogen, von wo auch sie nach Israel gebracht werden.

Das zweite Stadium, das die Einwanderer auf dem Weg zur endlichen Mitbürgerschaft zu durchlaufen haben, ist das Durchgangslager, wie etwa dasjenige von Beth-Lid bei Petach-Tikwah in der Ebene Scharon. Die Verhältnisse sind hier nicht viel besser als in Shaar Aljiah: wiederum um Reichen von Leinwandbaracken mit Holzfahnen oder Hütten aus Wellblech. Größere Gebäude dienen als Schlafräume. Die Lagerinsassen können das Lager zur Arbeit verlassen, sie kaufen ihre Lebensmittel in Gemeinschaftsläden und bereiten ihre Mahlzeiten in ihrer Baracke auf Petroleumöfen zu. Ich sprach italienisch mit den Einwanderern aus Tripolis, französisch mit denen aus Algier, russisch mit den Neuankömmlingen aus Polen und deutsch mit den Juden aus Mitteleuropa. Auch eine ältere Dame aus Shanghai war da. Sie hieß Sarah Weingarten und sprach ausgezeichnet englisch. Frau Weingarten war in Rußland geboren, aber in Konstantinopel aufgewachsen. Die beste Zeit ihres Lebens hatte sie mit ihrem Gatten in China verbracht. Dann starb ihr Gatte, und es kam die Zeit der Besetzung Shanghais durch die Japaner. Alle Juden kamen in ein Ghetto. Sie war jetzt über 70 und stand allein in der Welt, wenn man eine Tochter nicht rechnen, die in San Francisco lebt und ebenfalls nicht willens war, die Mutter zu sich zu nehmen. Ein sogenannter „Häufel“, eine Arbeitslose und Arbeitsfähige, die dem Staat zur Last fallen muß. Aber ihr Geist war ungebrochen.

Pressestimmen

(Deutsche Kommentare zum Besuch General Eisenhowers in Frankfurt)

Süddeutsche Zeitung

(unabhängig, 23. 1.)

„Deutschland hat die Kraft verloren, sein Schicksal zu bestimmen. Es kann sich nur noch der einen oder der anderen Partei anschließen. Schon Bismarck hat es schwer gefunden, dem immerhin mächtvollen Reich Bewegungsfreiheit zwischen den Großmächten zu sichern. Seine Nachfolger haben die Voraussetzungen dazu verspielt. Es sind nicht die Dummheiten und es sind nicht von ehrlichem Verantwortungsgefühl für Deutschland besessene Männer, die da glauben, es bedürfte heute noch zwischen Mächten, die den Globus umspannen, für uns Spielraum zu Eigenbewegungen, etwa zu Neutralität oder gar zu Ausgleich unter den Giganten. Aber sie denken in den Maßstäben ihrer Großväter.“

Das hat uns Eisenhower, der General, taktvoller gesagt als mancher westliche Diplomat.“

Badische Zeitung

(unabhängig, 23. 1.)

„Aus allen seinen sparsamen Worten klingt das Bestreben, nicht in alten Vorstellungen stecken-zubleiben. Man spürt es auch wieder hier: Die Jahre des deutschen Zusammenbruchs sind zu Ende. Heute liegt es an allen, und nicht nur an den Generälen und den Alliierten, die in und nach dem Kriege begangenen Fehler zu korrigieren und jene vorurteillose Geradsicht zu lassen, von der Bundespräsident Heuss bei seinem Amtsantritt gesagt hatte, sie erhöhe ein Volk.“

DEUTSCHE ZEITUNG

(unabhängig, 24. 1.)

„Im Ausland haben manche gemeint, die Debatte des Bundestages über die Besatzungskosten sei eine unfreundliche Begleitmusik zur Visite Eisenhowers in Frankfurt gewesen. Wir können das nicht finden. Zumal wenn es so notwendig ist, alle Kräfte für den gemeinsamen Schutz gemeinsamer Werte zusammenzufassen, muß Verwahrung Verschwendung genannt werden. Damit und mit der notwendigen Abstellung der Mängel ist dem General Eisenhower und seiner Aufgabe, letzten Endes mehr gedient als mit einer Bemühung, so zu tun, als sei mit dem Besatzungsregime in Deutschland alles schon zum Besten bestellt.“

Darmstädter Echo

(unabhängig, 23. 1.)

„Zum ersten Male wieder seit 1945 weil General Eisenhower auf deutschem Boden, nachdem er damals jenen Feldzug leitete, der Hitler's Reich in die Knie zwang. Das deutsche Volk und die führenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik können ihn nur als den entschlossenen und kompromisslosen General. Seinen Feinden gegenüber ist General Ike — wie er unter seinen Freunden in kameradschaftlichem Ton genannt

sie klagte nicht und war bereit zu arbeiten, wenn sich Arbeit für sie finden sollte.“

Frau Weingarten war tapferer als die jungen Siedler aus Französisch-Nordafrika, mit denen ich auf der Straße ins Gespräch kam, die von Jerusalem zur Küste führt. Sie befanden sich im dritten Stadium des Heimischwerdens und wohnten in den Wellblechbaracken eines Arbeitslagers. Die Regierung wie auch die „Jewish Agency“ sind bestrebt, die Einwanderer so bald wie möglich aus den Durchgangslagern herauszunehmen und sie über das Land zu verteilen, wo sie im Straßenbau bei der Terrassierung abschüssigen Geländes und in der Baumkultur beschäftigt werden können. Die Nordafrikaner leisten Schwerarbeit und erhalten täglich 6/4 Dollar, aber einige von ihnen arbeiten nur drei Tage in der Woche. Sie beklagten sich bitter über die Lebensverhältnisse und erklärten, sie wären unter diesen Umständen niemals herübergekommen und das Leben in Algerien und Marokko sei viel besser gewesen. Aber es gab kein Zurück mehr.

Siedler aus dem Jemen

Sobald man sich vor die großen Städte hinausbeugt, entdeckt man, daß das ganze Land mit winzigen, weißen, rötgedeckten Häusern übersät ist, die den Eindruck dieser prächtvollen Landschaft oft stören. Die Häuser sind im Rahmen eines Planes entstanden, dessen Summe ist, die Einwanderer so rasch wie möglich aus Zelten und Baracken zu befreien und sie dauernd auf dem Lande ansässig zu machen. Wir haben einige dieser Siedlungen besichtigt, von denen die Gründer hoffen, daß sich in ihnen eines Tages dauernde Gemeinschaften bilden. Am interessantesten war eine Siedlung jemenitischer

Juden, die auf dem „Zauberteppich“ des Flugzeugs aus jedem alten Lande der Königin von Saba herübergekommen waren.

Das Dorf, das wir besichtigten, lag auf einer kahlen Anhöhe an der Straße, die von der Küstenebene ins Tal von Eszraon führt. Es war neu angelegt und trug den Namen Eljakim. Hier lebten unter 74 anderen jemenitischen Familien Monsur Jusser mit seiner Frau und drei Kindern. Sie waren ein Jahr zuvor aus dem Jemen eingetroffen. Es heißt, daß die jemenitischen Juden diesen Teil Arabiens seit der Eroberung Israels durch die Babylonier, das heißt also seit zweieinhalb Jahrtausenden, bewohnen. Jusser hat einen kleinen Getreidehandel gehabt; aber seit dem Krieg zwischen den Arabern und Juden in Palästina war das Leben im Jemen untragbar geworden. Er arbeitet nun wie alle Bewohner von Eljakim daran, die Berge von Steinen zu befreien. Später sollen hier Oliven, Feigen und Trauben gepflanzt werden. Bis sie sich selbst durch den Ertrag ihrer Arbeit erhalten können, bezahlt man ihnen einen Lohn von vier Dollar täglich bei achtstündiger Arbeit in sechs-tägiger Arbeitswoche. Für fünf Personen reicht das kaum hin, meinte Jusser, aber dafür gibt es in der Siedlung zivilisatorische Einrichtungen, die er im Jemen niemals zu sehen bekommen hatte. Zum Beispiel ein Krankenhaus, einen Kindergarten, eine Schule, einen Lehrer und einen Rabbi. Eine Aerztin kommt zweimal in der Woche nach Eljakim. Ein Genossenschaftsladen liefert die notwendigen Lebensmittel, jedoch muß man das Wasser von der nahegelegenen Kollektivfarm holen. (Wird fortgesetzt)

(Copyright by New York Herald Tribune and „Die Neue Zeitung“)

Briefe an die Redaktion

Das Kind

zwischen den Eltern

Zu dem Aufsatz „Das Kind im Käfig der Paragraphen“ von Dr. v. Szanzoni in Nr. 8 Ihrer Zeitung möchte ich folgendes sagen: Der Aufsatz über zweifelhafte Rechte des Kindes, von einem Juristen verfaßt, trifft den Nagel auf den Kopf und ist auch jedem Kinderarzt aus der Seele geschrieben. Es handelt sich bei dem angeschnittenen Thema um einen sehr wichtigen Fragenkomplex, der unbedingt einmal vor aller Öffentlichkeit diskutiert werden sollte. Der Kampf der Mütter um ihre Kinder im Falle einer Ehescheidung ist in unzähligen Fällen geradezu erschütternd.

Man kann sich der Ueberzeugung nicht erwehren, daß die Gesetzgebung als solche oder ihre jeweilige Auslegung, zum Beispiel was die Frage des sogenannten „Verkehrsrechts“ des Vaters betrifft, einer dringenden Revision bedarf. Diese Frage wurde schon seit Jahren immer wieder ventiliert und auch da und dort von Frauverbänden in der Vordergrund gerückt, ohne daß aber je etwas Entscheidendes geschah. Man hat den Eindruck, daß in Ehescheidungsangelegenheiten oft nicht der Mut aufgebracht wird, gegen gewisse Barbareien einzuschreiten, die sich aus der Paragraphenfülle für das Kind ergeben. Der ausgezeichnete Aufsatz von Dr. v. Szanzoni scheint mir sehr geeignet, denen, bei denen die letzte Entscheidung liegt, den Rücken zu stärken, so daß in dem Dilemma „das Kind als Kampf- und Streitobjekt“, das Kind und nicht der Egoismus des Vaters den Sieg davonträgt.

In meiner Gutachterstätigkeit mußte ich überdies immer wieder feststellen, daß viele Urteile auf die primitivsten psychologischen Voraussetzungen in der Beurteilung des Kindes verlaßten. Kinder geschiedener Eltern treiben den schwersten Neurosen zu, wenn hier nur die Eltern Rechte haben, das Kind aber nur scheinbares Objekt ist!

Prof. Dr. Husler, Chefarzt des Kinderkrankenhauses München-Schwabing

Kredite — auf dem Papier

Von der wirtschaftlichen Eingliederung der Heimatvertriebenen wurde schon viel gesprochen, erreichen werden wir dieses Ziel aber nicht so bald, wenn nicht neue Wege beschritten werden. Denn erstens sind die Mittel unzureichend, und zweitens sind die Bedingungen unter denen die Kredite gewährt werden, von den Vertriebenen zumeist nicht zu erfüllen.

Anträge auf einen sogenannten staatsverbürgten Produktionskredit konnten bisher nur dann eingebracht werden, wenn der Kreditnehmer eine Bereitschaftserklärung einer Bank vorlegen konnte. Solche Bereitschaftserklärungen waren aber für den Kreditnehmer nur sehr schwer zu erlangen, weil die Banken natürlich entsprechende Sicherstellungen forderten. Die wenigsten Vertriebenen aber in der Lage sind, die verlangte Sicherstellung zu geben. Gelang es aber einem Kreditnehmer, seine Bank zur Abgabe einer solchen Bereitschaftserklärung zu veranlassen, so war es immer noch unsicher, ob er den Kredit bekam, weil die zur Verfügung stehenden Mittel eben nicht ausreichten.

Da man einseh, daß man die Kreditfrage auf diese Weise nicht lösen konnte, wurde die Vertriebenenbank in Bonn gegründet, welche die Betriebsmittelkredite gewähren sollte. Die Vertriebenenbank hat aber die Kredite nicht refinanziert, sondern sich nur in beschränkter Fülle bereit erklärt, die Ausfallhaftung bis zu 80% zu übernehmen. Die Banken haben

nun an Krediten, die von der Vertriebenenbank nicht refinanziert werden, überhaupt kein Interesse. Es muß berücksichtigt werden, daß die Banken mitunter selbst gezwungen sind, Kredite von den zuständigen Landeszentralbanken in Anspruch zu nehmen, für die sie bei dem heutigen Diskontsatz 4% und mehr an Zinsen bezahlen müssen.

Daß eine Reihe von Flüchtlingsbetrieben zusammengebrochen sind, ist fast durchwegs nur auf zu geringe Zuteilung von Kapital zurückzuführen gewesen.

Solange das jetzige System keine Änderung erfährt, kann von einer wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen nicht die Rede sein.

Arbeitsgemeinschaft ehemaliger deutscher Grenzspediteure im Ausland Regensburg

Die Christian Science Religionsgemeinschaft

Unter dem Titel „Geist und Gesicht des Protestantismus in den USA“ veröffentlichte Sie kürzlich eine Artikelserie von Michael Heisenberger. In Folge IV („NZ.“ Nr. 5) unterzieht der Verfasser das einer Betrachtung, was er „Sekten“ nennt. Wenn er selbst dabei den Begriff der „Sekte“ streng auf das beschränkt sehen will, „was weder als Kirche noch als Konfession oder Denomination verstanden werden kann“, dann ist eine im gleichen Artikel erfolgte Charakterisierung der Christian Science Religionsgemeinschaft als „Sekte“ gerade aus diesem Grunde falsch.

Die Christian Science Religionsgemeinschaft ist eine christliche Kirche, weil in ihr das Evangelium der Bibel uneingeschränkt gepredigt und verkündet wird, wie sich der Herr Verfasser leicht überzeugen kann, wenn er sich die Mühe macht, einen der Gottesdienste der Christian Science zu besuchen, welche in Deutschland ebenso wie in den Vereinigten Staaten und vielen anderen Ländern gehalten werden. Die Christian Science Religionsgemeinschaft ist eine christliche Konfession, weil ihre Anhänger sich vorbehaltlos zu den Lehren und Werken des Meisters Jesus Christus bekennen. Der zweite Glaubenssatz der Christlichen Wissenschaft lautet:

„Wir bekennen und verehren einen allerbarmen und unendlichen Gott. Wir bekennen seinen Sohn, einen Christus; den Heiligen Geist oder göttlichen Tröster, und den zu Gottes Bild und Gleichnis geschaffenen Menschen.“ („Wissenschaft und Gesundheit mit Schlüssel zur Heiligen Schrift“ von Mary Baker Eddy.)

Vielleicht darf in diesem Zusammenhang hinsichtlich des oft unangebrachten Wortes „Sekte“ an das erinnert werden, was auf einer unlängst stattgefundenen Tagung der sogenannten Landeskirchen und Freikirchen darüber gesagt worden ist, nämlich, daß diese aus der Zeit privilegierter Landeskirchen stammende Bezeichnung schon im Hinblick auf die weitgespannte Mannigfaltigkeit der Heiligen Schrift nicht zu rechtfertigen sei.

Die Meinung des Herrn Verfassers, daß „den Scientisten die Bücher der Mary Baker Eddy ... wichtiger seien als die Christusbotschaft“ geht an der Tatsache vorbei, daß diese Bücher ausschließlich der Erläuterung, der Vertiefung und der Verwirklichung der Christusbotschaft im menschlichen Dasein dienen. Sie verdängen das Wort der Heiligen Schrift nicht, sondern sie beleuchten es, und in dieser Beleuchtung gewinnt die Bibel und mit ihr die Christusbotschaft den dominierenden Platz, den sie im täglichen Leben, Denken und Han-

Martin Pla Bundesvorsstandsmitglied im (nichtkommunistischen) BVN Hamburg 13

Machen Sie Schluß, Herr Habe!

„Dolchstoß in Deutschlands Herz!“ / Antwort an die „Münchener Illustrierte“

Erstaunlich ist, wie viel dialektischen und sonstigen Aufwand die heutigen Antagonisten ihres ehemaligen Verbündeten Stalin darauf verwenden, den Deutschen im Stadium der Remilitarisierungsdebatte die etwas peinlichen Unterschiede zwischen dem Bolschewismus von gestern und dem von heute und zwischen echten und falschen Kreuzzügen gegen ihn beizubringen. Soweit sich diese Reeducationskünstler an ausländischen Tropen abstrapazieren, um den Sprung über die Realität in plausible Formen zu bringen, ist das ihre Hausanglegenheit. Wo aber das Soll zwischen unsere Dächer gespannt und der Saft über unseren Köpfen gemacht wird, steht das etwas anders. Denn der Preis, der hier einbezahlt wird, ist unsere eigene, ist die Haut und die Seele unseres Volkes.

Millionen Deutsche haben im zweiten Weltkrieg an der Ostfront gekämpft. Millionen sind dort gefallen. Wir verwahren uns in aller Form dagegen, daß sie nun mehr oder weniger unter der posthumen Diagnose von Nürnberg zu Idioten erklärt werden sollen, die als Gestapoklaven gar nicht wußten, wofür sie eigentlich kämpften.

Wenn man uns heute erst auf späte Welte zu einem Zeitpunkt über den Bolschewismus belehren möchte, da er auch unseren einstigen Gegnern im Westen mit allen seinen Konsequenzen auf den Leib zu rücken droht, so können wir darüber nur lächeln. Diese Weisheiten haben wir uns wahrlich einst zur Genüge an den Knobelbechern abgelaufen.

Etwas anderes aber sind die Versuche, auf dem Umwege über den tragischen Ausgang dieses Kampfes und die Schuld Hitlers daran eine Debatte über das sogenannte Widerstandsproblem zu entfesseln, deren erkennbarer Zweck deutlich genug mehr die Rechtfertigung der alliierten Politik als die Rechtfertigung der Widerstandskämpfer selbst, und deren Erfolg eher die Vertiefung tragischer Gegensätze innerhalb unseres Volkes und vor allem innerhalb des ehemaligen deutschen Soldatenstammes als etwa die objektive Klärung der Motive und Zusammenhänge auf beiden Seiten ist. Gegen diese Versuche verwahren wir uns umso leidenschaftlicher, als sie mit billigsten journalistischen Aphorismen die psychologischen Zerwürfnisse der Vergangenheit in einem Augenblick neu zu beleben versuchen, in dem die tatsächliche Lage Deutschlands und Europas einer Krise auf Sein oder Nichtsein entgegenzuehen droht und nach sachlichen Argumenten zur Versöhnung eindringlicher denn je ruft.

Vor kurzem hielt es die „Münchener Illustrierte“ des Herrn Habe für notwendig, ihre ominösen technischen Mittel in den Dienst eines Vorstoßes zu stellen, der auf Kosten von Hinterbliebenen und Überlebenden des 20. Juli auf Remer schoß und auf Guderian zielte. Die Art der Fotomontagen und der zusammengestellten Zitate ließ nicht in Zweifel, daß diese Art von „Abwehr“ einer behaupteten Demagogie ihrerseits durchaus unter eigenen demagogischen Zweckgesichtspunkten erfolgte. Was hier in hoher Auflage vor sich geht, ist ein frugaler, aber in seinen politischen Auswirkungen mehr als fragwürdiger Zwischenhandel mit den tragischen Zwiespältigkeiten unserer Vergangenheit, der in gar keiner Weise dazu beiträgt, die Probleme objektiv zu klären oder gar ihre unglücklichen Wirkungen auf die heutige Lage zu beseitigen. Von dieser Lage aber profitiert eindeutig genug nur jener Bolschewismus, gegen den und zugunsten Europas gekämpft zu haben Herr Habe seinen Berichterstatter den Deutschen auf dem Umwege über Guderians Adresse nun absprechen ließ.

Der nächste Takt dieser Taktik könnte dann bestenfalls der sein, daß Herr Habe nach dem Muster des sowjetzonalen Friedensschutzgesetzes nach einem analogen Gesetz rief, das den Deutschen post festum vorschreibt, was sie seinerzeit an der Ostfront gedacht haben, als sie anstatt Vinzenz Müllers Aufrufen zum Überlaufen zu gehorchen, den Befehlen gehorcht und unter schwersten und letzten Opfern weitergekämpft haben. Diese späte Reeducationsphase von 1945 umerzieherisch führenden Herrn Habe mag subjektiv erklärlich sein, objektiv unterscheidet sie sich nur der Form von der Machart der Umerziehungsmethoden von 1945, die zu der in der „Ohnemich“-Bewegung offenbar gewordenen staatspolitischen Demoralisierung von 1951 geführt haben. Daß Methode dahinter steckt, darauf scheinen auch andere Bemühungen Habes hinzuweisen, wie z. B. jene, zwischen den beiden Fliegern Rudel und Baumbach als Meinungsrichter aufzutreten und beider Auffassungen im Sinne der Habeschen Pädagogik auszugleichen den Deutschen in gemäßer Präparation zu verabreichen.

Das, Herr Habe, liegt uns nicht mehr! Seit jenen Erfahrungen von 1945 wünschen wir selbständig über die Meinungen, aber auch über die Leistungen und die Integrität der Motive und Persönlichkeiten anderer Leute, vor allem unserer ehemaligen Frontkameraden, nachzudenken. Die Frage, die wir heute

als vordringlich zu sie und alle anderen zu stellen haben, ist die alte. Sie betrifft die Rettung unseres Landes und damit Westeuropas vor der alten Gefahr. Die Deutungen dieser Gefahr mögen sich in diesen Jahren gewandelt haben, die Gefahr blieb die alte, so, wie sie uns bereits zu einer Zeit begegnet ist, als Herr Habe sie offenbar noch nicht kannte. Es erschien ein höchst seltsames Argument, Herrn Rudel ein Mitspracherecht in diesen Belangen abzuspriechen, weil er nach 1943 nach Argentinien ging. Damals kam dafür Herr Habe und ergriff das verwaiste Wort. Uns interessiert heute aus nachdem Lebensinteresse die Frage, wer womöglich in Zukunft die verwaisten Störerknüttel bei der Bekämpfung etwaiger sowjetischer Panzervorfälle in Richtung zum Kanal ergreifen wird. — Sie, Herr Habe?

Es geht uns wahrlich um anderes als um die Rechtfertigung von KZ und ähnlichem. Die Frage des „Widerstandes“ gegen Hitler ist ein Überzeugungsproblem gewesen und eine Angelegenheit der sehr persönlichen Einsichten und der persönlichen Gewissensentscheidung. Diese Dinge sind nicht dadurch geklärt, daß eine generelle Glorifizierung „des Widerstandes“ und eine generelle Abqualifizierung aller „Nichtwiderständler“ gepredigt wird. Es kommt nach allen Gesetzen des menschlichen und sittlichen Anstandes in beiden Fällen auf die ethische Redlichkeit der persönlichen Motive und der persönlichen Entscheidungen an; und es macht für unsere Überzeugung einen fundamentalen Unterschied aus, ob eine Handlung dem Willen zur Rettung von Volk und Vaterland in dieser oder in jener Richtung entsprang, oder ob sie aus Gründen eines ideologischen Parteiinteresses, aus beleidigtem Ehrgeiz, gesellschaftlichem Ressentiment oder anderen, sublimiert begründeten Spekulationen geschah. Auch jene delikaten Grenzen, die den Hochverräter vom Landesverräter unverwischbar trennen, sind nicht mit ein paar allgemeingültigen Gemeinplätzen auszulöschen. Darüber hat man soeben im Heimatstaat Herrn Habes ein Lehrbeispiel beim Atomspionageprozeß gegeben. Die Verurteilten dieses Prozesses sind sicherlich als überzeugte Kommunisten in der Lage, Überzeugungsmotive geltend zu machen, über die sich trotzdem in der Welt der Gegebenheiten nur nach den bestehenden und nicht nach fiktiven Grundgesetzen des Staatslebens Recht sprechen läßt. Man macht es sich gefährlich einfach, wenn man diese Fragen unter einer polematischen Zweckgebundenheit in Deutschland so durcheinanderwirft, als wären sie alle ohne weiteres in Bausch und Bogen auf den summarischen Nenner sittlicher Rechtfertigung zu bringen. Niemand in Deutschland, und vor allem kein ehemaliger Soldat, wird heute etwa noch die tragische Situation des Feldmarschalls Rommel mißverstehen oder auch nur daran denken, Hitlers Vorgehen gegen ihn zu verteidigen. Ebensowenig aber auch werden diese Millionen „Ehemaliger“ bereit sein, die sittliche Legitimität etwa der kommunistischen Agitation zum Landesverrat während des Krieges jemals anzuerkennen; wenn man ihnen jedoch eine Auffassung beibringen würde, die das zu akzeptieren befiehlt, dann darf man sich auch darauf verlassen, daß sie sich zu gegebener Zeit gegen ihre Pädagogen wenden muß.

Für die Mehrheit der deutschen Frontgeneration und alle jene, aus echter sittlicher Verantwortung für ihr Land handelnden „Widerständler“ aber steht immerhin unumstößlich fest, daß dieser Widerstand gegen Hitler niemals dazu gedacht war, um das Hitlerregime durch das Morgenthaussystem oder das Sowjetsystem ablösen zu helfen. Wenn daher Herr Habe heute die Männer, die als Rebellen aus patriotischem Verantwortungsbewußtsein den Weg zu den Galgen von Pötzensee gegangen sind, posthum als Kronzeugen gegen die „Kollektivschuld“ zu feiern unternimmt, so erscheint auch das aus einigen Gründen verdächtig. Denn einerseits ist die „Kollektivschuldthese“ an sich ein ebenso sittenwidriges Ergebnis unseres Zeitalters wie die Kollektivverurteilung der Juden durch Hitler, andererseits aber hat die Erkenntnis vom Kampfe dieser Männer gegen Hitler die Alliierten

weder an der stillschweigenden Preisgabe der Atlantikcharta, noch an den historisch sittenwidrigen Beschlüssen von Yalta und Potsdam gegen Deutschland mit allen darin eingeschlossenen Unmenschlichkeiten gehindert.

Wir verwahren uns leidenschaftlich gegen den agitatorischen Mißbrauch dieser tragischen Schicksale unserer jüngsten Geschichte zur stillschweigenden Rechtfertigung einer durch die Tatsachenentwicklung korrigierten Politik der siegreichen Maßlosigkeit. Hier handelt es sich in der Tat um „Grabschändung“, von der in der Illustrierten des Herrn Habe in anderem Sinne unbedeutend die Rede war. Nach allen Erfahrungen der vergangenen Jahre — man braucht nur an den jüngsten Prozeß gegen Ramcke mit dem dubiosen Novum der „hierarchischen“ Verantwortung zu denken — wären wohl die prominentesten dieser Männer, wenn sie noch lebten, heute bestimmt ebenso in den alliierten Gefängnissen zu finden, wie Manstein oder Keßelring. Denn der Schritt von der „hierarchischen“ Verantwortung Ramckes zu der Rommels z. B. hätte völlig der einst proklamierten Rechtslogik der Kollektivjustiz entsprochen. Wenn aber Herr Habe heute als in Deutschland arrivierter Meinungsbildner amerikanischer Staatsangehörigkeit den Anschein erwecken lassen möchte, als ob die Nichtbewertung des deutschen Widerstandes bei der Bestimmung der alliierten Valtapolitik gegen Deutschland ein reines, auf Nichtkenntnis dieser Kräfte beruhendes Mißverständnis gewesen wäre, dann müßte er auf einen bedeutsamen Vorgang aufmerksam gemacht werden, den der sehrzeitige „Associated Press“-Korrespondent Lochner längst zu den zeitgeschichtlichen Akten gegeben hat.

Lochner wohnte im November 1941 in Deutschland der Zusammenkunft einer Widerstandsgruppe bei, die aus Vertretern des freien Gewerkschaftsbundes, der christlichen Gewerkschaften, der Bekenntniskirche, des ehemaligen Zentrums, der SPD, DVP, der Demokraten und je einem Vertrauensmann des Generalobersten Beck und des Admirals Canaris bestand. Die Versammelten baten ihn, nach der Rückkehr in die USA Präsident Roosevelt persönlich über ihre Bewegung zum Sturze Hitlers zu berichten und von ihm eine Antwort auf die Frage zu erhalten, „welche Form einer politischen Organisation des Reiches als annehmbar angesehen würde“. Lochner bekam einen Geheimcode mit, der Roosevelt eine direkte drahtlose Verbindung mit dieser Bewegung ermöglichen sollte. Im Juni 1942 kehrte Lochner aus Berlin in die USA zurück und machte einige vergebliche Versuche, Roosevelt den Auftrag persönlich vorzutragen. Schließlich wandte er sich mit einer eingehenden Darlegung und der Bitte um eine Unterredung an den Präsidenten. Er bekam einen abschlägigen Bescheid und die Empfehlung Roosevelts, „von seinem Vorhaben abzulassen, da dessen Natur die höchste Verlegenheit verursachen würde“.

Das war, scheint uns, deutlich genug. Nach dem 20. Juli 1944 aber schrieb die „New York Times“ diesen Vorgang „erinnere an die Atmosphäre einer grellen Unterwelt voller Gangster“. Das war noch deutlicher. Man wollte damals aus guten Gründen nichts anderes als „Kollektivschuld“. Sollte das alles Herrn Habe entgangen sein?

Es erscheint an der Zeit, dieses Thema wirklich aus der billigen Ebene des politischen Reißers herauszunehmen und unter dem Gesichtspunkt der ersten sittlichen Verantwortung vor der Zukunft objektiven Betrachtungen vorzubehalten. Wir haben keinen Sinn und auch keinen Anlaß mehr für Vergleiche, in denen etwa die persönlichen Leidenserfahrungen der Frauen und Kinder der Hingerichteten des 20. Juli mit denen der Frauen und Kinder der Hingerichteten von Nürnberg und Landsberg in süffisanter Manier gegeneinander zu politischen Zwecken ausaxiiert und ausgebeutet werden. Es gibt einen Punkt, wo der sittliche Anstand die Achtung vor dem menschlichen Leid befiehlt, gleichgültig, von welcher politischen Position aus es betrachtet wird. Diese Achtung ist die erste Voraussetzung für eine ernsthafte und gerechte Erneuerung unseres Staates im Geiste echter Demokratie. Machen Sie Schluß, Herr Habe, damit ein neuer Anfang möglich wird, ehe es zu spät ist und ehe Stalin die Frage definitiv beantwortet, wann und wodurch Europa untergehen mußte!

Lenin hinterließ ihm einst den Rat, zu warten, „bis die moralische Auflösung des Feindes den Todesstoß möglich und leicht mache“. — Das, scheint uns, wäre auch im Hinblick auf dieses Thema zu bedenken. E.

Lilje: Männer mit Gewissen

Der Landesbischof über die Widerstandskämpfer des 20. Juli

Drahtbericht unseres Korrespondenten

Hamburg, 6. Mai. Der Landesbischof von Hannover, Lilje, hat über die Sender des Nordwestdeutschen Rundfunks erklärt, die Männer des 20. Juli hätten ihre Entschlüsse nach schweren Gewissenskämpfen gefaßt, da sie der völligen Gewissenlosigkeit gegenübergestanden hätten. „Kein ethisches Urteil kann lauter und klar sein, das diesen Sachverhalt zu überschauen wagt: daß auf der einen Seite Menschen standen, die ohne die geringste Gewissensbeschwerde Zehntausend von Menschen zu Tode brachten, und auf der anderen Seite Männer, deren Gewissen es nicht ertrug, daß der deutsche Name mit solcher Schandtat befleckt würde. Es ist für den, der überhaupt ethisch urteilen will, kein Zweifel möglich, auf welche Seite er sich in einem solchen Konflikt zu stellen habe.“

Es sei damals nicht mehr der geringste Zweifel darüber möglich gewesen, daß die Entwicklung einer Katastrophe zugetrieben sei, und es sei Vaterlandsverrat gewesen, sich über die weitere Entwicklung keine Gedanken zu machen. „Das Tun jener Männer des 20. Juli ist nicht dadurch gerechtfertigt, daß sie Schaden vom deutschen Volke abzuwehren trachteten, sondern weil sie ein anderes, lebendigeres Verständnis für Verantwortung besaßen als jene, die in formalistischem, also gedankenlosem Gehorsam verharrten.“ Wenn man schon nicht jedem einzelnen die tiefgreifende Ungläubigkeit, aus der ein völlig unethischer Pflichtbegriff erwachsen sei, zur Last legen wolle, dann dürfe man auf der anderen Seite um so weniger diejenigen schmähen, die sich aus jener heidnischen Erstarrung des Pflichtgedankens zu einer echten Verantwortung erhoben hätten.

„Sie haben damit selbst, wo ihnen der äußere Erfolg versagt blieb, ein großes Gut für die innere Geschichte Deutschlands gerettet: das Verständnis dafür, was echter Gehorsam und lebendige Verantwortung ist.“

Die Männer des 20. Juli hätten furchtlos die Möglichkeit des Scheiterns ihrer Pläne ins Auge gefaßt und seien im inneren Adel auf das Sterben gerüstet gewesen. „Ihre letzten Briefe und Äußerungen sind Zeugnisse eines edlen und großen, eines demütigen, dem Willen Gottes unterworfenen Geistes. Der Christ weiß sich mit vielen von ihnen in einer letzten innersten Gemeinschaft des Glaubens verbunden, und er versagt ihrem Tun das Zeugnis nicht, daß es groß war, groß auch im Unter-gang.“

Die Schreier von heute

Schumacher über die Widerstandskämpfer

Hamburg, 6. Mai (dpa). In der den Widerstandskämpfern aus der Zeit des Nationalsozialismus gewidmeten Sendereihe des Nordwestdeutschen Rundfunks: „Das tat sie für Deutschland“ hat Dr. Schumacher die Versuche politischer Gruppen in Deutschland verurteilt, jetzt die Diktatur der zwölf Jahre zu rechtfertigen und als national besonders wertvoll für Deutschland hinzustellen. Ihr Hauptstoß richte sich gegen die Widerstandskämpfer und Emigranten. Die Schreier von heute drohen das deutsche Volk zu isolieren, nachdem es die Widerstandskämpfer gewesen seien, denen es in erster Linie zu verdanken sei, daß Deutschland 1945 nicht endgültig in den Abgrund gestürzt worden sei. Die Widerstandskämpfer seien es gewesen, deren Existenz die furchtbare Legende von der deutschen Kollektivschuld zerstört habe.

Die Verteidigung der Verbrechen und Unmenschlichkeiten erneuere die drohend gegen Deutschland gerichtete Waffe der Kollektivschuld und damit der Unbarmherzigkeit alliierter Politik gegen Deutschland jeden Tag. All dies diene den Feinden Deutschlands als billiger Beweis dafür, daß alle Deutschen diese Verbrechen gewollt hätten und gerne zu ihnen zurückkehren würden.

Diktatur und Landesverrat

Von Ernst Müller-Meinungen jr.

Von wann ab in den Deutschen vor und während des Dritten Reiches, soweit sie Verantwortungsgefühl und Gewissen besaßen, Grauen und Abscheu hochkeimten, das war unterschiedlich. Bei den einen datierte es zurück bis in die Saalschlacht-Anfänge der „Kampfzeit“; andere wußten nach dem Blut- rausch des „Röhm-Putsches“ von 1934, wieviel es geschlagen hatte; wieder andere wurden erst hellichtig nach der Liquidierung der Tschschei im Frühjahr 1939, gänzlich Ahnungslose möglicher Weise erst 1942 mit der planmäßigen Ausrottung der Juden. Jeder aber setzte seine Hoffnung aufs „Ausland“, weil man den Terror im Innern für unüberwindlich hielt. Konspirative Zusammenarbeit mit dem Ausland aber ist Landesverrat, übles Verbrechen.

Heute gehen Tausende von Gestrigen, angefangen von Veesenmayer, der in Ungarn Jüden deportationen leitete, bis zu Huppenkothen, der als Gestapo-Schergen Kaltenbrunnens bestons funktionierte, schon her und deuten mit Fingern auf frühere Widerstandskämpfer unter dem diffamierenden Ruf „Landesverräter!“. Man sollte doch die Dinge einmal unter die Lupe nehmen und sie an einem einzelnen überzeugenden Beispiel deutlich machen:

Der nach dem 20. Juli 1944 erhängte General Oster hatte, wenn auch vergeblich, Holland und Norwegen 1940 vor dem unmittelbar bevorstehenden deutschen Ueberfall zu warnen versucht. Hätte man auf seine Warnung gehört, so wären möglicherweise Tausende deutscher Soldaten „unnötig“ gefallen. Genau hier geht die Frage an den Kern der Dinge. Läßt sich, so ist zu fragen, im Zeitalter moderner Gewaltherrschaften von Massenstaaten mit den alten national-staatlichen Begriffen „Hochverrat“ (= Versuch einer Regierungsgewalt zu stürzen) und „Landesverrat“ (= Uebermittlung wichtiger Geheimnisse an das Ausland) überhaupt noch, im Sinne einer Uebereinstimmung von Gesetz und Ethos, werten? Natürlich war es Landesverrat, was Oster tat. Er stand vor der Gewissensfrage: Hat mir das von der Staatsführung meines Volkes beleidigte Recht nicht höher zu stehen als das Leben meiner Landsleute und meiner selbst? Zum andern aber geht es auch um durchaus realpolitische Kalkül, beispielsweise in dem Sinn: Ist die rechtzeitige Warnung einer neutralen Macht vor einem völkerrechtswidrigen Ueberfall, eine Warnung, die zwar Tausenden von eigenen Landsleuten das Leben kosten kann, den Krieg jedoch im Erfolgsfall abkürzen und damit Hunderttausenden oder Millionen von Menschen aller Nationen, auch der eigenen, das Leben bewahren wird, ist solche Warnung Recht oder Unrecht? Kalkül sind das, wie gesagt, von denen sich nachträglich nie wird beweisen lassen, ob sie „richtig“ oder „falsch“ waren. Von hier aus muß das Problem gesehen werden, und man wird einem Mann wie Oster, der sich aus Vaterlandsliebe nicht nur für den Hoch-, sondern ganz bewußt für den Landesverrat entschied, höchste Achtung zollen müssen, weil er aus sittlicher Verpflichtung handelte und, das ist das Entscheidende, die Gefahr des Galgen-Todes auf sich nahm.

Weil dem aber so ist, kann man es nicht für sehr glücklich finden, wenn, etwa gegenwärtig im Hedler-Prozeß zu Hamburg oder auch sonst, von Zeugen allzu beflissen die Möglichkeit eines Landesverrats auf Seiten des „Widerstands“ aus der Welt diskutiert wird. Es bedarf des Muts zur Ehrlichkeit. Die Konzeption der Hitler-Gegner war doch klar: Das Regime erschien ihnen als rechts- und sittenwidrig, der Krieg von Anbeginn als aussichtslos; die Widerstandskämpfer wollten ihn zur Vermeidung sinnlosen Blutvergießens abkürzen, dabei aber bündnisfähig bleiben, um das vollkommene Chaos zu vermeiden. Hier berührt sich das innenpolitische Moment des Hochverrats mit dem außenpolitischen des Landesverrats so intensiv, daß die Begehung des einen und die Vermeidung des anderen für den kompromiß- und illusionslos Denkenden — und nur der hatte entfernt eine Chance — als unauflösbarer Widerspruch erscheinen mußte.

Genau dieser, gleichsam in den Dingen liegende, Zwang zum Landesverrat hat viele — Ehrbare und nicht Ehrbare — vom entscheidenden Absprung in das furchtbare Wagnis des Kampfes gegen die Herrschaft von Verbrechern und Narren abgehalten, und deshalb wohl blieb der Widerstand quantitativ zu schwach und damit zum Scheitern verurteilt. Diesen letzten Schritt konnte aber beim einzelnen genauso Tradition, Korrektheit, Erziehung verhindert haben, wie bei anderen wiederum Schwäche, Feigheit, Ueberlebenwollen. Es tut dringend not, sich einmal messerscharf klarzumachen, daß in diesen Zusammenhängen alle Wertungen höchst relativ bleiben müssen: Man könnte aus Opportunismus — etwa nach Stalingrad! — zum vergleichsweise honorigen „Hochverräter“, und man könnte aus reinster Gesinnung — in Auflehnung gegen die Verbrechen der Machthaber — zum bedeutend weniger selbstdenkenden „Landesverräter“ werden. Die alten Schablonen gelten — unter Diktaturen! — nicht mehr. Sie sind zerbrochen. Die Widerstandskämpfer des 20. Juli, soweit sie es ohne profitliche Hintergedanken waren, trafen eine bewundernswert tapfere Entscheidung — einsam, ganz auf sich gestellt, in tödlicher Gefahr —, mag diese Entscheidung auch zum Mißerfolg verurteilt gewesen sein. Kategorien aber wie Hoch- und Landesverräter, Lumpen und Verbrecher, Heroen und Märtyrer, versagen hier. Vergessen wir nicht: Auch die Männer des Widerstands waren dem Irrtum und der Schwäche unterworfenen Menschen mit ihren Tugenden und Fehlern. Und überlassen wir das Urteil der Geschichte.

Die Tatbestände des Hoch- und Landesverrats wurden bei Kriegsende in Deutschland abgeschafft. Werden sie demnächst wieder eingeführt, so würden am Ende die überlebenden Offiziere des 20. Juli das Militärzuchthaus von Torgau bevölkern, während die als „loyal“ bewährten Remers die uns demnächst zugeordneten deutschen „Wehreinheiten“ führen könnten. Noch allerdings ist es nicht so weit...

26.6.1951

(Nr. 144)

Widerstandskämpfer

Nr. M.

Oberfinanzdirektion München, Zweigstelle
in München

München 27,
Postanschrift: Ismaningerstr. 95
Fernsprecher: 4805 52

Frau
Anna Marogna-Redwitz,
Hittenkirchen Post Bernau.

Betrifft: Unterhaltsbetrag als Witwe eines ehem. berufsmäßigen Wehrmachtsangehörigen.

Mit Verfügung vom 29. 11. 1948 ist Ihnen gemäß Gesetz vom 12. 8. 1948 über Zahlung von Unterhaltsbeträgen an ehem. berufsmäßige Wehrmachtsangehörige und ihre Hinterbliebenen (BGVBL) ab 1. 8. 1948 ein monatlicher Unterhaltsbetrag von 160.— DM bewilligt worden.

Diese Bewilligung erfolgte zu Unrecht und zwar mit folgender Begründung:

Ihr Mann, der ehem. Oberst Graf von Marogna-Redwitz, ist laut Urteil des Volksgerichtshofes vom 19. 10. 44 wegen Hoch- und Landesverrat zum Tode verurteilt worden.

Nach § 127, Abs. 1 des Wehrmachtsfürsorge- und Versorgungsgesetzes erlischt das Recht auf Fürsorge und Versorgung mit dem Tage, an dem ein Fürsorge- und Versorgungsempfänger wegen eines Hoch- und Landesverrats zum Tode verurteilt worden ist. Diese gesetzliche Bestimmung war bei der Bewilligung Ihres Unterhaltsbetrages vom feststellenden Beamten nicht beachtet worden. Grundlage für die Bezugsberechtigung eines Unterhaltsbetrages bildet das Wehrmachtsfürsorge- und Versorgungsgesetz.

Aus zwingenden Gründen muß deshalb die Zahlung des Unterhaltsbetrages ab sofort eingestellt werden. Es wird Ihnen anheimgestellt, unverzüglich beim Staatsministerium der Justiz Antrag auf Aufhebung des Urteils und dessen Folgen zu stellen. Nach Vollzug würde die Zahlung wieder aufgenommen.

I. A. gez. Ganzenmüller

Ein himmelsdrehender Brief

Es gibt Dokumente, die ein Mensch mit geradem Herzen nicht lesen kann, ohne vor Scham zu erröten. Während die übrige Welt gegen ursprüngliches Widerstreben den Aufstand des 20. Juli als den verzweifelten Versuch von Deutschen zu begreifen beginnt, den guten Namen unseres Volkes gegen seine Schänder zu verteidigen, legt es eine deutsche Behörde darauf an, dieses wertvolle moralische Kapital vor unseren sehenden Augen zu zerstören. Der Brief der Oberfinanzdirektion München, den wir auf dieser Seite veröffentlichen, kann nur als ein Zeugnis äußerster Stupidität gelten, wenn man den Verdacht zu unterdrücken vermag, ob es sich hier vielleicht nicht doch um die Entscheidung eines verbissenen Nazi handelt, der seine Mitverantwortung für unsere Katastrophe auf andere abwälzen möchte. Dabei bleibe die Frage unerörtert, wie weit die Urteile im Gefolge des 20. Juli — für Bayern besteht ein entsprechendes Gesetz — aufgehoben worden sind.

Die Witwe, der man jetzt ihr karges Brot nehmen möchte, hat zwei Söhne im letzten Kriege verloren. Ihr Mann wurde gehenkt, als er, gramgefüllt, „den größten Feldherrn aller Zeiten“ daran hindern wollte, weitere sinnlose Blutopfer von der deutschen Jugend zu verlangen und unsere damals fast noch unzerstörten Städte den feindlichen Bomben preiszugeben. Allzu selten wird jener Patrioten gedacht, wie er einer war. Statt dessen kann heute ein schwaches oder böses Gehirn einen Brief ausdenken, dessen Echtheit man als Deutscher gern bezweifeln möchte, wenn diese nicht verbürgt wäre. Schon die Alten wußten, daß Gott mit Blindheit schlägt, wen er vernichten will. Unser Zusammenbruch bezeugt's! Soll das nun so weitergehen?

Wir fragen daher vor aller Öffentlichkeit:
Wer ist der Verantwortliche? —gh

Das Ministerium bedauert ...

In erfreulich prompter und positiver Weise reagiert das bayerische Finanzministerium auf das gestern in der SZ wiedergegebene Schreiben der Oberfinanzdirektion München an die Witwe des von Hitler hingerichteten Obersten Graf von Marogna-Redwitz und den dazugehörigen SZ-Kommentar „Ein himmelsdrehender Brief“ wie folgt:

„Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen bedauert die wenig glückliche Form, in der die Zweigstelle der Oberfinanzdirektion München der Witwe des im Gefolge der Ereignisse des 20. Juli 1944 hingerichteten Widerstandskämpfers Grafen von Marogna-Redwitz die Einstellung ihrer Unterhaltsbezüge mitteilte. Der bayerische Staatsminister der Finanzen, Friedrich Zietsch, wird nach seiner Rückkehr aus Bonn persönlich dafür Sorge tragen, daß die Angelegenheit im Rahmen der bestehenden Bestimmungen in würdiger und taktvoller Form geregelt wird.“

Lex 20. Juli

StZ. Der Bundestag hat am Donnerstag eine Regierungserklärung gebilligt, die das den Juden durch das nationalsozialistische Regime zugefügte furchtbare Unrecht tief bedauert und zugleich dessen Wiedergutmachung zusichert, soweit die Verbrechen an den Juden überhaupt gutgemacht werden können. Gewiß wäre die Wirkung dieses Aktes stärker gewesen, wenn die Volksvertretung mit dieser Entschliebung ihre Arbeit im Herbst 1949 begonnen hätte. Sie zeigt jedoch, daß das moralische Empfinden des Parlaments nicht eingeschláfert ist. Wir möchten ihm heute einen weiteren Anlaß zu dessen Betätigung ins Bewußtsein rufen.

In den letzten Tagen haben wir leider über einige unerhörte Vorfälle berichten müssen: die wiederholten Verunglimpfungen der Teilnehmer an der Verschwörung des 20. Juli 1944. Führende Mitglieder des Verbandes deutscher Soldaten haben den Widerstand gegen das unmenschliche System als „eine Absage an die ewigen Gesetze des deutschen Soldatentums“ bezeichnet. Herr Frießner, Generaloberst a. D., derzeitiger Vorsitzender des Verbandes deutscher Soldaten, der die allgemeine Wehrpflicht für unerläßlich hält, hat „als Soldat und als christlicher Mensch“ den politischen Mord abgelehnt, insbesondere, wenn der Soldat an der Front im schwersten Ringen um Sein oder Nichtsein stehe. Ueber den politischen Massenmord, den die Nazi an einigen Millionen Menschen begangen haben, hat sich Frießner dagegen nicht mit einem einzigen Wort aufgehalten.

Ueber die Problematik der Praxis des 20. Juli ist genug diskutiert worden. Die Bedeutung dieser Tat liegt heute darin, daß sie ein Symbol des deutschen Widerstandes gegen das verbrecherische Dritte Reich ist, an dessen Spitze Adolf Hitler stand — derselbe Adolf Hitler, der für Frießner noch heute der oberste Kriegsherr ist, dem man die Treue nicht habe brechen dürfen. 1945 hätte man es Frießner und Konsorten allenfalls noch zugute halten können, daß sie noch immer nicht erkannt hatten, daß sie einem Verbrecher die Treue gehalten haben. Heute ist der kriminelle Charakter des Dritten Reiches jedoch auch dem naivsten General sozusagen aktankundig gemacht worden. Wem die Schändlichkeit „jenes obersten Kriegsherrn“ dennoch nicht aufgegangen ist, der disqualifiziert sich für jede öffentliche Betätigung in der demokratischen Bundesrepublik Deutschland. Ist es nicht ein Skandal, daß Leuten wie Frießner, Remer, Gumbel und deren ehemals hochgestelltem Anhang nicht sofort das Handwerk gelegt wird? Hier treten doch schließlich Leute auf, die Menschen disqualifizieren wollen, deren Ziel die Beseitigung des Verbrechers Hitler und die Verhütung weiterer Verbrechen war.

Bisher sind die Frießner still in den Mauselöchern geblieben, in die sie sich 1945 nach dem Zusammenbruch der von ihnen unterstützten Politik verkrochen hatten. Seit die Debatte um den deutschen Verteidigungsbeitrag lebhafter geworden ist, wittern sie jedoch Morgenluft. Sie stellen sich als unentbehrlich hin, um von einer möglichen Zuspitzung des Ost-West-Konflikts profitieren zu können. Ihr angebliches militärisches Spezialistentum sehen sie als Freibrief dafür an, auch die politische Entwicklung in der Bundesrepublik maßgeblich beeinflussen zu können. Durch die Verunglimpfung des 20. Juli wollen sie sich reinwaschen, um für eine künftige Verwendung annehmbar zu erscheinen. Sie gedenken, sich durch diese Schmeicheleien als „Hüter des blanken deutschen Ehrenschildes“ zu empfehlen.

Wir sind davon überzeugt, daß der 20. Juli einen Verbrecher unschädlich machen sollte und darum in höherem Sinne völlig rechtens war. Darum ist es jetzt an der Zeit, diese Aktion des deutschen Widerstandes zu legalisieren, um eine Handhabe gegen ihre Verunglimpfung zu bekommen. In einer Demokratie ist es schlechthin unmöglich, nachträglich die gestürzte Diktatur anzuerkennen. Das geschieht aber, wenn die Bekämpfer dieser Diktatur, eben die Männer des 20. Juli, heute öffentlich des Eidbruchs, also eines schweren Verbrechens, beschuldigt werden. Fußend auf der fraglosen Illegalität des die Weimarer Verfassung und alle Menschen- und Völkerrechte mit den Füßen tretenden Hitler-Regimes muß der Bundestag daher eine „Lex 20. Juli“ schaffen. Dieses Gesetz müßte feststellen, daß der 20. Juli auf Grund der Illegalität des Dritten Reiches ein rechtmäßiger Akt der nationalen Notwehr war, dessen Verunglimpfung unter schwerste Strafen gestellt wird. Wer es noch immer nicht begriffen hat, dem muß durch Gesetz klar gemacht werden, daß er eine echte nationale Tat herabwürdigt, wenn er die Aktion des 20. Juli 1944 als Verbrechen hinstellt.

Diese unerläßliche „Lex 20. Juli“ ist überdies ein Akt der Selbsterhaltung. Durch ihn würde unmißverständlich die Haltung der Bundesrepublik zum Dritten Reich und seinen Nachläufern festgelegt werden, die ihre politischen Begriffe aus der Nazi-Zeit herüberzuretten und wiederanzuwenden versuchen. Auch jeder faire Soldat müßte sie begrüßen. Ueberdies haben wir in den zwölf Jahren des Dritten Reiches wenig Taten erlebt, die des Schutzes wie der Ehrung würdig wären. Der Bundestag hat das Wort, nachdem die Bundesregierung gestern einen ersten Schritt getan hat.

Ramcke verursacht neue Beunruhigung

PARIS (Eig. Ber.). Die neuesten Äußerungen des Generals Ramcke in Duisburg über die schlechte Behandlung deutscher Gefangener in Frankreich werden in Paris als ein neuer Versuch des früheren deutschen Generals ausgelegt, von den Westmächten unter Hinweis auf die geplante Aufstellung deutscher Truppen den Verzicht auf die Strafverfolgung von Kriegsverbrechern zu erpressen. Einzelne Pressestimmen gehen so weit, das Auftauchen eines neuen Diktators aus den Reihen der früheren Generale als möglich zu bezeichnen. Die rechtsstehende „Aurore“ meint, die Republik von Bonn werde von dem gleichen Schicksal bedroht, das schon ihre ältere Schwester von Weimar ins Grab befördert habe.

Der 20. Juli

Die alliierten Stellen in Bonn haben mit besonderer Aufmerksamkeit denjenigen Teil des Adenauerschen Rundfunkrede gehört, in der das nationalsozialistische Freikorps Deutschland behandelt wurde. Sie sind der Ansicht, daß in den künftigen deutschen Divisionen bei der Auswahl der Offiziere auch ihre Haltung gegenüber dem 20. Juli beurteilt werden soll. Diese ausländischen Ansichten können leicht Mißverständnisse erwecken. Die Auswahl der Offiziere für künftige deutsche Divisionen ist zunächst und vor allem Sache des deutschen Volkes und der deutschen Dienststellen in Bonn. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, daß ausländische Stellen die Gesinnung deutscher Offiziere prüfen dürfen — es sei denn, daß den deutschen Stellen das gleiche Recht bei der Auswahl und Beförderung französischer, britischer und amerikanischer Offiziere eingeräumt würde.

Dies vorausszuschieken war wohl nötig, wenn Mißverständnisse über das vermieden werden sollen, was grundsätzlich zum neuen deutschen Offizierskorps gesagt werden muß. Und da wird allerdings jeder Besonnene, gänzlich unabhängig von der Ansicht von Auslän-

dern, der Meinung sein, daß kein Offizier in künftigen deutschen Divisionen einen Platz finden sollte, dessen Haltung zum 20. Juli nicht ganz klar ist. Niemand wird einem Soldaten und namentlich einem Frontsoldaten einen Vorwurf machen dürfen, wenn er im Sommer 1944 die Zusammenhänge nicht richtig durchschaute. Aber heute sind sie völlig durchsichtig geworden. Der 20. Juli 1944 war insofern ein Ehrentag des deutschen Heeres, als an diesem Tage neben den zahlreichen Zivilisten sich auch viele todesmutige Offiziere zusammenfanden, um dem Vaterland seine Ehre und seine Freiheit wiederzugeben. Wer diesen Sinn des Tages für unser Volk heute noch nicht begriffen hat, kann unmöglich die Ehre haben, in irgendeinem deutschen Truppenteil eine Führerstelle einzunehmen. Wenn die Bundesregierung in dieser Frage von vornherein eine entschlossene Haltung einnimmt, so liegt darin nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit.

Die Bundesregierung wird mit dieser Haltung freilich Widerspruch in den Kreisen um Remer finden. Sie wird sich daran nicht stören dürfen. Das neue deutsche Offizierskorps wird seinen Gliedern viel Freiheit der individuellen Überzeugung lassen; in diesem einen Punkt der Stellung zum 20. Juli darf es kein Schwanken geben.

Vor sieben Jahren am 20. Juli

Am Klappenschrank im Führerhauptquartier

Aus dem in Kürze in einem New-Yorker Verlag erscheinenden Buch von Hans-Jürgen Borengrave mit dem Titel „I remember Hitler“, veröffentlichen wir ein Kapitel über die entscheidenden Telefongespräche, die vor und nach dem Attentat geführt wurden. Borengrave war Nachrichtenoffizier im Führerhauptquartier und versah zu dieser Zeit den Telefondienst am Tisch 2 mit den internen Verbindungen: Auswärtiges Amt Berlin, Führerbunker, Lagerbaracke, Reichskanzlei, Propagandaministerium und Steinhilber, dem Hauptquartier Ribbentrops. Die Verantwortung für die Richtigkeit der Darstellung, die ein umfassendes Bild der Vorgänge an diesem denkwürdigen 20. Juli 1944 gibt, liegt beim Verfasser.

12 Uhr 10. Anfrage aus der Lagerbaracke, Chefadjutant Schaub an diensthabenden Offizier bei Tor I, ob Oberst Graf Stauffenberg bereits passiert habe. Antwort: „Oberst Graf Stauffenberg hat um 11 Uhr 45 passiert.“ Zwei Minuten später, gleichfalls Lagerbaracke, Chefadjutant Schaub. Telefonische Weisung an die Teilnehmer der Lagebesprechung. Es sind zu verständigen: Generale Scherff, Korten, Bodenschütz, Schmuntz, Oberst Brandt, Oberst Stauffenberg. Sofortige Meldung nach Verständigung. Die Teilnehmer haben pünktlich um 12 Uhr 30 in der Lagerbaracke anwesend zu sein. 12 Uhr 35. Anruf von Steinhilber: „Hier Ribbentrop. Verbinden Sie mich mit dem Führer.“ — „Beckmann. Der Führer ist bereits zur Lagerbaracke hübergegangen.“ Ribbentrop: „So verbinden Sie mich mit der Lagerbaracke.“ Zwei Rufzeichen. Die Stimme des Ordonnanzoffiziers gedämpft: „Lagerbaracke.“ Durch die Muschel hört man undeutlich Stimmengewirr. Ich sage: „Herr Reichsaußenminister wünscht den Führer zu sprechen.“ — „Ich werde sehen. Einen Moment.“

Eine dumpfe Detonation

In diesem Augenblick zerläßt eine dumpfe Detonation die Luft. Ich höre sie zweimal: einmal durch die Muschel, das zweite Mal durch die geöffnete Bunkerluke. Ein Luftdruck läßt die Wände des Bunkers erzittern. Erschrocken lasse ich den Hörer sinken. Fliegerangriff? Bomben ohne jede Warnung? Eine drückende, unheilvolle Stille herrscht. Dann klingt es ungeduldig aus der Muschel: „Hallo, hallo.“ Die Leitung zur Lagerbaracke ist tot. „Die Verbindung ist unterbrochen, Herr Reichsminister!“ Die Stimme am anderen Ende des Drahtes klingt ganz verändert: „Sagen Sie, was das nicht eine Explosion? Was ist denn geschehen?“ — „Ich glaube Fliegerbomben, Herr Reichsminister.“ — „So sehen Sie doch schon nach, Mann, was los ist!“ Die Stahltüren stehen offen. Vor dem Bunkereingang blicken ein paar Menschen in die Luft. Plötzlich reißt alles auf die Lagerbaracke zu. Ich zögere einen Augenblick, dann schließe ich mich an. Von überall kommen Wachmannschaften herbeigelaufen. Das Dach der Baracke ist eingestürzt, aus dem Mittelteil ein großes Stück herausgerissen. Zerbrochenes Glas, Fetzen von Landkarten, zerbrochene Fensterstöcke. Da kommt Generaloberst Jodl aus den Trümmern. Er hält beide Hände vor das blutige Gesicht, taumelt, stolpert über die Steinbrocken. Er sieht niemanden, geht mit geducktem Kopf weiter. Ein SD-Mann verschwindet mit ein paar Sprüngen in der Baracke.

Ist das Hitler?

Vor den Trümmern steht ratlos Hitlers Chefadjutant Schaub. Generalfeldmarschall Keitel und der SD-Mann schleppen einen Mann mit wirrem Haar, rauchgeschwärztem Gesicht und schlaffen Armen heraus. Von der Nase rinnt Blut. Die Schuhe sind zerfetzt, die Hosenbeine aufgerissen. Man sieht ein blutiges, nacktes Bein. Der Kopf hängt vornüber. Ist das Hitler? Wir stehen zwanzig Schritt davor. Schaub stürzt wie besessen auf die Gruppe zu, ruft: „Mein Führer!“ Langsam hebt Hitler den Kopf. Er kneift die Augen zusammen. In seine zusammengeklammerte Gestalt kommt Leben. Er richtet sich auf. Benommen steht er da, fährt mit der Hand über die Augen, besieht das Blut an seiner Hand, wirft den Kopf hoch. „Befehl an alle Kontrollstellen, Niemand verläßt das Lager! Niemand telefoniert. Es darf nichts bekannt werden!“ Als ich zurückkomme, sehe ich durch die offene Bunkertür General Fellegibel an seinem Schreibtisch sitzen. Sein Gesicht ist ohne Farbe. Er blickt starr vor sich auf die Schreibtischplatte. Ich eile zum Verbindungstisch, wo unaufhörlich das Licht flackert. Aus dem Hörer tönt es mir entgegen: „Ja, hallo, was ist denn? Hier Schaub, Schaub! Geben Sie mir sofort Tor II!“ Ich verbinde. Schaub ruft: „Keiner verläßt das Lager. Hat schon jemand passiert?“ — „Nur Oberst Graf Stauffenberg. Um 12 Uhr 45.“

Um 13 Uhr 30 verlangt Ribbentrop aus dem Führerbunker den Pressechef des Auswärtigen Amtes, Staatssekretär Steengracht. Als Steengracht sich meldet, spricht Hitler selbst mit ihm. Er teilt ihm in ein paar Worten mit, daß man ein Attentat versucht habe. Steengracht stottert: „Wer, mein Führer?“ Hitler fragt barsch: „Ist das in Berlin bekannt?“ Steengracht, noch immer ganz benommen: „Ich kann es nicht fassen, mein Führer.“ Hitler: „Also ist nichts bekannt? Dann ziehen Sie sofort Erkundigungen ein.“

„Der Führer ist tot“

Um 15 Uhr 55 meldet sich der Chef des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, und verlangt Keitel zu sprechen. „Ich bitte um Weisung, Herr Generalfeldmarschall, ob das Stichwort Walküre ausgelöst werden kann.“ — „Ja, zum Teufel, weshalb?“ — „Der Führer ist tot.“ Keitel lacht unnatürlich. „Woher haben Sie die Nachricht?“ — „General Oftricht berichtete von dem Attentat auf Grund einer Information des Obersten Stauffenberg, der gerade von ‚Wolfsschanze‘ kam.“ Keitel gedehnt und überlegen: „Aha! Aber der Führer lebt! Das Attentat ist daneben gegangen!“ Fromm: „Unglaublich! Unfassbar! Was befehlen Sie, Herr Generalfeldmarschall?“ Keitel überlegt: „Ich rate noch mal an.“

Goebbels am Apparat

Um 16 Uhr 30 das dramatischste Gespräch des Tages! Goebbels ist am Apparat, verlangt Hitler zu sprechen. Goebbels sagt aufgeregt: „Mein Führer, man verbreitet in Berlin das Gerücht von einem Attentat!“ Hitler ist merkwürdig ruhig und berichtet in knappen Worten. Er verlangt Informationen, was eigentlich in Berlin los sei. Goebbels spricht von einem „fürch-

terlichen Durcheinander“. Das Wachregiment Berlin marschierte zur Reichskanzlei. Er könne im Augenblick noch nicht durchschauen, was gespielt werde. Das Gespräch läuft schon acht Minuten, da meldet sich auf der zweiten Leitung die Reichskanzlei, NSKK-Obergruppenführer Albrecht, und verlangt Schaub zu sprechen. Er berichtet aufgeregt, daß Major Remer vom Wachbataillon die Übergabe der Reichskanzlei fordere. „Wie kommt dieser idiotische dazu?“, schreit Schaub. „Befehl vom Generaloberst Fromm. Es heißt, der Führer sei tot!“ — „Schicken Sie den Mann sofort zu Goebbels! Er spricht gerade mit dem Führer!“

„Jawohl, mein Führer!“

In der anderen Leitung verlangt Hitler eine sofortige Verlautbarung durch den Rundfunk. Er gibt stichwortartig den Inhalt an. Plötzlich meldet sich Goebbels außer Atem: „Major Remer vom Wachbataillon, mein Führer. Er sagt, er habe den Auftrag, die Reichskanzlei zu besetzen!“ Hitler energisch: „Übergeben Sie ihm den Hörer!“ Major Remer meldet sich. Hitler scharf akzentuiert: „Major Remer, hören Sie mich? Erkennen Sie meine Stimme?“ — „Jawohl, mein Führer!“ — „Major Remer! Ich spreche als Oberbefehlshaber der Wehrmacht! Sie haben nur meinen Anweisungen zu gehorchen! Haben Sie verstanden?“ — „Jawohl, mein Führer!“

Versagt

Zehn Minuten später ist Goebbels wieder am Apparat. Er berichtet Hitler mit unverhohlenen Triumph: „Soeben war General Haase, der Stadtkommandant von Berlin bei mir. Er wollte mich verhaften. Ich habe ihn über den Tatbestand aufgeklärt und ihm die Pistole abgenommen! Er war ziemlich kläglich. Ich habe ihn im Nebenzimmer eingeschlossen.“ — „Um 17.52 Uhr steht ein SS-Offizier vor mir. ‚Herr Kamerad, ich habe den Befehl des Reichsführers SS, Sie abzulösen.‘“ Ich übergebe ihm den Dienst, gehe mit schweren Schritten durch den Bunker 16 auf den Ausgang zu. Der Platz am Schreibtisch des Chefs des Nachrichtenwesens ist leer. General Fellegibel ist abgelaufen. Erst später erfahre ich, daß er zu den Verschwörern gehörte. Er hatte den Auftrag, sofort nach dem Attentat alle direkten Leitungen zu unterbrechen. Aber er hatte versagt.

Ist Australien ein D

Sehr viel Schatten neben dem Licht — Primitive Wohnverhältnisse

Australien ist eines der Länder, das heftig um den europäischen Einwanderer wirbt, der sich — im Lande angekommen — häufig in seinen Erwartungen enttäuscht sieht und nicht umhin kann, mit den heimischen Verhältnissen zu vergleichen. Eine junge Deutsche, die mit einem Engländer verheiratet, nach Australien ausgewandert, gab uns einen Bericht, den wir, um auch eine kritische Stimme zu Wort kommen zu lassen, nachstehend bringen.

„Die Würfel sind gefallen, das Zukunftsland ist gewählt. Wir Australier sind froh, daß du Australien gewählt hast. Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, dich herzlich willkommen zu heißen, und dir jede Gelegenheit geben, eine sichere Zukunft und Glück in dem Land deiner Wahl zu finden.“

Spricht das Auswandererbüchlein „Gen Australien“, dem dieser Satz entnommen ist die Wahrheit?

Nein. Die Australier lieben die Einwanderer nicht. Die Australier freuen sich wohl, wenn Touristen die goldene Fassade ihres Landes loben. Sie schreiben einen Zeitungsartikel nach dem anderen über die amerikanischen Millionäre, die zur Zeit auf dem englischen Luxusdampfer (2400 Pfund Sterling pro Kabine) eine Fahrt um die Welt genießen.

Wie anders ist es aber mit dem Einwanderer! Der Australier empfindet ihn überall als unangenehmen Konkurrenten.

Australien ist das Paradies des Arbeiters. Er verdient viel Geld, selbst wenn er streikt, und das tut er ausgiebig. Die sozialen Versicherungen sind gut. Nach Erziehung, Herkommen, Lebensstandard fragt kein Mensch. Ge-

sellchaftliche Schranken kennt man in diesem Land nicht.

Ganz anders ist die Situation des Intellektuellen. Welche Enttäuschung, wenn er so gar ein Künstler sein Brot hier verdienen will! Die Regierung schreibt förmlich nach Pioneer Sie weiß, daß es in diesem jungen Land über an Kultur und Tradition mangelt, aber sie tut keinen dementsprechenden Posten. Je australische Intellektuelle, jeder Künstler, sich einen Namen schaffen will, verläßt das Geburtsland so schnell er kann und kehrt für internationale, kurze Tournées zurück. Ist in vielerlei Hinsicht bedauerlich, daß ein soviel Expansionsmöglichkeiten, so großem Kapital, mit einer so hohen Zahl vorwärtsstrebender Immigranten, ausgestattetes Land in dem Maß insular bleibt, bei dem niedrigem Lebensstandard, primitivsten Wohnverhältnissen beharrt und sich mit den ewig gleichen Amüsens des Sportes, des Wetzens, der Pferd- und Hunderennen, ausgiebigem Alkoholgenusses begnügt.

Australien hat u. a. den besten Ton der Welt, aber eine formidabile Vase muß man in der Lupe suchen. Es erscheint unfähig, aber jegliches Stöben auf künstlerischem oder handwerklichem Gebiet zerbricht in Australien.

Von Atmosphäre kann man bei einem noch so eleganten und teuren australischen Restaurant oder Nachtclub überhaupt nicht sprechen. Nirgends findet man Geschmack oder Komfort. Die Ausstattung reicht oft nicht einmal an eine 3. Klasse Bahnhofssaal in Deutschland heran.

Auf meinen Streifzügen durch Stadt und Land frage ich mich dauernd wo sich wohl der Australier die Hände wäscht, wenn er den ganzen Tag unterwegs ist. Da er trotz seines immensen Reichtums keinen Dienstboten, beißt er oft auswärtig und unterhält seine Gäste

Die Haltung zum 20. Juli

Zur Auswahl der Kommandeure

da. Bonn, 23. August (Eigener Drahtbericht). Alliierte Kreise in Bonn haben jenen Teil der Rundfunkrede, die Dr. Adenauer Mittwoch aber gehalten hat, besondere Aufmerksamkeit geschenkt, in dem das nationalsozialistische Freikorps Deutschland auf das schärfste verurteilt wurde. Sie glauben, daß die Haltung, die ehemalige deutsche Offiziere gegenüber den Männern des 20. Juli eingenommen haben, der Prüfstein dafür sein soll, ob sie in zukünftigen deutschen Divisionen wiederverwandelt werden können. Man weist darauf hin, daß die Dienststelle Blank, falls es zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag kommt, vor allem die Auswahl der Kommandeure haben wird und daß in dieser Dienststelle Männer, die mit dem 20. Juli in Zusammenhang gestanden haben, an maßgebender Stelle stehen. Von CDU-Seite wurden am Donnerstag Maßnahmen zugunsten der Hinterbliebenen von Opfern des 20. Juli gefordert. Es sei beschämend, daß viele von ihnen auf die Hilfe von Freunden angewiesen seien.

Eine amerikanische Militärmission ist zu Besprechungen mit den spanischen Militärbehörden in Madrid eingetroffen.

Das Streiflicht

(SZ) Wer sind nun eigentlich die „Hochverräter“ — jene, die an der Seite Hitlers die Verfassung brachen, die Demokratie vernichteten und den Höllenspfad der Unmenschlichkeit beschritten, oder die anderen, welche aus Liebe zu ihrem geschändeten Vaterlande gegen die Willkür eines im Blute watenden Regimes anzukämpfen versuchten?

Die Frage ist formaljuristisch gewiß nicht so leicht zu beantworten, wie aus einem einfachen Herzen heraus. Das Kieler Gericht, das sich gegenwärtig ehrlich, weder Kostenaufwand noch Mühe scheuend, in dem Verfahren gegen einen den Bundestag betrüblich verunzierenden Abgeordneten namens Hedler um die Rechtsfindung bemüht, hat gewiß keine einfache Aufgabe zu erfüllen. Denn auch ein rechtsbrecherischer Staat ist, solange er Macht und Gesetz handhabt, legal. Ihn zu untergraben fällt juristisch unter das Delikt „Verrat“. Alle Freiheitskämpfer sind gewissermaßen gleichzeitig Hochverräter gewesen — vornehmlich in den Augen jener, gegen welche sie auftraten. Zu den Verwirrungen einer Zeit, die sich bemüht, wieder den Boden des Rechts zu finden, gehört auch die Tatsache, daß kein allgemeingültiger und klarer Gesetzestext vorliegt, der die Hitlerischen Bluturteile im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 für ungültig und rechtswidrig erklärt hätte. So kann es geschehen, daß etwa der Witwe eines Hingerichteten, wie die SZ berichtete, um ein Haar die Pension gestrichen worden wäre, weil ihr Mann ein „Hochverräter“ war. So kann es auch geschehen, daß jene im Vergleich zu manchen hart gemäßregelten Mitläufern viel zu billig davongekommene Trabanten Hitlers, à la Remer, Dorls und Hedler öffentlich Widerstandskämpfer des Dritten Reiches Verräter nennen und in ihren erbärmlichen Parteiblätchen mit Schmutz bewerfen.

Es mutet wahrhaft unheimlich an, daß hier die eigentlichen Verräter des Reichs sich nicht nur der demokratischen Freiheit, ja sogar der Abgeordneten-Immunität erfreuen, sondern auch noch diejenigen des Verrats beschuldigen, welche dem schändlichen Treiben des Tyrannen Einhalt zu gebieten suchten. Ein Volk, das zuließe, daß seine Freiheitskämpfer, soweit sie aus edlen Motiven und Patriotismus gehandelt haben, dergestalt behandelt werden dürfen, würde im Grunde nachträglich ein Regime billigen, für das es mit Recht eine Kollektivschuld abgelehnt hat. Es kommt daher dem Kieler Urteilsspruch eine grundsätzliche Bedeutung zu, und nicht nur der Nebenkläger Abgeordneter von Knoeringen erwartet von ihm, daß er eine Ehrenerklärung für die Widerstandskämpfer des Hitlerreiches enthält, die viel wichtiger wäre als die Höhe einer gegen Hedler zu verhängenden Strafe. Denn der Widerstand war ein Kampf um Recht und muß vom heutigen demokratischen Staat als ein solcher anerkannt werden.

6
Zurückführung
Händler

14/15. Juli
1951
Nr. 160.

Frießner: „Nicht verheizen“

Der Generaloberst wünscht die allgemeine Wehrpflicht

Associated Press

Bonn, 22. September

Falls die Bundesrepublik ein Heer aufbaue, sei er für die allgemeine Wehrpflicht, meinte der Generaloberst a. D. Frießner, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Soldaten, vor der Auslandspresse. Die alten Soldaten wollten aber nicht „verheizt“ werden. Das unerträgliche Gewispere hinter den Kulissen müsse aufhören.

Im Augenblick seien diejenigen, die sich freiwillig melden, nicht die Richtigen. Es würden vorwiegend Abenteurer oder Personen sein, die sich auf leichte Art eine Versorgungsgrundlage schaffen wollen.

Die innere Verpflichtung jeden Mannes müsse es sein, „für Haus, Hof, Familie, Heimat und Europa als Soldat zu kämpfen“, meinte der aus Chemnitz stammende frühere Befehlshaber der Heeresgruppe Süd an der Ostfront. Er verurteilte das Attentat vom 20. Juli 1944 auf Hitler. „Als Soldat und als christlicher Mensch lehne ich den politischen Mord ab, besonders wenn der Soldat an der Front im schwersten Ringen um Sein oder Nichtsein steht.“

Wenn es nach ihm ginge, könnten die Orden abgeschafft werden, sagte Frießner, der selbst Träger des Ritterkreuzes mit Eichenlaub ist, unter Hinweis auf seine kürzliche Unterredung mit Bundespräsident Heuss. Orden stifteten häufig Unzufriedenheit und verführten zu falschem Ehrgeiz. Auf der anderen Seite wisse er, welche große Erleichterung es

vielen sterbenden Soldaten bereitet habe, den Weg ins Jenseits anzutreten, wenn ihnen noch in den letzten Minuten ihres irdischen Daseins das Eiserner Kreuz an die Brust geheftet wurde.

Der Verband deutscher Soldaten, der in absehbarer Zeit zweieinhalb bis drei Millionen Mitglieder haben werde, solle auch die Angehörigen der Waffen-SS einschließen.

André Philip hat Bedenken

Eigener Bericht

M.S. Hamburg, 22. September

Nicht Gruppen wie die Remer-Partei hätten in Frankreich die Befürchtungen vor einem Wiedererwachen des Radikalismus in Deutschland ausgelöst, sagte gestern der französische Sozialist André Philip auf der Tagung des Europakongresses im Curio-Haus. Sehr viel gewichtiger schienen den Franzosen die merkwürdigen Begleitumstände der Neugründung deutscher Soldatenverbände.

Während man in den französischen Soldatenbünden alte Freundschaften pflege, hätten sich in Deutschland sofort die alten Generale in den Vordergrund gespielt und große politische Reden gehalten. Da die deutsche Jugend in erschreckendem Maße politisch uninteressiert sei und dem demokratischen Staat mit Skepsis gegenüberstehe, bestehe die Gefahr, daß die „richtungslosen Massen“ eines Tages wieder als williges Werkzeug von den autoritären militärischen Führern von gestern gebraucht würden.

Zeitungs-
Archiv
24. Sept.
1951.
Nr. 220

Das Streiflicht

(SZ) Es liegt wohl in der Entwicklung der Dinge, daß in unserem Lande in immer geringerem Maße jene Verantwortlichen getadelt werden, welche Hitlers Krieg bis zur letzten Ruine geführt haben, daß dafür aber um so mehr an denjenigen Leuten Kritik geübt wird, welche — wie die Männer vom 20. Juli 1944 — todesmutig versuchten, dem sinnlos gewordenen Morden ein Ende zu bereiten. Wer der größere Patriot war — jener, der in letzter Minute noch den Befehl zur Brückensprengung gab, wiewohl er wußte, daß damit nichts mehr erreicht werden konnte, oder der andere, der den Mut fand, die letzten Greuel verhüten zu wollen — das ist eine Gewissenfrage, mit der sich der einzelne auseinanderzusetzen hat.

Jedenfalls verrät es wenig diplomatisches Geschick, wenn ein Deutscher im heutigen Stadium der westlichen Welt, da wir alle um das Vertrauen zueinander ringen, die ausländische Presse um sich versammelt, um ihr — gleichsam im Namen aller ehemaligen Soldaten, deren Interessen er als Vorsitzender des neu gegründeten VDS zu vertreten hat — zu erklären, er verurteile das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 und lehne Methode und Zeitpunkt des Anschlags ab, weil er „als Soldat und christlicher Mensch gegen den politischen Mord sei“. Zwar hat der Sprecher, Generaloberst Frießner, dem Vernehmen nach ein wackerer und persönlich untadeliger wilhelminischer Offizier, durchblicken lassen, daß er den Männern des 20. Juli eine Art von „Verpflichtung des Gewissens“ nicht abspreche, aber er verteidigte zu deutlich den Hitlerkrieg selbst, statt daß er sich auf die durchaus vertretbare Verteidigung jener beschränkt hätte, die als Dienende und unter Befehlswang diesen Krieg bis zuletzt zu führen hatten.

Die Folgen von Kundmachungen solcher Art konnten nicht ausbleiben. In teilweise dreispaltigen Berichten befaßt sich die Auslandspresse, unter ihnen die Deutschland gewiß wohlgesonnene „Basler Nationalzeitung“, recht unfreundlich mit Herrn Frießners Darlegungen, wobei sie kein Hehl daraus macht, daß derlei Urteile aus dem Munde des doch offenkundig erwählten Sprechers des gesamtdeutschen Soldatenbundes nicht geeignet seien, Vertrauen in die ehrliche demokratische Überzeugung der Bundesrepublik zu wecken. Niemand hatte von Frießner verlangt, daß er die Widerstandskämpfer loben sollte. Aber daß er die Männer des 20. Juli „aus christlicher Einstellung“ als politische Mörder ablehnen und ihnen Mangel an Mut vorwerfen werde, die zu einer Zeit Mut entwickelten, da das Regime, unter dem Frießner Soldat war, den politischen Massenmord zur Tagesparole erhob, das hätte uns erspart bleiben sollen!

STUTTGARTER ZEITUNG

Einzelpreis 20 Pfennig

Mittwoch, 3. Oktober 1951

7. Jahrgang / Nummer 230

Bonn bekennt sich zum Widerstand

Warnung der Bundesregierung an den Verband deutscher Soldaten

Von unserer Bonner Redaktion

BONN. Das Bundeskabinett hat am Dienstag beschlossen, beim Bundestag zu beantragen, dem „Hilfswerk 20. Juli 1944“ eine jährliche Spende zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig veröffentlicht das Bundeskabinett eine Verlautbarung, in der gesagt wird, die Bundesregierung halte es „für eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, für die Witwen und Waisen der Männer zu sorgen, die im Kampfe gegen Hitler ihr Leben für Deutschland geopfert haben“. In der Erklärung heißt es weiter: „Wir wissen, daß viele, insbesondere der Soldat an der Front, das Hitlersystem und seine verderbenbringende Politik für unser Volk nicht durchschauen konnten. Aber wir sehen es als unsere Pflicht an, das Andenken derer vor Verunglimpfung zu schützen und zu bewahren, die in sittlichem und vaterländischem Pflichtgefühl das letzte versuchten, um Deutschland zu retten oder zumindest das Ausmaß der Katastrophe zu mildern, in die die nationalsozialistische Führung Deutschland sehr in Augen stürzte. Die Welt habe durch die Männer und Frauen des 20. Juli den Beweis erhalten, daß nicht die Gesamtheit des deutschen Volkes dem Nationalsozialismus verfallen war. Damit sei eine entscheidende Grundlage dafür geschaffen worden, daß Deutschland in Zusammenarbeit mit der freien Welt wiederaufgebaut werden könne. Bundesminister Kaiser sagte zu dem Beschluß, es sei zu hoffen, daß dadurch die „einfältigen Bemerkungen“ über die Männer des 20. Juli abgestellt würden.“

Mißstimmung der Alliierten

Das Bundeskabinett hat sich am Dienstag außerdem eingehend mit der Haltung der deutschen Soldatenverbände beschäftigt, über die, dem Vernehmen nach, während der Verhandlungen des Bundeskanzlers mit den drei Hohen Kommissaren am Montag von Seiten der Alliierten, vor allem der Amerikaner, erhebliche Mißstimmung geäußert worden war. Die Bundesregierung veröffentlichte später eine Entschlieung, in der sie ihr Bedauern über Äußerungen von Sprechern des Verbandes deutscher Soldaten ausspricht, durch die die Gefahr eines inneren Zwiespaltes entstanden und das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt ernstlich gefährdet worden sei. Die Regierung fordert den Verband auf, sein Versprechen einzulösen, loyal den Aufbau und den Bestand der Bundesrepublik zu unterstützen.

Sie äußert die Ansicht, daß die Politik nicht Aufgabe solcher Verbände sei. Die Bundesregierung habe die Bildung von Soldatenbünden mit Aufmerksamkeit und Verständnis verfolgt. Sie habe auch die Gründung des Verbandes deutscher Soldaten als einen Schritt betrachtet, der die besonderen Interessen der ehemaligen deutschen Soldaten mit größtem Erfolg vertreten könne. Der Bundesregierung sei der Zusammenschluß der ehemaligen Soldaten genau so wichtig erschienen wie die Tatsache, daß dadurch ein Verständnis für den demokratischen Staat und seine Aufgaben geweckt werden könne. Die freiwillige Zusicherung, die die Vertreter dieses Verbandes dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler gaben — sie wollten loyal Aufbau und Bestand der Bundesrepublik unterstützen —, erschien der Bundesregierung als Bestätigung für die Richtigkeit der eigenen Haltung. Dies habe auch für den Inhalt eines Schreibens gegolten, in dem Generaloberst a. D. Fricßner die ehemaligen Soldaten aufgefordert habe, alles zu vermeiden, was auch nur den Anschein einer aktiven Einbeziehung in die Tagespolitik erwecken könnte. In politischen Kreisen Bonns wurde die Entschlieung des Bundeskabinetts als „Warnung“ an den VdS bezeichnet.

Adenauer gegen Fortsetzung alliierter Kontrollen

Der Bundeskanzler berichtet dem Kabinett — „Nicht unerhebliche Schwierigkeiten“

Von unserer Bonner Redaktion

BONN. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat am Dienstag dem Bundeskabinett den Verlauf seiner Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren vom Montag geschildert. Der Regierungssprecher teilte dazu mit, das Kabinett habe zu den Ausführungen Dr. Adenauers nicht Stellung genommen. Einzelheiten über die Verhandlungen auf Schloß Röttgen könnten nicht bekanntgegeben werden, weil zu befürchten sei, daß Pressekommentare die Lage erschweren. Man sei sich am Montag darüber einig gewesen, daß die Verhandlungen beschleunigt vorwärtsgetrieben werden sollten, weshalb die nächste Aussprache bereits am heutigen Mittwoch stattfinden solle.

Wie weiter von Regierungskreisen zu erfahren ist, setzt sich die Bundesregierung bei den deutsch-alliierten Verhandlungen für eine echte Ver-

Sicherheitsrat vertagt Oelkonflikt

NEW YORK (dpa). Der Sicherheitsrat hat am Montagabend die Verhandlung über die britische Beschwerde gegen Persien auf einen Termin vertagt, der noch vom Vorsitzenden des Rates festgelegt werden soll. Die Verhandlung soll jedoch bis zum 11. Oktober wieder aufgenommen sein. Diese Entscheidung wurde entgegen britischen Einsprüchen getroffen, nachdem der persische UN-Delegierte einen Aufschub der Verhandlungen gefordert hatte. Zuvor hatte der Sicherheitsrat mit neun Stimmen gegen die Stimmen der Sowjet-Union und Jugoslawiens beschlossen, die britische Beschwerde gegen Persien zu behandeln. Einer amtlichen Teheraner Meldung zufolge wird Ministerpräsident Müssadik in den nächsten Tagen nach New York abfliegen, um Persien vor dem Sicherheitsrat zu vertreten.

Die Haltung der USA im jüngsten Stadium des Persien-Konfliktes hat an offizieller Stelle in London enttäuscht. Man hatte erwartet, daß die Vereinigten Staaten den Appell Großbritanniens an den Sicherheitsrat mit ihrem ganzen Gewicht unterstützen würden, nachdem die britische Regierung dem amerikanischen Rat gefolgt war und auf eine militärische Aktion verzichtet hatte. Statt der vollen Unterstützung glaubt man aber jetzt an eine sehr reservierte Haltung der Amerikaner feststellen zu müssen. Der Räumungsbefehl der britischen Regierung für Abadan hat in London Bestürzung ausgelöst. Viele Engländer sprachen von einem „Dünkirchen“, als sie die Nachricht hörten.

wirklichung der Washingtoner Beschlüsse ein. Die vorgesehenen Vereinbarungen müßten nach deutscher Ansicht eine Gleichberechtigung garantieren. Dr. Adenauer soll bei den Verhandlungen auf Schloß Röttgen klar zum Ausdruck gebracht haben, daß es mit der Stellung der Bundesrepublik in Europa und ihrer Einbeziehung in die Verteidigungsgemeinschaft unvereinbar sei, wenn von Seiten der Westmächte noch Kontrollen gefordert und Vorbehalte im Sinne des Besatzungsrechts geäußert würden. Nach Ansicht der gleichen Kreise besteht zwischen dem Washingtoner Communiqué und den Gesprächen in Bonn eine Diskrepanz dadurch, daß den Vorbehalten der Vorzug gegeben werde.

Wie dazu unser Frankfurter Korrespondent erfährt, wollen die Alliierten auch nach Ablösung des Besatzungsstatuts die oberste Staatsgewalt in der Bundesrepublik ausüben. Bei dem Bundeskanzler hätte

Shuster ruft die Soldaten zur Vernunft

Die ganze Welt hört mit / Die Stellung zum 20. Juli

Drahtbericht unseres Korrespondenten

München, 4. Oktober. Der amerikanische Landeskommissar für Bayern, Professor Dr. Shuster, hat auf einer Pressekonferenz am Donnerstag zu den kürzlich gefallenen Äußerungen führender Persönlichkeiten des „Verbandes Deutscher Soldaten“ über die Rolle der Widerstandskämpfer des 20. Juli Stellung genommen: Wenn man heute auf Veranstaltungen von Soldatenverbänden spreche, so müsse man sich dessen bewußt sein, daß man nicht vor einer kleinen Gruppe alter Kameraden spreche, sondern auf einer Plattform, um die die ganze Welt versammelt sei. Ein deutscher Soldat könne heute nicht in der Öffentlichkeit auftreten, ohne daß Menschen aller Erdteile zu seinen Zuhörern zählen. Die öffentliche Meinung der Welt bilde heute doch wohl den Deutschen zu, auch Patrioten zu sein, ihr Vaterland zu lieben und im Notfall auch verteidigen zu dürfen, aber das Sorgenkind der Familie der Nationen sei immer noch der deutsche Militarismus alter Form. Der deutsche Soldat müsse erkennen, daß ein Wiedererwecken des Alten verhängnisvoll wäre. In einem aus echtem demokratischem Gefühl neugeborenen Vaterland werde jedoch auch der deutsche Soldat wieder seinen Platz einnehmen.

Wenn ein Soldat politisiere, so sei dagegen nicht unbedingt etwas einzuwenden, aber er müsse sich dann den Realitäten der Stunde anpassen. Von einem Offizier dürfe man verlangen, daß er sich des Gewichts seiner Äußerungen über den 20. Juli bewußt sei. Ein Versuch einer patriotischen Gegenaktion als Landesverrat zu stempeln, müsse im Ausland den Eindruck erwecken, als habe Deutschland nichts gelernt. Die Einstellung der ganzen Welt und auch der großen Mehrheit des deutschen Volkes spreche eine andere Sprache. Wenn die Männer des 20. Juli vielleicht auch nicht mit der erwarteten Geschicklichkeit vorgegangen seien, so habe doch ihre Tat bewiesen, daß es auch noch ein anderes Deutschland gegeben habe. Ein Deutscher, der das nicht begreife, helfe dazu, daß sein Land von der Welt abgeschnitten werde. „Das

ist in dieser kritischen Stunde eine Sünde gegen das deutsche Volk.“

Äußerungen wie die jetzt gefallenen spielten natürlich im gegenwärtigen Stadium der deutsch-alliierten Verhandlungen eine nicht zu unterschätzende psychologische Rolle, doch könne man nicht von einer durch sie entstandenen Versteifung der alliierten Haltung sprechen. Sie würden von einigen Erklärungen des Bundestages — darunter die an das jüdische Volk gerichtete — die in Amerika außerordentliches Interesse gefunden habe, weitgehend kompensiert. „Ich bin durchaus nicht pessimistisch.“

„Gümbels persönliche Auffassung“

Der Soldatenverband zum 20. Juli

Bonn, 4. Oktober (AP). Ein Sprecher des Verbandes Deutscher Soldaten hat erklärt, der Verband sei nicht gewillt, die Frage des 20. Juli erneut zum Anlaß eines fruchtlosen Streites werden zu lassen. Der Verband sei fest entschlossen, einen Strich unter das Vergangene zu ziehen und in Gemeinschaft mit allen, die guten Willens seien, an der Gestaltung einer besseren Zukunft zusammenzuarbeiten.

Der Verband stehe nach wie vor zu der Erklärung von Admiral a. D. Hansen, der bereits im März gesagt habe: „Der Riß, der durch den 20. Juli 1944 in unsere Reihen gebracht ist, muß überbrückt werden. Der eine von uns ist seinem Eide treu geblieben, der andere hat in weitgehender Kenntnis aller Vorgänge die Treue zu seinem Volk über die Eidspflicht gestellt. Keinem ist aus seiner Einstellung ein Vorwurf zu machen, wenn nicht Eigennutz, sondern ein edles Motiv sein Handeln bestimmt hat. Aus dieser Anerkennung des Motivs folgt, daß man Verständnis für die Handlungsweise des anderen aufbringen muß.“

Der Sprecher sagte weiter, die kürzlich von Oberst a. D. Gümbel an den Männern des 20. Juli geübte Kritik stelle lediglich die persönliche Auffassung Gümbels dar. Im übrigen sei Gümbel nicht Vorsitzender des Landesverbandes Bayern des Verbandes Deutscher Soldaten, wie vielfach behauptet wurde.

5. Oktober 1951 / Nr. 234

Soldatenbund distanziert sich von den Äußerungen Gumbels über den 20. Juli

Bonn, 4. Oktober (NZ). — Ein Sprecher des „Verbandes deutscher Soldaten“ erklärte am Donnerstag vor Pressevertretern in Bonn, sein Verband sei nicht gewillt, die Frage des 20. Juli 1944 erneut zum Anlaß eines fruchtlosen Streites werden zu lassen. Man sei vielmehr entschlossen, einen Strich unter das Vergangene zu ziehen und „in Gemeinschaft mit allen, die guten Willens sind, an der Gestaltung einer besseren Zukunft zu arbeiten“.

Die Äußerungen des Obersten a. D. Ludwig Gumbel, die er in München über die Ereignisse des 20. Juli gemacht habe, seien, so versicherte der Sprecher, rein persönlicher Auffassung entsprungen. Schon im März 1951 habe der Admiral a. D. Hansen den Standpunkt des VdS zum 20. Juli im voraus umrissen, als er erklärte, es könne weder denen, die ihrem Eide treu geblieben seien, noch denen, die die Treue zu ihrem Volk über die Eidspflicht gestellt hatten, ein Vorwurf gemacht werden. Es sei das Gebot der

Stunde, Verständnis für die Handlungsweise des anderen aufzubringen.

Ehemalige Leutnants sprechen den Generalen Führungsanspruch ab

München, 4. Oktober (NZ). — Unter der Überschrift „Leutnants heraus! — sprechen die Generale in Eurem Namen?“ veröffentlicht die „Münchener Illustrierte“ in ihrer neuesten Ausgabe einen Bildbericht über die gegenwärtig im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehende Frage, ob die ehemaligen Generale berechtigt sind, als Leiter von Soldaten-Verbänden im Namen aller früheren deutschen Soldaten zu sprechen und politische Erklärungen abzugeben.

Das Blatt läßt die Generation der 30-jährigen zu Worte kommen, die bei Kriegsende die Leutnantsuniform trugen. Die Befragten sprechen übereinstimmend der Generalität des letzten Krieges die Berechtigung ab, heute als politische Sprecher der ehemaligen Soldaten aufzutreten.

General Koller gegen Friessner

Politische Entgleisungen schaden uns / Landeskommissar nimmt Stellung

MÜNCHEN (F). — Der Vorsitzende der „Notgemeinschaft Bayern ehemaliger Wehrmachtangehöriger, General a. D. Karl Koller, der der letzte Generalstabschef der deutschen Luftwaffe gewesen ist, verlangte in einem Zeitungsinterview den sofortigen Rücktritt des kommissarischen Vorsitzenden des Verbandes deutscher Soldaten, Generaloberst a. D. Hans Friessner. „Wir hatten in Deutschland und der Welt ein gewisses Vertrauen wiedergewonnen“, erklärte er. Das werde durch Erklärungen, wie sie Friessner über die Männer vom 20. Juli abgegeben habe, wieder untergraben.

Der amerikanische Landeskommissar für Bayern, Professor George N. Shuster, erklärte auf einer Pressekonferenz, die Äußerungen der leitenden Männer des „Verbandes deutscher Soldaten“ brächten Deutschland

in die Gefahr „von der Welt abgeschnitten zu werden“. Auch die Soldaten müßten endlich begreifen, daß eine Wiedergeburt des Alten ein Verhängnis wäre.

Ein Sprecher des VdS in Bonn erklärte, der Verband sei nicht gewillt, die Frage des 20. Juli erneut zum Anlaß eines fruchtlosen Streites werden zu lassen. Der Verband sei fest entschlossen, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Die „Basler Nationalzeitung“ meldet in diesem Zusammenhang, die Amerikaner seien es gewesen, die den Bundeskanzler bei der Unterredung auf Schloß Röttgen aufgefordert hätten, endlich gegen die Sprecher der neuen Soldatenbünde Stellung zu nehmen, die sich — wie die genannte Zeitung schreibt — „geradezu auf politische Entgleisungen spezialisiert zu haben scheinen“.

Samstag, 8. Oktober 1951

Stimmen der Anderen

Soldaten- oder Generalsbünde

Die „Stuttgarter Nachrichten“ untersuchen die Entstehung der Soldatenbünde:

„Der erste große deutsche Soldatenbund nach dem zweiten Weltkrieg, so bekennet der Pressechef des neuen Verbandes, der ehemalige Oberst von Wechmar, offen, der Verband deutscher Soldaten (VdS), hatte einen schlechten Start. Wenn man allerdings — wie es tatsächlich geschah — in der Einladung zur Gründungsversammlung die bescheidene Aufforderung formuliert: Die Herren werden gebeten, sich von einem ihrer Unteroffiziere begleiten zu lassen, kann man billigerweise keinen Soldatenbund, sondern allenfalls einen Generalsverband gründen. Diese Tendenz spiegelt sich denn auch in der Zusammensetzung des vorläufigen Vorstandes wider: Von 27 seiner Mitglieder sind 13 Generale oder Admirale und zwei ehemalige prominente SS-Führer in höchsten Diensträngen. Insgesamt repräsentieren die im Verband deutscher Soldaten zusammengeschlossenen Traditions- und Versorgungsverbände etwa 150 000 von 15 Millionen ehemaliger Wehrmachtangehöriger.“

Der 20. Juli

Die Kritik an „gewissen Tendenzen“ der neuen deutschen Soldatenbünde findet in der Schweizer Presse allgemeine Zustimmung. Die Züricher „Tat“ schreibt, die letzten Vorgänge innerhalb des Verbandes Deutscher Soldaten hätten nun auch Adenauer gezeigt, daß er nicht länger passiv bleiben dürfe.

„Bedeutsamer vielleicht als die Erklärung des Kabinetts selber ist der in diesem Zusammenhang gefasste Beschluß der Bundesregierung, dem privatrechtlichen Hilfswerk für die Opfer des Putsches vom 20. Juli 1944 eine jährliche Spende aus Staatsmitteln zu überweisen. Das ist im gegenwärtigen Moment eine demonstrative Geste, denn gerade im Kampf um die Wertung des 20. Juli scheiden sich heute die Geister. Schon ist es so weit, daß die Männer, die einen letzten verzweifelten Versuch wagten, um Deutschlands Ehre durch einen Akt des offenen Widerstandes gegen Hitler zu retten, nicht nur von den nationalistischen Extremisten, sondern selbst von den Repräsentanten der „unpolitischen“ Militärs als Verräter betrachtet und behandelt werden, denen bestenfalls mildernde Umstände zugestanden werden könnten. Dieser Konflikt geht keineswegs nur um die Interpretation eines historischen Ereignisses. Es wird für die Tradition der neuen Wehrmacht, wenn der deutsche Verteidigungsbeitrag kommt, vielmehr von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Sinne dieser Gegensatz ausgetragen wird — weil sich darin der Widerspruch zwischen „absolutem“ Soldatentum und dem Ideal des „Bürgersoldaten“ äußert, der durch die ganze gegenwärtige militärische Diskussion in Deutschland hindurchgeht.“

OBERBAYERISCHES

VOLKSBLATT

ROSENHEIMER ANZEIGER vereinigt mit ROSENHEIMER TAGBLATT

7. Jahrgang — Nummer 122

Katholisch: Eduard

Samstag den 13. Oktober 1951

Protestantisch: Koloman

Einzelnnummer 20 Pf

Neue Störversuche der Sowjets

Moskau. (dpa) — Die Sowjetregierung will einer Revision des Friedensvertrages mit Italien nur dann zustimmen, wenn Italien aus dem Nordatlantikpakt austritt und keine ausländischen Militär-Stützpunkte oder Streitkräfte auf seinem Hoheitsgebiet duldet. Dieser Standpunkt wurde den drei Westmächten in gleichzeitigen Noten mitgeteilt.

Die Noten sind die Antwort auf entsprechende Noten der Westmächte, in denen am 26. September eine Revision des Vertrages gefordert worden war. Darüber hinaus erklärte die Sowjetregierung, daß sie keine Einwände gegen eine Revision des Friedensvertrages und gegen die Aufnahme Italiens in die UNO erhebe, falls eine entsprechende Revision bei den Friedensverträgen mit Bulgarien, Ungarn, Finnland und Rumänien vorgenommen wird und diese Länder gleichfalls in die UNO aufgenommen werden.

Bundesregierung hält an Aufwandsteuer fest

Bonn. (dpa) — Ein Sprecher der Bundesregierung betonte gestern erneut, die Regierung halte an der Aufwandsteuer trotz der Ablehnung des Bundesrates fest. Eine Umsatzsteuererhöhung sei nach Auffassung des Bundeskabinetts ausgesprochen unsozial und werde deshalb nicht befristet.

Nach Ansicht der Bundesregierung treffe eine Umsatzsteuererhöhung auch den täglichen Bedarf der sozial schwachen Schichten. Ferner könne eine Erhöhung leicht zu Preissteigerungen führen und damit die Gewerkschaften zu neuen Lohnforderungen veranlassen. Gleichzeitig verwarf sich das Kabinett gegen die Behauptungen über die Schäden der Aufwandsteuer. Diese Behauptungen seien maßlos übertrieben.

Der Bundesrat billigte den Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Erhöhung von Verkehrssteuern. Die vorgesehene Erhöhung betrifft Wechselsteuer, Versicherungssteuer, Gesellschaftsteuer, Wertpapiersteuer, Börsenumsatzsteuer und Urkundensteuer. Lediglich die Lebensversicherung und entsprechende Versicherungen bleiben von einer Erhöhung verschont.

114 Mill. Dollar Wirtschaftshilfe für Deutschland

Washington. (dpa) — Der Bewilligungsausschuß des USA-Repräsentantenhauses bewilligte die von der USA-Regierung geforderten 114,3-Mill.-Dollar-Wirtschaftshilfe.

Ägyptisch-britischer Konflikt spitzt sich immer mehr zu

Kairo erwägt Isolierung der britischen Garnison der Suezkanalzone — London befürchtet ernsthafte Auswirkungen

Kairo. (UP) — Aus Kairo verlautete gestern, daß Ägypten eine Isolierung der britischen Garnison der Suezkanalzone vorbereite. Alle Vorrechte, die der Garnison in dem anglo-ägyptischen Vertrag von 1936 gewährt wurden, sollen beseitigt werden, sobald das Parlament die Kündigung des Vertrages ausgesprochen hat. Da die ägyptischen Häuser einen dahingehenden Regierungsentwurf bereits genehmigten, nimmt man an, daß das Parlament das Gesetz über die Kündigung bereits im Laufe der nächsten Woche, möglicherweise schon am Montag verabschiedet wird.

Ferner wurde aus Kairo berichtet, daß die ägyptische Regierung beabsichtige, alle mit den britischen Streitkräften in der Suezkanalzone zusammenarbeitenden Ägypter wegen Hochverrats vor Gericht zu stellen.

Im Zusammenhang mit der Verschärfung des Gesetzes über die Kündigung des Vertrages von 1936 erwartet man, daß die ägyptische Regierung alle Verkehrsverbindungen der britischen Garnison, einschließlich Eisenbahn, Telefon sowie die Stromzufuhr und Lebensmittelversorgung unterbrechen wird. Auf die Einfuhr britischer Armeegüter soll Zoll erhoben werden und der britischen Garnison die Beschäftigung ägyptischer Arbeitskräfte verboten werden.

Sprecher des britischen Verteidigungsministeriums lehnten es bisher ab, sich über die Auswirkungen derartiger Maßnahmen zu äußern. Aus militärischen Kreisen verlautete jedoch, daß diese sehr ernst sein würden. Es wurde betont, daß Großbritannien für den Notfall bereits Pläne zum Aufbau einer Luftbrücke in die Suezkanalzone vorbereitet habe. Die Garnison selbst soll auf einem Lebensmittellieferanten für 90 Tage ausgerüstet sein.

In den letzten drei Tagen waren Tausende von Demonstranten mit Rufen wie „Nieder mit den Engländern“ durch die Straßen Kairo gezogen. Im Gegensatz hierzu herrschte gestern, nachdem die Regierung alle Demonstrationen verboten hatte, Ruhe in der Stadt. Wie aus Kairo weiter bekannt wurde, bereitet die ägyptische Regierung einen Gesetzentwurf vor, der den britischen Generalkommandeur des anglo-ägyptischen Sudans seines Postens entziehen soll. Hierzu gab das britische

Bonn will Volkskammer antworten

Bundeskabinett prüfte ostzonale Wahl-Erklärungen — Ermutigende Fortschritte bei den deutsch-alliierten Gesprächen

Bonn. (dpa) — Bundeskanzler Dr. Adenauer wird am Mittwoch im Namen der deutschen Bundesregierung eine gesamtdeutsche Erklärung vor dem Bundestag abgeben. In der Stellungnahme der Bundesregierung sollen die letzten Erklärungen des sowjetischen Ministerpräsidenten Grotewohl und der Volkskammer beantwortet werden. Gleichzeitig beschloß das Bundeskabinett, dem Bundestag und dem Bundesrat unverzüglich einen Gesetzentwurf über die Grundsätze einer gesamtdeutschen Wahlordnung zuzuleiten.

Das Bundeskabinett wünscht so schnell wie möglich die Voraussetzungen zu schaffen, um gesamtdeutsche Wahlen zu veranstalten. Damit sollen gleichzeitig auch die Bestrebungen der Bundesregierung und des Bundestages unterstützt werden, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Das Kabinett prüfte eingehend die letzten Äußerungen Grotewohls und der Sowjetischen Volkskammer. Es vermittelte in den Erklärungen jede klare Stellungnahme zu den Vorschlägen der Bundes-

regierung und des Bundestages, unverzüglich die Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen zu schaffen. In diesem Zusammenhang verwies das Kabinett auf die Note der Bundesregierung an die Hochkommission, daß eine UNO-Kommission unverzüglich in der Sowjetzone prüfen soll, ob die demokratischen Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen gegeben seien. Dem Bundeskabinett sei bisher nicht bekannt geworden, ob die Sowjetzoneregierung eine Prüfung durch eine neutrale Kommission in ihrem Gebiet bei der sowjetischen „Besatzungsmacht“ beantragt habe.

Ferner sprach sich das Bundeskabinett gegen den Versuch aus, die gegenwärtigen Verhandlungen des Bundeskanzlers mit den Hochkommissionen über die Einbeziehung der Bundesrepublik in die europäische Gemeinschaft zu unterbrechen oder zu verzögern. Das Kabinett bezeichnete diesen Versuch als „absurd“. Die deutsch-alliierten Verhandlungen sollen in Anbetracht ihrer ermutigenden Fortschritte fortgesetzt werden.

Vor der Kabinettsitzung hatte der Präsident der Volkskammer, Diedemann, dem Bundestagspräsidenten Ehlers die Erklärung der Volkskammer über eine gesamtdeutsche Beratung übermittelt. Außerdem bat Diedemann den Bundestagspräsidenten, die Volkskammererklärung dem Bundestag baldmöglichst zur Kenntnis zu bringen.

Industrie greift SPD an

Bonn. (dpa) — Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Berg, sagte in Bonn vor der Auslands- und 30% der SPD bestanden aus gelernten Kommunisten. Die SPD setze sich aus einem vorzüglich und äußerst qualifizierten gemäßigten Flügel, der knapp drei Viertel der Mitglieder umfasse, und 30% Kommunisten zusammen, die die SPD zu ihren Zwecken mißbrauchten.

Mit dem Hinweis, daß Berg jede politische Sachkenntnis fehle, verlor ein Sprecher des SPD-Parteivorstandes auf den scharfen und erbitterten Kampf der SPD gegen den Kommunismus, Bergs Behauptungen entbehrten jeder Grundlage.

200 Bundestagsmandate rechtsungültig!

Revision des Wahlgesetzes für die erste Bundestagswahl beantragt

Bonn. (UP) — In der gestrigen Sitzung des Wahlprüfungsausschusses wurde die Rechtsungültigkeit von rund 200 Bundestagsmandaten bezweifelt. Die Anfechtung erfolgte durch eine größere Anzahl von Wählern und unabhängigen Kandidaten, in deren Namen der Verwaltungsrechtsrat v. Werder den Einspruch einlegte.

Das Wahlgesetz für die erste Bundestagswahl, so argumentierte v. Werder, verstöße gegen den in Grundgesetz festgelegten Gleichheitsgrundsatz. Das Bundeswahlgesetz lasse für die Parteien die Grundsätze der Verhältniswahl festlegen, während man dies den unabhängigen Kandidaten verweigere. Ein unabhängiger Kandidat sei eine Persönlichkeit, die sich ohne jegliche Bindung an eine Organisation oder Doktrin zur Wahl stelle, erklärte v. Werder. In den Ländern der britischen Zone und Bremen seien mehr als 3,5 Mill.

Stimmen für unabhängige Kandidaten abgegeben worden, ohne daß auch nur ein Kandidat als Abgeordneter dieser Wählerschaft im Parlament vertreten sei.

Im Namen der D.F.P. erklärte Dr. Menzel, daß der Bundestag sich in diesem Falle für unzuständig erkläre. Das Parlament könne nicht darüber entscheiden, ob Bundesrecht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Nur das Bundesverfassungsgericht könne die Entscheidung treffen, ob das Wahlgesetz gegen das Grundgesetz verstöße. Wenn das Bundesverfassungsgericht das Wahlgesetz für ungültig erkläre, sei die Bundestagswahl im gesamten Bundesgebiet ungültig.

Wieder Neutralitätsverletzung bei Kaesong

Tokio. (UP) Die Kommunisten beschuldigten erneut die UNO-Truppen, daß ein alliierter Flugzeug die neutrale Zone bei Kaesong angegriffen hätte. Die Alliierten leiteten sofort eine Untersuchung des Vorfalls ein.

Während die Verhandlungen zwischen den Kommunisten und Alliierten über die technischen Einzelheiten zur Vorbereitung der Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen erfolgreich verliefen, konnten sich beide Parteien noch nicht über die Größe des zukünftigen neutralen Raumes um Pan Mun Jon einigen.

Die Gesamtverluste der UN-Streitkräfte vom Beginn des Korea-Krieges bis zum 5. Oktober betrugen insgesamt 89.382 Mann. Davon befinden sich 13.443 Gefallene, 12.365 Vermißte und 63.574 Verwundete.

Anklageschrift gegen Auerbach in drei Wochen

Ministerpräsident Dr. Ehard als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags

München. (Eigenbericht) — Vor dem LEA-Landtagsausschuß wurde gestern Ministerpräsident Dr. Ehard vernommen. Dr. Ehard, der verurteilt wurde, bezeichnete Auerbach als eine problematische, wenn auch überflüssige und erfolgreiche Persönlichkeit. Er sprach Auerbach jegliche Befähigung zum Beamten ab und unterstellte ihm ein unerhörtes Geltungsbedürfnis. Auerbach sei von der Öffentlichkeit großgezogen worden und lange Zeit „persona grata“ bei den Amerikanern gewesen. Viel Beachtung fand die Aussage Dr. Ehard, daß er selbst bereits 1949 eine Überprüfung der Vorgänge im LEA verlangt und daß er es letztlich gewesen sei, der das Strafverfahren überhaupt in die Wege leitete. Er habe dies getan, nachdem das LEA geschlossen werden sollte.

Die amerikanische Entscheidung, die auch eine Beschuldigung und Wegerung der Akten im LEA versah, war durch eine Zeugenaussage vor dem Stuttgarter US-Distriktsgericht begründet, die auf Fälschungen im bayerischen LEA hinwies. Um großen Schaden zu vermeiden, sei dann die deutsche Staatsanwaltschaft eingeschaltet worden. Das Justizministerium habe bereits seit Jahren ein eigenes Referat bei der Staatsanwaltschaft eingerichtet, das den sich häufenden Anzeigen und Anschuldigungen gegen das LEA nachgegangen war. Dr. Ehard erklärte ferner, daß weder seine Familie noch seine Partei, weder direkt noch indirekt, von der jüdischen Wiederaufbaubank Gelder erhalten hätten. Gleichzeitig betonte er, daß er viel darum gebe, in den Besitz einer angeblich zur Zeit in der Schweiz befindlichen Liste zu gelangen, auf der 29 Namen bekannter politischer Persönlichkeiten verzeichnet sein sollten, die Gelder von diesem Institut erhielten.

Zu Beginn der Sitzung verlas Justizminister Dr. Müller eine längere Stellungnahme seines Ministeriums in der erheblichen Bedenken gegen die Vernehmung Auerbachs vorgebracht wurden. Unter anderem wurde erwähnt, daß dem Ausschuß

weder die Zeugen noch das Material in dem Umfang zur Verfügung stünden, daß ein klares Bild gewährleistet werde. Ferner sprach sich die Stellungnahme für eine Aussetzung der Untersuchung bis zum Abschluß des Gerichtsverfahrens aus. Dr. Müller erklärte hierzu, daß er keine Gefühle für die Angelegenheit habe. Im übrigen handle es sich um die Unabhängigkeit des Gerichtes und man werde zwangsläufig auf den Weg der Diktatur, wenn dieses Prinzip verletzt werde. Der Justizminister gab dann noch bekannt, daß die Anklageschrift bis in drei Wochen fertig sein werde.

Diese Feststellungen begegneten im Ausschuß erheblichen Widerstand, insbesondere deshalb, weil in der Stellungnahme, unterstützt durch Dr. Müller, festgelegt wurde, daß die Entscheidung über die Vernehmung Auerbachs vor dem Untersuchungsausschuß allein beim Untersuchungsrichter liege. Die Forderung Müllers, diese Frage durch das Plenum klären zu lassen, wurde nicht akzeptiert, jedoch beschloß der Ausschuß, beim Untersuchungsrichter Antrag auf Freigabe Auerbachs für die Vernehmung zu stellen.

Haußleiter verteidigt Frießner

München. (LB) — Landtagsabgeordneter Haußleiter (DG) erklärte vor der Presse zu den Äußerungen des ehemaligen Generals Frießner und des ehemaligen Oberleutnants Gumbel über die Widerstandskämpfer vom 20. Juli, daß die beiden zu ihren Darstellungen verpflichtet gewesen seien. In der Öffentlichkeit würde die Frage der politischen Opposition mit der Frage der militärischen Rebellion ständig durcheinandergemischt. Die DG vertrete die Auffassung, daß jeder, der einmal militärischer Rebell gewesen sei, sich später von einem Anspruch auf militärische Führungsstellen zurückhalten habe.

Soldaten und Politik

Von Winfried Martini

III. Der Verband Deutscher Soldaten

Das Wesen des „Kalten Krieges“ besteht darin, daß die Politik ständig das Risiko des „heißen“ Krieges einsetzt. Das gilt für diejenigen Staaten, deren Außenpolitik dabei aggressiv verfährt. Aber auch diejenigen, die versuchen, einen solchen Politik entgegenzusetzen, können das nur dann mit Erfolg, wenn sie gleichzeitig dieses Risiko auf sich nehmen. Mit anderen Worten: in einem ganz anderen Ausmaß als früher ist die Außenpolitik mit militärischen Fragen durchsetzt, läuft heides ineinander über, ist der Staatsmann auf den Rat des Feldherrn angewiesen. Der militärische Staatsmann ist heute ebenso gefährlich wie der politikfremde Feldherr. Wehe dem Staat, dessen Außenpolitik das nicht erkennt! Amerika geriet in die koreanischen Verwicklungen nur deswegen hinein, weil seine Außenpolitik jahrelang glaubte, sie könne der militärischen Deckung entzogen. Und die französische Außenpolitik ist dadurch gekennzeichnet, daß sie bar jeder militärischen Vernunft ist: das führt zum Plevan-Plan und es kann unmittelbar zu der Katastrophe führen, die Europa seit Jahren droht. Wenn Deutschland zwei Weltkriege verloren hat, dann war daran nicht die Generalität schuld. Schuld war die von Schwätzern und Dilettanten ohne Rücksicht auf die militärische Wirklichkeit geführte Außenpolitik, die 1914 und 1939 durch ein verfehltes Bündnisystem die Wehrmacht in eine verhängnisvolle, durch nichts zu hervorragende Leistung im Felde kaum zu überwindende Ausgangslage brachte, so daß in beiden Fällen die Niederlage von vornherein das Wahrscheinliche sein mußte. Gerade unser Volk hat am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, wenn eine Außenpolitik von militärischen Personen geführt wird. Das bedeutet nicht, daß die Führung der Politik in militärischen Händen liegen müsse. Es bedeutet aber, daß der Staatsmann mehr denn je auf die militärische Seite, die jede Außenpolitik ihrer Natur nach hat, achten muß und ihr nicht kenntnis, oder gar verständnislos gegenüberstehen darf. Ein großer Einfluß des Militärs auf das Politische bedeutet auch nicht, daß die Kriegsführung näher rückt, eher das Gegenteil. „Die Mehrheit des Militärs respektiert überall gegen mit dem „Säbel“, sagt zwar noch Bismarck. Selbst, es aber heute geworden ist, daß die internationale Politik ihre militärischen Grenzen misachtet, scheint es eher umgekehrt zu werden: die Zivilisten Hitler und Mussolini gemessen in ausschweifender Weise das „Säbelreden“, gerade weil sie sich in militärischen Fragen nicht auskannten, während „die Mehrheit des Militärs“ sich vergeblich bemühte, den Herren diese gefährliche Beschäftigung abzugewöhnen. Hitler war hatte die Generale, von denen er einmal wörtlich sagte, er müsse sie „in den Krieg hineinprügeln“.

Der militärische Staatsmann, so sagten wir, ist genau so gefährlich wie der politikfremde Feldherr. Wie gemeingefährlich auch dieser werden kann, haben wir gerade an den Ansprüchen des Generalobersten Frießner und des Obersten Gumbel vom Verband Deutscher Soldaten erlebt. Selbst wenn ihre Deutung vom 20. Juli richtig wäre: eine noch so bescheidene Kenntnis unserer außenpolitischen Lage hätte sie vor ihren Heftentzügen im Porträtallende bewahrt. Wenn die „Deutsche Soldatenzeitung“ Frießner mit der Bemerkung in Schutz zu nehmen sucht, das „deutsche Soldatenamt“ stehe vor hieser „aufrechten Männern“, und nicht hinter „Parketten“, so enthält das eine kaum überlebensbare Primitivität des Denkens: als ob der „Parketten-Mann“ wäre, als ob also dieser dann nicht mehr „aufrecht“ wäre, wenn er etwas von Außenpolitik verstünde, und als ob ein solches Verständnis ausschließlich „Parketten-Männern“ möglich wäre! Wie kindisch ist diese Auffassung des Begriffs „aufrecht“, die doch letzten Endes Klugheit mit Charakterstärke und Abwagslosigkeit mit Charakterstärke gleichsetzt. Mehr noch als das ausländische Echo setzte diese tölpelhafte Verteidigung Frießners ins Unrecht.

Vor der Gründung des VDS war ausgemacht worden, daß der Verband die Diskussionen um den 20. Juli nicht mehr aufleben sollte. Auch Frießner hatte sich dazu verpflichtet. Zweifellos hatte er mit seinen Äußerungen vor der Auslandspresse im Sinne der Vernehmung innerhalb des deutschen Soldatenums wirken wollen, indem er seine Verurteilung ausdrückte, daß objektiv unrichtig, andererseits aber subjektiv „aus Patriotismus“ gehandelt hätten. Mit Recht erklärte er, daß beide Parteien jetzt wieder miteinander gehen und der gemeinsamen Sache dienen“ müßten. Aber das Echo aus dem Kreise seiner ehemaligen Kameraden dürfte ihm wenigstens nachträglich darüber belehrt haben, daß er das Gegenteil erreicht, als er entgegen der auch von ihm anerkannten Vereinbarung das Thema in „aufrechter“ Weise aufgriff.

Der 20. Juli war ein politischer Akt gewesen, der mit militärischen Mitteln und Personen unternommen wurde. Die Sechste Erziehung der Reichswehr zur parteipolitischen Neutralität war nicht nur von dem damaligen Staat mißverstanden worden, sondern hatte — was auch Guderian in seinen höchst lesenswerten Erinnerungen beklagt — außerdem dazu geführt, daß das Offizierskorps selbst sich von der Politik schiedlich abwandte, also den engen Zusammenhang zwischen dem Militärischen und Politischen vergaß. Die Offiziere, die der Verurteilung angehörten, hatten sich auf diesen Zusammenhang besonnen, den doch gerade Seckö gelehrt hatte. Sie hatten sich vor allem auch auf ihren Fahnenfeld besonnen, dessen Formel sie nicht nur auf den „Führer“, sondern auch auf das Volk verpflichtete, das — darüber gibt es unter Verdinglichten keine

Letzte Meldungen

Stockholm. (UP) — Ein schwedischer Küstendampfer wurde gestern im Kattegat bei dichtem Nebel von einem griechischen Dampfer gerammt und ging sofort unter. Dabei kamen sechs Seelen ums Leben.

Bonn. (dpa) — Der Bundesrat billigte gestern den Regierungsentwurf eines Vertriebenenengesetzes. Er sprach sich aber gleichzeitig für erhebliche Abänderungen dieses Gesetzes aus.

Bonn. (UP) — Die Hochkommission teilte der Bundesregierung in einer Note mit, daß Vermögenswerte von Opfern des Naziregimes in einem Gesamtwert von 20 Mill. Sperrmark jetzt in das Ausland transferiert werden dürfen.

Bonn. (dpa) — Bundeskanzler Dr. Adenauer wird am Montag seine Verhandlungen mit Vertretern des DGB über wirtschafts- und sozialpolitische Fragen fortsetzen.

Kundgebung in München würdigt Kampf der Männer des 20. Juli

*Neue Zeitung
Freitag
München
d. 22. 11.
57.*

München, 11. November (NZ). — Auf einer überfüllten Kundgebung des Landesrats für Freiheit und Recht im Festsaal des Münchener Hofbräuhauses gedachten die Anwesenden am Sonntag der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Die Kundgebung stand unter dem Motto: „20. Juli, Helden oder Verräter?“

Stadtrat Franz Fackler, der die Versammlung leitete, betonte, daß eine eindeutige Stellungnahme notwendig sei, um die „Wühlmäuse“, die sich in letzter Zeit wieder bemerkbar machten, in ihre Löcher zurückzutreiben. Der Moraltheologe Professor Rupert Angermair von der Philosophisch-theologischen Hochschule Freising unterstrich aus biblischer Sicht das Recht zum Tyrannensturz, notfalls durch Tötung, sobald es sich um einen Akt der sozialen Notwehr handele. Der Soldateneid binde sich primär nicht absolut an eine Persönlichkeit, sondern an das Gemeinwohl des Volkes. Das Militär habe während des Hitlerreiches die aussichtsreichsten Möglichkeiten zu einer Verhinderung der Fortsetzung des sinnlosen Krieges gehabt. Seine Spitzen seien daher berechtigt, ja verpflichtet gewesen, in letzter Stunde zur Notwehr zu greifen.

Zur sittlichen Beurteilung der Widerstandskämpfer erklärte Professor Angermair: „Sie waren in ihrer persönlichen Ueberzeugung sauber, mutig und zum Höchsten bereit. Sie wagten ihr eigenes Leben, um das Leben von Millionen, unser Leben zu retten. Wer aber sein Leben mit soviel ehrlichen Ueberzeugungen einsetzt, um für eine Nation zu helfen, der ist kein Verräter, sondern ein Blutzuge und Held.“

Im weiteren Verlauf der Kundgebung gab Professor Alexander Graf Schenk von Stauffenberg, ein Bruder des Attentäters, einen historischen Ueberblick über die deutsche Widerstandsbewegung und betonte dabei, daß sich im Kampf gegen das Hitler-Regime Männer aus allen

Ständen und politischen Lagern zusammengefunden und gemeinsam den Opfertod erlitten hätten. Die deutsche Widerstandsbewegung sei im stillen Heldenmut stets auf sich allein angewiesen gewesen und habe dazu den Makel hochverräterischer Tätigkeit auf sich nehmen müssen.

Oberst a. D. Wolfgang Müller (Hannover), ein Mitverschworener des 20. Juli, brandmarkte in seiner Ansprache die Tätigkeit Remers und der SRP und forderte alle Soldaten auf, mit aller Macht gegen den Totalitarismus zu kämpfen. Die SRP werde demnächst in Bayern ein beleidigendes Pamphlet über den 20. Juli verbreiten und damit eine Propaganda treiben, die gleichzeitig von der KP-Presse geschürt werde. Für ihn, sagte Müller, sei ein echter Soldat nur derjenige, dem die Ehre höher als der Gehorsam stehe. Die Geister würden sich daran scheiden, ob ein neues deutsches Soldatentum im Sinne der Agitation gegen die Widerstandskämpfer, seine Tradition an Hindler und Schörner anknüpfen wolle oder an die ruhmreiche Geschichte der alten deutschen Armee, in der Ehre und Anstand höchste Pflicht gewesen seien. Wer den 20. Juli als Verrat bezeichne, gehe den Weg in die Unfreiheit. Auch die Soldaten, die heute in den Oststaaten entgegen ihrem Eid Stalin bekämpften, seien keine Verräter, sondern Helden. Der Sprecher wandte sich auch gegen alle Behauptungen über landesverräterische Tätigkeit der deutschen Abwehr, insbesondere bezeichnete er alle gegen den bayerischen Justizminister Dr. Josef Müller in diesem Zusammenhang vorgebrachten Beschuldigungen als „unverschämte Lüge“.

Die Ausführungen der Redner wurden durch langanhaltenden Beifall begrüßt. Unter den Gästen der Veranstaltung befanden sich unter anderem der stellvertretende bayerische Ministerpräsident, Staatsrat Dr. Wilhelm Högnor.

*Minister Josef Müller hat nach zuvor
lässigen ausl. Quellen aber
tatsächlich f. Ostes diese
Nachrichten nicht erreicht.*

Neue Zeitung Freitag d. 16. 11. 40.

Bergarbeiter-Streik in Frankreich dehnt sich aus

Paris, 15. November (UP). — Der Streik in den französischen Kohlengruben dehnte sich am Donnerstag weiter aus. Nach Schätzungen in Gewerkschaftskreisen stehen am Donnerstag etwa 100 000 Bergleute im Ausstand. Der Streikaufruf erging zunächst von dem kommunistischen Gewerkschaftsverband CGT, am Mittwoch schloß sich aber nach vergeblichen Einigungsversuchen mit der Regierung auch die sozialistische Gewerkschaftsvereinigung an.

Der Anlaß zu dem Aufruf wurde durch eine Verordnung der Regierung gegeben, die sich mit der unentgeltlichen Versorgung der Bergleute mit Medikamenten befaßte. Die Regierung hatte Unregelmäßigkeiten und Mißbräuche dabei festgestellt und deshalb angeordnet, daß die Versorgten 15 v. H. der Unkosten selbst zu tragen hätten. In Regierungskreisen wird befürchtet, daß sich der zunächst auf Nordfrankreich beschränkte Streik auch auf die Gruben in Lothringen und das Gebiet von St.-Etienne ausdehnen könnte.

Perón „säubert“ das argentinische Heer

Buenos Aires, 15. November (AP). — Die argentinische Regierung hat am Mittwoch durchgreifende Veränderungen im Oberkommando der Armee verkündet, während der Oberste Rat der Streitkräfte gleichzeitig bekanntgab, daß 97 Offiziere, die sich an der Militärrevolte Ende September beteiligt hatten, ausgestoßen und zum Teil zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu sechs Jahren verurteilt wurden. Der Oberkommandierende der Armee, General Angel Solari, und acht andere Generale wurden in den Ruhestand versetzt. Zum neuen Oberkommandierenden ist General Alfredo Sandres Avalos und zum Generalstabschef der Armee General Claudio Tessier ernannt worden. Unter den zu Gefängnisstrafen Verurteilten befinden sich ein Brigadegeneral, ein Major, 25 Hauptleute und ein Kapitän der Marine.

mit Maschinen desselben Typs folgen. Mit der Wendung von Düsenmaschinen auf der Transatlantikroute Europa—Amerika sei erst in 20 Jahren zu rechnen.

Dänemark untersucht Vorgeschichte der Besetzung

Kopenhagen, 15. November (UP). — Ein Ausschuß des dänischen Parlaments, der zusammengestellt worden war, um zu untersuchen, ob dänische Staatsmänner und verantwortliche Militärs in den Tagen unmittelbar vor der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen ihre Pflicht erfüllt hätten, veröffentlichte am Mittwoch amtliche Dokumente, aus denen hervorgeht, daß die dänische Regierung bereits sechs Tage vor der geplanten Invasion Kenntnis vom Plan der damaligen deutschen Führung hatte. Aus den bisherigen Untersuchungen ergibt sich folgendes Bild:

Der holländische Botschafter in Berlin wurde am 3. April 1940 von dem damaligen deutschen Oberst im Generalstab, Hans Oster, informiert, daß Dänemark und Norwegen am 9. April um 4 Uhr morgens von deutschen Streitkräften angegriffen und besetzt werden sollten. Oster bat den Botschafter, die dänische und die norwegische Regierung zu unterrichten. Die schwedischen und norwegischen Gesandten in Kopenhagen maßen diesen Meldungen nach Rücksprache mit ihren Regierungen jedoch weiter keine Bedeutung bei.

Behauptungen diesen Inhalts wurden von dem dänischen Staatssekretär O. C. Mohr bestätigt, jedoch von den beiden anderen skandinavischen Gesandten dementiert. Der schwedische Gesandte soll in Berlin im deutschen Außenamt bezüglich der Information über die Invasion vor dem 9. April vorgesprochen und damit einige Bestärkung hervorgerufen haben.

Der gleiche parlamentarische Ausschuß hat, wie dpa berichtet, nach eingehender Untersuchung festgestellt, daß Gerüchte über eine Konferenz zwischen dem ehemaligen dänischen Außenminister Dr. Munch und dem SS-Führer Himmler, bei der die Besetzung Dänemarks besprochen worden sein soll, jeder Grundlage entbehrten.

Institut

Hilfswerk 20. Juli

In die Freude über den Entschluß der Bundesregierung, dem bisher nur aus Privatmitteln gespeisten „Hilfswerk 20. Juli“ in Zukunft eine jährliche Beihilfe zur Verfügung zu stellen, mischt sich eine gewisse Bitterkeit, daß es erst der Angriffe aus bestimmten Kreisen der ehemaligen Militärs auf die Männer und Frauen der deutschen Widerstandsbewegung bedurft hat, ehe sich das Bonner Kabinett jetzt, nach mehr als zweijähriger Amtstätigkeit, zu diesem Schritt entschlossen hat. Die Polemiken, die bereits seit langem von Leuten wie Remer und seinen Gesinnungsfreunden vorgetragen wurden und denen sich in letzter Zeit, wenngleich häufig verbrämt durch eine gleichzeitige Reverenz vor dem persönlichen Mut und der charakterlichen „Unantastbarkeit“ dieser Männer, mehr und mehr führende Persönlichkeiten der neuen Soldatenblinde anschließen, laufen letzten Endes trotz aller sorgfältig formulierten Bemühungen, ihren wahren Geist zu camouflieren, auf eine Verunglimpfung nicht nur der Aktion vom 20. Juli 1944, sondern der gesamten deutschen Widerstandsbewegung gegen das nationalsozialistische Regime hinaus. Nur der Harmlose vermag sich einer Täuschung darüber hinzugeben, daß wir es hier mit einem planmäßigen Versuch zu tun haben, zielbewußt den Boden für eine neue Dolchstoßlegende zu bereiten.

Schon ehe sich in München der ehemalige Oberst Gumbel, der bis 1945 stolz auf seiner Uniform das Band des ihm von Hitler verliehenen Blutordens trug, berufen fühlte, im Namen deutscher Soldaten Betrachtungen darüber anzustellen, ob für Teilnehmer an dem Attentat gegen den Diktator in irgendwelchen neuen deutschen militärischen Verbänden Platz sein würde, waren hier und da im Ausland Stimmen laut geworden, die besorgt die Frage gestellt hatten, ob man bei der Heranziehung Deutschlands zur Verteidigung der freien Welt mit Widersprüchen gegen die Teilnehmer an dem Attentat oder ihrer Vorbereitung — so wenige von ihnen auch nur der Rache des Regimes zu entkommen vermochten — rechnen müsse. Es war daher hohe Zeit, daß die Regierung in dieser Frage endlich unmißverständlich Stellung bezog.

Abgesehen nun aber von dem Bedauern über das erstaunlich lange Zuwarten der Bonner verantwortlichen Stellen ist der Kabinettsbeschluß vom Dienstag in hohem Maße begrüßenswert. Er war deswegen — soweit es sich um die materielle Seite der Angelegenheit handelt — erforderlich, weil die im Lauf des letzten Jahres getroffenen Regelungen für Pensionen und Ruhegehälter bei weitem nicht den ganzen Kreis jener Menschen erfassen, die nach Ansicht der großen Mehrheit des deutschen Volkes Anspruch auf Witwengelder und Erziehungsbeihilfen stellen können.

Die aus Anlaß des möglichen zukünftigen deutschen Verteidigungsbeitrages ausgelösten Diskussionen vermitteln für manche Menschen mit einem kurzen Gedächtnis leicht das Bild, daß es sich bei den Teilnehmern an dem Unternehmen vom 20. Juli mehr oder weniger ausschließlich um hohe deutsche Soldaten gehandelt habe — ein Version, die Hitler und Goebbels bereits wenige Stunden nach dem Mißlingen des Attentats zu lancieren versuchten, wenn sie von einer „kleinen Clique ehrgeiziger Offiziere“ sprachen.

In Wahrheit es es ja so gewesen, daß die eigentlichen Initiatoren jener Aktion aus allen Kreisen des deutschen Volkes und ganz überwiegend aus Widerstandsgruppen von Zivilisten, führenden Männern der ehemaligen politischen Parteien, der Gewerkschaften und der beiden christlichen Kirchen kamen. Unter ihnen, bzw. unter ihren Hinterbliebenen, ihren Witwen und ihren unversorgt zurückgebliebenen Kindern, befinden sich viele, die auf Grund der bisherigen Pensions-Regelungen nirgendwo „vom Gesetz erfaßt“ werden.

Wenn sich heute die Bundesregierung bereit erklärt, durch Bereitstellung öffentlicher Mittel die Möglichkeit zu bieten, bisher aufgetretene Härten auszugleichen, so kann man hoffen, daß endlich wenigstens in allen Hinterbliebenen-Familien die größte Not behoben werden kann, die von vielen anständigen Menschen landauf landab nicht nur mit Erstaunen, sondern mit Beschämung beobachtet wurde.

Ähnlich wie in den von Bundesregierung und Bundestag ins Auge gefaßten Maßnahmen zur Versöhnung des deutschen mit dem jüdischen Volk ist indessen auch in diesem Fall die moralische Seite noch wichtiger als die materielle. Wenn man sich, wie dies in der Erklärung des Bundeskabinetts zum Ausdruck kam, auf den Standpunkt stellt, daß das deutsche Volk den Männern und Frauen vom 20. Juli — unbeschadet des Mißlingens ihrer Aktion — zutiefst verpflichtet ist, weil diese Menschen durch ihre Tat vielleicht mehr noch vor der Welt als vor ihren eigenen Landsleuten ein Beispiel aufgerichtet haben dafür, „daß nicht die Gesamtheit des deutschen Volkes dem Nationalsozialismus verfallen war“, wenn man sich beispielsweise des tiefen Respekts erinnert, mit dem Winston Churchill im Jahre 1946 im britischen Unterhaus von der Gesinnung dieser Männer sprach, dann wird man die Genugtuung verstehen, mit der alle jene Deutschen den Entschluß der Bundesregierung willkommen heißen, denen es heute mit ihrem Bekenntnis zur Demokratie und zur Menschlichkeit ernst ist.

Die Absicht der Bundesregierung, ihren Schritt vom Bundestag gutheißen zu lassen, wird den gewählten Vertretern des deutschen Volkes Gelegenheit geben, dieses Bekenntnis zur Freiheit und dieses Gefühl der Dankbarkeit für die tapferen Männer des 20. Juli widerzuspiegeln. Es dürfte kaum ein Zweifel bestehen, daß die Regierung in dieser Frage auch die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion finden wird, eine Tatsache, die manche aufrechte Mitglieder dieser Partei mit Befriedigung erfüllen wird, die es nicht begriffen haben, daß die SPD sich bisher — ebensowenig wie die Bundesregierung — veranlaßt gesehen hat, jenen hervorragenden Gliedern ihrer Partei den schuldtigen Tribut zu zollen, die mit Generalen und Diplomaten, mit Grafen und Pfarrern und christlichen Gewerkschaftlern zusammen zum engsten Führungskreis der Aktion vom 20. Juli gehörten, den Wilhelm Leuschner, Carlo Mieren-

dorf, Julius Leber, Adolf Reichwein und vielen anderen.

Im übrigen aber wird ebenso an dem großherzigen Entschluß des Bundeskabinetts wie an der von mehr oder minder berufenen Vertretern der Millionen ehemaliger Soldaten ausgelösten Polemik einmal mehr offenkundig, wie dringend es einer umfassenden und objektiven Darstellung der Geschichte der gesamten deutschen Widerstandsbewegung, die am Ende im 20. Juli gipfelte, bedarf. Man möchte meinen, daß das Münchener „Institut für Zeitgeschichte“ — bisher Institut zur Erforschung der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit — sich baldmöglichst an diese Aufgabe heranmachen sollte, damit die bewußten Verleumdungen des Wollens der deutschen Widerstandskämpfer nicht weiterhin das Andenken dieser besten Deutschen in jener Zeit in Frage zu stellen vermögen.

Auch-Patrioten

Die deutschen Kommunisten haben in den letzten Monaten ein neues Verfahren praktiziert. Angesichts der Unmöglichkeit, in der Deutschen Bundesrepublik selbst einen allgemeinen Kampf gegen die Bundesregierung entfesseln zu können, wenden sie sich an das Ausland. Das Zentralorgan der SED hat in der letzten Zeit wiederholt Aufsätze gebracht, in denen das Schreckgespenst des „deutschen Imperialismus“ vor den Völkern Westeuropas in den krassesten Farben gemalt wird. Bei diesem Versuch ist kein Mittel zu schlecht. Die Errichtung beziehungsweise Projektierung industrieller Filialbetriebe in Südafrika wurde zum Beispiel als ein Beweis dafür genommen, daß der „aggressive deutsche Imperialismus wiedererrichtet wird“. Beamte des Informationsamtes der Sowjetzonenregierung unternahmen den Versuch, industrielle Kreise Großbritanniens vor der deutschen Konkurrenz zu warnen. Ähnliche Warnungen ergingen an die Adresse Frankreichs. Indem die Kommunisten an die Ereignisse der jüngsten Geschichte, das

INTERNATIONAL ASPECTS OF THE GERMAN OPPOSITION TO HITLER

Hans Rothfels

THE VARIOUS RESISTANCE MOVEMENTS which arose in the occupied countries during the last war were all a part of international politics. In varying degrees they contributed to, or were supported by, the Grand Alliance against Hitler. Some had considerable influence upon the outcome of the struggle. It is doubtful whether such an international viewpoint is valid for the German opposition. Certainly it is not, if one considers only support from outside, or the amount of practical co-operation. And yet it is possible, and may be of broad significance, to state that the resistance movement within Germany was in important respects more international than any other; that in an exceptional way it left behind, or broke through, conventional categories of political and social thought, that is, the interests of nations and classes. To this extent it foreshadowed the situation today, when "civil" or "human," or at any rate international, fronts cut across the boundaries of states and power blocs or of mutually exclusive social systems.

A threefold factual approach to this subject may be useful. The first aspect concerns certain actions in the international or diplomatic field—actions carried out by German opposition elements before and during the war. The second has to do with the response or lack of response which these overtures found in Great Britain and especially in the United States. The third is a brief analysis of ideas and potentialities which the German opposition to Hitler adumbrated or brought to the fore and which transcend in importance any merely domestic concerns.

A more basic factual question can only be touched upon, namely, the extent and general character of actual opposition in Germany.

It is well-known that for a long time this subject was "taboo," or at best loaded with serious misconceptions. And even though the truth or part of the truth has become known in the last three or four years, it still encounters a good deal of willful obstruction—or the most effective weapon of suppression, silence. Moreover, some of the witnesses, such as Mr. Gisevius, have done more to confuse than to enlighten the student of this movement.

It seems necessary, therefore, to sum up briefly what seem to be provable facts.¹ The German opposition was not only much broader than has been generally assumed or conceded, but also more extensive than could have been expected under the conditions of a thorough police state. It moved through various stages of nonconformity: from antagonism muted by prison walls and the silence of potential opposition, from humanitarian protest and clandestine aid to victims of persecution, to sabotage and subversive activities by illegal elements, to spiritual attack upon the very essence of totalitarianism, to active planning and political resistance. In addition it can be stated that the German opposition achieved definitive form long before the war and that it reached its first climax in an attempt to prevent war. It was not the threat of defeat or, as some critics have suggested, the desire "to preserve the General Staff for World War III," which made the opposition and specifically that of its military members articulate. Some were convinced that a triumph of Hitler would be the greatest of all possible catastrophes, a triumph of "the archenemy of the whole world"; they worked to forestall this danger at a time when a German victory still seemed possible. Moreover, while the spearhead of the opposition was military, as it is bound to be under a totalitarian system, its body and soul were civilian. Although the conspiracy was directed by top men—Colonel General Beck, the former Chief of Staff, and Carl Friedrich Goerdeler, a former Lord Mayor, as well as by other high officials and the head of the socialist trade-unions, Wilhelm Leuschner, and his associates—it comprised all elements of society: labor and church, business and intellectual, aristocratic and military. In its ranks were a number of persons prepared to take over the government of Germany if the Hitler régime were overthrown. There was to be no vacuum before lawful pro-

¹ See author's *The German Opposition to Hitler* (Hinsdale, Ill. Henry Regnery Company, 1948) and the revised German edition of the same book (Krefeld, Scherpe Verlag, 1949). New material has been used in this article, as indicated in the footnotes, but some repetition could not be avoided. It may perhaps be said that to plagiarize oneself is one of the more permissible sins of the historical profession.

ASPECTS OF THE GERMAN OPPOSITION TO HITLER 177

cedures were restored. While the opposition, for obvious reasons, could not be a mass movement, it was equipped with a network of cells that reached far down into the small communities. It had a concrete program—not binding for all component elements, but one to which a broad coalition of opposition forces adhered and one that far exceeded merely negative ends.

Internationally, contacts between the German underground and the outside world were established early and maintained chiefly through exiled leaders or members of leftist and centrist parties. The Committee of Social Democrats, first in Prague and then in London—the so-called “New Beginners”—and individuals such as the ex-chancellors Joseph Wirth and Heinrich Brüning, did important liaison work. But all this was kept within narrow limits. No government in exile could be organized, nor would it have had the slightest chance of being recognized.

However, it is the “foreign policy” of the opposition within Germany with which this study is primarily concerned. Its communist branch, which set up a clandestine organization immediately after the Reichstag fire and excelled in propaganda during the early years, was in the main, of course, dependent on direction from Moscow. As long as the German communists felt sure that Hitler was working for their own ends, merely by accelerating the doom of bourgeois society, they served willingly or unwillingly as tools of a foreign government. Moreover, when the short-lived Nazi-Soviet liaison came to pass in August 1939, the close tie with Moscow forced upon the German communists—just as upon the French—a somersault from which they never fully recovered. Yet it would be unwarranted to assume, with Mr. Allen Welsh Dulles, that the communist underground in Germany came to a complete standstill or that it was all Moscow-controlled. For instance, a conspiracy existed in Berlin in 1942—the so-called “Red Chapel.” According to one testimony, more than four hundred of its members were executed, many of them intellectuals. The plotters had been in wireless contact with the Soviet Union, but there is no doubt about the genuineness of their convictions in terms of an ideally conceived communism. Additional light has been cast upon some of the leading personalities and their profoundly ethical motivations in a book called *The Last Hours*, published about a year ago by a prison chaplain in Berlin. As far as the German opposition to Hitler is concerned, it would certainly be erroneous to dismiss all those who looked for a new light and a final redemption in the revolutionary ideas of the East as mere oppor-

tunists or Quislings or gullible fellow travelers or lovers of a slave morale. This may also be said of similar views which are widely held today regarding the present situation in East Germany.

Yet it is true, of course, that the main body of the German opposition definitely looked to the West, to its political, and specifically, to its humanist and Christian traditions. Throughout 1936 and 1937 a new core of resistance gradually formed in loosely organized and overlapping groups which extended from right to left and cut across the border lines of parties, classes, and religions. "The dignity of the human personality," as one leaflet explained, was to be the rallying cry of all determined anti-Nazis. Though these men and women time and again had reason to feel "stabbed in the back" by the concessions granted or the admiration paid to Hitler from abroad, they nevertheless turned to the democratic countries in order to inform them about the real meaning and threatening character of the Nazi régime, both domestically and internationally. Goerdeler and others took a number of steps with this in mind. It was not before the critical year of 1938, however, that an action of greater scope, indeed an attempt to solve the German as well as the European crisis, was undertaken.

Initiative lay with the German Chief of Staff, Ludwig Beck, the head of the German counterintelligence, Admiral Canaris, and the Secretary of State (comparable to the Permanent Undersecretary in the British Foreign Office), Ernst von Weizsäcker. Goerdeler cooperated, and measures were taken which defy precedence in diplomatic history. The underlying assumption was one that had been clarified by a Führer Conference in November 1937 (Hossbach minutes), and by the purge of the Army and the Foreign Office in February 1938: there could be no doubt any more about Hitler's long-range war plans. Beck opposed these plans on military grounds² but also tried to make them the jumping-off-place for the overthrow of a criminal régime. He held the view, supported by Canaris—and indeed by all the evidence we have today—that the German people, just as much as any other, abhorred war. Hence the moment for disposing of Hitler would come once his dangerous course could be brought into the open. In anticipation of such a crisis plans were laid by the military to capture the Führer and put him on trial. But it also seemed necessary to contact foreign powers—especially Great Britain—so that Hitler could be publicly denounced as a warmonger, thus paving the way for the preservation of peace as well as for the *coup d'état*.

The first to appear in London as an emissary of the General Staff

² See Beck's memoranda of May 3 and 29 and July 16, 1938, in Wolfgang Foerster's, *Ein General kämpft gegen den Krieg* (Munich, 1939), pp. 81-88, 90-95, 98-105.

ASPECTS OF THE GERMAN OPPOSITION TO HITLER 179

was a private landowner, Ewald von Kleist-Schmentzien,³ who had previously been imprisoned as an ardent anti-Nazi. (He died as a victim of the régime in April 1945.) On August 18, 1938, he had a secret conversation with Baron Vansittart, the chief diplomatic adviser of the British government. Von Kleist began by stating bluntly that Hitler's war plan was all set and would be carried out after September 27. He went on to say that the generals who opposed the extreme course could not act unless they received some "encouragement and help from outside." What he suggested was a firm British commitment to fight in case of aggression against Czechoslovakia, and an appeal to the opposition in Germany. If war could be avoided, he added, this would be the "prelude to the end of the régime." In his conversation with Winston Churchill, which followed similar lines, von Kleist made the hint somewhat stronger: if the generals insisted on peace a new government would be formed within forty-eight hours. In his written answer of August 19 Churchill went as far in the desired direction as an outsider could. He depicted the horror of a general slaughter which he felt sure would be the consequence of a German attack. Although his letter to von Kleist reached the Foreign Office in Berlin and was used there,⁴ no official English step followed. The British Prime Minister, Neville Chamberlain, who was, of course, informed of the exchange by Vansittart, expressed his uneasiness in a letter to Lord Halifax on August 19. He acknowledged that von Kleist was violently anti-Hitler but he did not seem to like the idea of civil disobedience. The significant historical parallel which came to his mind was that of the "Jacobites in France in William's time." Nor did he want to commit the British Government beyond his somewhat hypothetical statement of May 28. On the other hand he did not feel sure, as he put it, "that we ought not to do something." Within the next two weeks the idea of a personal visit to Berchtesgaden crystallized in his mind.

Before that, however, a second and even more striking secret mission was undertaken. This time it originated directly within the opposition group in the Wilhelmstrasse which tried to provide the spark for the military revolt. There were two brothers Kordt in the German foreign service. The one, Erich, was a close friend of von Weizsäcker and had been "planted" in Ribbentrop's bureau; the other, Theo, was chargé d'affaires in London. On September 5 a cousin of the two brothers, Miss Susanne Simonis, was given, through Erich, a message which she had to memorize. Before leaving Berlin, she

³ See *Documents on British Foreign Policy*, Series III (II, 683 ff.); also the references, pp. 101, 125 f., and III, 366.

⁴ See *Documents on German Foreign Policy*, 1918-1945, Series D (II, 706).

stopped at Weizsäcker's house for last-minute instructions. Upon her arrival in London, Theo Kordt asked to be received by Lord Halifax in utmost secrecy. He was invited to come to the back door of No. 10 Downing Street on the night of September 7.

The message⁵ which he passed on to the British Secretary of State began with the fitting words: "Unusual times require unusual means." He was speaking, Kordt continued, not as *chargé d'affaires* but as the representative of political and military circles in Berlin that wanted to prevent war by all means. According to their best information Hitler was planning to attack Czechoslovakia. "We think," Kordt went on to say, "that giving way to Hitler's policy of force . . . would definitely mean barring the way for the return to the conceptions of honor and integrity amongst European nations." The message urged a strong and unmistakable stand by the British government. Such a declaration would probably prevent war, and this diplomatic defeat would "practically mean the downfall of the Nazi régime." "Should, however, Hitler persist in his bellicose policy," said Kordt, he could assure Lord Halifax that the political and military circles for which he was speaking would "take arms against a sea of troubles and, by opposing, end them." While the quotation from Hamlet's great monologue underlines the unusual and dramatic character of this interview, Weizsäcker's plea for an international alliance of those working for peace ended with the following clear commitment: "If a statement as required would be issued, the army leaders are prepared to act against Hitler's policy. . . ."

In fact, all military measures had been taken in Berlin and the button needed only to be pressed when Chamberlain decided to fly to Berchtesgaden. Later on, Halifax is reported to have said to Kordt: "We were not able to be as frank with you as you were with us. At the time in question we were already considering a personal initiative of Chamberlain." Once more, however, when a critical deadlock occurred after the conference of Godesberg, there seemed to be a chance to strike. Beck's successor as Chief of Staff issued orders to seize Hitler in the early hours of September 29. This time the Commander in Chief of the German Army, von Brauchitsch, also agreed to the *coup d'état*. But at midday on September 28 word came that Chamberlain and Daladier had accepted the invitation for a conference at Munich, and the whole scheme collapsed.

Whether it could have been carried out and what its success would have meant for Germany and Europe are questions that cannot be dis-

⁵ All evidence, direct and indirect, confirms the accuracy of Kordt's reconstruction of the message.

cussed here. Goerdeler in a letter to an American friend on October 11 gave an interpretation that one may find overly optimistic. Also, it is easy to understand that it was difficult for the British government not only, as Halifax pointed out, to "fight against self-determination," but to make a definite commitment which, for many reasons, it did not want to undertake and the risk of which did not seem to be counterbalanced sufficiently by the pledge of an opposition group within the enemy country. This co-operation across frontiers would have meant using very unconventional methods. But it is precisely with such a potential departure that the episode reaches its proper historical level. Here appeared a new principle in dealing with aggressive warfare which may be of utmost importance in times to come. The action of Weizsäcker was intended not only to prevent a war which Germany would lose but, as Kordt put it, "to prevent the greatest crime that had ever been committed in human history." It was meant to restore human decency in international as well as domestic affairs. And it was undertaken in a way which certainly does not correspond with what is assumed to be the submissive spirit of a bureaucratic and military caste. Rather was the claim established that universal standards ought to have precedence over professional ones.

Between September 1938 and September 1939 there followed other equally unorthodox endeavors to rouse London by revealing Hitler's and Ribbentrop's designs. Again, though not so dramatically as in the period before Munich, these warnings were coupled with a plan for a military coup. But their primary purpose was to avoid war by whatever means were available. Among the emissaries who went to London in secret were such men as Schlabrendorff, who in 1943 planted the bomb in Hitler's plane, Goerdeler, Pechel, von Trott, and von Hassell. Once more the two Kordts played an important part. Theo Kordt has testified that in 1938-39 he was in close, sometimes daily, contact with Baron Vansittart. And Lord Halifax has confirmed the fact that through Vansittart he received many messages which Erich Kordt brought from Berlin at the risk of his life. Through this channel Weizsäcker informed the British in June of the impending rapprochement between Hitler and Stalin (which would make war inevitable). When he urged an understanding with Molotov, Vansittart is said to have answered: "This time Hitler will have no chance. . . . Put your mind at ease. We are definitely concluding the agreement with the Soviet Union."⁶

It may come as a surprise to some readers that the dissenting

⁶ See Erich Kordt, *Nicht aus den Akten* (Stuttgart, 1950), pp. 313-19.

elements in the German Foreign Office placed so much confidence in a man who may be regarded as one of the "spiritual fathers" of Morgenthauism, and is the one authority who still maintains that there was never a German opposition to Hitler worth mentioning. As late as August 1948, and in spite of all evidence on record, Baron Vansittart gave to the Nuremberg court two sworn affidavits in which he not only adhered to this view but also stated specifically that he had always considered Weizsäcker as "the chief executant of Ribbentrop's policy" and that he had never received from Erich or Theo Kordt any hint of importance. It must be left to a more detailed study and a closer examination of the available sources to clarify this regrettable case of obliviousness.

Nor is this the place to go into the various diplomatic actions and peace soundings which were carried out or attempted by members of the German opposition during the war. They were mainly attempts to secure a breathing spell so that some action could be taken, or to find out what terms a post-Nazi government would be granted. Leaving aside all smaller items, as well as the memorandum presented by von Trott in Washington in December 1939, and the meeting of two German pastors with the Bishop of Chichester in Stockholm in May 1942, we may single out one major move as an example.

Of the American correspondents in Berlin, the one who undoubtedly had the best contact with the underground was Mr. Louis P. Lochner of the Associated Press. One night he was taken to a meeting of the opposition elements that formed a sort of steering committee. Among the participants were representatives of the Socialist and the Christian trade-unions, the Confessing Church, the former Centrist, Democratic, Social Democratic, and German People's political parties, and one confidant each of Canaris and Beck. They all expressed the conviction that the United States would be in the war before long. In view of such a tremendous perspective Mr. Lochner was asked to make every effort, on his return, to see President Roosevelt, to inform him personally of the movement within Germany to unseat the Nazi régime, and to get a reply from him concerning what sort of political arrangement in the Reich would be acceptable. In fact Mr. Lochner was given a code for making direct radio communication possible between the American President and the conspirators.

When, after five months of internment, Mr. Lochner returned to Washington, he tried, of course, to discharge this mission. After several attempts had failed he stated in writing exactly why he desired a personal interview. The reply which he received was negative and suggested that he desist because of the nature of his request, which was called a "most embarrassing" one. It took Mr. Lochner some time

and some catching up with the Washington atmosphere to realize that the refusal was not accidental but part of an official policy—that it reflected an attitude not only of withholding the encouragement or advice requested by the German opposition as well as rejecting an opportunity which might have led to an important contact, but an attitude according to which even a mere recognition of the fact that elements of opposition existed in Germany, able and prepared to take over the government, and the offer of more intimate information about this fact, were obviously felt to be "most embarrassing."

Here it seems appropriate to turn from the diplomatic moves of the German opposition to the Allied response. There is not the slightest doubt, and this could be borne out in detail, that diplomats and statesmen of the Western world had a fairly accurate picture of the anti-Hitler trend in Germany. This was the case long before Mr. Allen Welsh Dulles, as head of the Continental branch of OSS, went to Switzerland in November 1942 and established permanent contact with the underground. Early in the war the German opposition had supplied reliable information upon which an appraisal of its structure could be based. And their pleas for an alliance of all those who wanted real peace had reached beyond the foreign offices concerned and the men in striped pants. Churchill, for instance, had been repeatedly sought out by German emissaries and had other sources of information as well. In one broadcast, a month after Munich, he spoke of the great opportunity that might have arisen "for all the peace-loving elements in Germany and for the chiefs of the German army." If one knew of this inner front, why was its existence so embarrassing as to be more and more consistently denied?

Leaving aside the prewar period and the specific problems of the appeasement policy, there was not yet complete rigidity at the time of the Polish campaign. Chamberlain kept contact with Theo Kordt, whom Weizsäcker had moved as a liaison agent to neutral Switzerland. In a letter of October 12, 1939, the Prime Minister assured the German opposition diplomat that this was not going to be a war against the German people and that no vindictive peace was intended.⁷ Before the attacks on Norway and Denmark, and on the Lowlands and France, contacts were maintained, and in fact the German opposition supplied the Allies with most important intelligence data.⁸

⁷ See facsimile of the letter (which Theo Kordt managed to preserve) in Erich Kordt, *op. cit.*, App.

⁸ This fact was first revealed in a statement by the Dutch military attaché in Berlin, Colonel G. J. Sas. Corroboration is found in *Staten-Generaal, Tweede Kamer, Enquête-Commissie* (I, B, 115, 127, 136-7; I, C, 208-13), and in a document which the German Foreign Office itself discovered in the Hague when Holland was occupied.

But when Mr. Sumner Welles came to Berlin in February 1940, he kept strictly to official channels. And as the area of the war extended, the identification of Nazis with Germans was increasingly accentuated, until it became one of the main lines of propaganda. This, of course, helped to promote an entirely negative attitude towards the German opposition.

One can comment on this policy from various angles. One can find it understandable in view of horrible sacrifices and a life-and-death struggle. It seemed to be a dire consequence of total war. But by the same token it accorded with Hitler's propaganda and with his favorite thesis that the Allies intended to destroy Germany. In fact the two wheels drove one another. In a caustic remark in his diaries (April 24, 1943) Joseph Goebbels suggested erecting after the war a "Vansittart monument" with the inscription: "To the Englishman who helped the German cause most."

There are, of course, other factors to be considered. One is that of hesitation in terms of a cautiously calculating diplomacy. If one entered into any dealings with the German opposition, would that not endanger the Grand Alliance? Would not the Germans revive their old game of playing off the West against the East or vice versa? Such a view, however, could not possibly apply to von Trott's feelers in Washington, undertaken during the period of Nazi-Soviet co-operation. In fact, at that time President Roosevelt showed himself not unfavorably impressed with the honest and urgent suggestions of the German emissary until on the advice of Justice Frankfurter he discouraged further contact. It would appear, then, that there existed more than merely rational and diplomatic reasons for keeping aloof. Nor could the overtures through Mr. Lochner, which simply asked for advice, be mistaken as an intention of splitting the Allied front. No such tendency ever emerged in the subsequent years, although Mr. Dulles was misled by his liaison man Gisevius into suspecting such desperate tricks. Documentary evidence shows, for example, that the two German pastors who represented the opposition in its approach to the Bishop of Chichester understood very well that the Russians would have to be included, and that Berlin would have to be occupied jointly. It also shows that in the last phase those who plotted the attempt on Hitler's life, though naturally wishing to come to terms with the West first, were fully convinced that capitulation had to be total.

Thus the diplomatic angle hardly suffices to explain or justify the negative attitude, nor can a policy of "no action" be called good diplomacy by any standard. Other viewpoints, however, suggest them-

ASPECTS OF THE GERMAN OPPOSITION TO HITLER 185

selves. Were not the aristocratic and military men who certainly played an important part in the anti-Nazi conspiracy "just as bad" as Hitler's gang? However much this belief contradicted proven facts, it can be readily assumed that misgivings about the social composition of the conspiracy and certain conventional views of German history were hard to overcome. They persist today in many quarters. Thus it was that during the war an oversimplified picture of "Prussianism" and "militarism" forced thinking into a fixed pattern. The same was true regarding certain lessons that Versailles seemed to convey. They were not taken as a whole but apparently centered around one basic failure of the 1919 settlement. Versailles had not been a Carthaginian peace or a dictated peace, in the literal sense of the word. Did not the German revisionist campaign largely succeed because it could refer to certain accepted principles, such as "national self-determination," which were embodied in the so-called "Pre-Armistice Agreement"? This time, since defeat was to be "brought home," not the slightest commitment should be entered into in advance.

It was a similar attitude that made the Atlantic Charter a pathetic document and eventually was epitomized in the Casablanca Declaration of January 1943. It has been stated recently by Winston Churchill and others that the formula of "unconditional surrender" was a mere improvisation by the American President rather than a true statement of Roosevelt's considered policy;⁹ and it may have been addressed to Moscow more than to any other place. The Carthaginian peace which it implied was not actually endorsed before Mr. Morgenthau's short-lived triumph at Quebec in September 1944. However this may be, it cannot be doubted that Casablanca, by cutting off any thread of negotiation with the German opposition, had grave consequences. It "froze" Allied policy, as Mr. Dulles aptly states. He, as well as the military leaders, soon complained of the fetters which the demand for unconditional surrender imposed upon psychological warfare. Seen from the same tactical angle, the Declaration was an enormous handicap for the anti-Nazi front and a heaven-sent gift for Goebbels' propaganda machine.

This study, however, is not primarily concerned with the matter of tactical disadvantages and technical mistakes. Of course, the point could be labored that with a greater amount of flexibility the war might have come to a close much earlier—Badoglio-wise or in other

⁹ This is the opinion of Robert E. Sherwood, *Roosevelt and Hopkins* (rev. ed., New York, Harper, 1950), p. 696.

ways. And in view of the millions who were still to die—on the battlefields, in gas chambers, or in bombed cities—the importance of this point cannot be doubted. Yet there is a more fundamental problem involved of which the attitude of the Western Allies towards the German opposition is but a symptom. It is the problem, in brief, of transition from total warfare to constructive peace. One cannot help stating that the refusal to acknowledge any German partner for other purposes than unconditional surrender pointed logically to a vacuum. Or, as Mr. Harold C. Deutsch has said: "The Allied leaders, like their Nazi opponents, became victims of their own war propaganda which insisted that all Germans were in the same boat." Consequently it happened, or one may say a bitter irony of history willed, that the Western powers practically co-operated not with the German opposition but with Hitler—with his heaping of abuse upon the participants in the abortive attempt of July 20, 1944, as well as with his final aim of producing a maximum of destruction and chaos. They so nearly succeeded in this paradoxical sort of co-operation that they came close to defeating their own positive purposes.

As a matter of fact, it was not the existence, but the absence, of an anti-Nazi shadow government which at the end of the war proved to be "most embarrassing." Its original members, of course, had been killed off in the meantime. But with an official thesis and a policy of indoctrination which, for many months to come, still maintained that all Germans were basically untrustworthy, it was very difficult to activate in any way the forces which had gathered in the German opposition. A good many of the perplexities which the occupying powers had to face in Germany followed more or less logically from the negative attitude embedded in the formula of unconditional surrender—which was continued against the advice of those better informed.

With such a statement, however, the burden of the argument shifts from the diplomatic moves of the resistance and the negative response of the Allies to the third aspect—an analysis of the potentialities of the German opposition. In other words, the question inevitably arises whether or not there was any real prospect of a constructive policy to which all or most of the anti-Nazi elements would have been willing and able to contribute.

This is by its very nature a speculative question. And it is not intended that the reader be bothered with a history of the "ifs." All the plots—and there were a good many preceding July 20, 1944—fell short of the mark, mostly for accidental reasons. The historian may feel tempted to interpret this chain of failures in terms of a seemingly

underlying logic; or he may point out certain technical weaknesses because of persons inexperienced in conspiratorial methods, or the difficulty of a revolt under wartime conditions, or the influence of other adverse circumstances. He is certainly entitled to lay some stress upon the lack of physical or moral support from outside, which made the chances of the German resistance so different from that in any other country in Europe. But these considerations are hypothetical. This also applies to the question whether in case of a successful coup the shadow government would have been able to take over, whether the coalition of heterogeneous elements would have kept together, or whether the revolt would have got out of hand. There are some good reasons for answering the first and the second parts of this question with yes and the third part with no. This can be borne out to some extent—though, of course, not with anything like certainty—by referring to the body of ideas which the main groups had more or less in common and to that inner cement Goerdeler used to speak of as "the front of human decency."

Beyond such generalities the available documents give a fairly accurate picture of what the German and the European aims of the opposition were. They cannot be more than outlined here. Economic and social matters played a prominent part in the deliberations of a particularly important group, the so-called Kreisau circle which centered around Count Moltke. The circle was composed mostly of younger men, some of them aristocratic landowners, some ministers, Catholic and Protestant, some socialist leaders. They all agreed upon, and worked out in detail, a program of far-reaching reform, including the breaking-up of estates, de-cartelization, and the nationalization of key industries. They were very much aware of, and serious about, what was going on in Eastern Europe; and yet they were completely Western in their ethos, in their basic insistence on the freedom and dignity of man as well as in their fundamental opposition to any sort of totalitarianism, whether black or brown or red. They had some brushes with Goerdeler, who was slated to be chancellor; on occasion they called him a "reactionary," that is, in European terminology, a "liberal," a man still close to the ideas of the nineteenth century and of a competitive bourgeois society. These were ideals which the younger group had left behind, and thus significant differences existed in social concepts. But Goerdeler co-operated intimately with the trade union leaders; he was convinced that in any future organization labor must have an important say. In his shadow cabinet important seats were assigned to Socialists, and the Kreisau ideas worked upon him and upon others like a leaven. On the whole, one

can say that the opposition took a reconciliatory yet firm stand between Western and Eastern principles—a very progressive stand which, in view of the present crisis of ideologies and social systems, is very much worth pondering.

Politically, the area of agreement was even broader. Young and old, left and right, agreed upon principles of a conservative and decentralized democracy, with checks and balances directed against bureaucratic excess, against loopholes in the parliamentary structure which had made dictatorship possible, and against the danger of mass tyranny. Without going into the details of the constitutional drafts, it may be noted that the plans which the various groups outlined—those, for example, for the dissolution of Prussia, the subdivision of Germany into self-governing units, and the confinement of German unity to loose federative forms—were not of a negative character, not dictated merely by the resentment and particularism which are running wild today. While the men of the German opposition acknowledged that the idea of a great power in the center of Europe was forfeited and that Germany had to accept her weakness, they thought at the same time in terms of an economically viable, but culturally and politically diversified Central Europe, including, of course, a free Poland and a free Czechoslovakia. They envisaged a German federation linked with other Continental federations as well as with a world federation.

This may be regarded by the hard-boiled "realists" of our day as a beautiful dream, but the question may well be asked: who are the illusionists? The German opposition had certainly left behind one illusion, that of building from above and from outside along the lines of a "master plan." They had learned a very realistic lesson in the fundamentals of politics and human life. What primarily concerned them was, as Moltke pointed out, "less a problem of frontiers and soldiers, of top-heavy organizations or grand plans, than a question of how the picture of man can be restored in the breast of our fellow citizens." In other words, they knew that all reconstruction, nationally and internationally, was dependent on certain moral preconditions, on a common front against any sort of "robotism."

Here, then—in the moral sphere—the over-all legacy and the most important international aspect of the German opposition comes to the fore. The opposition was not composed of particularly asocial elements or professional resisters. A good many had joined its ranks because they felt ashamed of the crimes committed in Germany's name. The wish to atone was a primary impulse. Only so was it possible for religious men to bring themselves to conceive of murder

as a duty. In fact, as every prospect of reaching a bearable peace faded away, there remained among the men of the twentieth of July the one final motive of clearing the German name and freeing the world from the evil. It is in harmony with this view that the problem of moral regeneration and re-education played a large part in the ideas of the opposition. Their concrete pedagogical proposals might have had a better chance of becoming a constructive German program than those resulting from military orders. Even more important were their views regarding a second problem which the occupation authorities would have to face, a specific problem of international morality: the punishment of war criminals. Goerdeler made very definite commitments in this respect, and Moltke, an international lawyer by profession, outlined two drafts dealing with what he called the "desecrators of law." He discussed very carefully the problem of retroactive legislation and the principle of *nulla poena sine lege*. While he suggested a way of overcoming this dilemma, he stressed as strictly as possible the necessity for stern judgment and for a lawfully ordered comity of nations. But just because of this ideal, he thought, an ethical solution must be found—one which could not be interpreted as vengeance of the victors, but which clearly represented the triumph of law. A fiction of justice was, in his view, bound to have a destructive effect. While these warnings have a fatal ring today, it seems only fair to acknowledge that they do not express a vague utopianism and perfectionism but rather a very precise awareness of, and insight into, a moral crisis which neither force nor self-righteousness can solve.

A last point may be added. It has been mentioned that the German opposition labored under an exceptional difficulty inasmuch as it was the only resistance movement not aided from outside. The same holds good in another more fundamental respect. Everywhere else the fighters for liberation from foreign oppression fought also for the liberation of their fatherland and for palpable rewards in national or social terms. In contrast, the German opposition found itself in, or came gradually into, the unusual position of realizing that there was no hope left for immediate delivery and that to work for freedom was to work for defeat. Not every anti-Nazi could accept the full consequences of such a realization. But a number of individuals did so; specifically, some aristocratic and military men professed and practiced the view (one of which they are least suspected) that there was a higher and ultimate loyalty beyond the rules of national discipline or conventional patriotism. During the war they drew the last consequence of co-operation with the enemies of their country, and

many Germans prayed for defeat. The only way of solving this bitter dilemma was to substitute a positive for a negative ideal, an ideal of international morality which transcended the struggle against the Nazis or against external oppression and which was not fulfilled with the overthrow of just one régime or the removal of tyranny from just one country.

All these potentialities were more than apparent opportunities missed during and immediately after the war. They still seem to point in decisive directions. They concern problems which have stayed with us or have come to descend upon us with ever increasing weight—problems of a European and supranational organization, of the rule of law to be re-established or the chain of evil to be broken; problems of the fundamental relationship between East and West, the terms to be taken in the broad and more than geographical sense and yet not in that of the "cold war" and of a "bipolarized" world; problems, in the last analysis, of a universally human and ethical character.

1952

Frankfurter Zeitung den 10.1.1952.

"Canaris" unerwünscht.

Im Auftrage des bayr. Ministerrates hat der Staatssekretär im bayr. Kultusministerium, Prof. Eduard Brenner, der "Münchener Uraufführungsbühne e.V." mitgeteilt, daß sich das Drama "Canaris" von Arthur Müller "bei der Gefährlichkeit des Themas" nicht für die Aufführung an einer staatlichen Bühne eigne. Admiral Wilhelm Canaris, der kurz vor Kriegsende hingerichtete Chef der deutschen Abwehr, sei noch nicht lange genug tot, als daß er heute schon auf die Bühne gestellt werden könnte, sagte Prof. Brenner. Die Premiere des Stückes war für den 19. Januar angesetzt. Die Titelrolle sollte Hans Zesch-Ballot spielen.

Die in Barcelona lebende Witwe des Admirals, Frau Erika Canaris, hatte in einem Schreiben an den Vorsitzenden der "Uraufführungsbühne", Prof. Hans Gebhart, gegen die geplante Aufführung protestiert. Gebhart teilte dazu mit, Frau Canaris habe ohne Kenntnis des Stückes unterstellt, daß es das Andenken eines Verstorbenen verunglimpfe. Er und der Autor hätten ihr daraufhin geschrieben, daß diese Unterstellung nicht zutreffe. Eine vorherige Fühlungnahme Artur Müllers mit Frau Canaris sei nicht möglich gewesen, da man ihre Adresse nicht gekannt habe.

Die "Münchener Uraufführungsbühne e.V." ist eine private Gesellschaft, die die Werke zeitgenössischer deutscher Dramatiker erstmals auf die Bühne bringen will. Der bayr. Staat hat ihr einen Zuschuß gewährt und ihr einen Theaterraum zur Verfügung gestellt. Prof. Gebhart versucht gegenwärtig, eine nichtstaatliche Bühne für die Aufführung des Canaris-Dramas zu gewinnen. Da es sich bei Canaris um eine ~~historischen~~ Persönlichkeit der Zeitgeschichte handelt, kann seine Witwe nach Gebharts Ansicht nur die menschliche Bitte, nicht aber die juristische Forderung an das Theater richten, die Aufführung zu unterlassen.

Der Bayr. Justizminister Dr. Josef Müller, der gleichzeitig mit Canaris im KZ Flossenbürg inhaftiert war und ebenfalls einen Protestbrief von der Witwe erhielt, forderte daraufhin das Textbuch des Dramas an. Nach Angabe Gebharts erklärte sich der Autor bereit, das Manuskript auszuhändigen, jedoch nur zur persönlichen Prüfung. Darauf habe Dr. Müller erklärt, damit sei ihm nicht gedient, da er es auch von anderen "Fachleuten" prüfen lassen wolle.

We.

Mittwoch, 16. Januar 1952

„Canaris“ — ein Fall von Vorzensur?

Arthur Müller und Justizminister Müller zum Aufführungsverbot

München (SZ)

Bei einer Pressekonferenz im Desch-Verlag, die die Vorgänge um das Verbot der „Canaris“-Aufführung im Brunnenhoftheater erhellen sollte, gab der Autor Arthur Müller über seine Aussprache mit Justizminister Dr. Müller folgende Darstellung:

Die persönliche Besprechung des Autors mit Herrn Justizminister Dr. Müller fand am 7. 1. 1952, 13 Uhr, statt. Der Minister deutete mit einer wortlosen Geste dem Autor an, das Gespräch zu beginnen, während sich Herr Staatsanwalt Dr. Weiß neben den Autor setzte. Der Autor erkannte damit, daß es sich kaum um den vorgeschlagenen privaten Besuch handeln konnte, wollte aber, um zum Nachteil der gesamten Lage keine unangenehme Spitze aufkommen zu lassen, in diesem Moment keinen Einwand zu der Anwesenheit von Herrn Dr. Weiß erheben. Nach einer einseitigen Konversation fragte der Autor den Herrn Minister, wie er das Gespräch zu führen gedenke, denn so fortzufahren habe keinen Sinn. Daraufhin versuchte der Minister telephonisch Herrn Staatsanwalt Dr. Steinle zu erreichen. Als dies nicht gelang, erklärte der Minister ungefähr wörtlich: „Es hat gar keinen Sinn, hier allgemeine „Schmonzes“ zu reden. Haben Sie das Manuskript bei sich?“ Auf die bejahende Antwort des Autors sagte der Minister: „Geben Sie das Manuskript heraus, ich habe mit Ihnen sonst nichts zu sprechen. Ich werde das Manuskript sofort an Frau Canaris sowie an Herrn John (Bundesverfassungsgericht) und

an die Herren Oster und Lahusen weitergeben. Wir haben uns darüber hinaus in keinem Punkte zu unterhalten.“

Aus einem Schreiben des Kultusministers vom 14. 1. an den Leiter der Uraufführungsbühne zitieren wir nachstehenden Satz: „Der Gedanke der Uraufführungsbühne wird vom Kultusministerium nach wie vor für gut und richtig gehalten und daher ist auch an eine Zurückziehung des bereits gewährten Zuschusses nicht gedacht. Ich würde es aber außerordentlich bedauern, wenn die Uraufführungsbühne eine Entwicklung nähme, die zu einer Trübung des Verhältnisses zur Staatsregierung führen und damit für die Zukunft eine Überprüfung der Zuschußgewährung notwendig machen könnte.“

Justizminister Dr. Josef Müller erklärte der SZ, zu diesen Vorgängen befragt, er habe bei der Unterredung mit dem Autor die Auffassung vertreten, daß eine Persönlichkeit wie Canaris, der 1945 als Opfer der Diktatur gehenkt wurde, nicht zum Objekt eines Phantasieproduktes gemacht werden könne. Das Textbuch habe ihm der Autor nicht vorgelegt, so daß er seinen Eindruck von dem Stück aus der Erzählung Arthur Müllers habe gewinnen müssen. Ebenso habe es der Autor abgelehnt, den Personen, deren Angehörige in dem Bühnenstück vorkommen, ein Textbuch zur Begutachtung zugehen zu lassen. Er sei deshalb zu der Auffassung gekommen, daß sich das Stück nicht für eine Aufführung auf einer staatlichen Bühne eigne.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Canaris-Drama ohne Sensation

URAUFFÜHRUNG IM MÜNCHENER LÖWENFILMTHEATER

Der Admiral Canaris gehört zu den geheimnisvollsten Persönlichkeiten, die unsere Epoche hervorgebracht hat. Niemand kann mit Sicherheit sagen, wie er gewesen ist und was er beabsichtigt hat. Nur eines steht fest: Die Titelfigur in Arthur Müllers Schauspiel hat nicht die geringste Ähnlichkeit mit ihm. Das Stück heißt bei der nach dramatischen Vorspielen, massiven Angriffen und deutlichen Abführen endlich gestarteten Uraufführung „Der Admiral“ — und das kann man gelten lassen. Es hieß, es vor Jahren entstand und jetzt angekündigt wurde, schlechtweg „Canaris“ — und das hat die Proteste veranlaßt. Dabei ging es um die Frage, ob es Gesetz, Takt und Geschmack zulassen, eine historische Persönlichkeit der jüngsten Vergangenheit auf die Bühne zu bringen. Die Frage war, wie sich bald zeigt, falsch gestellt; sie müßte lauten: Ist es Arthur Müller, einstmals Falckenbergs Entdeckung, gelungen, ein Drama zu schaffen, historische Schemen zu beleben, einen Konflikt zu gestalten? Nein, es ist ihm nicht gelungen. Er hat 21 Bilder geschrieben, locker verknüpfte Szenen mit Figuren und Dialogen, die zuweilen an die Realität erinnern, manchmal um das Sinnbildliche ringen und meistens in ihrer unverbundenen Mischung der direkten Aussage und der pathetischen Ueberhöhung blaß und langweilig werden. Ersetzt man, nach Kerrs bewährtem Rezept, die bekannten Namen aus der Geschichte durch die unverbindlichen Benennungen Schulze, Meier, Lehmann, bleibt von den Personen und der Fabel wenig übrig. Im zweiten Teil, wenn der Admiral mit verblüffender Naivität und mit zweifelhaften Motiven sein mehrfaches Spiel treibt, gibt es ein paar dramatische Ansätze, aber dann versickert alles wieder, wird gewichtslos und gestallt.

Die Münchener Uraufführungsbühne, die in einem Hause des Staatstheaters wochenlang probieren, dann aber dort nicht spielen durfte, mußte sich später in den primitiven Verhältnissen des Löwenfilmtheaters, der ehemaligen Schaubude, einrichten. Sie tat es, unter Eduard Wiemuths Regie, mit anerkennungswerter Bemühung. Die eingeblendeten Filmstreifen und die Geräuschkulissen, die die schwache Dramaturgie aufmöbeln sollten, litten unter der technischen Unzulänglichkeit; und der Schluß im Gefängnis, die Kerkerzene des Admirals mit Bibelsprüchen und goldstarrer Verwirrung, rief den schüchternen Widerspruch einiger Zuschauer hervor. Die anderen, ein beachtliches Publikum von Köpfen und Künstlern, erkannten die Arbeit der Schauspieler an, die es nicht leicht hatten.

Wenn auch dieses erste Experiment nicht geglückt war, so ist doch die Absicht der neuen Bühnengemeinschaft mitten im temperamentlosen Münchener Theaterleben dankbar anzuerkennen.

Hans Zesch-Ballot versuchte, mit Einzelzügen einen Menschen zusammenzusetzen,

mußte sich aber mit militärisch-straffen Umrissen begnügen. Charlotte Kerr hatte für eine Liebeshandlung herzuhalten, die vom kleinen Moritz und aus einem Drehbuch stammte. Alwin Michael Rufflers Rolle hieß Heydrich und gab Anlaß zu einigen begabten, aber unmotivierten schauspielerischen Exerzitien. Die Darsteller, der Regisseur und der Autor, durften sich unter dem freundlichen Beifall verbeugen, der diese ganz unsensationalen Uraufführung beschloß. — Den größten Erfolg aber errang der — nicht anwesende — bayrische Justizminister Josef Müller, dessen Attacke gegen das Stück und den Verfasser besondere Erwartungen erregt hatten. 66.

„Tänzer vom Broadway“

Wie vor gut zwei Jahrzehnten, da sie gemeinsam zur Höhe des Starrruhms emporstiegen, entzückten Ginger Rogers und Fred Astaire — nach längerer Pause wieder einmal als (Film-) Ehepaar zu sehen — durch Gelöstheit, Verve und Frische ihres exakten Zusammenspiels, mit dem sie selbst einem in urältesten Lustspielgleisen dahinfahrenden amerikanischen „Musical“ noch eine Fülle tänzerischer Glanzlichter abzugewinnen verstehen. Mal heiter bis grotesk, mal sentimental tanzen und singen sie sich durch eine Reihe farbig hübsch aufgemachter Revueszenen hindurch. Im „verhexten Schuhladen“ — neben ihrer Schattenparodie die wohl originellste Nummer — wird geschickt der Sprung ins Surreale gewagt, die Kamera läßt die Schuhe von den Regalen springen und einen wilden Hexensabbat um den hilflosen Verkäufer herum vollführen. Was sich nicht durch optische Tricks herbeizaubern läßt, bringt Astaires großartige Körperbeherrschung und Mimik zuwege: die ungelenke Starrheit des jungen Mannes, der unversehens in so ein verhextes Paar Schuhe hineingeschlüpft ist und ihrem wahnwitzigen Rhythmus nicht folgen kann (sie scheinen buchstäblich unter ihm weg zu tanzen!), der Ausdruck irren Erstaunens, mit dem er am Ende zusammenbricht.

Da die „Barkleys of Broadway“ (wie der Originaltitel lautet) in diesem Film eine jener Künstlerehen führen, die auf der Bühne reibungslos verlaufen als im Privatleben, zehrt die dünnblättrige Handlung zur Gänze von den komischen Ausbruchversuchen der sich „zu Höherem berufen“ fühlenden Mrs. Barkley. Erst nachdem sie sich in der Rolle der jungen Sarah Bernhardt auf einer „richtigen“ Bühne versucht hat, kommt sie (und mit ihr das Publikum) zu der Erkenntnis, daß Ginger Rogers beim besten Willen keine große Schauspielerin ist. Re.

„Kleine Fische für Miranda“

Das politische Buch

Emigranten in der Heimat

„In Deutschland lebte eine Opposition, die durch ihre Opfer und durch eine entnervende internationale Politik immer schwächer wurde, aber zu dem Edelsten und Größten gehört, was in der politischen Geschichte aller Völker je hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne eine Hilfe von innen oder außen — einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens.“

Worte, mit denen Winston Churchill im Jahre 1946 vor dem britischen Unterhaus den Männern des deutschen Widerstandes seinen Respekt bezeugte, sind inzwischen zahllose Male zitiert worden, wenn von dem Willen und dem Tun, wenn von dem Mut und der hohen Gesinnung, und wenn von den Opfern der deutschen Widerstandsbewegung die Rede war. Wenn einmal die große zusammenfassende Geschichte des Kampfes deutscher Frauen und Männer gegen Hitler und sein Regime geschrieben werden wird, so sollte man ihr diese Worte des britischen Kriegspremiers voranstellen zum Beweise, daß das Sinnen und Trachten und Handeln dieser Menschen, wenngleich ihm scheinbar der Erfolg versagt geblieben ist, endlich doch nicht nur sinnvoll, sondern auch erfolgreich war, weil es der Welt bewiesen hat, daß auch in jenen dunklen zwölf Jahren in Deutschland der Sinn für Recht und für Freiheit, für Menschlichkeit und für Nächstenliebe nicht ausgestorben war.

Je größer der Abstand von den Jahren des Naziregimes und seinem Ende wird, um so nachteiliger macht es sich bemerkbar, daß die Geschichte des deutschen Widerstandes bislang nicht geschrieben wurde. Die Zahl der Einzelheiten über Persönlichkeiten oder kleinen Gruppen, die irgendwann einmal in jenen zwölf Jahren die Erhebung gegen die Diktatur geplant oder auch unternommen haben, nimmt ständig zu; indessen fehlt mit Ausnahme des frühen Versuches von Rudolf Pechel — der selber die in den damaligen Zeitumständen begründete Unvollständigkeit seiner Arbeit kennt — auch noch heute, sieben Jahre nach Kriegsende und acht Jahre nach jenem größten Aufstandsversuch im Juli 1944 die große Zusammenfassung alles dessen, was den Namen echten Widerstandes verdient, ja es fehlt sogar bis heute auch nur eine zusammenfassende Darstellung alles dessen, was zum 20. Juli gehörte. (Läge hier nicht eine dringende Aufgabe für das Münchener „Institut für Zeitgeschichte“? Stimmt es, daß ein bekannter älterer deutscher Historiker, der zum Kuratorium dieses Instituts gehört, sich diese Aufgabe „vorbehalten“ hat, wegen anderweitiger Abhaltungen aber über die Vorarbeiten noch gar nicht hinausgekommen ist?)

Zwei Gründe sind es, die die alsbaldige zusammenfassende Darstellung der deutschen Widerstandsbewegung geboten erscheinen lassen: Einmal mehrten sich — es wäre falsch, vor dieser Tatsache die Augen zu verschließen — die Angriffe auf lebende und tote deutsche Menschen, die in jenen Jahren dem Ruf ihres Gewissens folgten und aus Abscheu vor geschehenem Unrecht oder zur Verhütung geplanten Unrechts den Weg in den Widerstand fanden. Mögen sich auch etwa in Braunschweig ein Staatsanwalt und ein Richter gefunden haben, die die Taten jener aufrechten Menschen in das rechte Licht zu rücken vermochten, so zeigen doch die wiederkehrenden Verleumdungen eines Romer und seiner Spießgesellen, die auf nichts anderes hinaus als auf die Etablierung einer neuen Dolchstoßlegende, oder auch die von persönlich interessierter Seite lancierten und von einer demokratischen Partei bereitwillig aufgegriffenen Landesverrats-Beziehungen gegen einen damals amtierenden deutschen Länderminister, wie notwendig es ist, den sittlichen Standort jener „Rebellen“ gegen das Böse und die Motive ihres Tuns einmal in einer grundsätzlichen Darstellung aufzuzeigen.

Zum anderen aber mehrten sich in gleicher Weise Berichte von oder über Persönlichkeiten, die irgendwann einmal in einem meist sehr späten Stadium des Krieges die Hoffnungslosigkeit eines siegreichen Endes des Blutvergießens erkannt und sich aus dem zweifellos höchst aner kennenswerten Wunsche heraus, die Folgen der unausweichlichen Niederlage zu mildern, zu irgendwelchen Handlungen wider die herrschende Staatsgewalt entschlossen haben. Wäh-

rend so auf der einen Seite die Motive der wirklichen Widerstandskämpfer entstellt und verleumdet werden, ersticht hier auf der anderen Seite die Gefahr, daß eine Vermischung zwischen dem Widerstand aus echter ethischer Verantwortung, aus der Auflehnung des Gewissens, mit jenem anderen „Widerstand“, der allein im Verstand und in der besseren Kenntnis der Zusammenhänge gründete, zu einem historisch gänzlich falschen Bild führt.

In die Reihe der Veröffentlichungen, die zu einer solchen Verzeichnung des wirklichen Bildes beizutragen drohen, gehört die unlängst erschienene Broschüre „Verräter oder Patrioten“ von Karl Strölin¹⁾, der von 1933 bis 1945 nationalsozialistischer Oberbürgermeister von Stuttgart war. Der Verfasser schildert in dieser Schrift, die den Untertitel „Der 20. Juli 1944 und das Recht auf Widerstand“ trägt, seine Tätigkeit als Verbindungsmann zwischen dem früheren Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler, den man mit Recht als einen der führenden Köpfe der deutschen Widerstandsbewegung bezeichnet, und dem damals an der Invasionsfront in Frankreich eingesetzten Generalfeldmarschall Erwin Rommel. So sehr sich auch Strölin bemüht, seine Überzeugung von der grundsätzlichen Notwendigkeit zum Ausdruck zu bringen, das Recht und die Freiheit des Individuums in Deutschland wiederherzustellen und die begangenen Ver-

brechen zu sühnen — er kann doch nicht verbergen, daß sein Entschluß, an einer Verschwörung gegen Hitler teilzunehmen, im Grunde allein aus der Erkenntnis resultiert, daß Deutschland den Krieg gegen die Uebermacht seiner Feinde nicht gewinnen kann.

Es besteht kein Anlaß, an seiner Mitteilung zu zweifeln, daß ihm diese Erkenntnis bereits vor Ausbruch des Krieges gekommen ist und daß er bereits damals darüber und über die Möglichkeit, den Kriegsausbruch zu verhüten, mit Goerdeler im Gedankenaustausch gestanden hat. Bekanntlich hat auch ein Göring im Sommer 1939 erhebliche Zweifel an einem in seinen Augen glücklichen Ausgang des Krieges gehabt — bekanntlich hat auch er in jenen letzten Augusttagen beträchtliche Anstrengungen gemacht, zu einem friedlichen „Arrangement“ mit den Briten und mit den Polen zu gelangen. Trotzdem bezieht sich die eingangs erwähnte Reverenz Winston Churchills gewiß nicht auf Göring, und wir haben den Eindruck, daß sie auch in der Strölin'schen Schrift fehl am Platze ist. Männer wie Strölin und Rommel — und auch Neurath, der ebenfalls in den Kreis ihrer Ueberlegungen einbezogen war — mögen sich der persönlichen Gefahr, in die sie sich begaben, voll bewußt gewesen sein; sie mögen, soweit sie wirklich zum Handeln entschlossen waren, auch das letzte, ihr Leben, einzusetzen bereit gewesen sein; niemals aber dürfen sie verwechselt werden mit denen, die aus ihrer sittlichen Verantwortung, die aus ihrem christlichen Gewissen heraus von Anbeginn und ohne Schwanken bis zu ihrem Lebensende die entschiedenen Gegner Hitlers sein mußten, weil sie, wie es einer von ihnen, Hans v. Haften, dem Volksgerichtshofpräsidenten Freisler ins Gesicht gesagt hat, in ihm die Inkarnation des Bösen sahen.

Eugen Bolz und Ernst von Harnack

Ueber zwei von diesen Männern des wirklichen Widerstandes, die den Weg bis zum Galgen oder unter das Fallbeil zu Ende gingen, sind im Lauf des letzten Jahres Biographien erschienen: ein dickes Buch über den württembergischen katholischen Staatsmann Eugen Bolz²⁾ und ein kleines Gedenkhft über den sozialistischen Politiker Ernst von Harnack³⁾. Diese beiden Bücher sind überaus verschieden voneinander. Der Verfasser des einen, Max Müller, hat sich die Aufgabe gestellt, dem Zentrumspolitiker und langjährigen Staatspräsidenten von Württemberg, dem leidenschaftlichen Diener am Recht und dem gläubigen Katholiken Bolz für die Nachwelt ein Denkmal zu setzen, in dem seine Mitarbeit im deutschen Widerstand nicht mehr denn eine letzte Etappe in seinem etappenreichen Leben und — eine Selbstverständlichkeit ist. Der Verfasser des anderen, Axel v. Harnack, schildert in einer ungemein persönlichen Weise — als wende er sich in erster Linie an die nächste Familie und sodann höchstens noch an den großen Kreis der Freunde des Hauses Harnack — wie sein Bruder heranwuchs, wie er sich für den Sozialismus entschied, wie er seinen Beruf — er war preußischer Verwaltungsbeamter und zuletzt Regierungspräsident von Merseburg, bis ihn der damalige Reichskanzler von Papen nach seinem verfassungswidrigen Eingriff in Preußen absetzte — mit einer gradezu künstlerischen Passion hingeeben war, und wie er dann, mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie Eugen Bolz, sofort in Widerstand zu den neuen Gewalt-habern geriet — einmal, weil das Recht ihm heilig war, und zum anderen, weil seine jüdischen Mitbürger seine Nächsten blieben.

Für diese beiden Männer gilt, was der Bruder über Ernst von Harnack schreibt: „Er sah im Nationalsozialismus, mit seinem Rassenwahn, die Hybris, den schrankenlosen Uebermut und Hochmut, den die Griechen für die Haupt- und Todsünde der Menschen, für die schwerste Schuld überhaupt hielten; und er vermehrte in ihm die Humanitas, die Menschlichkeit, der alles Lebendige heilig und schützenswert ist, und die Ehrfurcht vor dem nach Gottes Ebenbilde geschaffenen Menschenbilde hat.“

Im Unterschied zu jenen Strölins und Rommels und Neuraths und all den vielen Widerstandskämpfern der letzten Stunde, deren „Eintritt in die Widerstandsbewegung“ sich fast kalendermäßig danach belegen läßt, wann ihnen auf Grund der ihnen in ihren hohen Stellungen zugänglichen amtlichen Informationen die Erkenntnis von der Unausweichlichkeit der Niederlage kam, sind Männer wie Bolz und Harnack niemals, seit der Nationalsozialismus die alleinige Macht erobert hatte, etwas anderes als Widerstandskämpfer gewesen. Gegner waren sie,

weil sie Christen, weil sie Humanisten, weil sie Demokraten waren, weil sie — beide Juristen — sich nie Herren, weil sie sich immer Diener des Rechts wußten. Kämpfer waren sie, weil sie — so beschreibt Axel v. Harnack sie treffend — wie Egmont von der Wahrheit des Wortes durchdrungen waren: „Der ist schon tot, der um seiner Sicherheit willen lebt.“

Für beide hat es niemals während des „Dritten Reiches“ die Frage gegeben, ob etwas erlaubt sei; sie handelten zu jeder Stunde nach dem, was ihr Gewissen ihnen befahl. Und handelten damit ständig im Widerstand. Wenn sie beide in späteren Jahren mit anderen Männern des Widerstandes in engere Verbindung traten und mit ihnen gemeinsam über eine Wendung der deutschen Dinge nachdachten und sich an Plänen für eine gewaltsame Wendung beteiligten, so war dies alles nicht mehr denn die konsequente Fortsetzung ihrer Haltung seit 1933. Kein Wort scheint die Haltung dieser beiden Männer besser zu kennzeichnen als die Feststellung Axel von Harnacks über seinen Bruder: „Er erschien den Seinen in der stolzen Haltung des Emigranten in der Heimat.“

J. v. K.

¹⁾ Karl Strölin „Verräter oder Patrioten — Der 20. Juli 1944 und das Recht auf Widerstand“, Friedrich Vorwerk Verlag, Stuttgart, 1952, 48 Seiten, DM 1,80.

²⁾ Max Müller „Eugen Bolz — Staatsmann und Bekenner“, Schockenverlag, Stuttgart, 1951, 564 Seiten, DM 16,—.

³⁾ Axel von Harnack „Ernst von Harnack (1888 bis 1945) — ein Kämpfer für Deutschlands Zukunft“, Neckar-Verlag-Herbert Holtzhafer GmbH, Schwabingen a. N., 1951, 78 Seiten, DM 4,—.

Chicago

Ruhe vor dem zw

Die Ruhe hier ist trügerisch. Denn die Republikaner ihres Koffer ger schon die Demokraten für ihr an. Die Hoteliers sehen es m rum denn weinen, wenn w wenn an der nächsten E steht — hieß es in e steht nicht nur an der da. Am Schwarzen P verkündete als Richard B. Ru zu einer „O Stock d

"Die Zeit", zum 20. Juli 1952

Stiftung „Hilfswerk 20. Juli 1944“
Geschäftsstelle: Nürten-Hardenberg
Vorderhaus

Auflehnung gegen den Helden.

Jedes Volk hat seine spezifische Art, geschichtliche Ereignisse in Legenden und Symbole umzusetzen, und gewiß weicht oft am Ende die Legende erheblich von dem eigentlichen Geschehen ab. Sicher aber ist in Deutschland die Verfälschung noch nie so groß gewesen wie hinsichtlich der Ereignisse des 20. Juli. Wer denkt heute noch daran, daß zwei Botschafter damals im Aufstand gegen Hitler ihr Leben ließen, daß unter den Hingerichteten fast alle großen Namen der preußischen Geschichte vertreten waren - nicht als Soldaten, sondern als höhere Beamte oder unabhängige Privatleute? Niemand! - Man tut, als sei das Ganze ausschließlich eine Angelegenheit von Berufs-Offizieren gewesen und in den Kreisen der ehemaligen Soldaten ist die Erinnerung an diesen Tag mittlerweile zu einer Art Gesinnungs-Probe auf den Treue-Eid geworden. Die Stellungnahme für und gegen aber ist genau so fervent, wie damals. Dabei ist es nicht etwa so wie in jenen Tagen, in denen sich die Nazis und die Nicht-Nazis gegenüber standen - nein, so einfach ist es heute nicht mehr. Wie kann es zu dieser seltsamen Entwicklung gekommen sein?

Als die Alliierten in Deutschland einmarschierten und dann über die Deutschen zu Gericht saßen, da taten sie dies unter völlig falschen Voraussetzungen. Sie stellten nämlich ganz einfach die Forderung auf, jeder Deutsche hätte zum Märtyrer werden müssen. Heroismus ist aber nun einmal nicht die Lebensform des Durchschnitt-Bürgers, und zwar in keinem Lande der Welt. Heldentum als Norm zu verlangen, ist einfach absurd. Anstatt jene echten Helden vom 20. Juli zu ehren, hat man damals alle diejenigen, die nicht ebenso gehandelt hatten, als Feiglinge und Schuldige verunglimpft. Kein Wunder, daß die, die weder feige noch schuldig, aber im Sinne des 20. Juli auch keine Helden waren, zunächst Unwillen und allmählich ein wachsendes Ressentiment gegen diejenigen empfanden, die ihnen unberechtigter Weise zum Maßstab gesetzt wurden.

Unberechtigt schon darum, weil ja auch zum Aushalten auf verlorenem Posten Tapferkeit und Ueberwindung gehörte. Schließlich ging es bei den Soldaten doch um den Konflikt zwischen Eid und Gewissen. Dem einen galt die Treue als das Wichtigste, dem andern das, was Kant "das moralische Gesetz in uns" nannte. Die einen meinten, ihr Vaterland zu schützen, die andern wollten die Seele ihres Volkes bewahren. Wer will sagen, daß die eine oder die andere Verhältnungsweise falsch, oder gar sträflich war? Es gibt dafür keine Maxime. Diese höchst persönliche, gewissermaßen letzte Frage, ließ sich nicht an Hand der Heeresdienst-Vorschrift entscheiden. Denn, und das sollte man nicht vergessen, es handelt sich ja damals, in jener Zeit nicht um eine normale, vorhersehbare und sich jederzeit wiederholende Situation, sondern um einen Ausnahmefall. Nämlich darum, daß das Staatsoberhaupt, dem das Wohl des Staates anvertraut ist, anstatt diesen Staat zu schützen, ihn innerlich zersetzt hat, also selbst zum Verräter wurde. Und in diesem Moment, und das ist eben der Sonderfall, setzt das Recht - vielleicht könnte man sogar sagen, die Pflicht - des Bürgers ein, den Staat gegen den Ursupator zu schützen. Wer sich hierzu entschloß, der ist jedenfalls im moralischen Sinne nicht des Verrats schuldig geworden, auch wenn er juristisch wegen Hochverrats zur Rechenschaft gezogen wurde.

Hochverrat, so hieß damals die Anklage - "Landesverrat" heißt heute das Stichwort. das als "Festerepropaganda gegen den 20. Juli aus-

II.

gestreut wurde. Wer ist denn eigentlich ein Landesverräter? Sind die Deutschen, die innerhalb oder außerhalb der Sowjetzone das Regime der Pieck und Grotewohl bekämpfen, Landesverräter? Und wie ist es mit den Russen, den Ukrainern, die dem Stalinschen System entronnen sind und die alles daran setzen, es zu stützen und sei es auch mit Hilfe anderer Völker. Und schließlich die Sudeten-Deutschen? Waren sie verräter, weil sie dem tschechischen Staat keine Loyalität zollten. Man könnte vielleicht einwenden, daß jener Staat ihnen zufällig aufgezwungen worden sei, sie sich aber "volkstummäßig" zu ihren deutschen Brüdern zugehörig fühlten. Dieser biologische Einwand aber ist so faden-scheinig, daß nicht einmal Hitler sich seiner bediente; auch hat er seine Ansprüche auf das Sudetenland stets mit Rechtsargumenten (Unterdrückung, Rechtsbeugung....) begründet. In einer Zeit, in der der Staat, selbst der demokratische Staat, eine Macht ausübt, die man sich noch vor ein paar Jahrzehnten kaum vorstellen konnte und in der der totale Staat seine Macht zur Knechtung und Vernichtung von Millionen von Menschen mißbraucht, sind die Maßstäbe des 19. Jahrhunderts nicht mehr adäquat, Landesverrat im totalitären Regime ist ein Tatbestand, den man in jener Epoche, in der Knigges Umgang mit Menschen geschrieben wurde, sich noch nicht vorstellen konnte. Diejenigen aber, die im Hinblick auf Nürnberg mit Recht darauf hinwiesen, daß die Haager Landkriegs-Ordnung im totalen Krieg nicht mehr der entsprechende Maßstab sei, sind gewöhnlich diejenigen, die angesichts des 20. Juli am lautesten die These vom Landesverrat verkünden.

Wer sich damals entschloß, den Staat und das Vaterland vor dem Usurpator zu retten, ist nicht des Verrats schuldig geworden. Und wer sich nicht dazu entschloß, sondern bis zum letzten aushielt, den darf gewiß niemand schmähen. Merkwürdig, oder vielleicht bezeichnend, bleibt nur dies, daß keiner von denen, die dem Gewissen gehorchten und den Eid preisgaben, den Stab bricht über die, die zu ihrem Eid standen; daß man aber umgekehrt immer wieder Agitatoren findet, die jene anderen verdammen - vielleicht weil sie ihnen im Innersten ihre souveräne Unabhängigkeit und Größe neiden. Und es gehörte Größe dazu, das eigene Leben, die Sicherheit der Familie, Besitz und Namen aufs Spiel zu setzen und all dies ohne Auftrag, ohne äußere Verpflichtung, allein aus dem Gefühl innerer moralischer Verpflichtung.

Marion Gräfin Dönhoff

Schlußbilanz einer Diktatur

Verbrecherische Rechtsprechung im Dritten Reich — Mehr als 30 000 Hinrichtungen / Von Walter Hammer

Wer den furchtbaren Geschehnissen jener zwölf Höllenjahre nachgeht und sich um zuverlässige Daten bemüht, wird sich recht schnell zu dem schmerzlichen Eingeständnis bequemen müssen, daß auf den bisher üblich gewordenen Wegen nicht mehr viel festzustellen ist, weil die wichtigsten Unterlagen fehlen. Es bedarf schneller und gründlicher Forschung, um zunächst wenigstens noch zu befriedigenden Teilergebnissen zu gelangen, denn mit geradezu teuflischer Boshaftigkeit waren ja der „rasende Roland“ (der Blutrichter Freisler vom sog. Volksgericht) und gleichwürdige Figuren im Bereiche der Militärjustiz darauf bedacht, Todesurteile am laufenden Band zu verhängen, aber nicht nur die tapferen und besonnenen Widersacher der Gewalt Herrschaft wirtschaftlich und physisch zu vernichten, sondern auch alle Spuren einer verbrecherischen Rechtsprechung zu tilgen, wie man ja auch schon sämtliche Akten über das Massaker vom 30. Juni 34 unverzüglich systematisch vernichtet hatte.

Sämtliche politischen Prozesse starteten als „Geheime Reichssache“. Alle Akten mußten an die Justizbehörde zurückgegeben werden (auch von den Verteidigern); nur selten einmal wollte es gelingen, Anklageschriften herauszuschmuggeln und Urteilsbegründungen in Sicherheit zu bringen. Kaum, daß sich der Zusammenbruch des Hitlerkartellhauses unverkennbar ankündigte, wurde Weisung gegeben, alle das verbrecherische Regime belastenden Akten zu vernichten. Man weiß, wie fieberhaft gründlich diese Arbeit in den Ministerien, bei der Polizei und bei den Gerichten, in den Strafanstalten und Konzentrationslagern erledigt wurde. Ein Uebrigtes taten die Zerstörungen und Feuersbrünste, die der Krieg an und für sich mit sich brachte, ferner die Eingriffe von freigekommenen Kriminellen, die wie besessen darauf ausgingen, Gerichtsakten zu vernichten, aus denen ihre Vorstrafen, ihre Gaunereien und Gewalttaten, nicht selten auch ihre schurkischen Verästelungen zu ersehen waren. Was all diesen vernichtenden Einflüssen noch entging, blieb zunächst ohne Schutz, wurde von frierenden Flüchtlingen in seinem historischen Wert unterschätzt und arglos verbrannt, zum Teil aber auch verschleppt und so der allgemeinen historischen Forschung entzogen. Der infolgedessen zu beklagende Mangel an brauchbaren und beweiskräftigen Unterlagen, an Urkunden und Dokumenten, wirkt um so verhängnisvoller, als weiteste Kreise des deutschen Volkes sich sogar heute noch ängstlich oder böswillig sträuben, die furchtbaren Geschehnisse der zwölf Hitlerjahre auch nur zur Kenntnis zu nehmen, vielmehr alles daran setzen, die Spuren vollends zu tilgen und die oft genug mitverschuldeten Verheerungen vergessen zu machen. So also steht man vor einer außerordentlich schwierigen Aufgabe, wenn man gewissenhaft zu Werk gehen und der Nachwelt genaue Daten vermitteln will.

Hessen die Todesurteile ganz abgeschafft hatte, wie man ja auch gegenwärtig in der Bundesrepublik, getreu dem Grundgesetz, auf Todesurteile verzichtet. Wenn man zur Statistik seine Zuflucht nimmt, muß man vor allem berücksichtigen, daß ursprünglich nur Mörder zum Tode verurteilt worden sind, und daß nur in ganz besonders schlimmen Fällen das Urteil vollstreckt wurde. Auch in der Hitlerzeit überwogen zunächst noch die Kriminellen bei den Hinrichtungen, doch artete das Geschäft des Henkers mehr und mehr zu reinem politischen Mord aus; oft genug war ein kriminelles Delikt lediglich ein billiger Vorwand zur Beseitigung des politischen Gegners. Man muß sich der Drohungen Hitlers und seiner Komplizen erinnern, die dem Pöbel versprochen hatten, der Hanfindustrie Auftrieb zu geben und dazu auch noch Köpfe rollen zu lassen. Kaum, daß Hitler das deutsche Volk Anfang 1933 überwältigt hatte, gab er auch schon 20 Guillotinen in Auftrag, die in der Schlosserei des Gefängnisses Tegel hergestellt werden mußten, das Handbeil genügte nicht mehr, und in der Nacht vom 6. zum 7. September 1933 durfte man in Plötzensee nicht auf Ersatz für die von Fliegern beschädigte Guillotine warten; 186 Gefangene wurden deshalb aufgehängt — in einer einzigen Nacht!

Zu Anfang der zwanziger Jahre kam es in Deutschland immer noch zu 100 und einigen mehr Todesurteilen, wovon durchschnittlich aber nur jedes sechste vollstreckt wurde. In den letzten acht Jahren vor Hitler gab es nur noch ganz wenige Hinrichtungen, aber dann ging es sprunghaft aufwärts: Nach 1933 ließ man ohne Scheu Köpfe rollen. Blieben in den ersten Jahren die politischen Opfer noch hinter den Kriminellen zurück, so überwogen später die politischen Justizmorde bei weitem.

Jahr	Todesurteile	Hinrichtungen
1937	86	86
1938	99	99
1939	143	143
1940	306	306
1941	1292	1146
1942	3680	3393
1943	5336	5684
1944	5478	5764

Aus dem Jahre 1945 waren keine Zahlen mehr zu erlangen, was die Gesamtstatistik also lückenhaft werden läßt.

Bei den hier aufgeführten Zahlen ist zu berücksichtigen, daß auch Mörder und ähnliche Übeltäter, die man in normalen Zeiten auch in andern Ländern für todeswürdig hielt, mit einbezogen waren, doch machten sie nur ganz wenige Prozent aus. Gleichwohl wurden alle von der zivilen Justiz zum Tode Verurteilten auch in der Hitlerzeit weiter im sog. Mordregister geführt und zwar im damaligen Reichsjustizministerium. Es erhielt seinen Namen in jenen alten Tagen, als man nur Mörder hinzurichten pflegte. Es bewahrte diesen Namen auch in der Hitlerzeit, der dann allerdings einen fatalen Beigeschmack bekam, denn nun wurden ja auch jene Toten, mitregistriert, die von der Hitlerjustiz er-

Die Toten von Brandenburg

Vom 22. August 1940 bis 20. April 1945 wurden insgesamt hingerichtet 2042
Davon waren Opfer ihrer politischen oder religiösen Überzeugung rund 1807

A. Im eigentlichen Sinn Politische	1056	vom Gutsbesitzer bis zum Landarbeiter	
davon Hochverrat . . .	498	6. Forscher u. Gelehrte . . .	51
Wehrkraftzerstörung	558	davon 6 Universitätsprofessoren, 23 Ärzte und Apotheker, je 6 Chemiker und Studienräte	
B. Militärische Delikte . .	654	7. Künstler	49
hierunter: Kriegsdienstverweigerung, ideeller Landesverrat, Feindbegünstigung u. dergleichen		Malers, Dichter, Musiker und Komponisten	
C. Halbpolitische	97	8. Hohe Beamte, Parlamentarier, Diplomaten	38
davon kraft nationalsozialistischer Ausnahmegesetze	27	9. Berufssoldaten	35
unbekannt und (wie etwa „Ehebruchs“) schwer zu klassifizieren	8	10. Schüler u. Studenten	22
D. Kriminelle	234	11. Geistliche	21
davon Diebe und Betrüger	139	davon 19 katholisch	
Räuber, Mörder und Brandstifter	95	12. Redakteure u. Journalisten	12
Ein knappes Drittel waren Ausländer		13. Beruf unbekannt	31
Berufliche Gliederung der 1807 politischen Opfer:			
1. Arbeiter und Handwerker vom Werkmeister bis zum Lehrling, überwiegend hochqualifizierte Fachkräfte	755	Höchstzahl am 14. August 1944	
2. Techniker, Ingenieure, Architekten, Baumeister . .	363	42 Hinrichtungen in Abständen von zwei Minuten	
3. Angestellte u. Beamte . .	234	Einer der Hingerichteten war blind	
4. Unternehmer, Industrielle und Kaufleute	97	Einer hatte keine Beine.	
5. Bauern u. Gärtner	79	Brüder waren dabei, sechsmal Vater und Sohn	
		Zwanzig Jahre und darunter waren 75	
		Der Jüngste war sechzehn, mehrere waren siebzehn und achtzehn Jahre alt	
		Sechzig Jahre u. darüber waren 78	
		Bei der letzten Hinrichtung am 20. April 1945 wurden noch 28 Todes-kandidaten hingerichtet, lauter po-litische Gegner der Hitleryrannie	

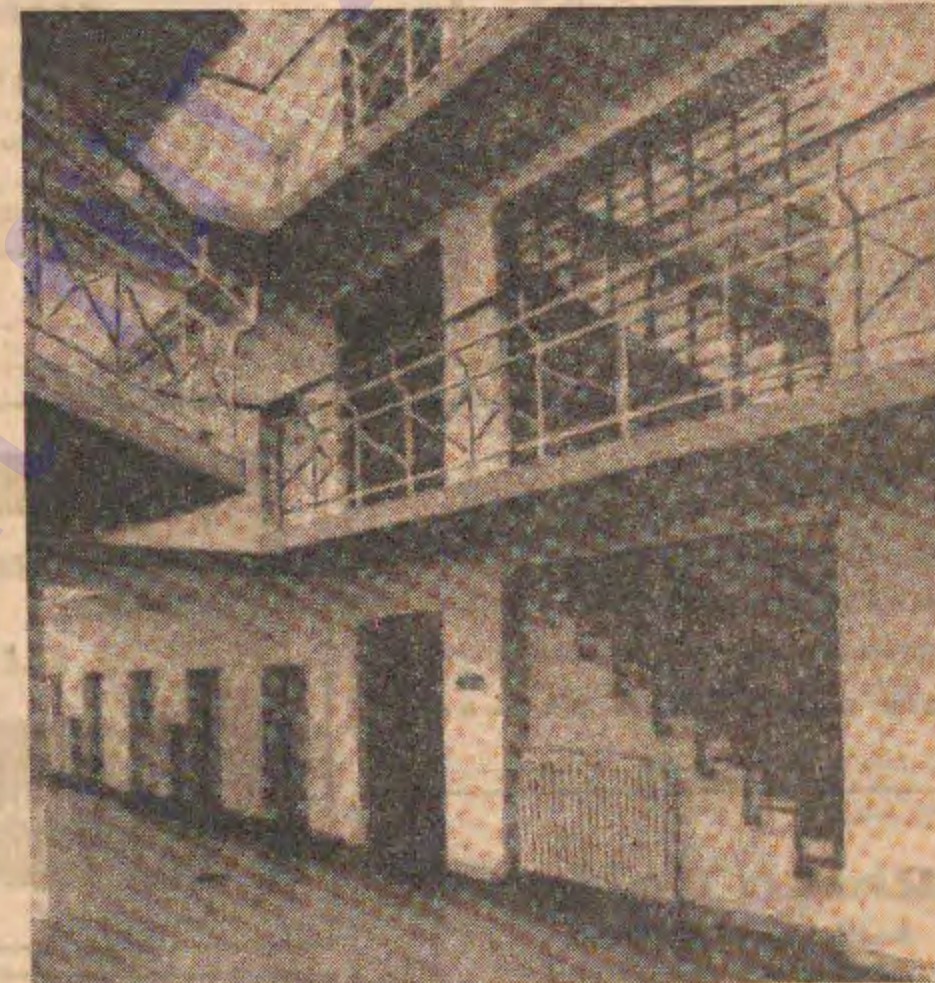
Höchstzahl am 14. August 1944
42 Hinrichtungen in Abständen von zwei Minuten
Einer der Hingerichteten war blind
Einer hatte keine Beine
Brüder waren dabei, sechsmal Vater und Sohn
Zwanzig Jahre und darunter waren 75
Der Jüngste war sechzehn, mehrere waren siebzehn und achtzehn Jahre alt
Sechzig Jahre u. darüber waren 78
Bei der letzten Hinrichtung am 20. April 1945 wurden noch 28 Todes-kandidaten hingerichtet, lauter politische Gegner der Hitlerherrschaft.

Die Schuldigen erneut im Vordergrund

Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß die Schuldigen an einem Blutbad ohne historische Analogie sich wieder raffiniert und schamlos in den Vordergrund zu spielen wissen, herumstolzieren, als wäre nichts geschehen, eifrig darauf bedacht, die Sachverhalte zu vertuschen und die Geschichte zu verfälschen. Sie scheuen kaum noch davor zurück, die Praktiken der Gestapo und der Blutgerichte fortzusetzen. Die durch Folter erpressten Geständnisse sollen als bare Münze wieder in Umlauf gebracht werden und zur Diffamierung der zur Strecke Gebrachten noch über ihren Tod hinaus mißbraucht werden. Um solchem Unfug zu steuern, wird man alle erreichbaren und ersatznehmende Literatur auswerten müssen, um das Bild des tatsächlich Geschehenen mosaikartig zu rekonstruieren. Fürs erste hat man es mit einem bloßen Torso zu tun, weshalb alle überlebenden Kampfgefährten und alle Hinterbliebenen nicht oft und ernstlich genug ermahnt werden können, diese Forschung zu unterstützen und sich zu der Einsicht zu bequemen, daß es sich bei einem Opfertod während der Hitlerzeit keineswegs bloß um ein rein privates Mißgeschick gehandelt hat, daß vielmehr jedes Opfer seinen tiefen Sinn und eine welthistorische Bedeutung hatte, weshalb wir keinem einzigen unserer Toten seinen verdienten Helden- und Märtyrerruhm vorenthalten dürfen. Auch zunächst nur geringfügig erscheinende Bekundungen sind oft geeignet, große Gedächtnislücken unserer Zeit zu schließen, die sonst unausgefüllt bleiben müßten. Viele Kreise und Gruppen der Hitlerabwehr sind so vollständig zerschlagen worden, daß überhaupt keine Zeugen mehr etwas zu berichten wissen. Auch viele Einzelne sind spurlos verschwunden, viele Tapfere, denen ebenfalls der Dank und der Ruhm der Nachwelt gebührt hätte und für welche in die Annalen der Weltgeschichte stellvertretend die Namen jener Bevorzugten eingehen müssen, die noch nicht vergessen worden sind. (Und die sind schon in der Minderheit!)

Industrialisierter Mord

Im Laufe des Hitlerkrieges hatte man sich förmlich an astronomisch anmutende Zahlen gewöhnt. Alles war „gigantisch“, „kolossal“, „einmalig“. Millionen Juden wurden hingerichtet, „abgespritzt“ und vergast in Auschwitz, Lublin und in vielen weiteren Todesmühlen, ausgerottet wie Ungeziefer. Zu Hunderttausenden kamen Menschen aus ganz Europa in den Konzentrationslagern elend ums Leben, Zehntausende wurden von Stand- und anderen Militärgerichten in den Tod geschickt, nicht zu reden von den Tausenden, die schon 1933 und in den Jahren zuvor totgeschlagen und erstochen worden waren. Ein breiter Strom von Blut floß durch Hitlers Drittes Reich. Aber die „nur“ ungefähr 30 000 Hinrichtungen, die auf Grund von Urteilen des Volksgerichts, der Sondergerichte und der Militärjustiz vollzogen worden sind, bilden doch ein besonders grausiges Kapitel, denn die Hinrichtungen geschahen ja nicht etwa wie in den Zeiten der französischen Revolution öffentlich und mit der Möglichkeit, sich noch mit Worten der Anklage und des Bekenntnisses an die Zuschauer dieses grausigen Schauspiel zu wenden, sondern ganz insgeheim, sozusagen in Menschenschlachthäusern,



Hinter den Zuchthausmauern, eingepfercht in die Zellen, harrten Tausende Widerstandskämpfer im Dritten Reich der Vollziehung des Todesurteils entgegen, das eine terroristische Justiz gefällt hatte. Unser Bild zeigt die kalten Gänge des Zuchthaus Brandenburg-Goerden, in dem 2 042 Menschen ihre letzten Stunden verbrachten.

Foto: Archiv

mordet wurden. Dieses Mordregister ist vielfach als Geschichtsquelle überschätzt worden. In ihm fehlen nämlich ganz jene in der Hitlerzeit so zahlreichen Hinrichtungen ohne formelles Urteil und die vielen während des Krieges von Militärgerichten ausgesprochenen Todesurteile, die in den letzten Jahren der Hitlerherrschaft sogar überwogen haben dürften, da ja beinahe jeder zweite Mann Soldat war und der Militärgerichtsbarkeit unterstand. Es ist bekannt geworden, daß schon bis Juli 1944 9323 Soldaten aller Chargen standrechtlich erschossen worden waren. Für den Rest des Krieges kann man sich auf genaue Daten nicht mehr stützen, doch geht man wahrscheinlich in der Schätzung nicht fehl, daß zu jenen 9523 noch so viele standrechtlich erschossene oder erhängte

Soldaten gekommen sind, daß insgesamt von 20 000 deutschen Opfern der Militärjustiz gesprochen werden kann. Das Mordregister, das nicht nur Todesurteile, Hinrichtungen und Begnadigungen vermerkte, sondern auch in knappen Zügen die Gründe für das Todesurteil festhielt, weiß uns zu ver-raten, daß von 1933 bis 1944 13 405 Todesurteile verkündet und davon 11 881 vollzogen worden sind. Wenn man jene zuvor genannten 20 000 Hingerichteten der Militärjustiz hinzunimmt und schätzungsweise annimmt, daß es im Jahre 1945 noch zu weiteren 700—800 Hinrichtungen auf Grund von Todesurteilen ziviler Gerichte gekommen sein mag, dann wird man der Wahrheit sehr nahekommen, wenn man die Gesamtzahl der Hinrichtungen auf 32 500 beziffert.

Sonderfall Brandenburg

Während die Unterlagen im übrigen verloren gingen oder vernichtet wurden, war es mir nach der Befreiung des Zuchthaus Brandenburg möglich, noch in letzter Minute aus dem Gerümpel eine vollständige Zugangliste und einige aufschlußreiche Register zu reiten, aus denen sich nicht nur beweiskräftig ergab, ob der einzelne Gefangene als Krimineller zu gelten hatte oder ob er aus ehrenwerten politischen Motiven verurteilt worden war, nein, diese geretteten Papiere erlaubten es auch, eine Statistik aufzumachen, die den Vorzug genießt, gut fundiert und zuverlässig errechnet worden zu sein.

Bei den politischen Hinrichtungen der Hitlerjustiz standen Brandenburg mit 1807 und Plötzensee mit 1785 an der Spitze. Wobei noch zu berücksichtigen ist, daß eine scharfe Abgrenzung zwischen Politischen und Kriminellen bisweilen schwer fällt, denn oft genug war ja ein kriminelles Delikt bloß vorgeschützt, um den politischen Gegner zu treffen. Wie es bei einer Verurteilung wegen Landesverrats auch oft fragwürdig blieb, ob es sich da um die Schurkenta eines käuflichen Subjek-

tes oder um die Ueberzeugungstat aus anständigen politischen Motiven handelte.

In Brandenburg hat sich die Zahl der politischen Hinrichtungen von Jahr zu Jahr ungefähr verdoppelt:

1940	53
1941	84
1942	202
1943	464
1944/45	1004

Im Vertrauen darauf, daß für die von der Hitlerjustiz in den Tod Geschickten das Vorrecht der Exterritorialität in Anspruch genommen werden konnte, war für Brandenburg (hierzu besonders prädestiniert erscheinend) eine Gedenkstätte in Aussicht genommen, ein Mahnmal für kommende Jahrhunderte, welches ergänzt werden sollte durch ein zentrales Archiv der Widerstandsbewegung und durch ein Museum, für welches bereits an die 600 große Porträts von Hingerichteten aller oppositionellen politischen und religiösen Gruppen eingehandelt bereithalten. Da den die Ostzone jetzt beherrschenden Gewalten (noch viel weniger allerdings der russischen Schutzmacht) an einer allen betroffenen Richtungen in gleicher Weise gerechtwerdenden Toten Ehrung und einer redlichen Geschichtsforschung weniger gelegen war, als an einer Glorifizierung von Kollaborateuren zu Gunsten des Kreml, mußte dieses vielversprechende Werk noch kurz vor seiner Vollendung scheitern. So bleibt nun die Strafanstalt Plötzensee die einzige Stätte östlich des Eisernen Vorhangs, die es erlaubt, aller Opfer der Hitlerjustiz ehrend zu gedenken, nicht nur der in Plötzensee, sondern auch in Brandenburg, Dresden, Breslau, Halle, Königsberg, Kattowitz, Danzig und Weimar Hingerichteten, nicht zu vergessen jene Hunderttausende, die in Buchenwald, Sachsenhausen und den vielen anderen Konzentrationslagern elend ums Leben gekommenen, in Erinnerung aber auch an jene ebenfalls recht Zahlreichen, die in den Zuchthausanstalten nicht nur Brandenburgs, sondern auch Luckaus, Waldheims, Briegs, Gollnows usw. umgekommen sind. Und auch ihrer sei zum Schluß gedacht, die den Hitlerhöllen zwar entkamen, dann aber noch Opfer einer anderen Gewalt Herrschaft wurden, die in einem abgeschweiften Teil Deutschlands das unselige Erbe Hitlers angetreten hat.

Hinrichtungen des Jahres 1944

Für die Fabriken des Todes, in denen die von Hitler bestellten Guillotinen ihr blutiges Werk vollbringen mußten, konnten für das Jahr 1944 genaue Zahlen errechnet werden, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß die Opfer der Militärjustiz in Torgau, Tegel, Spandau usw. noch nicht einbezogen worden sind.

Brandenburg	906
Plötzensee	593
Prag	592
Dresden	548
Posen	422
München	382
Wien	331
Breslau	318
Halle	262
Königsberg	234
Dortmund	155
Köln	153
Frankfurt	138
Hamburg	129
Wolfenbüttel	129
Kattowitz	112
Stuttgart	104
Graz	85
Danzig	79
Weimar	49
Bruchsal	43

5904

DS/A-29105-134



Plötzensee — Symbol des Terrors

In dem oben abgebildeten Raum fanden fast 2000 von der Terror-Justiz des Dritten Reiches verurteilte Menschen den Tod durch die Guillotine oder den Strang. Im Hintergrund die Haken, an denen die Opfer des 20. Juli erhängt wurden. I

Dienst an der Wahrheit

ZS/R-29 / 85 - 132

Von Walter Hammer

I.

Es stimmt schon, daß Hitler befohlen hatte, die Männer des 20. Juli aufzuhängen: „Ich will sie aufgehängt sehen wie Schlachtvieh“. Auch diesem „Führerbefehl“ ist entsprochen worden. Der „Führer“ hat sich auch selber davon überzeugen können, als er sich nämlich mehrfach in seinem Privatkino den Film vorführen ließ, der auf seine Veranlassung hergestellt worden ist und der auch heute noch in einigen Exemplaren zur Verfügung steht. Angefangen von dem jämmerlichen Forensischen Schauspiel mit dem „rasenden Roland“ als teuflischen Spötter bis zum Todeskampf am Galgen (wovon nur der frühere Württembergische Staatspräsident Dr. Eugen Bolz ausgenommen blieb, der den zweifelhaften Vorzug genoß, unter dem Fallboil zu sterben).

In Büchern und Zeitschriften ist viel von dieser Hinrichtungsmethode die Rede gewesen. Mißverständlich wurden die acht Fleischerhaken erwähnt, woran in Plötzensee die zum Strang Verurteilten aufgehängt wurden. Aus Sensationsgier und ähnlichen verabscheuungswürdigen Motiven hat sich in weitesten Kreisen die Auffassung durchgesetzt, daß die Delinquenten ohne Benutzung eines Strickes aufgehängt worden seien, als ob man sie am Kinn unmittelbar an diese Fleischerhaken gehängt hätte.

Es ist entsetzlich genug, daß es einer Verbrecherbande nicht verwehrt werden konnte, deutsche Männer, die uns heute bitter fehlen, Persönlichkeiten von hervorragender Leistung und vorzüglichem Charakter, Träger berühmter Namen, Wahrer einer in manchen Zügen wahrlich auch vom Gegner geschätzten Tradition, umgebracht werden durften, „wie Schlachtvieh“: die Moltke und Yorck, Stauffenberg und Schulenburg, Harnack und

Planck, um nur einige zu nennen. Indessen gebietet die Wahrhaftigkeit und Gewissenhaftigkeit, an dieser Stelle mit einer Korrektur einzugreifen.

Professor Dr. H. Stieve, Leiter des Anatomischen Institutes der Berliner Universität, der wie kein Zweiter berufen ist, hierüber Gültiges zu bekunden, da seinem Institut sämtliche Leichen der in Berlin Hingerichteten zur Verfügung gestellt worden sind, widerspricht auf das Entschiedenste der weitverbreiteten Version, daß den zu Erhängenden die Fleischerhaken ins Kinn eingebohrt worden seien. Die Unglücklichen haben sich also tatsächlich nicht unter furchtbaren Qualen langsam zu Tode zappeln müssen. Jeder Mediziner wird überdies bestätigen können, daß der Schmerz der Erhängten nur kurze Zeit währt, weil das Bewußtsein schwindet, sobald durch den Strick die Blutzufuhr zum Gehirn aufhört. Dies sei betont, nicht etwa zur Bagatellisierung des ungeheuerlichen Geschehens, sondern rein im Dienste der historischen Wahrheit und zum

Trost der Hinterbliebenen. Zu deren Beruhigung kann weiter noch geltend gemacht werden, daß Geheimrat Dr. Stieve die Leichen aller Politischen ohne weiteres einäschern ließ und lediglich die Leichen Krimineller den Lehrzwecken der Anatomie zur Verfügung stellte.

Bekanntlich hatte Hitler ebenfalls veranlaßt, daß die Urnen der wegen des 20. Juli Hingerichteten beim Justizminister Dr. Thierack abgeliefert werden mußten, der sie dann verschwinden ließ und sie angeblich unauffällig an irgendeiner Waldlichtung beizusetzen pflegte, wenn er zum Wochenende auf sein Gut im Kreise Teltow fuhr. Geheimrat Dr. Stieve, der selber nahe Freunde unter den Hingerichteten wußte, hat sich auch dadurch sehr verdient gemacht, daß er für die Beisetzung der meisten Urnen auf dem Friedhof in Marzahn sorgte, wo sie allerdings durch Fliegerbomben zum Teil, doch noch vernichtet worden sind. So fehlt es beinahe allen Angehörigen der Opfer vom 20. Juli an einer Möglichkeit, ihrer Lieben an Gräbern zu gedenken. Deshalb werden gerade sie es dankbar begrüßen, daß jetzt in Plötzensee eine Gedenkstätte geschaffen worden ist, zu der sie pilgern können, um ihrer Toten zu gedenken. Und ihr Schmerz wird sicher gemildert sein durch die tröstliche Zusicherung, die Professor Dr. Stieve gegeben hat.

*

Nachwort: Als diese Worte schon geschrieben waren, wurde am 6. September der Tod von Prof. Dr. Stieve bekanntgegeben. Eines seiner letzten Anliegen scheint es gewesen zu sein, den oben geschilderten Sachverhalt klarzustellen. Dies ehrt ganz besonders das Andenken an diesen verdienten Gelehrten, dem alle Hinterbliebenen von Politisch-Hingerichteten Dank übers Grab hinaus schulden.

„DIE TOTEN VON PLÖTZENSEE

VON WALTER HAMMER

Es waren 1785 Politische, auf die es allein ankam. Während sich für Brandenburg die Zahl der aus politischen oder religiösen Gründen Hingerichteten einigermaßen genau mit 807 berechnen lassen, klaffen hinsichtlich Plötzensees manche Lücken, die durch Schätzungen ausgefüllt werden mußten, doch dürfte man mit 1785 der Wahrheit sehr nahe kommen. Zu- nächst sind Sterberegister, worauf man sich in Brandenburg stützen konnte, fehlen leider; auch private Aufzeichnungen, die Aufschlüsse hätten geben können, gerieten in Verlust, so beispielsweise die Totenliste des hochverdienenden katholischen Gefängnis- wärters, des jetzigen Domkapitulars Peter Buchholz, der sich die Namen aller Hingerichteten notiert hatte.

Man wähnt, bloß einen Kriminal- film vor sich ablaufen zu sehen, wenn man Jahr um Jahr diesen grausigen Geschehnissen nachgeht und den Tau- enden von Tragödien auf den Grund zu kommen versucht. Aber es war blutige Wirklichkeit. Soweit genaue Zahlen noch zugänglich waren, kann es erwiesen gelten, daß allein im Jahre 1943 in Plötzensee nicht weniger als 1785 Männer und Frauen hinge- richtet worden sind, und daß es im September 1943 dort zu einem Massen- mord gekommen ist, dessen Grausig- keit kaum noch zu fassen ist. Im Haus

burg einbrach, sämtliche politische Gefangenen in Zehnerrgruppen aus den Zellen herausgeholt und erschossen. Es waren da 685.

Will man in seiner ganzen Tragweite begreifen, was in der Strafanstalt Plötzensee geschah, dann muß man noch berücksichtigen, daß es ganz in der Nähe noch zwei weitere Haftan- stalten gab, in denen ebenfalls Todes- kandidaten ihrer Hinrichtung entge- gensahen: Tegel und Spandau. Es liegen noch keine genauen Zahlen vor, wieviele Soldaten aller Chargen und ebenfalls von Militärgerichten verurteilte Zivilisten von Spandau aus in die Murellenschlucht und von Tegel her auf die Schießstände in der Jungfernheide geführt und dort er- schossen worden sind. Es kann sein, daß ihre Zahl die der in Plötzensee Geköpften und Erhängten noch über- trifft. Was aber einen besonders tiefen Schatten auf Plötzensee wirft, das waren die nicht weniger als 268 Hin- richtungen von Frauen, wovon 191 aus politischen oder religiösen Gründen den Tod erleiden mußten. In den beiden letzten Jahren gehörten an die 50 Ehepaare zu den Hingerichteten, ohne daß es Mann und Frau gestattet wor- den wäre, wenigstens noch voneinan- der Abschied zu nehmen. Erwähnt seien Regierungsrat Granget und seine Frau aus Karlsruhe und der als

auch Millionen andere Mütter ähnlich gemeint, aber vielleicht mit etwas mehr Diplomatie ausgedrückt hätten. Be- kanntlich gehörte zu den in Plötzensee hingerichteten Frauen auch Elisabeth von Thadden; weniger bekannt ge- worden ist es, daß dort auch eine Schwester des Schriftstellers Erich Ma- ria Remarque wegen Beleidigung des „Führers“ ihr Leben ließ. Gleich ihr wurden auch die beiden Schwestern Maria und Antonie Schweickert aus München von Nachbarn denunziert, weshalb sie noch Anfang 1945 das Schafott besteigen mußten.

Aber auch Kinder und Greise wur- den in Plötzensee „zu Tode gebracht“; der Jüngste der dort Hingerichteten war erst 14½ Jahre alt und der Älte- ste 82 Jahre. Am 27. Oktober 1942 wurde hier auch der 17jährige Helmut Hübner umgebracht, den man in Hamburg zum Tode verurteilte, weil er Auslandsdeutscher gehöre und ärger- liche Nachrichten verbreitet habe. Auch sonst mußten, wie in Brandenburg, so auch in Plötzensee, viele blutjunge Menschen ihr Leben lassen, von denen lediglich noch vier namentlich erwähn- ten, stellvertretend zugleich für hun- dert andere. Schon am 4. Juni 1937 wurde der Student Helmut Hirsch aus Stuttgart hingerichtet, weil er Hit- ler — leider vergebens — nach dem Leben getrachtet haben soll. Der aus München stammende Student Manfred Cammerer, dem die Flucht nach Prag geglückt war, wurde dort von der Gestapo verhaftet und, vom sog. Volksgericht zum Tode verurteilt, am 15. Oktober 1942 in Plötzensee hinge- richtet. Erst 19 Jahre alt, mußte der Student Horst Heilmann, zwei Tage vor Weihnachten im Jahre 1942, sein Leben am Galgen beenden. Am 3. Sep- tember 1943, einen Tag vor der schon geschilderten Massenerhängung wurde der Medizinstudent Freiherr Arnd von Wedekind, ein strenggläubiger evangelischer Christ, in Plötzen- see unter das Fallbeil geschickt. Ge- dacht sei in diesem Zusammenhang auch jener Pazifisten, die aus religiö- sen Gründen den Kriegsdienst ver- weigerten, unter ihnen besonders zahl- reich die sogenannten Bibelforscher, Männer wie Frauen. Schon im Juli 1940 mußte ein verdientes Mitglied des Versöhnungsbundes, das sich beharr- lich weigerte, Waffen zu tragen, der Marineoffizier Dr. Hermann Stühr, sein Leben beenden, ebenfalls im Menschenschlachthaus von Plötzensee.

Wie oft haben doch bloße Bagatel- len zu einem Todesurteil geführt. So mußte ein Kaufmann unter die staat- lich bestellten Mörder fallen, weil er aus gutem Herzen sein Brot mit französischen Gefangenen zu teilen pflegte. Mehrfach mußten Mann und Frau ihr Leben lassen wegen des to- deswürdigen Verbrechens, gemeinsam ausländische Sender abgehört zu ha- ben. Auch Vater und Sohn, Brüder und Schwestern wurden deswegen hingerichtet. Kurz mag noch auf eine Familientragödie hingewiesen werden: Viktor von Gostomski, der mit dem Leben davon gekommen ist, wirk- te während seiner fünfjährigen Haft in Plötzensee als Bibliothekar und mi- nistrierte zugleich dem Gefängnisgeis- tlichen Buchholz. Sein Bruder Alex von Gostomski, dem ich im Zuchthaus Brandenburg begegnet bin, geriet spä- ter noch ins KZ. Mauthausen, wo er elend ums Leben kam. Eines Ta- ges, im April 1943, wagte es ein anstän- diger Wachmeister, unserem Viktor von Gostomski, letzte Grüße auszurufen von seinem Bruder Peter und seinem Schwager Anton Schröber, die beide am 15. April 1943 in Plötzensee, also in seiner nächsten Nachbarschaft, hin- gerichtet worden waren.

Erstauulich viele Träger bester deut- scher Namen, hochangesehen in aller Welt und nie zuvor bestraft, mußten ihr Leben lassen. Waren es in Bran- denburg rund 100 Künstler und Ge-lehrte, so ist Plötzensee nicht dahinter zurückgeblieben. Männer von Rang und Ruf, reife Menschen von tiefer Bildung, die daran gewöhnt waren, sich ein eigenes Urteil zu bilden und die sich deshalb nicht „gleichschalten“ lie- ßen, wurden im Hinrichtungsschuppen von Plötzensee ihres Lebens beraubt. Immer wieder waren es beinahe lä- cherliche Gründe, die zum Todesurteil führten: sehr viele Juristen vom Schlage Freislers erdreisteten sich, Hitler mit Deutschland gleichzusetzen, we- halb schon ein treffender Witz als „Landesverrat“ angesehen und mit dem Tode bestraft wurde. Außer dem genialen Pianisten Karlrobert Krei- ten erlitten den Henkertod in Plötzen- see: Der Maler Friedrich Schultze und der Bildhauer Kurt Schuma- cher, der Dichter und Musikpädago- ge Alfred Schmidt-Sas und der Schauspieler Werner Blanck, alle wegen „Hochverrats“.

(Schluß folgt)

Die Opfer des 20. Juli 1944 sämtlich hingerichtet in Berlin-Plötzensee

8. August 1944

1. Oberstleutnant Robert Bernardis
2. Hauptmann Friedrich-Karl Klausen
3. Oberleutnant Albrecht von Hagen
4. Generalleutnant Paul von Hase, Kommandant von Berlin
5. Generaloberst Erich Hoepner
6. Leutnant d. R. Peter Graf Yorck von Wartenburg
7. Generalmajor Helmuth Stieff
8. Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben

10. August 1944

9. Prof. Dr. jur. Berthold Graf Schenk von Stauffenberg
10. Regierungspräsident Fritz-Detlef Graf von der Schulenburg
11. Korvettenkapitän Alfred Kranzfelder

15. August 1944

12. Polizeipräsident Wolf Graf von Helldorf
13. Vortragender Legationsrat Dr. Hans-Bernd von Haefien
14. Major Ebert Heyessen
15. Oberstleutnant Bernhard Klamroth

25. August 1944

16. Kaufmann Hans-Georg Klamroth
17. Gesandter a. D. Dr. Otto Kiep
18. Legationsrat Dr. Adam von Trott zu Solz
19. Major Ludwig Freiherr von Leonrod

30. August 1944

20. General Heinrich Freiherr von Stülpnagel
21. Oberst i. G. Eberhard Finck
22. Oberst i. G. Hans-Ottfried von Linstow
23. Oberstleutnant i. G. Karl Ernst Rathgens

31. August 1944

24. Oberst Friedrich Jaeger

4. September 1944

25. Oberst Kurt Hahn
26. Oberstleutnant Hans-Otto Erdmann
27. Heinrich Graf von Lehndorff-Steinort
28. Hauptmann a. D. Max Graf von Drechsel
29. Major Gerhard Knaak
30. Generalleutnant Fritz Thiele
31. General Erich Fellgiebel

6. September 1944

32. Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld
33. Oberstleutnant i. G. Günther Smend
34. Oberst i. G. Georg Hansen
35. Botschafter a. D. Dr. Ulrich von Hassell
36. Rechtsanwalt Dr. Joseph Wimmer
37. Syndikus und früherer Reichstagsabgeordneter Dr. Paul Lejeune-Jung

14. September 1944

38. Generaldirektor Nikolaus Graf von Uexküll
39. Heinrich Graf zu Dohna-Tolksdorf
40. Regierungsdirektor Michael Graf Matuschka
41. Kaplan Hermann Wehrle

29. September 1944

42. Gutsbesitzer Wilhelm Graf zu Lynar
43. Oberst i. G. Joachim Meichsner
44. Oberstleutnant Joachim Sadrozinski
45. Vorm. hess. Innenminister Wilhelm Leuschner
46. Generalmajor Otto Herfurth
47. Oberstleutnant Fritz von der Lancken

12. Oktober 1944

48. Oberst Rudolf Graf von Marogna-Redwitz
49. Rechtsanwalt Dr. Carl Langbehn
50. Oberst i. G. Alexis Freiherr von Roenne

13. Oktober 1944

51. Major Hans-Jürgen Graf von Blumenthal
52. Landwirt Friedrich Scholz-Babisch
53. Oberst i. G. Georg Schulze-Büttger
54. Major Roland von Höpflin

20. Oktober 1944

55. Professor Dr. Adolf Reichwein
56. Prokurist Hermann Maß
57. Legationsrat Dr. Eduard Brückelmeier

10. November 1944

58. Botschafter Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg

14. November 1944

59. Oberpräsident Ferdinand Freiherr von Lüninck
60. Direktor Walter Cramer
61. Verlagsdirektor Bernhard Letterhaus

30. November 1944

62. Architekt Dr. Ing. Erich Gloeden
63. Frau Elisabeth Charlotte Gloeden, geb. Kuznitsky
64. Frau Elisabeth Kuznitsky, geb. von Liliencron
65. Professor Dr. Jens-Peter Jessen

20. Dezember 1944

66. Rittergutsbesitzer Carl Wenzel-Teutschenthal
67. Oberstleutnant César Freiherr von Hofacker

5. Januar 1945

68. Redakteur und früherer Reichstagsabgeordn. Dr. Julius Leber

23. Januar 1945

69. Vorm. Pressechef Dr. Theodor Haubach
70. Dr. Helmuth Graf von Moltke
71. Oberst und vorm. Gesandter Franz Sperr
72. Redakteur und Gewerkschaftsführer Nikolaus Groß
73. Rechtsanwalt Reinhold Frank
74. Staatsrat Dr. Ludwig Schwamb
75. Studienrat Dr. Hermann Kaiser
76. Major Busso Thoma
77. Staatssekretär a. D. Dr. Erwin Plank
78. Vorm. Staatspräsident Dr. Eugen Blenk (enthaupet)

1. Februar 1945

79. Vorm. Finanzminister Prof. Dr. Johannes Popitz
80. Jesuitenpater Prof. Alfred Delp
81. Vorm. Oberbürgermeister Dr. Karl Goerdeler

1. März 1945

82. Vorm. Staatsrat Bezirkssekretär Oswald Wiersich
83. Vorm. Polizeipräsident Fritz Voigt
84. Generalsekretär Franz Leuninger

3. März 1945

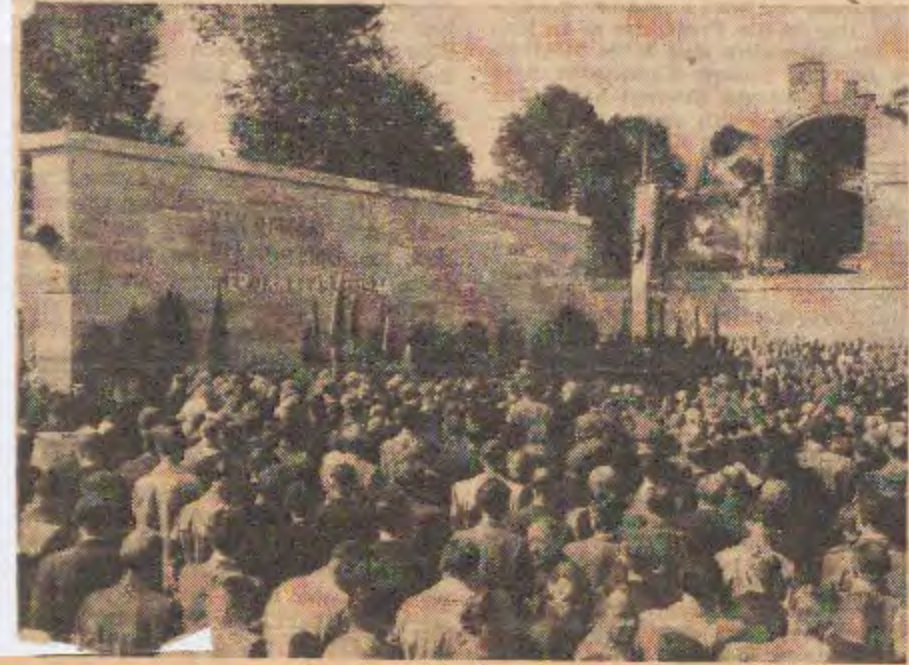
85. Generalleutnant Artur Nebe

5. März 1945

86. Staatssekretär a. D. Dr. Franz Kempner
87. Regierungspräsident a. D. Dr. Ernst von Harnack
88. Oberstleutnant i. G. Hasso von Boehmer

16. April 1945

89. Ewald von Kleist-Schmenitzien



Unter großer Beteiligung der Bevölkerung wurde die vom Berliner Senat er-richtete Gedenkstätte in Plötzensee am 14. September der Öffentlichkeit über-geben. Im Hintergrunde rechts der ausgebrannte Zuchthausflügel mit den Todeszellen, in denen sich die Opfer der Hitler-Justiz auf ihren letzten Gang vorbereiteten.

III. In Totenhaus der Strafanstalt Plötzensee, saßen zu Anfang Septem-ber 1943 weit über 300 Todeskandida-ten (wie man die zum Tode Verurteil-ten zu nennen pflegte), die gefesselt ihrer Hinrichtung entgegensehen. Für manche bestand Hoffnung, in einem Wiederaufnahmeverfahren den Kopf noch zu retten, andere hatten Aussicht, begnadigt zu werden. Als in der Nacht vom 3. auf den 4. September bei einem Fliegerangriff das Totenhaus in Flammen aufging und im benachbarten Hinrichtungsschuppen die Guillotine so stark beschädigt wurde, daß sie vor-erst nicht mehr benutzt werden konnte, hofften die mit knapper Not dem Feuerdunst entgangenen Todeskandida-ten zum mindesten auf einige Wochen Galgenfrist. Aber nach wenigen Tagen gab Justizminister Dr. Thierack den Befehl, sämtliche Todeskandidaten unverzüglich „zu Tode zu bringen“ (wie es im schaurigen Deutsch dieser Gewaltmenschen hieß). In einer ein-zigartigen Nacht wurden 186 Männer und Frauen, denen sich dann in den fol-genden Nächten noch weitere je 40 bis 50 anschließen mußten. Über die genaue Zahl hat sich Endgültiges noch immer nicht feststellen lassen. Doch ist damit zu rechnen, daß von den 324 Hingerichteten des Monats September 1943 mindestens 280 bis 290 in jenen drei Nächten, umgebracht worden sind. Unter ihnen befanden sich neben vielen namhaften Vertre-tern der tschechischen Intelligenz der Düsseldorfer Pianist Karlrobert Krei-ten, der, kaum 27 Jahre alt, mit sei-nem Künstlername bereits die Welt umspannte, und Theo Hespers aus München-Gladbach, der in Holland „Die Kameradschaft“ herausgegeben hatte, eine Zeitschrift der Bündischen Jugend. Allen blieb es versagt, ihren Angehörigen noch einen Abschieds-brief zu schreiben. Später wurde diese Massenabschlachtung allerdings noch überboten, als nämlich ein SS-Kom-mando in der Nacht vom 29. auf den 30. Januar 1945 ins Zuchthaus Sonnen-

Fachschriftsteller und Forscher auf dem Gebiet des Rundfunks und des Fernsehens bekanntgewordene Dr. Paul Hatschek aus Prag, der selber in Brandenburg sein Leben lassen mußte, während seine Frau und seine älteste Tochter in Plötzensee ihres Lebens beraubt wurden.

Von zwei großen, überwiegend von Kommunisten gebildeten Widerstands-gruppen ließen mehrere Frauen in Plötzensee ihr Leben: Elli Voigt und Judith Auer von der Saefkow-Grup-pie (die in Brandenburg 63 Hingerich-tete zu beklagen hatte), ferner Char-lotte Eisenblätter und Elfriede Tygor von der Uhrig-Gruppe (wovon ebenfalls in Brandenburg 29 den Hen-kertod erlitten). Man fand auch viele junge Künstlerinnen unter den in Plötzensee so grausig um Leben Ge-kommenen: Oda Schottmüller sei ge-nannt, die Tänzerin und Bildhauerin. Man scheute sich auch nicht, junge Mütter von ihren Neugeborenen weg in den Hinrichtungsschuppen zu brin-gen. Hilde Coppi hatte im Frauen-gefängnis in der Barnimstraße einen Knaben zur Welt gebracht, den auch ihr Mann noch sehen durfte, Hans Coppi, aus der Jugendbewegung hervorgegan-gen, der bald darauf, am 22. Dezember 1943, hingerichtet wurde und dem die junge Mutter am 5. August 1943 im Tode folgen mußte. Hingerichtet wurde auch ihre Freundin Eva Maria Buch, über deren Tod Pfarrer Buchholz zu berichten wußte, sie sei gestorben wie eine Heilige. Den Tod erlitt ferner die aus der sozialisti-schen Jugendbewegung der Falken hervorgegangene Krankenschwester Gertrud Seele, weil sie den gehetz-ten und verfolgten Juden fortgesetzt helfend beigesprungen war. Sie starb mit 27 Jahren und ließ ihre Tochter Michaela mutterlos zurück. Eine um das Leben ihres Jungen bangende Mut-ter, Frau Therese Brinckmeyer aus Lippstadt, starb den Henkertod, weil sie dem Sohn gar zu unvorsichtig ins Feld hinaus geschrieben hatte, was

DIE TOTEN VON PLÖTZENSEE

VON WALTER HAMMER

(Schluß)

In der Straßenbahn hatte der aus Rostock stammende Oberregierungsrat Dr. jur. Theodor Korselt ein kluges Wort berechtigter Kritik gewagt, weswegen ihn Freisler am 23. August 1943 zum Tode verurteilte; am 24. August wurde Korselt nach Plötzensee geschafft und dort schon tags darauf hingerichtet. Am 1. Februar 1941 mußte Dr. Karl Schapper in Plötzensee den Tod durch Henkershand erleiden, weil er aus religiöser Überzeugung an der recht bedeutenden hitlergegnertischen Zeitung „Der Deutsche in Polen“ mitgearbeitet hatte. Von manchen anderen Akademikern, von denen man inzwischen erfahren hat, daß sie in Plötzensee des Lebens beraubt worden sind, hat sich zunächst nichts mehr als ihr Name feststellen lassen, weil noch keine Freunde oder Angehörigen aufzufinden waren, die weitere Aufschlüsse hätten geben können. Genannt seien Dr. Ernst Schneeberger und Dr. Julius Bockemüller, von dem Rechtsanwalt Dr. Eugen Polzin, der am 11. Dezember 1942 auf dem Schafott endete, war schon bekannt, daß er sich im Rahmen der sehr aktiven Widerstandsgruppe „Sturm-Stuttgart“ sehr verdient gemacht hatte. Auch der Dichter und Dramatiker Adam Kuckhoff fand in Plötzensee den Tod.

Sehr bemerkenswert ist noch, daß die Reichstagsabgeordneten Dr. Eugen Bolz, Dr. Julius Leber und Dr. Paul Lejeune-Jung keineswegs die einzigen Parlamentarier gewesen sind, die in Plötzensee den Henkertod starben; ebenfalls dort hingerichtet wurden die Reichstagsabgeordneten Robert Stamm, Konrad Blenkke und Siegfried Rädcl, ferner die Landtagsabgeordneten Karl Becker und Eduard Zachert. Viele Jahre

hatte Zachert die Hauptstadt Berlin im Preussischen Landtag vertreten; im Wahlkreis 2 war er auf der sozialdemokratischen Liste gewählt worden. Natürlich war die Zahl der politisch hervorgetretenen Märtyrer, Politiker aller Richtungen, auch in Plötzensee sehr groß, ohne daß der Raum es gestatten würde, alle hier aufzuzählen. Erwähnt seien nur noch Alfred Alt-hus, Michael Burchstaller, Gerhard Neumann und Ruth Öster-reich. Im Zusammenhang mit dem 20. Juli sind noch viele prominente Politiker ums Leben gekommen, wie aus der meinem Bericht beigefügten Ehrentafel ersichtlich ist.

Es wäre unentschuldig, wenn es in diesem Zusammenhang versäumt würde, der vielen Ausländer zu gedenken, die ebenfalls in Plötzensee den Tod erlitten. Es muß in aller Form dokumentiert werden, daß es nicht nur im Kampf gegen das Schreckensregiment Hitlers ein anderes Deutschland gegeben hat, welches für seine Überzeugung in den Tod zu gehen wußte, sondern auch heute noch deutsche Menschen leben, die es nicht versäumen, ihren Schicksals- und Leidensgenossen fremder Nationalität ein ehrenvolles Erinnerung zu bewahren. Männer und Frauen fast aller europäischen Nationen saßen in Plötzensee eingekerkert und kamen dort auch ums Leben: Holländer, Belgier und Franzosen, Italiener und Spanier, Polen und Tschechen. Viele Jahre saß ein englischer Diplomat namens Hugh Olaf de Wet, ein Neffe des berühmten Burenführers Christian de Wet, Tag und Nacht gefesselt, weil zum Tode verurteilt, zunächst in Plötzensee und dann in Brandenburg; er scheint zu den wenigen Gerechtfertigten zu gehören, doch war trotz aller Mühe kein Lebenszeichen mehr von ihm zu erlangen. Ganze Gruppen von holländischer Prominenz kamen sowohl in Plötzensee als auch in Tegel ums Leben. Ich erinnere mich eines holländischen Kapitäns Josef Schaap, dem ich im September 1940 in der Prinz-Albrecht-Straße zuerst begegnete. Als ich im September 1941 erneut in den Keller des Reichssicherheitshauptamtes geriet und in den Gemeinschaftsbunker kam, führte ich da manches Gespräch mit diesem bedauernswerten Holländer, der wohl ein Dutzend Selbstmordversuche gemacht hatte, weil er eines Todesurteils gewiß war, den Henkern aber nicht in die Hände geraten wollte. Dennoch wurde er am 13. Juni 1943 in Plötzensee hingerichtet. 44 Belgier wurden in Plötzensee umgebracht, darunter ein Geistlicher und die junge Ärztin Marie Therese Henin, die sich besonders tapfer zeigte und laut betend in den Tod ging. Besonders ergreifend war das Ende vieler blutjunger Franzosen, die wegen irgendwelcher Kleinigkeiten den Tod erleiden mußten. Sie beklagten sich immer wieder, daß man sie ohne Dolmetscher gelassen hätte, daß sie Freislers juristischem Kauderwelsch ratlos gegenüberstehen mußten, dem ja nicht einmal alle Deutschen zu folgen wußten. Groß war die Erschütterung im ganzen Bau beim Tod von 12 jungen Französinnen, die, als sie eine nach der anderen aus den Todeszellen heraus in den Hinrichtungsschuppen ge-

holt wurden, laut die Marseillaise sangen.

Zur Ausrottung der polnischen und tschechischen Intelligenz hat Plötzensee beträchtlich beitrugen müssen. Zum Todesurteil genügte es bei ihnen schon, daß sie sich an Geldsammlungen zugunsten gefangener Landsleute und ihrer Angehörigen beteiligt hatten. So wurde eine Gruppe von ungefähr 300 Tschechen, bis auf ein oder zwei, zum Tode verurteilt, viele Gelehrte, Pädagogen und Aerzte darunter, deren Namen zum Teil erhalten geblieben sind. Auch 6 Generale waren dabei und viele andere Stabsoffiziere, die im ersten Weltkrieg der „Tschechischen Legion“ angehört hatten. Erwähnt seien die Generale Kravak und Maxa. Da ihrer heute in der „Volksdemokratie“ wohl kaum noch gedacht werden darf, muß es für uns ein Gebot der Ritterlichkeit sein, auch ihr Andenken in Plötzensee mit zu ehren. Trotz aller Fürsprache wollte es nicht gelingen, jenen Professor von Sedmik zu retten, der den Präsidenten Masaryk und Benesch nahegestanden hatte und auch mit Roosevelt befreundet gewesen war.

Wenn man von den vielen hingerichteten Ausländern absieht, die in

Brandenburg ein Drittel, in Plötzensee aber noch weit mehr ausgemacht haben, dann läßt sich sagen, daß in Plötzensee hauptsächlich die Männer und Frauen jener Widerstandskreise ihr Leben lassen mußten, die am Geschehen des 20. Juli 1944 beteiligt waren, die Männer der Mittwoch-Gesellschaft, der Offiziere um Beck, Tresckow und Stauffenberg, des Gerdeler-Kreises, die Diplomaten um Canaris, der Kreisauer- und der Solf-Kreis, daneben die Widerstandsgruppen um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boyssen. Schließlich auch noch die Gruppe Herbert Baum, 20 junge Menschen zwischen zwanzig und dreißig Jahren, überwiegend Juden und zur Hälfte weiblichen Geschlechts, die sämtlich in Plötzensee den Tod erlitten, während in Brandenburg, die überwiegend von Kommunisten gebildeten Gruppen um Anton Saefkow, Robert Uhrig und Beppo Römer den Tod unterm Fallbeil starben. Aber am zahlreichsten waren doch, hier wie dort, jene alleinstehenden Männer und Frauen, deren recht viele noch der Vergessenheit zu entreißen als Pflicht aller Davongekommenen gelten sollte.

Aus der Neuen Juristischen Wochenschrift
30. Heft, 21. Oktober 1952.

19. StGB § 185.

Wer heute die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus "Landesverräter" oder "Vaterlandsverräter" nennt, kann das nicht i. S. eine Tatsachenbehauptung meinen. Die heute in Deutschland lebenden Juden sind als Gruppe passiv beleidigungsfähig. (Hedler Urteil).

Aus den Gründen : Der Ausdruck "Vaterlandsverräter" ist seiner Form nach eine Beleidigung. Er konnte dem Zusammenhang nach keinesfalls so verstanden werden, als solle damit nur gesagt sein, die Widerstandskämpfer oder einige von ihnen hätten den Tatbestand der damals geltenden Vorschriften über Landesverrat verwirklicht. Das ist offenkundig und wird von niemandem bestritten. Die Annahme, dass jemand heute einen Widerstandskämpfer nur deshalb als einen "Vaterlandsverräter" bezeichnen könnte, um diese banale und allgemein bekannte Tatsache mitzuteilen, wäre völlig abwegig.

Ein Teil der Widerstandskämpfer hat sich auf Handlungen beschränkt, die unmittelbar darauf abzielten, Hitler seiner Gewalt zu berauben. Davon hat der Angeklagte nicht gesprochen, deshalb hatte das LG keinerlei Veranlassung, darauf einzugehen. Der Vorwurf der Rev., das LG habe die Begriffe des Hochverrats und des Landesverrats miteinander vermengt, ist daher grundlos.

Andere Widerstandskämpfer haben es in ihrem Kampf gegen die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft als erforderlich angesehen, auch ausserdeutsche Hilfe in Anspruch zu nehmen und dem Auslande bei seinem Kampf gegen Hitler zu helfen. Sie haben "Landesverrat" in demselben Sinne und in derselben Gesinnung begangen, wie etwa Yerek mit der Konvention von Tauroggen "Landesverrat" begangen hat, gewiss auch nach ähnlichen inneren Kämpfen. Freilich hatten sie nicht den gleichen Erfolg. Das aber berechtigt niemanden, sie als "Landesverräter" oder - noch deutlicher - als "Vaterlandsverräter" zu beschimpfen. Die hergebrachte Vorstellung, dass der versuchte Landesverrat "ein gemeiner Frevel", der vollendete aber "ein unsterblich Unter-

- 2 -

nehmen" und "aller Ausgang ein Gottesurteil" sei, versagt vor diesen geschichtlichen Ereignissen. Die Widerstandsbewegung hatte zwar nicht den erstrebten Erfolg. Die von ihr angegriffene Gewalt ist aber kurz darauf völlig zusammengebrochen. Der geschichtliche Ausgang hat daher den Konflikt hier nicht gelöst. Schon deshalb kann die Frage der Rechtmässigkeit nicht einfach nach dem Erfolge beantwortet werden. Mit Recht hat das LG hervor, dass die meisten Widerstandskämpfer aus uneigennütziger, lauterer Gesinnung gehandelt haben. Wer sie heute "Landesverräter" oder "Vaterlandsverräter" nennt, kann das deshalb nicht im Sinne einer Tatsachenbehauptung, sondern nur als kränkendes Werturteil meinen.

In einem der Bücher, die der Angeklagte seinen Zuhörern zu lesen empfahl, wird berichtet, dass der General Oster vor dem Westfeldzug Holland von dem bevorstehenden Angriff durch Hitler unterrichtet hat (Fabian von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler, 4. Aufl. 1951, S.104). Der Verfasser fährt fort: "Wer das Landesverrat nennt, der frage sich, ob der Angriff wirklich im deutschen Interesse war oder ob es nicht - auf weite Sicht gesehen - für Deutschland besser ist, dass ein Deutscher sich zu einer solchen Grosstat aufgeschwungen hat, nachdem sein Vaterland in die Tyrannei eines Landfremden gefallen war. Wer das Landesverrat nennt, der frage sich auch, ob nicht durch die Befolgung aller staatlichen Befehle in der Zeit Hitlers die Allzugehorsamen mehr Werte des religiösen und des nationalen Lebens vernichtet haben, als durch den "Landesverrat" der Widerstandsbewegung erhalten und gerettet werden könnten." Auf diesen Gesichtspunkt kommt es hier an. An einer fachjuristischen Erörterung, ob ein solches Verhalten die Tatbestandsmerkmale der damals geltenden, von Hitler erlassenen Vorschriften über Landesverrat erfüllte, hat heute in Deutschland kaum jemand Interesse, am wenigsten ein Wahlredner und seine Zuhörer. Dem LG ist daher durchaus zuzustimmen, wenn es den Umständen und der Form dieser Äusserung entnimmt, dass der Angeklagte nicht Tatsachen behaupten, sondern ein kränkendes Werturteil zum Ausdruck bringen wollte.

- 3 -

Gewiss hat es auch Leute gegeben, die um der Bezahlung willen oder aus anderen eigennützigen Gründen militärische Geheimnisse verraten haben. Auch das ist offenkundig. Von solchen Leuten war aber gar nicht die Rede. Der Angeklagte bekämpfte ja eine Äusserung des Abgeordneten Dr. Schumacher, der die deutschen Kräfte des Widerstandes aussenpolitische Aktiven des deutschen Volkes genannt hatte. Mit Recht führt das LG aus, dass Dr. Schumacher damit nicht etwa die bezahlten Spione gemeint haben könne. Das Urteil stellt fest, dass auch der Angeklagte die von ihm bekämpfte Äusserung nicht so missverstanden hat. Deshalb lag eine ausgesprochene Beschimpfung der anständigen Widerstandskämpfer eben darin, dass der Angeklagte sie mit verächtlichen Spionen in einen Topf warf. Hätte er - wie er jetzt behauptet - einen Unterschied zwischen beiden Gruppen gemacht, so wäre völlig unerfindlich, welchen Sinn seine Ausführungen gegenüber denen von Dr. Schumacher überhaupt haben konnten. Daraus konnte das LG mit Recht schliessen, dass sie nur einen beleidigenden Sinn haben sollten.

In der Verhandlung vor dem Senat hat der Vertreter der Nebenklage die Frage aufgeworfen, ob der Angeklagte nicht auch Tatsachen behauptet habe, die geeignet seien, die Widerstandskämpfer verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Dieser Frage konnte der Senat nicht nachgehen. Der Angeklagte ist, soweit es sich um seine Äusserungen über die Widerstandskämpfer handelt, nur wegen Beleidigung gemäss § 185 StGB verurteilt worden. Er ist nicht dadurch beschwert, dass er nicht auch wegen übler Nachrede gemäss § 186 StGB verurteilt worden ist. Da nur der Angeklagte gegen das Urteil Revision eingelegt hat, ist der Senat mit dieser Frage nicht befasst.

Mit Recht sieht das angefochtene Urteil nicht eine Personengesamtheit, sondern die einzelnen Widerstandskämpfer des 20.7.1944 und des Kreisauer Kreises als beleidigt an. Diese Gruppen sind dazu hinreichend fest umrissen.

2. Der Angeklagte verlas bei seiner Rede in E. weiterhin folgende Sätze aus der Rede des Abgeordneten Dr. Schumacher vom 21.9.1949:

"Die Hitlerbarbarei hat das deutsche Volk durch Ausrottung von sechs Millionen jüdischer Menschen entehrt. An den Folgen dieser Entehrung werden wir unabsehbare Zeit zu tragen haben. Das deutsche Volk stände heute besser da, wenn es diese Kräfte des jüdischen Geistes und der jüdischen Wirtschaftspotenz bei dem Aufbau eines neuen Deutschland in seinen Reihen haben würde."

Dazu bemerkte der Angeklagte dem Sinne nach : "Wir können Deutschland allein aufbauen, dazu brauchen wir die Juden nicht."

Hierin erblickt die StrK eine Beleidigung der heute in Deutschland lebenden Juden. Sie hat in tatsächlicher Hinsicht festgestellt, dass deren Zahl sich auf nur noch etwa 30.000 belaufe. Sie ist der Auffassung, damit sei der Kreis der beleidigten Personen hinreichend abgegrenzt. Dem ist zuzustimmen.

Gerade die verbrecherische nationalsozialistische Verfolgung der Juden hat dazu beigetragen, dass sie nunmehr eine deutlich umrissene Gruppe bilden. Wenn heute jemand abfällig über "die Juden" spricht, dann ist im allgemeinen anzunehmen, dass er eben den Personenkreis meint, gegen den sich die nationalsozialistische Judenverfolgung richtete. Daran kann vor allem dann kein Zweifel sein, wenn - wie hier - die Äusserungen gerade an die "Ausrottung von sechs Millionen jüdischer Menschen" durch Hitler anknüpfen.

Die Äusserung ist auch ehrenkränkend, zumal in solchem Zusammenhang. Sie ist der Versuch einer Beschönigung der nationalsozialistischen Untaten gegen die Juden. Gerade weil der Angeklagte damit den angeführten Sätzen seines politischen Gegners widersprach, gewinnen seine Worte den Sinn, er wolle jene Untaten nicht so stark missbilligen. Darin aber liegt eine Verächtlichmachung der Juden.

(Mitgeteilt von RA E v. Bagge, Hamburg)

Anm.d.Schriftltg.: Als Gruppe nicht passiv beleidigungsfähig sind "alle aktiv an der Entnazifizierung beteiligten Personen".
so BGH in NJW 52, 392.

Bemerkungen

Der 20. Juli

Ist denn wirklich so, daß die Erinnerung an das Blut- und Schreckensregiment des Nazismus im deutschen Volke derart verblaßt ist, daß mehr und mehr prominente Träger dieses Regimes sich schon wieder in politische Rollen vordrängen können? Ist es wirklich so weit, daß in den Hörsälen deutscher Hochschulen Mißfallenskundgebungen laut werden, wenn der dozierende Professor abfällige Urteile über das in Schimpf und Schande zugrunde gegangene „Dritte Reich“ fällen muß? Wir wollten, alle Gedächtnisschwachen hätten mit uns Gelegenheit gehabt, den Film anzusehen, der am Sonntagvormittag in Stuttgart einem kleinen Kreis geladener Gäste vorgeführt worden ist: den Film vom 20. Juli. Kein Propagandafilm von heute, sondern einfach die Aufnahmen, die der Herr des Dritten Reiches selbst von der „Gerichtsverhandlung“ gegen die Opfer des 20. Juli, die Witzleben, Gerdeler, Trott zu Solz, von Hassel usw. hat herstellen lassen. Richtiger würde man den Film allerdings einen Film „Freisler“ nennen, denn es war ja keine Verhandlung, die gegen diese Männer durchgeführt worden ist, die sich samt und sonders klar waren, ihre patriotische Tat mit dem Leben bezahlen zu müssen; sie, denen vorausgegangene Mißhandlungen ihre erschütternden Spuren aufgeprägt hatten, standen nicht vor den Schranken, um sich zu verteidigen zu können, sondern nur um die unfähigen Schimpftiraden einer entarteten Bestie — man sucht vergeblich nach einem milderem Ausdruck für diesen Ankläger — stumm und hilflos mit anzuhören. Gewiß, wer einen so hohen Einsatz spielt wie diese Männer, der riskiert auch den Preis des eigenen Lebens. Wohl noch nie aber hat sich die rächende Nemesis zu einer solchen Schändung der Menschenwürde herabgewürdigt, wie sie diese Aufnahmen zeigen. Nie könnte sich aber auch ein System rückhaltlos selbst demaskieren. Deshalb sollten diese Aufnahmen viele sehen, vor allem die allzu vielen Vergeßlichen, so ungern man einem Wiederaufwühlen unserer finstersten Vergangenheit das Wort reden mag.

A. H.

Der Grundstein für eine Gedenkstätte für die Opfer des 20. Juli 1944 soll am 20. Juli in Berlin gelegt werden. Die Gedenkstätte soll im Hofe des ehemaligen Kriegsministeriums in der Bendlerstraße errichtet werden. (dpa)

Die Einfuhr von Rot-K...

Der Bundespräsident bekennt sich zu den Männern des 20. Juli

Wir bringen im folgenden den Wortlaut eines Briefes, den Bundespräsident Theodor Heuss vor kurzem an die Witwe eines der Opfer des 20. Juli gerichtet hat.

Sehr geehrte liebe Frau...

Da sich der Termin wieder nähert, der für Sie und Ihre Kinder den tragischen Schicksalstag bedeutet, der den Gatten und den Vater in einen Tod riß, der nicht bloß Tod, sondern Entehrung sein sollte, wenden Sie sich an mich um Rat, was denn geschehen könne, um das Gedächtnis jener Männer vor der Versudelung zu bewahren, der sie einmal in der frechen öffentlichen Rede des Demagogen, das andere Mal im weitergetragenen Geschwätz der Bierbank ausgesetzt sind. Ich habe schon früher einmal Briefe verwandter Natur erhalten — einer davon enthielt sogar die erschreckende Notiz, daß die Kinder eines der Hingerichteten unter den häßlichen Reden über ihren Vater zu leiden hätten. —

Ihre Kinder, die ich ja kenne, brauchen zum Glück einen sonderlichen Schutz der Seele nicht. Sie trauern über den Vater, aber der Strang, der ihn erwürgte, hat nicht seine Ehre erwürgt, denn sie fragen sich, ob jene, die ihn solchem Tod auslieferten, nicht selbst längst der Ehre bar waren, soweit sie eine solche überhaupt je besaßen und nicht bloß mit dem Begriff manipuliert haben. Man sollte, scheint mir, wegen dieser Dinge auch nicht zum Gericht gehen. Ich will Ihnen jetzt nicht breiter darlegen, daß mir die rechtlichen Voraussetzungen eines wirklichen Ehrenschatzes in Deutschland überhaupt fragwürdig erscheinen — wir könnten da einiges von England lernen. Aber wenn Ihnen auch kaum ein Gericht bei einer Klage gegen die Verleumder der Opfer des 20. Juli die „Wahrung berechtigter Interessen“ versagen würde, der Ort zum Austrag des geschichtlichen und des sittlichen Urteils ist falsch gewählt. Ich habe deshalb Freunden und Bekannten, die mit dem 20. Juli zusammenhängen oder mit dem, was ein so einfach hingenommenes Propagandagede unter dem Wort „Rote Kapelle“ subsumiert (Anti-Hitler-Verschöpfung im Luftfahrtministerium), geraten, auf den Weg zum Amtsgericht oder zum Landgericht zu verzichten. Nicht etwa, weil ich diesen „mißtraue“ — solches Gefühl hat der ehemalige Reichskanzler und Reichsjustizminister Marx ausgesprochen, als er sagte, er für seine Person verzichte gegenüber der rechtsradikalen Böswilligkeit darauf, gerichtlichen Schutz zu suchen. Die Amtsgerichte und die Landgerichte, so sachlich ihr Verfahren und so redlich ihr Bemühen um Rechtsfindung sein mögen, sind einfach für solche Geschichtsurteile, die keine Gerichtsurteile sind, unzuständig — die rechten Richter spüren dies auch, und nur wenige werden sehr froh sein, wenn eine solche Sache gerade bei ihnen „anhängig“ wird. Was ist das schon, wenn Herr Soundso ein paar hundert Mark und die Gerichtskosten zahlen, wenn er ein paar Monate ins Gefängnis wandern muß? Er steigert sich in die Rolle des „Märtyrers“, die seinen Vorbildern (und gedachten Vorläufern?) so gut bekommen ist. Nichts schrecklicher,

als sehr komplexe Geschichtsvorgänge jetzt den formaljuristischen Techniken und dann dem forensischen Pathos von Staats- und Rechtsanwälten ausgesetzt zu sehen — derlei vollzieht sich mit Niveau und ohne Niveau. Liebe Frau... Sie haben selber einmal studiert und wissen das. —

Die „Gutachten“ in dem kürzlichen Prozeß in Braunschweig, das geschichtliche wie das theologisch-ethische, scheinen nach den Presseberichten eine sehr ernsthafte und gute Höhenlage besessen zu haben. Aber dringen sie durch? Man muß es wünschen. Denn sie scheinen mir die innere Rechtfertigung der Empörung gegen den Hitlerischen Staat der völlig bewußten und zynischen Rechtlosigkeit dargetan zu haben, falls es deren sachlich und moralisch überhaupt bedurfte.

Aus mancherlei Gesprächen weiß ich, daß das Problem des „Offiziers“ und des „Fahnenheides“ dabei eine sonderliche Rolle spielt oder spielen soll — Ihr Gatte war bloß „Reservist“, aber dieser Gedankengang, darin war ich mir in früheren Gesprächen mit ihm und mit Ihnen einig, ist künstlich konservierte Legendentheorie — im Sittlich-Elementaren war er nie echt. Es gibt wohl ständische Konventionen und Gebote, aber es gibt keine sonderliche „Ehre“, sondern nur eine unmittelbare Verantwortung vor Gott und vor dem Volk, in das man hineingeboren wurde, und dem man nach Einsicht und Gewissen dient.

Der Brief gerät zu lang — aber Ihr eindringliches Schreiben hat manches aufgewühlt. Ich war, wie Sie wissen, nicht bloß mit Ihrem Gatten nahe vertraut, sondern habe im Verfolg des 20. Juli viele Freunde und Verwandte verloren, und ich weiß, daß Sie mit manchen Schicksalsgenössinnen in Verbindung stehen. Die mögen von Ihnen erfahren, wie ich diese Dinge sehe. Ich schreibe diesen Brief auch nicht als „Bundespräsident“, sondern als „Ueberlebender“. Ich habe im Spätjahr 1945 in einer Rede zu Stuttgart die ganze Frage des 20. Juli einmal behandelt und jenes bewußte oder fahrlässige oder dumme Mißverstehen der damaligen alliierten Propaganda gekennzeichnet, die den 20. Juli, dem Männer des „christlichen Adels Deutscher Nation“ zum Opfer fielen, wie Sozialisten vom Range Lebers und Leuschners, als eine „reaktionäre Erhebung“ zur Sicherung alter Offizierstraditionen darstellte. Damals sagte ich von den Opfern: „Sie möchten mit ihrem Sterben über den Tod hinaus Deutschland einen politischen Dienst leisten, daß das ‚andere‘ Deutschland in seinen Blutzeugen sichtbar bleibe.“ Dies Wort richtete sich damals an die Fremden; es hat, glaube ich, heute seine Gültigkeit noch nicht verloren, sucht aber jetzt vor allem die Nachdenklichkeit, den Anstand, die sittliche Selbstbesinnung von Deutschen.

Dieser Brief ist kein „Rat“ geworden. Aber vielleicht wirkt er doch als solcher.

Gute Grüße, auch den Kindern,

Ihr

gez. Theodor Heuss.

Höllen- und Himmelfahrt 1952

Von Hermann Sauer

„Heute ist Himmelfahrt, also ein großer Feiertag für alle, die es glauben können, daß Christus die Welt und unser Leben regiert.“ Dies schreibt der im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 tragisch hingerichtete Dietrich Bonhoeffer 1943 aus dem Gefängnis. Es sind die Worte eines Menschen der damals jungen Generation, die nicht vergebens durch die Katastrophe des ersten Weltkriegs aufgeteilt sein wollte, eines der stellvertretend Erweckten und Erwachten, die daraufhin ihr Leben an die Neuentdeckung, ja auf die Probe der ihren Vätern verschütteten Glaubenswahrheiten der Christenheit setzten. Nach diesem Gesetz, nach dem er gerufen und angetreten, muß er seines Daseins Kreise früh vollenden. Der begabte Dozent der Berliner Universität hatte aus wachsendem Gegensatz gegen das neue System und aus innerer Wahrhaftigkeit heraus seine Dozentur niedergelegt und als Auslandspfarrer in England eine damals hochbeachtete sichere Position gefunden. Als aber in der Heimat der Geisteskampf hart wird, als die drohende Kriegsisolierung und der Untergang ihm greifbar werden, kehrt er, im Gewissen gebunden, in seine Heimat, in die Höhle des Löwen, zurück. Hier steht er dann das seinem Leben aufgegeben Problem von Christenglaube und dämonisch gewordener Macht, von Geist und Verfassung bis zum bitteren Ende durch Erhängtwerden — durch. Mit Blick auf ihn und Menschen wie zum Beispiel James Graf Moltke darf man einmal Deutschland und das moderne Europa beglückwünschen, endlich wieder ganz neu Zeugen, wenn nicht gar Blutzengen des alten Himmelfahrtsglaubens zu besitzen. Wohl der Einzige, der dem Ostwesttrakt der äußeren Emigration entgegenzieht (so als meldete sich von uns einer freiwillig in den Osten), vollzieht er, was er in seinem Buch „Nachfolge“ fassen will, weil es ihn gefaßt hat, und wird uns so zur goldenen Initiale eines neu bemühten Besinnens auf Himmelfahrt.

Nachfolge Christi, „In Spannungen leben können“ (Otto Dibelius, heute Bischof in Berlin), ist für Bonhoeffer zunächst einmal das Gegenteil von Himmelfahrt: Höllenfahrtsgehoram. Man sollte beachten, daß im Glaubensbekenntnis der Christen beides eng zusammensteht, das große „Auferstanden!“ flankierend, architektonische österliche Höhenmitte des Ganzen: „Niedergefahren zur Hölle ... aufgefahren gen Himmel ... von dannen er kommen wird!“

Nicht! Natur! — oder kurz darauf „Rassel“, sondern „Himmel und Hölle“ heißt es daher jetzt für Bonhoeffer. „Himmel und Hölle“ das ist in mythischer Sprache mehr als Mythos; es ist Affekt und Aspekt der unwiederbringlichen Bedeutsamkeit unseres zu einmaligen Entscheidung geforderten geschichtlichen Daseins auf dem vielleicht doch sehr dünnen Bretterboden dieser angeblich so festen Erde. Himmelfahrt ist die Fahrt, die

uns das Leben zur Hölle und damit die Hölle zu einer sehr nahen Sache machen. Bei dem Jesus der Evangelien, den Bonhoeffer nun neu sehen darf, geht es um mehr. Es geht um die Hölle der anderen, in die er selbst hineintritt, um sie von innen her, den dämonisch Gefangenen zur Befreiung, aufzusprengen. Das Wie ist das Geheimnis des Christus. Statt des weichen Bildes eines Thorwaldsen-Christus tritt vor ihn der Herr der harten Güte, der Jünger sucht, die es sich von ihm zur Aufgabe und Freude machen lassen, Teufel aufzusprengen und aufzuscheuchen, die „die Anderen“ schon beim Kragen haben, und denen er Rüstzeug und Hilfe, „Schwert des Geistes wider Dämonen“ verleiht. Eine kann dann wie ein Elia für Tausende stehen, wenn er nur diesen Geist, den unabdingbaren Mut, die Geduld, also Zähigkeit im Durchhalten hat, und dazu auch eine gewisse Vertrautheit mit dem Gedanken auf sich nimmt, selbst bei einem solchen Werk der auferlegten „Quertreiberei“ der Guten gegen das Böse — wie Christus als erster zunächst ein bitteres Ende mit allen irdischen Schrecken, ein Kesseltreiben und einen Sieg der Hölle zu erleben. Doch dann gerade gibt es ein unauflösliches Ineinander von Höllen- und Himmelfahrt. Dies gilt es zu glauben — wie dort, wo einer im Rückblick auf die guten Tage in England im Kerker sitzt und sich an die Ostergeschichten hält wie sie die Kirche von Ostern bis Himmelfahrt, in der „Freudenzeit“, auf den Leuchter stellt. Denn dieser Geist ist wirklich von dem Auferstandenen her pfingstlich über Menschen reichlich ausgegossen worden.

In diesem Geist stehen die Christen der Urkirche mehr als zwei Jahrhunderte hindurch. Sie sehen, wie Bonhoeffer 1935, Cäsaren in solchem blinden totalen Spiel mit der Menschheit begriffen. Sie folgen, der fernführenden Stimme ihres Herrn getreu bis zum Märtyrertod, in Katakomben, Gefängnisse und Arenen, wo Kaiser und Masse auf ihren Zeigendot herablachen, bis der Letzte dieser Cäsaren vor diesem Christus kapitulierte. In dieser Zeit — nicht vorher — entsteht das Himmelfahrtsfest. Will man in sein Geheimnis eindringen, tut man gut, an diese Zusammenhänge zu erinnern: Ein Mahnmal, das Jahrtausende hindurch Mächtige und Massen und ihre Mythen in abendländisch-ritterliche Zucht dieses Regenten der Wahrheit genommen hat.

In der Einleitung zu Rosenbergs Mythos des 20. Jahrhunderts steht der instruktive Hinweis darauf, daß der jahrtausendalte Traum des Fliegens nun überwältigend Wahrheit geworden sei. In diesem Geist des gerechtfertigten Träumens schreibt er sein Buch — und entfacht alle Kräfte einer mythischen Selbsterhebung des Menschen in den

Die Mahnung eines Toten

Von Paul Sethe

Erschütterung überkommt einen, wenn man das Bild auf dem Umschlag des Buches sieht. Es erinnert an eine Stunde, die man nie vergessen wird; an jenen Oktobertag des Jahres 1944, da Julius Leber vor dem Volksgerichtshof die Nachricht von seinem Todesurteil empfing, wie der Verurteilte unbewegt blieb, wie er seinen Painigern den Gefallen nicht tat, auch er mit der Wimper zu zucken, wie in seinem Antlitz dafür all der tiefe Ernst und die sittliche Hoheit versammelt waren, die ihren Adel von der großen Tapferkeit des Herzens im Angesicht des Todes erhielten. In dem Buch gibt es auch das andere Bild Lebers aus seiner Abgeordnetenzzeit, das Bild eines männlich schönen, gedankenvollen und entschlossenen Mannes; es reicht doch an ergreifender Kraft nicht an das von Leiden gezeichnete, von Gram erfüllte und durch unzerstörte Willenskraft mitgeprägte Gesicht des angeklagten Hochverraters.

Erinnerung

Dr. Julius Leber, gebürtiger Elsässer, Vertreter von Lübeck in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, ist in den zwanziger Jahren außerhalb seiner eigenen Partei kaum bekannt geworden. Er gehörte zu den Jüngeren, die voller Sorgen waren und wohl auch aufbegehren, die aber den Ring der Parteihierarchie nicht zu durchbrechen vermochten. Unter dem Nationalsozialismus wurde er zu einer großen Hauptkraft des Widerstandes. Die Männer des zwanzigsten Juli dachten eine Zeitlang daran, ihn zum Kanzler zu machen. Er hat abgelehnt. Das weitere weiß man: Am 5. Januar 1945 verfiel er dem Henker.

Seine Freunde haben jetzt seine Schriften, Reden und Briefe herausgegeben (Mosaik-Verlag, Berlin-Schöneberg und Frankfurt, 8,90 Mark). Bei der Lektüre erneuert sich der Schmerz um den Verlust dieses Mannes, um den Verlust all der anderen Mitstreiter des zwanzigsten Juli. Den stärksten Eindruck von seiner Persönlichkeit erhält man von den Briefen und Aufzeichnungen aus den Zuchthausjahren nach 1933 und dann nach dem zwanzigsten Juli, da er mit lächelnder Tapferkeit die Einsamkeit und die Qualen und die Todesfurcht überwand.

Seinen Freunden wird das Buch eine kostbare Erinnerung sein, der deutschen Jugend wird es ein menschliches Vorbild lebendig machen. Aber es wäre doch ein Unglück, beschränkte sich seine Wirkung auf den menschlichen Bereich. Es bleibt eine Mahnung an alle, die heute in Deutschland im Staate und für den Staat tätig sind.

Es ist natürlich, daß diese Erinnerungen zunächst die eigene Partei des Toten angehen. Immer wieder finden wir hier eine zuweilen grimmige, zuweilen resignierte Klage, daß die Führung der Partei redlich und bemüht, aber ohne kämpferischen Willen sei. Nun, heutzutage mag das in seiner Partei anders sein. Was man auch immer gegen Schumacher einwenden mag, Mangel an kämpferischem Schwung haben ihm auch seine Feinde noch nicht vorgeworfen. Auch sind Schwung und Hingabe keine Angelegenheit des guten Willens; ein Staat hat sie oder hat sie nicht. Aber lernen könnten nachdenkliche Menschen, lernen könnte seine eigene Partei aus manchen Überlegungen, die ihm bestimmte Einzelerscheinungen des damaligen Staates nahelegten. Er hatte sich 1914 kriegsfreiwillig gemeldet; er hatte vier Jahre an der Front und hinterher im Grenzschutz gestanden; er scheute sich nicht, für einen Sozialdemokraten gewiß ein Wagnis, offen auszusprechen, daß das Fronterlebnis ihn mit geprägt habe. Er war kein Militarist, natürlich nicht, sonst wäre er kein Sozialdemokrat gewesen. Er wollte eine republikanische und keine feudale Reichswehr, und er würde sich wohl noch heute zutrauen, den Carnot zu spielen. Aber er empfand auch bitter, daß seine Partei kein inneres Verhältnis zum Soldatentum gewann. Die Anklage über Zielunklarheit gegenüber dem Militärischen kehrt immer wieder. 1929 rief er in einer Versammlung der Lübecker Partei aus: „Und wir sollten uns scheuen, unsere Bereitschaft zu erklären, die Republik, ihre Freiheit und ihre Selbstbestimmung zu verteidigen, weil uns an ihr vieles nicht gefällt?“

Das kann nicht sein... Die Partei muß jetzt die Entschlußkraft haben, eine Entscheidung herbeizuführen.“ Im Reichstag forderte er, sicher zum tiefen Unbehagen mancher Genossen, Ansehen und Achtung vor dem Offizierskorps. Daß an der Spannung zwischen Wehrmacht und Arbeiterklasse der Soldat nicht allein schuldig sei, führte er mit Nachdruck auf dem Magdeburger Parteitag aus.

Wo würde er heute stehen? Wir meinen gar nicht die Überlegung, ob sich die Bundesrepublik wiederbewaffnen solle. Das ist angesichts der weltpolitischen Lage eine Zweckmäßigkeitserwägung, die man so oder so anstellen mag. Aber wir denken an die innere Haltung. Noch immer ist die Partei so zwiespältig wie in alter Zeit. Ollenhauer hat im Bundestag entschlossen von der Verteidigungsbereitschaft der Arbeiterschaft gesprochen, die Sozialdemokraten Südwestdeutschlands haben kürzlich eine Nationalarmee gebilligt. Aber jedermann weiß, daß es im Lande oft ganz anders hergeht. Mehr als einen Wahlkampf hat die Partei mit Parolen gegen das Soldatentum bestritten. Was hätte Leber gesagt, wenn er vor sechs Wochen das Plakat der Frankfurter Sozialdemokraten gesehen hätte, in dem der Wähler aufgefordert wurde, lieber Wohnungen als Kasernen zu bauen? Vor der Lübecker Partei hatte er schon einmal Jaurès zitiert, er würde es heute wieder tun: „Eine Partei, die den Mut nicht hätte, vom Volke alle die Opfer zu verlangen, die für seine Existenz und Freiheit notwendig wären, wäre eine verächtliche Partei...“

Die Jugend

Das alles mögen die Führer und Mitglieder seiner Partei noch heute wieder mit nachdenklicher Besinnung lesen. Aber es gibt Stellen genug, die auch andere Parteien, die uns alle angehen. Den Ruf nach dem Mit-Führertum der Jugend hat Leber mehr als einmal ausgestoßen. Wer ihn heute nachliest, wird vor der simplen Annahme gewarnt, es genüge, eine Anzahl jüngerer Menschen in die Fraktionen zu bringen. „Das geringste Fortkommen in der Fraktion war nur mit Hilfe der vorhandenen Instanzen möglich. Wer diese Hilfe nicht hatte, blieb entweder ein namenloser Stimmenträger oder bekam die beinahe tödliche Etikette des Außenseiters. Jeder Neuling suchte deshalb seine Hilfe oben und stärkte so auf seine Art die milde Herrschaft der Hierarchie.“ Wer einmal in Bonn ein wenig hinter die Kulissen der Parteien geblickt hat, weiß, daß diese Worte ebensogut 1952 wie 1933 hätten geschrieben werden können. Mit welchem Argwohn sind noch in den letzten Wochen wieder die jüngeren Abgeordneten — diesmal nicht die der Sozialdemokratie — betrachtet worden, die sich herausnahmen, selbständige Ansichten zu hegen!

Und man muß von da aus weiter gehen zum Wahlrecht, über das in diesem Jahr wahrscheinlich wieder gefährliche Entscheidungen getroffen werden. Leber hat mehr als einmal daran gedacht, in der Partei eine Fronde mit Hilfe der Lübecker Arbeiter zu bilden. Er hat schließlich resigniert. „Nach kurzer Zeit wäre doch alles vorbei bei unserem Wahlrecht, das einigen Bürokraten die Entscheidung in die Hand gibt.“ Wie gespenstisch aktuell! Wir haben vor kurzem die kritische Meinung eines bayerischen Abgeordneten abgedruckt. Kluge Leute haben uns spöttisch gesagt, daß wir ihn beträchtlich überschätzten; ob uns eigentlich nicht bekannt sei, daß dieser Mann doch nicht wiedergewählt werde. Woher weiß man das? Haben seine Wähler, haben die allein Berufenen eigentlich schon gesprochen? Die mächtige Hierarchie hat es getan, und alles ist entschieden.

Sorgen um die Parteien nur? Aber an solchen Zuständen, unter denen Leber gelitten hat, ist ein Staat zugrunde gegangen. Es ist erschreckend, daß alle diese Fragen genau so wenig gelöst sind wie damals auch. Sie sind uns überkommen. Werden wir sie besser lösen können? Wenn die nach Erneuerung Suchenden der heutigen Generation es versuchten, werden sie sich nicht unbeliebt machen? Aber was sagt Julius Leber? „Lieber wochenlange Unbeliebtheit als jahrelange Reue...“

1953

Schlesien und der 20. Juli 1944

Von Max Kukil, Bonn (früher Breslau)

Wenn in dieser Woche die in der Bundesrepublik wohnenden Schlesier sich zu ihrem großen Treffen in Köln am Rhein zusammenfinden, dann wird in einer Reihe von Veranstaltungen der schlesischen Heimat, dem in ihr verwurzelten Kulturgut, ihren Sitten und Gebräuchen u. a. gedacht. Dabei soll nicht vergessen werden, daß unsere Heimat nicht nur von fremden Mächten besetzt und die schlesische Bevölkerung unter Aufgabe oder Zurücklassung ihrer Habe und ihres Besitzes vertrieben wurde, sondern daß zur Zerreißung Deutschlands und zum Verlust von großen Gebietsteilen, besonders im Osten, nicht nur die Siegermächte beigetragen haben. Die Ursache war ein im Jahre 1933 illegal zur Macht gekommenes verbrecherisches System in Deutschland, das mündete in den zweiten Weltkrieg mit Millionen von Toten, der Zerstörung von Städten und Dörfern und dem Verlust auch unserer Heimat. Es fehlte bis zum Jahre 1933 auch in Schlesien nicht an den Mahnern, die der Bevölkerung immer wieder vor Augen führten: Wer Adolf Hitler wählt, wählt den Krieg! Ein Krieg aber bedeutet den Verlust von Millionen Menschen, Hunger, Not und Elend sowie Vernichtung großer Teile wertvollen deutschen und europäischen Kulturguts und die Vernichtung der Zivilisation. Leider haben sich diese Warnungen mehr als bewahrheitet.

Schon im Jahre 1933 hatte die Bevölkerung des Landes unter den Privatsoldaten Hitlers (SA und SS) zu leiden. Überfälle auf politische Andersdenkende waren an der Tagesordnung. Die ungestühten Bluttaten von Potempa, Breslau usw. sind nicht vergessen. Das Bombenterror in Reichenbach auf den sozialdemokratischen Lokalredakteur Peschke der dortigen sozialdemokratischen Zeitung erreichte beträchtliche Ausmaße. In Hirschberg wurde der Redakteur der „Hirschberger Volkszeitung“ aus dem Riesengebirge, Günter Markschkeff, von einem bewaffneten SA-Trupp nach einer heftigen Schießerei aus dem Hotel „Drei Berge“ geholt und verhaftet. Der Bezirkssekretär Arthur Schiller, Hirschberg, wurde im Konzentrationslager so geschlagen, daß ihm ein Bein abgenommen werden mußte.

Der Abwehrwille der organisierten Arbeiterschaft, besonders in den Industriebezirken von Oberschlesien, ließ sich aber nicht ohne weiteres brechen. Dann kam der Reichstagsbrand, der, von den Naziführern gewollt, ihnen die Möglichkeit gab, die Funktionäre der Arbeiterbewegung ungeschädigt zu machen. Die erste große Verhaftungswelle am 1. März 1933 setzte ein, nachdem einige Tage vorher noch auf großen Kundgebungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Schlesien großer Sohn Paul Löbe, der verstorbene Berliner Polizeipräsident Grzesinski, Erich Kuttner, der in der vorigen Woche verstorbene Erik Nölting und ich gesprochen hatten. Der als Fernmörder bekannte Edmund Hein, ein SA-Mann, erstochen. Philippson selbst, der vielen Schlesien bekannt war, wurde nach dem 20. Juli 1944 erneut verhaftet, nach dem Lager Groß-Rosen, Schlesien, gebracht und ist nach einem Todesmarsch von Groß-Rosen nach Bayern 1945 zwei Tage nach der Befreiung durch die Amerikaner an Entkräftung gestorben.

Inzwischen waren in den verschiedensten Teilen Schlesiens die „Braunen Häuser“ eingerichtet worden. Diese, besonders in der Neudorfstraße in Breslau und in Grotz (Schlesien), dienten dazu, um politische Gegner durch brutalste Mißhandlungen und Foltermethoden von ihrer demokratischen Haltung abzubringen. Es kann und darf nicht vergessen werden der Tod des Reichsbannerfunktionärs Mischlick, Breslau-Oderort, und der Opferung des Rechtsanwalts Dr. Ernst Eckstein, Breslau. Als nächste Aktion erfolgte die Überführung von politischen Schutzgefangenen, die mit der Begründung „zum Schutze von Volk und Staat und ihrer eigenen Sicherheit“ in Polizeipräsidium festgehalten wurden, in das neu errichtete Konzentrationslager Breslau-Dürrgönz.

Obwohl durch die in Schlesien besonders rigoros erfolgten Maßnahmen die meisten Funktionäre der Arbeiterschaft bei Eröffnung des Lagers am 28. April 1933 verhaftet waren oder bei Inbesitznahme der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 verhaftet wurden, erfolgte doch bald die Gründung von Widerstandsgruppen in den verschiedensten Formen. Die Verbindung dieser Gruppen bestand von Breslau sowohl nach Oberschlesien als nach Berlin, Sachsen und Norddeutschland, selbst bis zu den in Haft befindlichen Funktionären. Im Laufe des Herbstes wurde eine größere Anzahl von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) in

Breslau wegen des Verteilens von Flugblättern verhaftet. Längere Gefängnisstrafen waren die Folge.

Nachdem am 10. August 1933 mehrere hundert politische Häftlinge aus ganz Schlesien nach dem KZ Esterwegen (Emsland) überführt wurden, ermordete in Esterwegen einer der SS-Männer am 2. September 1933 den

Sekretär des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Breslau, Hans Alexander. Hans Alexander war Schwerkrriegsbeschädigter und Träger des Goldenen Verdienstkreuzes aus dem ersten Weltkrieg (Pour le mérite für Mannschaften). Der gleiche Täter erschoss einige Tage später den Schutzgefangenen Danisch aus Oberschlesien.

Der Widerstand lebt auf

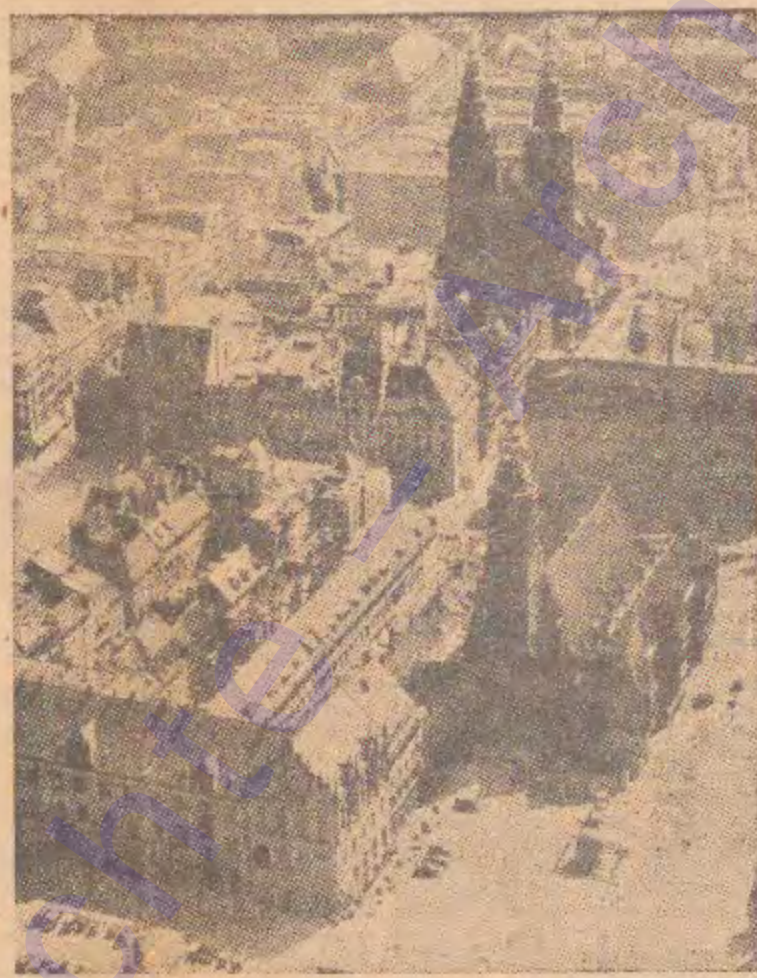
Der Widerstandswille der freilebenden Bevölkerung in Schlesien konnte aber nicht gebrochen werden. Die Einweihung des Gedenkstein für Hans Alexander auf dem Friedhof Cosel bei Breslau am 2. September 1934 war ebenso wie die Beisetzung eine Demonstration von Tausenden von Menschen. Große Opfer wurden von ihnen gebracht, die die illegale Literatur, wie „Neuer Vorwärts“ usw., von der Tschechoslowakei über die Grenze nach Schlesien brachten. Alle diese Taten waren der Anfang zur Bildung eines organisierten Widerstandes. Dieser Einsatz — oft mit größtem persönlichen Mut — riß auch manche schwere Lücke durch erneute Verhaftungen.

Schon vor Beginn des zweiten Weltkrieges hatten einige militärische Kreise, denen das Wohl Deutschlands am Herzen lag, eine Verbindung aufgenommen zu dem früheren hessischen Innenminister und Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner, der in Berlin in der Eisenbahnstraße Inhaber einer kleinen Fabrik war. Leuschners Verbindungen reichten über ganz Deutschland. Dadurch wurden die von Leuschner geschaffenen gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Zellen das stärkste Element in der Widerstandsbewegung. Von Leuschner aus erfolgte auch eine Verbindung zu dem Vorsitzenden der ehemaligen Freien Gewerkschaften in Schlesien, Oswald Wiersich, Breslau. Dieser hatte durch geschäftliche Reisen die Möglichkeit, die Verbindung zu Leuschner zu vertiefen. Wiersich (geb. 1. September 1882) schuf zunächst einen kleineren internen Kreis, zu dem gehörten der frühere Polizeipräsident von Breslau, Fritz Voigt, später Geschäftsführer der Bauhüttenbewegung (geb. 17. November 1883) und ich. Zu Oswald Wiersich traten auch in Beziehung der frühere Regierungspräsident Ernst Harnack und der Rechtsanwalt Wirmser (beide wurden hingerichtet). Ich erinnere mich noch heute deutlich an die im Februar 1940 von Oswald Wiersich bei einem Zusammenkommen in einem kleinen Kaffeehaus in der Gartenstraße in Breslau er-

haltene Information über die geplante zentrale Aktion gegen die Hitlerbarbarei. Nachdem es führenden und bekannten Militärs nicht gelungen war, den zweiten Weltkrieg durch die Beseitigung Hitlers zu vereiteln, wurde nun der Versuch gemacht, in Verbindung mit führenden Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten eine größere Widerstandsorganisation zu schaffen. Unser Kreis von drei Personen war vorgesehen, bei einem Zusammenbruch des Hitzlersystems in Schlesien zunächst die Führung der Arbeiterbewegung in die Hand zu nehmen. In der späteren Zeit wurden noch andere zuverlässige Gewerkschaftler und Sozialdemokraten mehr oder weniger in unsere Pläne eingeweiht. Insbesondere Oswald Wiersich gebührt das Verdienst, den illegalen Apparat in allen Teilen Schlesiens ausgebaut zu haben.

Als ich Ende 1940 meine berufliche Tätigkeit nach Berlin verlegte, hatte ich Gelegenheit, zunächst eine Verbindung zu dem Hauptkassierer der früheren Freien Gewerkschaften, Engelhardt, und einige Zeit später auch zu Wilhelm Leuschner herzustellen. Dadurch war ich mehr oder weniger der Verbindungsmann zwischen Wilhelm Leuschner und den führenden Freunden der illegalen Bewegung in Schlesien geworden. Oswald Wiersich hatte es verstanden, Verbindungen auch zu anderen Widerstandskreisen in Schlesien herzustellen. Erwähnt seien hierbei nur der im Oberpräsidium tätig gewesene Graf von der Schulenburg und der im Regierungspräsidium arbeitende Graf Matuschka (beide starben ebenfalls im Verfolg der Aktion nach dem 20. Juli 1944). Auch Fritz Voigt hat sich in dieser Richtung bemüht. Er hatte u. a. eine enge Verbindung zu dem jetzigen Bundesflüchtlingsminister Lukaschek.

Unsere Geduld wurde oft auf eine harte Probe gestellt. Nach den gescheiterten Plänen der Militärs war vorgesehen, daß durch Generaloberst Beck eine gewaltsame Aktion, wozu zunächst die Beseitigung Hitlers gehörte, in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten 1940 gestartet werden



Unser Bild zeigt die Innenstadt von Breslau aus der Vogelperspektive, den Breslauer Ring, das Rathaus und St. Maria-Magdalena.

sollte. Auch dieses Mal wiederum geschah etwas Unvorhergesehenes, nämlich der Einmarsch der deutschen Truppen in Dänemark und Norwegen. Dadurch fühlten sich die Militärs gehemmt. Wilhelm Leuschner aber war trotz aller Enttäuschungen in der kommenden Zeit immer wieder das treibende Element. Neue Termine wurden von den Militärs festgelegt und wieder verschoben. Der Kreis der Aktivisten in der Zentrale in Berlin wurde größer. Von Seiten der Sozialdemokraten waren es Theodor Haubach, der frühere Presschef vom Polizeipräsidium Berlin (vorher Reichsbannerführer und Redakteur beim „Hamburger Echo“) und der 1897 geborene Reichstagsabgeordnete Carlo Mierendorff, der ab 1928 Pressereferent von Wilhelm Leuschner war, und nicht zu vergessen der leidenschaftliche Politiker, Redakteur und Führer des

Reichsbanners Julius Leber aus Lübeck. Haubach und Mierendorff gehörten zu dem Kreis der Jungen um Kurt Schumacher.

Neben meiner direkten Verbindung zwischen Berlin und Breslau waren es oft die in den verschiedensten Lokalen von Berlin stattfindenden sogenannten Stammtischabende, von denen Paul Löbe in seinen Erinnerungen schreibt, die einen engen Kontakt mit Breslauer Funktionären, die zu Besuch nach Berlin kamen, ermöglichten. Aber auch Hemmnisse stellten sich der direkten Aktion in den Weg. Im April 1943 starb einer der führenden Männer, der mit Wilhelm Leuschner befreundet war, der Generaloberst von Hammerstein-Equord, einer der kompromisslosesten Gegner des Dritten Reiches. Am 4. Dezember 1943 fiel Carlo Mierendorff in Leipzig einem Bombenangriff zum Opfer.

Auswirkungen des 20. Juli in Breslau

Im Mai 1943 wurde ich von Berlin aus zur Wehrmacht einberufen. Am Tage vorher machte ich noch einen Besuch bei Wilhelm Leuschner. Sein Bestreben war es, mich weiter in Berlin zu behalten; ich mußte ihm versprechen, laufend meine Anschriften aufzugeben, damit ich am Tage X schnellstens nach Schlesien zurückgeholt werden konnte. Später — nach 1945 — habe ich erfahren, daß Leuschner sich noch bemüht hatte, meine weitere militärische Freistellung zu erreichen. Man hat ihm von mili-

tärischer Seite in Berlin aber erklärt, daß ich bei der Wehrmacht besser abgedeckt sei, da inzwischen eine Gefährdung meiner Person aus der Verbindung Berlin-Breslau entstanden war. Noch im Mai 1944 erhielt ich einen Brief von Wilhelm Leuschner, in dem er mir bezüglich des Tages X schrieb, daß „das große Geschäft wahrscheinlich im Herbst doch noch steigen würde“.

Es kam der 20. Juli 1944. Bereits am nächsten Tage wollte die Breslauer Gestapo Fritz Voigt, der in Opperau bei Breslau wohnte, verhaften. Da er eine Reise angetreten hatte, blieb die Gestapo in seinem Hause, bis zwei Tage später seine Rückkehr erfolgte. Soweit festgestellt werden konnte, war gegen Fritz Voigt eine Anzeige erfolgt. Er wurde von Breslau aus nach dem Untersuchungsgefängnis Berlin, Lehrter Straße, verbracht. Die Verhaftung Wilhelm Leuschners erfolgte Anfang August 1944, nachdem man vorher seine Frau als Geisel festgenommen hatte. Wilhelm Leuschner blieb aufrecht und seiner Idee bis zum letzten Atemzug treu. Am 29. September 1944 erfolgte seine Hinrichtung in Plötzensee. Wenige Tage vorher schrieb er: „Einig bleiben und wiederaufbauen.“ Und als er zum Galgen geführt wurde, sagte er zu seinen Gefährten: „Einigkeit.“ Seine engsten Mitarbeiter Hermann Maaß und Ernst Schnepfenhorst starben ebenfalls den Galgentod wie auch Staatsrat Ludwig Schwamb. Der Vorsitzende des Kreises „20. Juli“, Emil Henk, Heidelberg, blieb wie durch ein Wunder am Leben. Am 22. August 1944 war die große Aktion (genannt Gewitteraktion) gegen alle Funktionäre der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei in ganz Deutschland erfolgt. Hierbei wurden alle Funktionäre, soweit man ihrer habhaft werden konnte, festgenommen, unter anderem auch Oswald Wiersich, der frühere sozialdemokratische

Februar 1945 in Berlin und Breslau

Bauhüttenführer Fritz Voigt schreibt seinen letzten Brief

Berlin NW 40, den 28. 2. 1945.
Lehrter Straße 3. R.S.H.A.

Mein lieber Sohn Hans, liebe Liesbeth,

Euren Brief vom 10. dieses Monats habe ich am 22. erhalten. Das avisierte Paket ist bis heute nicht eingegangen. Nach Erhalt gebe ich Nachricht. Inzwischen schon meinen besten Dank für Eure Liebe und Sorgfalt für mich. Gefreut hat mich auch, daß Du, lieber Hans, als Anerkennung für besondere Leistung einen der Vier-Röhren-Apparate von der Direktion zugewiesen erhalten hast.

Wie Ihr dem Heeresbericht vom 26. entnommen habt, sind in Breslau Straßenkämpfe. Der Russe ist also wohl im Süden aus Richtung Ohlau und Strehlau und im Südwesten aus Richtung Zopten-Ranth in Breslau eingedrungen. Damit ist auch Opperau gefährdet, wenn nicht gar schon von den Russen besetzt. Ich habe deshalb um Mutter und Christinen sowie Großvater recht große Sorge, abgesehen davon, daß wir mit dem Ruin von Haus, Hof und Garten samt der ganzen Einrichtung rechnen müssen. Hoffen wir, daß unsere Lieben in Opperau diese schweren Tage und

Wochen ohne ernste Schäden an ihrer Gesundheit überstehen.

Nun einige ernste Worte zu mir. Im letzten Brief gab ich von dem angesetzten Termin am 26. dieses Monats Kenntnis. Ich bin zum Tode verurteilt. Auf Anraten unserer Verteidiger haben wir an den Herrn Reichsjustizminister Gnädigesuchen gerichtet. Mit welchem Erfolg müssen wir abwarten. Wenn es mich auch insbesondere um Mutter, um Euch und Eure Kinder sehr schmerzt, wenn ich nach dem Kriege nicht mehr mitgebe, die Enkelkinder nicht heranwachsen sehen kann und am Aufbau nicht mitwirken, so bin ich doch im ganzen gefaßt. Wo täglich in diesem Weltendrama tausende ihre Leben lassen, fällt das Sterben mit 62 Jahren nicht schwer. Möglicherweise werden aber unsere Gnädigesuchen berücksichtigt, dann würden wir uns vielleicht nochmal wiedersehen. Ich bitte Euch, sobald die Möglichkeit gegeben, Mutter von dieser Tatsache schonend Kenntnis zu geben. Ebenso meiner Schwester, Gustchen Knöfel in Schöppensiedt, und Schwester Anna in Braunschweig.

Mein Verteidiger wird Dir inzwischen schon Mitteilung gemacht haben, auch davon, daß er selbst ein Gesuch für mich auch eingereicht hat. Er hofft und glaubt an Erfolg. Sollten wir uns nicht wiedersehen, wir können ja auch durch Feindeinwirkung sterben, so grüßt mir Mutter, Christinen und Großvater recht herzlich von mir, und ich bitte sie, mich im guten Gedenken zu halten. Ebenso meinen Schwestern und der gesamten umfangreichen Verwandtschaft entbiete ich meine letzten Grüße. Meine persönlichen Angelegenheiten sind geordnet, das Testament hat Mutter. Behaltet auch Ihr beide mich in gutem Andenken und erzieht Eure Kinder so, daß sie mich ebenfalls in gutem Gedenken behalten. Ich will hoffen, daß Ihr alle den Krieg heil und gesund übersteht. Sagt den Kindern, ich sei vergnügt. Die Wahrheit erfahren sie immer noch früh genug. Seid alle recht herzlich gegrüßt und geküßt, bestellt Eurer Mutter beste Grüße und hofft wir gemeinsam, daß ein gutes Geschick doch noch ein gesundes Wiedersehen bescheid. Mit diesen Wünschen

Euer Vater und Opal

(Fortsetzung nächste Seite)

Schlesien und der 20. Juli 1944

(Fortf. v. d. vorhergehenden Seite)

Bürgermeister von Breslau, Karl Mache, und der frühere sozialdemokratische Landesrat der Provinz Niederschlesien, Wilhelm Winzer, Stadtrat Hugo Frey, Geschäftsführer Adolph Philipp, Gewerkschaftssekretär Jauernick und viele andere. Hugo Frey, Adolph Philipp und Jauernick starben ebenfalls für ihre Idee. Am 22. August 1944, früh 5.30 Uhr, kam die Geheime Staatspolizei auch in meine Wohnung in Breslau, um mich festzunehmen. Es erregte bei ihnen großes Erstaunen, daß ich zur Wehrmacht einberufen war, ihnen war dieser Vorgang nicht bekannt, da er am Ort meiner Arbeitsstelle in Berlin erfolgte. Eine mehrstündige Hausdurchsuchung und Beunruhigung der Familie waren das Ergebnis. Die Gestapo interessierte sich besonders dafür, wie oft ich in Glogau/Schlesien gewesen sei. In Kreisau in der Nähe Glogaus kamen bei Helmuth Graf von Moltke Männer aller Gesellschaftsschichten, die Feinde des Nationalsozialismus waren, zusammen. Vermutlich war es mein Glück, daß sich die Truppeinheit, bei der ich mich befand, auf ständigen Rückzug bewegte. Die durch die „Gewitteraktion“ Verhafteten wurden nach dem KZ-Lager Groß-Rosen bei Striegau verbracht. Bürgermeister Karl Mache starb hier an einem Herzschlag. Wilhelm Winzer wurde kurz entlassen, wiederum verhaftet und ebenfalls nach dem Gefängnis Berlin, Lehrter Straße, gebracht. Oswald Wiersich Ende September von Groß-Rosen direkt nach Berlin, Lehrter Straße, Franz Leuninger, einer der Sekretäre der früheren christlichen Gewerkschaften, der Beziehungen zu dem jetzigen Bundesminister Jakob Kaiser unterhielt, wurde ebenfalls festgenommen. Auch in Berlin der frühere Oberpräsident von der Provinz Niederschlesien und spätere Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Hermann Lüdemann. Die Vernehmungen der Verhafteten in Berlin erfolgten im Gefängnis Lehrter- und in der Gestapohöhle der Prinz-Albrecht-Straße. Dort waren sie schweren und harten Torturen ausgesetzt. Sobald die jeweiligen Vernehmungen beendet waren, wurden sie in das Lager Fürstenberg abgestellt, da die Zellen in der Lehrter Straße laufend für andere Vernehmungen gebraucht wurden.

Gegen Wiersich, Voigt, Leuninger und Lüdemann wurde Anklage vor

dem Volksgerichtshof erhoben. Hermann Lüdemann wurde vor dem Volksgericht unter Vorsitz von Roland Freisler, dem Teufel in Menschengestalt, nach einer scharfen politischen Diskussion freigesprochen. Beim Verlassen des Gerichtssaales wurde er erneut festgenommen, um nach dem KZ-Lager Ravensbrück gebracht zu werden. Dort wurde er nach der Kapitulation, völlig entkräftet, befreit. Oswald Wiersich, Fritz Voigt und Franz Leuninger wurden am 28. Februar 1945 zum Tode, andere, darunter auch Wilhelm Winzer, zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt. Die Hinrichtung der Vorgenannten erfolgte am 1. März 1945 in Plötzensee durch Erhängen. Die Vollstreckung des Urteils geschah bei Leuninger früh 10.55, bei Oswald Wiersich 10.57 und bei Voigt 10.59 Uhr. Fritz Voigt war vor dem ersten Weltkrieg Sekretär des Bauwerksbundes in Kiel, seine Angehörigen wohnen heute wieder dort. Die Todgeweihten waren bis unter den Galgen standhaft und sind ihrer Gesinnung treu geblieben. Ihnen ist es zu verdanken, daß durch die Verhaftungswelle nur ein kleiner Kreis angeklagt wurde. Viele von uns verdanken ihr Leben ihnen, die trotz ertollener Qualen keinen ihrer weiteren Freunde belasteten.

Die mich tief erschütternde Nachricht vom Tode meiner Freunde erreichte mich in Fürstwald/Spre. Ich werde nie vergessen die klugen und richtungweisenden Ratschläge Wilhelm Leuschners, den immerwährenden Optimismus für einen Sieg des Guten von Oswald Wiersich und die überlegene und sachkundige Haltung von Fritz Voigt, meinem Bettnachbarn aus dem Lager Esterwegen. Eine Reihe von weiteren Breslauer Freunden und Mitkämpfern ist ihnen gefolgt. Unermesslich ist das Leid, das ihre Angehörigen haben tragen müssen.

Die heimatvertriebenen Schlesier, insbesondere die Breslauer, wollen nicht vergessen, daß ein wahrer Gauleiter, der berühmte Hanke, nicht nur die Metropole Schlesiens zur Festung erklärte, sondern daß er u. a. auch die Arbeitspflicht für jeden Einwohner Breslaus ohne Altersbeschränkung für Knaben vom 10. und für Mädchen vom 12. Lebensjahr einführt und jede Arbeitsverweigerung mit standrechtlicher Erschießung bedrohte. Ohne Bedenken wurden zum Bau eines

Flugplatzes die Wohnviertel östlich der Kaiserstraße geopfert. 3000 bis 4000 Frauen und Kinder erlitten bei diesen Arbeiten unter russischem Artilleriebeschuß den Tod. Hanke ließ den amtierenden Bürgermeister Dr. Spielhagen, der sich gegen den Wahnsinn, Breslau zur Festung zu erklären, gewandt hatte. Ende Januar 1945 auf dem Ring standrechtlich erschossen. Dr. Spielhagen gehörte zu jenen Personen, die ebenfalls Verbindung zu unseren Widerstandskreisen hatten.

Als ich am Sonnabend, dem 18. Juli 1953, am Vortage der Einweihung des Gedenksteines in der

Bendlerstraße in Berlin an der Hinrichtungsstätte in Plötzensee im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Kranz für die Kämpfer und Opfer des 20. Juli 1944 niederlegte, waren meine Gedanken auch bei meinen toten Freunden aus Schlesien. Wir haben ein Vermächtnis für sie übernommen! Nie zu erlahmen im politischen Kampf für die Rückgewinnung unserer schlesischen Heimat, die deutschen Ostgebiete überhaupt, wie die Forderung der SPD lautet. Für die toten Freunde gilt auch der letzte Satz meiner bei der Kranzniederlegung gehaltenen Ansprache: „Ihr seid gestorben für uns und unsere Kinder, für ein freies Deutschland und ein freies Europa. Wir werden euch nicht vergessen!“

neuen sozialistischen Partei, der SAP, führten.

Größere Bedeutung hatte natürlich das überraschende Erstarken der NSDAP in den Jahren der Weltwirtschaftskrise. Ihre stets auf Gewaltsamkeiten erpichten Sturm-Abteilungen (deren abgekürzte Bezeichnung „SA“ Hitler in Schweidnitz unter Zeugniss als „Sport-Abteilungen“ erklärte) zerstörten jedes freie Versammlungsleben und provozierten überall Sackhieben, bei denen es nicht nur reichliche Verletzte, sondern mehrfach auch Tote gab. Als ihr gewissenloses Treiben zu toll wurde, griffen die Staatsbehörden schützend ein: Schlesien ist das einzige Gebiet Deutschlands, in dem den Nazis das Tragen ihrer braunen Uniformen und schließlich auch das Abhalten eigener Versammlungen verboten wurde.

Die unausbleibliche Folge war eine vermehrte Störung demokratischer Versammlungen und eine entsprechende Zunahme gewalttätiger Auseinandersetzungen. Die schlesische Arbeiterschaft hat sich hierbei vortrefflich gehalten; aber so viel Roheit war sie einfach nicht gewachsen. Und als schließlich ein schwacher Reichstag Herrn Hitler erlaubte, „die Macht zu ergreifen“ und auf ermächtigungsgesetzlichem Wege aus der demokratischen Republik einen autoritären Staat zu machen, griffen seine Schergen in Schlesien besonders brutal zu, um Rache zu nehmen. Die Konzentrationslager waren bald voll. Um sie zu entlasten, wurde im August 1934 ein erster Transport von 800 Schlesiern, zum meist Sozialdemokraten, nach dem berühmten Moorlager Esterwegen gebracht, wo sie zusammen mit 200 Schleswig-Holsteinern unbeschreiblichen Mißhandlungen ausgesetzt waren und täglich und stündlich in Lebensgefahr schwebten. Eines der ersten Opfer war der Breslauer Reichsbannersekretär Alexander; ihm folgte später der allen Kieler bekannt Altonaer Polizeipräsident Eggerstedt. Als die Zahl der „auf der Flucht Erschossenen“ zu groß wurde, ordnete Hitlers Innenminister Frick an, daß „alle Juden und alle Intellektuellen“ fortzuschaffen seien. Sie kamen nach dem wegen seiner unhygienischen Einrichtung von der demokratischen Regierung aufgegebenen Zuchthaus Lichtenburg bei Torgau.

Hier wie dort haben die verhafteten Schlesier ungeachtet aller Demütigungen und Mißhandlungen eine musterhafte Haltung bewahrt und ihrem Charakter als ehemalige Arbeiterfunktionäre Ehre gemacht.

Schlesische Menschen

Von Hermann Lüdemann, Oberpräsident a. D.

Es ist kein Zufall, daß unter den zahlreichen landsmannschaftlichen Zusammenkünften unserer Heimatvertriebenen, die alljährlich im Sommer stattzufinden pflegen, das Treffen der Schlesier einen besonderen Rang einnimmt. Zahl, Art und Temperament und nicht zuletzt die Vielseitigkeit des Volkscharakters spielen dabei eine bedeutsame Rolle. Hierin liegt keine Bewertung; aber jede Volksgruppe hat natürliche Eigenheiten, durch die sie sich von anderen Gruppen unterscheidet, und wenn die Erkenntnis richtig ist, daß die Enge oder Weite und die landschaftliche Art des Lebensraumes zu den menschlichen Entwicklung bestimmenden Umweltfaktoren gehören, wird man hieraus auch für unsere Volksgenossen aus Ostdeutschland gewisse Wesensunterschiede zu erklären haben.

Schlesien hat keine Meeresgrenzen, und seinen Bewohnern fehlt infolgedessen jenes eigenartige Denken und Fühlen, das die Küstenbewohner von Königsberg bis Wismar zum natürlichen Rekrutierungsfeld für die seefahrende Bevölkerung macht. Aber Schlesien hat Berge, nein; Gebirge, und es hat Bodenschätze — Kohlen, Gold- und Silberminen, Heilquellen von unschätzbarem Wert — und hat außerdem eine weite Ebene mit fruchtbarsten Rüben- und Weizenböden. So ergibt sich die Basis für eine ungewöhnliche Vielfalt des wirtschaftlichen Lebens: land- und forstwirtschaftliche Großbetriebe, deren adlige Eigentümer im kaiserlichen Deutschland mit Vorrang die Führerstellen in Staat und Heer besetzten; daneben Zwergbauern, die auf dürem Berg- und Heidegrund ihr ärmliches Dasein fristeten; auf der anderen Seite kartellierte und konzerierte Großindustrie, Kohlengruben, die jedes Jahr Menschenopfer forderten, Weberellen, deren Arbeitsklaven Gerhart Hauptmann in seiner dramatischen Dichtung ein unver-

gängliches Denkmal gesetzt hat; daneben und dazwischen Handwerk, Handel und Gewerbe in tausend Arten und Formen.

Das ist der Boden, auf dem Grafen- und Fürstengeschlechter wie Henckel-Donnersmarck, Pleß, Hatzfeld usw. eine weitreichende Macht entfalten und die Masse der Arbeiter und Angestellten nur durch täglichen Kampf und nur durch den unermüdeten Ausbau ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ihre soziale Stellung behaupten konnten. Auch innerhalb dieser Organisationen gab es Spannungen, die von einer zum Teil stark gegensätzlichen Lebensauffassung und einem gewissen Hang zu teils grüblerischem, teils doktrinärem Denken namentlich in Krisenzeiten ihre Nahrung erhielten. Bekannt sind aus neuerer Zeit die heftigen Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Partei, die noch angesichts des wachsenden Rechtsradikalismus um 1930 zur Abspaltung einer radikalen Gruppe und in weiterer Folge zur Bildung einer

SOMMER SCHLUSS VERKAUF

VOM 27.7. BIS 8.8.

Hinam auf zu

WEIPERT

Jede Stufe lohnt jetzt doppelt, denn so billig gibt es gute WEIPERT-Qualitäten nur im Sommer-Schluss-Verkauf. Also zugefasst und gleich am Montagfrüh dabei sein.

Auch im Sommerschlussverkauf hilft Ihnen die Textil-Kreditgesellschaft im Weipert-Haus

Das Andenken des 20. Juli

Es. In der Geschichte des tausendjährigen Reiches 1933 bis 1945 kennt das nichtdeutsche Ausland einen deutschen Ehrentag: den 20. Juli 1944. Es sich in dieser Wertung mit der öffentlichen Meinung des aus der Katastrophe wiedererstandenen Deutschland trifft? Wohl ist den Männern des 20. Juli nun an der Stätte, wo ihr Unternehmen so schnell sein tragisches Ende fand, ein Denkmal errichtet worden; aber ist es im Gemüt einer Mehrzahl von Deutschen fundiert, heute, neun Jahre nach jenem Datum, das die apokalyptische Endphase des grauenvollsten Abschnittes deutscher Geschichte eröffnete?

Vor den nichtdeutschen Gegnern Hitlers bedürfen die Widerstandskämpfer im deutschen Untergrund und vor allem die Verschwörer vom 20. Juli keiner moralischen Rechtfertigung. Ihre Absichten



Das Mahnmal des 20. Juli in Berlin, das an der Stelle errichtet wurde, wo vier der Hauptbeteiligten an der Verschwörung, Oberst v. Stauffenberg, General Olbricht, Oberst Mers und Oberleutnant Dauterive, knapp zwölf Stunden nach dem mißglückten Attentat auf Hitler standrechtlich erschossen wurden.

und ihr Unternehmen sprechen eine genügend deutliche, positive Sprache. Der verbrecherische Charakter der Führung und des Regimes war ihnen offenbar geworden, sie sahen, daß ihr Vaterland dem Abgrund entgegengetrieben wurde, und handelten, wie es ihnen ihr Gewissen gebot, dessen Stimme sie Gültigkeit zuerkannten.

Aber auf ihrem Unternehmen lastet der Fluch des Mißlingens. Er verdunkelte und verdunkelt nach heute ihr Ansehen bei jenen Teil der öffentlichen Meinung, der um den Preis des Erfolges käuflich ist. Daß überdies die noch jetzt Verblendeten gierig die Gelegenheit ergreifen, aus dem Wirken des deutschen Widerstandes eine neue Dolchstoßlegende zu schaffen zur Entlastung des Nationalsozialismus und der phantastischen Aspirationen seines Reiches, ist offensichtlich. Man lese darüber etwa die Auslassungen des vom „Führer“ zum Kriegshelden nationalsozialistischen Geschmacks erkorenen Fliegerobersten Biele, der die seiner Ansicht nach von Widerstandgeist infizierte H-Verführung anklagt, den obersten Kriegsherrn bewußt im unklaren gelassen zu haben über den Ernst der Lage an den Fronten, so daß sie die Verantwortung für die Niederlage treffe.

Schließlich hat auch das preußische Gewissen, soweit es einigermaßen unberührt aus der Kuchlosigkeit der Ära Hitlers hervorgegangen ist, die Tat des 20. Juli zum Anlaß genommen, sich von neuem in das moralisch-theologische Problemnetz des Tyrannenmordes und des „Hochverrats“ zu verstricken. Mit seinen starren Begriffen von Pflicht und Loyalität und Eid, mit jener seltsamen Neigung, politische Dinge unpolitisch zu betrachten, mit jenem heimlichen Hang zur Anerkennung des „Tragischen“, wo immer es aus Handeln geht, mit all dem Ballast des grüblerischen Tiefsinns ausgestattet, den Deutsche selber als „deutsch“ zu bezeichnen pflegen, ist es zu schwerfällig für diese Auseinandersetzung. Das klare Wasser wird trüb, die eindringliche Situation „hic et nunc“ verdrückt, wo es mit seinem prinzipiellen, allgemeinen Fragen in den Grund bohrt: ob man einen Eid nicht unter allen Umständen, ohne Berücksichtigung der Situation zu halten verpflichtet sei, auch wenn man „persönlich der Ansicht“ sei, der Führer begebe sich ins Unrecht; ob ein Untergebener das Recht habe, selbstständig sich über die Lage des Ganzen ein Urteil zu bilden; das doch nur der obersten Führung zustehe, und gar seinen eigenen abweichenden Urteil gemäß und der Führung zuwider zu handeln. Vor allem sind es die ehemaligen Militärs der apolitisch-konservativen Tradition, die die geistige Auseinandersetzung mit dem 20. Juli auf solche geschlossenen Gedankenbahnen betreiben.

Auf den Außenstehenden wirkt das eifrige theoretische Fragen, ans dem die deutsche Nachwelt oft keinen Answeg zu finden scheint, seltsam disproportioniert. Was heißt denn „Hochverrat“ gegenüber der Staatsführung angesichts des Hochverrats, den diese Führung an der Menschheit begangen hat? Was kann denn Gefolgschaftstreue bedeuten, wenn sie nicht nur den zum tragischen

Untergang Bereiten in den Abgrund führt, sondern ein ganzes Volk, das nicht sterben, sondern leben will? Was heißt Annahme des Urteils bei so offenkundiger Katastrophpolitik?

Zweifelloso legen die Antworten, die den Weg zum Widerstand und zur Aktion freilegt, auch den Männern vom 20. Juli nicht auf der Zunge. Sie wurden oft in schwerer Gewissensnot erklöpft. So, wie sie anstufen, haben sie jedoch einen höheren Sinn für sich, als ihn unbedingte Gefolgschaftstreue und politische Passivität beanspruchen können. Sie entsprangen den verschiedensten Quellen: aus der bewußten, politisch orientierten Opposition, aus dem christlichen Gewissen, das in dieser Situation zu dem, der hören mochte, durchaus eindeutig sprach, aus dem Verantwortungssinn der Nachfahren des alten Adels, denen wie v. Stauffenberg auch unter der Despotie das Bewußtsein nicht verloren gegangen war, daß sie „für den Sinn des Ganzen zu stehen“ hatten. Die Passiven mögen sich mit dem Alibi der „tragischen Situation“ abfinden oder mit dem Determinismus der Fideipessimisten, die ihren Ernst Jünger glauben, daß „die Überwindung der Vernichtungswelt nicht auf der historischen Ebene gelingen kann“, oder sie mögen zugeben — was man ihnen ja heute kaum mehr zur Last legt —, daß ihr Gewissen und ihre „beschränkte Kenntnis“ des Geschehens sie zur letzten Entscheidung nicht gezwungen haben oder daß sie sie nicht im Sinn des „Eidbruches“ zu treffen vermochten. Ein Recht zur Kritik der Handelnden aber, die ihren Widerstand in großer Zahl mit ihrem Blut besiegelt, haben sie sich damit jedenfalls nicht erworben.

Man ist zweifellos berechtigt, sich aus der Art und Weise, wie sich das heutige Deutschland mit dem 20. Juli auseinandersetzt, ein Maß zu nehmen für den Reifegrad seiner politischen Einsicht in die unmittelbare Vergangenheit wie in die Grundbedingungen staatlichen und überstaatlichen Zusammenlebens. Wer aus einzelnen Symptomen Schlüsse ziehen wollte, käme leicht zu Material für eine pessimistische Beurteilung der geistigen Lage. Was soll man etwa davon halten, daß, wie in Zeitungen berichtet wurde, die verantwortlichen Ämter in der Bundesrepublik zwar der Witwe des ausgestoßenen Offiziers, ehemaligen SS-Gruppenführers und aufs schwerste belasteten Statthalters in Prag Heydrich eine hohe monatliche Rente gewähren, unter merkwürdigsten Vorwänden aber die Unterstützungsansprüche der Witwe Wagners ablehnen, des Generalquartiermeisters, der einen prominenten Anteil an der generalstäblichen Vorbereitung der Aktion v. Stauffenbergs hatte und der, um seiner Verhaftung zuvorzukommen, nach dem 20. Juli freiwillig aus dem Leben schied; daß die Witwe nachher in „Stippenhaft“ genommen und neun Monate in einem Konzentrationslager gefangen gehalten wurde, vermochte die Legitimität ihres Anspruchs offenbar nicht zu bekräftigen. — Bundespräsident Heuß hatte vor einiger Zeit einen Brief zu beantworten, in dem sich die Witwe eines Opfers vom 20. Juli an ihn gewandt hatte „um Rat, was denn geschehen könne, um das Gedächtnis jener Männer vor der Versenkung zu bewahren, der sie einmal in der freien öffentlichen Rede des Denzogenen, das andere Mal im weitergetragenen Geschwätz der Bierbank ausgesetzt sind“; im Brief war auch berichtet worden, „daß die Kinder eines der Hingerichteten unter den häßlichen Reden über ihren Vater zu leiden hätten“. Heuß schloß seine schöne und menschliche Antwort mit der Feststellung, das Wort, mit dem er früher die deutschen Widerstandskämpfer gegenüber einem ihre Motive mißverstehenden Ausland zu verteidigen hatte, suche „jetzt vor allem die Nachdenklichkeit, den Abstand, die stille Selbstbesinnung von Deutschen“. (Der Brief des Bundespräsidenten ist publiziert in einer ausgezeichneten, mit erschütternden Dokumenten ausgestatteten Sonderausgabe der Zeitschrift „Das Parlament“, Bonn, 20. Juli 1952.)

Es fällt auf, in wie ausgesprochen defensiver Haltung manches Buch die Würdigung der Verschwörung und ihrer Protagonisten unternimmt. Es ist, als lägen den Autoren, die heute über den 20. Juli schreiben, nur kritische Einwände und Negation in den Ohren, als hätten sie ein Werk der Ehrenrettung für Verfechte zu unternehmen, als müßten sie unter Aufwand aller zur Verfügung stehenden Argumente dem deutschen Leser Unverständliches begreifbar und akzeptabel machen.

Auf der andern Seite darf man es aber als ein positives Zeichen deuten, daß so viele Kräfte am Werk sind, das Verständnis für die Männer vom 20. Juli, ihre Motive und ihr Unternehmen zu fördern. Die Literatur zu diesem Thema ist gewaltig angewachsen; die Bibliographien nennen bereits Hunderte von Titeln. An Unterlagen zur Auseinandersetzung fehlt es nicht, wenn auch die Historiker die Zeit für eine eingehende Würdigung und Darstellung der Widerstandsbewegung in Deutschland noch nicht für reif erachten können.

Drei von den neueren Publikationen seien hier kurz angezeigt. Die eine ist ein Dokumentenband, den Eugen Bülle und Peter Lütjens zusammengestellt haben („Der 20. Juli“, Düsseldorf 1952). Man wünscht ihm einen Standort nicht nur in den Universitätsbibliotheken und historischen Seminaren. Er enthält neben zahlreichen Zitaten und Äußerungen zum Thema des Widerstandes den Verhandlungsbericht des Prozesses gegen die Hauptangeklagten des 20. Juli vor dem sogenannten Volksgerichtshof. Man hat jene grausige Karikatur eines Gerichtsverfahrens nicht vergessen, in dessen Mittelpunkt die Figur des Präsidenten Frauley stand, in der der Nationalsozialismus noch einmal hat offenbar werden lassen, aus welchen Abgründen der Verworfenheit er sich seine getreuesten prominenten Diener geholt hat. Aus den Stümpfen teutonischer Ideologie steigen am Präsidententisch die giftigen Blasen auf: „Was glauben Sie, was da mit einem geschehen wäre, der bei einem wandernden Treck germanischer Stämme so etwas (von inuren Reserven gegenüber dem „Führer“) gesagt hätte? Er wäre in den Sumpf versenkt worden, weil Sumpf zu Sumpf gehört; Maennertreue zum Führer ist

Die Rolle des Experten in Israel

G. L. Tel Aviv, im August

Es gab eine Zeit, wo man in Israel glaubte, man könnte von ausländischen Experten nichts lernen, weil in Israel die Bedingungen anders als sonstwo auf der Welt seien. Veteranen der Kolonisation pflegten mit Stolz zu erzählen, daß sie ihre Experimente gegen den Rat von Fachleuten unternommen und dennoch damit Erfolg gehabt hätten. Diese Stimmung wurde später durch eine Art Wunderglauben an das Wissen und Können der Experten abgelöst. Als man wenige Jahre nach der Gründung des Staates Israel mit wirtschaftlichen und administrativen Problemen nicht fertig wurde, die der Aufbau einer staatlichen Verwaltung und die Masseneinwanderung mit sich brachte, rief man eifrig nach Experten, die man um Rat und Anleitung ersuchen konnte. Jetzt ist wieder eine Art von Ernüchterung eingetreten. Vermutlich hatte man sich zu rasche Resultate versprochen und begibt sich jetzt zu verstehen, daß auch der beste Rat nur zeigen kann, wie man sich selbst am besten helfe.

Dieses Prinzip ist besonders von Prof. Sune Carlson, Professor für Sozialwissenschaften, betont worden, der das „United Nations National Assistance Board“ in Israel leitet. Die Arbeit der Vereinten Nationen, die von der amerikanischen Expertenhilfe unter Punkt vier des Truman-Programms wohl zu unterscheiden ist, gehört in den Rahmen des ökonomischen und sozialen Werkes der Vereinten Nationen und beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Die Organisation vermittelt Experten aus den verschiedensten Ländern, wobei sie Wert darauf legt, daß Fachleute aus einem Land ihre Kenntnisse und Dienste anderen Ländern zur Verfügung stellen. So weilt zum Beispiel ein israelischer Fachmann in Ceylon, wo er die Salzgewinnung modernisiert, und einer in Haiti zur Verbesserung der Fischereiwirtschaft.

Die Vereinten Nationen helfen nicht mit Geld, sondern nur mit fachlichem Rat, mit Literatur und gelegentlich mit Apparaten und senden außerdem Angehörige der verschiedenen Nationen für Studienbesuche ins Ausland. So studieren zurzeit gegen zwanzig Bürger Israels Fragen der öffentlichen Verwaltung auf englischen Universitäten; andere beteiligen sich an einem Seminar für Statistik in Kanada. Ebenso werden für die weitere Ausbildung von Aerzten — vor allem zum Studium des öffentlichen Gesundheitswesens — und von Krankenschwestern Stipendien im Auslande gegeben. Die Vereinten Nationen angegliederten Organisationen, so namentlich das Internationale Arbeitsamt in Genf, die Weltgesundheitsorganisation (FAO) und die Unesco, sind ebenfalls in Israel tätig. Unter anderen Experten ist Prof. Lowdermilk zu nennen, der sich seit Jahren für die Bekämpfung der Boden-erosion und die Verbesserung des Bewässerungsnetzes im Lande einsetzt.

Die Arbeit der Experten erstreckt sich auf Landwirtschaft, Industrie und öffentliche Dienste. Prof. Carlson hat das Schwerkgewicht auf die Ausbildung der mittleren Chargen gelegt. Seine Beobachtung hat ihm bewiesen, daß die ungewöhnliche, wenn man will, anormale Struktur der Juden in der Diaspora für den Aufbau Israels besondere und eigenartige Probleme schafft. Es gibt ausgezeichnete Ärzte, aber zu wenig Spitalpersonal, Ingenieure, aber keine Vorarbeiter in den Fabriken. Das alte Problem, das in der zionistischen Bewegung wieder und wieder theoretisch behandelt wurde, nämlich die Umwandlung der sozialen Struktur der jüdischen Gesellschaft, wird heute in Israel aktuell durch die Notwendigkeit, eine Klasse von Landwirten zu schaffen, und durch den Bedarf an Fachleuten, die die Diaspora nicht „fertig“ liefert.

Für die Vereinten Nationen ist das Land Israel als Ganzes eine Art von Versuchstation. Hier sind die Dinge so im Fluß und die Probleme häufen sich so sehr, daß sich nicht nur der Soziologe, sondern oft auch der Techniker wie in einem riesenhaften Laboratorium fühlt. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum die Vereinten Nationen Israel dazu ausgewählt hat, ein Institut für die Entwicklung eines hygienischen und baulich einwandfreien Typus von Lehmhäusern zu errichten. Dieses Projekt kann von überragender Bedeutung sein, nicht nur für Israel, sondern für den gesamten Osten. In allen orientalischen Ländern hat man seit Menschengedenken Häuser aus Lehm gebaut. Die moderne Technik des Lehmhauses, die an der Westküste Amerikas und in Australien ent-

wickelt worden ist, kann für den Orient eine architektonische Revolution bedeuten. Die Vorteile von Lehmbauten liegen vor allem in der Möglichkeit, Stoffe zu benutzen, die am Orte vorhanden sind, wodurch die hohen Baukosten merklich heruntersetzt werden können. Außerdem würden die Lehmbauten vermutlich viel besser in die Landschaft des Mittleren Ostens passen als die nüchternen Zementhäuser, die heute üblich sind. Bisher hat man in Israel mit Selbstverständlichkeit die Modelle für Bauten in den westlichen Ländern gesucht. Es ist sehr wohl möglich, daß Vorbilder des neuen Instituts hier einen Umschwung hervorbringen werden, wenn man lernt, daß Lehmbauten durchaus hygienisch und ästhetisch zufriedenstellend sein können, während sie nur wenig importiertes Material brauchen und weit billiger sind als Beton.

Professor Carlson berichtet, daß die verschiedenen Experten oft bei ihrer Ankunft begeistert sind von der Neuartigkeit des Landes und seinen experimentellen Möglichkeiten, daß sie jedoch meist nach kurzer Zeit auf Schwierigkeiten stoßen, weil sie nicht rasch genug vorwärts kommen und nicht instande sind, die einzelnen Ministerien und Institutionen zu raschen Entschlüssen und zur Zusammenarbeit untereinander zu bringen. Später wieder bessert sich die Stimmung, und wo sich in Israel selbst Persönlichkeiten finden, die ihre Ideen aufnehmen und weitertragen, haben sie auch Erfolge. Auch das ist wieder einer der Beweise, daß fachmännischer Rat nur eine der vielen Komponenten in dem schweren Kampf um eine administrative und ökonomische Gesundung sein kann, der heute in Israel geführt wird.

Diese Erkenntnis ist um so wichtiger, als seit einiger Zeit in Israel die Rolle des ausländischen Experten stark umstritten ist. Die Regierung behandelt die vielen Berichte, die von ausländischen Fachleuten unterbreitet werden, in der Regel als geheimes Material. Das erweckt den Eindruck, als ob die Behörden einfach die Darstellungen und Berichte der Fachleute in den Akten verschwinden ließen, ohne sie als Grundlagen für Reformen zu verwenden. Insbesondere hat der Fall von Prof. Trone, einem amerikanischen Elektroingenieur, der von der israelischen Regierung beauftragt wurde, einen Plan für die Verwendung der deutschen Reparationsgüter auszuarbeiten, der später von den Behörden abgelehnt wurde, großes Aufsehen erregt. Der Fall kam auch im Parlament zur Sprache, wo der Premier erklärte, die Regierung müsse sich das Recht vorbehalten, den Rat von Experten in bestimmten Fällen auch abzulehnen.

Ausländische Experten in Israel werden auf den verschiedensten Gebieten gebraucht — für die Ausarbeitung von Bewässerungsprojekten, für die Entwerfung von wirtschaftlichen Entwicklungsplänen sowie für bestimmte technische Aufgaben, für die es in Israel nicht genug trainierte Kräfte gibt. Ihre Wirkung hängt oft davon ab, aus welchen Ländern sie kommen. Manche, der an das glatte Funktionieren und die Annehmlichkeiten einer entwickelten Wirtschaft gewöhnt ist, wird sich oft nur schwer in Israel zurechtfinden, wo der Ersatzteil für eine komplizierte Maschine von Ueberses bestellt werden muß. Gerade die Vereinten Nationen haben sich daher bemüht, Experten aus kleineren Ländern heranzuziehen. Je mehr die Dollarknappheit eine weitere Mechanisierung der Landwirtschaft erschwert, heißt man Experten aus kleineren europäischen Ländern willkommen. Man lernt auch mehr und mehr verstehen, daß Experten keine Wunderrezepte mitbringen, daß die Vermittlung von Kenntnissen, die man ihnen dankt, nicht von heute auf morgen Ergebnisse liefern kann. Prof. Carlson bemerkt richtig, daß die Erfolge eines Experten oft erst zu erkennen sind, wenn er das Land verlassen hat.

Das große Publikum übersieht nicht selten, daß sich die soziale Umwandlung von Hunderttausenden, die Schaffung einer Klasse von Landwirten und von Fabrikarbeitern, die Schulung einer Beamtenschaft für Regierung und Stadtverwaltungen nur langsam vollziehen können. Noch vor fünf Jahren hatten die Juden in Israel einen Ueber-schuß an Fachkräften; die Einwanderung großer Menschenmassen aus orientalischen Ländern hat einen Mangel daran hervorgerufen, und die Schaffung einer eigenen Verwaltung und Armee hat weitere Anforderungen an Fachkräfte im Lande gestellt. Fachmännischer Rat ist daher heute von entscheidender Bedeutung als eines der Mittel zur kräftigen Selbsthilfe.

Volkstreue, ist Reichstreue“ — so geißelt er General Stieff an. Wichtiger als das, was den ihrer Würde beraubten Angeklagten in dieser Verhandlung ihre Motive zu sagen gestattet wird, sind die Monologe Freislers. Sie sind authentische Akten mit erdrückender Beweislast im Prozeß der Humanität gegen den Nationalsozialismus, der mit den Nürnberger Urteilen ja nicht abgeschlossen sein kann.

Zum Dokumentenband, den der Dichter Günther Weisenborn herausgegeben hat („Der lautlose Aufstand“, Rowohlt, Hamburg, 1953) hatte Ricarda Buch noch den Ansporn gegeben und den Grundstein gelegt. Der Band ist in seiner Anlage und Komposition einer berechtigten Kritik unterzogen worden. Er will eine „Gesamtdarstellung in Selbstzeugnissen“ sein, aber er wird diesem Anspruch in der Art, wie er die Akzente verteilt, zweifellos nicht gerecht; aus den vielen bis in die letzten Details der Briefköpfe reproduzierten Dokumenten, so viel-sagend sie im einzelnen sind, ersticht kein Überblick über das „Gesamte“. Der Bewegung des 20. Juli, der einzigen der zahlreichen Widerstandsgruppen im Dritten Reich, die politisch für einen Augenblick zum Zuge kam, sind zwei Dutzend Seiten gewidmet, dafür werden außerhalb dieses

Kreises Gesten von Opposition und oppositionellem Geist registriert, die in manchen Fällen nicht die Qualifikation „Widerstand“ verdienen und die den falschen Eindruck erwecken, aktiver Widerstand gegen das Regime sei von den bestreitesten Schichten des deutschen Volkes geübt worden. Das Bild ist verzerrt; aber die Elemente, aus denen es zusammengesetzt wird, bieten doch reiches und eindrucksvolles Anschauungsmaterial zur Erkenntnis des Wesens der Despotie und ihres Überwachungs- und Selbstschutzmehanismus wie auch der vielen Ansätze von Widerstandsgewinnung und -tat.

Eberhard Zellert Buch „Geist der Freiheit“ (München, 1953) verspricht weniger und hält mehr. Es ist eine unprätentöse, aber gerade in ihrer Einfachheit und Sauberkeit eindrucksvolle Schilderung des 20. Juli, seiner Vorgeschichte und des weiten Personenkreises, der die Verschwörung trug und mit ihr verbunden war, von den Generälsführern und den schwer durchschaubaren Figuren des Nachrichtendienstes bis zu den Sozialisten und den utopistischen Erneuerern christlich-sozialistischen Geistes im „Kreisauer Kreis“, die sich die detail-ferbsten Vorstellungen von der Nachkriegswelt diskutierten im Augenblick, wo die Furien am ärgsten rasten. Ein besonderes Verdienst Zellerts ist es,

Obd. 1953

Aufgaben und Grenzen der Staatsgewalt

*

Eine Stellungnahme der in
Fulda versammelten
deutschen Bischöfe

Durch unsere Zeit geht ein Zug zum Kollektivismus. Damit ist jene entartete Gesellschaftsordnung bezeichnet, die den einzelnen aufgehen läßt in einem alles beherrschenden Ganzen und die Personwürde des Menschen bedroht. Der allgemeine Sog zur Vermassung würde nicht so viele mitgezogen haben, wenn nicht eine innere Entwertung des Menschen schon vorausgegangen wäre durch die religiöse Entwurzelung und deren Folge: die Vermaterialisierung. Der im modernen technischen Zeitalter aus alten Bindungen losgelöste, vor allem durch den Abfall von Gott innerlich entwurzelte Mensch spürt eine tiefe Unsicherheit. Er sucht nach neuem Halt und Zusammenhalt. Die kommandierte Zwangsordnung des Kollektivismus ist ein trügerischer Kurzschluß, gestützt auf eine falsche Gesellschaftslehre: Die Gemeinschaft gehe dem Einzelmenschen voraus, und dieser sei nur um der Gemeinschaft willen da. So gerät der selbstherrliche (autonome) Mensch, der den Bindungen entfliehen wollte, in die Knechtschaft einer alles beherrschenden selbstherrlichen Gemeinschaft, des Kollektivs.

Die Anfälligkeit für kollektivistische und totalitäre Ideen wird politisch besonders gefährlich in einer Zeit, „wo ohnehin die Tätigkeit des Staates ein so großes Ausmaß und einen so entscheidenden Einfluß genommen hat“ (Pius XII. 24. 12. 44). Wir sehen bei den modernen Staaten, wie sie ihre Zuständigkeit immer mehr ausdehnen und mit ihren Aufgaben weit in den Bereich des Privaten eindringen. Ein weit verbreitetes Streben nach sozialer Sicherheit und staatlicher Versorgung arbeitet dem allgemeinen Totalitätsanspruch des Staates in die Hände. Viele suchen die Verantwortung und das Einstehenmüssen für sich selbst auf die Behörde oder auf die Öffentlichkeit abzuwälzen. Die Folge: der Staat wird überlastet und in seinen eigentlichen Aufgaben gehemmt. Wir wissen noch allzugut, wie ein handlungsunfähiger, in seinen politischen Entscheidungen geschwächter Staat den Diktator geradezu herbeiruft. In der Botschaft an den Wiener Katholikentag (14. September 1952) bezeichnete der Heilige Vater als eine der wichtigsten Aufgaben der jetzigen sozialen Auseinandersetzung: „Schutz des einzelnen und der Familie vor dem Sog, der sie in eine allumfassende Sozialisierung hineinzuziehen droht, eine Sozialisierung, an deren Ende das Schreckbild des ‚Leviathan‘ grauenvolle Wirklichkeit wäre.“

Diesem Sog zum Kollektivismus gegenüber gilt es, für die Funktionen des Ganzen und der Glieder die unveränderliche Wesensordnung herauszustellen. Darum befragen wir die christliche Soziallehre über die Aufgaben des Staates und die Grenzen der Staatsgewalt. Es geht um den Menschen, um die Freiheit und die Selbstverantwortung der Persönlichkeit. Wir verteidigen dabei auch die Freiheit der Gemeinschaften im Staat und die Freiheit der Kirche, die von der Ordnung des Staates mitberührt wird. Wir sprechen nicht zuletzt für den Staat selbst, dessen endgültige Verfassung noch zu schaffen ist. „Wenn der Herr das Haus nicht baut, arbeiten die Bauleute vergebens“ (Ps. 127, 1). Soll das Werk Bestand haben, muß es auf dem Grund der gottgegebenen natürlichen Ordnung aufgebaut sein.

I.

Die sittliche Hoheit und Würde des Staates

Der Staat ist vielen etwas Fremdes. Nicht wenige erleben ihn nur als eine Macht, die ihre Freiheit stört, ihnen Geld abnimmt und Lasten auferlegt. Viele wissen nicht, daß zum Staat nicht nur Verwaltung und Obrigkeit gehören, sondern vor allem das politisch geordnete Volk, die Bürger selbst! Staat bedeutet die mit oberster Autoritätsgewalt ausgestattete umfassende Gemeinschaftsform für die Menschen eines bestimmten Gebietes.

Die sittliche Würde des Staates ist in seinem Ursprung und seinem hohen sittlichen Zweck begründet. Er ist weder eine Ausgeburt des Bösen, eine Folge der Sünde, noch die höchste Verkörperung des Göttlichen auf Erden und absoluter Selbstzweck (Hegel); weder das willkürliche Produkt der Gewalt von Machthabern, noch ist für ihn der Volkswille letzte Rechtsquelle und Richtschnur für die Ausübung der Staatsgewalt (Rousseau). Der Staat gehört vielmehr zu der vom Schöpfer gewollten sittlichen Weltordnung. Wie Gott der Ursprung der Sozialnatur des Menschen ist, ist er auch die erste Ursache des Staates und der Staatsgewalt. Pius XII. sagt in der Weihnachtsbotschaft vom 24. 12. 1942: „Erste Ursache und tiefste Grundlage menschlichen Einzel- und Gemeinschaftslebens ist Gott, der Schöpfer der ehelichen Urgemeinschaft, der Quellgrund der Familie und der Gemeinschaft des Volkes und der Völker.“ Und Leo XIII. in der Enzyklika Immortale Dei: „Keine Gesellschaft kann bestehen, wenn nicht einer an der Spitze steht, der ... die einzelnen zum gemeinsamen Ziel hinordnet; darum ergibt sich auch für die staatliche Gemeinschaft die Notwendigkeit einer leitenden Autorität. Und diese

hat, wie die Gesellschaft selbst, in der menschlichen Natur und somit zuletzt in Gott ihren Ursprung. Daraus folgt, daß die staatliche Gewalt, an sich betrachtet, nur von Gott sein kann. „Es gibt keine Gewalt, außer von Gott“ (Röm. 13, 1).“

Die Sorge um die Wohlfahrt des Ganzen ist dem Staat anvertraut. Dieses „Gemeinwohl“ ist sein *hoher sittlicher Zweck*. Pius XII. sagt in dem Weltrundschreiben über den christlichen Staat 1939: „Es ist also das auszeichnende Vorrecht und die hohe Sendung des Staates, die private Tätigkeit der einzelnen im nationalen Leben zu überwachen, zu fördern und zu ordnen, um sie einheitlich auf das allgemeine Wohl auszurichten.“

Der von Gott kommende Ursprung und Auftrag des Staates begründet seine eigentliche sittliche Hoheit und seine übertragende Autorität im irdischen Bereich (*suprema potestas in suo ordine*). Er hat das Vorrecht, Gesetze zu erlassen, die alle im Gewissen verpflichten, und deren Befolgung u. U. mit Zwangsgewalt durchzusetzen.

Über den Interessen der einzelnen und Gruppen, über Fabriken und Banken, über Vereinen und Verbänden soll es also eine Instanz geben, welche die übergeordnete Einheit des Ganzen repräsentiert und die Belange des höheren sittlichen Gutes vertritt, nämlich das Gemeinwohl. Ja, die im irdisch-natürlichen Bereich die Hoheit Gottes darzustellen hat. „Die Regierungsgewalt ist gleichsam eine Teilnahme an der Weltregierung und Herrschermacht Gottes“ (Leo XIII. Enzykl. *Diuturnum*). So schreibt der Apostel im Römerbrief: „Die Staatsgewalt ist ja für dich Gottes Dienerin zum Guten ... Nicht umsonst führt sie das Richtschwert. Sie ist Dienerin Gottes und vollstreckt die Strafe an dem, der Böses tut. Deshalb muß man ihr untertan sein, nicht nur aus Furcht vor der Strafe, sondern um des Gewissens willen ... denn *Beamte Gottes* sind die, welche diesem Dienst obliegen“ (Röm. 13, 4 ff.). So ist der Staat in der irdisch-natürlichen Ordnung die höchste Autorität. Aus seiner Macht leuchtet ein Abglanz von Gottes Herrschermacht und Majestät. Ihm sind Machtvollkommenheiten gegeben, wie sie keiner anderen weltlichen Gewalt zukommen. Erst im Lichte des Christentums erkennt die Staatsgewalt ihre tiefste Begründung und sittliche Größe. Sie ist von Gott angeordnet, damit sie ihres Amtes walte als „Gottes Dienerin“ und Stellvertreterin, als oberste Wahrerin und Förderin des Gemeinwohls, als Repräsentantin der Einheit des Volkes. Sie ist der Hüter des Rechtes, Wächter über Ordnung und Sicherheit, Anwalt der Gerechtigkeit, damit jedem das Seine zukommt und die Lasten gerecht verteilt werden. Sie ist der unparteiische Schiedsrichter, der Schützer der Schwachen und

Fürsorger der Hilfsbedürftigen, ein Machthaber, der in weiser Selbstbeschränkung andere Lebensrechte achtet und alles Wertvolle fördert.

Sie ist aber auch machtvolle Autorität mit Befehlsgewalt, Zwangsgewalt und Sühnegewalt, mit der Befugnis, im Namen Gottes zu gebieten und das Schwert zu führen, d. h. die strafende Gerechtigkeit zu vollziehen. Ihr steht es zu, alle Vergehen zu ahnden, die sich gegen die öffentliche sittliche Ordnung richten.

Das 4. Gebot gebietet auch der politischen Autorität gegenüber Ehrfurcht und Gehorsam. „Seid um des Herren willen jeder menschlichen Obrigkeit untertan (1. Petr. 2, 13). Wir ehren die Vertreter des Staates. Wir achten die staatlichen Symbole, aber wir treiben damit keinen Götzendienst! Der Christ verabscheut jeden Staatskult und auch jeden zur Ersatzreligion hinaufgesteigerten „Patriotismus“. Unsere Achtung gegenüber dem Staat und seinen Zeichen gilt seinem hohen sittlichen Rang als dem obersten Schirmherrn des Gemeinwohls.

Wenn der Staat *seine Macht mißbraucht*, stürzt er von seiner Höhe und schändet seine sittliche Würde.

II.

Die Grenzen der Staatsgewalt

Die katholische Soziallehre führt einen *Zweifrontenkampf*, sowohl gegen die einseitige Überbetonung der Gemeinschaft in den sozialistischen und faschistischen Systemen des totalitären Staates, wie auch gegen die einseitige Betonung der Privatrechte im Liberalismus. Wir erleben heute besonders deutlich die einseitige Überbewertung der Gesellschaft.

Aus dem Abbild göttlicher Hoheit ist vielfach ein *Ungeheuer* von Machtapparat zur Verknecung der Menschen geworden. Das ist das andere Gesicht des Staates in der Wirklichkeit der Geschichte. Der Mensch ist nur Mittel zum alles beherrschenden Staatszweck. Dem Moloch Staat wird alles geopfert, Menschenwürde und Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit, die Unabhängigkeit des Richters und die Geistesfreiheit der Wissenschaft, Elternrecht und Religionsfreiheit. Jeder staatsfreie, private Bezirk wird geleugnet. Der absolute Staat erhebt einen totalen Machtanspruch auf alle Gebiete und auf den ganzen Menschen. Die Willkür der Gewalthaber schafft einen ständigen Ausnahmezustand der Angst. Äußerlich herrscht Ruhe und Einheit, aber im Innern gärt es. Die Gewalt züchtet die Lüge und verdirbt den Charakter der Menschen.

Hat der „totale Staat“ erst einmal alle Bindungen an Gott verloren, dann gibt es für die Macht keine Hemmung mehr. Der gottlose Gewaltstaat wird zum Ungeheuer, das erbarmungslos Menschen vernichtet. Kein Recht und kein Gesetz schützt vor den Häschern der Staatspolizei. Gewalt geht vor Recht; was dem Staat nützt, ist gut. Der gottwidrige „totale Staat“ wird zur Macht des Bösen in einem unheimlich totalen Ausmaß. Mit Recht sagt St. Augustinus: „Reiche ohne Gerechtigkeit, was wären sie anders, als große Räuberbanden!“ In der Geheimen Offenbarung hat Johannes das Ungeheuer beschrieben: die gottlose Weltmacht mit dem gotteslästerlichen totalen Machtanspruch, Satans Bundesgenosse zur Verfolgung der Kirche. Es verlangt, daß alle Menschen seine Macht anbeten. //

Diesem Zerrbild eines Staates gegenüber vertritt die christliche Gesellschaftslehre eine Ordnung, in deren *Mittelpunkt der Mensch* steht, mit seiner Würde als Person und seinem Bedürfnis nach Ergänzung durch die Gemeinschaft. Das Wohl der einzelnen in der Gemeinschaft, das, was wir das Gemeinwohl nennen, ist Zweck des Staates. Unter Gemeinwohl verstehen wir nämlich mit Pius XII. „jene äußeren Bedingungen, die der Gesamtheit der Staatsbürger notwendig sind zur Entfaltung ihrer Anlagen und Aufgaben, ihres materiellen, kulturellen und religiösen Lebens, soweit die hierfür erstberufenen Kräfte der Familie und anderer Gliederungen nicht ausreichen ... Es bleibt das Ziel alles gesellschaftlichen Lebens, stets, in unveränderter, heiliger Verbindlichkeit: Entfaltung der Persönlichkeitswerte des Menschen als des Ebenbildes Gottes“ (Pius XII. 24. 12. 1942).

Der Staat ist zum Hüter und Wahrer dieses Gemeinwohles bestellt. Darum hat alles staatliche Geschehen ihm zu dienen. Aus dieser Aufgabe leitet sich nach dem Willen Gottes seine Gewalt her. An dieser Aufgabe findet seine Autorität aber auch ihre Grenzen. Der Staat ist nicht Selbstzweck, sondern höchster Dienst am Gemeinwohl. Es dürfen die einzelnen und die kleineren Gemeinschaften, die sich aus dem freien Zusammenschluß innerhalb der größeren Gemeinschaft des Staates bilden, in ihrer Entfaltung vom Staate nicht gehemmt und unterdrückt werden, sondern sie sollen gerade durch ihn die bessere Möglichkeit für die eigene Entfaltung finden. Den Gliedern im Staat gegenüber ist die Staatstätigkeit „*subsidiär*“, d. h. ergänzend, hilfeleistend. Ein Zentralismus, wo alles von oben geschieht und die Selbsttätigkeit der Glieder verkümmert, ist damit unvereinbar. Er widerspricht dem Wesenssinn des Staates und zerstört den lebendigen Organismus der Gesellschaft.

Pius XI. bezeichnet das Gesetz der Subsidiarität für die Sozialordnung als „jenen obersten Grundsatz, an dem nicht zu rütteln noch zu deuteln ist: Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen ... Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen“ (Qu. a. 79).

An diesem ehernen Grundsatz der Subsidiarität jeder Gesellschaftstätigkeit, also auch des Staates, *scheiden sich heute die Geister!* Er ist die Absage an jedweden Kollektivismus. Er schützt die Freiheit und Personwürde des Menschen, sein Recht auf Eigentätigkeit und Eigenverantwortung, wie auch das Recht der kleineren Gemeinschaften gegenüber den großen, das Recht der Familie und der Eltern gegenüber dem Staat.

Die Kehrseite der Subsidiarität heißt: *Selbstverantwortung und Selbstverpflichtung!* Jeder soll die Eigenrechte auch wahrnehmen, für das eigene Wohl und das eigene Handeln selbst einstehen. Es gibt Verantwortungen vor dem eigenen Gewissen, die man nicht auf andere abwälzen kann. Niemand kann den Eltern die Eigenverantwortung für ihre Kinder abnehmen, weder die Kirche noch die Schule. Die Gliedgemeinschaft ist nicht befugt, Hilfe von oben in Anspruch zu nehmen, bevor sie nicht die eigenen Mittel eingesetzt hat.

Der Staatsgewalt sind also Grenzen gezogen, und zwar durch ihren Zweck und die Rechte anderer. Es gibt keine schrankenlose Allmacht des Staates.

Eine absolute Schranke für die Staatsgewalt ist *der Wille und das Gesetz Gottes*. Wenn ein staatliches Gesetz dagegen verstößt, ist es unsittlich und hat keine im Gewissen verpflichtende Kraft. „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg. 5, 29). Bei den Fragen der Ehe z.B. findet die Zuständigkeit des Staates ihre Grenzen an den unveränderlichen Gesetzen Gottes für die Naturordnung der Ehe und an der Zuständigkeit der Kirche für den Bereich des Sakramentes.

Darum sind auch die gottgesetzten Rechte und Pflichten der *menschlichen Persönlichkeit* eine Schranke für die Staatsgewalt. Jedoch kann der Staat bestimmte Forderungen an Hab und Gut seiner Mitglieder stellen, um das Allgemeinwohl zu sichern. Auch kommt ihm zu, unter gewissen Umständen die

Freiheit der einzelnen zum Schutze der Allgemeinheit einzuschränken. Über das Leben und die körperliche Unversehrtheit der Menschen vermag der Staat nur zur Bestrafung von Verbrechen zu verfügen. Der Staat hat auch das Recht, von seinen Bürgern zu verlangen, daß sie ihren Beitrag zur Verteidigung seiner Existenz, falls diese von einem ungerechten Angreifer bedroht wird, unter Umständen bis zum Einsatz des Lebens leisten. In keinem Falle darf der Staat zu Wegen und Mitteln greifen, die in sich unerlaubt sind, wie z. B. zur Tötung unschuldigen und wehrlosen Lebens.

Der Staat hat das natürliche Recht der *Familie* zu achten, das dem Recht des Staates vorausgeht. Er soll die Familie in ihren sittlichen Grundlagen schützen, ihre sozialen Lasten erleichtern helfen. Wo die Familie mit ihren Kräften nicht ausreicht oder versagt, tritt der Staat ergänzend, hilfeleistend ein. Elternrecht geht vor Staatsrecht, darum kann es kein *Schulmonopol* des Staates geben. Es gibt noch deutsche Länder, die nicht bereit sind, aus der Achtung vor der Gewissenstreiheit das Elternrecht anzuerkennen. Wie kann man dabei im gleichen Atemzuge totalitäre Methoden des bolschewistischen Systems verurteilen?

Auch die *Rechte anderer Gemeinschaften* begrenzen die Staatsgewalt. Die *Kirche* ist unmittelbar göttlichen Ursprungs. Sie muß in allem, was zur Erfüllung ihrer übernatürlichen Sendung gehört, vom Staate unabhängig handeln können. Unbeschadet ihres grundsätzlichen Selbstbestimmungsrechtes nimmt sie das staatliche Vereinsrecht als Freiheitsrecht in Anspruch.

Jeder Bürger im Staat hat das Recht und die Freiheit, sich mit anderen zu allen ehrbaren Zwecken zusammenzuschließen, soweit das Gemeinwohl dadurch nicht gestört wird.

III.

Die Ordnung der Staatszuständigkeit

Es gibt Aufgaben des Staates, die ihm *allein oder zuerst zustehen*. Vor allem Schutz und Sicherheit nach außen, Aufbau und Wahrung der Rechtsordnung im Innern. Friede, Sicherheit, Ordnung gehören zu den Grundvoraussetzungen, die ein gedeihliches Zusammenleben und -wirken in der Gemeinschaft erst ermöglichen. Darum gehören sie auch zum Grundbestand des Gemeinwohls, das der Staat gewährleisten soll. Zuerst und wesentlich ist der Staat *Rechtsordnung*, „*Rechtsstaat*“, wenn sich auch darin seine Aufgaben nicht erschöpfen. *Justitia fundamentum regnorum*; die Gerechtigkeit ist das Fundament der

Staaten! Für diese Schutz- und Ordnungsaufgaben ist dem Staat auch die *Macht* gegeben, aber im Rahmen des Rechts und im Dienste des Staatszweckes.

Darüber hinaus gibt es ein weites Gebiet von Aufgaben, bei denen der Staat sich *mit andern in die Funktionen teilt*. Es sind die Sozial- und Kulturaufgaben. Ihre Durchführung ist zunächst Sache der einzelnen und der Gruppen der Gesellschaft. Der Staat soll diese Tätigkeiten fördern und in einem gewissen Maße überwachen, aber diese Aufgaben nicht selbst an sich reißen. Er wird nur dann auch in diese Bereiche eingreifen müssen, um selbst Aufgaben zu übernehmen — ergänzend, stellvertretend — falls die Zuständigen sie nicht zur Genüge erfüllen, das Gemeinwohl es aber erfordert.

Für das Übergreifen der Staatstätigkeit in solche Aufgabenbereiche sind die Grenzen fließend. Von der grundsätzlichen Einstellung hängt es ab, ob eine allgemeine Ausdehnung der Staatstätigkeit gewollt und betrieben wird, oder ob sie nur als eine Ausnahme betrachtet und sobald als möglich wieder zurückgezogen wird.

Auf dem Gebiete der *Kulturaufgaben* soll der Staat weise Zurückhaltung üben und Freiheit lassen. Überall, wo Weltanschauungsfragen mitsprechen, muß Gewissensfreiheit gewahrt bleiben. Die Pflege der Kulturgüter ist in erster Linie Aufgabe der freien Volkskräfte und in hohem Maße auch der Kirche. Der Staat wird sich möglichst darauf beschränken, diese Bestrebungen zu schützen, schädliche Auswüchse abzuwehren, mit seinen stärkeren Mitteln zu helfen und die notwendigen Einrichtungen bereitzustellen. Macht sich der Staat selbst zum Träger von Schulen oder anderen Kulturinstituten, so muß er sich vor jedem Ausschließlichkeitsanspruch hüten.

Ein hohes Gut des Gemeinwohls ist die öffentliche Sittlichkeit. Hier darf keine falsche Toleranz den Staat daran hindern, seine Macht- und Zwangsmittel anzuwenden, um die zersetzenden Kräfte abzuwehren, besonders wo die sittliche Gesundheit der Jugend und der Familie auf dem Spiele steht. *Schmutz und Schund* haben kein sittliches Recht, sich auf den Schutz der Freiheit zu berufen. Freilich kann der Staat mit seinen äußeren Mitteln die Wurzeln des Übels nicht erreichen. Hier ergänzen sich Staat und Kirche zum Besten des Ganzen.

Bei seiner Verantwortung für das materielle Wohl des Ganzen wird der Staat von selbst zum „*Wohlfahrtsstaat*“. Hier ist die Gefahr zum Überschreiten seiner Grenzen am größten und tatsächlich der Zug zum Staatssozialismus und Kollektivismus auch am stärksten. Manche sehen immer noch in einer staal-

lich dirigierten Planwirtschaft das Heil. Die Leitung und Initiative ist zunächst Sache der Wirtschaft selbst, nicht der öffentlichen Gewalt. Wohl hat der Staat wichtige wirtschaftspolitische Aufgaben zu erfüllen, für die Gesamtrichtung Weisungen zu geben und notfalls mit wirksamen Mitteln lenkend einzugreifen. Aber er soll nicht selbst als Unternehmer in den Kampf der Interessen hineinverstrickt sein, sondern unabhängig über dem Ganzen stehen und verhindern, daß Wirtschaftsmächte „Staat im Staate“ werden. Eigene Wirtschaftstätigkeit soll der Staat auf die notwendigsten öffentlichen Dienste beschränken. Muß er aus Allgemeininteresse in das wirtschaftliche Leben oder in die Besitzverhältnisse eingreifen, so sollen das immer nur begrenzte Ausnahmefälle bleiben und das Recht darf dabei nicht verletzt werden (Entschädigung). Es ist eine unerlaubte Enteignung, überhöhte Steuern zu benutzen, um die Wirtschaftsmacht des Staates auszubauen. Die Zusammenballung übergroßer Wirtschaftsmacht taugt nicht, weder in privat- noch in staatskapitalistischer Hand. Beim Staate ist sie sogar noch gefährlicher, weil den Unternehmer-Staat niemand an der Knechtung der Menschen hindern kann. Das eigentliche soziale Problem ist damit nicht gelöst, daß der private Kapitalist auszieht und der staatliche Funktionär einzieht.

Erstrebenswertes Ziel muß sein, möglichst vielen Menschen zu privatem Eigentum zu verhelfen.

Ein *Besteuerungsrecht des Staates* besteht ohne Zweifel. „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist“ (Mk. 12, 17). Aber es hat seine Grenzen am Eigentumsrecht des einzelnen und an der Pflicht des Staates, die Ausgaben aus Steuermitteln auf die eigentlichen und vom Gemeinwohl als notwendig geforderten Staatsaufgaben zu beschränken. Steuern sollen nicht Gemeineigentum bilden, sie sollen vielmehr helfen, ein weitgestreutes Privateigentum entstehen zu lassen. Die jetzige Überhöhung der Lasten hat ihre Ursache, neben den zeitbedingten Nachkriegsnöten, in der ungebührlichen Ausweitung der Staatsaufgaben. Hier bei der Bewilligung der Ausgaben wäre der Hebel für eine Beschränkung der Staatstätigkeit anzusetzen. Wenn ein Parlament sein Kontrollrecht über die Ausgaben nicht gebührend wahrnimmt, wächst der totalitäre Staat auf Kosten der Freiheit des einzelnen. Die Steuerpolitik trifft auch die freien Gemeinschaften. Je gemeinnütziger ihre Aufgaben sind, um so schonender sollten sie steuerlich behandelt werden. Das gilt für die kinderreiche Familie vor allem, aber auch für die gemeinnützigen Einrichtungen der Kirche.

Die besondere Fürsorge des Wohlfahrtsstaates gehört den *wirtschaftlich Schwachen*. Maßnahmen der Sozialpolitik als Rechtsschutz der Arbeit und Existenzsicherung sind keine Almosen, sondern eine Pflicht des Staates aus sozialer Gerechtigkeit.

Für die *öffentliche Fürsorge und Wohlfahrtspflege* gilt ebenfalls der Grundsatz der Subsidiarität. Was die freie Fürsorge und Wohlfahrtspflege leisten kann und oft billiger leistet, soll die öffentliche nicht an sich reißen. Es gibt *kein staatliches Wohlfahrtsmonopol*, wie es der totale Staat weitgehend beansprucht. Die Caritas behält ihre Berechtigung neben der amtlichen öffentlichen Wohlfahrt. Die von Amts wegen geleistete Hilfe bedarf notwendig einer Ergänzung durch die menschlicher und persönlicher wirkende freie Liebestätigkeit. Die Kirche verlangt nicht nur volle Freiheit für ihre caritativen Einrichtungen, sondern, falls der Staat selbst caritative Anstalten errichtet, auch Förderung aus öffentlichen Mitteln. Das ist kein Verstoß gegen die Neutralität des Staates, sondern eine Forderung des Gemeinwohls und der Gerechtigkeit. Bei allem Ausbau der öffentlichen Hilfe bleibt die Verantwortung zur *Selbsthilfe* bestehen. Es gibt eine natürliche Hilfeordnung: die Familienglieder sind füreinander zuerst verpflichtet, die Kinder für ihre alten Eltern, die Nachbarschaft für den Nachbarn, erst dann kommt die organisierte Hilfe der freien und der öffentlichen Fürsorge. Die öffentlichen Hilfen sollten die Kräfte der Selbsthilfe stärken, nicht dem Menschen die Selbstverantwortung abnehmen. Die Vorstellung von einem „Versorgungsstaat“, der Sicherungen für alle Wechselfälle des Lebens garantiert, ist geradezu eine öffentliche Gefahr geworden. Der Staat ist keine Betreuungs- und Wohlfahrtsanstalt, der seine Bürger mit allem Notwendigen versorgt und Almosen an sie verteilt, die er ihnen vorher abgenommen hat. Dem einzelnen die eigene Anstrengung der Selbsthilfe und Selbstverantwortung abnehmen, käme zwar der Trägheit und Verantwortungslosigkeit vieler Menschen entgegen. Es würde aber den Staat noch mehr überlasten und die Abhängigkeit und Unfreiheit der Menschen nur vermehren. Das Kollektiv nimmt mit der Selbstverantwortung auch den Willen zur Selbstbehauptung, die Kraft zum Opfer, die Freiheit der persönlichen Entscheidung und das eigene Gewissen. Der Versorgungsstaat verdirbt den Menschen in seinem innersten Kern, macht ihn zur leichten Beute des Kollektivismus. Und wie bald ist aus der totalen Sicherung eine totale Gefährdung geworden.

Haben wir nun zuviel oder zuwenig „Staat“?

Wir haben ein Zuviel an Staatsaufgaben — ein Zuwenig an Hoheit, zuviel bürokratischen Apparat — zuwenig Staatsautorität für die hohen sittlichen Aufgaben des Staates, nämlich das Gemeinwohl gegenüber den Einzelinteressen, die Rechte der Schwächeren gegenüber den Machtgruppen wahrzunehmen oder auch die Rechte der einzelnen gegenüber der Gemeinschaft zu schützen. Gerade dafür ist es notwendig, den Staat von vielen *nichtpolitischen Aufgaben zu entlasten*. Die Aufgabe heißt: die Staatstätigkeit einschränken und die Staatsautorität stärken. Abbau des Zentralismus zugunsten der Selbstverantwortung der Glieder und der Selbstverwaltung. Statt totaler Verpolitisierung: *Primat der Politik!* D. h., das überragende (wirkliche) Interesse des Gemeinwohls (das Ziel wahrer „Politik“) soll vor den Sonderinteressen von Machtgruppen den Vorrang haben, auch für den Fall, daß diese den Staat unter Druck setzen wollen, seien es Finanzmächte oder die Industrie, Gewerkschaften oder eine Partei. Es gehört gerade zu den wesentlichen Aufgaben der Staatsautorität, die Gruppen mit ihren Sonderansprüchen in das Ganze einzuordnen und die Ordnung der Gerechtigkeit zu schützen. Freilich muß dann der Staat auch über die machtmäßigen Möglichkeiten verfügen, um diesen „Primat der Politik“ in allen Fällen durchsetzen zu können. Etwas ganz anderes ist die *totale Verpolitisierung!* D. h., alles wird zum „Zankapfel der Politik“ gemacht und in den „Streit der Parteien“ hineingezogen. Alles wird Parteisache, auch die elementaren Anliegen, über die es eigentlich einen Streit nicht geben dürfte. Oder es wird im Sinne des totalitären Staates die Staatszuständigkeit auf alle Gebiete ausgedehnt.

Die *Höchstzuständigkeit* des Staates bedeutet nicht seine *Allzuständigkeit!*

Das politische *Parlament* ist überlastet mit Aufgaben, die zum Teil von Organen der Selbstverwaltung übernommen werden sollten und es dadurch von vielen Spannungen entlasten würden. Bezüglich der *Demokratie* gibt es manche Mißverständnisse. In ihrem Namen wird oft gefordert: Allen das gleiche! Die Gerechtigkeit aber verlangt: Jedem das Seine! Die rein formale Demokratie mit der Tendenz, alles gleich zu machen, hat viel zur Zerstörung der Autorität beigetragen. Demokratie heißt nicht Freiheit für jeden zur hemmungslosen Kritik an allem. Sie ist vielmehr der Aufruf zur Mitverantwortung und setzt eine große Reife voraus. Erst recht stellen die hohen Aufgaben des Staates an die *Politiker* und die Inhaber

der Staatsgewalt große sittliche Anforderungen. Sie müssen über Staat und Gesellschaft klare auf dem Naturrecht beruhende Grundsätze haben. Es bedeutet wahre Staatskunst, zwischen Eigenwohl und Gemeinwohl, zwischen Staatsautorität und Achtung der Subsidiarität den rechten Ausgleich zu finden. Das erfordert eine große Selbstdisziplin, vor allem gegenüber den Versuchungen der Macht. Nicht jeder, der die Hand nach der Politik und nach der Macht im Staate ausstreckt, ist auf Grund seiner inneren Qualitäten dazu berufen.

In der Weihnachtsansprache 1944 über die wahre Demokratie sagt Pius XII.: „Da die Persönlichkeit, der Staat und die Staatsgewalt mit ihren jeweiligen Rechten auf der gleichen Grundlage ruhen, sind sie so eng miteinander verbunden, daß sie sich gegenseitig unterstützen oder zugrunde richten. Da diese absolute Ordnung ... keinen andern Ursprung haben kann als einen persönlichen Gott, unsern Schöpfer, so ergibt sich daraus: die Würde des Menschen besteht in der Gottesebenbildlichkeit, die Würde des Staates in der sittlichen, von Gott gewollten Gemeinschaft, die Würde der politischen Autorität in der Teilnahme an der Autorität Gottes ...

Nur die klare Einsicht in die Ziele, die Gott einer jeden menschlichen Gesellschaft vorgezeichnet hat, verbunden mit dem tiefen Gefühl für die erhabenen Pflichten der öffentlichen Tätigkeit, kann diejenigen, denen die Gewalt überantwortet ist, in die Lage versetzen, ihre Aufgaben gesetzgebender, richterlicher oder ausübender Art verantwortungsbewußt zu erfüllen ... Die Frage nach dem moralischen Hochstand, der praktischen Brauchbarkeit, den geistigen Fähigkeiten der Abgeordneten im Parlament ist für jedes Volk unter demokratischer Herrschaft eine Frage, die über Leben und Tod, Wohlstand und Verfall, Aufstieg und ständigen Niedergang entscheidet. Darum muß jede gesetzgebende Körperschaft aus einer Elite von Männern bestehen.“

Mögen auch in unserm Vaterland in Zukunft die besten Kräfte zusammenwirken, um das Haus zu vollenden, in dem unser Volk in Ordnung und Frieden, in Freiheit und Menschenwürde wohnen kann. Wir aber wollen die Mahnung des Apostels befolgen: „Verrichtet bei den öffentlichen Fürbitten Gebete und Danksagungen für alle Menschen, für die Regierenden und Obrigkeiten, damit wir ein friedliches und ruhiges Leben führen mögen in Gottesfurcht und Ehrbarkeit!“ (1. Tim. 2, 1 f.)

Oktober 1953.

Fromm - Muzing
148
Presse

NACHRUH

Es ist mir erst jetzt die Möglichkeit gegeben, die rennsportliche Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen, daß der Union-Klub in zurückliegender Zeit den schmerzlichen Verlust mehrerer hochgeschätzter Mitglieder und lieber Kameraden zu beklagen hat.

Abgesehen von mehrfachen Entrechtungen und Verfolgungen, denen unser Klub sowie ein Teil seiner Mitglieder in der verflossenen Zeit ausgesetzt waren, brachten im Winterhalbjahr 1944/45 ihr Leben zum Opfer nachstehende Herren:

Ludwig Beck
Fritz Fromm
Carl Goerdeler *Karl Ludwig Graf v. Güttenberg*
Wolf Graf von Helldorff
Erich Hoepner
Heinrich Graf von Lehndorff
Wilhelm Friedrich Graf zu Lynar
Erwin Planck
Kurt Frhr. von Plettenberg
Friedrich Werner Graf von der Schulenburg
Winfred von der Schulenburg
Erwin von Witzleben

Die Mitglieder des Union-Klubs verneigen sich in stiller Ehrfurcht und stolzer Trauer vor diesen selbstlosen Männern, die in der dunkelsten Zeit der deutschen Geschichte, da viele wankten, vor dem Einsatz ihrer Person zur Rettung des Ganzen nicht zurückschreckten. Sie brachten den Mut auf, einer Gewalt, deren Ruchlosigkeit sie erkannt hatten, mit letzter Konsequenz zu trotzen. Es ist die Tragik ihres Lebens und das Unglück unseres Landes, daß der Tag vom 20. Juli 1944 der Erfolg versagt blieb.

Solange ein Gefühl für Verantwortungs- und Gewissenspflicht in unserer Gemeinschaft vorhanden ist, wird die Erinnerung an diese Toten als Träger der besten Traditionen unseres Klubs in höchsten Ehren gehalten werden.

Das Präsidium des Union-Klubs:

(gez.) Theobald Graf von Seherr-Thoss.

Der Aufstand gegen Hitler

Am Montag, den 19. April, beginnt die NEW YORKER STAATS-ZEITUNG und HEROLD mit der Veröffentlichung eines einzigartigen Dokuments:

Unser Aufstand gegen die Hitler-Tyrannis

Von FREIHERRN DR. GOTTHARD von FALKENHAUSEN

Der Verfasser gehört zu den wenigen überlebenden Teilnehmern an dem Aufstandsversuch gegen das Naziregime, dessen Mißgelingen den verlorenen Krieg verlängerte und die Leiden des deutschen Volks unermesslich steigerte. Viele Einzelheiten sind völlig neu.

Falkenhausens wahrheitsgetreue Darstellung ist ein historisches Dokument. Unsere Leser werden wünschen, die Nummern, in denen die Veröffentlichung erfolgt, zu sammeln und ihren Freunden in Europa zugänglich zu machen.

Forschungsinstitut Brandenburg des Landesarchivs Potsdam

Archiv — Bibliothek — Museum

Programmatische Erklärung und Bitte um Mitarbeit

An die acht Millionen Mark ließ sich die Weimarer Republik, der vielgeschmähte „Systemstaat“, damals, zwischen 1926 und 1932, diesen Bau kosten, später so treffend „gläserner Sarg“ genannt. Das Zuchthaus Brandenburg, heute bekannt in aller Welt, sollte eigentlich dem humanen Strafvollzug dienen und sich nach besten internationalen Vorbildern zu einer deutschen Musteranstalt entwickeln. Die Hitlerjustiz durchkreuzte diesen Plan und ließ aus der Strafanstalt auf dem Görden ein berüchtigtes Menschenschlachthaus werden. Ursprünglich war dort überhaupt keine Hinrichtungsstätte vorgesehen; erst im Sommer 1940 improvisierte man sie in einer ordinären Autogarage, worin dann — Plötzensee stand an der Spitze — mehr als zweitausend Mann ihr Leben lassen mußten. Beinahe ein Drittel davon waren Ausländer, Angehörige fast aller Nationen, namentlich Franzosen, Holländer und Belgier, Russen, Tschechen und Polen, so daß dieses Zuchthaus Brandenburg für immer, jedenfalls aber noch auf Jahrzehnte hinaus, im Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit liegen wird. Da auch viele gerade der namhaftesten Vorkämpfer der deutschen Widerstandsbewegung hier eingekerkert oder hingerichtet wurden, ist es eine Aufgabe des Tages, beizeiten solide Grundlagen für eine einwandfreie Geschichtsschreibung zu schaffen, ehe die Erinnerung an all die grausigen Vorgänge vollends verblaßt.

Ungeachtet des leidenschaftlich und erbittert geführten politischen Tageskampfes, der zunächst noch eine schon für bald geplant gewesene umfassende und allen gerecht werdende Geschichtsschreibung unmöglich macht, muß sich die vorbereitende Geschichtsforschung unvoreingenommen und überparteilich größter Sachlichkeit beleißigen und von vornherein ungesunder Legendenbildung vorbeugen. Unbekümmert und unbestechlich, über alle Zonen- und Ländergrenzen hinwegschauend, muß sie sich freihalten von jeder dogmatischen Engherzigkeit. Der Kampf gegen die Hitler Tyrannie soll sich ohne Einseitigkeit wahrheitsgetreu in seiner ganzen bunten Mannigfaltigkeit spiegeln, in seiner ganzen menschlichen Größe: mit all seinen Schwierigkeiten und seinem Leid, aber auch mit seiner vorbildlichen Solidarität und seinem in der ganzen Weltgeschichte beispiellosen Heldennut.

Die besonderen Schwierigkeiten dieser Aufgabe liegen auf der Hand. Nie zuvor sind wichtige Urkunden so radikal vernichtet worden wie beim Zusammenkrachen des Hitlerkartenhauses. Da auch die meisten Augenzeugen im Durcheinander dieser Zeit verschwunden und nur noch schwer aufzufinden sind, müssen alle überhaupt noch zugänglichen Quellen für die Geschichtsforschung bis auf den Grund ausgeschöpft werden.

Nach dreijähriger zäher Kleinarbeit, die vorzugsweise solche Quellenstudien betraf, gilt es jetzt, das schier ins Uferlose gegangene Material systematisch zu ordnen und zu gestalten. Kraft eines staatlichen Forschungsauftrages sind ein umfassendes Archiv und eine Bibliothek im Entstehen begriffen, ebenfalls ein Museum, wozu die frühere Hinrichtungsstätte im Zuchthaus ausgebaut werden soll. Das Gelingen dieses großzügigen Planes ist abhängig von tatkräftiger Unterstützung durch alle Berufenen. Eine ebenso herzliche wie dringende Bitte um Bereicherung der Sammlungen, um Auskünfte und Berichte, ergeht deshalb hiermit an alle ehemaligen politischen Gefangenen des Zuchthauses Brandenburg (jeder sollte sich verpflichtet fühlen, zumindestens eine Schilderung des stärksten Zuchthauserlebnisses, namentlich zum Lobe der im Kreise der politischen Gefangenen gepflegten Kameradschaft, beizusteuern). Die Bitte gilt auch ihren Angehörigen, namentlich aber auch den Hinterbliebenen aller auf dem Görden Hingerichteten, ihren Vätern, Müttern und Brüdern, ihren Frauen und Kindern, ihren Gesinnungsfreunden, Parteigenossen und Kampfgefährten.

Für das Archiv werden die Bilder aller politischen Gefangenen erbeten, vor allem natürlich der Hingerichteten, dazu Biographien, letzte Briefe und Gedichte, Schilderung des speziellen Rechtsfalles mit Urkunden (besonders Anklageschrift und Urteilsbegründung), Zeitungsausschnitte, auch Flugschriften, illegale Drucksachen und dergleichen. Erwünscht sind auch Angaben über Zugehörigkeit zur einen oder anderen politischen oder religiösen Gruppe und Anprangerung etwaiger Verräter. Da viele Dokumente den Angehörigen als heiliges Vermächtnis gelten, wird man sich von den Originalen nicht immer trennen mögen. Fotokopien oder Abschriften, gegebenenfalls auch bloß leihweise Ueberlassung für kurze Zeit, würden dann auch schon genügen.

Von größter Wichtigkeit sind Augenzeugenberichte über bestimmte Zustände und Vorgänge, daneben auch Erinnerungen an das Zusammenleben und die gemeinsame politische Arbeit mit anderen Gefangenen und sympathisierenden Beamten. Derlei Dokumente können überhaupt nicht zahlreich genug zu den Akten genommen werden. Lag es doch in der Natur der Zuchthaushaft, daß jeder einzelne im Gewirr der Gänge und Betriebe zwischen tausend Toren und Türen immer nur einen kleinen Bezirk überschauen konnte, so daß sich unser Gesamtbild nun aus einer Unzahl von kleinen Mosaiksteinen formen muß.

Für die Bibliothek wird alle Literatur über die Hitlerhöllen zusammengetragen, namentlich die in aller Welt erscheinenden Werke, auch die fremdsprachigen, die irgendwie sachlich oder personell mit dem Zuchthaus Brandenburg in Beziehung stehen. Werke speziell über das Zuchthaus Brandenburg werden bald in großer Zahl auf dem internationalen Büchermarkt auftauchen; einen Anfang scheinen zu machen: der begnadigte Todeskandidat Professor Dr. Kris, der norwegische Pfarrer Olaf Brennhovd und der belgische Theaterdirektor Gust Joanna Bastiaensen. Fehlen dürfen in unserer Bibliothek aber auch nicht die gesamten Werke aller Autoren, die in Brandenburg hingerichtet oder hier eingekerkert wurden. Wer weiß

uns zu verhelfen zu den teilweise schon Rarität gewordenen Publikationen etwa von Ernst Nickisch, Erich Knauf, Axel Rudolph, Dr. Adolf Reichwein, Dr. Hanns Hermann Cramer, Max Sievers, Dr. Theodor Neubauer, Professor Dr. Walter Arndt, Dr. Max Metzger usw.? (Eine besondere Desideratenliste steht Fachleuten zur Verfügung.)

Der Wunsch des Institutes richtet sich aber auch auf die Werke von bildenden Künstlern und auf Noten und Schallplatten von Schauspielern, Sängern und Musikern, die mit dem Zuchthaus Brandenburg verkettet waren, etwa von Johannes Wüsten, Herbert Richter-Luckian, Otto Rischbieter, Felix Jacob, Herbert Sandberg, Hans Meyer-Hanno, Karl August Neumann und Ernst Busch.

Wichtig ist es auch, den eigentümlichen Wortschatz des Zuchthauses Brandenburg in einer speziellen Kartothek festzuhalten: sowohl den oft sehr gefühlsrohen Jargon der Beamten, als auch das Rotwelsch der Gefangenen. Dazu gehören noch: stehende Redensarten und die oft besonders aufschlußreichen Spitznamen, sowohl für die Mitgefangenen und Beamten, als auch für bestimmte Nahrungsmittel, für Einrichtungen und Zuchthausvorgänge aller Art.

Ist es auch mit vieler Mühe gelungen, beinahe alle Vermißten des Zuchthauses Brandenburg aufzuspüren, so hat sich doch in einigen wenigen Fällen leider immer noch kein Rat schaffen lassen. Wer weiß von Toten zu berichten, die im Frühjahr 1945 auf dem Wege nach Nauen liegenblieben mußten? (Ein besonderes Verzeichnis der noch Vermißten wird Hilfsbereiten gern geschickt.)

Besonders willkommen sind Hinweise auf Ueberlebende der vielen mörderischen Transporte, Adressen Geretteter von Dublowitz, Sonnenburg, Brieg, Hameln, Ichttershausen, Auschwitz, Mauthausen, Buchenwald usw., soweit sie irgendwie mit Brandenburg in Verbindung zu bringen sind, auch aus der sogenannten Arche Noah und vom Haufen Dirlwanger. (Soweit man andererseits in wirklich wichtigen Angelegenheiten Auskünfte braucht, sollen sie gern nach besten Kräften gegeben werden.)

In erster Linie soll das Institut der Geschichtsforschung dienen. Hilfe wer kann! Wenn in hundert Jahren junge Historiker Stoff für Doktordissertationen brauchen, sollen sie bei uns solide Grundlagen für eine einwandfreie Geschichtsschreibung finden. Auch Dichter und Dramatiker sollen nicht vergebens nach zeit- und kulturgeschichtlichem Material über Brandenburg zu fahnden brauchen, wenn es darum geht, literarische Denkmäler zu schaffen für unsere gemordeten Brüder.

Jeder, der diesen Dingen nahegestanden hat, wird sich verpflichtet fühlen, das Andenken aller Kämpfer und Bekenner zu ehren, die mit dem Zuchthaus auf dem Gorden verknüpft waren, so daß dieser Ruf um Förderung und Mitarbeit sicher nicht ungehört verhallen und auch die erreichen wird, die bisher noch gleichgültig abseits standen. Alle Post geht ausschließlich an die persönliche Adresse des von der Regierung Beauftragten:

Walter Hammer, (2) Brandenburg (Havel), Kurstraße 21.

(Im engeren Landesvorstand der VVN, Potsdam; Sachsenhausen 37221, Brandenburg 945/42.)



Juana

"20 Juli, 1944"

Handwritten text, possibly "Handwritten by Juana"

Handwritten text, possibly "Handwritten by Juana"

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1954

The Wiener Library

BULLETIN

New Wine and Old Bottles

"Restoration" or Rebirth

AMONG the several hypotheses which seek to determine the present phase of German affairs according to historical categories, one is steadily gaining popularity: the concept of "Restoration." Germany is passing through an age of Restoration, it is said, and the phrase vibrates with a vast variety of feelings—satisfaction, confidence, disappointment and even despair, all according to the hopes or fears of the observer.

Restoration, in the agreed historical sense, means the re-establishment of a former state of affairs, more particularly of a deposed monarchy as in 1660 in England and 1815 in France. Generally, it implies the return to the life, aims and methods of the period before any revolutionary upheaval and the negation of violent experiment and political adventure.

It is not difficult to realise that in Germany as, for this matter, in much of the rest of Europe to-day, there are momentous factors making for a restorative course of events. The war has left the world exhausted and terrified. The so-called "Revolutions of the 20th Century"—Fascism and National Socialism—have revealed themselves as pseudo-religions of utter depravity. The warring nations have been left weakened by bloodshed and material losses. What, finally, enhances the feeling of acute tragedy is the fact that in spite of gigantic efforts lasting peace seems to elude the present generation. It is all too evident that a political climate of this kind leaves little room for the dash of idealism. To consolidate what has survived, and to swiftly build defences to stem new threats, seems now the only concern of a perplexed mankind.

But while such preoccupations, though by no means inspiring, may seem reasonable enough for the Western world, they assume a very different aspect when viewed from Germany. The elements of fatigue and disillusionment are more or less the same. The tendencies to rebuild and secure are perhaps even stronger since the destruction was, and the menace now is more formidable there than anywhere else. But it is beyond and above the spheres of material reconstruction that Restoration in Germany differs from any similar process elsewhere. Its political emanations show many of the signs which have often in the past disquieted Germany's neighbours.

What actually is meant by a political Restoration in the German Federal Republic? Certainly not a Restoration of the Hohenzollern dynasty, though it would be tempting to trace the symptoms of a genuine longing for the revival of a monarchy on

the British pattern. But the chances are negligible. Restoration then of Nazism? In this Bulletin attention is frequently drawn to occurrences which seem to point in that direction. The purpose is to warn of a danger which is ever present and, if unheeded, may become acute. It is plain, however, that at present a serious threat of Nazi Restoration does not exist in Western Germany.

Back to Weimar?

Are we then facing a Restoration of the Weimar Republic? There are, no doubt, considerable similarities constitutionally between Weimar and Bonn, although the differences are hardly less apparent. Both are parliamentary republics, old political parties have been revived, and both proclaim their allegiance to a Constitution conceived in the spirit of democracy, progress, and the fundamental human rights. But both, too, bear the mark of their origins, having both been established after a military defeat under the auspices of the victorious enemy and in accordance with his political system. This ominous case of History Repeating itself need only be mentioned in order to

Nationalism in Disguise

Instances of this practice may be noted not only among the new Nazis but even in quite reputable quarters. The *Frankfurter Allgemeine* has long been conducting a determined campaign in favour of the War Criminals—which term, incidentally, never appears except in the defiant company of quotation marks. The campaign is not always kept within the limits of responsible journalism. It is constantly coupled with the question of German rearmament which, it is claimed, cannot be expected to progress so long as nothing has been done to do away with the Nuremberg Judgments described as an "instrument of revenge," a "model of all ensuing trials which were presided over by resentments, dishonesty, perversion of justice and political expediency." One of the *Frankfurter Allgemeine* chief leader writers, Paul Sethe, never tires of condemning in forceful terms the Nazi crimes against the Jews, yet he has a tendency to treat these abominations on the same level as the expulsion of Germans from Eastern Europe and, worse, as a replica of the bombing war. "No Nation is Immune," he rightly asserts (5/5/54), to the resurrection of the demons of violence, but in comparing the terrors of the expulsion with those inflicted on the Jews he omits to mention the fundamental difference between crimes which, however heinous, had been provoked during years of

stress the weakest point in the problem of German Restoration. Though codified for the second time, the Human Rights have never yet been victoriously fought for by Germany. Their legal restoration must therefore not be mistaken for their solid establishment in German minds. It is particularly this limitation which signifies where the "Restoration of the Weimar Republic" comes to an end. Psychologically it cannot be restored because it was never a living reality among the middle classes.

What remains as a restorable entity is necessarily vague and fragmentary. There is no generally accepted political outlook in the recent past which could be adopted again without the fear of strife and ridicule or even worse. Restoration of cities, of industries, of material welfare, of a constitutional pattern—well and good. But what about the emotional content of such framework? As lack of precedent prevents them from drawing on any definite equivalent of adult parliamentary democracy, the managers of German political restoration have fetched some of the less desirable show-pieces from the lumber-room of Imperial and Weimar nationalism. They revive certain illegitimate resentments, historical misinterpretations and some of the portentous mistakes born of exaggerated nationalist feeling.

hateful occupation and those crimes which were perpetrated as part of a Weltanschauung that preached the extermination of a whole branch of the human family. Sethe does not scruple to cast doubt on the fact that Hitler started indiscriminate bombing, and dubious dialectics lead him to argue that even if Hitler had started bombing civilians the opponents by adopting this policy had "sunk to the level of National Socialism." Such sophistries are not calculated to reinforce confidence in those who claim to be honest in their detestation of barbarism. Such comparisons are bound to contribute to a process which, Sethe says, "destroyed the chances of a political resurrection" after 1918, namely, "the refusal to face the truth" (10/3/52). "If this time again," he goes on, "we lack the strength to face the pitiless truth, we shall never regain our moral self-confidence." Nationalism, in whatever disguise, must be feared to act as a mighty deterrent in facing the truth.

Its lures occasionally cloud Herr Sethe's vision on other subjects, too. To his mind the Treaty of Versailles was up to Hitler the "nicest, roundest, clearest act of violence which had existed for centuries" (28/11/51). Little wonder that he greedily seized on a statement by the American Secretary of State at the Berlin Conference on January 26,

Continued on Page 27

"Clear Renunciation of Nazidom"

Bonn Government's Policy

A sombre judgment on Germany was passed by Dr. Hermann Rauschning, author of "Talks with Hitler," "The Revolution of Nihilism," etc., who visited his native country for the first time after his quarrel with the Nazi Party in 1935. In an article in *Die Welt*, 3/4/54, he writes: "The outward order that has been restored is something provisional. It conceals but does not overcome a profound instability. . . . Democratic life is strangely un-alive. The constant talk with an opposition—that vital element in a free responsible democracy—is obviously not popular. Certain problems hardly admit of any discussion except at a risk of personal disability. . . ."

"It might be expected that a people which had been so long in the throes of Gleichschaltung would show itself passionately concerned for the things affecting its destiny; that there would be pro and con, in all frankness, but also with respect for every difference of opinion. Instead of unfettered debate, however, there is again the ancient evil—doctrinaire 'stand-

points' made immune by Weltanschauung against reasoning argument. Refusal to learn is regarded as strength of character, and obstinacy as steadfastness. . . ."

"It might have been thought that the German people have acquired a sure flair for the deadly dangers inherent in a mass democracy with its charismatic leader. But it seems that this is not so. . . ."

"The great decisions have yet to be taken. Prodigious are the achievements in material life. . . . But life itself is missing, the new morality is missing."

Facts that tend to bear out these impressions are frequently recorded in this Bulletin. It is felt, however, that the picture so obtained cannot be wholly accurate without due attention being directed to those efforts which strive to contain the danger. For this reason a survey is regularly made of the features that seem to warrant a more optimistic estimate of the German situation. A few recent items are quoted below.

Elections' "Conclusive Verdict"

"A Record of Decline and Fall" runs the headline of a three-page article in the English edition of the Federal Government's *Information Bulletin*, Bonn, 27/5/54, dealing with allegations, at home and abroad, of a Nazi revival. The public is warned against reports "conveying the impression that the new Germany is nothing but a camouflaged copy of the old," etc., and due stress is laid on the "conclusive verdict" of last year's elections when out of a total of 27.5 million voters fewer than 300,000, i.e. little more than 1 per cent, voted for the Right-wing splinter parties. Prominence is given to such symptoms as the break-up of Remer's party, the collapse of the Naumann affair, and the denunciations of neo-Nazism by German leaders such as Herr Waldemar Kraft, the refugee leader, Herr Christian Fette, former Trades Unions' chief, and Dr. Dehler, chairman of the Free Democrats.

Summing up the Federal Government's policy "which aims at the restoration of domestic confidence and international goodwill, and which involves as a primary point clear renunciation of Nazism and its doctrines," the article concludes: "Responsible individuals and organisations have repeatedly encouraged the public to resist the Nazi-type of emotional appeal and, instead, to rely entirely on their own common sense and economically upon the honest work of their hands. It is felt that in such an atmosphere Nazi ideologies, old or new, will stand a poor chance of survival."

Recommending, too, is the note of determination in an article published by the Socialist *Neuer Vorwärts*, 27/5/54. Referring to a statement by a spokesman of the Federal Ministry of the Interior that the

incorrigible Nazis amounted to no more than a few thousand, the paper makes the point that in the Weimar Republic, too, some people enjoyed sound slumber until the great awakening came which ended in an even greater slaughter. Nor should it be forgotten, it is said, how many ties are linking the "illegal or legal Nazis" with the big bourgeois parties; it should be remembered too that the Nazis' victory had been due not to their own strength but to the incompetence of the others who made too feeble efforts to oppose the terror.

In connection with a meeting held at Munich by the Sudeten Association in West Germany, the Federal Government issued a clear warning against any irredentist hopes. An article in the *Bonn Information Bulletin*, 1/6/54, called upon the organisers of the meeting to reiterate what they had tirelessly pointed out before, namely, that "the refugees reject the very idea of recovering their homelands by other than peaceful means, that the maintenance of peace is their supreme goal, and that their campaign pursues the one aim of creating the conditions for a permanent and, that is, truly just peace settlement."

In their effort to "remove injustice by peaceful means," it is pointed out in the *Government Bulletin*, the refugees could rely on two internationally recognised principles of law—(1) the prohibition of annexations, resulting from the Kellogg Pact; (2) the principle of self-determination embodied in the Atlantic Charter. They could equally cite the "right to a homeland," which was part of the U.N. Charter and "growing international law."

The Example of Anti-Nazi Resistance

The Federal Government is also concerned to foster understanding of the anti-Nazi resistance. Under the caption "The Command of Conscience" the Government-sponsored weekly *Das Parlament*, Bonn, 26/5 and 2/6/54, published two Supplements on the subject of lawful resistance to the Hitler tyranny. Contributions by lawyers, theologians, scholars and army officers endeavour to ascertain the point where treason ceases to be a crime and may well become a demand of morality. All are agreed on the justice of the resistance.

In a previous issue, 4/5/54, *Das Parlament* had published some early results of research carried out by a study circle, "European Publication," which was founded in 1952 in Munich by Major-General Hermann von Witzleben for the purpose of investigating the army's opposition to the Nazi regime.

A recently founded "July 20 Study Circle," whose purpose is to uphold the spirit of the German anti-Nazi resistance, held a public meeting in Munich under the title "Of German Forgetfulness" (according to the *Frankfurter Allgemeine*, 15/6/54). One of the speakers, Dr. Schönigh, an editor of the *Süddeutsche Zeitung*, recalled that ten years ago the rebels had realised that there was only one irreconcilable enemy—the totalitarian State. There was now a danger of their grand legacy being lost. There was too much political lethargy, idle talk and lack of daring.

The President of the West German PEN-Club, Dr. Kaestner, in his speech, strongly denounced the widespread apathy towards the anti-Nazi revolt ten

years ago. "Courage," he said, was still a foreign word in the German language. He wondered whether any effective action had been taken to restore the rebels' honour. To show gratitude by way of naming streets after them and laying official wreaths, apparently intended as a kind of payment by instalment, was wholly insufficient. What was needed was to create living examples—"before the cock crows for the third time."

The revolt of July 20, 1944, was the rebellion of a German elite, Count Schenk von Stauffenberg said. He rejected the view that unsuccessful resistance in history was also useless. The attempt to remove the tyrant had been necessary, if only for the sake of vindicating the German nation's self-confidence. It was necessary to make sure that that German rising was not struck down by the batteries of a sterile reaction.

The Christian resistance to Nazidom was stressed by the *Neue Zeitung*, Berlin, 30/5/54, in an article commemorating the twentieth anniversary of the famous Barmen Declaration with which the first Confessional Synod of the Evangelical Church opened the "Church Struggle" by denouncing the Nazi "German Christians." The resistance so begun, the *Neue Zeitung* says, later encouraged the Christians of other countries to make efforts of their own to resist the State's tyranny during the years of Nazi occupation. The martyrdom of the Confessing Church in Germany had done much to prevent Nazidom from spreading its confusion too easily.

German Power in Europe

America's Vision

The prospects of Germany's return to overwhelming power are examined, in the Bonn foreign affairs journal *Aussenpolitik*, June 1954, by Edmund Schopen, described as an independent historian, who stresses two considerations. In the first place, he finds that a great chance was missed in 1945 when Germany was prepared to make a clean slate of her history by sinking her sovereign rights in a united Europe. The traditions of the Hohenzollern era, Schopen says, "nationalism and the almost sacred Myth of the Reich," proved too strong for the effort to be more than half-hearted. "We said Europe and meant Germany. We talked universalism and felt nationalism." By a determined and consistent stand, Germany might have set a European example, and when she failed the whole of Europe relapsed into the familiar ruts of 400 years old, obsolete ideas.

But the failure to "choose the unconditional solidarity of Europe," more especially the failure to "grow together" with France, brought about (according to Schopen) a German-American "combination" which was liable to overrule the interests of both France and Britain. America's calculation is said to be that whatever Germany might do she could never hope to cross the Atlantic, and "the only danger of a German about-turn Eastward need not be seriously considered so long as the decision in German political affairs lies with the middle-of-the-road forces South-West of the Rhine-Main-Danube line." For "the old German tribes never looked East but rather South, across the Alps."

This, Schopen says, is at bottom the comforting element which the U.S., and Britain too, saw in the result of last year's elections. Such "dreams of a Catholic Empire stretching from Cologne over Munich to Vienna" could hold no threats for "a rival of Russia in the struggle for world dominion."

Nazis' Return

Even if the respectable Catholic bourgeois should be replaced by the Right-wing movements, Schopen goes on, the "neo-Nazi" forces were not really feared. America, indulging its carefree optimism, did not believe, perhaps refused to believe, in the identity of purpose among all totalitarian movements, be they of the Left or of the Right. The U.S. "rather believe that on the chess board of military world combinations the martial pawns of the Right wing in vanquished Germany, Italy and Japan can be usefully moved against the one and only dreaded enemy—Communism." With all its pride in a Messianic mission, American policy, differing in that respect from Britain, was thinking mainly in terms of economics. This, according to Schopen, was a one-sided approach which might produce grave miscalculations affecting even the system of western defence.

Her alliance with the U.S. must never cause Germany to overlook these possibilities, Schopen urges. She will keep clear of the rocks only if she finds a political genius sufficiently advanced beyond all merely national thought to establish alongside the United States of America the United States of Europe.

Netherlands State Institute for War Documentation

The project of a "History of the Netherlands during the Second World War" figures prominently in the mimeographed Annual Report for 1953 issued by the Netherlands State Institute for War Documentation, Amsterdam, 1954, 52 pp. Four authors are working on four different chapters: Professor Dr. L. J. Brugmans will deal with the period before the German invasion, also with the London Government-in-exile, with the Dutch East Indies and other Dutch overseas possessions; Dr. J. C. H. de Pater will examine the relations between Germans and Dutch Nazis ("N.S.B."); Professor Dr. C. D. J. Brandt writes on general politics and the Resistance, and the cultural aspect of the Occupation period will be the subject of Professor Dr. L. J. Rogier.

Three MSS. were published in the past year—"De Februaristaking van 1941," by B. A. Sjies; "De Ondergrondse Pers 1940-1945," by Miss L. E. Winkel; and "Huiden en Leder. Bijdrage tot de economische geschiedenis van Nederland in oorlogstijd," by A. J. van der Leeuw.

Among the organisations with which the Institute is in contact, mention is made of the Wiener Library.

Ten Years After

The Revolt of July 20 Mirrored in the Memoirs

TEN years have passed after the attempt on Hitler's life which was to overthrow the Nazi regime. The events that led to it, the actual happenings and their consequences continue to be the subject of painstaking historical research, although the fundamentals appear clearer than those of many other episodes of the war history. The significance of July 20, however, is not exhausted in a presentation of the historical facts. Its story has become a symbol, and the innermost workings of the mind are betrayed by those who pronounce judgment upon it.

It is therefore not without interest to conduct, as it were, a "public opinion poll," not among the broad German public but, vicariously, among that group of authors who have put their own experiences on record in autobiographies and memoirs. While this group may not perhaps be "a representative cross section" in the sense of the ordinary public opinion surveys, it nevertheless includes numerous shades of opinion from declared partisans of the Resistance to stern opponents, soldiers as well as politicians. On the other hand, only onlookers of the attempt have been consulted, none of the perpetrators.

How do you view the motives of the conspiracy? as the first question put to the assumed participants in the enquiry. The answers agree to an extent not equalled in any other field. There are only differences in emphasis between, for instance, General Speidel,¹ speaking of the "inevitable catastrophe" for which the war was heading, and the desperate criticism of the High Command, particularly Hitler himself, permeating even the book of so confirmed a Nazi as General Guderian.² "The war was lost," "the leadership was irresponsible," "defeat had become inescapable ever after the catastrophe of Stalingrad"—such, in brief, would have been the answers of all those interrogated.

Moral Motives

But what about the moral, as distinct from the military, motives of the conspirators? Here the differences are more conspicuous, though not so much in what the memoirs say as in what they omit to say. Speidel is again outspoken in his condemnation of Hitler's lack of moral principles. He states that the military commander in France, General von Stülpnagel, one of the victims of July 20, "felt the amorality of the (Nazi) system as a constant mental martyrdom." Kurt von Tippelskirch,³ another military expert, has this to say about the opposition to Hitler: "They passionately resented, beyond the military condemnation of Hitler, the defamation of the German people by the most detestable terror regime operating on behalf of Hitler and on his orders." Dietrich von Choltitz⁴ realises among the motives of the opposition the "doubts about the justice and the morality of an obedience which was bound to result in even greater harm being done to our people," and he bitterly denounces Hitler's "contempt of the fundamental laws of morality and human dignity both in his attitude to the enemy and his own people." He calls the destruction of Poles and Jews "an offence against God's laws of life," and does not spare himself the heart-searching application of moral principles to his own decisions. But he is also inclined to regard Allied counter-measures, such as the bombing war, with much the same moral indignation as the Nazi challenge which

plunged the world into bloodshed. In Marshal Kesselring's record,⁵ comments on the Nazi misdeeds as motivating the conspiracy are conspicuously absent, ominously, too, having regard to the fact that this man is again playing a part in German politics to-day.

So much for the writing generals. Among the politicians Herr von Weizsäcker⁶ depicts himself as unambiguously one of the anti-Nazi resistance. Although this would-be reputation which he tries to establish for himself is anything but unchallenged, his own feelings can in this case be taken to signify also his opinion of the motives of the oppositional circles in general. His condemnation of the Nazi atrocities against the Jews is without reservation, although he is one of those who believed that

People's Reaction

Opinions on the sympathies harboured among soldiers and/or civilians appear to be widely differing. Speidel,¹ whose book is written throughout to the greater glory of Field-Marshal Rommel, another victim of Hitler's revenge, claims widespread sympathy for the plot. Describing one of Rommel's visits to the front shortly after D-Day, he says: "Everywhere the Field-Marshal was asked the anxious question, whether the situation could not perhaps be saved at the last hour as a result of rigorous interference by the military leaders. The Field-Marshal . . . returned with the reassuring certainty that the rank and file as well as the leaders of all ranks had full confidence in his (as opposed to Hitler's) leadership."

Tippelskirch³ gives these opinions: "July 20 left hardly a ripple among the fighting forces. They were far too absorbed in their difficult military tasks to find time to occupy themselves with an event which to their minds was little more than an episode." As for the civilian population, he holds

"The plot was at that time condemned by the overwhelming mass of the people." Guderian² bases much of his antagonism against the plotters on the fact that the German people at that time still believed in Hitler and his power to bring the war to a tolerable conclusion. He refuses to believe that any good might have come even from a successful attempt of this kind. "The hatred and the contempt of the people would have turned against the soldiers who in the midst of a life-and-death struggle deprived the threatened ship of state of its leader by murdering the head of the Reich and breaking their oath of allegiance."

"Desperate Patriots"

What did the several authors think would be the consequences of the abortive revolt? Speidel¹ and—seen through his eyes—Rommel lost their last hopes for a tolerable end of the war, and Rommel personally forsook his own fate. Tippelskirch³ stresses that Goebbels now had a pretext for proclaiming "total war." According to Choltitz,⁴ the immediate result was "the internal disintegration of the armed forces." Seven hundred officers, among them 26 generals, had to pay with their lives for the belated attempt to do away with Hitler. Guderian² sums up his feelings in the sentence: "The result of the attempt is terrible, whichever way one looks at it."

Rather more interesting are the verdicts of the politicians. To Nordt¹¹ as to Choltitz, the decisive cause of the disintegration of the war machinery was not the attempt itself but Hitler's frenzied revenge. The mass arrests among the military leaders endangered the implementation of his own orders—a fact to which Nordt attributes the salvation of the German people from the complete destruction which Hitler had intended. "Although the men of July 20 did not reach their goal, they at least by their own deaths saved the lives of many soldiers and civilians on both sides, and they may have saved the German people from extermination," Weizsäcker⁶ laments the lack of understanding outside Germany for the men of the Resistance. "The concept of a Germany other than that of Adolf Hitler was regarded as disturbing, and the suggestion to come to an agreement with it as embarrassing. The attempt was described—such as by Dr. Ley and Hitler himself—as the deed of certain individual reactionaries who had lost hope in the second world war and wanted to save Germany

during the Weimar Republic the Jews had "overdrawn their account." Of course he claims it was impossible openly to stem the anti-Jewish measures: "Instead of fruitless demonstrations one had to conduct diplomatic guerrilla warfare in order to prevent, to delay, to obstruct." Herr von Papen,⁷ Hitler's Vice-Chancellor and later Ambassador to Turkey, is even less fitted to the pose of a resistance fighter, hard though he tries. He makes much of occasional attempts to help individual Jews. While for him, too, the despair at the military situation ranks foremost among the motives of the opposition, he mentions an information he received from Count Helldorf about "indescribable conditions in the prisons, death sentences and executions on the conveyor belt," nothing short of the Russian terror regime. Neither Dr. Schacht,⁸ nor Secretary of State Meißner,⁹ nor Abetz,¹⁰ Hitler's Ambassador in Paris, have anything of value to contribute to the problem of the moral motives of the anti-Hitler conspiracy.

Kesselring's⁵ observations on the Italian front which he commanded make an interesting contrast to those of Speidel and Rommel: "In Italy and the adjoining Istria," he writes, "I had not come across any staff or contingent talking politics. The events of the war were much too intense, the binding force of the oath much too conscious, and Hitler as a magic personality much too ever-present and his crimes too little known for the idea of a conspiracy to gain hold." The air force was faithful to Hitler, he states, but the Army which had been hostile in 1933 (!) was no longer so in 1944. "If seriously challenged with regard to Hitler, they would always have sworn by him and risked their lives for him."

The testimonies of the political observers differ widely as to the response of the German people. Weizsäcker⁶ states: "Neither in my official capacity nor privately did I meet anybody who said a word of regret about the attempt on Hitler or of satisfaction about its failure." Even Abetz¹⁰ is forced to admit that the first false report that Hitler had been killed "drew no sign of concern either from the staff of the Embassy or the official who was on night duty and who had been a member of the Nazi Party since before 1933." Unlike these both, Meißner⁹ is convinced that the majority of the people were then still faithful to Hitler, that the State machinery, police, propaganda and press were instruments intact in the hands of the Party and that therefore a terrible civil war would have been the result of a successful revolt. "Most officers at the front, particularly the younger ones, looked upon the attempted revolt as high treason, breach of the oath of allegiance and the loyalty unconditionally due to the Fatherland in time of war."

for the third." The most pertinent remark in this respect, because it forestalls any stab-in-the-back legends, comes from Abetz,¹⁰ a stout opponent of the plot: "I cannot claim to have any judgment upon the causes and effects of July 20 on the Eastern front; that in the West it was not the cause but the result of the military breakdown seems to me established beyond doubt."

It is perhaps significant, too, that even those who remained outside the conspiracy and describe in detail their moral scruples, do not withhold their deep respect from the plotters. Guderian,² though vehemently critical of the attempt, finds words of understanding and esteem for a number of individual conspirators. Meißner⁹ calls the rebellion an "act of desperate patriots," and Abetz¹⁰ regards the participation of exemplary officers like Stülpnagel and Rommel as an "eternal indictment of a system and leadership which no longer tolerated independent opinions and wantonly brushed aside warnings rising from deepest responsibility." Finally, these words of Kesselring⁵ might well be noted by his present followers who often enough abuse the Resistance movement: "I hold all men of the 'revolt' nearly all of whom I have known personally, in much too high an esteem to doubt that they acted from any but the noblest motives."

There is one more point on which most writers are agreed. The failure of the plot is widely held to have largely been due to the Allied formula of "Unconditional Surrender." There is stark disappointment that the Allies were not prepared to consider preferential treatment for Germans who were willing to break their own chains in support of a free Europe.

Continued on p. 18, column 3

References

1. Hans Speidel, *Invasion 1944. Ein Beitrag zu Rommels und des Reiches Schicksal*. Tübingen und Stuttgart. 1949. pp. 82, 84, 136, 176.
2. Heinz Guderian, *Erinnerungen eines Soldaten*. Heidelberg. 1951. pp. 314, 315.
3. Kurt von Tippelskirch, *Geschichte des Zweiten Weltkrieges*. Bonn. 1951. pp. 498, 499, 500.
4. Dietrich von Choltitz, *Soldat unter Soldaten*. Zurich. 1951. pp. 221, 314.
5. Albert Kesselring, *Soldat bis zum letzten Tag*. Bonn. 1953. pp. 289, 320.
6. Ernst von Weizsäcker, *Erinnerungen*. Munich. 1950. pp. 108, 148, 168, 370.
7. Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*. Munich. 1952. p. 563.
8. Hjalmar Schacht, *76 Jahre meines Lebens*. Bad Wimboden. 1953.
9. Otto Meißner, *Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler*. Hamburg. 1950. pp. 600, 604.
10. Otto Abetz, *Das offene Problem*. Cologne. 1951. pp. 289, 291.
11. Erik Nordt, *Wahn und Wirklichkeit*. Stuttgart. 1947. pp. 383 ff.
12. See *Das Parlament*. Bonn. 4/5/54, with a Supplement "Aus Politik und Zeitgeschichte," pp. 200 ff.

THE DEVIL'S ADVOCATE

Professor Grimm Now Deplores "Political Justice"

PROFESSOR Friedrich Grimm's book deals with the intrusion of political elements into the administration of justice, in the light of the author's own experience as a member of the German bar. Whilst professing a liberal philosophy of law in general terms, he pursues two immediate propagandist purposes. One, openly stated, is to condemn the measures against former Nazis for their political and common crimes, and to call for a general amnesty; the other, not very successfully concealed, is to play down as much as possible the complete abolition of the rule of law under the Nazi regime.

"Political Justice" is defined by the author as the attempt to strike at a political enemy under the guise of criminal or civil proceedings. This has, indeed, become a "malady of our times," and any scholarly and honest analysis of the phenomenon would be most welcome. Grimm's book is neither scholarly nor honest.

To quote but two examples of the author's method. In his chapter on the Weimar Republic he suggests that the so-called Vehm murderers were brought to trial in order to deflect public attention from the corruption which had been proved against some Left-wing politicians—"that, at any rate, was the impression" (pp. 57-59). He even accuses the Prussian Government of faking evidence in order to justify the prosecutions. Very grave allegations, for which he adduces no proof whatsoever. Again, when he describes an action before the Permanent Court of International Justice at the Hague, where the League of Nations was suing the Free State of Danzig which had enacted retro-active legislation on the Nazi model, he throws doubt on the impartiality of the Court. On the eve of the hearing, he tells us, he saw the General Secretary of the Court, who complimented him on the excellence of his pleadings, adding this observation (p. 116): "But do you really think you will be successful? After all, this is a political case. Germany has not been represented on the panel of judges since Professor Schücking was recalled. You can, therefore, only count on Italy and Japan. The other judges will vote with Britain and France. You can imagine what the result will be." It is utterly unbelievable that a high officer of the Court should have made such an irresponsible remark to counsel for the defence.

Philo-Nazi Past

Since the book is written in the form of personal reminiscences, a few words must be said about the author's record. Grimm came to prominence after the 1914-18 war as defence counsel in a series of political trials, the majority of his clients belonging to the extreme political Right. He also published several political treatises written from a strongly nationalist point of view.¹ He became an eager propagandist for the Third Reich. In his writings he extolled Hitler's historic mission; defended Germany's moral right to re-arm; praised the murderers of Dollfuss as national heroes; denied Nazi Germany's responsibility for the war; tried to convince the French of the benefits of Hitler's New Order. In fact, as a prominent member of the Deutsch-Französische Gesellschaft, he specialised in fooling the French. He frequently delivered lectures in their subjugated country, canvassing as he went the Nazi lie that France had been dragged into the war by Britain, which in turn he described as the natural enemy of Europe and the agent of international Jewry.² In 1930, he was cleared by a de-Nazification Court and re-admitted to the bar. Presumably it was held in his favour that in the early days of the Nazi regime he had sometimes defended democrats and Catholics.

The treatment of the Nazi period involves Grimm in obvious difficulties. Representing himself as a staunch advocate of individual rights and the rule

of law, he cannot but strongly condemn the undeniable violation of these principles by the Nazis. On the other hand, he is compelled to minimise the extent of the violation, partly in view of his own record as an active supporter of the regime, partly because he wants to prepare the ground for his preposterous proposition that the legal measures taken by the Powers of Occupation after the war "exceeded . . . anything we had ever experienced of 'political justice' in earlier revolutions and crises."

In the preface he says he will limit his observations to the administration of law in the narrower sense of the term, that is to say, to the activities of judges, public prosecutors and Government departments of justice. This suits his purpose, for now he need not discuss the discriminatory legislation, arbitrary arrests, concentration camps, confiscation of property, and forced emigration, which were the

"The Allies are to Blame"

The years 1935-1939 seemed to justify the optimism. In Germany political trials were no longer an important feature. Grimm obviously does not count prosecutions under the Nuremberg laws as political trials. But, apart from that, there is some truth in his statement. The removal of political enemies was usually left to the Gestapo; and in this connection he has the effrontery to tell us that "complaints about the concentration camps ceased when the administration of the camps had been taken over by the State authorities" (p. 81).

During the war, finally, legality in the liberal sense was openly replaced by the system of "directed justice." Grimm denounces this development at length, but puts the blame for it mainly on the shoulders of one man: the Minister of Justice, Thierack. He also finds some excuse for it in the exigencies and general mood of total war—and he does not fail to point out (p. 141) that this excuse is not available for the alleged perversion of justice on the part of the Allies.

Discussing the legal measures taken by the Powers of Occupation after the war, the author no longer observes the limits he set himself. He now attacks every aspect from legislation to such purely administrative steps as the screening of prisoners of war. If his denunciations and his demands for an amnesty are sweeping, his justification of either is most perfunctory. He appears to be on firm ground when he objects to some of the laws enacted as contrary to the principle of "nulla poena sine lege." What he conceals, however, is that the overwhelming majority of convictions were for murder, torture, theft, extortion and other common crimes punishable under every existing system of law. His only other legal argument is a vague assertion that a general amnesty ("tabula rasa") is a self-understood condition of every peace settlement: it is to be applied to Nazi crimes of all kinds.

"Spirit of Revenge"

Grimm does not see, or pretends not to see, that the Allies were confronted with an exceedingly complex situation. They had to deal not with a number of isolated excesses, but with an organised system of crime to which millions of people fell victim. Tens of thousands of Nazis had to a varying extent been active in the commission of the crimes, and many had acquired wealth and positions of influence in the process. To leave them untouched would have been an outrage on elementary justice. At the same time, public opinion was strongly against the indictment of a whole nation. It was felt that guilt should be fixed individually where it belonged, that a clear distinction should be made between "bad" and "good" Germans. The idea was, perhaps, too generously conceived to be entirely successful in application. But to allege, as Grimm does, that the Allies were merely acting in a spirit of revenge is a mischievous distortion of the truth. It is easy to find defects in the legal machinery then put in motion. It is difficult, even now, to suggest alternatives that should have been adopted. Grimm does not even make the attempt.

He evades the problem by suggesting that the vastness of Nazi crime—and therefore the gravity of the problem—was deliberately exaggerated by deliberate atrocity-mongering. In support of his suggestion he recounts another of his remarkable private conversations (pp. 147-48): A few days

principal means employed by the Nazis to dispense with the rule of law.

His thorniest problem thus out of the way, Grimm deals with the direct corruption of the process of law by political interference. He distinguishes three periods. Between 1933 and 1935 frequent instances of "political justice" occurred, but could be considered as only temporary lapses. Grimm pretends not to see that the principle of the supremacy and independence of Law was incompatible with the declared doctrines of Nazism. What of the famous definition "Law is what benefits the German people"? Grimm recounts (p. 69) that he discussed it with Hitler in a personal interview in 1932, and was assured that the dictum must not be taken literally. What about Hitler's claim that he was the supreme judge in Germany, after he had ordered the murder and arrest of hundreds of people in June 1934? Regrettably, says Grimm—but (p. 100) could one weigh Hitler's every word, especially when the words were spoken in a moment of great excitement? No, according to him, there was still reason to view the future optimistically.

after the German collapse, his story goes, a gentleman of high standing, an Allied national, introduced himself to him as a university professor. During their conversation Grimm stated that he knew of a certain Central Office which had systematically faked material for atrocity propaganda against Germany, whereupon the visitor exclaimed: "I see that I have come across an expert. Now I will tell you who I am. I belong to the Central Office you have mentioned. For months I have been doing what you correctly describe as atrocity-mongering, and with that we have won the total war." When Grimm expressed the hope that such propaganda would now stop, he added: "No, now we are really starting. We shall increase it until nobody will tolerate a kind word for the Germans; until all sympathy you have enjoyed in other countries will be destroyed; until the Germans themselves will be so confused that they do not know any more what they are doing." Of course, neither the name of the Central Office nor that of the visitor is given.

Books of this kind are particularly deplorable because they hinder the intelligent discussion of a problem on which differing views can be held with sincerity. The desire to find acceptable means by which a line can be drawn under the past is shared by many fair-minded persons. It is a pity that this desire is often exploited for insubstantial propaganda.

July 20, 1944

Concluded from p. 17

On the tenth anniversary of July 20, 1944, the discussion about this most startling inner-German event of the war is in full swing. Inasmuch as it may be regarded as a shibboleth dividing men into those who can be trusted to find the way to a true realisation of democracy and those still hankering after the props of Nazi-fascist totalitarianism, firm grounds for hope will perhaps be found in some observations recently made by the President of the German Federal Court, Dr. Hermann Weinkauff, in a paper on "The Military Opposition Against Hitler and the Right to Resist."³

That right may be invoked, he explained, "when the holder of State Power wickedly presumes to overstep the stringent and inalienable limits of his power and authority, when he becomes a tyrant . . . when he employs the means of terror, lie and a State organisation patterned on the slave holder system, to establish arbitrary government over his own people, when he abolishes the rule of law by subjecting it to his personal whim, when he perpetrates and causes to be perpetrated atrocities over atrocities, crimes over crimes against sections of the State people, when he, acting as an individual and from his arrogated prerogative, wantonly provokes a war of aggression and conquest . . . when in that war he orders unspeakable abominations to be perpetrated against other nations, thus covering the name of his own nation with shame and disgrace . . ." Then, it is said, he has "in truth forfeited every right to obedience and allegiance": "Then, if no other means is available, even the killing of the tyrant is permitted. Here, if ever, killing has not the legal character of murder but the character of a lawful execution of the evil-doer."

1. 40 Jahre Dienst am Recht. Politische Justiz, die Krankheit unserer Zeit. Bonn. Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 1933. 184 pp.

2. See, for example, his Vom Ruhrkrieg zur Rheinland-Räumung. Hamburg, 1930. 254 pp.

Also Das Deutsche Nein. Schluss mit den Reparationen. Hamburg, 1932. 90 pp.

Wir sind im Recht. Berlin, 1935. 31 pp.

Hitlers Deutsche Sendung. Österreich kehrt heim. Berlin, 1938. 63 pp.

Politischer Mord und Heldenverehrung. Berlin, 1938. 55 pp.

Die neue Kriegsschuldfrage. Berlin, 1940. 96 pp.

3. See the report of a lecture at Vicny in the Swedish paper Dagens Nyheter, 13/7/1943.

JUNE 30, 1934

A Survey of Reactions to the Blood Bath

June 30, 1934, whose anniversary now returns for the twentieth time, is a constituent date in the history of Nazidom. The several hundred murders were committed in the aftermath of the Reichstag fire and as a prelude to the bestialities of November, 1938, and the greater slaughter that followed. Indeed, murder had been a companion of the Nazi movement since its early days. The *Volkswehr* was liberally practised by the Free Corps.¹ The assassins of Rathenau were Hitler's disciples, and in the first year of the Nazi regime their "manly deed" was glorified by Messrs. Himmler and Röhm.² Hitler himself had gone out of his way to make common cause with the killers of Potempa³ a few months previously. On June 30, 1934, he did no more than uphold a tradition.⁴

Perhaps the procedure was a little startling and some Germans felt distinctly uneasy. The American Ambassador in Berlin at the time, William E. Dodd, records in his Diary⁵ an interesting conversation with an eminent professor at the University who was "greatly perturbed". He said (according to Dodd): "Poor Germany, she cannot recover in decades to come. If I could go to any other of the greater countries, I would leave the university at once." Dodd adds: "That is how most professors and students feel."

Germans' View

An "experienced German friend" of Professor G. P. Cooch,⁶ the British historian, was highly optimistic. "Since the massacre of June 30 (he wrote) I consider Hitler to be finished. He is doomed. He possessed a source of strength which seemed to make him indispensable—the people's belief in him. It has gone."

A brilliant, if rather irrational, account is given by Ernst von Salomon in his book, "Der Fragebogen",⁷ where he describes how, in a Berlin restaurant, in the company of British, American and French journalists, he was listening to Hitler's Reichstag speech of July 13, 1934:—

"The speech was monstrous. To begin with, I tried to go on eating, but I could not. The foreign correspondents, too, laid down their knives and forks. The waiters stood by the sideboard, their faces pale and motionless. The harsh, throaty, heavy voice silenced all other noises in the room; it seemed to cover us like a thick blanket and to make even breathing difficult."

"The man had the nerve to maintain the fiction that Röhm had been shot because he was homosexual: he had the nerve to allege that Röhm had established contact with foreign powers for the purpose of committing high treason; he had the nerve to repeat everything that had already, laboriously enough, been officially put out and which no single human being of normal intelligence had been able to believe. And through it all this voice emanated a dark and menacing power, it vibrated as dangerously as the buzzing of a hornet, it roared as sullenly as the roar of an irritated lion, displaying a latent brutality which made me hunch my shoulders..."

"The man with the voice succeeded in one thing: in my shame for my fatherland I was suddenly choking with the furious feeling that these men were my enemies, that so far as they were concerned I no longer had any choice, that despite everything, everything, I must still accept the fact that I belonged to my own country, to a country in which this could happen, this incalculable, atrocious justification of an incalculable, atrocious act of violence. I hated these men, those witnesses to our silent, intolerable humiliation, and I wished that they, too, sitting there, enveloped in their moral security, might one day get a man such as this in their country. Oh, they, too, should know the trembling of the knees, they, too, should be faced daily and hourly with the fatal alternatives of behaving like a fool or like a coward."

Generals "Alarmed"

According to von Papen,⁸ even some of the "senior and more thoughtful" generals, such as Fritsch, Beck, Hammerstein, Bock, Adam, Kluge and Kleist, were "alarmed by the Putsch and disliked it": "The manner in which Röhm's plans had been suppressed and the high death-roll among the innocent were an affront to these men's idea of law and propriety, and they knew that if the leaders of one group could be stood up against a wall and shot, the same fate might await those of another. But this trend of thought was not strong enough to counterbalance the general feeling."

On this "general feeling", von Papen writes elsewhere in his Memoirs (p. 382): "Some were relieved that the Army had been saved from

infiltration by the Brownshirts, and others approved the disappearance, whatever the methods employed, of so many morally corrupt individuals. Nevertheless, murder was murder. It must also be remembered that in the general improvement of their social and material position the masses were prepared to disregard the inroads on their political and legal freedom."

This view is confirmed by Th. Duestenberg,¹² the Stahlhelm chief, who refers to the "naiveté" of those who had hoped that the "Bartholomew's Night" would serve to open people's eyes. He noted a "hard-hearted indifference... even among the so-called educated classes". This, he thought, was their real "guilt", and "millions had to be killed for Hitler at the front, millions had to be exterminated in the camps, and half of Germany reduced to dust and ashes, before the awakening came."

An example of the callousness that aborted crime is provided by Hans Friedrich Blunck, the author and for many years President of the Reich Chamber of Literature. In his Reminiscences¹³

References

1. In his Memoirs (*Die Geschichte eines Hochverräters*, Munich, 1934, p. 131), Röhm ridicules those who denounced the *Volkswehr* murderers. A "worried saviour of the State", he relates, once came to Herr Pöhner, one-time Chief Constable of Munich, and a friend of Hitler's, to warn him, "in subdued whispers", that "there exist political murder organisations". Whereupon Pöhner, to Röhm's delight, replied, "Do they really? Too few, too few!"
2. *The Times*, London, 19/7/1933.
3. *Frankfurter Zeitung*, 24/8/1932.
4. At the funeral of Wilhelm Gustaf, Nazi Gauleiter in Switzerland, who was assassinated by a young Yugoslav Jew, Hitler preached the Big Lie when he declared: "I must solemnly declare that not one murdered opponent lies in our path, not one attempt at assassination. We never fought with these weapons"—*Cf. The Daily Telegraph*, Berlin Correspondent, 18/2/1934.
5. It is perhaps not quite correct, therefore, when Hermann Maun, in the *Frankfurter Zeitung* for *Zeitgeschichte*, April, 1953, suggests that Hitler had only then "turned cold-blooded murder into a legal instrument of his policies".
6. Ambassador Dodd's Diary, 1933-1938. Edited by William E. Dodd, Jr., and Martha Dodd. With an introduction by Charles A. Beard. London, Gollancz, 1941, p. 131.
7. See *Contemporary Record*, London, August, 1934.
8. Hamburg, Rowohlt, 1951, pp. 442-43. The extract is quoted from the English version entitled "The Answers". Translated by Constantine Fitzgibbon. London, Putnam, 1954, p. 268.
9. On this point Dodd relates (pp. 137-38) that the French Ambassador in Berlin, M. François-Poncet, gave him "his interpretation of the so-called 'conspiracy of foreign powers' in the German Reich. He knew von Schleicher fairly well; he had dined with him and Röhm, and there had been talk of pressure on Hitler and the French Government for a sensible agreement on disarmament. That was all."
10. Memoirs. Translated by Brian Connell. London, Andre Deutsch, 1952, p. 318.
11. *Der Stahlhelm und Hitler*. Wolfenbüttel and Hanover, 1949, p. 90.
12. *Unwesens Zeiten*. Volume 2. Mannheim, 1952, pp. 257-58.
13. *76 Jahre meines Lebens*. Bad Wörishofen, 1952, pp. 406, 407.
14. In his book *Das Reich der niederen Dämonen*. Hamburg, Rowohlt, 1953, pp. 170-71.
15. Memoirs, p. 327. See also Duestenberg, p. 29, and Hans Carossa, *Ungleiches Weiten*. Insel Verlag, 1951, p. 42.
16. The History of The Times. The 150th Anniversary and Beyond, 1842-1948. Part II. Chapters XIII-XXIV. London, The Times, 1952, p. 887.
17. At the same time it is interesting to note that about two months before the massacre, on April 24, 1934, King George V told the German Ambassador that "at the present moment Germany was the peril of the world and that, if she went on at the present rate, there was bound to be a war within ten years". See Harold Nicholson, *King George V*. London, 1952, p. 521.
18. Elizabeth Cerruti: *Ambassador's Wife*. London, Allen & Unwin, 1952, p. 155.
19. *Berlin Diary. The Journal of a Foreign Correspondent, 1934-1941*. London, Hamish Hamilton, 1941, p. 19.
20. Dr. Henry Picker: *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, 1941-42*. Bonn, 1931, pp. 105-106.
21. Among those who were not deceived was Sir Winston Churchill. He writes in his Memoirs ("The Second World War, Volume I, The Gathering Storm", London, Cassell, 1948, p. 89): "I was deeply affected by the episode, and the whole process of German rearmament, of which there was now overwhelming evidence, seemed to me invested with a ruthless, hard logic. It glittered and it glared. The massacre, he went on, 'showed that the new Germany would stop at nothing to secure that conditions in Germany have no resemblance to those of a civilised State. A Dictatorship based upon terror and reeking with blood had confronted the world.'"
22. For a competent analysis of this speech see *Publikistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung* (Hamburg, 1948, pp. 337-40), by Walter Hagemann, who also discusses the propagandist manipulation of the massacre by Hitler and Goebbels.
23. Shirer, in his *Diary*, p. 70, notes: "When he sat down to these words... she deplores rose and cheered. Our last almost forgotten how strong sadism and massism are in the German people."
24. In a characteristic passage of "Mein Kampf", p. 539, Hitler compares the formality of an executive committee meeting to "a court of justice which is just about to enact an execution."

he relates how, in reply to a "restive enquiry", he was reassured by the Minister of Justice, who simply countered by asking: "Would you have preferred a civil war?" Blunck also states that he had been particularly worried at a "rumour" that on Hindenburg's death Hitler was to become President as well as Chancellor. "I was too much of a lawyer to mistake the likely consequences of so much power placed in one hand." But having viewed the subject through juridical eyes, the Leader of Literature does not long dwell on the unpleasant prospect. "I considered a matter of greater importance that we got permission to promote the export of German books," and soon "we had again leisure for meeting people." There was a visit by the King of Siam...

Papen and Schacht

It is interesting to consider how the massacre affected those of Hitler's colleagues who were no Nazis. Von Papen, in his Memoirs (p. 546), tells of an American interrogator to whom it had been "completely baffling how anyone could have accepted another post under such a Government after the treatment I had received."

"I tried to explain the situation at the time, and how I had accepted the Vienna appointment after the murder of Dollfus only in order to prevent a general European conflict. Mr. Dodd refused to accept this argument, and insisted that I had submitted myself entirely to Hitler. Our discussion became heated, and I said with some asperity, 'I am sorry that you cannot understand a situation in which duty to one's country comes before personal considerations.'"

It is certainly not easy to understand. Papen himself says earlier in his book (p. 323): "Public opinion was so confused that some of my Conservative friends pressed me to remain in office at all costs, as the only man still capable of ensuring some return to law and order." Proof of confusion it undoubtedly was, not last in Papen's own mind, for on his own showing he had now begun to understand the people he was dealing with. He may have been, as he writes (p. 260), "as much a victim (of Hitler) as everyone else", but, he significantly adds, "the events leading up to the Röhm Putsch showed the full measure of his duplicity."

Similarly, Dr. Schacht¹² claims to have been "horrified" by the murders and "terrified" by "the lies that corrupted and distorted the facts", but he, too, drew the conclusion, though apparently without the prompting of friends, that he must stay. "The latest experiences made me realise even more clearly... that I must try at all costs, within the Cabinet and from my Department, to defend justice whenever opportunity offered". He stated that he said to Hitler: "How could you assume responsibility of deciding on human lives without any trial? You ought to have instituted under all circumstances judicial proceedings, if only before special courts." Schacht remarks: "Strange to relate, Hitler did not mind my telling him. He replied with some irrelevant excuses." Presumably he had formed a competent estimate of his financier's ability to translate moral discomfort into political action.

"Nowhere was there a stirring of moral resistance," writes Ernst Niekisch,¹⁴ a former "National Bolshevik", now a Marxist, who particularly stresses the failure of the German middle class: "Hitler saw that there was simply no crime that could draw upon him the detestation of the German middle class (Bürgertum)... The bourgeois had the Government which they deserved."

Foreign Opinion

Some Germans have sought refuge in the thought that after all the world outside showed hardly greater virtue than themselves. Von Papen¹⁴ probably speaks for many when he complains that "neither June 30 nor Hitler's constant disregard of international treaties... prevented foreign countries from concluding pacts with him, as long as they saw in him a defence against the threat of Bolshevism. 'Appeasement' was not a German policy."

There was admittedly a strong, if unsustained, reaction in Britain. *The Times*, 3/7/1934, wrote:—

"So far as methods of government and respect for human life and human freedom are concerned, Germany has ceased for the time being to be a modern European country. She has reverted to medieval conditions. It seemed inconceivable that the head, even the despotic head, of a modern Government should order the arrest and the summary execution of numbers of his principal lieutenants... This might be credible in Russia, or in the Turkey of Abdul Hamid's time, or in some medieval monarchy," etc.

This editorial followed an earlier one which strangely failed to censure the crimes, even by implication. One phrase might even have been taken to condone what had been done: "... Herr Hitler, whatever one may think of his methods, is

Continued on p. 20, col. 1

JUNE 30, 1934

Continued from p. 19

genuinely trying to transform revolutionary fervour into moderate and constructive effort and to impose a high standard of public service on National-Socialist officials." This "plainly, would not do", says the historian of *The Times*: "The Editor, who had been in the country during the week-end, arranged on his return for another article by a different hand, which meted out strong condemnation."

The indecision here apparent seems characteristic of the mood then prevailing.¹⁴ A striking instance of it may be seen in an article by Professor Gooch at the time. "A month ago" (he wrote in his *Contemporary Review*, August, 1934), "the Nazis had a few friends outside their frontiers. To-day they have none. Men like Mr. Vernon Bartlett, who have honestly striven to find some elements of value in the German revolution, now wash their hands of the whole affair."

The Nazis were "men of blood" with whom "we can have no dealings, public or private, save 'correct' governmental relations". Dr. Gooch goes on: "Any attempt to intervene in the affairs of Germany, such as an economic boycott or a preventive war, would be not only indefensible in itself, but would bring back Hitler's popularity in a flood."

"Internal Affairs"

But, it might be asked, was this a matter of "intervening in the affairs of Germany"? In the same article Dr. Gooch writes: "If a country passes from a parliamentary to an authoritarian regime, that is its own affair. If it ceases to be a Rechtsstaat, a state based on legality, and tramples the principles of Western civilisation in the dust, that is the concern of us all... We complain of the Nazi leaders not because they disbelieve in democracy, but because they are fundamentally uncivilised."

Yet nothing was done, and the learned historian urged that nothing ought to be done: "If the Terror is to be overthrown it must be cast off by the disillusioned people which, in a mood of roused exaltation and despair, allowed it to be imposed. Dictatorships usually appear to possess irresistible strength till the hour in which they crash to the ground like a rotten bough."

The point is noted by Mme. Cerutti,¹⁵ wife of the Italian Ambassador at the time. "The great powers assumed the attitude that it was entirely an internal affair with which they had neither the right nor the desire to interfere. Once again love of comfort and lack of initiative prevailed. The Nazis were encouraged in their methods and learned to become more arrogant and aggressive every day."

They conspicuously managed to deceive Britain, as *The Times* historian¹⁶ writes: "The Köhm scandal was soon overlaid by an adroitly managed Nazi-State v. Church quarrel that, like earlier pre-Nazi v. Jew strife, effectively distracted what British attention there might have been from evidence of German rearmament."

Nor was the reaction in France any less unenlightened. "The French are pleased," William Shirer,¹⁷ the journalist, wrote from Paris: "They think this is the beginning of the end for the Nazis."

Hitler's Caustic Comment

In his Table Talk,¹⁸ Hitler passes some revealing comment on this reaction. He makes light of the common belief which saw the cause of the massacre in a "mortal antagonism" between Army and SA. He had found those stories rather useful, he confesses, because they served to mislead the French, Germany's chief opponents on the issue of rearmament. The Paris Government (according to Hitler) had interpreted the murders as one of the medieval wars of Germans against Germans which France could watch at ease and with profit to herself. He had carefully nursed this "not unwelcome error"; in fact, he avowed, "it might be claimed that the Röhm Putsch did much good in that it helped to defer military measures by France and Britain, too," until the progress of German rearmament had made it too late for those countries to intervene.

This interpretation is probably as sound as any that have been attempted and certainly more competent than the tissue of lies which Hitler presented in his Reichstag speech of July 13, 1934.¹⁹

That speech is, however, a significant performance

Continued in next column

Origins of the "J" Passport

A Controversy in Switzerland

An interesting detail in the Nazi extermination campaign recently excited some controversy in the Swiss press after the publication, among the British-edited "Documents on German Foreign Policy 1918-1945" (Series D, Volume V), of evidence revealing Swiss complicity in the introduction of special passports for German Jews. Among the relevant documents is a Memorandum dated August 19, 1938 (Document No. 642), by the then Director of the Political Department in the German Foreign Office, Herr Woermann, quoting a communication from the Swiss Minister that Switzerland was "seriously considering cutting down on the immigration of Jews from Germany": "The Swiss Government was decidedly against having the country overrun by Jews" whose influx had "recently assumed tremendous proportions."

To this Memorandum the British editors append this footnote: "The stepping-up of German anti-Jewish policies following the Austrian Anschluss had resulted in a steadily increasing influx of Jewish refugees into Switzerland, which in turn led to frictions between the latter country and Germany. According to a report from Bern, sent on June 24 (7024/F.522333), Rothmund, Chief of the Police Division in the Swiss Justice and Police Department, had informed the German Legation that 'in order to protect Switzerland from the immense influx of Viennese Jews' the Swiss Government had ordered that all holders of Austrian passports would in future need a Swiss visa to enter Switzerland."

Rothmund further alleged that the authorities in Vienna were already trying to circumvent this new Swiss regulation and were continuing to promote emigration of Austrian Jews into Switzerland. If this did not stop, he said, "Switzerland, which has as little use for these Jews as has Germany, will herself take measures to protect

Switzerland from being swamped by Jews with the connivance of the Viennese police."

After conversations in Berlin from September 27 to 29, 1938, between representatives of the German and Swiss Governments, a procedure was adopted (see Documents Nos. 643 and 644) providing for all passports held by German Jews to be marked with a "red 'J,' 3 cm. in height," designating the holder as a Jew. The relevant protocol was signed by four Germans including Dr. Best, of the Gestapo, and two Swiss including Dr. Rothmund.

Swiss Police "Abetting Persecution"

On the strength of these facts, a powerful attack was launched by the *Schweizerische Beobachter*, Basle, 31/3/54, on Dr. Rothmund, who is still Chief of the Police Division in the Swiss Justice and Police Department. He was accused of having made "far-reaching concessions regarding Swiss co-operation in marking special passports for Jews." No other interpretation could be placed on this sentence in a German Foreign Office Circular of October 11, 1938 (Document No. 644): "The Swiss consular agencies abroad will be instructed by Switzerland for the time being to refer to the German Missions Jews who are German subjects and who apply to them for entry of the above mentioned 'assurance permitting sojourn in Switzerland or transit through Switzerland' if their passports do not yet bear the symbol mentioned." This, the *Beobachter* comments, is "nothing but denunciation of Jews to the Nazi police."

The paper refused to believe that such action had been made inevitable by the difficult circumstances at the time; visa regulations would have been adequate. Besides, it is pointed out, Dr. Rothmund was abetting discrimination not only against German but also against Swiss Jews if only potentially, for the Protocol signed by him expressly stated: "The German Government reserves the right, in accord with the Swiss Government, to require also of Jews of Swiss nationality that they obtain an 'assurance permitting sojourn in Reich territory or transit through Reich territory,' should the German Government consider it necessary."

The *Beobachter* concludes by declaring that Switzerland had no right to boast of her hospitality and generosity so long as she tolerated in high office "a man who with the invention of the 'J' stamp on Jewish passports set a precedent for the Yellow Badge which was later enforced by the Gestapo."

Dr. Rothmund's Demurrer

Dr. Rothmund at once replied, asserting that the suggestion of the "J" stamp had been made by the German authorities as part of their policy under the Nuremberg Laws. He claimed to have plainly impressed on the Gestapo in Berlin that Switzerland refused to have anything to do with German antisemitism and would tolerate no discrimination against Swiss Jews. What he had done, he declared, had been rendered necessary by the need to check immigration from Germany, but above all, he insisted, his every action had been in accordance with instructions from the Government.

His defence was in turn criticised by the *Schweizerische Beobachter*, which quoted from the Documents (editorial note to No. 643) a telegram, dated September 2, 1938, by the German Ambassador in Berne, reporting that Rothmund had intimated to him that the visa requirements might be limited to German Jews only if their passports would clearly indicate that the bearer was Jewish. The *Beobachter* pointed out that at that time no German diplomat would have hesitated to claim the credit of an anti-Jewish measure had he been its author. The paper maintained its charge, referring at some length to the Parliamentary speech, during the Nazi era, of a Socialist deputy who had accused the Federal Aliens Police of antisemitism and "subservience to the Third Reich."

By and large, the attack against Dr. Rothmund was not upheld in the Swiss press. It was argued that after all the responsibility lay with the Government. "That this responsibility is great and that the Government's policy on refugees must arouse feelings of shame in every upright Swiss citizen, will not be seriously disputed," writes, in the *Neue Zürcher Zeitung*, 10/4/54, Dr. B. Mann, a sincere friend of the persecuted. While nothing could be done to change the past, the Swiss people, he thinks, should be careful to dissociate themselves from "those humiliating manoeuvres."

Continued from preceding column

in the Nazi record. It was one of those first things that bear witness to the last. In a passage which was at once felt to be the most revolting, Hitler said: "In those twenty-four hours I was the supreme court of the nation in my own person."²⁰ Eight years later, in his Reichstag speech of April 26, 1942, he reaffirmed this doctrine when he formally abolished the last semblance of the judiciary's independence: "I shall from now on... relieve of their office such judges as do plainly not recognise the demand of the hour." After another two years the supreme court was reduced to a gang of hangmen,²¹ and after the Army had hoped to tame the Party in 1934, now, in the sight of eight gallows, the Party established its stranglehold over the Army. A gruesome story had come full circle.

Bibliography

- Annuaire du 30 Juin.** Brussels. Les Editions Confrontables. 1935. 36 pp.—With contributions by Norbert Angell, Victor Basch, Julien Benda, Louis de Broeckere, Alfred Kerr, Bernard Lecache, Klaus Mann, Louis Piérard, Georges Reney. Also quotations from the international press echo.
- Bredow, Klaus: Hitler east. Die Bluttragedie des 30. Juni 1934. Ablauf, Vorgeschichte und Hintergründe.** Saarbrücken. 1934. 72 pp.
- Der 30. Juni 1934. Hitlers Sieg über Rebellion und Reaktion.** Berlin. 1934. 16 pp.—The Nazi version.
- Die Memoiren des Staatschef Röhm.** Saarbrücken. Deutscher Verlag. 1934. 203 pp.—The anonymous anti-Nazi booklet contains the story of the massacre and extracts from Röhm's memoirs, also a documentary section including Röhm's "Love Letters" and the "Boxheimer Dokumente" of 1931.
- Die Wahrheit über Deutschland und den 30. Juni 1934.** St. Gall. n.d. 32 pp.—The anonymous anti-Nazi Swiss author tells the story by way of reproducing passages from the international press, with special reference to Swiss papers.
- Francoux, Jean: L'Affaire Röhm—Hitler.** Paris. Gallimard. 1939. 245 pp. The same printed in Algeria. 1943. 227 pp.
- Hintergründe der Blutnacht vom 30. Juni 1934. Aufzeichnungen eines Eingeweihten.** Bonn. Verlag Freier Volk. 1941. 48 pp.—The anonymous author is described as a Swiss export merchant who had many personal contacts with individuals involved in the massacre.
- Ludecke, Kurt G. W.: I Knew Hitler. The Story of a Nazi Who Escaped the Blood Purge.** New York. 1937. pp. 759-780.
- Mann, Hermann: Die "Zweite Revolution". Der 30. Juni 1934. Bologn zu Das Parlament v. 14/1943. Herausgegeben von der Bundeszentrale für Heimatdienst. Bonn. 14 pp.—Reprint from *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, April, 1938.**
- Röhm, Ernst: Die Geschichte eines Hochverrats.** Munich. Econ. 1934. 7th edition. 267 pp.
- Strasser, Otto: Die deutsche Bartholomäusnacht.** Zurich. 1935. 241 pp. With a preface by René Sonderegger.
- Sonnabend 30. Juni Vorgeschichte, Verlauf, Folgen.** Prague. n.d. 32 pp.
- Weissbuch über die Erschiessungen des 30. Juni 1934.** Paris. Editions du Carrefour. 1934. 207 pp. With a preface by Georg Branding, Stockholm.

Dangerous Propaganda Scotched

A gallant attack on some of the new Nazi propaganda now current in Germany is made in the *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, quarterly journal of the Munich Institute for Contemporary History, April 1954, where Dr. Hans Buchheim, a member of the Institute's staff, presents an able detailed refutation of the many distortions, lies and legends contained in the book "Auch Du Warst Dabei," by Peter Kleist. That much advertised author, a former assistant of Ribbentrop's, is stated to have belonged to "that intellectual élite of the Third Reich which was very numerous represented in the SS and the higher ranks of the ministerial bureaucracy. They were Hitler's best and most congenial collaborators." Now that their careers have come to an abrupt end, they have "entrenched themselves against the truth by all means, by tricks compared with which a simple lie seems rather naïve and straightforward." Dr. Buchheim gives short shrift to the insolent contention that the Nazis defended European civilisation against Bolshevism. "The very same danger which threatened Europe under the name of Bolshevism, threatened it in the centre of Europe under the name of National Socialism." Kleist's book is summed up as "the worst and most typical fruit of the tree of apologetic literature. . . . One should not undertake the danger which a book like this represents."

Professor Eduard Spranger, in a 21-page article, tries to elucidate the meaning of political ideologies. Two other contributions deal with Eastern problems. Eight hitherto unpublished "Secret Clauses of the Anti-Comintern Pact" disclose Ribbentrop's machinations in collaboration with the Japanese. Writing on "Phases of the Chinese Revolution" during the last hundred years, Professor Wolfgang Franke makes an observation which has a striking relevance to the anti-Hitler revolt of July 20, 1944. It reads: "According to Chinese constitutional tradition, the Emperor reigned by the grace of God. A revolution occurred when the ruler or the dynasty had proved unworthy. . . . This conception led to the conclusion that a violent overthrow of a dynasty which had forfeited its mandate was something legitimate."

"Legion Condor"

The Federal Government's endeavours to determine the pensions and other rights of former servants of the Third Reich, and of their dependents, have faced it with a perplexing decision about the German so-called "volunteers" on the nationalistic side in the Spanish Civil War (writes *The Times* Bonn Correspondent, 28/5/54). There was some parliamentary criticism of an instruction by the Minister of the Interior, Herr Schröder, that the service of these men in Spain was to be counted as war service for the purpose of computing their claim on the public purse.

Social Democrats argued that by admitting the claim for their services in overthrowing what was then the lawful and democratic Government of Spain, the Federal Government was giving its sanction to a Fascist adventure.

The Federal Government replied that to describe the men who were sent to fight for General Franco as "volunteers" was a fiction; they were German soldiers serving under orders, and as such entitled to their pension rights as any other German soldiers whom the Third Reich had sent to fight against their enemies in the last war.

The Wiener Library possesses several books telling the story of this Nazi interventionist army called "Legion Condor." They particularly reveal the methods of secrecy practised ever since a "very odd Travel Party" Union "left Berlin for Hamburg on July 31, 1936. The titles are —

Böckelberg, Werner: *Kampf um Spanien. Die Geschichte der Legion Condor*. Offenburg, Schöningh, 1939. 311 pp.

Deutsche Kämpfer in Spanien. Herausgegeben von der Legion Condor. Berlin, 1939. 140 pp.

Köhler, Hans: *Kriegsfreiwilliger 1937. Tagebuch eines Kriegsfreiwilligen der Legion Condor*. Leipzig, 1939. 180 pp.

Kropp, Major A.: *So kämpfen deutsche Soldaten*. Berlin, 1939. 125 pp.

Stackelberg, Karl Georg von: *Legion Condor. Deutsche Freiwillige in Spanien*. Berlin, 1939. 242 pp.

FIFTH COLUMN'S WARFARE

A New Investigation Sifts Fact and Fancy

A bewildered world long sought to explain Hitler's successful early aggression as the achievements of his Fifth Column. The telegram of March 11, 1938, in which Seyss-Inquart asked Hitler for armed help to restore "order" in Austria, became a symbol; the taking by surprise of all the Norwegian ports was decisive proof of a set of designs which grew into a "ghost-like structure of terror." As early as 1935 a book appeared in Paris entitled "Das Braune Netz" ("The Brown Net"), containing an impressive scheme of Hitler's organised Fifth Column (the term, coined involuntarily by General Mola in the first days of October 1936, did not yet exist). In 1937 it was noted that in forms distributed among members of the Nazi Foreign Organisation in Danish Schleswig, "type-writer" and "stenography" were code words for "gun" and "shooting." In May-June 1940 Uruguay narrowly escaped from a coup by its German colonists, and in August 1940 the American press published the conclusions of Donovan and Mowrer, stressing the essential part played by the Fifth Column in Hitler's conquests. Two hundred million dollars, it was stated, the German Government had spent on it, and the "Auslands-Organisation" was credited with "nearly four million members, all of them active agents."

This was the picture accepted throughout the world. It has been carefully examined in his academic dissertation by Dr. J. de Jong, Director of the Netherlands State Institute for War Documentation. Was it a picture based on facts?

To answer this question, Dr. de Jong has not only checked the rumours current at the time, but he also describes in great detail each of Hitler's aggression plans, its preparation and execution. Here it appears that the element of surprise was all important. To communicate the plans to many would have invited failure. Even Ribbentrop was not informed about the invasion of Denmark until five days before the event. In Copenhagen about six Germans were involved, without knowing exactly what was going on. Reconnoitring was done by a high army officer who travelled to the victim by return ticket a few days before the attack. A Baedeker worked wonders.

In the offensives in the West and against Russia relatively much use was made of the "external Fifth Column," i.e., small commandoes organised by the counter-espionage service, which occupied strategic points behind the lines. They were frequently dressed in civilian clothes or in the uniform of the attacked nation. They also made use of Germans living in that country.

Not Much Help from Quislings

While Dr. de Jong's research concentrates upon Fifth Column activities by Germans, his story tells clearly that the native Fascists were no great help to Hitler either. Vidkun Quisling was as unexpected as undesirable to the military commander occupying Oslo. He had derived his authority exclusively from Alfred Rosenberg. Hitler, however, liked to play off the various agencies against each other and to keep all decisions to himself. Such was the "autocratic anarchy" of the Third Reich.

It seems, therefore, to be established that the Fifth Column was no all-embracing and centrally directed conspiracy. Only in two countries was it anything like an important factor supporting German aggression: in Poland and Yugoslavia, where the German minorities expected "liberation." Their mentality was akin to that of the Fifth Columns which had operated in Austria and Sudetenland. The longings for "Anschluss" and "Heim ins Reich" in these countries, however, were no creation of Hitler's. They had existed ever since 1918.

Generally speaking, fear of the Fifth Column is a common phenomenon in wars. The scapegoat, called "the enemy in our midst," is, says Dr. de Jong, a "comprehensible and in times of high tension hardly avoidable means for the people to digest the unbearable reality." The Nazi variety differed from the rest in that the fears were in part justified.

Dr. de Jong is too conscientious a scientist to hazard any generalisations. He is content to establish a series of historical facts which may go far to qualify current assumptions. The reader,

* de Jong, Louis: *De Duitse Vijfde Colonne in de tweede Wereldoorlog*. ("The German Fifth Column in the Second World War.") Arnhem. Van Logsum Slaterus. 1950. 480 pp.

searching for a syncretical viewpoint which to crystallise his experience of this sordid work, might consider its most important part to be the insight it gives into Hitler's method. No gigantic monolithic organisation, but on the one hand continuous disturbing agitation, on the other strict secrecy and a highly efficient military machine: such was this double-barrelled weapon.

The fear of Nazi aggression, this book suggests, has been wrongly directed, ever since 1933. The reality, when it came, was not less gross, but it was differently serious. Thus the natives' alertness was defeated.

A curious parallel presents itself. During the occupation, too, the fear of the Germans was, in Holland at least, wrongly directed. The ghost was gigantic but still a ghost. Many thousands of anti-Fascist publications were burnt during the first few days after May 15, 1940. Yet nobody was ever arrested for the possession of either Marx or Raushning. Jews and anti-Fascists were in a panic. Yet the Germans were very calm those first few months, so the panic subsided. Until the terror came, concrete and real, and found the people unprepared. They had imagined it to be spectacular, it proved to be cool and creeping. More serious indeed, but different from all fears. Shame and self-reproach may find catharsis in painstaking scientific research.

RICHTER F. ROEGHOLT (Amsterdam)

Dutch Defiance

The Great Strike in 1941

The strike on February 25 and 26, 1941, in and near Amsterdam, made a very deep impression everywhere, not only on the Germans but also on the Dutch people and their allies. It was the first public demonstration of protest in a Nazi-occupied country, a protest against the beginning persecution of the Jews and the growing terrorism exercised by the Germans and their Dutch quislings. Dr. Schacht, in his autobiography ("76 Jahre meines Lebens," p. 625), holds up the bold action as an example to the Braun-Severing Government in Prussia, 1932, which surrendered without any resistance at the first summons by von Papen. The story of the strike has now been told by Mr. B. A. Sijes,* who has already made an important contribution to a previous publication of the "Rijksinstituut" on the April-May strikes of 1943 and published a monograph of his own on the *Rozas* in 1944.

In his present study he describes the gloomy nine months after the sudden defeat in May 1940, when confusion and pessimism were gradually overcome by a growing determination to resist. It was especially the increasing anti-Jewish measures which aroused great indignation, and this book contains most of the material that should serve as an adequate presentation of the prelude to the horrible tragedy which befell Dutch Jewry during the war. When on February 22 and 23, 1941, the Nazis arrested 425 Jewish hostages, the underground activity and propaganda, notably of the Communists, came to the surface. It was as if a spark had fallen into the powder barrel and the explosion followed at once. For two days the strike went on, and Sijes describes, in an hour-to-hour record, not only the course of events and actions, but also moods and passions, the anxieties of the common people wrestling gallantly with a unique historical situation. Here the author is at his very best, telling a tale of the strictest veracity which nowhere lacks emotion and everywhere arouses admiration.

At the end of the second day the German oppressor stopped in, forcing the people to put an end to the strike. The harsh punishment that was inflicted could not wipe out the deep impression that had been created. Indeed, those two days were never forgotten and their memory inspired the Dutch resistance during the darkest days of the war. It was a strike not only on behalf of the persecuted Jews, but above all for the ideals of justice and humanity. Dutch historiography is to be congratulated on having found in Mr. Sijes so able an historian to describe what was perhaps the finest episode in the war for the liberation of the Netherlands.

J. PRESSER

* *De Februari-Staking 25-26 Februari 1941*. The Hague. Martinus Nijhoff. 1954. 237 pp. Monograph No. 5, published by the National Institute for War Documentation, Amsterdam. With an English Summary (pp. 215-228).

The London "Anglo-German News"

The Anglo-German Association, which was inaugurated November 1951, has published the first issue of its bi-monthly journal, *Anglo-German News*, London, June 1954. Among the congratulatory messages is one from Professor Gilbert Murray, who quotes a phrase of Euripides:—

What is wisdom...?
To stand firm and free to breathe and wait,
To hold hand uplifted over hate.

Another, Carl Jowitt, a former President of the Council, was: "Our two great races have tried quarrelling That has done no good. Let us try working together for a cause greater than either of us."

In an article on "Anglo-German Relations since the War," Sir Harold Nicolson presents the cause in practical terms: "It is a common interest for Great Britain and for Germany to prevent Russia dominating the whole of Europe. Our co-operation has thus become a physical necessity." He makes this point to maintain his argument that "the destinies of nations are not determined by sentiments; they are determined by national interest, and the greatest of all interests is self-preservation."

For the sake of these interests he thinks it is "prudent to forget many most unpleasant memories, which he says are on each side. Fortunately, too, Sir Harold notes, 'the British possess an astonishing gift of forgetfulness'; there is also 'the psychological readiness to salute an enemy who has fought valiantly against frightful odds.'"

Past and Present

Another contributor, Professor Agnes Headlam-Morley, discussing "The Future of Anglo-German Relations," also feels that "we are too much encumbered by the fears of the past": "It would be well to keep our minds on the dangers of the present. The danger to Europe to-day is not that Western Germany is too strong but that from the military point of view she is too weak."

Professor Headlam-Morley considers that in the past the real harm was done not by the German soldiers but by politicians whose aims and methods were violent and revolutionary. The Germans allowed Hitler to use them for evil ends, but they did not make the war of 1939 (or the war of 1914), nor did they make the Nazi revolution. Hitler was able to exploit all the ills of unemployment and trade depression. He could pose as the champion of legitimate national aspirations. He was a political genius, utterly ruthless, and a past-master in deception.

Arguing that the Nazis would not have prevailed had the Allies been more generous in their dealings with a democratic Germany, Professor Headlam-Morley concludes: "This is not to say that we or the Germans should forget or ignore the crimes and cruelties committed under Hitler. It is well that we should think more deeply about these matters and try, in all humility, to understand the source and nature of the evil that our generation has witnessed—not only in Germany."

In reproducing passages from the articles of Professor Agnes Headlam-Morley and Sir Harold Nicolson, this Bulletin does not wish to express agreement with their view of Anglo-German relations. In fact some of their opinions appear to be open to argument, others highly controversial.

A Conference at Königswinter

A German-English Society founded in 1949 by Frau Lilo Milchack, wife of a Rhenish business man, held its fourth annual conference at Königswinter last April. It was attended by twenty-five British M.P.s and a number of German politicians.

The *Economist* Special Correspondent, 1/5/54, found the occasion a happy exception from other Anglo-German gatherings where (he says) "the Germans ask no questions about British or world affairs but give the English a one-sided battering on German grievances." At Königswinter, he reports, there was "hope for a future federal West European Parliament, because it showed that divisions of opinion tend to run along party, rather than national, lines."

The Society has "a tough job in attracting interest in Germany," says the *Manchester Guardian* Special Correspondent, 26/4/54, as "Germans are not easily roused to enthusiasm by the prospect of a closer connection with a Britain which has little of France's culture, none of America's dollars, and

Continued at foot of next column

The Story of Exiled Scholars "Rescue and Achievement"

While the Hitler professors are clamouring for their reinstatement in Germany, and a good many of them have actually been reinstated, three books have appeared outside Germany which deal with the professors (and intellectuals in general) who were dismissed by Hitler.

Dr. D. P. Kent has interviewed in the United States a large number of German and Austrian refugee intellectuals (many of international reputation, twelve Nobel Prize Winners), and he analyses their story from a sociological viewpoint. Most of those with practical vocations, such as engineers, were able to follow their calling, but of the lawyers many have become accountants, some teachers of political science or international law. Least fortunate were artists and writers who in most cases met with little success in writing English; they often felt that a return to Europe would be necessary if they were to continue in their previous careers. The vast majority of all intellectuals bitterly remember the ill-will shown them in Germany, and it is unlikely that they would ever be at ease in their former surroundings even though Hitler is gone.

More than three-quarters of those interviewed indicated that they had no difficulty in making friends in America. Some are priding themselves on being able to help Americans overcome their Puritan restraint, and build up a more adequate system of social security. "The effects of American culture," the author concludes, "upon the refugee will, of course, be greater than the effects of the refugee upon American society. . . . But this does not disparage, or detract from, the fact that the refugee in merging with American culture will undoubtedly add to its vigour and effectiveness in attaining its traditional goals."

London Society's Work

Professor Norman Bentwich² says that the total number of academic refugees registered with the London Society for the Protection of Science and Learning was 2,541, more than half from Germany. "From 1933, the lights of the humanities and science were going out in one country after the other of Central Europe. But they were relit in the countries of the rest of the world." In giving a short history of how the Society was formed and took shape, he mentions the efforts of Lord Rutherford, Archbishop Temple, Gilbert Murray, G. S. Sherrington, J. M. Keynes, G. M. Trevelyan and others. Another Committee of Rescue was formed by the Anglo-Jewish Community, and a third in Paris, the Comité des Savants. Generous grants were made, particularly by the Rockefeller Foundation. Among research institutes founded by refugees stand out the Warburg Institute and the Wiener Library, described as "a unique depository of every book and publication which bears on the rise and fall of the Nazi revolution."

A band of famous scholars includes the Nobel Prize winners Fritz Haber, James Franck, and Dr. E. B. Chaim, later to become famous in the development of penicillin; also Dr. L. Guttmann, a neurologist from Breslau, who during the war developed a new method by which he cured many hundreds of apparently hopeless paralytic cases, and whose Institute at Aylesbury is a national institute to-day; Professor Karl Mannheim, who greatly advanced sociological research and whose book "Planning for Freedom" has become a standard work in the Western democracies.

Another world-famous celebrity, Niels Bohr, escaped in a fishing-boat when the Nazis began to persecute "non Aryans" in Denmark. Dr. Lise Meitner, now Professor at Stockholm University, left Germany in 1938. Her nephew, Otto Frisch, who left in 1933, worked with Niels Bohr at Copenhagen.

1. *The Refugee Intellectual*. New York, Columbia University Press, 1953. 317 pp.

2. *The Rescue and Achievement of Refugee Scholars. The Story of Displaced Scholars and Scientists, 1933-52*. The Hague, Martinus Nijhoff, 1953. 107 pp.

the uncomfortable role of trade rival."

So far the Society has established four branches outside Düsseldorf, its headquarters—in Hamburg, Frankfurt, Hanover and Stuttgart. Its expansion, according to the *Manchester Guardian*, is "a tribute to the real desire for Anglo-German understanding, which has been sponsored by a very few German citizens ready to translate goodwill into action."

hagen from 1934 till 1939. "He and Lise Meitner proved by experiment the possibility of liberating enormous energies by the fission of the atomic nucleus of uranium." Bohr brought their experiments to the knowledge of Einstein and Fermi, a refugee professor from Italy, and it was Einstein who convinced President Roosevelt of the military importance of their findings. Frisch then went with the Atomic Research Team from England to America, where Professors James Franck and Otto Stern were already working in the same field. Mr. Churchill said on August 20, 1940: "Since the Germans drove the Jews out of Germany and lowered their technical standards, our science is definitely ahead of theirs." Professor Bentwich adds: "The cumulative loss to the Nazi war effort by the exile of their scientists was one of the decisive factors in the war."

Individuals' Own Report

In the third book under review³, some individual professors describe their experiences in America. They have come to realise, they say, that "scholarship must not be purely theoretical or historical, that the role of the social scientist is the reconciliation of theory and praxis." Stress is laid on the immigrants' impact on American natural science, which is said to have been "all to the good." Several Europeans played "a leading part in the actual construction of what is now called the atomic bomb," and biologists "added new ways of studying living systems to the methods previously familiar in America." Others worked in the all-important field of "photosynthesis," the science of the plant's power to "combine simple chemical substances into organic compounds with the help of light." The private experience of exiled professors was that the openness of American society made the process of reintegration exceedingly simple, while in Great Britain society is "too homogeneous and too solid" for that.

J. LESSER

3. *The Cultural Migration: The European Scholar in America*. By F. L. Neumann, Henri Peyre, Edwin Panofsky, Wolfgang Köhler and Paul Tillich. Philadelphia, University of Pennsylvania Press, 1953. 156 pp.

The Arolsen Documents

French Concern

The concern felt in France at the fate of the Arolsen archives (see *Wiener Library Bulletin*, September-December 1953) is discussed by M. Moch in an article in *Les Cahiers de l'Alliance Israélite Universelle*, Paris, February-March 1954. He thinks it unwise to trust the German Government with a unique store of documents recording German responsibility for the Nazi crimes. He particularly objects to the German personnel that would be in charge. Both the first German-nominated candidate for the directorship, Dr. Staudacher, and his superior authority, Dr. Oberländer, Federal Minister for Refugees, are said to be seriously compromised by their Nazi associations.

In France a strong protest was lodged by the National Association of Officers, N.C.O.s and Cadres of the Resistance, who pointed out in a communication to the American Legion, of April 23, 1953, "how indecent it would be if our comrades who have suffered deportation should in the future have to apply to a German official and not to the French Ministry for War Veterans, as has been the case hitherto, to obtain information concerning their civil status or indemnification for their sufferings caused by the Nazis." Waves of protests also issued from other organisations representing the Resistance, the war victims and war veterans. They eventually won the support of the American Legion.

On December 2, 1952, the then Minister for War Veterans and War Victims stated in the National Assembly that the Comité d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale had taken photostatic copies of the Arolsen documents. In February 1953 it was moved in the Council of the Republic that the documents dealing with deportation matters should be either handed over to an international organisation or divided among the interested countries. French public opinion to-day firmly demands a solution on these lines.

"Kollaborateurs" in France

The French Fascists are organised in two columns — one of intellectuals, represented by M. Maurice Bardèche and associated with the Union of Independent Intellectuals; the other, under the direction of Messrs. Binet, Achart and de Jonquières, addressing its appeal mainly to the working-class. In an article on their activities, a new French anti-Fascist journal, *Signes*, Paris, No. 1, 5/4/54, distinguishes three bodies: —

1. The French Union Social Movement, founded in 1945, is associated with Binet and his Waffen-SS.
2. The French National Committee is an offspring of the Fascist International Congress at Malmö, 1951. Its activities appear to have been reduced recently, though it still publishes every other month a cyclostyled newsletter edited by Messrs. Achart and Bonifacio.
3. The French Union Liaison Office, which maintains contact among the various philo-Nazi and Vichy organisations, was founded in 1951 on the initiative of circles associated with the periodicals (since amalgamated), *France Réelle* and *Realisme*. Working in close co-operation with the Union of Independent Intellectuals, it issues large quantities of propaganda material.

"National Opposition"

A number of "Kollaborateurs" were recently set free. They include one of Laval's Under-Secretaries of State, Benoist-Mechin, who in 1947 was sentenced to death on a charge of high treason but later was reprieved; Pierre Clémenti, also originally sentenced to death as an antisemitic marauder and recruiting agent for Hitler's French "volunteers"; and P. A. Cousteau, editor of *Paris-Soir* under the Nazis and political director of the weekly *Je Suis Parisien*.

Cousteau now writes regularly in the philo-Nazi journal *Riviera*, which describes itself as "the weekly organ of the National Opposition". There he enjoys the company of René Malhiavin, former Secretary-General of the Nazi agency "Inter-France"; Maurice Gait and Julien Guernec, officials of the same agency; also Messrs. Maurice Bardèche, Charles Schneider (both occasional contributors to *Nation Europa*), Fabre-Luce, Thérive, Paraz, and a Belgian, Robert Poulet, whose extradition the Belgian Government was unable to secure in spite of the fact that he had been, *in absentia*, condemned to death by a Brussels court on charges of war crimes. Characteristically, *Riviera* was pleased by the release of Otto Abetz, Hitler's Ambassador, as his imprisonment had been "a monstrous injustice."

Another undesirable character is Bernard Fay, who writes in *Ecrits de Paris*. As editor of the *Documents Maquisiques*, he had been among the directors of the Vichy campaign against freemasons as well as Jews.

Bardèche's *Défense de l'Occident* specialises in propaganda trying to identify Jews and Communists. The February 1954 issue reprints from *Der Weg*, Buenos Aires, an article alleging, in the Nazi tradition, that the Soviet regime had received financial support from Messrs. Kuhn, Loeb & Co., the New York bankers. In the May 1954 issue, "The True Face of the U.S.S.R." is unveiled with the allegation that Molotov is "the only non-Jew exercising a real influence on Soviet policy", and even he, it is said, is "married to a Jewess, the sister of Sam Carp, a Jewish multi-millionaire of Connecticut, U.S.A."

Legacy of Charles Maurras

Attempts to whitewash Charles Maurras, the French Fascist author, are exposed in an article in *Les Cahiers de l'Alliance Israélite Universelle*, Paris, May 1954. The writer, Maurice Moch, refers to a ceremony in the Académie Française on March 18 last when the Duke de Lévis-Milieu was received as a new member in succession to Maurras. In his inauguration speech, the Duke presented a eulogy of Maurras' literary work but entirely ignored its political aspect.

In the literary world Maurras' ideas continue to be defended by such well-known writers as La Varende, Marcel Aymé and Marcel Jouhandeau. His disciples, Constaun and Rebatet, of *Je Suis Parisien*, sentenced to death at the time of the liberation, to-day write for *Aspects de la France*, which has become the open successor of Maurras' *Action Française*.

The Fascist International

The international Fascist congresses during the last four years—Rome 1950, Malmö 1951, Paris 1952 and 1953, and Hanover, January 24-26, 1954—as well as the conferences held at Zurich, September

1951, and Lausanne, April 1953, are surveyed in an article, by Josef Lütken, in the *Christian Democratic* weekly *Rheinischer Merkur*, 30/4/54, from which some translated extracts are printed below.

"European Liaison Office"

The Hanover Congress last January reaffirmed the Zurich Declaration issued in September 1951 by the initiators of a movement entitled "New European Order," whose purpose is to develop "national elites," improve the nations' inherited characteristics through scientific treatment, and subject marriages with non-Europeans to regulation by law. The "New Europeans" are in favour of associating with the Middle East, India and South America as enemies of both Washington and Moscow.

An important development occurred on April 26, 1953, when a permanent "European Liaison Office" was established in Lausanne. Its Secretary is G. A. Amaudruz, a local insurance agent, who has written a book denouncing the Nuremberg Trials and launched a number of papers (e.g. *Gouverneur du Continent, Europa Erbschaft*), of which two survive, *Volksrat* and *L'Appel au Peuple*. He was also joint founder of the Swiss "People's Party" and a "European Workers' Movement" domiciled at Winterthur.

Among those with whom Amaudruz has established contact are the ex-Mutli, Irish nationalists, Turkish extremists, emigrés from Germany and Iron Curtain countries, Spanish Falangists, members of the Italian M.S.I., the "Centro Studi Europei 'Europa Unita,'" Trieste, the Dutch National European Social Movement under van Tienen (with its papers *Alarm* and *De Nieuwsoord*), finally the U.S. "National Renaissance Party" with its papers *Bulletin* and *The American Nationalist*. After the defection of the Union of Independents, Austria is represented by a "Freedom Rally" under Dr. Stuber, member of the Austrian National Council.

Particularly close are Amaudruz's contacts with his French friends, foremost among whom is Maurice Bardèche, René Binet, author of a "Théorie du Racisme" (1950), and Maurice Achart, Secretary General of the "Comité National Français" (CNF) in which nine nationalist forces joined hands in 1950. The most efficient of these nine is the "Mouvement National Progressiste" (MNP) which sets the pace in the Comité's recently founded "Groupes d'Action Nationale Syndicaliste." The Comité publishes a *Bulletin d'Information* as well as *Le Nouveau Prométhée* and *La Sentinelle*, edited by Binet.

Their agent in Madrid is Jean-Maurice Bauverd, who had once helped in forwarding copies of the antisemitic "Jew Süss" and the anti-British "Ohm Krüger" film from West Germany to the Middle East. He now runs a news agency ("Agathus") for the Arab League.

The contact man for South America is Dr. Tulio Abelli, a member of the executive of the Italian MSI. Among those pulling these wires are the supporters of *Der Weg*, Buenos Aires, notably the Jew-baiter Johann von Leurs, the former *Völkischer Beobachter* Madrid Correspondent von Merck, Himmler's ADC von Alvensleben, and the Croat quisling Pavelich. There is also an "Asociación Argentina-Europea" (Aguilar 1698, Buenos Aires), which is made up of representatives of 22 European nationalities.

A rally organised by the "National Section of the European Liaison Office," which was to have been held at Lübeck from June 24 to 26, was banned by the State Government of Schleswig-Holstein, according to the *Frankfurter Rundschau*, 18/6/54.

Nationalist Journals

Nation Europa. Monatschrift im Dienst der Europäischen Erneuerung. Coburg. Volume IV. No. 5. May 1954.

An article, by Heinrich Sanden, criticising certain disarmament proposals made by Sir Oswald Mosley, is prefaced by fulsome admiration for the British Fascist chief who "after 1945 had been the first and for a long time was the only Englishman to speak and write, in his own country, passionately and with clear vision for us Germans, without any regard to the burning hatred he thereby evoked." His "Alternative" is described as "among the most courageous and far seeing books in English literature"; in fact the very term "Nation Europa" is said to have been inspired by him.

Four young Nazis who had just arrived in Buenos Aires are interviewed by a correspondent there, Georg Laux. They all find that there is not much to choose between East and West—"imprisonment or penal servitude." They claim to have been "outlaws" in West Germany and must refuse to fight in a new army that would be led by officers implicated in resistance to Hitler: "Who guarantees that we shall not again be sold by commanders acting on their 'Christian conscience'?"

Nation Europa is regularly advertised in Mosley's paper *Union*.

Der Weg. El Sendero. Für Freiheit und Ordnung. Unabhängige Monatsschrift im Weltformat. Buenos Aires. Dürer Verlag. No. 4. April 1954.

The usual German Nazi contributors—Dr. J. v. Leers, Helmut Nicolai—are surpassed by the regular New York correspondent, Gordon Fitzgerald, who, under the caption "Rotten at the Root," purports to describe the "diabolical wave of moral corruption" among American youth. From a paper called *The News* he quotes lurid reports alleging gangsterism and the greatest obscenity at New York schools; obviously none of the original pornography grows less in his telling, but he refines the story by blaming the Jews. In fact, it is the stuff that would have qualified for front page presentation in *Der Stürmer*. Ever since F. D. Roosevelt became President, it is said, the Jews held dictatorial sway over three things in U.S.A.—finance, criminals and the Democratic Party, and "all three hang together." Pittingly, "an American" is quoted as having remarked, "I never understood Hitler. Now I do."

Wiking-Ruf. Zeitschrift der Hilfsgemeinschaft der Soldaten der Ehemaligen Waffen-SS. Hamelin. Volume III No. 6. June 1954.

The Waffen-SS monthly journal (edited by Kurt Kanitz, which now appears in greatly improved and more expensive layout, examines the position of the approximately 60 "war-condemned Germans" in Holland, most of whom, it is said, were sentenced for having been concerned in the shooting, by way of reprisals, of Dutch resistance soldiers. Such action, it is argued, could never be regarded as a common crime since it was expressly provided for in the military codes of most countries. The article closes over "the few cases in which Germans were put on trial because their official duty had commanded them to organise insurgents to concentration camps, deportations of Jews and similar measures."

Much play is made of the claim that the Waffen-SS had helped "defend Europe against Bolshevism."

The European. The Journal of Opposition. London. No. 16. June 1954.

In an article on "The Role of Europe", Dr. Otto Strasser argues that the defence of Europe should be left to the German army. He writes: "If only Europe is left alone, Europe can and will be free of every threat from Russia—or from anywhere else. As proof of this, one has only to recall the severe punishment which Germany—a comparatively small nation—was able to inflict on the Soviet Union with one hand, while staying off the battle-line and well-equipped Americans with her other."

Strasser violently denounces the "unparalleled hypocrisy" of the Americans who talk of the "defence of Europe" after having in 1945 handed half of the Continent to the Russians. Altogether he sees the cause of all evil in American interference: "The Franco-German rivalry was not in itself sufficient to lead to two world wars—rather the intervention in that conflict by outside powers—particularly the United States—which caused the spread of the unrest."

In a reply to this article, Sir Oswald Mosley, who directs the journal, criticises Strasser's "quite impracticable" proposition. The rest of Europe, he says, would not tolerate a German army as its protector of Europe "because they think it would mean a German hegemony." He goes on: "The idea of the German army now replacing America as the protector of Europe shows a truly remarkable lack of realism; it is a crude repetition of that chronic incapacity to understand what other people are feeling and thinking, which was the most fatal element in the old German lack of political skill... Any suggestion of German hegemony is now the surest way to frustrate Germany's right to take her place in the family of Europe with the... Inside, Germany can do everything; outside, nothing."

Militärpolitisches Forum. Unabhängige Zeitschrift für nationale Sicherheitsfragen Deutschlands. Munich. Volume III. No. 5. May 1954.

An editorial in this half pro-Nazi, half pro-Soviet journal (see last Bulletin, p. 10) considers it "no surprise that the nationalism of the yellow race is blended with Communist ideas and that Moscow's influence appears less oppressive in the eyes of Asia than the freedom preached by the west." No nation in Asia, it is said, retains "any belief in the humanitarian and Christian mission of the 'free world'"; in Europe, too, the heresy was spreading, and it is characteristically added: "Adenauer's Christian-democratic regime finds itself in an increasing isolation, being saved from collapse only by American props: the symbol of our colonial condition."

The June issue carries a prospectus of the philo-Nazi "Dresde-Verlag," publishers, advertising books by SS General Hauser, Colonel Kridel, Dr. Werner Naumann, Maurice Bardèche.

Widerhall. Unabhängige Jugendschrift. Lochham near Munich. Volume V. No. 3.

The editor, Karl-Heinz Henbaum, announces that he is revising the faked "Protocols." He has written a brochure entitled "The Zionist Protocols: A Report on the Non Public Meetings of the Zionist Congress at Basle, Autumn 1897." In a prospectus attached to this issue, he claims that "any comparison between these Protocols and the course of world politics shows clearly that they are not documents forged by the Czarist police," etc.

Islam and the Soviet Union

The relationship between the Soviet Union and the Muslims, both inside its borders and outside, has been the subject of three recent studies. In the first, "Communism and Islam," published in *The Arab World*, London, April 1954, and *The Islamic Review*, Woking, June 1954 (both reprinted from *International Affairs*, Chatham House), Professor Bernard Lewis examines the pre-disposition of the Islamic world outside Russia to the Communist appeal. He divides the pre-disposing factors into "accidentals"—those that are part of the present historical situation—and "essentials"—those innate in the very quality of Islamic institutions and ideas.

The first and most important of the "accidentals" is the anti-Western theme. The Communists, who oppose both the Western way of life and the Western Powers, can for that very reason count on important Islamic support. The movement is made up of the reaction against colonialism, and the upheaval resulting from the impact of the West.

The second "accidental" is the social and economic discontent of the Islamic world. The gap between rich and poor is wider, more unbridgeable and more visible than before. The disintegration of the old social ethos has left a gap that Western social ideas have been unable to fill. The centre of danger is not the starving peasantry who are still largely integrated in their traditional social units, but the "aspiring mechanic" and the uprooted unskilled and semi-skilled labourer.

Authoritarian Tradition

Turning from the "accidentals" to the "essentials," Professor Lewis mentions the authoritarianism of the Islamic political tradition, which knows no representative assemblies of any kind. Nor is the Communist doctrine that the State must direct economic life alien to the Muslim, for he has long been accustomed to this. In addition, the 'Ulama of Islam resemble the Communist party in that both groups profess a totalitarian doctrine, with final answers to every possible question—even though the actual content of the answers differs in every respect. A further point of contact between the two is the collectivism of the orthodox Islamic attitude to society.

Despite these factors, Professor Lewis concludes that the belief in God of the orthodox Muslims—"and most Muslims are pious"—may be strong enough to enable them to resist Communism. But there is not a great deal that the West can do about this. Islam itself must find the capacity to resist from its own resources.

The actual impact of the Communist parties in the Middle East is discussed in the Washington publication *Problems of Communism*, January-February 1954 (translated into German in the HICOG publication *Ostprobleme*, Bad Godesberg, 8/5/54). It reports that their membership is only 48,000 in Syria, the Lebanon, Iraq, Egypt and Jordan, out of a total population of thirty millions. Other factors of weakness are the over-large representation of minority groups and the lack of contact with the masses, for most party members are from the lower middle-class. The leadership, drawn mainly from the uprooted urban intelligentsia, also lacks contact with the masses.

Communist Alliance with Nationalists

Communist policy in the Middle East is based on an alliance with nationalist, anti-imperialist forces, dating back to the Baku Congress in 1920 of the "Peoples of the East." The policy's ultimate aim is of course a Communist revolution, but in the meantime tactical alliances with these forces have been concluded, e.g., in the Cairo riots of 1951 and 1952. The Party also has a footing in the nascent trade unions of the Arab world. Its influence is further promoted through "front" organisations, and the Communist-sponsored "Peace Movement" exploits Arab nationalist and anti-Western feeling.

The article concludes with the warning that despite the organisational weakness of Arab Communism, its absence of trained leaders and the atmosphere of repression in which it works, the backward environment favours extremist movements. If moderate Arab nationalists are unable to

Continued in col. 2

Lieutenant-Colonel Nasir and Zionism

Egyptian Prime Minister's Views

This book* purports to be the first of a series called "Ikhtarna Laka" ("We have Chosen for You"), issued by the Cultural Council of the Egyptian Liberation Rally. It is remarkable for a number of reasons. In the first place, it seems rather surprising that the first work in a series sponsored by such a body should be devoted to the Palestine problem. Secondly, it is even more surprising that such a book should consist mainly of a summary of one of the editions of Israel Cohen's "History of Zionism." Finally, the fact that the Prime Minister and actual ruler of Egypt, Lt.-Col. Jamal 'abd an-Nasir, has thought fit to grace this volume with his likeness, a signed preface and what is almost certainly an unsigned postscript, confers upon the book more than usual significance.

The Egyptian Prime Minister begins by describing the purpose of the whole series, which is apparently to accumulate knowledge of all the factors affecting Egypt, in order to provide the Egyptian with a "complete consciousness"—a phrase which runs all through the preface. He hints vaguely at the enemies which threaten Egypt from within and without, and expresses his conviction that the time will come for a reckoning with all of them. If Egypt is to be victorious, her sons must first recognise the errors of the past and then prepare themselves for the ordeal of the future. Turning to the subject of this book, Jamal 'abd an-Nasir warns his listeners that this concerns one of the lessons which they will have to learn. They must not be surprised if some of the facts and opinions are not to their liking. That was only natural, as they were those of a fervent Zionist; but agreement or disagreement seemed irrelevant, as the main function of the work was to enable readers to understand Zionism as seen by a Zionist. It was only then that they could be in a position to learn the lessons which they ought to derive from a study of the problem.

The preface is followed by the main part of the book, which consists of 130 pages or so of fairly reliable adaptation of the story of Zionism up to the beginning of 1943.

Then comes the postscript, which is similar in vocabulary to the preface but very different in tone. Zionism becomes the Jews and Imperialism becomes the British and the Americans. As it spurred on by anonymity the writer becomes franker in his arguments and in his hopes.

**Hadithi Hiya As-Sahyunyah* ("This is Zionism"), Cairo. Published by Dar al-Ma'arif. March 1954. 151 pp.

He begins by saying that every Egyptian should learn a lesson from the story which he has read—a story which may be distorted in part but is, nevertheless, in its main outlines in accordance with the facts. The point was that the Jews, without supernatural help or sources of strength denied to other men, had been able to create a national movement out of a religious group and to plan and work unceasingly for the aim which they had in mind, and that they were able to achieve victory because they believed in themselves and in their cause. That was the first lesson which every Arab should learn. The second lesson was that the Jews were not alone; behind them were the British and the Americans who sought by every means in their power to crush the vigour of the Arabs. They therefore injected the Arabs with "the Jewish cancer" and killed two birds with one stone, dividing the Eastern half of the Arab world from the Western half, and ridding their own countries of their Jewish populations.

What was the motive behind British determination to crush the renaissance of the Arabs, which was about to bring new life into the East and restore the glory of the ancient world to the cradle of faith and ideals? Britain was the first to understand that the Arab renaissance would mean the end of her colonial exploitation throughout her Empire. It would mean liberation and equality for all races in Africa and Asia. She therefore felt compelled to nip it in the bud; but she also felt the emotional necessity to revenge herself on the Arabs for the defeat of the Crusades. That was why the Jews were helped to gain their victories over the Arabs.

However, the anonymous writer concludes, this motive also provides the Arabs with a ray of hope. The Crusades marked the failure of all previous attempts on the part of foreigners to gain a foothold in the Arab world, and just as they were thrown back into the sea, so would all present and future invaders meet the same fate and Palestine would continue to be what it always had been—an Arab country harking the Eastern and Western halves of the Arab world.

This is the gist of what Jamal 'abd an-Nasir has to say about the Palestine problem. All the ideas contained in his contribution to the subject have been outlined in more elegant Arabic by others during the last six years; but they have never been put so clearly by a man who wields such power as Jamal 'abd an-Nasir wields to-day.

EMILE MARMORSTEIN

Islam and the Soviet Union

Continued from col. 1

dispose of their problems, then the disillusioned masses might easily make common cause with the extreme Right or Left.

What of Islam inside the Soviet Union? This is discussed in *La Documentation Française*, December 1953 (translated into German in *Ostprobleme*, 24/4/54), where it is pointed out that the twenty million Muslims in Central Asia and the Caucasus are the most distinctive national minority in the Soviet Union. As such they are the acid test of Soviet nationality policy. From 1920-1940 this has aimed at a transformation of Muslim society as the means to its integration into the Soviet system. The results have been the settlement of the nomads, the creation of an industrial proletariat, women's emancipation, the training of a technical and intellectual élite, etc. Religious sentiment and the feudal tribal structure have both been severely undermined or destroyed. This has been achieved despite the opposition of Islamic traditionalists and undermining nationalists.

The Muslim Republics are at the moment enjoying a cultural élan, led by the native intelligentsia. But their evocation of old traditions and folk-heroes has in some cases led to their being accused of "bourgeois-nationalist" deviations. During the war, indeed, although by far most Muslim units were loyal, the people of certain occupied areas, e.g. the Crimean Tatars, revolted against the central Government, and in 1946 the Crimean autonomous region was accordingly dissolved.

Since then anti-Islamic propaganda and persecution has undermined belief but has paradoxically

led to an increase in traditional observances. Certainly, Islam has maintained itself, as is evident by implication in the many accusations of "pan-Islamic tendencies" made against the Muslim intelligentsia. But the shortage of mosques and religious instructors and the fact that youths under 18 years receive no religious education prevent a deepening of religious consciousness.

*

Germans in Egypt

Eight of the group of 40 German military advisers in Egypt, including Panzer General Munzel, recently returned to Germany, says a report in the *Waffen-SS* journal *Wiking-Ruf*, June 1954, explaining that they had either finished their work or their contracts had expired. It is denied that the Egyptian Government had been dissatisfied with their services or that the homecomers were Nazis.

According to a report in *Der Spiegel*, Hamburg, 30/6/54, the Germans' departure is due to a change in Egyptian policy. After their chief, Dr. Wilhelm Voss, had long enjoyed the confidence of General Neguib, the present Prime Minister, Lt.-Colonel Nasir, prefers to deal with the German Ambassador, Pawelke, it is stated.

Middle East Association

The German Near and Middle East Association has a new chairman—Herr Alfred C. Toepper, who succeeded Herr Ernst Godeffroy. Vice-Chairmen are Dr. Martin Blank, Free Democratic Member of Parliament, Dr. Ernst-Justus Rupert, and Herren Hans E. B. Krose and Alfred Kühne.

Aims of Arab Nationalism

Between Religious and Political Unity

The confusion prevailing in the Arab world about the aims of Arab nationalism, the contradictory views held by religious and isolationist groups, the differences of opinion between Pan-Arabs and Pan-Muslims—these features of the present Arab story are revealed in four books¹ by the well-known Arab author Sati 'al Husri, a close acquaintance of King Faisal and a champion of the Arab national movement since his youth.

He sketches the development of the national idea in various European countries, discusses different trends in European political thought (Pacifism, Internationalism, Cosmopolitanism), traces the political changes in Europe since 1815, but perhaps the most interesting part is a detailed account of the Arab national movement. Its first leaders were Christians, the Protestant missions having done much to spread the Arabic language and to foster national feelings. As late as 1913 the Arab Congress in Paris agreed to remain within the confines of the Ottoman Empire, demanding only improvements in the conditions of the Arabs and their participation in the Government.

At present, according to Husri, many Arabs do not understand the real meaning of nationalism. Some identify State and Nation, accept the partition of the "Arab nation" into small states and regard themselves as Egyptians, Syrians, or members of any other Arab nationality. Others are busy planning a union of Iraq with Jordan, of Syria with Lebanon, of Iraq with Syria, etc.

"One Arab Nation"

Husri denies the existence of an Egyptian, Syrian, etc., nationality. The partition of the Arab nation, he says, had been plotted by foreign Powers and was maintained by foreign interests, as had been shown by the calamity of Palestine. There is, he insists, only one Arab nationalism and only one Arab nation.

The author violently assails the famous Egyptian scholar, Taha Husain, who in 1933 opposed the idea of Arab political unity and emphasised the Pharaonic

tradition of Egypt. Husri also joins issue with the popular Egyptian journalist, Hasan-abd-al-Kuddus, who after the defeat in Palestine demanded a Monroe doctrine for Egypt, implying concentration on social progress in Egypt and no interference in the affairs of neighbouring states.

Criticism is equally levelled at the views of Hufni Mahmoud who had compared Egypt's situation with that of the nationalist Turks in the Ottoman Empire, and at the doctrine of Dr. A. Zaki, who had argued that Egyptians are neither Arabs nor Pharaonites but simply Egyptians.

Similarly Husri deprecates the ideology of Internationalism and Communism, as well as the idea of a revival of the Khalifat and of Pan-Islam. Religion, he declares, has never been able to build and maintain a State. The same, he says, was true of racialism: there was no nation of one race; the decisive element of a national community was language and history.

The mishaps and failures of the Arab League should not cause despair, Husri urges. Salvation, according to him, could come only through Arab unity, and here the leadership belonged to Egypt.

Prussia as an Example

The idea of one Arab nation is also canvassed in a book² on "The Arab Problem" by a former member of the Jerusalem Moslem Congress who was imprisoned by the French in Syria at the beginning of the war and released in 1943. (The book was actually written in prison.) It is held that the Arab divisions are due to a weak national conscience and to the vested interests of individuals and ruling groups. The situation is reminiscent of Italy or Germany 100 years ago. Unification would be brought about by strong leadership and a national conscience. One of the Arab countries would have to assume the role that Prussia performed in Germany.

The author offers a detailed programme of nationalist education which is to involve teaching of the Arabs' "glorious history," especially to the illiterates; organisation of clubs everywhere and of ginger groups among the intelligentsia; theatre performances and lectures, also a forced labour service for the development of the countries and particularly for the benefit of the fellahin. In a special chapter the author denies any connexion between Arab nationality and religion.

2. 'Al-Nasir ad-Din, Kaddiyar al-'Arab. ("The Arab Problem.") Beirut. Dar al-'Ilm li-Malayin, 1948. 135 pp.

Britain and Iraq

The revolutionary events in Iraq in January 1948, which forced the Government to resign after the conclusion of a pact with Britain, are discussed³ by the well-informed editor of the Bagdad *As-Saa* newspaper, a friend of Salih Gabr, the then Prime Minister. A detailed study examines British policy which, fearful of Russia and jealous of America, hoped that the Portsmouth pact would help break the obstinacy of Egypt and make other Arab countries more amenable. It is stated that on the inspiration of a strong pro British group—"part of the English apparatus in Bagdad"—viz. Nuri Said, Salih Gabr, Abd-al-Mahdi, Sa'idi al-Bassam, Hamdi Bagalgi, Arsad al-Umari, Umar Nakmi, Gamal Babam, the Government did everything to divert public attention from the secret negotiations.

Much ado was made about help for Palestine, but all that was actually done was to establish a Committee for the collection of funds which were eventually wasted and defrauded by the officials of that committee. Development measures which had been promised were carried out by building new railway lines and strategic airfields. Treaties with Transjordan and Turkey were to have been the first stage in a British-organised collective defence system which was to include a Greater Syria (i.e. Syria, Iraq, Transjordan and the Arab parts of Palestine), as planned by Nuri Said. All these schemes were upset by the rising of the "patriotic youth."

The book reveals characteristic features of the situation in Iraq. The corruption and terror practised in the election campaign to secure a

3. Sa'ad al-Din Sa'ad al-Din, *Sahabat Portsmouth*. ("The Good of Portsmouth.") Bagdad. Dar al-'Ilm li-Malayin, 1948. 195 pp.

majority for the ruling clique are fully described, so are the different stages of the negotiations with Britain, especially the role of the Regent Abd-ul-Ilah. A delightful passage is the author's conversation with Gamal Babam, Vice-Premier of the Gabr Cabinet, who tries to bribe him in order to gain his support for the Government. Interesting, too, is a talk with Abd-ul-Ilah, and useful the text of the proclamations made by the authorities.

A Disciple of Streicher

A booklet⁴ on the "Jewish plot against Christianity" is in the authentic Nazi style. Its very motto, purporting to be a Talmud quotation, may well have been lifted from the *Stürmer*. In his desire to denounce the Zionist movement "which intends to destroy all peoples," the writer, a lawyer and former editor of the French edition of the Beirut newspaper *Nahar*, presents the Jews' history as a history of their activities against Christianity. "It is a history of hatred, caused by the rivalry between Jewry and Christendom to dominate the world by gaining the heritage of the Old Testament." Follows an abridged version of the "Protocols of Zion" from the Arab translation by a priest called Anton Yamin.

Hackneyed and long discredited quotations from such sources as Drumond and the *Morning Post* abound; passages of the Old Testament are freely misinterpreted, and much play is made of the notorious antisemitic distortions of the nineteenth-century literature on secret societies. Written in a glib style, the booklet was widely circulated in Arab countries.

4. Sa'ad al-Din Sa'ad al-Din, *Muamarat al-Yahud 'ala l-Masihiyah*. ("The Plot of the Jews against Christianity.") Beirut. Dar al-'Ilm li-Malayin, 1947. 84 pp.

Recent Reviews

Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale. Publication trimestrielle. Paris. Presses Universitaires de France. Volume IV, No. 14, April 1954.

"France's Policy of Rearmament (1933-1939)" is the outstanding contribution in this latest issue of the distinguished journal published by the Comité d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale, Comité de l'Histoire de la Guerre and Centre National de la Recherche Scientifique. In an effort to appreciate the eleven volumes containing the findings of the French Parliamentary Investigation Commission, the author, J. M. d'Honn, presents a highly penetrating and independent examination of the subject. According to him, the French Parliament never refused the money necessary for rearmament, and the major responsibility for France's lack of military preparedness lay with the General Staff and the Ministry of War, whose faulty organisation and lack of central authority made it impossible to work out a really long term rearmament plan. Stress is laid on Marshal Pétain's responsibility for the decision in 1932 not to extend the Maginot Line along the Belgian frontier, and on his part, as Minister of War in 1934, in the policy which cut France's military expenditure at a time when Germany's increased by 40 per cent in two years. M. d'Honn is too good as a historian not to feel that his country's faulty rearmament policy in the crucial years 1933-1938 does not entirely explain the nature of France's defeat in 1940. Incidentally, he describes the benefits derived by the armament industry from the Popular Front and its initiative in introducing the 40-hour week.

Another article ("La Direction des Services de l'Armistice à Vichy") discusses the French attempts to preserve a nucleus of their armed forces after the 1940 defeat. The author, M. Catoire, served with the D.S.A. from 1940 to 1942.

The World Today. Clarendon House Review. Volume X, No. 6. June 1954.

The impact on the Middle East of the "unique political and economic phenomenon" of the German-Jewish reparations agreement is discussed in an article (by "P.G.") which also refers to "the welcome accorded by the Arab States to German goods and technicians" and the benefits derived by the Jewish State "which at first seemed to be the prototypical enemy of a resurgent Germany". "It is, indeed, a paradoxical situation, where Israel and the Arab States, both factors in this German economic penetration, are themselves enemies; and where, once moral and sentimental considerations have become things of the past, Germany will be found to have won on both counts in her Near East economic aims."

Her treaty with Israel, however, is felt to have also a wider significance: "Among all the reversals of alliances and changes of internal structure which have characterised the post-war period, the creation of the State of Israel, and one of its corollaries, the voluntary payment of compensation for war crimes, mark the recognition of new principles which are already taking their place in history."

Another article deals with "Radio in the Cold War", which contains useful information especially on Radio Moscow and Radio Free Europe at Munich.

Aussenpolitik. Zeitschrift für Internationale Fragen. Bonn. Volume V, No. 5. May 1954.

"Interest and confusion" in the Middle East are described by Karl Levy, a Jewish Israel correspondent of the German News Agency as the result of American vacillation which in turn was caused by the absence of any "large idea". The great problems of peace between Jews and Arabs and more especially of the Arab refugees, should have presented no insurmountable difficulty to Washington's efficiency, but fear of political complications and lack of Britain's experience had produced no more than "Lilliputian" so-called "pilot projects" and "inadequate subventions". A cardinal mistake is seen in the attempt to "copy the Atlantic Pact" without first consolidating the region's economy. The benefits arising from a productive colonisation on the American pattern are thought to be evident in Israel and Saudi Arabia. Elsewhere the Russian appeal must be feared to become dangerous—unless the Americans begin to consider the true requirements of the Middle East. All they would have to do is, in the writer's opinion, to adapt the methods employed at home to local conditions.

Zeitschrift für Geopolitik, Weltwirtschaft, Weltpolitik und Auslandswissen. Darmstadt. May, 1954.

The Russo-American struggle for supremacy in the Middle East is discussed by a Turkmenian, Baymirza Hayit, who argues that "in the East, Communism draws its strength not from social problems but from the failure to treat the peoples as equals, from the neglect of their nationality and from the indifference towards their problems". Neither Communism nor democracy are believed to be offered as "ideal ways of living", but are rather considered means for the advancement of those strategic and economic ambitions which in days gone by were pursued more crudely by "colonial imperialism", but "since the rise of nationalism no nation has the courage to appear in the Orient as a Herrenvolk".

An article by W. C. Krug commends Dr. Ma'az, on his eightieth birthday, for his "indefatigable faith in the Messianic mission of his Boer nation and the God-willed rule of the white man over the dark sons of Ham".

Ingeborg Dick describes the position of women in Pakistan, and Dr. Wolfgang Lents, lecturer on Iranian Culture at Hamburg University, criticises the alleged insufficiency of German information on the Middle East.

The Gates of Zion. A Quarterly Review of Judaism and Zionism. London. Volume VIII, No. 4. July 1954.

"Not All Germans Are Guilty" is the title of a liberally documented article acknowledging assistance received from the Wiener Library. The proof of its thesis is found in "the Nazi press which almost regularly published revealing reports, in spite of the fact that, from their point of view, they must have eagerly wished to withhold the embarrassing evidence." A plea is made that when the Government of Israel publishes, as part of an intended Memorial to the Six Millions, a special Memorial dedicated to "The Righteous among the Gentiles," it ought not to forget, for the sake of strict historical justice, the righteous among the Germans. The Editor, in a preface, dissociates himself from the article.

Jews in Latin America

Progress of Assimilation

The publishers* state that their purpose is "to supply the necessary information" on Latin American Jewry to the Jews of North America and Israel, and even to the Jews of Latin America "who themselves do not have sufficient knowledge about one another." This Dr. Shatzky's book fails to do. On the other hand, it could serve as a very useful introduction to the vast and little known subject if it were provided with such essential aids in a reference book as a Subject and Place Index.

The main virtue of the book, apart from its author's clear and pure Yiddish, lies in the fact that it whets the reader's appetite for more knowledge. Its main shortcomings are the author's bias in favour of the East European element in Latin American Jewry, and his obvious lack of sympathy with, and understanding for, the German and particularly Sephardi element. Nevertheless, inasmuch as the bias works as an irritant to curiosity, it brings the book, which might otherwise be dull and dry, to life.

There are Jewish communities in all the nineteen Latin American republics, including the islands of Santo Domingo and Cuba. In some—Nicaragua, Salvador, Honduras or Guatemala—the number is counted in hundreds, even in the Argentine (350,000) and Brazil (125,000) they constitute a very small percentage of the total population. Altogether between 620,000 and 650,000 Jews mostly of Ashkenazi origin—have dispersed over the tremendous area of the Latin American Continent.

Their importance in the Jewish world has greatly increased since the end of the war owing to the extermination of so many millions in Europe. The creation of the State of Israel has further enhanced their role, because they represent a potential source of Ashkenazi emigrants to that country capable of counter-balancing the influx from Asia and North Africa.

Zionist Hopes

According to Dr. Shatzky, the hopes pinned on them by the Zionist Movement will be justified only on condition that they receive from Israel and U.S. Jewry the help and attention which they need in order to stop their natural drift towards disintegration and assimilation. Left to themselves, the Jews of Latin America, now completely deprived of the possible influx of fresh blood and too few to survive by withdrawing into their own communities, may dissolve and ultimately disappear.

Their modern settlement began with the arrival of individuals from Germany, France and England, who were followed, in the 1880s, by the mass migration, first of Russian and Polish, then of Rumanian and Hungarian Jews. About the same time Sephardi Jews were entering the Continent—from the Balkans, Turkey, Syria and Morocco. When the United States barred mass immigration in the 1920s another wave of Jewish immigrants came from Poland and other East European countries, and to them were added, after 1933, the refugees from Germany and Austria. But by then many Latin American republics had begun to close their gates to Jewish immigrants on social, economic and purely anti-semitic grounds, and there has been no real change since. Thus Guatemala will not admit "Asians from the Lebanon, Egypt, Hungary and Poland," Bolivia excludes immigrants who are "Negroes, Mongols and Jews," and all republics, when they do not openly object to Jews as future citizens, make admission practically impossible by accepting only farmers and certain types of technicians, or by fixing quotas. Mexico, for example, has been admitting since 1937 a fixed annual quota of 100 Polish and 100 Rumanian Jews.

Dr. Shatzky presents a vivid picture of the many divisions among Latin American Jews. There are, first of all, the East Europeans, whose common background used to be their Yiddish culture. There are the Hungarians who, when they stay Jews, form strictly orthodox and culturally stagnant communities. There are the Sephardim, who have only their Spanish origin in common. Otherwise they are profoundly divided both linguistically and culturally. Those from Turkey and the Balkans who speak Ladino are the publicans, those from the Middle-East and North Africa, who speak Arabic, the plebeians. Finally there are the

German Jews, with their specific cultural background, their organisational talents and leaning towards assimilation. With all their differences, however, the various groups are now held together by the dynamic bonds of Zionism and aid for Israel.

Those who labour to maintain Jewish cultural separateness through the medium of Yiddish are by no means a spent force in Latin America. With the creation of the State of Israel and the disappearance of the Jewish reservoir in Eastern Europe, they have lost most of their anti-Hebrew and anti-Zionist bias, but preserved their attachment to the cultural values created during eight centuries of Jewish sojourn in Poland and Russia. They run well-organised Yiddish schools in the Argentine, Brazil, Mexico and Chile. In the Argentine several publishing houses specialise in the publication of books in Yiddish. The largest of them, run by the local Association of Polish Jews, has so far published seventy-five volumes in a series "Polish Jewry." But the editions of such Yiddish books rarely exceed 2,000 copies. Thus, though there are, proportionately, more Yiddish-speaking Jews in South America than in the United States, their small numbers, as expressed in absolute figures, form an insuperable obstacle to the development of a vigorous Yiddish culture.

Although linguistic assimilation is progressing apace, cultural assimilation is not. For unlike the Anglo-Saxon background of North America, the

Catholic culture of the South is acceptable only to those who are prepared to abandon completely their Jewish background. Jewish intellectuals who do not realise the difference between linguistic and cultural assimilation face a tragic dilemma. In the Argentine, for example, Dr. Shatzky writes, the Jewish intelligentsia "think that their knowledge of the language is tantamount to their mastery of the culture which the language represents. . . . For assimilated Jews Spanish is an instrument of intellectual emotion, not the emotion of a national intellect. The Argentine-born Jew writes in Spanish, but is seldom a Spanish writer." The rapid linguistic, as distinct from cultural, assimilation "is presenting Latin American Jews with cultural problems of tragic dimensions," says the author. So far very few of them appear to have realised the implications of the problem, and Dr. Shatzky regrets their failure because "whoever is capable of seeing the tragic side of life begins to grow in stature as a man, and must necessarily become more of a Jew."

While it gives a fair idea of the contribution made by the various types of Jews to the economic life of Latin America, the book rather neglects to assess their impact on the Continent's semi-feudal and semi-colonial economic and social system. It is unsatisfactory also in its treatment of the part played by Jews in literature, radio, press, science and politics. It is not very informative about the nature of Latin American antisemitism, although it does make an attempt to describe the part played by local Arab communities in spreading anti-Jewish propaganda.

REUBEN AINSZTEIN

Press in Argentina

Instructive details of the Jewish press in Argentina are stated in an article in *Cronica Israelita*, Sao Paulo, 10/3/54. The majority—37—of the 68 periodical publications appear in Yiddish, though, by and large, that language is gradually losing ground. Only 23 appear in Spanish, three in Hebrew, two in German and one in Hungarian. The Yiddish section includes two dailies (*Di Yiddische Zeitung* and *Di Presse*), three weeklies, six fortnightly and 10 monthlies. The Spanish-language press disposes of one weekly, two fortnightly and 15 monthlies.

Both Yiddish dailies have a circulation far surpassing any of the Spanish journals; their sales have slightly risen, too, as a result of the increased Jewish national feeling since 1948. The lack of a Spanish equivalent is keenly felt, if only for the sake of the largely assimilated young generation. The only Spanish weekly, the 31 year-old *Mundo Israelita*,

though ably conducted, has failed to win a wide readership because of its predominantly intellectual appeal.

Attempts to launch a more popular Spanish journal, including a daily, have been made but were never long sustained. Literary magazines of some distinction are the bi-monthlies *Jerusalem* and *Javar*, the fortnightly *La Luz*, and more recently the monthly *Comentario* on the pattern of the American Jewish Commentary.

Of considerable standing is the *Jüdische Wochenschau*, published twice weekly, organ of the 40,000 Jews from Germany and Austria.

The entry of Jewish learning into the academic world of Argentina was signified by the establishment at the University of Buenos Aires of a Chair for Jewish Studies, the first of its kind in the whole of South America (it is stated in *Cronica Israelita*, Sao Paulo, 28/2/54).

New Documents on the Warsaw Ghetto

Like its predecessors, the present issue of the *Warsaw Bieler far Geshichte* contains very valuable material for the study of Jewish life in Poland during the second world war. Two of its main chapters are devoted to events in Warsaw from July 20, 1942, until after the rising in the Warsaw Ghetto which began on April 19, 1943. One chapter is part of a diary of Abraham Lewin, which covers the German "action" to clear Jews out of Warsaw, to destroy those whom they considered useless, and to concentrate the rest in a small, surrounded and strictly controlled area. By threats and terror they found a number of Jews to help them carry out this plan—the infamous Judenrat, which disposed of a Jewish police force of about 2,000, young men who themselves hoped to survive by becoming "useful" to the Germans. The Judenrat was to register every Jew whom they, on German instructions, considered able to be usefully employed in factories, workshops, etc. Those without such employment (or certificate from the Judenrat) had to leave Warsaw. Every day several thousand "undesirables" were to be brought by Jewish policemen to a locality in Warsaw ("Umschlagplatz") from where they would be sent, nominally to work, actually to extermination.

Many details are recorded of corruption, bribery and shocking cruelty perpetrated on Jews not only by Germans but by fellow-Jews. The diarist does not give the impression of wishing to exaggerate the horrors, although he himself is in despair as his young wife had been arrested in the street, coming from work, and he was unable to save her because he had no money. He describes the conditions of

daily life, the difficulties of obtaining food, the dangers of moving from one place to another.

The editor of the *Bieler far Geshichte*, Ben Mark, in his contribution discusses "New Documents on the History of the Resistance Movement and the Warsaw Ghetto Rising." He reproduces a letter by one of the leaders of the revolt, Anielewicz (pseudonym "M"), which, dated April 23, 1943, contains some important details of the fighting. In this letter "M" writes: "Twice the Germans were compelled to retreat from the ghetto. One of our sections were able to hold their position for 10 minutes only, but another withstood the assault for six hours. The mine in the brush-making sector was blown up, but there was only one casualty on our side."

The news which reached us only yesterday that the comrades of the P.P.R. (Polish Revolutionary Patriots) attacked the Germans and that "Sawit" radio had spoken highly of our self-defence work, gave us much satisfaction. There is still much to be done, but what has been done so far has been done well. The general position is as follows: All factories and workshops in the ghetto are closed, with a few exceptions. We have no contact with them. The brush factory has been burning now for the third day. The hospital was burning yesterday, and whole blocks of houses are on fire to-day. In day time one has to hide in bunkers, from tonight we begin new tactical moves. Three groups will come out to-night to spy on the enemy and to secure weapons. Please note that revolvers are no good to us, we have not used them—what we want are grenades, rifles, machine guns and explosives. It is impossible to describe the conditions in which the Jews live at present. Only a few can stand it. The fate of the others is sealed."

* Dr. Jacob Shatzky, *Yiddische Yeshuvim in Latein Amerike* ("Jewish Communities in Latin America"). Published by the American Jewish Committee, Buenos Aires, 1952.

* *Bieler far Geshichte*. Quarterly Journal of the Jewish Historical Institute in Poland, Warsaw. Volume VII, No. 1, April 19, 1954.

New Books GERMANY

Dell, Jeffrey : **The Hoffman Episode**. London : Cape, 1954. 191 pp. Novel depicting conflicts in the British Zone.

Faville, Frances : **The Dancing Bear**. Berlin de Profundis. London : Rupert Hart-Davis, 1954. 234 pp., front port. (of Lilli Altmann).—The experiences of the wife of a British official in Berlin, 1948-1949.

Frede, Günther, and Otto-Ernst Schuddekopf, eds. : **Wehrmacht und Politik, 1933-1945. Dokumente mit verbindendem Text**. Braunschweig : Albert Limbach, 1953. 62 pp. ("Beiträge zum Geschichtsunterricht").

Grenfell, Captain Russell : **Bedingungsloser Hass ? Die deutsche Kriegsschuld und Europas Zukunft**. Tübingen : Verlag Fritz Schlichtemayer, 1954. 292 pp. Violent criticism of Allied policy.

Grenfell, Captain Russell : **Unconditional Hatred. German War Guilt and the Future of Europe**. New York : Devin-Adair, 1954. 273 pp.

Heimpe, Hermann : **Schuld und Aufgabe der Universität**. Göttingen : Musterschmidt, 1954. 16 pp.

Hölder, Hans : **Ich war in Werl. Bericht über das Leben hinter den Mauern der Strafanstalt**. Berlin : Kulturbuch-Verlag, 1954. 157 pp.

Jahn, Hans Edgar : **Vertrauen—Verantwortung—Mitarbeit. Eine Studie über public relations Arbeit in Deutschland**. Oberhausen : Nohr & Schöne, 1953. 432 pp.

Kirst, Hans Hellmut : **Null-acht fünfzehn. Die abenteuerliche Revolte des Gefreiten Asch**. Roman. München : Verlag Kurt Desch, 1954. 395 pp.—This novel, dealing with German army drill, has aroused widespread attention in Germany.

Litchfield, Edward H., ed. : **Governing Post-war Germany**. Ithaca, N.Y. : Cornell University Press, 1953. 661 pp.—A survey of political, sociological and legal aspects of Government.

Meichner, Dieter : **Die Studenten von Berlin**. Roman. Hamburg : Rowohlt, 1954. 621 pp. Fictional account of student life between East and West Berlin, by the author of "Versucht's noch mal mit uns."

Podzun, H. H., ed. : **Das Deutsche Heer, 1939-1945. Gliederung, Standorte, Stellenbesetzung und Verzeichnis sämtlicher Offiziere am 3.1.1939**. Bad Nauheim : Verlag H. H. Podzun, 1953. 1016+111 pp.

Ritter, Gerhard : **Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des "Militarismus" in Deutschland. I. Band : Die altpreuussische Tradition (1740-1890)**. München : R. Oldenbourg, 1954. 403 pp.

Salomon, Ernst von : **The Answers of Ernst von Salomon to the 131 questions in the Allied Military Government "Fragebogen"**. Preface by Coronwy Rees. Transl. by Constantine Fitzgibbon. London : Putnam, 1954. 548 pp.—Abbreviated version of "Der Fragebogen" (Hamburg, 1951).

Trossmann, Hans : **Der zweite deutsche Bundestag. Seine Vorgeschichte, sein Aufbau und sein Wirken**. Bonn : Gebr. Schenk, 1954. 381 pp., illus., chart.

Wiedmer, Jo : **Brennpunkt Berlin. Erlebnisbericht eines Schweizer Journalisten über den Aufstand in Berlin-Ost am 17. Juni 1953**. Bern : Verlag AG, Berner Tagblatt, 1953. 48 pp., illus.

WORLD WAR II

Baum, Peter : **Die unsichtbare Flagge. Ein Bericht**. München : Kösel Verlag, 6th ed. 1953. 374 pp.—A human angle of the war in the East.

Dornberger, Walter : **V 2**. Translated by James Cleugh and Geoffrey Halliday. London : Hurst & Blackett, 1954. 264 pp., illus.—English version of "V 2—Der Schuss ins Weltall" (1952) enlarged by photographs and an index.

Ellis, Major L. F. : **The War in France and Flanders, 1939-1940**. London : H.M. Stationery Office, 1953. 425 pp., illus., maps, diagrs. (History of the Second World War, United Kingdom Military Series.)

Hierl, Konstantin : **Schuld oder Schicksal ? Studie über Entstehung und Ausgang des Zweiten Weltkrieges**. Heidelberg : Vowinkel, 1954. 111 pp., map.—The former Reich Labour Leader tries to disprove Germany's responsibility for the Second World War.

Hofe, Walther : **Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939**. Stuttgart : Deutsche Verlags-Anstalt, 1954. 221 pp. Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte, München.

Leverkuhn, Paul : **German Military Intelligence**. London : Weidenfeld & Nicolson, 1954. 209 pp., illus.—By one of Admiral Canaris' close collaborators.

Newman, Bernard : **The Sosnowski Affair. Inquest on a Spy**. London : Werner Laurie, 1954. 203 pp.

Therwald, Jürgen : **Der Fall Pastorius**. Stuttgart : Steingrüben-Verlag, 1953. 122 pp.

Toynbee, Arnold, and Veronica M. Toynbee, eds. : **Hitler's Europe**. London : Oxford University Press, 1954. Survey of International Affairs, 1939-1946, issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. 730 pp., maps.

(The) **Unseen and Silent. Adventures from the Underground Movement, narrated by paratroopers of the Polish home army**. London : Sheed & Ward, 1954. 350 pp., illus., maps.—A symposium, with a foreword by General Anders, Winkel, L. E. : **De Ondergrondse Pers, 1940-1945**. 's-Gravenhage : Martinus Nijhoff, 1954. 414 pp. (English summary, pp. 399-414).—The Dutch Underground Press, 1940-1945, published under the auspices of the Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Amsterdam.

PERSECUTION & RESISTANCE

Cohen, Elie A. : **Human Behavior in the Concentration Camp**. Transl. from the Dutch by M. H. Braakman. New York : Norton, 1953. 295 pp.—A psychological study, first published as "Het Duitse Concentratie Kamp. Een medische en psychologische studie," Amsterdam, 1952.

Friedman, Philip, ed. : **Martyrs and Fighters. The Epic of the Warsaw Ghetto**. New York : Praeger, 1954. 325 pp., illus.

Leber, Annette, ed. : **Das Gewissen steht auf. Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933-1945**. Berlin : Mosaik-Verlag, 1954. 237 pp., illus.

Malvezzi, Piero and Pirelli, Giovanni, eds. : **Lettere di condannati a morte della Resistenza europea**. Prefazione di Thomas Mann. (Roma) : Giulio Einaudi, 1954. 703 pp., front.

Niemöller, Wilhelm : **Bekennende Kirche in Westfalen**. Bielefeld : L. Bechhaus, 1952. 344 pp.

Niemöller, Wilhelm : **Die Bekennende Kirche sagt Hitler die Wahrheit. Die Geschichte der Denkschrift der vorläufigen Leitung von Mai 1936**. Bielefeld : Bechhaus, 1954. 54 pp.

POLITICAL SCIENCE

Booms, Hans : **Die Deutschkonservative Partei. Preussischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff**. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Düsseldorf : Droste-Verlag, 1951. 135 pp.

Buttner, Joseph : **Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung**. Köln : Verlag für Politik und Wirtschaft, 1953. 872 pp.

Ehrenstein, Walter : **Die Entpersönlichung. Masse und Individuum im Lichte neuerer Erfahrungen**. Frankfurt a.M. : Dr. Waldemar Kramer, 1952. 154 pp.

Jäckh, Ernst, and Otto Suhr : **Geschichte der Deutschen Hochschule für Politik**. Berlin : Gebr. Weiss, 1952. 48 pp. (Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin.)

Litt, Theodor : **Die Freiheit des Menschen und der Staat**. Vortrag gehalten zur Semesterfeier der Deutschen Hochschule für Politik am 12. Juni 1953. Berlin : Gebr. Weiss, 1953. 44 pp.

Plamenatz, John : **German Marxism and Russian Communism**. London : Longmans, 1954. 356 pp. Traces the course of development from Marxism to Sovietism, and re-examines German Marxism.

INTERNATIONAL RELATIONS

Barbache, Maurice : **Das Ei des Kolumbus. Bericht an einen nordamerikanischen Senator**. Buenos Aires : Dürer-Verlag, 1952. 130 pp.—The French nationalist's "cure" for Europe.

Deutschland und Frankreich im Spiegel ihrer Schulbücher. Hrsg. vom Internationalen Schulbuchinstitut an der Kant-Hochschule, Braunschweig : Albert Limbach, 1954. 226 pp.

Kertesz, Stephen D. : **Diplomacy in a Whirlpool. Hungary between Nazi Germany and Soviet Russia**. Notre Dame, Indiana : University of Notre Dame Press, 1953. 273 pp., maps, charts. (Series : "International Studies of the Committee on International Relations, University of Notre Dame.")

does not exist, and that Herr Zehrer's apologia cannot spring from his wish to help fight Nazism more effectively; he rather seems open to the suspicion of seeking to gloss over another aspect of nationalist Restoration. It is improbable that Zehrer himself will seriously challenge this statement. He is all in favour of "tough" politicians and "tough" politics (11/6/54) and clamours for the substitution of "the less tough ideologists" by "the politically tougher practitioners."

These voices are not perhaps wholly representative of the German press. There are others, too, hopeful signs of a psychological renewal. There are such excellent periodicals as *Gegenwart*, *Frankfurter Hefte*, *Deutsche Rundschau*, and others. Unfortunately, the press, more especially intellectual journals, are not always a reliable guide to public opinion, and it is for the sake of gauging public opinion that the restorative mood of some leading organs deserves to be given prominence. What matters is not to sit snugly in judgment and condemn, but to warn and help towards clarity.

German "Restoration"

Continued from Front Page

1954, in which Mr. Dulles denounced the "obsolete, bankrupt system of Versailles and other so-called 'peace' treaties which have bred war." But for Versailles there would have been no Hitler," Sethe infers, 10/3/54. He admits: "We Germans made a lot of mistakes on top of it," but he insists: "The disaster began at Versailles" and on the strength of this finding, reinforced by reference to Mr. Dulles, he feels emboldened to put forward a characteristically nationalist argument. He asserts that the Treaty of Versailles was disastrous not only in its consequences but in its fundamental conception which implied Germany's responsibility for the first world war. This responsibility, he declares, was not Germany's but Russia's. Sothe even detects in the West a "conspiracy of silence" on this by now well-established subject, and he again proceeds to draw a "parallel" between the "murderous folly" of the "bombing war against the German civilian population" and the guilt-feelings of the German

people in connection with the Nazi crimes.

Another respectable German newspaper suffering from fits of nationalism is *Die Welt*, Hamburg. Its editor-in-chief, Hans Zehrer, has come forward (10/3/54) with an unequivocal defence of former Nazis holding office in the Bonn Republic. Arguing that former Communists are now the most embittered and knowledgeable enemies of Communism, he asserts that it is equally important to have known Nazism from within in order to oppose it. He conveniently forgets that none of the former Communists have been accepted by anti-Communists without an extensive and often spectacular manifestation of their experiences, the grounds of their conversion and their changed convictions. The confessions of former Nazis who now are so eager to serve in Bonn, are conspicuous by their absence. Nor is this a superficial difference. It shows that an analogy between the political record of the former Communists and the former Nazis

New Books

BIOGRAPHY

Alexander, Enid : **Morris Alexander. A Biography.** Cape Town : Juta & Co., 1953. 256 pp., front. port.—The story of the distinguished South African Parliamentarian, leading Zionist and co-founder of the S. African Jewish Board of Deputies, told by his wife.

Bergsträsser, Arnold, ed. : **Deutsche Beiträge zur geistigen Ueberlieferung.** München : Hermann Rine, 1953. 266 pp. Published by the German Department, University of Chicago.—Includes essays on Rudolf Borchardt and Karl Wolfskehl.

Blüher, Hans : **Werke und Tage. Geschichte eines Denkers.** München : Paul List Verlag, 1953. 457 pp., front. port., facs.—Autobiography, with reflections on the German Youth Movement, the Jewish question, etc.

Blum, Hans Friedrich : **Unwegsamen Zeiten. Lebensbericht 2. Band.** Mannheim : Kessler Verlag, 1952. 602 pp., front. port.—Reminiscences 1927-40, including the author's experiences as President of the Nazis' Reich Chamber of Literature.

Bött, Hans, and Hermann Leins, eds. : **Begegnungen mit Theodor Heuss.** Tübingen : Wunderlich, 1954. 495 pp.

Der Bundeskanzler. Der Weg Konrad Adenauers. Frankfurt a.M. : Dikreiter, 1953. 224 pp.—First in a series "Profile der Zeit."

Deutscher, Isaac : **The Prophet Armed. Trotsky : 1879-1921.** London : Oxford University Press, 1954. 540 pp., map.

Drage, Charles : **Two-Gun Cohen.** London : Cape, 1954. 286 pp., front. port.—The story of General Morris Abraham Cohen, late of the Chinese Nationalist Army.

Ebermayer, Erich, and Hans-Otto Meissner : **Evil Genius. The Story of Joseph Goebbels.** Translated and freely adapted by Louis ... London : Allan Wingate, 1953. 245 pp., facs.—Based on the German "Gefährten des Teufels. Leben und Tod der Magda Goebbels" (Hamburg, 1952).

(The) Feuchtwanger Family. The Descendants of Seligmann Feuchtwanger. Tel Aviv : Edition Olympia. Martin Feuchtwanger, 1952. 151 pp., illus.

Foerster, Friedrich Wilhelm : **Erlebte Weltgeschichte 1869-1953. Memoiren.** Nürnberg : Glock & Lutz, 1953. 719 pp.

Hartmann, Hans : **Max Planck als Mensch und Denker.** Tübingen : Ott Verlag, 1953. 255 pp., front. port.

Helfritz, Hans : **Wilhelm II. als Kaiser und König. Eine historische Studie.** Zürich : Scientia-A.G., 1954. 391 pp., front. port.

Herre, Paul : **Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik.** München : C. H. Beck, 1954. 280 pp.

Heuss, Theodor : **Vorspiele des Lebens. Jugenderinnerungen.** Tübingen : Rainer Wunderlich Verlag, 1953. 348 pp., illus.

Hiescher, Friedrich : **Fünfzig Jahre unter Deutschen.** Hamburg : Rowohlt Verlag, 1954. 483 pp.—Autobiographical sketches and conversations with diverse people such as Theodor Heuss, Ernst Jünger, Martin Buber, August Winnig, Hjalmar Schacht and many others.

Kesten, Hermann : **Meine Freunde, die Poeten.** Wien : Donau-Verlag, 1953. 249 pp., illus.—Appreciations of 19 writers, including Thomas and Heinrich Mann, Hugo von Hofmannsthal, Alfred Döblin, Stefan Zweig, Ernst Toller, Erich Kästner.

Koch, Franz : **Kaltenheyer.** Göttingen : Göttinger Verlagsanstalt, 1953. 188 pp.—An appreciation of the Nazi author, including his "often misunderstood" philosophy.

Kapier, F. : **Ber Meisels. I jego udział w walkach wyzwoleńczych narodu polskiego (1846, 1848, 1863-1864).** Warsaw : Żydowski Instytut Historyczny, 1953. 180 pp.

Küenberg, Joachim von : **War alles falsch ? Das Leben Kaiser Wilhelms II.** 2. verbesserte Auflage. Bonn : Athenäum-Verlag, 1952. 471 pp., illus.

Kürschner's Deutscher Gelehrten-Kalender 1954. Lexikon der lebenden deutschsprachigen Wissenschaftler. 8. Ausgabe. Hrsg. Gerhard Oestreich. Berlin : V. de Gruyter, 1954. 2892 columns.

Nadich, Judah : **Eisenhower and the Jews.** New York : Twayne Publ. Inc., 1953. 271 pp., front. port.

Ravensdale, Baroness : **In many Rhythms. An Autobiography.** London : Weidenfeld & Nicolson, 1953. 328 pp.—See p. 60.

Ribbentrop, Joachim von : **Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen.** Aus dem Nachlass hrsg. von Annelies von Ribbentrop. Leoni : Druffel-Verlag, 1953. 336 pp., illus.

Rudel, Hans-Ulrich : **Aus Krieg und Frieden. Tagebuchblätter 1945 und 1952.** Buenos Aires : Dürr-Verlag, 1953. 340 pp., illus.

Scheffler, Karl : **Max Liebermann.** Mit 65 Bildtafeln und einem Nachwort von Carl Georg Heise. Wiesbaden : Insel-Verlag, 1953. 115 pp., plus illus.

Scholz, Arno, and Oschilewski, Walther C., eds. : **Türnwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher.** Band II : Reden und Schriften ; Band III : Als er von uns ging. Berlin : arani, 1952-53, 2 vols.

Trenner, Franz : **Richard Strauss. Dokumente seines Lebens und Schaffens. Auswahl und verbindender Text.** München : C. H. Beck, 1954. 320 pp., illus., facs.

Trevor-Roper, H. R., ed. : **The Bormann Letters. The Private Correspondence between Martin Bormann and his wife from January 1943 to April 1945.** London : Weidenfeld & Nicolson, 1954. 200 pp., illus., facs.

Ulrich, Carl : **Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten.** Hrsg. von Ludwig Bergsträsser. Offenbach : Bollwerk Verlag, 1953. 226 pp., illus.

Vallentin, Antonina : **Einstein. A Biography.** London : Weidenfeld & Nicolson, 1954. 219 pp., front.

GROUP RELATIONS

Allport, Gordon W. : **The Nature of Prejudice.** Cambridge/Mass. : Addison-Wesley, 1954. 337 pp.—The author is Professor of Psychology at Harvard University.

Antisemitic Activity in the United States. A Report and Appraisal. New York : The American Jewish Committee, 1951. 17 pp., facs.

Long, Emil J. : **2000 Years. A History of Antisemitism.** New York : Exposition Press, 1953. 324 pp.

Orion : **Discours sur l'Antisémisme Chrétien.** Paris : Librairie Max P. Delatte, 1953. 162 pp.

Richmond, Anthony H. : **Colour Prejudice in Britain. A study of West Indian Workers in Liverpool, 1941-1951.** London : Routledge & Kegan Paul, 1954. 184 pp. (Series : The International Library of Sociology and Social Reconstruction.)

Walter, Paul A. F. : **Race and Culture Relations.** New York : McGraw-Hill, 1952. 482 pp.—Ch. 18 : The Jews and antisemitism.

ACCESSIONS OF OLDER BOOKS

Among older books recently received in the Wiener Library were these volumes :—

The Weimar Republic

Kampfmeyer, Paul : **Fritz Ebert. Ein Lebensbild.** Berlin : Verlag für Sozialwissenschaft, 1928. 84 pp.

Max von Baden, Prinz : **Appell an den Reichspräsidenten.** Stuttgart/Berlin : Deutsche Verlags-Anstalt, 1923. 12 pp.

Nationalsozialismus. Eine Diskussion über den Kulturbankrott des Bürgertums zwischen Ernst Toller und Alfred Mühl. Berlin : Gustav Kiepenheuer, 1930. 35 pp.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Beiträge von Paul Löbe, Philipp Scheidemann, Wilhelm Schumann, Fritz Koch, Robert Dreier, Arno Scholz u.a. Magdeburg : Verlag, Einheitszentrale des Reichsbanners, [1924?] 31 pp.

Sovering, Carl : **1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen.** Bielefeld : Buchhandlung Volkswacht, 1927. 253 pp.

Weberstradt, Hans, ed. : **Kronprinz Rupprecht von Bayern gegen Ludendorff. Mit erstmaliger Veröffentlichung der Verhandlungsschriften.** Berlin : Arbeitszentrale für volkische Aufklärung, 1928. 48 pp.

Judaica

Dukas, Rosa : **Die Motive der preussischen Judenemanzipation von 1812, mit besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zu den Ideen der Judengesetzgebung der französischen Revolution.** Berlin : Louis Lamm, 1916. 64 pp.

Jüdische Jugend. Hrsg. von Präsidium des Kartells jüdischer Verbindungen in Berlin (KJV). Berlin : Ferdinand Oestreich, 1922. 37 pp.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V. : **Rechnungslegung 1941.** Typed MSS, 45 pp.—Includes balance sheets of the Berlin branch of the Kultusvereinigung der Juden in Deutschland.

MIDDLE EAST

Abegg, Lily : **Neue Herren in Mittelost. Arabische Politik heute.** Stuttgart : Deutsche Verlags-Anstalt, 1954. 556 pp., illus., maps.

Carlson, John Roy : **Araber rings um Israel.** Frankfurt : Verlag der Frankfurter Hefte, 1953. 320 pp., illus., maps.—German version of "Cairo to Damascus" (New York 1952).

Dupont-Sommer, A. : **The Jewish Sect of Qumran and the Essenes. New Studies on the Dead Sea Scrolls.** London : Vallentine, Mitchell & Co., 1954. 195 pp., illus., map.—The author is Director of Studies at the Ecole des Hautes Etudes, University of Paris.

Frankenstein, Carl, ed. : **Between Past and Future. Essays and Studies on Aspects of Immigrant Absorption in Israel.** Jerusalem : The Henrietta Szold Foundation for Child and Youth Welfare, 1953. 335 pp.

Halévy-Levin, Isaac, ed. : **Israel Argosy, 3.** Jerusalem : Youth and Hechalutz Department of the Zionist Organisation, 1954. 213 pp.—The third issue of the miscellany of essays, stories and poems in English.

State of Israel Government Year Book 5714 (1953-4). Jerusalem : Published by the Government Printer, 1954. 346 pp., front. port. (Izhak Ben-Zvi).

Voss, Carl Hermann : **The Palestine Problem To-day : Israel and its Neighbors.** Boston : The Beacon Press, 1954. 64 pp., illus., map.

JUDAICA

American Jewish Year Book, Vol. 35, 1954. Prepared by The American Jewish Committee. Morris Fine, ed., Jacob Sloan, ass. ed. New York : The American Jewish Committee and the Jewish Publication Society of America, Philadelphia, 1954. 554 pp.—The new edition of an indispensable reference guide and record of events of Jewish interest all over the world.

(Baek, Leo) Essays presented to Leo Baek on the occasion of his eightieth birthday. Preface by L. G. Montefiore. London : East and West Library, 1954. 211 pp., front. port.—Contributions by Nicholas Arsenov, Norman Bentwich, Martin Buber, Albert Einstein, Abraham Joshua Heschel, Karl Jaspers, Paul Kahle, H. Liebeschütz, Thomas Mann, Jacques Maritain, Julian Morgenstern, Ernst Simon, Gershom Scholem, Selma Stern-Taenbeler.

Bloch, Joshua : **Of Making Many Books. An annotated list of the books issued by the Jewish Publication Society of America, 1890-1952.** Philadelphia : The Society, 1953. 329 pp., front.

Fox, Gresham George : **The Jews, Jesus and Christ.** Chicago : Argus Books, B. Abramson, 1953. 52 pp.—"The attitude of Liberal Jews towards Jesus."

Hedenquist, Göte, ed. : **The Church and the Jewish People.** London : Edinburgh House Press, 1954. 212 pp.—A symposium initiated by the World Council of Churches and sponsored by the International Missionary Council's Committee on the Christian Approach to the Jews. The contributors include Stephen Neill, Leo Baek, K. H. Rengstorff, H. J. Schoeps, Hans Kosmala and W. W. Simpson.

Institute of Jewish Affairs, World Jewish Congress : **Survey of Events in Jewish Life, 1953.** New York, 1954. 219 pp., mimeogr.—A summary of the main events in the Jewish world outside Israel, in four parts : I. The Jewish Communities and their main features. II. Main Events in Jewish Life (incl. antisemitism, neo-Nazi movement, treatment of War Criminals in various countries, etc.). III. Activities of the World Jewish Congress. IV. Chronicle of selected events.

Jung, Leo, ed. : **Jewish Leaders (1750-1940).** New York : Bloch, 1953. 564 pp.

Roth, Leon : **Jewish Thought as a Factor in Civilization.** Paris : UNESCO, 1954. 64 pp. (Series : The Race Question and Modern Thought.)

Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund, 1904-1954. Festschrift zum 50 jährigen Bestehen. Zürich : S.I.G. Federation Suisse des Communautés Israélites, 1954. 334 pp.

REFUGEES & MIGRATION

Hulme, Kathryn : **The Wild Place.** London : Fred. Muller, 1954. 233 pp.—Experiences of an UNRRA worker among displaced persons in Germany from 1945-1951.

Konvitz, Milton R. : **Civil Rights in Immigration.** Ithaca, N.Y. : Cornell University Press, 1953. 216 pp.

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

B XVII/54

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“

4. Mai 1954

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Im Frühjahr 1952 wurde in München auf Anregung des Generalmajors a. D. Hermann von Witzleben unter der Bezeichnung „EUROPAISCHE PUBLIKATION“ eine Arbeitsgemeinschaft von Offizieren, Historikern, Juristen und Theologen gegründet, die sich das Ziel setzte, die Geschichte der militärischen Widerstandsbewegung gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem an Hand der bereits greifbaren Unterlagen und von Befragungen noch lebender Zeugen zu erforschen und darüber eine zusammenfassende Darstellung vorzulegen.

Der erste Band dieser Darstellung, der die Zeit bis zum Beginn des Westfeldzuges (Frühjahr 1940) umfaßt, gliedert sich in folgende Abschnitte:

1. Einleitung (Prof. Dr. Georg Stadtmüller, München),
2. Vorgeschichte der militärischen Widerstandsbewegung bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges (Dr. H. Krausnick, Institut für Zeitgeschichte, München),
3. Die militärische Widerstandsbewegung vom Ausbruch des 2. Weltkrieges bis zum Beginn des Westfeldzuges (Oberstleutnant a. D. Kurt Sendtner),
4. Forschungsbericht über die bisherigen Veröffentlichungen (Prof. Dr. Georg Stadtmüller, München)
5. Die Vollmacht des Gewissens, Gespräche zu einer grundsätzlichen Erörterung des Widerstandsrechtes,
6. Drei Gutachten zum Widerstandsrecht.

Da sich in diesem Jahre zum 10. Male der Tag jährt, an dem das „andere Deutschland“ am 20. Juli 1944 einen letzten Versuch zur Rettung des Reiches machte, werden die Beilagen der Wochenzeitung „Das Parlament“ die wichtigsten Teile des ersten Bandes der „Europäischen Publikation“ zum Abdruck bringen, um das anlässlich dieses Erinnerungstages sicher wieder stärker einsetzende Gespräch über die Fragen des Widerstandsrechts auch ihrerseits zu befördern.

Wir beginnen heute mit „Europäische Publikation“ Nr. 1, 2 und 3. (Drei Gutachten zum Widerstandsrecht Bd. 1, Abschnitt 6.)

HERMANN WEINKAUFF

Die Militäropposition gegen Hitler und das Widerstandsrecht

I.

Die Widerstandsakte der militärischen Widerstandsbewegung nach dem zur Zeit ihrer Begehung geltenden positiven Strafrecht.

Dieses Gutachten setzt die schweren Rechtsbrüche als bekannt voraus, die das nationalsozialistische Regime während der Dauer seines Bestehens beging und gegen die sich die militärische Widerstandsbewegung wandte. Sie werden im Abschnitt II des Gutachtens, der sich mit der rechtlichen Begründung des Widerstandsrechts befaßt, im Zusammenhang überblicksweise dargestellt. Ebenso setzt das Gutachten die Widerstandsakte der militärischen Widerstandsbewegung von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende als bekannt voraus. Für die Zeit von 1933 bis Mitte 1940, mit der sich diese Veröffentlichung befaßt, wird dabei verwiesen auf die kurze zusammenfassende Darstellung der Europäischen Publikation, die den Titel trägt: „Die militärische Opposition im Dritten Reich bis Mitte 1940.“

Prüft man die Widerstandsakte der militärischen Opposition in diesem ersten Zeitraume anhand des damals geltenden positiven Strafrechts nach, so kommt man zu folgenden Ergebnissen, die übrigens in allem Grundsätzlichen auch für den späteren Zeitraum bis zum 20. Juli 1944 in gleicher Weise gelten.

Eine Straftat ist nur vorhanden, wenn der Täter tatbestandsmäßig, rechtswidrig und schuldhaft handelt, d. h. wenn er den in einer Strafvorschrift des Gesetzes beschriebenen Tatbestand verwirklicht, wenn dieses Handeln gegen die Rechtsordnung verstößt und wenn ihm dieses

tatbestandsmäßige, rechtswidrige Tun rechtlich zur Schuld, zum Vorwurf angerechnet werden kann.

1.

Dem äußeren Tatbestande nach haben die Männer der militärischen Widerstandsbewegung verschiedene gegen Hochverrat, Landesverrat und Kriegsverrat gerichtete Vorschriften des damaligen Strafgesetzbuches verletzt.

Soweit sie sich mit dem Ziele zusammengeschlossen hatten, Hitler und seine Werkzeuge gewaltsam aus der Macht zu setzen, soweit sie dies organisatorisch vorbereitet hatten, soweit sie insbesondere im September 1938 militärische Vorbereitungen zur Besetzung der Reichskanzlei und der Parteiämter und zur Festsetzung Hitlers getroffen hatten, soweit sie nach Ausbruch des Krieges über die Römischen Gespräche Verbindung mit England angeknüpft hatten, um den im Innern geplanten Umsturz gegen Störungen von außen zu sichern, und soweit sie danach strebten, Hitler bei einem Frontbesuch festnehmen zu lassen, haben sie äußerlich gegen den § 82 Abs. 1 und 2 und gegen den § 83 Abs. 2 StGB in Verbindung mit den §§ 80 und 81 StGB verstoßen.

- a) indem sie sich miteinander verabredeten, den gewohnheitsrechtlich gewordenen nationalsozialistischen Verfassungsstand gewaltsam zu ändern und Hitler und seine Regierung mit Gewalt zu nötigen oder zu hindern, ihre Befugnisse überhaupt oder in einem bestimmten Sinn auszuüben,
- b) indem sie weiter zur Vorbereitung dieses Unternehmens zu einer ausländischen Macht in Beziehungen traten, und

c) indem sie endlich auch durch sonstige Mittel den gewaltsamen Umsturz vorbereiteten.

Soweit sie vor Ausbruch des Krieges die englische Regierung zweimal vor den Kriegsvorbereitungen Hitlers warnen ließen, die nach ihrer inzwischen durch den Gang der Geschichte bestätigten Auffassung zum Weltkrieg und damit zum Untergang Deutschlands führen mußten, soweit sie nach Kriegsausbruch über die Römischen Gespräche mit der englischen Regierung in Verbindung traten, um Einverständnis über folgende Punkte herzustellen:

Beseitigung der Hitler-Regierung, Nichtangriff im Westen, rascher Friedensschluß, östliche Grenzen Deutschlands wie 1914, Verbleiben des Sudetenlandes bei Deutschland, Volksabstimmung in Österreich, und soweit einer aus diesem Kreis nach Kriegsausbruch der Gegenseite Nachrichten über die gegen Belgien und Holland geplanten Kriegsmaßnahmen und über den schließlichen Angriffstermin zukommen ließ, um das nationalsozialistische Regime sicherer zu stürzen und einen frühen

INHALT DIESER BEILAGE:

Hermann Weinkauff:

**Die Militäropposition gegen Hitler
und das Widerstandsrecht**

Pater Max Pribilla S. J.:

**Der Eid nach der Lehre der Katholischen Moral-
theologie (S. 203)**

Walter Künne:

**Die evangelisch-lutherische Theologie
und das Widerstandsrecht (S. 205)**

Ausgleichsfrieden zu erzwingen, können ganz oder teilweise, äußerlich verstoßen haben gegen die §§ 89, 90, 91, 91b, 92 StGB und gegen § 57 MilStGB.

- a) indem sie es unternahmen, Nachrichten, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches, insbesondere im Interesse der Landesverteidigung erforderlich war, mit dem Vorsatze, das Wohl des Reiches zu gefährden, an einen anderen, insbesondere an eine ausländische Regierung oder an jemanden, der für eine ausländische Regierung tätig war, gelangen zu lassen,
- b) indem sie sich Staatsgeheimnisse zu diesem Zwecke verschafften,
- c) indem sie mit dem Vorsatze, schwere Nachteile für das Reich herbeizuführen, zu einer ausländischen Regierung oder zu jemandem, der für eine ausländische Regierung tätig war, in Beziehungen traten,
- d) indem sie es im Inlande oder als Deutsche im Auslande unternahmen, während eines Krieges gegen das Reich oder in Beziehung auf einen drohenden Krieg der feindlichen Macht Vorschub zu leisten oder der Kriegsmacht des Reiches einen Nachteil zuzufügen, und
- e) indem sie sich miteinander zu solchen Handlungen verabredeten oder sie im Felde begingen.

Für einen Teil dieser Straftatbestände ist es zweifelhaft und streitig, ob sie auch nur dem äußeren Tatbestande nach durch die Widerstandsakte der militärischen Widerstandsbewegung erfüllt wurden; nämlich für alle diejenigen Tatbestände, die fordern, daß die Tat mit dem Vorsatze begangen werde, „das Wohl des Reiches zu gefährden“, oder „schwere Nachteile für das Reich herbeizuführen“, oder „der Kriegsmacht des Reiches einen Nachteil zuzufügen“, oder die als Staatsgeheimnisse nur solche Nachrichten bezeichnen, deren „Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches, insbesondere im Interesse der Landesverteidigung erforderlich war“. Es handelt sich hier um den überwiegenden Teil der landesverräterischen Tatbestände, während die hochverräterischen Tatbestände solche tatbestandsmäßigen Einschränkungen nicht kennen, aber auch der landesverräterische Tatbestand des § 91b StGB eine solche Einschränkung insoweit nicht kennt, als er schlechthin Deutsche bestraft, die „während eines Krieges gegen das Reich der feindlichen Macht Vorschub leisten“. Ebenso kennen die von der Widerstandsbewegung später vorbereiteten, versuchten oder vollendeten Tötungshandlungen solche tatbestandsmäßigen Einschränkungen nicht.

Die Zweifel rühren daher, daß die Träger des militärischen Widerstandes zweifellos im Endergebnis das Wohl des Reiches nicht gefährden und dem Reich keinen Nachteil zufügen wollten, ja daß sie im Gegenteil über die Beseitigung des Regimes und einen frühen Ausgleichsfrieden hinweg dem Reich gerade unermeßliche Nachteile ersparen und seinem wahren Wohle dienen wollten. Daraus würde sich dann weiter ergeben, daß gerade nicht die Geheimhaltung sondern umgekehrt die Preisgabe gewisser an ausländische Stellen gegebener Nachrichten für das wahre Wohl des Reiches erforderlich war. Diese Rechtsmeinung kann sich auf ein Urteil des Reichsgerichts (RGSt 60, 422, 430 ff) berufen, das die Teilnahme des späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert an einem Munitionsarbeiterstreik im 1. Weltkrieg unter dem Gesichtspunkt des Landesverrats rechtlich zu prüfen hatte, eine Teilnahme, die erfolgt war, gerade um den Streik und seine ungünstigen Wirkungen auf die Kriegslage des Reiches abzukürzen und ihm einen drohenden revolutionären Charakter zu nehmen. Hier wurde schon der äußere Tatbestand des Landesverrats mit Recht verneint, weil die Aktion darauf abzielte, über einen unvermeidlichen geringeren Nachteil hinweg gerade einen jenen Nachteil weit überwiegenden Vorteil für die Kriegsführung des Reiches herbeizuführen. Dieser Fall liegt aber anders als die Widerstandsakte der militärischen Hitler-Opposition im 2. Weltkrieg. Jene Aktion richtete sich nicht gegen das herrschende Regime und zielte im Ergebnis auf eine Stärkung der Wehrkraft des im Kriege befindlichen Reiches ab. Diese Widerstandsakte bezweckten den gewaltsamen Sturz des Regimes, und zwar zum Teil während des Krieges, und mußten dabei zunächst militärische Nachteile für die Kriegsführung notwendig in Kauf nehmen. Die Frage stellt sich also dahin: Können die positiven Bestimmungen des Strafgesetzbuches gegen Hochverrat und Landesverrat, was den äußeren Tatbestand angeht, so ausgelegt werden, daß sie den Umsturz des Regimes und die Beeinträchtigung seiner Machtstellung nach außen, insbesondere die Beeinträchtigung der Wehrkraft, die sie zu schützen bestimmt sind, dann erlauben wollen, wenn die Täter diesen Umsturz und diese Beeinträchtigung um ihrer politischen Fernziele willen, die sich für sie mit dem wahren Wohl des Reiches decken, vornehmen? Oder erschöpft sich der positiv-rechtliche Sinn der Strafbestimmungen gegen Hochverrat und Landesverrat darin, daß sie das herrschende Regime und die ihm dienende Wehrkraft gegen alle unmittelbaren Angriffe zu schützen haben und deswegen die rechtliche Möglichkeit nicht kennen und nicht anerkennen, daß der gewaltsame Sturz des Regimes und die Beeinträchtigung seiner Machtstellung nach außen, insbesondere seiner Wehrkraft, dem wahren Wohl des Reiches dienen könnte? Man wird in bezug auf den äußeren Tatbestand der Strafbestimmungen gegen Hochverrat und Landesverrat wohl die letzte Auslegung wählen müssen, wenn man den positiv-rechtlichen Sinn dieser Bestimmungen nicht unzulässig überfordern und umformen will. Bei dieser Auslegung tritt auch die entscheidende Rechtsfrage, um die es in Wirklichkeit geht, viel klarer und richtiger hervor. Die Frage, ob die Männer der Militäropposition dem Hitler-Regime zu Recht oder zu Unrecht Widerstand entgegensetzten, kann nicht auf dem Umwege gelöst werden, daß man den äußeren Tatbestand der Strafbestimmungen gegen Hoch- und Landesverrat entgegen ihrem nächsten Sinne preßt. Sie entscheidet sich vielmehr danach, ob dieser Widerstand, obwohl er den äußeren Tatbestand der Strafdrohungen gegen Hoch- und Landesverrat verletzte, nicht gleichwohl rechtmäßig und schuldlos war.

Zuweilen wird die Rechtsmeinung vertreten, gewaltsamer Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime könne schon deswegen nicht gegen die Strafbestimmungen wider Hoch- und Landesverrat verstoßen haben, und zwar noch nicht einmal dem äußeren Tatbestande nach, weil der nationalsozialistische Staat als „Unstaat“ oder als „Unrechtsstaat“ überhaupt keinen gültigen Strafrechtsschutz gegen Angriffe auf seinen inneren und äußeren Bestand hätte haben können, weil also die zu seinem Schutz erlassenen Strafvorschriften gegen Hoch- und Landesverrat schlechthin rechtsunwirksam gewesen seien. So wird die Frage jedoch rechtlich nicht richtig gestellt. Zwar hat sich der nationalsozialistische Staat während seines ganzen Bestehens ständig durch schwerstes von ihm selbst gesetztes Unrecht und durch furchtbarste von ihm selbst begangene Verbrechen befleckt. Trotzdem kann ihm der Staatscharakter nicht einfach abgesprochen werden. Denn er hielt eine bestimmte Ordnung des staatlichen und gesellschaftlichen Gefüges auf-

recht, die sich sogar auf weiten, ihn politisch nicht besonders berührenden Gebieten noch im Rahmen des überkommenen Rechtes hielt, und diese seine Ordnung — soweit wird man gehen müssen — wurde von großen Teilen, vermutlich sogar von dem überwiegenden Teil des Staatsvolkes, als rechtlich bindend hingenommen. Man würde ja auch ein von niemandem mehr zu beherrschendes, völlig unerträgliches rechtliches Chaos herbeiführen, wenn man dem nationalsozialistisch beherrschten Staat für die ganze Dauer seines Bestehens den Staatscharakter absprechen würde. Jeder Staat hat aber um der von ihm vollbrachten Ordnungsfunktion willen grundsätzlich das Recht, sich durch Strafdrohungen gegen gewaltsame Angriffe auf seinen inneren und äußeren Bestand zu schützen. Bei einem Staat vom Typus des nationalsozialistischen ist die rechtlich entscheidende Frage daher nicht die, ob er sich überhaupt durch Strafdrohungen gegen Hoch- und Landesverrat schützen darf, sondern die, ob sich Widerstandsakte, die sich gegen das von diesem Staat gesetzte grobe Unrecht wenden und dabei die Hoch- und Landesverratsbestimmungen äußerlich verletzen, insoweit nicht durch ein höheres, den Strafdrohungen vorausliegendes Recht zum Widerstand gerechtfertigt sind und deswegen nicht Hoch- und Landesverrat sein können.

2.

Damit ist die entscheidende Frage gestellt, ob die Widerstandsakte der Militär-Opposition rechtswidrig oder rechtmäßig waren. Es ist nicht so, daß die willentliche und wissentliche Verwirklichung eines im Strafgesetz nach seinen allgemeinen Merkmalen beschriebenen Tatbestandes für sich allein genommen schon immer notwendig eine rechtswidrige schuldhaftige Straftat sein müßte. Ein solches Tun kann vielmehr durchaus — und das kommt nicht selten vor — durch besondere sogenannte Rechtfertigungsgründe gerechtfertigt und deswegen im Einklang mit der Rechtsordnung, rechtmäßig (und nicht etwa nur nicht strafbar) sein. Wenn ich etwa einen mich hart am Leben bedrohenden Angreifer niederschleie, weil mir kein anderes Mittel bleibt, mich seiner zu erwehren, so habe ich keinen Totschlag begangen, obwohl ich den äußeren Tatbestand des Totschlages verwirklicht habe, sondern ich habe in berechtigter Notwehr rechtmäßig gehandelt. Wenn ein Soldat im Kriege, und sei es aus dem Hinterhalt, einen Kriegsgegner tötet, so begeht er keinen Mord oder Totschlag, obwohl er vielleicht ihren äußeren Tatbestand verwirklicht; sein Handeln ist vielmehr als eine legale Kriegshandlung gerechtfertigt, also rechtmäßig. Die durchaus entscheidende Frage ist daher die, ob die Widerstandsakte der Militär-Opposition, obwohl sie äußerlich gemeines Recht brachen, durch ein höheres Recht, etwa durch das Recht der Notwehr oder Nothilfe oder durch ein in äußerster Lage gegen äußerstes staatliches Unrecht gegebenes besonderes Widerstandsrecht gerechtfertigt, rechtmäßig waren. Mit dieser Frage befaßt sich der Abschnitt II des Gutachtens.

3.

Aber selbst wenn jemand objektiv rechtswidrig einen strafbaren Tatbestand verwirklicht hat, liegt eine Straftat doch dann nicht vor, wenn ihm dieses tatbestandsmäßige, rechtswidrige Tun strafrechtlich nicht zum Vorwurf gemacht, zur Schuld angerechnet werden darf. Das ist nach der neuen Rechtsprechung dann nicht der Fall, wenn der Täter nicht das Bewußtsein hatte, rechtswidrig zu handeln, und wenn er dieses Bewußtsein trotz Anspannung seines Gewissens und seiner Erkenntniskräfte auch nicht zu haben brauchte. Nun haben die Männer der militärischen Widerstandsbewegung zweifellos das in harten Gewissenskämpfen errungene Bewußtsein gehabt, durch ein höheres Recht zu ihrem Vorgehen ermächtigt, ja dazu gefordert und gerufen zu sein. Die Frage, ob sie bei gehöriger Anspannung ihres Gewissens und ihrer Erkenntniskräfte dieses Bewußtsein haben durften, hängt aber eng zusammen mit der Frage, ob sie objektiv das Widerstandsrecht hatten. Deswegen ist die erste, die entscheidende Frage immer die, ob die Widerstandskämpfer in der Tat das Recht zum Widerstand hatten. Hatten sie das, dann tritt die Frage überhaupt nicht mehr auf, ob sie etwa deswegen nicht Hoch- oder Landesverrat begangen haben, weil sie an ihr Recht zum Widerstand glauben durften. Wenn sie dieses Recht nach der objektiven Rechtsordnung hatten, dann war ihr Tun schon um deswillen rechtmäßig.

II.

Die rechtliche Begründung und Abgrenzung des Widerstandsrechtes

Das Recht des Widerstandes gegen den das Recht brechenden staatlichen Gewalthaber war im abendländischen Rechtskreis so gut wie immer und überall anerkannt. Auch in der deutschen Rechtsentwicklung. In den Staaten des germanischen Rechtes, also in den ersten Anfängen der deutschen Rechtsgeschichte, im Lehensstaat und im Ständestaat, wurde das Widerstandsrecht in wechselnden Formen geübt und anerkannt. Es war nur zum Teil ein Ausfluß des gerade geschichtlich geltenden positiven Rechts. So war es insbesondere im Ständestaat, der keine oberste einheitliche Staatsgewalt im modernen Sinn kannte, in dem vielmehr die Staatsgewalt vertragsartig zwischen dem Fürsten und den Ständen aufgeteilt war. Wo über die rechtliche Begründung des Widerstandsrechtes nachgedacht wurde, wurde es immer darauf gegründet, daß es eine elementare Ordnung des Rechts gäbe, die auch den Herrscher binde, daß dieser seine Herrschermacht nur unter der Bedingung habe, daß er das Recht ochte und dem Wohle des Volkes diene, und daß der Widerstand gegen ihn erlaubt sei, wenn er dem entgegen handle. Im deutschen Rechtsgebiet erlosch erst im 17. Jahrhundert, nachdem sich der absolute Fürstenstaat durchgesetzt hatte, praktisch die Ausübung des Widerstandsrechtes. Theoretisch wurde es auch im deutschen Raum noch Jahrhunderte danach anerkannt. Erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verlor sich im Bereich des deutschen Rechts auch die theoretische Anerkennung des Widerstandsrechtes. Von da an kannte und anerkannte man es nicht mehr. Das hing mit zweierlei zusammen: einmal mit dem Aufkommen des Rechtspositivismus, für den nur noch das staatlich gesetzte Recht Recht war, und dann damit, daß in dem juristisch gesicherten, nach den Grundsätzen der formalen Demokratie aufgebauten Rechtsstaat des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts kein Raum und kein Anlaß für ein Widerstandsrecht mehr vorhanden zu sein schien. Als sich daher unter dem Nationalsozialismus der Einbruch des Bösen, des Unrechts und des Verbrechens in den staatlichen Raum vollzog, und zwar des vom Staate selbst veranlaßten und befohlenen Unrechts und Verbrechens, dem die ausgeklügelte Technik des Rechtsstaats und formale Demokratie nichts entgegenzusetzen hatte, stand das deutsche Volk, standen die deutschen Theologen und Juristen, Politiker und Offiziere zunächst ratlos und hilflos vor dieser Erscheinung. Mit den zuletzt überkommenen Wertvorstellungen „Gesetz ist Gesetz“ und „Befehl ist Befehl“ war ihr ersichtlich nicht beizukommen: die Befolgung dieser Grundsätze beschleunigte und unterstützte vielmehr den Sturz in den Abgrund der Rechtlosigkeit und des Verbrechens. Jetzt zeigte es sich, daß das Widerstandsrecht eine elementare Frage des Rechts ist, die man nur mit der Gefahr des eigenen Untergangs ausklammern und vernachlässigen kann. Im außerdeutschen westlichen Rechtskreis war dagegen das Widerstandsrecht über den Krisenpunkt des absolutistischen Staates hinweg in ständiger Anerkennung bis zur Gegenwart geblieben; ja es war dort unlösbar in das allgemeine Bewußtsein eingegangen.

Die Frage nach dem Widerstandsrecht ist eine andere als die Frage nach dem Recht der Revolution. Revolutionäre Gewaltakte sind rechtswidrig, wenn der Staat, gegen den sie sich richten, sich noch im Bereich der naturrechtlichen Ordnung hält, wenn also Revolution nur gemacht wird, um ein soziales Ideal gegenüber einem bestehenden zu verwirklichen, das sich jedoch noch im Rahmen der übergesetzlichen Ordnung hält. Das gilt mindestens dann, wenn die Staatsverfassung die Möglichkeit läßt, das revolutionär erstrebte Ziel auch rechtmäßig durch erlaubte Einwirkung auf die Willensbildung der Staatsbürger zu erreichen. Das Widerstandsrecht hat es mit etwas anderem zu tun, wenn es auch in Grenzfällen mit dem Recht zur Revolution verschmelzen kann. Es will zunächst nicht eine als besser angesehene soziale Ordnung gegenüber einer bestehenden verwirklichen, sondern es will gegen ein schweres, an die äußerste Grenze gehendes Unrecht ankämpfen, das von dem staatlichen Gewalthaber selbst ausgeht, sei es, indem dieser die Staatsgewalt rechtswidrig an sich reißt, sei es, indem er die unrechtmäßig oder rechtmäßig erlangte Staatsgewalt zu einem schweren Bruche des Rechts mißbraucht. Bei dem Widerstandsrecht handelt es sich um ein äußerstes letztes Mittel, das gegen äußerstes, sonst nicht zu bekämpfendes staatliches Unrecht eingesetzt wird. Deswegen ist es schwer, die Voraussetzungen, den Inhalt und die Grenze des Widerstandsrechtes von vorn-

herein allgemein gültig und berechenbar festzulegen. Im organisierten Rechtsstaat, der in sich selbst ein System rechtlicher Abhilfen gegen staatliches Unrecht enthält, tritt das Widerstandsrecht zurück. Im terroristischen Einparteienstaat des 20. Jahrhunderts, der in sich selbst keinerlei Rechtsschutz gegen das Übermaß des staatlich gesetzten Unrechts gewährleistet, tritt es in seiner ursprünglichen Schwere und Bedeutung hervor.

1.

Das Widerstandsrecht gegen den staatlichen Gewalthaber selbst, der schweres, das Volks- und Staatsganze bedrohendes und die Rechtsordnung in Frage stellendes Unrecht tut, bedarf einer besonderen, der Eigenart dieses Tatbestandes angepaßten rechtlichen Begründung. Die bloße entsprechende Anwendung verwandter Rechtsgedanken wie der Notwehr oder der Nothilfe auf diesen Sachverhalt reicht offenbar nicht aus. Zwar ist das Widerstandsrecht sicher mit dem Rechte der Notwehr und insbesondere mit dem Rechte der Nothilfe verwandt. Notwehr und Nothilfe sind elementare, jeder Rechtsordnung zugrundeliegende Rechtsgedanken, die sich in den entsprechenden Bestimmungen der staatlichen Strafgesetzbücher nur beispielhaft niedergeschlagen haben. Der § 53 Abs. 2 des deutschen Strafgesetzbuches erklärt als rechtmäßige Notwehr diejenige Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwehren. Hier handelt es sich um die auf das Strafrecht beschränkte Anwendung eines allgemeineren übergreifenden Rechtsgedankens. In einem weiteren Sinne liegt eine solche rechtmäßige „Nothilfe“ auch dann vor, wenn von den Staatsbürgern ihr eigener Staat, ihr eigenes Volk gegen schwere rechtswidrige Angriffe verteidigt werden, die der staatliche Gewalthaber selbst, indem er das Recht grob bricht, gegen diesen Staat und gegen dieses Volk richtet. Ein verwandter, ebenfalls einer allgemeineren Anwendung zugänglicher, wenn auch nicht im selben Maße grundlegender Rechtsgedanke findet sich in dem § 330 c StGB, der denjenigen für strafbar erklärt, der bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies (bei richtiger Betrachtungsweise) seine Pflicht wäre. Auch mit dieser allgemeinen Pflicht zur Hilfeleistung bei gemeiner Not ist das Widerstandsrecht bis zu einem gewissen Grade verwandt. Immerhin bedarf es über die bloße Heranziehung dieser rechtlichen Analogien hinaus einer besonderen eigenen Begründung.

Das Widerstandsrecht gegen den staatlichen Gewalthaber, der das Recht bricht, Verbrechen begeht und das Volk in das Unglück führt, gründet sich rechtlich auf folgendes. Kein staatlicher Gewalthaber, kein menschlicher Gesetzgeber ist rechtlich allmächtig. Es gibt vielmehr so etwas wie eine rechtliche Urordnung, die unabhängig von der menschlichen und staatlichen Rechtsetzung gilt und die auch den staatlichen Gewalthaber streng bindet.

Diese naturrechtliche Urordnung gebietet, den Rechtsgenossen als Menschen, als Person, als Geschöpf Gottes zu achten und seinen menschlichen Adel nicht anzutasten, der darin besteht, daß er sich aus eigener Verantwortung und deswegen notwendig frei zu dem Gesollten bestimmen kann. Deswegen ist der weite Kreis der menschlichen Grund- und Freiheitsrechte, deswegen sind Leben, Freiheit, Gewissen, Würde, Selbstbestimmung, Personhaftigkeit und Habe des Menschen für den staatlichen Gewalthaber schlechterdings unantastbar. Nur vorübergehend und ausnahmsweise, nur bei dringendem Notstand und nur in der Form eines allgemeinen Gesetzes darf er diese Rechte einschränken. — Wenn daher der staatliche Gewalthaber selbst planmäßig Leben, Freiheit und Eigentum der Rechtsgenossen bedroht und vernichtet, wenn er sie zur Sklavenarbeit zwingt, wenn er sie von der Bildung des Staatswillens ausschließt, wenn er Gewalt und Gesinnungszwang übt, wenn er eine Atmosphäre des Schreckens, der Furcht, der Drohung und der lügnerischen Hetze schafft, um seine Gewalt aufrechtzuerhalten, so handelt er zutiefst rechtswidrig.

Das übergesetzliche Recht gebietet ferner, diejenigen Ordnungen des menschlichen Zusammenlebens zu achten, die göttliche Schöpfung oder Stiftung sind, insbesondere die Kirche, die Familie, das Volkstum und die Heimat. Wenn daher der staatliche Gewalthaber die Freiheit der Kirche und ihrer Verkündigung antastet, wenn er die Kinder von den Eltern zu lösen strebt, wenn er die Ehe zum Gestüt erniedrigt, wenn er

Einzelne oder Gruppen wegen ihrer Rasse, ihres Volkstums oder ihres Glaubens satanisch der überlegten kalten Vernichtung preisgibt, wenn er fremdes Volkstum unterjocht oder ausrottet, wenn er die Menschen wie Vieh aus ihrer Heimat treibt, so handelt er zutiefst rechtswidrig.

Die übergesetzliche Ordnung gebietet weiter, daß der Staat für alle Rechtsgenossen Rechtsschutz und Rechtsfrieden gewährleistet. Das ist seine vornehmste und seine unabdingbarste Aufgabe. Auf ihrer Erfüllung beruht seine Vollmacht und sein Anspruch auf Gehorsam. — Wenn daher der staatliche Gewalthaber selbst die Rechtsordnung bricht, wenn er die Rechtsgenossen oder Teile von ihnen rechtlos stellt, wenn er selbst fortgesetzt schwerste Verbrechen und Greuel gegen Einzelne oder Gruppen begeht oder veranlaßt, wenn er die Gerichte knebelt, wenn er das ganze Volk unter die immerwährende Drohung seiner Konzentrationslager und ihrer Untaten stellt, wenn er es schutzlos und rechtlos dem Willkürzugriff seiner verbrecherischen geheimen Polizei preisgibt, um Schrecken, Furcht und zersetzendes Mißtrauen aller gegen alle zu verbreiten und so seine Herrschaft aufrechtzuerhalten, so handelt er zutiefst rechtswidrig.

Der Staat muß, wie auch immer er geschichtlich entstanden sein mag, im Rechtssinne gedacht werden als der freie Zusammenschluß der sittlich freien und selbstverantwortlichen Bürger, die ihn bilden. Das ist durchaus mit der christlichen Lehre vereinbar, daß der Staat als göttliche Stiftung seinem schöpfungsmäßigen Sinne nach eine wohlthätige Ordnungsmacht ist, die deswegen Achtung und Gehorsam fordern darf. Denn: Einmal wird der Staat nur durch Menschen gebildet und gehandhabt; er fällt nicht als ein fertiges Gebilde aus Himmelshöhen. Und dann unterliegt der Staat wegen der starken Machtzusammenballung, die in der Hand seiner Träger liegt oder doch liegen kann, in ganz besonderem Maße der Gefahr der Entartung in das Nichtseinsollende, in das Böse, ja in das Teuflische. Ist er so entartet, dann ruht die göttliche Sanktion, die ihn sonst trägt und rechtfertigt, nicht mehr auf ihm; dann gewinnt das Widerstandsrecht der Staatsbürger gegen ihn Raum.

Der Inhaber der Staatsgewalt leitet im Rechtssinne seine Gewalt davon her, daß die freien Staatsbürger sie ihm übertragen haben. Sie wird aber nicht bindingslos übertragen. Volk und Träger der Staatsgewalt unterstehen nach wie vor der übergesetzlichen Ordnung. Auch der Übertragungsakt selbst untersteht dieser Ordnung. Die Übertragung der Staatsgewalt geschieht daher nur unter der unaufhebbaren Bedingung, daß der oder die Träger der Staatsgewalt sich innerhalb der übergesetzlichen Ordnung halten, die gesetzliche Ordnung schützen und achten und ihre Gewalt in strenger Verantwortung vor Gott und den Menschen zum Wohl des Volkes und im Rahmen des Rechts ausüben werden. Selbst wenn das Staatsvolk seine staatsbildende und rechtsetzende Gewalt einem Einzelnen sklavenhaft in vollem Umfang und zu seiner völlig freien und bindingslosen willkürlichen Verfügung übertragen wollte und das ausspräche, so könnte es das gültig nicht tun. Ein solcher Akt der völligen Selbstaufgabe freier, aber sittlich gebundener Menschen verstieße zutiefst gegen die übergesetzliche Ordnung; er wäre rechtlich nichtig. Gerade weil die Staatsbürger als selbständige Freie unter das Gebot der göttlichen Ordnung auch im Raum des Staatlichen gestellt sind, kann ihnen niemand die Verantwortung dafür abnehmen oder rauben, können sie sich selbst der Verantwortung dafür niemals entziehen, daß im Bereich ihres staatlichen Zusammenschlusses das Recht gewahrt, die übergesetzliche Ordnung geachtet und nur in strenger Verantwortung vor dem Recht zum Wohle des Volkes gehandelt wird.

Wenn sich daher der Träger der Staatsgewalt über diese strenge und unaufhebbare Grenze seiner Macht und Vollmacht frevelhaft hinwegsetzt, wenn er zum Tyrannen wird, wenn er sich staatsstreichartig der gesamten und uneingeschränkten Gewalt über Menschen und Dinge bemächtigt, wenn er mit den Mitteln des Schreckens, der Lüge und einer sklavenhalterähnlichen Staatsorganisation eine Zwingherrschaft über das eigene Volk errichtet, wenn er die Rechtsordnung außer Geltung setzt, indem er sie seiner persönlichen Willkür unterstellt, wenn er Greuel über Greuel, Untaten über Untaten gegen Teile des Staatsvolkes begeht oder veranlaßt, wenn er, er als einzelner, aus eigenem angemaßtem Recht den Angriffskrieg und den Eroberungskrieg vom Zaun bricht, wenn er frevelnd und spielerhaft in der Haltung des Glücksritters den Weltkrieg herausfordert und entzündet, der auf die Dauer sein eigenes Volk vernichten muß, wenn er in diesem Krieg maßlose Greuel gegen die anderen

Völker begehen läßt, die den Namen des eigenen Volkes mit Schmach und Schande bedecken, wenn er den Krieg bis zum Weißbluten fortsetzt, wenn er ihn fortsetzt, nachdem er schon längst verloren ist, wenn er der ungeheueren sinnlosen und nutzlosen Opfer nicht achtet, die der so fortgesetzte Krieg dem eigenen Volk und den anderen Völkern auferlegt, wenn er das eigene Volk bewußt in seinen persönlichen Untergang hineinzureißen strebt, wenn er es als Schlacke auf seinem eigenen infernalischen Scheiterhaufen verbrennen lassen will, dann, wahrlich, hat er jedes Recht auf Gehorsam und Unterordnung tausendfach verwirkt; dann tritt die eigene Verantwortung des Staatsvolkes für die geschändete Rechtsordnung unbezwingbar hervor, dann ist Widerstand erlaubt und gefordert, leidender und tätiger und, wenn es sein muß, gewaltsamer Widerstand. Dann ist, wenn kein anderes Mittel mehr offensteht, auch die Tötung des Tyrannen erlaubt. Hier hat sie, wenn irgendwo, nicht den rechtlichen Charakter des Mordes, sondern den Charakter der rechtmäßigen Hinrichtung eines Frevlers.

Gewiß drückt sich metaphysisch die Gefallenheit der Schöpfung und die unentrinnbare menschliche Schuldverstrickung darin aus, daß auch dieser Kampf um das Recht nicht ohne Bruch des gemeinen Rechts geführt werden kann. Rechtlich ist aber derjenige gerechtfertigt, der, um das höhere alles umfassende Recht wiederherzustellen, niedereres Recht im Einzelfall brechen muß. Wer echtes Widerstandsrecht übt, handelt auch dort rechtmäßig, wo er gemeines Recht brechen muß.

Das Unrecht, das die nationalsozialistische Staatsführung beging, ist im übrigen von solcher Art, daß es die rein rechtliche Betrachtung sprengt. Es handelt sich hier greifbar um einen Einbruch des Satanischen in den Raum des Staatlichen. Deswegen war jedermann zum äußeren Widerstand berufen und aufgerufen. Doch soll diese Seite der Sache hier nicht weiter verfolgt werden.

2.

Wer sind nun die Träger solchen Widerstandsrechtes? Da alle Staatsbürger kraft ihrer sittlichen Freiheit die Verantwortung dafür tragen, daß in ihrem Staat das Recht gewahrt und dem Unrecht und Verbrechen gesteuert werde, und da sie alle berufen sind, an der Bildung des Staatswillens mitzuwirken, sind sie grundsätzlich alle zum Widerstand berechtigt.

Das hat man in der Geschichte nicht immer anerkannt. So hat man beispielsweise das Widerstandsrecht im Ständestaat meist nur den Ständen, im mittelalterlichen englischen Königtum zeitweilig nur einem besonderen Rat der Barone zugestanden. Man hat es also nur gewissen Organen oder Amtsträgern zugesprochen, die das Volk, wie sonst überall, auch in der Ausübung seines Widerstandsrechts vertreten sollten. Das sind geschichtliche Besonderheiten, die nur möglich sind, wo wirklich solche machtvollen, funktionsfähigen, von allen anerkannten Vertretungskörperschaften des Volkes bestehen und wo sie, wie beispielsweise im Ständestaat oder im mittelalterlichen englischen Königtum, ihr Widerstandsrecht praktisch durchzusetzen vermögen. Aber auch sie handelten nicht aus eigenem Recht, sondern aus dem von ihnen wahrgenommenen Rechte des Volkes.

Gegenüber dem durchorganisierten Gewalt- und Schreckensregiment des Nationalsozialismus, das jede freie Regung maschinenmäßig erdrückte und dessen Zwingherrschaft lückenlos schloß, kann eine Beschränkung des Widerstandsrechtes auf „Amtsträger“, auf Vertretungskörperschaften des Volkes nicht anerkannt und nicht durchgeführt werden. Es gab ja gar keine solchen Amtsträger, die das Widerstandsrecht des Volkes kraft Vollmacht ihres Amtes hätten ausüben können. Es gab nur die Organe der Zwingherrschaft selbst, die Partei, die SS, die Geheime Staatspolizei usw., die dem Zwingherrn in sklavischem Gehorsam unterworfen und die jederzeit bereit waren, seine verbrecherische Politik zu vollstrecken. Insbesondere gab es keine gegenüber dem Zwingherrn selbständigen politischen Vertretungskörperschaften des Volkes, denen bei einem anderen Staatsaufbau naturgemäß zunächst die Wahrnehmung des Widerstandsrechtes des Volkes obliegen würde. Das Beamtentum und das Offizierkorps waren zersetzt, ohnmächtig, zu jeder einheitlichen Aktion unfähig. Die Partei befahl in der Tat dem Staat. Wo Offiziere oder Beamte Widerstand leisteten, taten sie es wahrlich nicht kraft ihres Amtes und

konnten es gar nicht tun, da sie im Amt überall von Verrat umlauert waren, sondern sie taten es als kühne, von ihrem Gewissen getriebene Einzelne, sie taten es als die Edelsten der Nation, die nur kraft ihres persönlichen Mutes und ihres persönlichen Opfers, nicht kraft einer äußeren Amtsstellung das Widerstandsrecht des Volkes ausübten. Es ist durchaus bezeichnend, daß die Männer der militärischen Widerstandsbewegung in dem Zeitpunkt, in dem sie vorwiegend Widerstand leisteten, meist gar nicht mehr im Amte waren. Gerade weil im modernen Terrorstaat vom Typ des nationalsozialistischen der Widerstand gegen das Regime so ungeheuer erschwert und fast aussichtslos ist wie noch niemals zuvor in der Geschichte, gerade deswegen muß man hier jedem Einzelnen, dem das Widerstandsrecht kraft seiner sittlichen Verantwortung für Staat und Volk und kraft seines Rechts, an der staatlichen Willensbildung mitzuwirken, zukommt, auch die Ausübung dieses Rechts zuerkennen und darf ihn nicht durch fiktive Amtsträger mediatisieren lassen.

So liegt es, wenn man unter „Amtsträgern“ nur Personen versteht, die ein herausgehobenes Amt in der staatlichen Hierarchie innehaben. Sollte dagegen mit der Behauptung, nur Amtsträgern komme das Widerstandsrecht zu, gemeint sein, die Ausübung des grundsätzlich jedem zustehenden Widerstandsrechtes sei an gewisse Voraussetzungen gebunden, in diesem Sinne müsse man zum Widerstand „berufen“ sein, so trifft die Behauptung zu.

3.

In der Tat darf nicht jeder auf jede Weise blindlings, ungeordnet, in jeder Form und nach seinem bloßen Belieben Widerstand leisten. Die Ausübung des Widerstandsrechtes ist vielmehr der Natur der Sache nach an gewisse Voraussetzungen gebunden, die allerdings wechseln können und wechseln je nach der geschichtlichen Lage und vor allem je nach der Tragweite des Widerstandes für das Volksganze und je nach dem Maße, in dem der Widerstand Leistende zur Erreichung seines übergeordneten Zieles selbst entgegenstehendes gemeines Recht brechen muß.

Es gilt bei der Ausübung des Widerstandsrechtes wie überall sonst im Recht zunächst der Grundsatz der Güterabwägung. Wenn ich bei dem Unternehmen, das verbrecherische Regime zu stürzen und die wahre Rechtsordnung wieder heraufzuführen, die Wahl habe zwischen einem Mittel, das das gemeine Recht in geringerem Grade verletzt, und einem Mittel, das es im höheren Grade verletzt, und wenn das erste Mittel ebenfalls zum Ziele zu führen verspricht, dann darf ich nur das erste Mittel anwenden; dann wäre der Gebrauch des zweiten Mittels rechtswidrig. Wenn ich etwa den Tyrannen schon dadurch ausschalten kann, daß ich ihn gefangensetze, so darf ich ihn nicht töten. Wenn ich während eines Krieges den um höherer Zwecke willen notwendigen Umsturz durchführen kann, ohne die allgemeine Wehrkraft wesentlich zu gefährden, dann darf ich ihn nicht auf eine Weise durchführen, die die Wehrkraft vermeidbar schädigt. Im einzelnen Fall handelt es sich hier um Tatfragen; von allgemeiner rechtlicher Bedeutung ist nur der Grundsatz der Güterabwägung selbst.

Weiter muß ich, um von Rechts wegen Widerstand leisten zu dürfen, ein klares und sicheres Urteil darüber haben und mir zutrauen dürfen, daß und warum die Staatsführung, gegen die ich angehe, so sehr gegen Recht und Pflicht verstößt, daß der gewaltsame Widerstand dagegen erforderlich und unerläßlich ist, sowie ein Urteil darüber, in welchem Grade der Widerstand notwendig ist. Ich darf nicht blindlings, gefühlstrunken, ohne klare Kenntnis und Erkenntnis der Lage und ohne auf das ernsteste um den schweren Entschluß zum Widerstand gerungen zu haben, Widerstand leisten. Dies alles gilt wiederum in je höherem Grade, je weitgehender, folgenreicher und verantwortungsvoller der Widerstandsakt ist, den ich vorhabe, und je mehr er die Brechung gemeinen Rechts fordert. Wenn ich etwa meinen Widerstand darauf gründe, daß die Staatsführung einen verbrecherischen Angriffskrieg führt, der auf die Dauer zur Vernichtung des eigenen Volkes führen muß, so darf ich Widerstand nur leisten, wenn ich das wirklich beurteilen kann und meiner Sache sicher sein darf.

Ich darf weiter im allgemeinen Widerstand nur leisten, wenn ich einigermaßen die begründete Hoffnung haben darf, daß mein Widerstand die Sache zum Besseren wenden wird. Aliqua spes eventus wurde von der

Widerstandslehre immer gefordert. Der tiefere Grund dafür liegt im Folgenden. Der gewaltsame Widerstand gegen den staatlichen Gewalthaber wird durch die bloße Betrachtung: „hie Recht, hie Unrecht“ nicht erschöpft. Er ist vielmehr immer zugleich auch ein Eingriff in den geschichtlichen Ablauf, ein Griff in das Rad der Geschichte. Deswegen untersteht er auch dem Gebot der geschichtlichen Verantwortung. Auch das gilt wiederum in umso höherem Grade, je folgenreicher und schwerwiegender der Widerstandsakt sich auf das Volksganze auswirken kann und in je stärkerem Maße er gemeines Recht brechen muß. Widerstandsakte wie die der Geschwister Scholl, die nur auf die Weckung der Gewissen und auf die Sammlung von Gesinnungsfreunden abzielten, die andere nicht zu opfern brauchten, und die nur die von dem Regime ohne inneres Recht in Anspruch genommenen Hochverratsbestimmungen äußerlich verletzten, fordern beispielsweise, um rechtmäßig zu sein, in beiden Richtungen weit weniger als der Widerstandsakt des 20. Juli, der das Schicksal des Ganzen zu wenden und ungeheure Wirkungen auszulösen strebte und der dabei um seiner höheren Ziele willen vor einer starken, äußeren Verletzung des gemeinen Rechts, der Tötung des Tyrannen, nicht zurückschreckte. Die ersten hatten ihren Widerstand rechtfertigenden Erfolg schon, wenn überhaupt Gewissen geweckt wurden; der zweite mußte in verzweifelter Lage die Möglichkeit der Wendung zum Besseren für das allgemeine Schicksal in sich bergen.

Besonders gesteigert wird die Verantwortung, wenn sich der Widerstandsakt im Kriege vollzieht und wenn der gewaltsame Umsturz das Schicksal des Volksganzen, auch seiner kommenden Geschlechter, aufs Spiel setzen kann. Das gilt selbst dann, wenn derjenige, gegen den sich der Widerstand richtet, den Krieg selbst rechtswidrig heraufgeführt und das Schicksal des Volkes selbst frevelhaft aufs Spiel gesetzt hatte. Das bedeutet aber nicht, daß man im Kriege um des Krieges willen niemals Widerstand leisten dürfe. Hier kommt es wieder auf die Güterabwägung an. Die Beseitigung eines verruchten Regimes kann das frühere Hinnehmen der ohnehin unvermeidbaren äußeren Niederlage an rechtlichem Wert weit überwiegen, besonders wenn dadurch unerhörte und nutzlose Opfer auf allen Seiten erspart werden können.

In äußersten Ausnahmefällen kann der Widerstand allerdings auch dann rechtmäßig sein, wenn die Hoffnung auf äußeren Erfolg unsicher, ja gering ist. In äußerster Lage kann das bloße Aufrichten eines Fanals, eines weithin leuchtenden Zeichens dafür den Widerstand rechtfertigen, daß sich überhaupt noch Kräfte des Guten, des Mutes und der Selbstaufopferung gegen die Herrschaft des Bösen zu erheben wagten, und so die Ehre des eigenen Volkes retteten. Das kann in solcher äußerster Lage Erfolg genug sein. Auch ein solcher Erfolg vermag geschichtlich ins Weite zu wirken.

Werden alle diese Gesichtspunkte beachtet, so läßt sich im Einzelfall mit ausreichender rechtlicher Sicherheit auch dann angeben, wann Widerstand gerechtfertigt ist und wann nicht, wenn man anerkennt, daß das Widerstandsrecht allen Staatsbürgern zusteht. Daß die Abgrenzung trotzdem schwierig bleibt und viele und schwere Grenzfragen aufwirft, liegt in der Natur der Sache und ist unvermeidbar, weil es sich hier um ein äußerstes, rechtlich im voraus nicht völlig zu normierendes Mittel gegen äußerstes Unrecht handelt.

So können beispielsweise Desertionen oder Gehorsamsverweigerungen einzelner Heeresangehöriger, die im Kriege mit der Begründung vorgenommen werden, es handle sich um einen ungerechten Krieg oder um einen notwendig zum eigenen Untergang führenden Krieg, in der Regel nicht als rechtmäßige Widerstandsakte anerkannt werden. Oft wird es schon an der sicheren, sich auf gewisse und ausreichende Unterlagen stützenden und unter ernststen Gewissensqualen errungenen Erkenntnis fehlen, daß es wirklich ein klar ungerechter oder ein klar zum eigenen Untergang führender Krieg sei. Vor allem aber kann die einzelne Desertion oder der einzelne militärische Ungehorsam in aller Regel gar nicht den Erfolg haben, das Schicksal des Ganzen zu wenden. Widerstand ist, da er immer zugleich ein verantwortungsbeladener Eingriff in den geschichtlichen Ablauf ist, nur gerechtfertigt, wenn er das Schicksal des Ganzen, nicht wenn er das Schicksal des Einzelnen wenden soll und das voraussichtlich auch zu tun vermag. Gerade deswegen stellt sich der Gewissenskonflikt und der Pflichtenkonflikt zwischen dem soldatischen Gehorsam und der Pflicht zur Unterstützung des eigenen, in einen

Existenzkampf verstrickten Volkes einerseits und dem gewissenmäßigen Ruf zum Widerstand andererseits anders für den auf sich gestellten einzelnen Heeresangehörigen und anders für eine Gruppe, die durch überlegtes, geplantes, opferreiches und aussichtsvolles Widerstehen u. U. das Schicksal des Ganzen zu wenden vermag. Das bloße Auseinanderlaufen einzelner Wehrmachtsangehöriger würde die verbrecherische Staatsführung gewiß nicht beseitigen, also die Niederlage herbeiführen, ohne das Ziel des echten Widerstandes zu erreichen. Das wäre kein rechtmäßiger Widerstand.

Die Frage nach der Verweigerung des Waffendienstes aus Gewissensgründen liegt rechtlich auf einer anderen Ebene und wird in diesem Gutachten nicht erörtert.

III.

Waren die Widerstandsakte der Militäropposition durch ein Recht zum Widerstand gerechtfertigt?

Diese Frage ist für den Großteil der Widerstandsakte der Militäropposition im ersten Zeitraume des Widerstandes (bis Mitte 1940), übrigens auch für die noch weit schwereren Widerstandsakte im zweiten Zeitraume des Widerstandes (bis zum 20. 7. 1944) ohne weiteres zu bejahen. Das ergibt sich unmittelbar aus den Darlegungen des Abschnitts II des Gutachtens.

Die gehäuften und systematischen ungeheuerlichen Rechtsbrüche und Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, die bis zur praktischen Außerkraftsetzung der Rechtsordnung gingen, die mit den Mitteln des Terrors über das eigene Volk aufgerichtete Zwingherrschaft, die Vorbereitung und Führung eines verbrecherischen Angriffskrieges, der auf die Dauer überdies das eigene Volk in den Untergang reißen mußte, gaben das Recht zu dem Versuche, dieses Regime gewaltsam aus der Macht zu setzen und dabei auch mit den Kriegsgegnern zu dem Zweck in Verbindung zu treten, daß sie der Befreiung Deutschlands von diesem Regime nicht in den Weg traten und daß sie sich dann auf einen frühen Ausgleichsfrieden einließen. Insbesondere waren auch alle Versuche gerechtfertigt, den drohenden ungerechten und verhängnisvollen Krieg durch rechtzeitige Einwirkung auf das Ausland überhaupt nicht ausbrechen zu lassen.

Die militärische Widerstandsgruppe, mit der es dieses Gutachten zu tun hat, war auch durchaus in der Lage, die ganzen Verhältnisse und insbesondere die Art und den voraussichtlichen Ausgang des (erst geplanten und dann geführten) Krieges richtig zu erkennen und zu beurteilen. Ja sie war dazu kraft ihrer besonderen Sachkenntnis in ganz besonderem Maße befähigt. Ihre Einschätzung der Lage hat sich durch die spätere tragische geschichtliche Entwicklung in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise als richtig erwiesen.

Diese Gruppe konnte kraft ihrer Zusammensetzung auch mit demjenigen Grad von Wahrscheinlichkeit auf einen dem Volksganzen förderlichen Erfolg ihres Unternehmens hoffen, der in solchen äußersten Lagen allein gefordert werden kann. Sie setzte dort an, wo das Regime überhaupt noch einigermaßen verwundbar war, wenn sie über die oberste Führung der Wehrmacht den Staatsstreich durchzuführen suchte. Der Versuch konnte gelingen. Die Gruppe umfaßte auch genug Männer, die in der Führung des Staates und des Heeres erfahren und dazu lauterem Herzens und in der Lage waren, das geschändete Recht wiederherzustellen. Sie durfte hoffen, nach dem Staatsstreich die Lage in der Hand zu behalten und alles zum Besseren zu wenden.

Sie konnte zwar in den späten Zeiten des Widerstandes nicht mehr damit rechnen, die kriegerische Niederlage von Deutschland abzuwenden. Das hätte damals niemand mehr gekonnt. Sie durfte aber die Hoffnung hegen, Deutschland (und übrigens auch den anderen Völkern) wenigstens ungeheure nutzlose Opfer zu ersparen und auch einen früheren Frieden herbeizuführen, bei dem die deutschen Aussichten mindestens günstiger sein konnten als nach der endgültigen, ungeheuer opferreichen, völligen, kriegerischen Niederwerfung des Hitlerstaates. Sie durfte insbesondere erwarten, daß sie im innerdeutschen Bereich die Herrschaft des Rechtes wieder aufrichten könne.

Die Mittel, die die Gruppe anwandte, waren unter dem Gesichtspunkt der Güterabwägung angemessen. Sie konnte angesichts der Schwierigkeit ihrer Aufgabe und angesichts der ungeheueren Härte und Brutalität des

Regimes keine milderen Mittel anwenden, ohne die Aussicht auf Erfolg schwinden zu sehen. Insbesondere bestand Mitte 1944 praktisch keine Möglichkeit mehr, Deutschland auf andere Weise als durch die Tötung Hitlers wenigstens vor dem Äußersten zu bewahren. Das Unternehmen konnte auch gar nicht anders durchgeführt werden, als daß zu seiner Sicherung und zur Rettung Deutschlands vor und nach Kriegsausbruch mit dem Auslande Verbindung gesucht wurde.

Einer gesonderten Betrachtung bedarf aber jener Widerstandsakt, den ein Mitglied der Militäropposition in den ersten Monaten des Jahres 1940 dadurch beging, daß es den Kriegsgegner über die gegen Belgien und Holland geplanten Kriegsmaßnahmen und über die in Aussicht genommenen Angriffstermine unterrichtete. Der Betreffende tat dies, weil er der Meinung war, das Hitler-Regime müsse um des Rechtes und um Deutschlands willen auf jeden Fall beseitigt werden; der von ihm begonnene ungerechte Krieg müsse sich zum Weltkriege ausweiten und dann Deutschland erst millionenfache Verluste und schließlich den Untergang bringen. Er wollte durch sein Vorgehen ersichtlich dazu beitragen, die militärische Entscheidung in der Schwebe zu halten, um so den inneren Umsturz und einen frühen Ausgleichsfrieden eher möglich zu machen. Der Konzeption kann eine äußerste Folgerichtigkeit und Geschlossenheit nicht abgesprochen werden. Von der äußerst weitgehenden, folgen- und opferreichen Maßnahme, die hier ein Einzelner ergriff, konnte erwartet werden, sie werde dazu beitragen, die Beschränkung des Krieges auf den Westen zu erzwingen. Bei der ungemeinen Härte des hier aufgebrochenen und durchgestandenen, mehr als tragischen Pflichtenwiderstreites und bei der ungemein objektiven Schwere der Entscheidung wird man jedoch nicht wagen dürfen, dem Handelnden abzusprechen, daß er auch hier noch an sein Recht zum Widerstand glauben durfte.

Eine weitere Zweifelsfrage, die allerdings nicht mehr in den von diesem Gutachten unmittelbar angesprochenen Zeitraum fällt, sei zum Schlusse ebenfalls noch berührt. Es ist die Frage, wie sich der Umstand rechtlich auswirkt, daß bei den geplanten und den durchgeführten Anschlägen auf das Leben Hitlers u. U. auch Unbeteiligte und Unschuldige, etwa Ordonnanzen oder Flugzeugführer oder am politischen Geschehen unbeteiligte Offiziere, geopfert werden mußten. Machte das den Widerstandsakt etwa ganz oder doch teilweise rechtswidrig? Hier wird man unterscheiden müssen: So weit sich die Anschläge unmittelbar gegen Hitler, Himmler, oder ähnlich zu beurteilende Personen richteten, waren sie auch unter solchen Umständen zweifellos durch das Widerstandsrecht gedeckt. Die Täter handelten hier im übergesetzlichen Notstand und deswegen rechtmäßig. Das heißt: sie befanden sich in der überaus tragischen Konfliktslage, daß das rechtlich übergeordnete Ziel — die Befreiung des Volkes, des Staates, ja der Welt von ihren Verderbern — auf keine andere Weise als durch die gleichzeitige Opferung Unschuldiger erreicht werden konnte. Insoweit muß das im übergesetzlichen Notstand ausgeübte Widerstandsrecht durchgreifen. Die Frage ist jedoch die, ob es in einer solchen Lage die Tat auch noch insoweit zu rechtfertigen vermag, als sie sich nicht gegen die Schuldigen sondern notgedrungen auch gegen die Unschuldigen richtete. Das ist eine überaus schwere Frage, die die Grenzen des menschlichen Rechtes aufzeigt. Wie auch immer man sie beantworten mag; ja selbst dann, wenn man sie dahin beantwortet, rechtlich könne die Tat nicht aufgespalten werden, sie werde vielmehr einheitlich durch das im übergesetzlichen Notstand ausgeübte Widerstandsrecht gerechtfertigt, so ist doch klar: Diesen Widerstreit vermag überzeugend nicht mehr das Recht, sondern nur noch die Gnade, die menschliche und die göttliche zu lösen.

Karlsruhe, den 10. September 1953

PATER MAX PRIBILLA S. J.

Der Eid nach der Lehre der Katholischen Moraltheologie

Ich bin gebeten worden, über den Eid nach der Lehre der katholischen Moraltheologie zu sprechen. Die Eidfrage spielt ja auch beim 20. Juli eine große Rolle, und daher ist es wichtig, die Prinzipien, die hier in Anwendung kommen, klar zu erkennen. Einleitend möchte ich bemerken, daß diese Frage schon in den Gutachten behandelt wird, die im Remerprozeß von dem katholischen Moraltheologen Rupert Angermair (Freising) und den beiden evangelischen Theologieprofessoren Iwand und Wolf erstattet wurden. (Sie finden sich abgedruckt in der Sondernummer der Wochenschrift „Das Parlament“ vom 20. Juli 1952; eine Neubearbeitung erschien 1953 im Verlag Giradet, Hamburg.)

Die allgemeinen Grundsätze, die nach katholischer Lehre für den Eid gelten, sind in dem Kirchlichen Gesetzbuch, dem Codex Juris Canonici, in den Canones 1316 bis 1321 kurz zusammengefaßt. Darin ist gesagt, was der Eid ist, wie er bindet und wie er gelöst werden kann. Die darin entwickelten Grundsätze sind nicht etwas spezifisch Katholisches, sondern gelten der Sache nach für alle Menschen, die überhaupt ein Recht und Gewissen anerkennen. Ich berücksichtige besonders jene Bestimmungen, die im Hinblick auf den 20. Juli von Bedeutung sind. Der Eid, von dem die Moraltheologie spricht, ist die Anrufung Gottes als Zeugen der Wahrheit. Ein solcher Eid kann und darf — Anspielung auf Jeremias

4, 2 — nur geleistet werden: „in veritate, in iudicio et in iustitia“, d. h. der Eid muß, da er im Angesichte Gottes geleistet wird, der Wahrheit und der Gerechtigkeit entsprechen und darf nur nach reiflicher Überlegung abgelegt werden. Voraussetzung für die Gültigkeit eines Eides ist einerseits eine innere Gesinnung, den Eid leisten zu wollen, andererseits eine äußere Kundgebung, die den Eid offenkundig macht.

Gott kann im Eid angerufen werden als Zeuge für die Wahrheit einer Aussage oder für die Aufrichtigkeit eines Versprechens. Danach unterscheidet man den Aussage-Eid und den Versprechungs-Eid. Da der Fahneid ein Versprechungs-Eid ist, kommt nur dieser hier in Frage.

Zu beachten ist, daß der Versprechungs-Eid die beschworene Verpflichtung weder begründet noch erweitert, sondern feierlich in religiöser Form bekräftigt. Der Inhalt der durch den Eid übernommenen Verpflichtung ist also auszulegen nach seinem Wortlaut und im Rahmen des für den Menschen allgemein geltenden Sittengesetzes; der Eid löscht weder die Rechte der menschlichen Persönlichkeit aus noch entbindet er den Menschen von der Verpflichtung gegenüber seinem Gewissen. Auch wenn der Soldat etwa — wie im Hitlereid — einen „unbedingten“ Gehorsam gelobt oder einen „körperlichen“ Eid schwört, so kann das vernünftigerweise nicht bedeuten, daß er nun dem Befehlenden rückhaltlos verfallen

sei. Einen im strengen Sinne unbedingten Gehorsam gegenüber einem Menschen — wer immer er sei — kann und darf es nicht geben. Es gibt unaufhebbar eine Grenze, weil man Gott mehr gehorchen muß als Menschen (Apg. 5, 29)*). Das Versprechen eines unbedingten Gehorsams kann also für den Soldaten sinngemäß nur bedeuten, daß er bereit sein wolle, auch mit äußerster Anstrengung, ohne Rücksicht auf Gefahren für Leib und Leben, die Befehle auszuführen. Aber die bloße Vorstellung, daß der Soldat vor Gott schwören will, auch einen verbrecherischen Befehl auszuführen, ist für jeden, der einen Sinn für die religiöse Bedeutung des Eides hat, völlig ausgeschlossen. Daher bemerkt dann auch das Kirchliche Gesetzbuch, daß der Eid hinfällig wird, wenn seine Erfüllung zur Begehung eines Unrechts führt oder sich zum Verderben des Gemeinwohls auswirkt.

Im Anschluß hieran möge die Frage eingeschoben werden, warum auch Diktatoren, die persönlich nicht an Gott glauben und sich um dessen Gebote nicht kümmern, trotzdem von ihren Soldaten einen „heiligen“ Eid vor Gott fordern oder entgegennehmen. Sie erinnern sich aus der Darstellung bei Foertsch („Schuld und Verhängnis“), daß, als General v. Reichenau den Eid auf Hitler diktierte, der Adjutant — es war Foertsch selbst — stockte und sagte: „Ja, Gott, heiliger Eid und Nationalsozialismus — das verträgt sich doch nicht!“.

Da hat v. Reichenau gesagt:

„Ein Eid ohn Gott ist kein Eid“ und hat den Eid in der uns bekannten Form diktiert.

Warum das? Warum hat Hitler so oft auf die Heiligkeit und Unverbrüchlichkeit des Eides hingewiesen und dadurch Soldaten wie Offiziere an seine Person gebunden? Der Eid soll den Menschen bis in die Tiefe seines Gewissens ergreifen und ihn auch dort binden, wo er nicht mehr durch Menschen kontrolliert werden kann oder irgendeine menschliche Strafe zu fürchten hat. Der Gewissenlose will den Gewissenhaften ganz in seine Gewalt bekommen, nicht nur sein äußeres Handeln, sondern auch seine innere Gesinnung. Rousseau, der sich etwas aufs Revoltieren verstand, bemerkt in seinem „Contrat social“ (I 3):

„Der Mächtige ist niemals mächtig genug, um immer Herr zu sein, wenn es ihm nicht gelingt, seine Macht Recht und den Gehorsam in Pflicht zu verwandeln.“

Die treibende Kraft in ihm ist Furcht und Mißtrauen, weil auch der größte Terror nicht als genügende Stütze empfunden wird. Dazu kommt, daß manche im Volk bestehende Unklarheit über die Tragweite des Eides dem gewissenlosen Machthaber den Mißbrauch des ihm geleisteten Eides ermöglicht. Um so notwendiger ist, daß über Wesen und Grenzen auch des Soldateneides völlige Klarheit herrscht oder geschaffen wird.

Eine solche Klarheit wird am sicherten gewonnen, wenn man die Grenzfälle untersucht. Ein Grenzfall liegt vor, wenn der, der den Eid leisten soll oder ihn schon geleistet hat, in Konflikt zwischen Befehl und Gewissen gerät. Das kann schon vor Ableistung des Eides geschehen, wenn sich nämlich Zweifel über die Erlaubtheit des Eides oder über Teile seines Inhaltes erheben. In solchem Fall kann der Konflikt oft dadurch vermieden werden, daß vor Ablegung des Eides ein Vorbehalt oder eine Rechtsverwahrung erklärt wird. Aber auch dann, wenn ein solcher Vorbehalt nicht möglich ist oder zurückgewiesen wird, kann oft die Klausel „salva conscientia“ als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Dringender ist der Fall, wenn der durch den Eid Verpflichtete vor einem offenbar ungerechten und unerlaubten Befehl steht. Dann gilt die allgemeine Regel, die schon genannt wurde, daß die Nichtbefolgung eines

* Petrus und die anderen Apostel erwiderten: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“.

solchen Befehls Pflicht ist, was auch immer die Folgen sein mögen. Das ist der sogenannte *passive* Widerstand, über den es zumal unter Christen keine Meinungsverschiedenheit geben kann. Es kann aber auch der Fall eintreten, und der ist im „Dritten Reich“ eingetreten, daß nicht nur hier und da ein ungerechter Befehl erlassen wird, sondern der ganze Staatsapparat zerrüttet wird und sich in das Gegenteil seines Zweckes verkehrt, so daß der Gehorsam gegen diesen Staat direkt oder indirekt zum Verderben des Volkes ausschlägt. Ist es in diesem Fall erlaubt, über den passiven Widerstand hinaus zum aktiven Widerstand überzugehen, der die Beseitigung der ihre Macht mißbrauchenden Regierung zum Ziel hat? Voraussetzung eines solchen Widerstandes ist, daß alle friedlichen Mittel zur Abstellung der Mißstände erschöpft sind und eine moralische Aussicht für ein Gelingen der Erhebung vorliegt. Als entscheidendes Merkmal für die Zerrüttung des Staates kann allgemein gelten, wenn seine Regierung nicht mehr das Wohl des Volkes im Auge hat, sondern zur Parteiherrschaft entartet ist. So hat schon Plato geurteilt (Gesetze IV 715 B):

„Solche Staatsverfassungen lassen wir nicht für eigentliche Staatsverfassungen und solche Gesetze nicht für richtige Gesetze gelten, die nicht um des allgemeinen Besten willen für den Staat als Ganzes gegeben werden; vielmehr nennen wir eine Gesetzgebung, die nur den Interessen einer Partei dient, Parteisache, nicht Staatssache, und dem durch sie bestimmten sogenannten Recht sprechen wir jeden Anspruch auf diesen Namen ab.“

Verschärft wird diese Lage noch mehr, wenn die Parteidregierung ihre Gewalt zur Begehung schwerster Verbrechen mißbraucht.

Über das Recht zum aktiven Widerstand besteht seit Jahrtausenden eine hin- und herwogende Diskussion, die bis heute noch nicht zur Ruhe gekommen ist. Eine große weit überwiegende Tradition bejaht für den äußersten Fall des natürlichen Notstandes dieses Recht, da es sinnlos erscheint, daß für die Launen eines verbrecherischen Gewalthabers das Volk geopfert wird. Auch der Treueid verliert dann seine Geltung, wenn der Inhaber der Gewalt von seiner Seite längst dem Volke die Treue gebrochen hat. Das Widerstandsrecht entspricht dabei auch dem von altersher übernommenen deutschen Recht. Das Recht zum aktiven Widerstand ist aber nicht unangefochten geblieben, und so gibt es unter den Staatsphilosophen, Juristen und Theologen auch eine Richtung, die sich gegen seine Erlaubtheit ausgesprochen hat. Die Folge dieser Kontroverse ist, daß man die Männer des Widerstandes rechtfertigen kann, ohne daß man deshalb den anderen, die den aktiven Widerstand nicht aus Feigheit, sondern aus Gewissensbedenken unterließen, schon deshalb einen Vorwurf machen müßte.

Eine spezielle theologische Frage möchte ich nur kurz berühren, ob nämlich ein aktiver Widerstand für den durch Eid Gebundenen ohne Schuld möglich ist oder ob hier ein unlösbarer Pflichtenkonflikt anzuerkennen ist. Die Untersuchung würde nähere theologische Ausführungen erfordern. Man möge darüber vergleichen: M. Pribilla, „Deutsche Schicksalsfragen“ (Frankfurt), S. 306, und Joh. Heckel, „Zur politischen Predigt“, S. 41.

Der 20. Juli und seine Voraussetzungen haben uns vor schwierige Fragen gestellt, besonders über Sinn und Grenzen des militärischen Gehorsams. Diese Fragen waren in ruhigen Zeiten verpönt und wurden scheu vermieden. Dieses Verschweigen war aber die Ursache vielfacher Unklarheit über die hier maßgeblichen Grundsätze, und aus der Unklarheit entsprang im furchtbaren Ernstfall die Unentschlossenheit.

Gewarnt durch die Vergangenheit, haben wir allen Grund, uns um die Überwindung dieser Unklarheit zu bemühen.

WALTER KUNNNETH

Die evangelisch-lutherische Theologie und das Widerstandsrecht

Wenn ich mir erlaube, einige Thesen zusammenfassend vorzutragen, wie ich von dem Standpunkt der evangelisch-lutherischen Theologie aus das Widerstandsrecht begründen zu müssen meine, so erhebe ich damit nicht den Anspruch, die gesamte offizielle Lehre der Kirche zu vertreten; ich glaube allerdings, daß die Grundthesen im völligen Consensus stehen mit den Grundauffassungen etwa der Bekenntnisvorschriften der evangelisch-lutherischen Kirche.

Zunächst eine negative Bemerkung. Wir müssen uns vorerst einmal abgrenzen gegen eine Reihe von Fehllösungen oder Fehlurteilen. Die erste Fehllösung scheint mir in folgender Behauptung zu liegen:

Wenn wir es mit einem pervertierten Staat zu tun haben, wie er zweifellos im „Dritten Reich“ vorlag, so ist das kein Rechtsstaat mehr, sondern ein Unrechtsstaat. Daraus folgert man, dieser Staat repräsentiert keine Obrigkeit mehr, und somit ergibt sich grundsätzlich das Recht zum Ungehorsam und zum Widerstand.

Diese These ist nicht haltbar. Einmal ist sie prinzipiell unbiblisch; denn wir haben es ja, gerade wenn wir an die Umwelt des Urchristentums denken, dort zweifellos mit pervertierten Ordnungen zu tun — denken wir an Nero und dergleichen. Wir haben es ohne Zweifel auch mit einer dämonisierten römischen absoluten Herrschaft zu tun, trotzdem wurde Römer 13,1-7 *) geschrieben. Also das Urchristentum, etwa Paulus, ist der Meinung, daß trotz der Verzerrung, der Perversität, auch durch diese Ordnung noch die Erhaltungsordnung Gottes hindurchscheint, transparent ist. Also auch dort noch Obrigkeit. Es gibt überall, wo wir eine Perversion finden, immer noch Reste des Ordnungswillens Gottes. Der Obrigkeitscharakter ist wohl dann verzerrt, aber er ist immer noch existent. — Das gilt ja bis zu einem gewissen Grad selbst noch für die heutige Situation im Osten. Aber das will ich nur als Beispiel kurz angedeutet haben.

Das wäre also der erste Punkt, in dem ich sagen würde: Diese Begründung des Widerstandsrechtes auf Grund der Meinung, eine pervertierte Staatsordnung sei keine Obrigkeit mehr, könnte ich vom evangelischen Standpunkt aus nicht mehr für legitim ansehen.

Probleme des Tyrannenmordes

Der zweite, ich grenze mich hier negativ ab, ist — ich darf das historisch kurz zusammengefaßt, so aussprechen — das Problem des Tyrannenmordes.

Ich weiß sehr wohl, daß auch hier die Meinungen, sowohl — wenn ich recht orientiert bin — in der katholischen Theologie wie auch in der evangelischen Theologie, auseinandergehen. Karl Barth z. B. vertritt durchaus diese Möglichkeit, aber ich kann die Begründung, die er gibt, nicht für gültig ansehen.

*) „Jedermann sei der obrigkeitlichen Gewalt untertan. Denn es gibt keine Gewalt, die nicht von Gott stammt; wo eine Gewalt besteht, ist sie von Gott angeordnet. Wer sich demnach gegen die Gewalt auflehnt, lehnt sich gegen die Anordnungen Gottes auf; wer sich aber gegen diese auflehnt, zieht sich das Gericht zu. Die Machthaber sind nicht für gute, sondern für schlimme Taten zum Schrecken. Willst du ohne Furcht sein vor der Gewalt, so handle gut, und du wirst von ihr Lob erhalten. Denn sie ist Gottes Dienerin zu deinem Besten. Tust du aber Böses, so fürchte sie: Denn sie trägt nicht umsonst das Schwert. Sie ist Gottes Dienerin und vollstreckt die Strafe an dem, der Böses tut. Deshalb muß man ihr untertan sein, nicht nur um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen. Darum entrichtet ihr ja auch Steuern. So gebt denn jedem, was ihr schuldig seid: Steuern, wem Steuer, Zoll, wem Zoll, Ehrfurcht, wem Ehrfurcht, Achtung wem Achtung gebührt.“

Was spricht dagegen, gegen die generelle Möglichkeit eines Tyrannenmordes? Einmal dies: Hier handelt es sich um eine durchaus individuelle subjektivistische Begründung, auch wenn man, wie Barth sagt, die lauten Motive anerkennen muß. Aber diese subjektivistische Begründung, das einer das Gefühl, den Drang hat, den Ruf spürt: Ich muß das unternehmen! —, das mag subjektiv ehrlich sein, es mag uns den höchsten Respekt abfordern, aber das ist zunächst einmal der Ausdruck einer Willkür; und wenn einer sagt: „Ich berufe mich dabei auf mein Gewissen, mein Gewissen drängt mich zu dieser Tat!“ —, so können wir nur sagen: Das Gewissen ist für uns keine alleingültige Instanz. Denn auch das Gewissen kann irren, es gibt irrende Gewissen. Dieser Subjektivismus würde ein Sprungbrett für jede Anarchie darstellen können.

Ein zweites Argument dagegen:

Wenn der einzelne Bürger eines Tages auf Grund der vielfachen Erfahrungen, die er machte, die Meinung hat:

Ich muß diesen Herrscher gleichviel, welchen Titel er trägt) nun beseitigen! —, so müssen wir sagen: Dem einzelnen Bürger, diesem homo privatus, fehlt normalerweise die Einsicht. Er kann in seiner Entscheidung von subjektiven Gefühlen, Stimmungen, Urteilen geleitet werden. Und hier liegt die Gefahr, daß eine Lawine von Untaten dadurch ausgelöst werden kann, eine Flut von Unrechtshandlungen, die der Betreffende nicht gewollt hat, die aber die Folge davon sein können.

Und drittens würde ich schließlich dagegen einwenden: Es ist fraglich, ob in einem modernen Staatsgebilde durch die bloße Beseitigung des führenden Tyrannen wirklich die Ordnungsfrage gelöst wird. Angesichts der Hintergründe und Zusammenhänge des 20. Juli würde ich fast sagen, daß es meines Erachtens auch da ganz evident geworden ist, daß es hier ja gar nicht um die eine Person geht, auch wenn sie brennpunktartig im Zentrum steht und das Ganze trägt und bestimmt. Es geht hier doch um ein dämonisiertes System überhaupt.

Auf die Kernfrage: Kann es grundsätzlich einmal erlaubt sein, daß in einer extremen Situation ein Tyrann von einem Bürger oder einer Gruppe von Bürgern getötet wird?, will ich jetzt gleich positiv zu sprechen kommen. Ich wollte nur, um der Sauberkeit der theologischen Erwägungen Rechnung zu tragen, feststellen, was eben hier zunächst einmal als Mißverständnis und als eine irrtümliche Lösung abgewertet werden soll.

Das wäre das Negative, was dazu zu sagen wäre. Nun die positiven Gesichtspunkte.

Es ist keineswegs so, daß die evangelische Theologie heute etwa bei dem „Nein“ stehen bleibt und sagt: „Wir können nichts weiter tun, als immer nur Gehorsam üben. Wir müssen in einer gewissen Servilität (wie der kritische Ausdruck dann lautet) beharren“.

Erstens wissen wir heute, daß auch Luther selber darüber sehr viel anders gedacht hat, als wir in vergangenen Jahren oberflächlich immer meinten, vortragen zu sollen. Luther und Calvin stimmen hier in vielen Dingen sogar seltsam überein. Aber es geht mir hier nicht um historische, sondern um grundsätzliche Erwägungen.

Es gibt hier eine prinzipielle Möglichkeit des Widerstandes, auch eines aktiven Widerstandes, aber unter ganz bestimmten Vorbedingungen. Ich würde die Möglichkeit eines Widerstandes nicht mit irgendwelchen direkten biblischen Aussagen begründen. Ich halte das für falsch. Ich könnte es nicht etwa mit Beruf auf Römer 13 begründen, indem man

sagt: Dir zugute — wie manche Theologen meinen. Aus diesem Punkte kann man dann so deducieren: Also, was ist zugute? Das ist das Gegenteil zum Bösen . . . Und daraus ergibt sich dann in weiter, weiter Gedankenführung einmal die Möglichkeit. Das würde ich für falsch halten, denn Paulus hat bestimmt in dieser Weise nicht an die Möglichkeit gedacht. Trotzdem ist es berechtigt, von einer Möglichkeit zu sprechen. Welches sind die Vorbedingungen?

Ich sehe zunächst drei Voraussetzungen als unerlässlich an:

Abgestufte Verantwortlichkeit

Erstens müssen die Persönlichkeiten, die einen aktiven Widerstand erwägen und dann vielleicht auch praktisch durchführen, sich in einer verantwortlichen Position befinden. Sie müssen also in irgendeiner Weise Amtsträger sein. Sie nehmen nämlich als Amtsträger teil an einer Mitverantwortung für das Ganze, für den Staat. Ihre Eidesleistung, wenn ich das hereinnehmen darf, verpflichtet sie ja auch gerade zu dieser erhöhten Verantwortlichkeit. Ich bin der Meinung, daß die Eidesleistung die Verantwortung der Persönlichkeit nicht begrenzt, sondern im Gegenteil verstärkt, erhöht. Der Amtsträger hat also eine Verantwortlichkeit für das Ganze.

Ich glaube, daß Rommel ein klassisches Beispiel dafür bietet. Er stand in einer verantwortlichen, außerordentlichen Position, er war ein Amtsträger, er hatte eine höhere Verantwortlichkeit als andere, bei ihm war also die erste Voraussetzung gegeben, unter Umständen einen aktiven Widerstand in irgendeiner Weise zu organisieren.

Damit ist also klar, daß nicht jeder einzelne Staatsbürger dazu berechtigt ist, nicht jeder einzelne Kritiker sich erlauben kann, zu sagen: „Mir paßt das nicht, ich halte diese Regierung für dämonisiert, ich halte diesen Führer für einen Tyrannen, und darum muß irgendwie eine Veränderung getroffen werden“.

Dies scheint mir sehr wichtig zu sein: Nicht jeder Einzelne ist berufen, Widerstand zu leisten! Daher kann es auch keine legitime Berufung eines Menschen auf eine prophetische Weisung geben, die er bekommen hat, oder auf sein — sagen wir einmal — individuelles Gewissen. Das scheint mir nicht tragfähig genug zu sein.

Überhaupt ist es wohl für diese Frage sehr wichtig, sich darüber klar zu sein, daß die Verantwortung abgestuft ist. Sie ist nicht in gleicher Weise bei jedem vorhanden. Ich würde z. B. meinen — wenn ich das kritisch sagen darf gegen die sonst sehr weisen Ausführungen von Kirchenrat Loy in dem kleinen Schriftchen „Politische Predigt“ —, daß seine Worte:

„Es kommt hier letztlich auf die verantwortliche persönliche Gewissensentscheidung an“, in dieser Allgemeinheit nicht zutreffen. Wir können nicht alles auf das Gewissen der breiten Masse schieben. Es kommt auf die besondere, abgestufte Verantwortlichkeit an, also gleichsam auf den Rang, in dem sich der Betreffende befindet. Das wäre die erste Voraussetzung.

Sachkundige Einsicht

Und die zweite Voraussetzung hängt natürlich auf das engste damit zusammen: Es ist eine sachkundige Einsicht in die Situation notwendig, eine Einsicht, daß die Lage eine Situation der Notwehr darstellt. Es entscheidet also nicht subjektive Willkür darüber, sondern ein hohes Maß von Sachkenntnis.

Ich möchte als die Frage, ob Widerstand oder nicht, sehr stark auf das Maß der Sachkenntnis begründet sehen. Nicht das Gefühl entscheidet, sondern Umsicht, Einsicht, Erkenntnis der Lage. Nicht jeder kann diese Einsicht haben. Es müssen besondere Amtsträger sein, etwa Generale, Staatsmänner, führende Politiker, die wirklich in diesen verantwortlichen Positionen stehen. Zur Aufklärung und zur Vermittlung der Einsicht kann ja, das wissen wir heute alle, nicht die allgemeine Propaganda dienen, sie kann ebenso verdunkeln. Auch die Flüsterpropaganda etwa einer Untergrundbewegung scheint mir zu genügen. Man muß wirklich bestimmte Einsichten haben über die Faktoren, die hier berücksichtigt werden müssen. Und darum lautet die eigentliche ethische Frage: Was muß geschehen zu einer sachgemäßen Erfüllung des Dienstes an der

Erhaltung der Staatsordnung als einer Gottesordnung? Konkret würde das heißen: Wie kann Recht, Gerechtigkeit, Frieden, diese Grundbegriffe, wenn wir sie zusammenfassen würden, wie können also diese Grundbegriffe realisiert, wieder hergestellt, erhalten werden? Das ist die Frage, die sich zwar der einzelne Staatsbürger privatim auch vorlegen mag, aber er ist ja nicht in der Lage, hierzu etwas Entscheidendes beizutragen.

Das war also der zweite Punkt, nämlich die sachkundige Einsicht.

Möglichkeit der Realisierung

Die dritte Voraussetzung, die wohl auch Berücksichtigung verdient, ist, daß die sachliche Möglichkeit einer Realisierung bestehen muß. Es kann jemand an einem hervorragenden Posten stehen, er kann die tiefste Einsicht haben; aber gerade diese seine Einsicht macht ihm klar, daß keine Möglichkeit besteht, eine Änderung der Lage herbeizuführen. In diesem Falle ist auch die ethische Möglichkeit eines Widerstandes nicht gegeben, weil die Voraussetzung, die sachliche Möglichkeit einer Verwirklichung, nicht gegeben ist.

Er muß also den Überblick über die gesamte Lage haben, er muß alle Möglichkeiten erwägen. Er muß die Eventualität berücksichtigen, etwa im Hinblick auf einen unter Umständen dadurch ausgelösten Bürgerkrieg. Er muß die rechten Vorkehrungen treffen und diese Maßnahmen auch rechtzeitig treffen können. Das sind alles Dinge, von denen man post festum zwar erklären kann, daß sie nicht geschehen oder zu wenig geschehen sind, die aber von den verantwortlichen Trägern irgendeines hohen Amtes wirklich ernst genommen werden müssen.

Dieser dritte Punkt wendet sich gegen jede Phantastik, gegen jeden Gefühlsrausch, gegen alle die Ressentiments und Dinge, die gerade in einem pervertierten Staat aufsteigen können. Es geht hier in der Tat um die ganz nüchterne Prüfung der vorhandenen Faktoren und der Möglichkeiten. Ein Widerstand darf nicht von vornherein als sinnlos erscheinen, sondern Träger des Widerstandes müssen die Überzeugung haben: Es ist alles erwogen worden und — freilich immer nach dem relativen Wahrscheinlichkeitsmaßstab alles Historischen — nach dem bestmöglichen Maßstab können wir sagen: Es ist möglich, es ist sinnvoll, es kann verwirklicht werden: —

Art und Weise der Durchführung

Damit habe ich zunächst einmal festzustellen versucht, worin die prinzipielle Möglichkeit ihre Voraussetzung hat. Ich darf noch ein Weiteres hinzufügen. Hier geht es um die Art und Weise der Durchführung dieser Widerstandsaktion. Ich wage folgenden Satz: Die Art und Weise der Durchführung ist eine politisch-militärische Ermessensfrage, die also nicht irgendwie durch biblische Zitate begründet und nicht direkt abgelesen werden kann, die nicht von vornherein ethisch dahingehend zu postulieren ist: So muß es gemacht werden, so darf es nicht gemacht werden.

Ich darf an folgendem zeigen, wie ich das zu verstehen meine: Sie werden sich vielleicht wundern, wenn ich als Theologe das sage: Ein Verzicht auf Tötung im Zusammenhang mit einer Widerstandsaktion scheint mir unmöglich zu sein. Wenn ich richtig orientiert bin, wollte Rommel ursprünglich, daß der Führer nicht getötet, sondern nur gefangengenommen würde. Aber auch eine solche Widerstandsaktion würde nach unserem evangelischen Ermessen keine höhere ethische Qualität haben und keine Rechtfertigung dadurch erfahren, daß ich sagen könnte: „Ja, aber er ist nicht getötet worden! — Das wäre in diesem Falle ganz irrelevant. Persönlich mag es so oder so irgendwelche Momente auslösen, aber in der Sache selber könnte es keinen wesentlichen Gesichtspunkt darstellen.“

Widerstand ist immer eine Form der Notwehr, und die Notwehr schließt den Gewaltakt, zumindest die Möglichkeit des Gewaltaktes, stets in sich.

Nun darf ich das vielleicht einmal an dem Beispiel Stauffenberg exemplifizieren.

Die Frage: Hatte Stauffenberg als einzelne Person überhaupt das Recht, dies Attentat zu begehen?, scheint mir falsch gestellt zu sein. Das wäre nämlich eine individual-ethische Auffassung. Hier geht es aber einfach

darum: Seine Aktion, sein Attentat muß im größeren Zusammenhang einer verantwortlichen Gesamtplanung gesehen werden. Und — wenn ich recht sehe — scheint mir die eigentliche Verantwortung für dieses Attentat nicht er allein zu tragen, sondern der gesamte Kreis, der dahinter steht und der die Notwendigkeit eben gerade in dieser Aktion gesehen hat.

- Dazu noch eine zweite Überlegung: Der Einsatz der Mittel, der Aktionsmittel des Widerstandes, bemißt sich immer nach den gegebenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Von vornherein kann ich das nicht sagen. Ich kann nicht eine Ethik des Widerstandes schreiben und sagen: Das darfst Du tun, und das darfst Du nicht tun! — Ich kann nur sagen: Es müssen die Möglichkeiten in einer bestimmten historischen Lage erwogen und die Notwendigkeiten aufgezeigt werden, die eben da gegeben sind. Im Blickpunkt der Berücksichtigung, welche Möglichkeiten, welche Notwendigkeiten sich abzeichnen, sind folgende Gedanken zu erwägen:

Einmal muß durch die Maßnahme eine höchstmögliche Sicherheit und Gewißheit für das Gelingen gegeben sein. Wenn ich sage: Eine Aktion gelingt aller Wahrscheinlichkeit nach dadurch besser, daß ich durch eine Tötung dieser und jener Persönlichkeiten vorgehe, so ist das richtiger, als zu sagen: Ja, ich möchte aber in diesem Fall niemand töten, und darum wähle ich einen anderen Weg, der aber nur 45% der Wahrscheinlichkeit des Gelingens hat.

Schnelligkeit der Aktion

Ein zweiter Gesichtspunkt — es ist vielleicht merkwürdig, wenn ich als Theologe das sage, aber es führt eben sehr stark ins Konkrete hinein —: Es scheint mir auch die Schnelligkeit der Aktion hier wichtig zu sein. Denn jeder Zwischenzustand trägt eine ungeheure Gefahr in sich, nämlich die Gefährdung durch Anarchie. Wir müssen immer daran denken: Wenn eine Ordnung durch eine andere ersetzt werden soll, kann es sich tatsächlich um Stunden handeln, und in diesen Stunden fallen ganz große Entscheidungen. Darum ist auch die Aufgabe hier, schnell zu handeln, damit für das Bewußtsein des Volkes, der großen Masse, der Zwischenzustand eigentlich überhaupt nicht da ist oder nur auf ein Minimum, auf einen Punkt, reduziert wird. Auch das ist wichtig; denn der Zwischenzustand bedeutet immer Auflösung der Ordnung, und dagegen müssen wir uns auch ethisch mit allen Mitteln wenden.

Der dritte Faktor, der wohl berücksichtigt werden muß, besteht darin: Die Träger eines Widerstandes müssen nach bestem Wissen und Gewissen die Wiederherstellung einer besseren Ordnung gewährleisten können. Sind sie dazu nicht in der Lage, sollen sie die Hände davon lassen. Wenn wir z. B. heute meinen, im Osten eine Gegenrevolution machen zu können, und das ist nicht richtig durchdacht, so ist das Chaos und das Blutbad, das dadurch entsteht, unendlich viel schlimmer als der gegenwärtige Zustand, der schon schlimm genug ist. Halbe und verfehlte Maßnahmen pflegen gerade in solchen kritischen Situationen das Unrecht zu vermehren und das Chaos zu vergrößern.

So kann also ethisch doch einiges darüber gesagt werden, meine ich, und wir bleiben keineswegs bei dem etwas lethargischen und skeptischen Standpunkt stehen, daß wir da nichts ändern können, alles ertragen müssen und keine Verantwortung haben. Sie sehen, die Thesen gehen wesentlich darüber hinaus.

Keine ethische Rechtfertigung, aber ethische Möglichkeit

Und nun abschließend noch ein weiterer Gesichtspunkt zu dem Positiven: Die ethische Möglichkeit eines Widerstandes bedeutet grundsätzlich keine ethische Rechtfertigung. Ich möchte da einen Unterschied sehen: keine ethische Rechtfertigung, aber eine ethische Möglichkeit. — Was heißt das? Die ethische Möglichkeit ist gegeben in freier verantwortlicher Entscheidung in actu (im Vollzug der Tat).

Ich kann das, was ich sagte, nicht etwa proklamieren. Es kann nur vollzogen werden in einer ganz bestimmten geschichtlichen Stunde, in der Persönlichkeiten ungeheure Verantwortung tragen, sich entscheiden müssen und das Gefühl haben: An uns liegt es!, das Bewußtsein haben: Wir sind verantwortlich dafür, ob der Staat, die Ordnung, gerettet wird oder ob das Volk zugrunde geht. Wir müssen handeln! — In dieser freien, verantwortlichen Entscheidung ist diese ethische Möglichkeit gegeben. Aber das bedeutet nun nicht, daß diese Männer nachher sagen können:

„Ihr seht, alle unsere Erwägungen sind richtig, wir sind damit ethisch gerechtfertigt.“ —

Vielleicht darf ich das letzte in folgender Weise zu begründen versuchen: Daß wir überhaupt die Frage eines Widerstandes erwägen müssen, macht uns deutlich, daß es sich hier um den Zustand einer pervertierten Ordnung handelt, und eine pervertierte Staatsordnung ist immer das Zeichen einer gottwidrigen Welt. Ich darf jetzt etwas theologisch sprechen: Sie sind ein Zeichen dafür, daß nun einmal die Völker, die Staaten und die Menschheit in Schuld verstrickt sind, und gerade die Erwägung eines Widerstandes offenbart uns, daß wir alle in eine tiefgreifende Schuldverflochtenheit hineingekommen sind; ich möchte beinahe sagen, daß also die Frage, wie können wir hier handeln, um eine weiße Weste zu behalten oder saubere Hände zu behalten, ganz falsch ist. Wir stehen hier schon mitten drin in der sagen wir einmal — Drecklinie, und dürfen da nicht so tun, als könnten wir uns hier hindurchklavieren und sagen: „Seht, ich habe das ganz ausgezeichnet gemacht, und diese Lösung ist die allein ethisch mögliche!“ So nicht! Sondern wir sehen, daß wir sittlich hier in einer ganz großen Schuldverflochtenheit stehen; denn die Anwendung der Gewaltmittel, auch wenn sie notwendig ist, und davon sprachen wir, ist immer belastend, ist immer mit Unrecht verflochten. Auch eine gelungene Revolution kann sie niemals ganz vom Unrecht freihalten. Das ist einfach mit der Sache gegeben, das ist notwendigerweise in ihr enthalten. Auch Unschuldige werden damit getroffen. Denken wir an das Attentat vom 20. Juli. Soviel ich weiß, sind ja auch Persönlichkeiten verletzt worden, die innerlich sogar auf der Seite der Widerstandsbewegung gestanden haben. Also auch Unschuldige müssen davon betroffen werden, darunter leiden. Es werden immer Opfer gefordert, jeder Widerstand trägt einen Wagnischarakter.

Das heißt also: Es ist auch keine Sicherheit damit gegeben, daß das, was daraus entsteht, wirklich besser ist. Das ist ja das Fragwürdige jeder Revolution überhaupt, ob das Spätere besser wird. Man hofft es, aber die Sicherheit ist nicht hundertprozentig gegeben.

Aber ich muß auch hier sagen: Weder das Gelingen einer Widerstandsk Aktion noch das Mißlingen ist ein ethisches Kriterium für die Gültigkeit. Ich kann nicht sagen: Es mißlungen, und darum war es ethisch unrichtig. — Diese These ist grundfalsch. Ich kann aber auch umgekehrt nicht sagen: Eine Aktion ist gelungen, und darum ist sie ethisch gerechtfertigt.

Dieser Standpunkt ist für uns, vom Standpunkt der evangelischen Theologie, wichtig; aber ich möchte meinen, daß auch die katholische Theologie das wohl ähnlich sehen wird. Denn, recht verstanden, ist eigentlich die Frage nach der Möglichkeit eines Widerstandes nur ein prägnanter Spezialfall des politischen verantwortlichen Dienstes überhaupt. Hier wird nämlich deutlich: Alles politische Handeln ist letztlich ethisch zweideutig, ist fragwürdig, ist verflochten mit Schuld, muß aber vorgenommen werden in verantwortlicher Entscheidung. Und aus diesem Grunde, wenn ich das abschließend so formulieren darf, ist die Begegnung zwischen christlicher Kirche und den führenden Männern der Politik und des Staatslebens eine nicht nur notwendige, sondern sogar innerlich heilbringende; denn ich bin der Meinung, daß gerade die politischen Führer, die ganz nüchtern ihren harten politischen Dienst selbstverständlich leisten, das brauchen, was nämlich die christliche Kirche verkündet, das, was wir in der Sprache der Bibel „Vergebung der Sünden“ nennen. So steht letztlich auch hier das Wort von der Vergebung der Sünde als die letzte ethisch-religiöse Antwort überall auf die Frage der Erwägung des Widerstandes.

Das ist nun das letzte, was vom Standpunkt der Kirche aus gesagt werden kann. Aber damit ist alles, was ich nun über die grundsätzliche Möglichkeit eines Widerstandes unter bestimmten Voraussetzungen dargelegt habe, nicht wieder aufgehoben, sondern nur auf eine höhere Basis gestellt worden.

Anmerkung

1) Weinkauff, Hermann, Präsident des Bundesgerichtshofes. Geb. 10. 2. 1894 in Trippstadt.

2) Künne, Walter, D. Dr. phil. HonU Prof. für syst. Theologie und Grenzgebiete (Apologetik), Erlangen. Geb. 1. 1. 1901 in Etzelwang/Oberpfalz.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- | | |
|--|--|
| Robert Boothby: | „Die Führung Westeuropas“ |
| Bernhard Brodie: | „Atomwaffen:
Strategie oder Taktik?“ |
| Freiherr von der Heydte: | „Freiheit und Sicherheit in der modernen
Demokratie“ |
| Pascual Jordan: | „Kopernikus und die Entwicklung des
abendländischen Denkens“ |
| Heinz Karst: | „Der Einfluß der Technik auf die mensch-
lichen Beziehungen in modernen Streit-
kräften“ |
| Kurt Georg Kiesinger: | „Haben wir noch den Bürger?
Die Problematik des Parteienstaates“ |
| Adelbert Weinstein: | „Die Verteidigung ist unteilbar“ |
| Woodrow Wyatt: | „England ist in Europa“ |
| Deutsche Gespräche
über den Widerstand: | „Die Vollmacht des Gewissens“
Die Rechtslage in Terrorstaat
Der Landesverrat
Das Widerstandsrecht
Der Eid
(Europäische Publikation Nr. 4—7) |
| Eine Zusammenstellung
der aktuellen
politischen Literatur: | „Im Brennpunkt Zeitgeschichte“ |

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung (einschl. Beilage) nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23.

HERAUSGEBER: BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST, BONN/RHEIN, VIKTORIASTR. 24/26

1955

Stiftung
 "Hilfswerk 20. Juli 1944"
 Geschäftsstelle.

Nörten-Hardenberg, Mai 1955

Stellungnahme zu den Filmen über den 20. Juli 1944.

1.

Die beiden in Berlin und in München in Vorbereitung stehenden Filme über den 20. Juli 1944 stellen die Angehörigen der Verstorbenen des 20. Juli und das "Hilfswerk 20. Juli 1944" vor schwierige Entscheidungen. Das auch nach dem Tode anerkannte "Recht auf die Persönlichkeit" veranlasst die Filmgesellschaften, die Zustimmung der Angehörigen der im Film auftretenden Personen zu ihren Plänen einzuholen. Auch wenn diese Zustimmung versagt wird, ist es sehr schwierig, kostspielig und zeitraubend, in einem Rechtsstreit den Filmgesellschaften das Recht abzusprechen, bestimmte Personen im Film auftreten zu lassen und ihnen bestimmte Aussagen zuzuschreiben. Es dürfte notwendig sein, dass das "Hilfswerk 20. Juli" einen mit Filmfragen und Urheberrecht vertrauten Rechtsanwalt mit der Klärung der Rechtsfragen beauftragt und den in Frage kommenden Familien empfiehlt, nach Möglichkeit gemeinsam und in Fühlungnahme mit dem "Hilfswerk 20. Juli" ihre Stellungnahme abzugeben.

Aber auch unabhängig von der Zustimmung oder Ablehnung der Familien zum Filmvorhaben dürfte es für den Vorstand und das Kuratorium des 20. Juli erforderlich sein, sich mit den vorliegenden Filmplänen zu beschäftigen und sich dazu zu äußern. Wie jetzt schon aus Pressemeldungen zu erkennen ist, werden in der Öffentlichkeit warnende und bedenkliche Meinungen zu den Filmplänen geäußert und es wird darnach gefragt, wie die Angehörigen des 20. Juli sich zu diesen Plänen stellen. Es ist zu erwarten, daß Prof. Böhm im Bundestag vor Erscheinen der Filme dieses Thema zur Diskussion stellen wird und es kann angenommen werden, daß eine Reihe von Abgeordneten sich ablehnend äußert.

Bei einer Beurteilung der Filmpläne geht es darum, ob Drehbuch und Gestaltung dieser Filme tatsächlich ausreichen, ein zutreffendes Bild über die am 20. Juli 1944 in Erscheinung getretene Widerstandsbewegung zu vermitteln. Bei Kenntnis der vorliegenden Drehbücher bestehen hier erhebliche Bedenken, dazu kommt, daß einzelne Personen zweifellos vorzeichnet wiedergegeben werden. Ob es möglich sein wird, die Produktionsgesellschaften noch zu Änderungen zu bewegen, ist deshalb schwierig, weil in Berlin und München die Aufnahmen in vollen Gange sind und Änderungen zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich mit erheblichen Kosten verbunden sein werden. Außerdem arbeiten beide Produktionsgesellschaften unter Zeitdruck, da sie schon im Juli mit diesen Filmen herauskommen wollen. Sofern man sich zu einer Beeinflussung auf die Filme durch entsprechende Verbindungsleute entschließen sollte, dürfte dies keinesfalls bedeuten, daß das "Hilfswerk 20. Juli" irgendwelche Mitverantwortung für die Filmpläne übernimmt, bzw. die Filmgesellschaften diese Beratung publizistisch verwerten.

Der Vorsitzende der Stiftung "Hilfswerk 20. Juli", Herr Henk, hat in einem Schreiben vom 14. April der CCC-Filmgesellschaft in Berlin eine eingehende Stellungnahme gesandt und kommt in dem Schlußsatz seines Briefes zu der Feststellung, daß er nach dem ihm vorliegenden Material diese Fassung für völlig verfehlt halte. Dem bringt er zum Ausdruck, daß ein Film in dieser Fassung der guten Sache einen ungeheuren Schaden zufügen werde und der Film in dieser Form nicht gebracht werden kann. Auch die Mehrheit der Angehörigen sowie verschiedene Kuratoriumsmitglieder, soweit sie sich bisher geäußert haben, nehmen eine ablehnende Haltung ein. Allerdings hat ein Teil der Angehörigen seine Zustimmung zu den Filmplänen gegeben und sich teilweise auch den Filmgesellschaften beratend zur Verfügung gestellt. Es wird bei der in Aussicht genommenen Kuratoriumssitzung am 4. Juni d.J. darum gehen, ob durch das "Hilfswerk 20. Juli" in der Öffentlichkeit eine ablehnende Stellungnahme zu den Filmplänen einzunehmen ist, bzw. unter welchen Voraussetzungen man die Pläne tolerieren kann. Auch bei den vorhandenen Mängeln ist es denkbar, daß die fertiggestellten Filme durchaus publikumswirksam sind. Eine ablehnende Stellungnahme ist auch nach dieser Seite zu bedenken. Eingehende Beratungen bei der Kuratoriumssitzung werden erforderlich sein, um in dieser Angelegenheit zu einem vertretbaren Beschluß zu kommen.

II.

Zum Inhalt der Filme ist zu sagen, daß der Münchener Film in chronologischer Reihenfolge die Geschehnisse am Tage des 20. Juli 1944 wiedergibt. Im Berliner Film nehmen die Ereignisse dieses Tages nur ein Drittel ein, und darüber hinaus werden die Bemühungen von Tresckow eingehend geschildert. Der Berliner Film ist insoweit breiter angelegt, als er die Mentalität des Nationalsozialismus in seinem Terrorssystem in Erscheinung treten läßt und dadurch die ethischen Motive des Widerstandes zur Geltung bringt. Bedenken gegen die vorliegende Fassung der Drehbücher sind vor allem dahin geltend zu machen, daß durch die beiden Filme der Eindruck vermittelt wird, die Beteiligten des 20. Juli hätten deshalb gehandelt, weil der Krieg als verloren angesehen werden mußte. Im Berliner Drehbuch wird Beck (Seite 32) dadurch in den Film eingeführt, daß er in seinem ersten Satz von der Beseitigung Hitlers mit der Begründung spricht, daß er (Beck) den Krieg als verloren ansähe. Hier werden ganz falsche Akzente gesetzt. Die Zusammenhänge des 20. Juli mit der Gesamtheit der Bemühungen um eine Staatsumwälzung seit 1938 treten in beiden Filmen nicht in Erscheinung. Das nationalsozialistische Argument, es handle sich bei den Ereignissen des 20. Juli lediglich um einen Militärputsch und um "eine kleine Clique ohrgewiziger Offiziere", könnte vor allem durch den Münchener Film neue Nahrung finden, da zwangsläufig in einer Wiedergabe der Ereignisse des 20. Juli 1944 nur militärische Personen in Erscheinung treten. Grundsätzlich ist bei dem Münchener Filmplan zu fragen, ob die organisatorisch-technische Darstellung des Ablaufs des 20. Juli nicht zwangsläufig ungeeignet ist, die Bestrebungen der Kreise des 20. Juli zur Geltung zu bringen. Da die politischen und organisatorischen Probleme eines Staatsreiches in einem totalitären Staat und das Zusammenspiel

der Widerstandsgruppen im Schatten der Gestapo in keinem der beiden Filme behandelt werden, ergibt sich für die Ereignisse des 20. Juli der Eindruck eines dilettantischen Unterfangens. Besonders durch den Münchener Film entsteht auch das Mißverständnis, dass das Attentat, das Ziel und der Inhalt der Widerstandsbewegung des 20. Juli gewesen sei. Es tritt in beiden Filmen nicht in Erscheinung, dass die Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Ordnung und die Verhinderung des Krieges der Ausgangspunkt des 20. Juli waren. In dem Münchener Film tritt ein Sprecher auf, der als Kommentator Erläuterungen gibt. Was nach dem vorliegenden Drehbuch von ihm gesagt wird, ist in seiner Begründung sehr schwach. Bei dem Münchener Film könnten durch andere Aussagen dieses Sprechers einige Mängel des Films ausgeglichen werden.

In beiden Filmen sind die Dialoge im Hause Beck besonders schwache Stellen und treffen nicht die Thematik und das Niveau solcher Gespräche. Vor allem dürften im Berliner Film Beck und Goerdeler in unzulänglicher Weise wiedergegeben sein. In beiden Filmen wird sozusagen im innersten Kreis der Opposition das Gespräch mit "Zweiflern" geführt. Eine Diskussion mit solchen Menschen gehört in einen 20. Juli-Film, aber auf andere Ebene und nicht im engen Kreis der Beteiligten. Die Verschiedenartigkeit in dem offenen und vertrauensvollen Verhalten im engen Kreis der Beteiligten, und die Darnung, Anpassung und Täuschung nach außen vermitteln beide Filme nicht. Die Gestaltung der Gespräche in der Wohnung Beck (im Berliner Manuskript Seite 32-39 und Seite 90-96) gehört zu den wichtigsten und schwierigsten Aufgaben. Generalisierende Reden über die "Arbeitschaft" und den "illegalen Arbeitergruppen" geben eine ebenso falsche Vorstellung wie die Auffassung, daß die "Kreisauer" einheitlich das Attentat abgelehnt hätten.

Völlig verzeihbar, bzw. unmöglich ist die im Berliner Film die Verbindung des 20. Juli mit Gruppen, die im Stile eines Wahlkampfes Flugblätter verteilen und die Wände bemalen. Es mag so etwas in seltenen Ausnahmefällen gegeben haben, aber einen Zusammenhang zum 20. Juli hatten solche Gruppen bestimmt nicht. Der 20. Juli ist der eindeutige Versuch eines Staatsstreiches von oben her, und von hier aus ergeben sich keine Verbindungen zu den traditionellen Vorstellungen von Revolutionsumwälzungen im Wege der Massen-Aktivierung. Deshalb sind alle entsprechenden Stellen des Berliner Drehbuchs in Verbindung mit dem 20. Juli fragwürdig und unmöglich. Es würde aber der historischen Wahrheit näher kommen, wenn die Voraussetzungen der Widerstandserbeit in einem totalitären System an Beispielen aufgezeigt würden. So klar und deutlich die Trennung zwischen Nazismus und der gegen ihn stehenden Opposition herausgestellt werden muß, ebenso deutlich sollte auch in Erscheinung treten, daß das oppositionelle Verhalten im totalitären Staat andere Wege zu gehen hat, als es den Vorstellungen der üblichen Betrachtungsweise entspricht. Nicht außerhalb des bestehenden Staatsapparates konnte der 20. Juli sich entwickeln. Diese Problematik und die damit verbundenen persönlichen Gegebenheiten läßt der Film vermissen.

Alle diese Bedenken lassen es fraglich erscheinen, ob innerhalb der vorliegenden Filmpläne es noch möglich ist, eine solche Gestaltung zu erreichen, dass der eigentliche Wesensgehalt des 20. Juli getroffen wird.

gez. Dr. Collmer.

Kompromittierte Ideale

Prof. Böhm sprach über „Revolution und Widerstand“

Wert und Bedeutung der deutschen Widerstandsbewegung sind immer noch Gegenstand politisch-polemischen Streites. Manche möchten das Dritte Reich und den Widerstand als einen bereits abgeschlossenen Bereich betrachten. Sie übersehen, daß das zu Bekämpfende, wenn auch in wechselnden Erscheinungsformen, lange vor 1933 und auch heute noch auftritt. Richtiger wäre es, vom Widerstand als einem tragischen Einzelgefecht in einem noch andauernden Krieg zu sprechen. Mit diesen Feststellungen leitete Professor Böhm sein Thema „Revolution und Widerstand“ ein. Es war nicht nur ein Aufstand des Gewissens gegen Verbrechen, nicht nur ein Aufstand der Vernunft gegen einen aussichtslosen Krieg, wenn es auch Widerständler gegeben hat, die den Nationalsozialismus ohne seine verbrecherischen Taten akzeptiert hätten. Das sind jene, die meinen, Hitler habe große Ideale heillos kompromittiert. Und die Widerständler hätten Ursache und Wirkung verwechselt. Die Auseinandersetzung mit der Frage: war der Widerstand eine Revolution oder eine Moralistenverschwörung, ist für unsere Gegenwart und Zukunft wichtig. Sie wird nicht von Historikern entschieden, sondern von lebendigen Menschen, die Wahrheit aus dem blutigen Exempel schöpfen. Der Widerstand ist noch nicht zu Ende.

War der Widerstand wirklich eine revolutionäre Bewegung? Da seine Mitglieder aus verschiedenen Lagern kamen, Marxisten, Christlich-Soziale, Moralisten, Ständische, konnte die politische Zielsetzung, die politische Substanz, nicht eindeutig ausgeprägt sein. Wollte eine totalitär gestimmte Minderheit nur eine Ablösung der Herrschenden, also eine Palastrevolution, so war doch Ziel der Mehrheit, der Diktatur ein Ende zu bereiten. Ihr Widerstand war gegen das autoritäre Prinzip gerichtet, in der Einsicht, daß jede unkontrollierte Macht gar zu leicht mißbraucht werden kann. Die Macht der Herrschenden ist daher durch das Volk zu begrenzen, unter Verzicht auf gewisse unleugbare Vorteile absoluter Herrschaft. Die Hemmung vor der schließlich nötigen Gewaltanwendung lag weniger in der Furcht vor einer neuen Dolchstoßlegende, als in der Furcht vor dem Angriff auf die Staatsautorität überhaupt, vor der Entfesselung eines Bürgerkrieges, vor dem innenpolitischen Chaos.

Professor Böhm durchleuchtete die deutsche Vergangenheit, das Versagen von 1848, die verderbliche Gewöhnung an den Obrigkeitsstaat, die Abneigung der breiten Massen und auch vieler Intellektueller gegen die parlamentarische Demokratie, die für alle Erschütterungen nach 1918 verantwortlich gemacht wurde. Aus der Klage über die „kaiserlose schreckliche Zeit“ wuchs der Ruf nach dem starken Mann. Die sichtbaren Anfangserfolge verhalfen dem Gewaltregiment zu heillosen Volksstämlichkeit. Man erkannte zu spät, daß nicht Anarchie der schrecklichste der Schrecken ist, sondern die marschierende Ordnung der Diktatur, die hinter einem äußeren Ordnungszereemoniell mit Paraden und Fahnenwäldern ihre grausame Fratze verbarg. Eine an brutalem Terror und Hetze gewöhnte „neudeutsche Elite“ brachte zwar die trag funktionierende Staatsmaschine wieder in Gang, zu welchem Ende, das haben wir alle erfahren.

Aber auch der Widerstand konnte kein Vertrauen in die parlamentarische Demokratie haben, denn sie schien unfähig, verhindern zu können, daß antidemokratische Kräfte zur Macht gelangen, zumal in einem Volk, das für die Demokratie nur ein geringes Verständnis hatte und die gefährlichen Folgen des augenscheinlich funktionierenden Obrigkeitsstaates nicht einzuschätzen wußte. Gerade die Konservativen erkannten zuerst, daß die Verderblichkeit obrigkeitlicher Autorität größer sein kann als das Wagnis demokratischer Freiheiten.

Demoskopische Untersuchungen kommen heute noch zu Ergebnissen, die für die Demokratie peinlich sein müßten, im Gegensatz zu manchen öffentlichen Bekenntnissen zur demokratischen Lebensform. Immerhin ist das Ansehen der Demokratie heute höher als 1918. Doch ist hierfür das Glück, der materielle Aufstieg der letzten Jahre, eine gewichtige Ursache. Wenn aber eine Kette von Mißerfolgen eintritt, werden wir dann wieder andere Ansichten hören? Es ist deshalb notwendig, Erlebnis und Gedankenfülle des 20. Juli lebendig zu erhalten, damit wir nicht ein zweites Mal überwältigt werden. Der Geist des Widerstandes möge, seine Fackeln von Hand zu Hand gereicht, immer weiter wandern auf dem Weg in die Gemeinschaft der Völker. So schloß Professor Böhm, dem eine ernst gestimmte Zuhörerschaft mit starkem Beifall des Einverständnisses dankte.

K. H.

Das Recht zum Widerstand

Dr. Weinkauff sprach in Frankfurt

-st. Staat und oberste Träger des Staates stehen nicht über dem Recht schlechthin, erklärte der Chefpräsident des Bundesgerichtshofes, Dr. Weinkauff, vor wenigen Tagen in Frankfurt. Sie seien vielmehr an übergeordnete Gebote der Rechtsordnung gebunden. Ein Widerstandsrecht gebe es, wenn der oberste Träger, der Staatsanwalt, unrecht tue oder das allgemein gültige Gewohnheitsrecht und das Naturrecht grob breche. Die Widerstandskämpfer seien die edelsten der Nation gewesen und hätten noch im Scheitern die Ehre des deutschen Namens gereitet.

Dr. Weinkauff, der vor dem Verband für Freiheit und Menschenwürde über „Recht und Pflicht zum Widerstand“ sprach, wies in einem geschichtlichen Ueberblick darauf hin, daß schon in der Antike die Tyrannenmörder verherrlicht worden seien und Platon ausdrücklich den Tyrannenmord als erlaubt bezeichnet habe. Diese Anerkennung des Widerstandsrechts sei vom frühen Christentum auf die germanischen Staaten übergegangen, wo sie im Lehnrecht einen besonderen Ausdruck gefunden habe. Nur wenn man den obersten Träger der Staatsgewalt unter ein Recht binde, lasse sich ein totalitärer Staat der Unfreiheit verhindern. In den konstitutionellen und demokratischen Staaten des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts in Deutschland habe es allerdings praktisch kein positiv rechtlich begründetes Widerstandsrecht mehr gegeben, weil hier nach der Lehre Rousseaus die absolute Volkssouveränität Geltung erhalten habe, und das Gesetz zum obersten Recht geworden sei. Die im demokratischen Staat eingebauten Sicherungen der Gewaltenteilung hätten aber im Zeitalter der totalitären Staaten völlig versagt, deren militante Organisationen ohne Bindung am Recht Ethik und Religion eine brutale Schreckensherrschaft auf halblegalen oder scheinlegalen Basis errichtet hätten. Dr. Weinkauff erinnerte an die schrecklichen Folgen der Staatssklaverei unter dem nationalsozialistischen Regime und sagte, das natürliche Gefühl habe auch jedem einfachen und ungebildeten Menschen deutlich gemacht, daß diese Staatsführung unrecht gewesen sei.

gut aus!

Sie sind leicht, anschniegsam und
gemäß moderne Formen, neu
und Farben - aus Wolle, Kamelhaar

Entf. Wdg. 10.11.
55